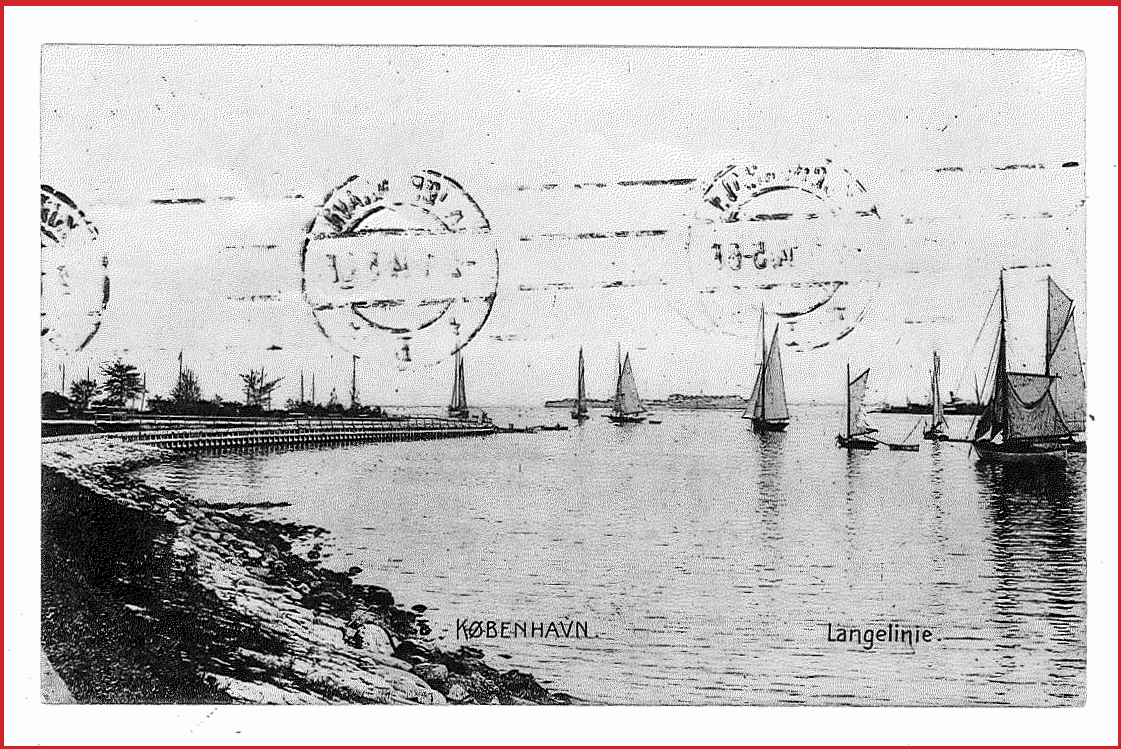
Hans-Norbert Lahme

Die Revolutionären

Gerson Trier, Nicolaj L. Petersen und die Revolutionäre Sozialistische Arbeiterpartei (RSAP) Dänemarks: Beschreibung und Ausblick, Exkurse, Briefe (1889-1918)



Hans-Norbert Lahme:
Die Revolutionären. Gerson Trier, Nicolaj L. Petersen und die Revolutionäre Sozialistische Arbeiterpartei Dänemarks (RSAP): Beschreibung und Ausblick, Exkurse, Briefe (1889-1918)

2017 ©

1. Ausgabe

Layout: Jakob Helmer

Titelseite: Gerson Triers Postkarte an Georg Bolgann vom 1. Januar 1913 (Dokument 37 in dieser Studie)

Für Elisabeth Jette Lahme (1947-2005)

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Abkürzungen 7

Vorwort 8

Teil 1: Beschreibung und Ausblick 15

1. Die dänische Arbeiterbewegung in den 1880er und 1890er Jahren 15

1.1 Auf dem Wege zur Massenorganisation 15
1.2 Die politische Taktik der Sozialdemokratie 17
1.3 Die sozialdemokratische Landarbeiterpolitik 22
1.4 Die Zielvorstellungen der Partei und ihre ideologischen Grundlagen 25
1.5 Die Breitenwirkung der politischen Theorie P. Knudsens 32
1.6 Zur Entwicklung der Gewerkschaften bis ca. 1890 35
1.7 Zusammenfassung und Ausblick 37

2. Frühe Sezessionen in der dänischen Arbeiterpartei. Kritik an der Bündnispolitik 39

2.1 Fraktionen und Sezessionen 39
2.2 Kritik an der Bündnispolitik 43

3. Die revolutionären Akteure: Gerson Trier, Nic. L. Petersen 46

3.1 ... im Milieu der internationalen Arbeiterbewegung 47
3.2 ... und zurück in Kopenhagen 50

4. Die Revolutionären als innerparteiliche Opposition 53

4.1 Die Opposition gegen die Bündnispolitik 53
4.2 Die Svendborger Resolution 56
4.3 Die Gegenoffensive des Parteivorstandes 57
4.4 „Arbejderen" und der „Literarisch-Sozialistische Verein" 67
4.4.1 Charakteristika von „Arbejderen" 67
4.4.2 Texte von Marx und Engels in „Arbejderen" 70
4.4.3 „Arbejderen" als Katalysator im Streit mit der Sozialdemokratie 72
4.4.4 Der „Literarisch-Sozialistische Verein" 77
4.5 Die Revolutionären und der Pariser Kongress 1889 78
4.5.1 Die Streitigkeiten um die dänische Kongressteilnahme 78
4.5.2 Die Revolutionären auf dem Pariser Kongress 97
4.5.3 Der Streit um die Resolution Nr 6 100
4.5.4 Abschliessendes 105

5. Der Parteiausschluss 108

5.1 „Werft sie hinaus!" 108
5.2 Reaktionen 120
5.2.1 Socialist League, SDAP und skandinavische Auslandsorganisationen 120
5.2.2 Die Arbeiterparteien Norwegens und Schwedens 122

5.2.3 Der Sozialdemokrat ... 126
5.2.4 Friedrich Engels ... 128
5.3 Abschliessendes zum Parteiausschluss ... 130
5.4 Gegendarstellungen der Reformsuchenden ... 131

6. Die RSAP – Gründung, Programm, Organisation und Verbreitung ... 136
6.1 Friedrich Engels und das Problem einer Parteispaltung ... 136
6.2 Die Gründung der Revolutionären Sozialistischen Arbeiterpartei (RSAP) ... 140
6.3 P. Knudsen im Streit mit der deutschen Sozialdemokratie ... 142
6.4 Das Programm der RSAP ... 147
6.5 Die Organisation der Partei 151
6.6 ... und die Parteiorganisationen ... 153
6.6.1 Die Mitgliederorganisationen ... 153
6.6.2 Der Svendborger Verein ... 156
6.6.3 Die Deutsche Lesegesellschaft ... 157
6.6.4 Der Schwedische Lese- und Diskussionsverein ... 164
6.6.5 Abschliessendes zu den Parteiorganisationen ... 164
6.7 Der „Karl-Marx-Klub" ... 165
6.8 Die Revolutionären und die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung ... 166
6.8.1 Theoretisches ... 167
6.8.2 Die Revolutionären in den Gewerkschaften ... 168
6.9 Quantitäten und Qualitäten ... 172

7. Die RSAP gegen die Sozialdemokratie ... 174
7.1 Die Revolutionären auf den internationalen Kongressen ... 174
7.1.1 Einleitendes zu den skandinavischen Arbeiterkongressen ... 174
7.1.2 Kristiania 1890 ... 175
7.1.3 Brüssel 1891 ... 179
7.1.4 Malmö 1892 ... 181
7.2 Die Maifeiern ... 184
7.2.1 Die Maifeiern in Dänemark 1890, 1891 und 1892 ... 185
7.2.2 Die Maifeier auf dem Brüsseler Kongress ... 190
7.2.3 Abschliessendes ... 193
7.3 Die Kommunefeiern ... 194

8. Niedergang und Ende der RSAP ... 201
8.1 Nic. L. Petersen und Gerson Trier. Die Persönlichkeiten ... 201
8.2 Der Prozess gegen Nic. L. Petersen ... 203
8.3 Im Fahrwasser der deutschen Parteiopposition und des VUS ... 206
8.4 Letzte Initiativen ... 210
8.5 Zusammenfassendes zum Ende der RSAP ... 212

9. Nic. L. Petersen und Gerson Trier als Pioniere der Arbeiterbildung ... 216
9.1 Erste Initiativen ... 216
9.2 Die „Neue Arbeiterschule" ... 218
9.3 Die „Volksuniversität" ... 222

10. Der Wiedereintritt in die Sozialdemokratie ... 225

11. Abschliessendes zu Trier und Nic. L. Petersen 228
11.1 Trier 228
11.1.1 „Keine Allianz" 228
11.1.2 Triers Arbeit in den Programmkommissionen 230
11.1.3 Der Parteiaustritt 233
11.2 Nic. L. Petersen 235
12. Nachlese 238

Teil 2: Exkurse 242
1. Das internationale Arbeitersekretariat 242
2. Dänische Übersetzungen von Texten von Marx und Engels 244

Teil 3: Die Korrespondenz der Revolutionären mit Friedrich Engels und anderen 252
1. Einleitendes 252
2. Briefe 256

Teil 4: Quellen- und Literaturverzeichnis 296

Verzeichnis der Abkürzungen

ABA (Taastrup bei Kopenhagen)	Arbejderbevægelsens Bibliotek og Arkiv (=Bibliothek und Archiv der Arbeiterbewegung)
DLG	Deutsche Lesegesellschaft
IISG	International Institute of Social History, Amsterdam
IML	Institut für Marxismus-Leninismus, (Ost-) Berlin und Moskau
IRSH	International Review of Social History
MFAH	Meddelelser om Forskning i Arbejderbevægelsens Historie (=Mitteilungen zur Forschung in der Geschichte der Arbeiterbewegung)
MEGA	Karl Marx/Friedrich Engels, Gesamtausgabe
MEW	Karl Marx/ Friedrich Engels, Werke
KB	Kongelig Bibliotek, Kopenhagen (=Königliche Bibliothek)
Ny Kgl. Samling	Ny Kongelig Samling (=Neue Königliche Sammlung)
RSAP	Det revolutionære socialistiske arbejderparti (=Revolutionäre Sozialistische Arbeiterpartei)
RGASPI	Russian State Archive of Socio-Political History, Moskau
SAPD	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschland
SFAH	Selskabet til Forskning i Arbejderbevægelsens Historie/Selskabet for Arbeiderhistorie
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
ÅAH	Årbog for Arbejderbevægelsens Historie

Vorwort

Ziel der Studie ist die Darstellung der Geschichte der revolutionären Opposition in der dänischen Sozialdemokratie und ihrer Parteigründung, der „Revolutionären Sozialistischen Arbeiterpartei" („Det revolutionære socialistiske arbejderparti", weiterhin RSAP), und ihrer Beziehungen zur dänischen und internationalen Arbeiterbewegung. Es mag gleich eingangs die Frage gestellt werden, was den Verfasser dazu veranlasste, sich für die sog. „Revolutionären", eine relativ kleine, um die beiden führenden Persönlichkeiten Gerson Trier und Nicolaj Lorents Petersen[1] konzentrierte sozialistische Splittergruppe zu interessieren. Die Frage ist schnell beantwortet: einmal abgesehen vom allgemeinen Interesse an der Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung und ihrer politischen Theorie, insbesondere der Arbeiterbewegung im agrarisch geprägten Dänemark, war es die Tatsache, dass die Revolutionären den für viele Jahre ernsthaftesten Versuch unternahmen, die dänische Arbeiterbewegung mit einer der wichtigsten politischen Theorien des ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhunderts, der sozialistischen Theorie in der Form der Lehren von Marx und Engels, zu vereinen, die die Neugier des Verfassers erregte. Hinzu kamen die Turbulenzen, die ihre Tätigkeiten auf der nationalen und internationalen Bühne und ihr Schicksal in der dänischen sozialistischen Bewegung erzeugten. Die Revolutionären waren immerhin die Ersten und für viele Jahre auch die Letzten, die der dänischen Sozialdemokratie eine linke Alternative gegenüberstellten und dafür in der internationalen Arbeiterbewegung bekannt und auch von ihr unterstützt wurden. Ähnlich der deutschen „Jungen", mit denen sie nicht mehr gemeinsam hatten, als eine linke Alternative gewesen zu sein,[2] war ihnen zwar kein Erfolg beschieden, allerdings bezeugen die heftigen und hysterischen Reaktionen leitender Vertreter der dänischen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, dass sie als Gefahr für den bisherigen Kurs der Bewegung angesehen wurden, einmal abgesehen davon, dass sie, vor allem durch ihr Auftreten auf der internationalen Bühne und sicherlich auch wegen des unverhohlenen Beifalls, der ihnen seitens namhafter Vertreter der internationalen sozialistischen Bewegung zuteil wurde, für die dänische Partei und die Gewerkschaften auch ein mächtiges Irritationsmoment darstellten.

Die Arbeit fusst auf teils neu erschlossenem, teils bekanntem Quellenmaterial. Letzteres gilt vor allem für den Briefwechsel Triers und Petersens mit Engels, der in Teil 3 dieser Studie erstmals komplett herausgegeben wird, zusammen mit weiteren Teilen der Korrespondenz von Gerson Trier und Nic. L. Petersen mit weiteren Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung – insgesamt 39 Briefe, Brieffragmente und Postkarten. Insbesondere ist der Entwurf eines Briefes von Engels an Trier zur Frage der Bündnispolitik von sozialistischen mit bürgerlichen Parteien jedem geläufig, der sich mit den Problemen von Strategie und Taktik der

1 Im Folgenden durchgehend Nic. L. Petersen (entsprechend der Regel, der zufolge, um Verwechselungen vorzubeugen, alle auf „-sen" endenden Nachnamen mit den Initialen, bzw. den abgekürzten Vornamen des Namensträgers zu versehen sind).

2 Hier ist abzusehen von den in Kapitel 8.3 beschriebenen Annäherungen zwischen dem Organ der Revolutionären und dem Organ des VUS. Sie fallen in die letzten Monate der Existenz der Partei der Revolutionären und geschahen ohne das Zutun von Trier und Nic. L. Petersen.

Arbeiterbewegung am Vorabend des imperialistischen Zeitalters beschäftigt hat[1]. Die wichtigsten Teile dieses Briefwechsels wurden 1973 von Gerd Callesen z.T. neu, z.T. erstmalig herausgegeben[2], weitere Teile sind seitdem aufgefunden und herausgegeben worden bzw. werden in Teil 3 erstveröffentlicht[3]. Ausserdem wurden zeitgenössische Publikationen, d.h. Zeitschriften und Zeitungen, Broschüren usw. für diese Arbeit herangezogen und ausgewertet sowie Aktenmaterial dänischer und deutscher Behörden und Archivmaterial der dänischen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften und ihrer führenden Persönlichkeiten. Unter den zeitgenössischen Publikationen war vor allem *Arbejderen* („Der Arbeiter"), die Wochenzeitung der Revolutionären, von grosser Bedeutung, u.a. für die Erstellung der Organisationsgeschichte der Partei der Revolutionären, aber auch gelegentlich für die Ideengeschichte. Darüber hinaus herangezogen wurden die Nachlässe deutscher Sozialdemokraten und der von Jules Guesde im „Internationalen Institut für Sozialgeschichte" in Amsterdam (IISG). Einige bislang unbekannte Briefe wurden auch in der „Königlichen Bibliothek" in Kopenhagen (KB) gefunden, sowie in den Archiven der sozialistischen Bewegungen Norwegens und Schwedens.

Gerson Trier und Nic. L. Petersen selbst haben bedauerlicherweise nur wenige Selbstzeugnisse hinterlassen, die natürlich benutzt wurden. Die „Nachlässe" der beiden in „Arbejderbevægelsens Bibliothek og Arkiv" im Kopenhagener Vorort Taastrup („Bibliothek und Archiv der Arbeiterbewegung", ABA,[4] nicht zu verwechseln mit dem fast gleichnamigen Institut in Oslo) sind nichts als dünne Konvolute. Triers persönliche Papiere wurden vor seinem Tode 1918 von ihm selbst vernichtet[5], wo Nic. L. Petersens Nachlass abgeblieben ist, wenn es überhaupt einen gegeben hat, ist nicht bekannt. Es sei hinzugefügt, dass weder vom Organ der Revolutionären, der Zeitung *Arbejderen*, noch von ihrer Partei Nachlässe überliefert wurden[6]. Insgesamt gilt für das benutzte Quellenmaterial, dass es verstreut und lückenhaft ist.

Ein Wort zum Werdegang dieser Studie. Es kann nicht verborgen werden, dass sie über einen längeren Zeitraum und stückweise entstanden ist. Die Idee zu ihr kam schon in den 1980er Jahren, der Grossteil der Quellen wurde im gleichen Zeitraum eingesammelt und dann laufend ergänzt, und ausserdem wurde eine erste unvollständige Skizze angefertigt. Danach ruhte die Arbeit für viele Jahre, bedingt durch die berufliche Neu-Orientierung des Verfassers, um zwischenzeitlich, aber nur immer kurzzeitig, wiederaufgenommen zu werden. Eine 2002 erstellte, immer noch sehr unvollständige Fassung wurde von Gerd Callesen

1 Dokument 17 weiter unten, in Teil 3 dieser Arbeit. Weitere Verweise auf diesen Teil der Studie wie folgt: Dokument 2, 4, 7 usw.

2 Gerd Callesen (Hrsg.), Om revolutionær taktik. Korrespondancen mellem Friedrich Engels, og Gerson Trier og Nicolaj Petersen, 1885-1893, in: Årbog for Arbejderbevægelsens Historie (ÅAH) 3 (1973), S. 109-142.

3 Vergl. die Einleitung zu Teil 3.

4 Das ABA ist Teilmenge des dänischen „Arbeitermuseums", mit dem es 2004 fusionierte.

5 Laut Mitteilung von Gerd Callesen berichtete Gerson Triers Sohn Steffen, dass sein Vater seine persönlichen Papiere in einem nur ihm zugänglichen Zimmer in der Kopenhagener Familienwohnung aufbewahrte. Vor seinem Tode 1918 vernichtete er seinen gesamten Nachlass, wohl, weil er inzwischen politisch „heimatlos" geworden war und keine „politischen Erben" hatte.

6 Dies mit der Einschränkung, dass im Nachlass P. Knudsen, Arbejderbevægelsens Bibliotek og Arkiv, Kopenhagen (hinfort: ABA) einige Blätter gefunden wurden, bei denen es sich unzweideutig um die handschriftlichen Versionen von 1889-90 in Arbejderen gedruckten Artikel handelt. Wie diese Blätter ausgerechnet in das Archiv des Parteihäuptlings gekommen sind, ist nicht nachvollziehbar.

durchgesehen und auf seine Anregung interessierten Fachhistorikern als Word-Datei zur Verfügung gestellt. Diese Fassung ist seitdem in der einschlägigen Literatur gelegentlich zitiert worden.

Das Thema dieser Arbeit ist von der historischen Forschung bislang zwar häufig berührt, aber nicht erschöpfend behandelt worden, und obendrein zumeist recht „parteilich". Dies gilt vor allem für die sozialdemokratische Geschichtsschreibung, welche die Revolutionären schlanker Hand zu politischen Phantasten, wenn nicht sogar Brunnenvergiftern erklärte und ihre Parteigründung als Sekte darstellte. So heisst es in der grossangelegten Jubiläumsschrift der Partei von 1904, Trier und Nic. L. Petersen hätten „die Gedanken voll von Marx" gehabt, aber sie seien „ohne Verständnis für die dänischen Verhältnisse" gewesen[1]. Auch wurden sie beschuldigt, Marx zu einem „Religionsstifter", das Kapital zur „Bibel" erhoben und „einseitig theoretisiert" zu haben[2]. Man ist versucht anzufügen, dass nur derjenige so daherkommt, welcher sich zu rechtfertigen sucht. Dies gewinnt an Klarheit, wenn man sich vergegenwärtigt, dass Trier und Nic. L. Petersen, die zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Jubiläumsschrift (wieder) Parteimitglieder waren, diese Zeilen mit Sicherheit – und bestimmt auch mit Kopfschütteln – gelesen haben dürften. Kommentare ihrerseits zu dieser Veröffentlichung sind allerdings nicht überliefert.

Es gab aber auch Parteifreunde, die Trier, und Nic. L. Petersen positive Zeugnisse ausstellten, unter ihnen A. F. Lamm, trotz seines Berufs, ist man geneigt hinzuzufügen – er war Privatbankier – langjähriges Mitglied des Parteivorstandes, der in seinen Erinnerungen u.a. Nic. L. Petersen folgendes Zeugnis ausstellte: „Eine begabte und sympathische Person, eifriger Marxist"[3]. Ähnlich der hochangesehene Pionier der Arbeiterkooperativen, Georg Bolgann, der Trier und Nic. L. Petersen als junger Mann begegnete und in seinen unveröffentlichten Erinnerungen bemerkte: „Für uns Junge wirkten sie als Lehrer und Mentoren." Nic. L. Petersen habe eine „brennende Liebe zur Arbeiterbewegung" genährt[4].

Soweit einige zeitgenössische Stimmen zu Trier und Nic. L Petersen. Dass die postume Kritik führender Sozialdemokraten gelegentlich noch schärfer ausfiel als in der oben zitierten Jubiläumsschrift, bezeugt der Kulturhistoriker Hartvig Frisch, eines der intellektuellen Aushängeschilder seiner Partei in der Zeit zwischen den Weltkriegen und danach. Der gelernte Altphilologe machte den „theoretischen Marxisten wie Gerson Trier" die gleiche Blindheit gegenüber der von ihm als positiv begriffenen „ganzen opportunistischen Tendenz" in der dänischen Arbeiterbewegung zum Vorwurf, ebenso wie der „marxistischen Parteileitung" der SPD, die er wiederum mit den „russischen Bolschewiken" in einen Topf geworfen sehen wollte[5]. Es waren dies ungewöhnlich schrille Töne, deren Inhalt aber durchaus der sozialdemokratischen Ideologie der Jahre, in der diese Zeilen zu Papier

1 C.E. Jensen und F.J. Borgbjerg, Socialdemokratiets Aarhundrede. Fremstillinger af Arbejderbevægelsens Historie fra Revolutionen i 1789 til vore dage, Bde 1-2, Bd 2: Danmark – Norge – Sverig, Kopenhagen 1904, S. 474.

2 Ebd. S. 473.

3 A.F. Lamm, Erindringer og Tanker, Kopenhagen 1928, S. 101.

4 Die interessanten Erinnerungen des, da in seiner Jugend weitgereisten Arbeiters in Nachlass Bolgann, ABA, hier S. 78.

5 Hartvig Frisch, Socialismen i Tidens Strøm, in: Diskussionsklubben Karl Marx 50 Aar, Kopenhagen o. J. (1936), S. 43-53, S. 4 f. – Frisch brillierte u.a. mit einer Studie des europäischen Faschismus, Pest over Europa, Kopenhagen 1933. Als Unterrichtsminister initiierte er 1948 eine umfassende Reform der dänischen Rechtschreibung.

gebracht wurden – es waren die 1930er, während derer die Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Teil der Arbeiterbewegung mitunter mit harten Bandagen ausgefochten wurden – entsprach.

Um einiges milder wurde 1954, in der bislang letzten Jubiläumsschrift der dänischen Sozialdemokratie, das Scheitern der Revolutionären damit erklärt, dass es für ihre „oppositionelle Verkündigung", d.h. ihre politische Theorie, „offensichtlich keinen Nährboden gab … unter dänischen Arbeitern"[1]. Dies dürfte der Wahrheit sehr nahe gekommen sein und erinnerte letztendlich stark an Triers Urteil über die sozialdemokratischen Parteimitglieder in seinem Brief an Stauning vom 30. September 1916, in dem er seinen Austritt aus der Partei begründete[2].

Ein gänzlich anderes Bild als die sozialdemokratischen Jubiläumsschriften zeichnen Jette Lundbo Levy und Morten Thing im Vorwort ihrer Anthologie mit Texten sozialistischer Theoretiker in Dänemark. Es heisst bei ihnen über Trier und Nic. L. Petersen, dass die beiden, im Gegensatz zur sozialdemokratischen Partei, „die Realität des Klassenkampfes als den einzig möglichen Ausgangspunkt für die Strategie der Partei" hervorgehoben hätten[3]. Dies ist leicht gesagt, besonders im Vorwort einer Anthologie, wo es anscheinend keiner längeren wissenschaftlich-kritischen Erläuterung bedurfte, entspricht aber den Sympathien der Herausgeber und Repräsentanten der „Neuen Linken" im Dänemark der 1970er Jahre, die unzweideutig Trier und Nic. L. Petersen gehörten. Leider interessierten die Herausgeber Trier und Nic. L. Petersen nur in ihrer Eigenschaft als Theoretiker, was den Schluss zulässt, dass ihr und das Interesse anderer Vertreter der politischen Linken in den 1970er Jahren an Trier und Nic. L Petersens sich vor allem daher erklärt, dass die beiden Revolutionären zu den wenigen dänischen Sozialisten gehörten, die die Lehren von Marx und Engels mehr als oberflächlich kannten und deren intellektuelle Heimat die internationale Arbeiterbewegung war und nicht das letztendlich „provinzielle" Dänemark. Mit nur einer Ausnahme gab es keine Persönlichkeit in der dänischen Arbeiterbewegung, die wie sie in der internationalen, sozialistischen Bewegung zu Hause war. Die Ausnahme war der dänische Sozialist der ersten Stunde und Gefährte Wilhelm Weitlings, Niels Lorents Petersen[4].

Eine eher problematische und nicht weniger parteiliche Sicht als die sozialdemokratische vor allem Triers findet sich in der DDR-Geschichtsschreibung. Aus SED-konformer Position schildert die Historikerin Ute Emmerich die Tätigkeit von Trier und Nic. L. Petersen als unermüdlichen Kampf gegen den „Opportunismus" der dänischen Parteiführung, was durchaus den Tatsachen entspricht. Was nicht den Tatsachen entspricht, ist die Darstellung Triers als eines Vorreiters der kommunistischen Partei Dänemarks („Danmarks Kommunistiske Parti", DKP) deren „politisch-ideologische Formierung" er massgeblich

1 Oluf Bertolt und Alsing Andersen, En Bygning vi rejser, Bde 1-3, Kopenhagen 1954, Bd 1, S. 195 und 206 f.

2 Vergl. Dokument 39.

3 Jette Lundbo Levy, Morten Thing, Dansk socialistisk teori 1850-1900. En antologi, Kopenhagen 1973, S. 108 (=Politisk revy-serien Nr 6).

4 Dazu Hans-Norbert Lahme, Das Monument – Niels Lorents Petersen. Eine Skizze seines Lebens in der Arbeiterbewegung, in: International Review of Social History hinfort: (IRSH) 19 (1984), S. 173-214.

betrieben haben soll[1]. Letzteres mag in Lenins positiver Beurteilung Triers begründet sein, die die Verfasserin dazu verleitete, hier mehr als die Begegnung zweier „Linker", bzw. (zu diesem Zeitpunkt noch) kritischer Sozialdemokraten während des Kopenhagener Kongresses der II. Internationale 1910 zu vermuten[2], zu der der sowjetische Gesandte in Dänemark, M. Kobezky in seinen Erinnerungen über seine Zeit als Emigrant in Dänemark wie folgt zu berichten wusste:

> *Von den dänischen Sozialdemokraten beurteilte Lenin besonders Gerson Trier positiv, mit dem ich ihn zusammengeführt hatte. Das, was ihn namentlich ansprach, war nicht nur Triers hohe Intelligenz und persönliche Anziehungskraft, sondern auch seine revolutionäre Gesinnung*[3].

Die Revue der je nach dem politischen Standpunkt des jeweiligen Betrachters sehr unterschiedlichen Sicht Triers und Nic. L. Petersens soll abgeschlossen werden mit dem Urteil Carl Heinrich Petersens, der sich um die „Wiederentdeckung" und sachliche Bewertung der Revolutionären in Dänemark grosse Verdienste erworben hat. In seiner zweibändigen, im Laufe der Jahre mehrfach wiederaufgelegten Sammlung von Kurzbiographien und Texten dänischer linker Sozialisten beschreibt er, selbst lebenslanger „Linksabweichler" und unermüdlicher und idealistischer Angehöriger sozialistischer bis anarchistischer Gruppierungen[4], Trier und Nic. L. Petersen als nicht zu korrumpierende „Persönlichkeiten aus einem Guss", als Antipoden der (sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen) „Funktionärstypen und zynischen ‚Realpolitiker'"[5].

Soweit die hochgradig politisch geprägten Meinungen zu Trier und Nic. L. Petersen. Wie eingangs bemerkt, ist die Aufarbeitung von Triers und Nic. L. Petersens Wirkens einschliesslich ihrer politischen Theorie, ihrer Parteigründung und ihrer Tätigkeiten innerhalb und ausserhalb der dänischen Sozialdemokratie bislang eher spärlich und sporadisch ausgefallen. Die geschichtswissenschaftliche Literatur besteht in der Hauptsache aus drei unveröffentlichten Universitätsabhandlungen, von denen die erste einen allgemeinen Überblick über die Geschichte der Revolutionären gibt, die zweite sich vor allem um die Darstellung von organisations- und geistesgeschichtlichen Aspekten bemüht und die dritte den Versuch einer politischen Biographie Triers darstellt[6]. Die drei Arbeiten waren für

1 Ute Emmerich, Die Entwicklung der dänischen sozialistischen Bewegung sowie die wechselseitigen Beziehungen zwischen ihr und der deutschen Sozialdemokratie im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, Diplomarbeit, Leipzig 1977, z.B. S. 32 und passim. Auch: Dies., Kampfgefährte von Friedrich Engels, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 21. Jahrg. (1979), S. 124 f.

2 Carl Thomsen, Lenin's visit to Denmark, Kopenhagen, o. O. (Kopenhagen) 1970, unpaginiert. – Zur Terminologie: Erst im Laufe der Jahre zwischen 1889 und 1914 bürgerte sich die Bezeichnung „II." oder „Zweite" für die neue Internationale ein.

3 Zitiert nach Oskar Hansen, Da de revolutionære dækkede sig bag kvindeskørter. En Parti-Krise for 60 År siden, in: Verdens Gang 1950, S. 344-348, S. 348. – Für dieses wie alle anderen im Original dänischen Zitate gilt, dass sie vom Verfasser stillschweigend, d.h. ohne jedes Mal darauf hinzuweisen, dass es sich um eine Übersetzung aus dem Dänischen handelt, und so nahe am Original wie möglich, ins Deutsche übersetzt wurden.

4 Carl Heinrich Petersen, Danske Revolutionære. Ideer, Bevægelser og Personligheder, Bde 1-2, o. O. 1974, 3. Aufl., hier Bd 1, S. 9.

5 Ébd., S. 67.

6 In der Reihenfolge ihrer Nennung im Text handelt es sich um die folgenden Arbeiten: Poul Køppen, Det danske Socialdemokrati 1884-90, herunder Venstreoppositionen, Ms. Århus 1967, Preben L. Jensen, Kampen mellem den revolutionære og den den reformsøgende socialisme i Danmark 1887-93, Ms., Kopenhagen 1975, und Lene Jeppesen, Gerson Trier (1851-1918). En politisk biografi, Ms., Århus 1981.

diese Studie ausserordentlich wertvoll, u.a. wurde ihnen eine Reihe von Hinweisen auf wichtige Quellen entnommen. Ausserdem sei verwiesen auf die Studie des Historikers Claus Bryld, bei der es sich um einen Überblick der Ideengeschichte der dänischen sozialistischen Bewegung handelt, des, wie der Verfasser es nennt, „demokratischen Sozialismus"[1]. Bryld gelangt zu einer insgesamt positiven Sicht der Revolutionären und ihrer Parteigründung. Ideologisch seien die Revolutionären marxistisch geprägt und darin den deutschen Sozialdemokraten sehr ähnlich gewesen[2], eine Wertung der insgesamt zuzustimmen ist. Allerdings, dem anschliessenden Versuch des Verfassers, die marxistische Position der Revolutionären näher zu erklären – sie sei „voluntaristisch" und „links-lassalleanistisch"[3] – ist entgegenzuhalten, dass die Revolutionären nicht „voluntaristisch" waren, ganz bestimmt nicht im Sinne Lenins, dem dieses Etikett häufig und sicherlich mit Recht angehängt wird. Was mit „links-lassalleanistisch" gemeint ist, wäre ebenfalls noch zu erläutern.

Lässt man die verschiedenen Wertungen der Revolutionäre, wie sie hier kurz angerissen wurden, Revue passieren – marxistische Phantasten und „Quasibolschewiken", Marxisten, Revolutionäre; Wegbereiter der kommunistischen Partei; Antipoden der opportunistischen sozialdemokratischen „Realpolitiker", „Links-Lassalleaner" – so wird deutlich, dass eine Analyse der Revolutionären auch die Untersuchung von Strategie und Taktik der sozialdemokratischen Partei beinhalten muss, sowie ihre ideologischen Grundlagen, da diese den Revolutionären die Munition für ihre Angriffe lieferte. Diesem Thema widmet sich Kapitel 1 in Teil 1 dieser Studie. Kapitel 2, wie die darauffolgende Kapitel 3-12 im gleichen Teil angesiedelt, beschreibt frühere Fraktionsbildungen und Sezessionen in der dänischen Arbeiterbewegung, Kapitel 3 Hintergrund und Werdegang Triers und Nic. L. Petersens. Kapitel 4 beleuchtet die Opposition Triers und Nic. L. Petersen und ihrer Parteigänger innerhalb der dänischen Sozialdemokratie. Das Kapitel beschreibt u.a. einen der Höhepunkte der revolutionären Opposition – nämlich ihr erfolgreiches Ringen um die dänische Teilnahme am Kongress der „Neuen Internationale" in Paris 1889. Kapitel 5 schildert den Parteiausschluss der Revolutionären, die durchweg negativen und die dänische Sozialdemokratie in schlechtes Licht stellenden Reaktionen der internationalen Arbeiterparteien und der Stellungnahme von Friedrich Engels und ausserdem die Rechtfertigungsversuche der dänischen Sozialdemokratie. Kapitel 6 beleuchtet die Gründung der Partei der Revolutionären, ihre Organisation, ihr Programm und ihre Verbreitung. Kapitel 7 ist der Darstellung der Auseinandersetzungen der Partei der Revolutionären mit der Sozialdemokratie gewidmet, die dem Parteiausschluss folgten und welche sich u.a. auf der Bühne der internationalen Kongresse abspielte. Kapitel 8 beschreibt das Scheitern der Partei der Revolutionären und fragt nach den Gründen dafür. Kapitel 9 und die folgenden Kapitel 10 und 11 widmen sich der weiteren Tätigkeit von Trier und Nic. L. Petersen innerhalb und ausserhalb der dänischen Arbeiterbewegung, darunter ihrem Wirken

1 Claus Bryld, Den demokratiske Socialismes gennembrudsår. Studier i udformningen af arbejderbevægelsens politiske ideologi i Danmark 1884-1916 på den nationale og internationale baggrund, 1992.

2 Ebd., S. 98 f.

3 Ebd.

als Pionieren der Arbeiterbildung, aber auch dem persönlichen Schicksal der beiden. Kapitel 12 schliesslich enthält ein Schlusswort. Auf eine längere Zusammenfassung wurde verzichtet.

Zwei Exkurse, der eine über Übersetzungen von Texten von Marx und Engels ins Dänische, der andere zum Internationalen Arbeiter Sekretariat, einer Initiative der unermüdlichen Sozialistin und faszinierenden Vorkämpferin der internationalen Arbeiterbewegung, der Marx-Tochter Eleanor Marx-Aveling, in die auch Nic. L. Petersen eingebunden war, machen den zweiten Teil dieser Studie aus. Die Form des Exkurses wurde hier gewählt, weil diese Kapitel eher lose in den Zusammenhang dieser Studie passen, für den Historiker der Arbeiterbewegung aber durchaus von Interesse sein können. Teil 3 der Studie enthält die Korrespondenz Triers und Nicolaj L. Petersens mit u.a. Friedrich Engels und anderen Persönlichkeiten der internationalen Arbeiterbewegung sowie einem freiheitlichen dänischen Politiker. Dieser Teil wird gesondert eingeleitet. Teil 4 enthält das Quellen- und Literaturverzeichnis.

Die Arbeiten am Manuskript wurden im September 2017 abgeschlossen. Die Studie sollte ursprünglich als e-Buch bei einem renommierten dänischen Verlag erscheinen. Das Erscheinungsdatum wurde zum Bedauern des Verfassers immer wieder hinausgeschoben, (wohl, weil der Verlag die Digitalisierung einem indischen Sub-unternehmer überlassen hatte, der der Aufgabe nicht gewachsen war) um zuletzt auf Ende Januar 2019 festgelegt zu werden. Als auch dieser Termin nicht eingehalten werden konnte, und nachdem dem Verfasser Mitte März 2019 eine stark verbalhornte Version des Textes zur Einsicht zugeschickt worden war, kündigte der Letztgenannte den Vertrag und entschied sich für die Edition der Studie auf einer Website. Die mehr als 18-monatige Verschiebung des Herausgabetermins machte die nochmalige Durchsicht des Manuskriptes möglich, und das Studium einer inzwischen (2018) erschienenen Studie einer der Gründerfiguren der dänischen Arbeiterbewegung notwendig[1].

Zum Schluss dieser Einleitung ist es dem Verfasser eine angenehme Pflicht, sich bei denjenigen zu bedanken, die zum Gelingen der Studie beigetragen haben, insbesondere bei Gerd Callesen, einem der hervorragendsten Kenner der Materie, Mit-Herausgeber der MEGA[2] und Nestor der Geschichtsschreibung der dänischen Arbeiterbewegung, der die Studie beratend begleitet hat. Er machte sich ausserdem die Mühe, dass Manuskript einer eingehenden „peer review" zu unterziehen. Der Dank des Verfassers gilt ausserdem Gisela Klarmeyer für ihre sprachlichen Korrekturen des Manuskriptes, und „last, but by far not least", Jacob Helmer für das endliche Layout und die Erstellung der Website. Andere Experten, deren Rat zu Teilproblemen eingeholt wurden, werden im Text genannt.

Livingstone, Zambia
April 2019

1 Es handelt sich hierbei um die Biographie des Gewerkschaftführers und Widersachers der Revolutionären Jens Jensen:, nämlich:Søren Federspiel, Jensen er valgt. Jens Jensen - en biografi, Kopenhagen 2018.

Teil 1: Beschreibung und Ausblick

1. Die dänische Arbeiterbewegung in den 1880er und 1890er Jahren

1.1 Auf dem Wege zur Massenorganisation

Am 12., 13. und 14. Juli 1888 hielt die dänische Arbeiterbewegung in Kopenhagen ihren dritten Parteitag ab. Es war dies der erste Parteitag (im Dänischen „kongres") der sozialistischen dänischen Arbeiterbewegung seit 1877, und gleichzeitig war es der erste Parteitag, den die politische Arbeiterbewegung allein abhielt, d.h. ohne die Teilnahme der Gewerkschaften. 33 politische Vereine hatten insgesamt 53 Delegierte auf den Parteitag geschickt, dazu kamen zwölf Mitglieder des „Hauptvorstandes des Sozialdemokratischen Bundes", d.h. des Parteivorstandes, an ihrer Spitze Peter Christian Knudsen, gemeinhin nur „P. Knudsen", der „Geschäftsführer", d.h. Parteivorsitzende[1]. Vor allen anderen war er es gewesen, der die bereits 1871, als Sektion der „Internationalen Arbeiterassoziation", in Kopenhagen gegründete Partei, den „Sozialdemokratischen Bund" (dänisch: Socialdemokratisk Forbund) aus den Krisen ihrer Entstehungsgeschichte gesteuert hatte, um sie – durch energische und kluge Aufbauarbeit – zu einer bislang noch kleinen, inzwischen aber unübersehbaren politischen Kraft zu entwickeln[2].

Gleich zu Anfang ein Wort zu P. Knudsen, dem späteren wohl wichtigsten Widersacher der Revolutionären. Er war Handschuhmacher von Beruf und stammte aus dem kleinen jütländischen Ort Randers. Seine Biographie steht noch aus[3] und dürfte schwer zu schreiben sein, was daran liegt, dass von ihm so gut wie nichts „Privates", etwa in der Form von persönlichen Briefen, Tagebüchern und anderen Selbstzeugnissen, überliefert ist. Dies geschah möglicherweise bewusst. Auch in den überlieferten Briefen P. Knudsens findet sich nichts was Licht auf den Privatmann werfen könnte. Alles, was von ihm überliefert ist, ist politischer, besser: parteipolitischer Natur. Zu P. Knudsens Vorteilen zählten zweifelsohne seine „vielen soliden Eigenschaften. Er war ursprünglich Gewerkschafter, mit einer tiefgehenden Kenntnis der Gewerkschaften", und obendrein war er „ein tüchtiger Organisator und Politiker"[4]. Dies kann nicht genug unterstrichen werden, ebenso wenig wie seine Rolle als primus inter pares der Gründungsväter der dänischen sozialistischen Bewegung. Davon abgesehen verfügte er auch über eine Reihe unsympathischer

1 Vergl. Den socialdemokratiske Kongres i København, den 12te, 13de og 14de Juli 1888, o. O. u. J. (1888), S. 3 ff. Hinfort: Protokol kongres 1888.

2 Die krisenhafte Entwicklung der Partei in den Gründerjahren schildert u.a. Helms, Die socialdemokratische und gewerkschaftliche Bewegung in Dänemark, Leipzig 1907, S. 28-43. Helms dient hier als Quelle, weil er ein genauer zeitgenössischer Beobachter der dänischen Arbeiterbewegung war.

3 Hans-Norbert Lahme (Hrsg.), P. Knudsen – Bidrag til hans politiske biografi. Analyser og dokumenter. Med bidrag af Per Boje, Gerd Callesen und Hans-Norbert Lahme, Odense 1982, macht auf S. 1-5 (Biografisk Indledning) den Versuch einer biographischen (Roh-) Skizze P. Knudsens.

4 Zu P. Knudsens Werdegang in der frühen dänischen Arbeiterbewegung vergl. ebd., S. 1 ff. – Das Zitat nach Henning Grelle (in seiner Biographie des Nachfolgers von P. Knudsen), Thorvald Stauning. Demokrati eller kaos. En biografi, o. O. (Kopenhagen) 2008, S. 68.

Wesenszüge, die ihn als unbarmherzigen Machtpolitiker zeigen, dem das keineswegs positiv gemeinte Prädikat „Peter der Grosse" zu Recht zugesprochen wurde[1] und die es schwermachen, zu einem ausgeglichenen Urteil über ihn zu kommen. Dem auf Photographien stets mürrisch dreinblickenden, dünnhaarigen und wallrossbärtigen Parteichef fehlte dem Anschein nach jegliches Charisma; stattdessen konnte er, wie noch zu zeigen sein wird, zänkisch und rechthaberisch sein und rücksichtslos in der Verfolgung seiner Ziele, aber auch seiner Gegner. Dies ging so weit, dass er sich nicht scheute, Tatsachen zu verdrehen, wenn ihm dies opportun war, d.h., wenn es der politischen Linie der Partei, so wie er sie vertrat, zum Vorteil gereichte. Er war kein Intellektueller, sondern Praktiker und dabei Pragmatiker. Die Quellen belegen, dass er seine Muttersprache in Wort und Schrift hervorragend beherrschte, allerdings waren seine Fremdsprachenkenntnisse begrenzt, ebenso wie seine Kenntnisse der internationalen Arbeiterbewegung. Er hatte keine tiefgehenden Bekanntschaften unter den Persönlichkeiten der internationalen Arbeiterbewegung, und ebenso fehlten ihm Auslanderfahrungen, abgesehen von einem einjährigen Arbeitsaufenthalt im südschwedischen Göteborg[2]. Wie noch zu zeigen sein wird, tat er sich auf den internationalen Kongressen, auf denen er nach Paris 1889 regelmässig teilnahm, kaum hervor und hatte er nur wenige Beziehungen zu den bedeutenden Vertretern des internationalen Sozialismus.

Was den Parteitag von 1888 betrifft, liegt kein Material vor, welches geeignet wäre, die Mitgliederstärke der Partei genauer anzugeben. Geht man jedoch davon aus, dass bereits zwei Jahre später, auf dem vierten Parteitag, 14.000 Mitglieder in insgesamt 109 sozialdemokratischen Vereinen gezählt wurden[3], und berücksichtigt man, dass es sich bei den 33 auf dem Parteitag von 1888 gezählten Vereinen längst nicht um sämtliche sozialdemokratische Organisationen handelte, dürfte es nicht zu hoch gegriffen sein, für 1888 mit wenigstens 10.000 Parteimitgliedern zu rechnen. Die Auflagenzahl des täglich erscheinenden Parteiblattes *Social-Demokraten* („Der Sozialdemokrat") betrug 1885: 22.000 (1888: 23.000, 1893: 25.150)[4].

Eine steigende Tendenz wiesen auch die Wahlergebnisse der Partei auf: 1884 erzielte sie 6.806 Stimmen und zwei Abgeordnete im „Folketing", dem Unterhaus, bzw. der Volkskammer des dänischen „Reichstages", d.h. des Parlaments, 1887 zwar nur einen Abgeordneten, aber 8.408 Stimmen, und 1890 erhielt die Partei gar 17.232 Stimmen und 3 Abgeordnete[5]. Im „Landsting", dem Ober- oder Herrenhaus des dänischen Parlaments, war die Sozialdemokratie seit 1890 mit ebenfalls zwei Abgeordneten vertreten, die bei den Wahlen 1898 bestätigt werden konnten[6].

1 Arbejderen, 16.11.1890.

2 Lahme, P. Knudsen, S. 2.

3 Protokol for den socialdemokratiske Partikongres i København den 19de, 20de, 21de og 22de Juni 1890, Aarhus 1890, S. 26 (hinfort: Protokol kongres 1890).

4 Willy Markvad, Den socialdemokratiske presse fra Socialisten til Aktuelt, Bde 1-3, o. O. u. J. (Kopenhagen, 1975), Bde 1 und 2, hier Bd 1, S. 39.

5 Z.B. Helms, a.a.O., S. 73. – Zu den Wahlen 1884 vergl. die sehr ausführliche Darstellung von Erik Strange Petersen, Socialdemokratiets gennembrudsvalg 1884, Arbejderbevægelsens Bibliotek og Arkiv, Årsskrift 1984, S. 8-18, besonders S. 8 f.

6 Helms, a.a.O, S. 76.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die endgültige Konstituierung der dänischen Sozialdemokratie war schliesslich die Gründung von Lokalorganisationen des Sozialdemokratischen Bundes in der Provinz. Seitdem 1882, mit der „Demokratischen Gesellschaft" in Aarhus/Jütland, der nach Kopenhagen grössten Stadt im Königreiche, erstmalig eine Provinzorganisation der Arbeiterbewegung gegründet worden war, die lebenskräftig genug war, um sich – anders als die Organisationen ausserhalb Kopenhagens der 1870er Jahre – behaupten zu können[1], folgte in der zweiten Hälfte der 1880er Jahre eine wahre „Gründerwelle" in allen wichtigen Provinzstädten, die sich in der ersten Hälfte der 1890er Jahre fortsetzte[2]. In diesen Jahren wurden auch erste sozialdemokratische Organisationen auf dem Lande gegründet. So waren auf dem Parteitag von 1888 erstmalig 3 sozialdemokratische Landarbeiterorganisationen vertreten, zwei Jahre später waren es 16, wiederum zwei Jahre später waren es schon 24[3]. Es konnte also kein Zweifel daran herrschen, dass die Sozialdemokratie des dänischen Königreiches auf ihren Parteitagen von 1888 und 1890 zwar noch immer eine vorwiegend hauptstädtische Bewegung war, dass ihr aber bereits der entscheidende Durchbruch in der Provinz gelungen war sowie, dass sie sich anschickte, auch in den Reihen der Landarbeiter Fuss zu fassen.

Insgesamt gilt, dass die dänische Sozialdemokratie sich Ende der 1880er, anfangs der 1890er Jahre weitgehend im Prozess ihrer Etablierung als unbestrittene Organisation der Arbeiter und Handwerker befand, und dass sie damit eine der wenigen sozialistischen Organisationen war, die bereits zu diesem Zeitpunkt vor dem Durchbruch zur Massenbewegung standen[4]. Alles in allem war die dänische Sozialdemokratie dabei, sich als ernst zu nehmender politischer Faktor zu konstituieren. Von Bedeutung für diesen Konstituierungsprozess war vor allem die geschickte, d.h. den politischen und sozialen Verhältnissen im Königreiche angepasste politische Taktik der Partei, aber auch ihre politische Theorie.

1.2 Die politische Taktik der Sozialdemokratie

Es sind vor allem zwei Themenkreise, deren Untersuchung es ermöglicht, näheres über die Taktik der Partei auszusagen: nämlich ihre Bündnispolitik und die Anfänge ihrer Landarbeiterpolitik. Da beide Themenkreise auch im Zentrum der revolutionären Angriffe auf die Sozialdemokratie standen, ist es gerechtfertigt, sie gleich hier zu erläutern.

Das herausragende Thema der dänischen Innenpolitik in den 1880er Jahren (aber auch noch in den ersten Jahren des folgenden Jahrzehnts) war der sog. „Verfassungskonflikt". Unter diesem Stich- und nicht minder Reizwort ist das Ringen der liberalen Bauernpartei

1 Siehe hierzu die Studie von Jens Engberg, Socialdemokratiet i Århus 1882-83. Begyndelse, rekrutteringsgrundlaget, program og avis, in: ÅAH 4 (1974), S. 5-53.

2 Siehe Georg Nørregaard, Organisationsforsøg blandt Landarbejderne, in: Bidrag til Arbejderklassens og Arbejderspørgsmaalets Historie i Danmark fra 1864 til 1900, red. von Povl Engelstoft und Hans Jensen, Kopenhagen 1931, S. 128 f. (=Skrifter udgivet af Institutet for Historie og Samfundsøkonomi, Bd 2).

3 Vergl. Hans-Norbert Lahme, Sozialdemokratie und Landarbeiter in Dänemark (1871-1900). Eine Studie zur Entwicklung von Theorie und Praxis in der frühen dänischen Sozialdemokratie. Gleichzeitig ein Beitrag zur Diskussion der Agrarfrage in der europäischen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, Odense 1982, S. 326 (Tabelle IX c).

4 Siehe hierzu Markus Bürgi, Die Anfänge der Zweiten Internationale. Positionen und Auseinandersetzungen 1889-1893, Frankfurt/New York 1996, besonders S. 30 und passim. Ohne hier auf die dänische Partei besonders einzugehen, zeichnet der Verfasser ein präzises Bild des Entwicklungszustandes und -prozesses der internationalen sozialistischen Bewegung.

„Venstre" (deutsch: „Linke") und der von den restfeudalen Gutsbesitzern und ihren städtischen Gefolgsleuten, zumeist Honoratioren und Beamten, beherrschten „Højre" (deutsch: „Rechte", was auch die im Folgenden benutzte Bezeichnung dieser vorerst nur parteiähnlichen politischen Formierung sein soll) nur unvollkommen zusammengefasst worden. Es ging bei diesem Konflikt nämlich um nichts anderes als um die Einführung parlamentarischer Zustände im dänischen Königreiche[1].

Bezeichnend für Venstre, deren Vertreter im Folketing seit Anfang der 1870er die Mehrheit stellten[2], war die spezifische Mischung aus bäuerlich-liberalen und bürgerlich-demokratischen Elementen in ihren programmatischen Forderungen. So verlangte Venstre sowohl die Ablösung der noch existierenden Reste bäuerlicher Gutsabhängigkeiten als auch die Beteiligung an der Regierungsmacht[3]. Letztendlich kam in diesem Konflikt der Versuch zum Ausdruck, die seit den 1840er Jahren beträchtlich gestiegene wirtschaftliche Potenz der kleineren und mittleren Bauern – sie waren der herausragende Wirtschaftsfaktor im schwach industrialisierten Dänemark[4] – in politische umzusetzen.

Nach aussen manifestierte sich der Verfassungskonflikt als Kampf zwischen dem von Venstre beherrschten Folketing, dessen Mitglieder in freien und gleichen Wahlen ermittelt wurden, die, man ist geneigt hinzuzufügen: selbstverständlich, Männern über 30 vorbehalten waren, die ausserdem über einen eigenen Hausstand verfügten und niemals Armenunterstützung erhalten hatten, d.h. insgesamt weniger als 15% der dänischen Bevölkerung[5], und dem auf Grund politischer Privilegien von den Gutsbesitzern majorisierten Landsting. Offen zum Ausbruch kam der Konflikt mit der Verabschiedung provisorischer Staatshaushalte (erstmals 1885, zuletzt 1894) durch den Regierungschef Estrup, der auf diese Weise die Befestigung Kopenhagens zwar mit der Zustimmung des Landstings, aber gegen den erklärten Willen des Folketings (und wohl auch der Mehrheit der Bevölkerung) durchzusetzen vermochte[6].

Dass auch die junge Sozialdemokratie im Verfassungskonflikt Stellung bezog, war nur natürlich. Sie lehnte nicht nur die Befestigung der dänischen Hauptstadt Kopenhagen als militärisch unnütz und als Geldverschwendung ab, und stimmte aus vollem Herzen in den Schlachtruf Viggo Hørups, einer der legendären Führergestalten von Venstre, ein, der

1 Vergl. Hans-Norbert Lahme, Dänemark, in: Frank Wende (Hrsg.), Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa, Stuttgart 1981, S. 45-66, hier S. 53 f.

2 Ebd.

3 Ebd.

4 Vergl. hierzu stellvertretend für die umfangreiche Literatur zu diesem Thema: Erling Olsen, Danmarks økonomiske historie siden 1750, Kopenhagen 1967, S. 54ff. (=Studier fra Københavns Universitets Økonomiske Institut, Bd 3). Zur Stellung der Bauern in Dänemark immer noch aufschlussreich ist die zeitgenössische Studie von A. H. Hollmann, Die Bevölkerungsbewegungen in Dänemark und ihr Zusammenhang mit der Entwicklung der dänischen Landwirtschaft, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd 30 (1905), S. 332-343. Zur Debatte um die Industrialisierung siehe: Svend Aage Hansen, Early Industrialisation ín Denmark, Kopenhagen 1970, vor allem S. 8 ff.

5 Die Zahl nach Strange Petersen, Socialdemokratiets gennembrudsvalg 1884, S. 8.

6 Es gibt hierzu eine Fülle von Darstellungen, z.B. Vagn Dybdahl, De nye klasser 1870-1913, Kopenhagen 1965, S. 88 f., 154 f.,157 ff., und 191 f. (=Politikens Danmarkshistorie, Bd 13). – Eine der verhasstesten Erscheinungsformen des Systems Estrup und Ausdruck der politischen Polarisierung insbesondere auf dem Lande war die Aufstellung einer potentiellen Bürgerkriegsarmee von Militärgendarmen, die im Falle von Volkserhebungen gegen die (ländliche) Zivilbevölkerung eingesetzt werden sollte. Da der äusserste Fall nie eintrat, erschöpfte sich die Tätigkeit der „blauen Gendarmen" in der politischen Überwachung der Landbevölkerung. Siehe: E. O. A. Hedegaard, Det militære gendarmerikorps 1885-1894, in: Krigshistorisk Tidsskrift, Jahrgang 1967, S. 5-49.

lautete: „Hvad skal det nytte?" (deutsch: „Was soll es nutzen?");[1] es ging ihr auch, ebenso wie Venstre, um die Einführung bürgerlich-demokratischer Zustände, allerdings sozusagen als „Etappenziel", entsprechend den Forderungen ihres „Minimalprogrammes",[2] nicht aber, wie im Falle von Venstre, als „maximale Forderung".

Es gab also Gemeinsamkeiten zwischen der jungen politischen Arbeiterbewegung und der Bauernpartei, und diese Gemeinsamkeiten wurden von der Erstgenannten bereits kurz nach ihrer Gründung definiert[3], während sie von Venstre erst in dem Augenblick „entdeckt" wurden, als sich abzeichnete, dass die Sozialdemokratie sich zu einem städtischen politischen Faktor von wachsender Bedeutung entwickelte, d.h. als abzusehen war, dass die politische Arbeiterbewegung in absehbarer Zeit zur Partei der städtischen Arbeiter und Handwerker würde. Die Stadt war nämlich die Schwachstelle von Venstre, deren Parteigänger und Wähler in den Landgemeinden ansässig waren, wohingegen es ihren städtischen Anhängern – bürgerlich-radikale, freisinnige und häufig junge Akademiker und Studenten – an Masse mangelte.

Nachdem die politischen Gemeinsamkeiten der beiden Parteien erst einmal von beiden Seiten erkannt worden waren, bedurfte es nur eines kleinen Schrittes, um sie in politische Zusammenarbeit umzusetzen, wobei anzumerken ist, dass das System der einfachen Mehrheitswahl, welches bei den Wahlen zum Folketing zur Anwendung kam, diesem Schritte Vorschub leistete: als „Opposition" konnte weder der Sozialdemokratie noch Venstre daran gelegen sein, sich bei den Wahlen die Stimmen gegenseitig abzujagen, um anschliessend festzustellen, dass man zwar in einigen Wahlkreisen zusammen eine Mehrheit hätte erringen können, inzwischen jedoch ein Kandidat der Rechten den Wahlkreis mit einer nur relativen Mehrheit der Wählerstimmen erobert hatte[4]. Sozialdemokratie und Venstre schlossen sich aus diesem Grunde zu losen Wahlbündnissen zusammen, die von Wahl zu Wahl erneuert werden mussten und die darauf hinausliefen, dass die Arbeiterpartei ihren Wählern empfahl, ihre Stimmen in Wahlkreisen, in denen sie nicht aufstellte (und das war vorläufig noch die Mehrzahl) dem Kandidaten von Venstre zu geben; im Gegenzuge forderte Venstre ihre Wähler auf, in geeigneten (städtischen) Wahlkreisen für sozialdemokratische Kandidaten zu stimmen.

Einige Beispiele mögen die Praxis der Wahlbündnisse näher beleuchten. Nachdem die beiden Parteien schon 1882, als „Vereinigte Kopenhagener Opposition", bei den Wahlen zum Landsting gegen das verhasste Regime Estrups in den Kampf gezogen waren[5], kam das erste reguläre Wahlbündnis angelegentlich der Folketingswahlen von 1884 zustande. Die

1 Hier zitiert nach Dybdahl, a.a.O., S. 157.

2 Beim Programm der dänischen Sozialdemokratie handelte es sich ursprünglich um eine recht sklavische Übersetzung des Gothaer Programmes der SAPD von 1876. Es wurde 1882, 1888 und 1890 in wichtigen Punkten revidiert, wovon später noch die Rede sein wird. Die Version von 1888 war praktisch eine Neufassung. Zu den Programmen und Versionen vergl. Gerd Callesen und Hans-Norbert Lahme (Hrsg.), Den danske arbejderbevægelses programmatiske dokumenter og love (1871-1913), Odense 1978, Dok. XIf., XXII f. (hinfort: Programmatiske dokumenter).

3 So hatte schon Louis Pio, der Gründer der dänischen IAA-Sektion, Engels die Zusammenarbeit zwischen den Sozialisten und Venstre als wichtiges politisches Ziel erklärt. Vergl. Pio an Engels, 18.08.1972, in: Børge Schmidt (Hrsg.), 80 Louis Pio Breve og en Pio Bibliografi, Kopenhagen 1950, S.35 f.

4 Zum Wahlrecht vergl. Lahme, Dänemark, S. 46.

5 Siehe hierzu die Darstellung bei Jensen u. Borgbjerg, a.a.O., S. 358 f.

„Liberalen", d.h. die Kopenhagener Anhänger von Venstre, hatten der Arbeiterpartei drei Wahlkreise „angeboten", was von der Sozialdemokratie nach längerem Hin und Her schliesslich auch akzeptiert wurde[1]. In zahlreichen Agitationsveranstaltungen stellten sich die jeweiligen Kandidaten der Opposition, ungeachtet ob Sozialdemokrat oder Venstre-Mann, den Wählern als Opposition vor – und nicht als Sozialdemokrat oder als Venstre-Kandidat – um sich den Anhängern beider Parteien zu empfehlen. Im Zentrum der Agitation stand der Kampf gegen das „Estrupiat". So betonte Herman Trier, ein wichtiger Vertreter der Kopenhagener Liberalen, vor Arbeitern und Venstre-Wählern in seinem Wahlkreis Kopenhagen 1, es ginge zuerst einmal gegen das reaktionäre Regime Estrups, welches regiere, ohne auf die Mehrheit im Folketing Rücksicht zu nehmen. Der Beifall der versammelten Arbeiter war ihm dafür sicher[2]. Holm und Hørdum, beide Sozialdemokraten, denen es schliesslich auch gelang, ihre jeweiligen Wahlkreise (Kopenhagen 5 und 9) zu erobern, versprachen den sozialdemokratischen und Venstre-Wählern, für Arbeiter und Mittelstand zu wirken[3].

Das Wahlbündnis wurde 1887 neu aufgelegt, diesmal mit vier sozialdemokratischen Kandidaten, von denen allerdings nur einer gewählt wurde (Holm)[4]. Bei den Versammlungen, die vor dieser Wahl abgehalten wurden, verurteilten sozialdemokratische und liberale Redner einträchtig den Hauptfeind Estrup und seine provisorischen Haushalte und verlangten die Demission des verhassten Junkerregimes[5]. Holm und Hørdum gaben in Wahlbroschüren zu erkennen, dass sie sich als Kandidaten der vereinigten Opposition begriffen[6].

Das gleiche Bild bot sich 1890: erneut appellierte *Social-Demokraten* an „freisinnige Wähler", für die Kandidaten der Opposition zu stimmen, weil es zuallererst darum gehe, das „Regime der Junker" niederzuringen[7]. Es sei hinzugefügt, dass die Wahlbündnisse der Sozialdemokratie auch nach der Jahrhundertwende fortgesetzt wurden[8].

Die Bündnispolitik hatte Vor- und Nachteile für die junge Partei. Um von den Vorteilen zuerst zu sprechen, so ermöglichte die Zusammenarbeit mit Venstre ihr den Einzug in das Folketing gleichsam im „Huckepackverfahren". Ohne das Bündnis wäre der Sozialdemokratie weder 1884, noch 1887 oder 1890 der Einzug in die parlamentarische Versammlung gelungen. Dass die parlamentarische Präsenz für die junge Partei wichtig war, bedarf kaum umfangreicher Erläuterungen – was Friedrich Engels, in jenen Jahren *der* politische Kommentator der internationalen sozialistischen Bewegung und gleichzeitig

1 Ebd., S. 357 f.

2 Social-Demokraten, 15.06.1884.

3 Ebd., 17., 19. und 13.01.1887.

4 Jensen u. Borgbjerg, a.a.O., S. 486, S. 438 ff.

5 Social-Demokraten., 08., 12. und 13.01.1890.

6 Vergl. die Wahlbroschüren Holms „Til Vælgerne i Københavns 5. Kreds", Januar 1887, Socialdemokratiets Arkiv, ABA, und Hørdums, ebenfalls vom Januar 1887, „Til Vælgerne i Københavns 9. Kreds, ebd. – Dass die Zusammenarbeit mit Venstre auch zwischen den Wahlen fortgesetzt wurde – und zwar z.T. recht erspriesslich – zeigt sich z.B. daran, dass der freiheitliche und im Zuge dieser Studies schon genannte und noch mehrfach zu nennende, Venstre nahestehe Politiker Herman Trier ein gern gesehener Gast auf sozialdemokratischen Veranstaltungen war. Beide Seiten diskutierten bei solchen Gelegenheiten sehr freundschaftlich miteinander, vergl. z.B. Social-Demokraten, 02.12.1887.

7 Ebd., 07. und 20.01.1890.

8 Vergl. z.B. Helms, a.a.O., S. 74 f.

politischer „Chefberater" der deutschen Partei, 1895 über die Bedeutung der da schon anderthalb Jahrzehnte währenden Anwesenheit der deutschen Sozialdemokratie im Reichstag sagte, galt auch für die dänische Arbeiterpartei zehn Jahre zuvor: Engels bezeichnete den Reichstag als

> *eine Tribüne, von der aus sie (die Vertreter der Arbeiterpartei) mit ganz anderer Autorität und Freiheit zu ihren Gegnern im Parlament wie zu den Massen draussen sprechen konnten als in der Presse und in Versammlungen.*

Die Wahlagitation war laut Engels für die Arbeiterpartei ein Mittel,

> *wie es kein zweites gibt, um mit den Volksmassen da, wo sie uns noch ferne stehen, in Berührung zu kommen, alle Parteien zu zwingen, ihre Ansichten und Handlungen unseren Angriffen gegenüber vor allem Volk zu verteidigen*[1].

Dies setzte allerdings voraus, dass die Arbeiterpartei darauf bedacht war, ihr eigenes Profil herauszukehren, und zwar sowohl in der Volksvertretung als auch bei der Wahlagitation. Und gerade da haperte es im Falle der dänischen Arbeiterpartei, denn das Bündnis mit Venstre setzte enge Grenzen. Die junge und noch schwache Sozialdemokratie konnte es sich nicht leisten, dem bäuerlich-bürgerlichen Bündnispartner auf die Zehen zu treten, indem sie die Gegensätze zu ihm zu stark betonte, sprich: mehr als nur andeutete, was sich vor allem in der Agitation zeigte[2]. Es war bekannt, dass der Parteichef P. Knudsen höchstpersönlich und mit Argusaugen über seine Agitatoren wachte, damit sie Venstre, vor allem in ihrer Eigenschaft als politischer Arm der bäuerlichen Arbeitgeber, deren Gegensatz zur Sozialdemokratie von vielen der Anhänger der Arbeiterpartei sehr wohl begriffen wurde, nicht verprellten[3]. Das gleiche galt für die Arbeit der Sozialdemokratie im Folketing: in seiner Jungfernrede wies Holm den von Venstre bereits verworfenen Regierungsvorschlag zu einem Gesetz zur Altersversicherung auch seitens der Sozialdemokratie zurück – nicht nur, weil es seiner Ansicht nach nichts taugte, sondern auch um die Zusammenarbeit seiner Partei mit Venstre willen. Die Sozialdemokratie sei nicht gewillt, aus der Opposition auszuscheren, so Holm, selbst wenn die Regierung sich zu einem annehmbaren Gesetzesvorschlag herablassen würde[4].

Der Preis für den Einzug der Sozialdemokratie ins Folketing war demnach hoch, entsprach aber durchaus dem Kräfteverhältnis zwischen den beiden Parteien: die Sozialdemokratie band sich als „Juniorpartner" im Bündnis relativ fest an Venstre, wobei sie in Kauf nehmen musste, dass ihr spezifisch sozialdemokratisches Profil an Schärfe einbüsste. Sie war, um es spitz auszudrücken, Arbeiterpartei „nach innen" und Teil der politischen Opposition „nach aussen".

---

1 Friedrich Engels, Einleitung zu Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850", in: MEW, Bd 22, S. 509-527, hier S. 519.

2 Vergl.. Lahme, Sozialdemokratie und Landarbeiter, S. 201 ff.

3 Ebd., S. 203.

4 Jensen u. Borgbjerg, a.a.O., S. 388.

1.3 Die sozialdemokratische Landarbeiterpolitik

Neben der Bündnispolitik war es vor allem die Landarbeiterpolitik, die das Profil der dänischen Sozialdemokratie in der zweiten Hälfte der 1880er Jahre des 19. Jahrhunderts zeichnete (und auch noch und obendrein verstärkt in den folgenden Jahrzehnten). Landarbeiterpolitik wird hier breit, d.h. über die Tätigkeit der Partei in der Volksvertretung hinausgehend, verstanden: es geht um die Bemühungen der Sozialdemokratie um die ländlichen Arbeiter, eine Notwendigkeit für die dänische Sozialdemokratie. Dänemark war im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts überwiegend agrarisch geprägt. Von den 1.341.000 Einwohnern im Jahre 1870 figurierten 75% unter der Rubrik „Landbevölkerung", 1890 waren es von 1.450.000 Einwohnern noch immer 67%[1]. In den Jahren 1870, 1880 und 1890 waren 175.000, 185.000 und 180.000 Männer als Lohnarbeiter in der Landwirtschaft beschäftigt, in Handwerk, Baugewerbe und Industrie waren es nur jeweils 42.000, 12.000 und 34.000 (1870), 38.000, 12.000 und 44.000 (1880), 51.000, 20.000 und 53.000 (1890)[2]. Die relative Verteilung der Arbeitskräfte auf die Sektoren Landwirtschaft einerseits, Industrie und Gewerbe andererseits, sah so aus:[3]

Jahr	Landwirtschaft	Industrie und Gewerbe
1870	52,3%,	25,8%
1880	51,1%	26,0%
1890	45,9%	27,9%

Auch die Hauptstadt Kopenhagen, Anfang der 1890er mit etwas über 300.000 Einwohnern die grösste und am stärksten industrialisierte Stadt Dänemarks[4], war kaum ein industrieller Ballungsraum, wie es in einer zeitgenössischen Quelle heisst:

> *Wie überhaupt das Fabrik- und Manufakturwesen in Dänemark auf keiner hohen Stufe steht, so hat insbesondere auch K., trotz des sonst lebhaften Gewerbefleisses, nicht viele Etablissements aufzuweisen. Zu erwähnen sind: Maschinenbau, Textilindustrie, Eisengiesserei, Zuckerraffinerie, Brennerei und andere mit der Landwirtschaft in Verbindung stehende Betriebe, zwei Porzellanfabriken, Möbeltischlerei und Pianofortebau* [5].

Aus den nüchternen Zahlen, die sich auch im Laufe der ersten Jahrzehnte nach der Jahrhundertwende nur tendenziell, nicht aber generell änderten, ergab sich das, was der ungarische Historiker Eugen Varga, ein scharfblickender Analytiker der zeitgenössischen Arbeiterparteien nach dem Ersten Weltkriege, für die dänische Sozialdemokratie feststellen konnte: als nunmehr „starke Sozialdemokratie in einem Agrarlande" war die „S.P.

1 Nach: Olsen, a.a.O., S. 87.

2 Nach: Svend Aage Hansen, Økonomisk Vækst i Danmark, Bd 1: 1721-1914, Kopenhagen 1972, S. 246.

3 Vereinfacht nach: Kjeld Bjerke, Niels Ussing, Studier over Danmarks Nationalprodukt 1870-1950, Kopenhagen 1958, S. 10. – Vergl. auch Nic. L. Petersens Brief an Engels, Dokument 30.

4 Nach: Brockhaus Konversations-Lexikon, 14. Auflage, Leipzig, Berlin und Wien 1890, Bde 1-18, Bd 10, S. 614.

5 Ebd.

Dänemark" für ihn „ein wichtiger Typ" unter den sozialdemokratischen Parteien[1]. Die Entwicklung zu diesem speziellen Typus einer sozialdemokratischen Partei war das Resultat der nimmermüden Anstrengungen der dänischen Sozialdemokratie, der agrarischen Arbeiterbevölkerung habhaft zu werden.

Letztere zerfiel in verschiedene Kategorien. Es gab zum einem die Häusler, Besitzer oder Pächter eines „Hauses", evtl. mit einer Stallung, mit oder ohne dazugehörigem Land- oder Gartenstück. In den meisten Fällen war eine solche Häuslerwirtschaft zu klein, um einer Familie ein Auskommen zu sichern, so dass der Inhaber, in der Regel aber auch seine Frau und seine Kinder, genötigt waren, ein Zubrot als Lohnarbeiter bei Bauern oder Gutsbesitzern zu verdienen. Die Häusler waren daher die Arbeitskraftreserve der grossen und mittleren Landwirtschaft[2]. Im Jahre 1885 wurden insgesamt 188.426 Häuslerwirtschaften in Dänemark gezählt (1873: 165.264, 1905: 212.520)[3]. Neben den Häuslern gab es um 1880 etwa 10.500 Instleute, d.h. landwirtschaftliche Lohnarbeiter, die keine Häuslerwirtschaft ihr eigen nennen konnten, sondern in einer Stube, allein oder zu mehreren, auf einem Bauern- oder Gutshofe lebten[4]. Im gleichen Jahre wurden 184.149 männliche und weibliche Angehörige des Gesindestandes gezählt, d.h. Knechte und Mägde[5]. Sowohl Instleute als auch Knechte und Mägde waren der Gesindeordnung unterworfen, d.h. sie besassen u.a. weder aktives noch passives Wahlrecht.

Es war selbstverständlich, dass sich die Sozialdemokratie um diese grosse Gruppe von potentiellen Anhängern bemühen musste, stellte sie doch ein nahezu unerschöpfliches Stimmenreservoir dar, Gesinde und Instleute allerdings erst, wenn ihnen das Wahlrecht gewährt wurde. Insgesamt gehörten die Landarbeiter, ob Häusler, Instleute oder Gesinde, von ihrer materiellen Situation her gesehen wie die Industriearbeiter und Handwerksgesellen in der Stadt zu den Unterprivilegierten. Welche der beiden Gruppen schlechter gestellt war als die andere, ist gelegentlich diskutiert worden, letztendlich aber unerheblich[6].

Es war das grosse Verdienst der dänischen Sozialdemokratie, als erste Arbeiterpartei überhaupt und im Alleingang, d.h. ohne das Vorbild der Bruderparteien, ein programmatisches Konzept entwickelt zu haben, mit dessen Hilfe es ihr gelang, vereinzelt schon in den 1880 Jahren[7], und verstärkt in den folgenden Jahrzehnten[8] deutliche Einbrüche in die Reihen der Landarbeiter zu erzielen. Die Agrar-, besser (und im Folgenden so genannt) Landarbeiterprogramme der dänischen Sozialdemokratie waren nicht mehr und

1 Eugen Varga, Die sozialdemokratischen Parteien. Ihre Rolle in der internationalen Arbeiterbewegung der Gegenwart, Hamburg 1926.

2 Siehe hierzu die Darstellung von Jørgen Witte, Landarbejdernes Kår 1850-1900, in: Bol og By. Meddelelser fra Landbohistorisk Selskab, 2. Reihe, 1 (1977): Det agrare Danmark og det industrielle gennembrud 1860-1914, S. 113-138.

3 Nach: Axel Nielsen, Dänische Wirtschaftsgeschichte, Jena 1933, S. 529.

4 Nach: Vilhelm Falbe-Hansen, Stavnsbaandsløsningen og Landboreformerne. Set fra Nationaløkonomiens Standpunkt, 1. Teil: Tiden fra 1733-1807, Kopenhagen 1889, S. 137.

5 Nach: Kristian Hvidt, Flugten til Amerika eller drivkræfter i masseundvandringen fra Danmark 1868-1014, Århus 1971, S. 216 (=Skrifter udgivet af Jysk Selskab for Historie, Nr 26).

6 Vergl. hierzu den knappen Überblick bei Lahme, Sozialdemokratie und Landarbeiter, S. 33 f., und die Hinweise ebd., S. 42, Anm. 76.

7 Ebd., S. 262 f.

8 Ebd., S. 318 ff.

nicht weniger als die Umsetzung der Erkenntnis, dass die Partei als Arbeiterpartei eines Agrarlandes die – in ihrem Falle engen – Grenzen des traditionellen Rekrutierungsfeldes der grossen sozialdemokratischen Parteien des Auslandes, d.h. der Arbeiter und Handwerker der städtisch-industriellen Ballungsräume, verlassen und Anhänger auf dem Lande gewinnen musste, wollte sie nicht auf absehbare Zeit ein kümmerliches Dasein in einer Art von politischem „Ghetto" fristen.

Schon in den allerersten programmatischen Entwürfen berücksichtigte die politische Arbeiterbewegung in Dänemark die ländliche Arbeiterbevölkerung[1]; das sog. „Gimle-Programm" der dänischen Sozialdemokratie von 1876 war zwar eine fast sklavische Übersetzung des Gothaer Programmes, enthielt aber einen längeren Programmpunkt, der speziell an die Landarbeiter appellierte[2]. Dieser Punkt wurde 1882 revidiert[3] und 1888 zu einem regelrechten Landarbeiterprogramm, einem „Programm im Programm" der dänischen Sozialdemokratie, erweitert[4]. Das Landarbeiterprogramm der dänischen Sozialdemokratie von 1888, das 1890 noch einmal revidiert und erweitert wurde[5], war im politisch-praktischen Teil des Programmes angesiedelt; es enthielt demnach Forderungen, deren Verwirklichung sich die Partei unter den augenblicklichen Verhältnissen vorstellte, d.h. „diesseits" einer zukünftigen, sozialistischen Gesellschaftsordnung. Dem Landarbeiterprogramm wurde vom Parteitag der dänischen Sozialdemokratie 1888 eine Denkschrift zur Seite gestellt, die es in einzelnen Punkten ergänzte, bzw. verbindlich interpretierte[6]. Die Forderungen des Programmes und der es ergänzenden Denkschrift, die hier nicht einzeln dargestellt werden sollen, lassen sich auf drei Punkte reduzieren: 1. Arbeiterschutzforderungen, vor allem die nach staatlicher Aufsicht mit den von Arbeitgeberseite errichteten Häuslerwohnstätten; 2. Forderungen nach Landzuteilungen für landarme und landlose Landarbeiter; zu diesem Zwecke sollten u.a. Brachflächen kultiviert und die Ländereien von Pfarrhöfen und Fideikommissen eingezogen und anschliessend an Landarbeiter verteilt werden; 3. Forderungen nach der Organisierung der Produktion der Häuslerwirtschaften und der anschliessenden Veredelung und Distribution der Produkte im Rahmen staatlich geförderter und auch finanzierter Ackerbaugenossenschaften. Unter anderem sollten denjenigen Häuslern, die ihre Ländereien in die von der Sozialdemokratie propagierten Ackerbaugenossenschaften einzubringen gewillt waren, billige Kredite gewährt werden.

Der dritte Punkt, obwohl im Minimalprogramm angeführt, tangierte bereits die Grenzen zum sozialistischen Zukunftsstaat. Dies zeigte sich im offiziellen Programmkommentar, in dem die Sozialdemokratie den genossenschaftlichen Betrieb als landwirtschaftliche

1 Ebd., S. 44 ff.
2 Ebd., S. 59 ff.
3 Ebd., S. 66 ff.
4 Ebd., S. 78 ff.
5 Ebd, S. 123 ff.
6 Ebd., S. 89 f. Siehe ausserdem Lahme, Sozialdemokratie und Landarbeiter, passim.

Betriebsform der Zukunftsgesellschaft propagierte, die allerdings „unter den jetzigen Gesellschaftsverhältnissen so weitgehend wie möglich vorzubereiten ist"[1].

Die Forderungen des dänischen Landarbeiterprogramms waren gut auf die besondere Situation der Landarbeiterbevölkerung zugeschnitten, denn sie berücksichtigten die Landarmut der Landarbeiter und ihren Landhunger, aber auch ihre Situation als ländliche Lohnarbeiter. Ausserdem versprach das Landarbeiterprogramm den Landarbeitern eine ökonomisch einträgliche Zukunft als Mitgliedern von Ackerbaugenossenschaften, allerdings, ohne sie zum Eintritt in diese Produktionsgemeinschaften zwingen zu wollen. Der Eintritt in die Ackerbaugenossenschaften war nämlich freiwillig, kein kleinerer Landbesitzer musste deshalb um seinen Besitz fürchten[2]. Darüber hinaus waren die geplanten Ackerbaugenossenschaften keine Konstruktionen einer fernen Zukunft, die zu erreichen es vielleicht Generationen dauerte und die eher in den Bereich der Utopien gehört hätten; sie waren ganz im Gegenteil laut Parteiprogramm kurzfristig, d.h. durchaus schon diesseits einer sozialistischen Zukunftsgesellschaft erreichbar, obwohl sie bereits einen Zipfel eben dieser Gesellschaft darstellten.

Das geschickt formulierte Landarbeiterprogramm war eine hervorragende Grundlage für die Landagitation, die schon anfangs der 1880 Jahre einsetzte und zum Zeitpunkt des Parteitages von 1888 erste Erfolge zeitigen konnte[3]. Wie eingangs angeführt, gab es zu diesem Zeitpunkt schon einige sozialdemokratische Landarbeitervereine, deren Anzahl sich in den folgenden Jahren erheblich steigerte. Allerdings, und wie angedeutet, legte das Bündnis der sozialdemokratischen Partei mit der bäuerlichen Venstre der Landagitation Fesseln an. Es war unmöglich für die Agitatoren der Arbeiterpartei, den sozialen Gegensatz zwischen den Bauern einerseits und den Landarbeitern andererseits herauszukehren. Dies war der Preis für das Bündnis mit Venstre gegen Estrup.

1.4 Die Zielvorstellungen der Partei und ihre ideologischen Grundlagen

Bündnis- und Landarbeiterpolitik waren Gebiete vorzüglich der praktischen Tagespolitik der dänischen Arbeiterpartei und ihre Antwort auf die spezifisch dänischen, politischen und sozialen Gegebenheiten. Beide Gebiete waren Eigenleistungen der jungen Partei, die sich dabei nicht an den Vorbildern ausländischer Bruderparteien orientieren konnte. Vor allem für die Landarbeiterpolitik gilt, dass sie erst viel später zum Diskussionsthema der anderen sozialdemokratischen Parteien wurde.

Anders sah es mit den ideologischen Grundlagen aus, konkret: den politisch-theoretischen Vorstellungen der Partei. Hier kam der Einfluss der Ideologen bzw. Theoretiker vor allem der deutschen Arbeiterbewegung deutlich zum Vorschein. Dabei gelang es der

1 (Mutmasslicher Verfasser: Emil Wiinblad), Det socialdemokratiske Program. En Fremstilling af Socialdemokratiets Principper, Kopenhagen 1888 (recte: 1890-91), S. 107, (=Socialistiske Skrifter, Bd 7-8).

2 Vergl. Lahme, Sozialdemokratie und Landarbeiter, S. 91.

3 Ebd., S. 190 ff.

Sozialdemokratie, die eigenen politischen Zielvorstellungen mit den „importierten" Ideologien in Übereinstimmung zu bringen.

Wenn sich die folgende Darstellung der politischen Theorie der dänischen Sozialdemokratie – so, wie diese sich bereits zur Mitte der 1880er Jahre herausbildete, um sich anschliessend zwar noch in Teilbereichen, nicht aber grundsätzlich zu verändern – fast ausschliesslich auf die Analyse eines einzigen Textes aus der Hand des Parteivorsitzenden P. Knudsen stützt, dann liegt das daran, dass dieser Text, der sog. „Sozialismus-Vortrag" aus dem Jahre 1884, auf Jahre hinaus der einzige erwähnenswerte Eigenbeitrag der dänischen Sozialdemokratie zur sozialistischen Theorie war. Einmal abgesehen vom Parteiprogramm von 1888 (bzw. 1890) und dem dazugehörigen Programmkommentar von 1890-91, war dieser Vortrag auf Jahre hinaus auch der einzige grössere Versuch der dänischen Sozialdemokratie zur Darstellung ihrer Zielvorstellungen[1].

In seinem Sozialismus-Vortrag schilderte P. Knudsen die existierende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in den düstersten Farben, um die Schuld daran dem Kapitalismus zuzuschreiben: der Kapitalismus verurteile die Arbeiter dazu, sich beim Verkauf ihrer einzigen Ware, der Arbeitskraft, gegenseitig „auszukonkurrieren" und dadurch die Löhne zu drücken[2]; die kleineren selbständigen Handwerksbetriebe würden nach und nach, ebenso wie die kleinen Industriebetriebe, von den Grossbetrieben aufgesogen[3]. Dadurch, aber auch durch ihren Geburtenüberschuss[4], nehme die Zahl der Besitzlosen ständig zu, ebenso wie ihre materielle und auch ihre geistige Verarmung[5]. Die Kehrseite der Verarmung der Massen sei die Konzentration des Reichtums in den Händen einiger weniger[6]. P. Knudsen unterstrich, dass, obwohl diese Erscheinungsformen des Kapitalismus in anderen (sprich: höher industrialisierten) Ländern stärker ausgeprägt seien als in Dänemark, die sozioökonomischen Strukturen seines Landes den gleichen Entwicklungsgesetzen gehorche[7] wie diese. Wohl, um dieses Postulat mit den tatsächlichen Verhältnissen in Einklang zu bringen, wollte P. Knudsen den Begriff des Proletariats ziemlich weit gefasst sehen: seiner Auffassung nach zählten sowohl kleinere, nur noch dem Schein nach selbständige Gewerbetreibende, die beispielsweise für kapitalstarke Grosshändler arbeiteten, als auch die Landarbeiter – ganz gleich, ob mit oder ohne eigenes oder gepachtetes Land – zusammen mit den Industriearbeitern zum Proletariat[8]. Den Bauern ging es letztendlich nichts anders als den kleineren Gewerbetreibenden: auch sie waren in steigendem Masse von der Proletarisierung bedroht, wenn auch erst auf längere Sicht[9]. Alles in allem beschrieb P. Knudsen den Kapitalismus als eine Gesellschaftsordnung, die reif sei, „von einer anderen"

1 Beim Folgenden handelt es sich um eine Zusammenfassung der theoretischen Position P. Knudsens in: Lahme, (Hrsg.), P. Knudsen, S.1-33.

2 Die gedruckte Version des Vortrages erschien allerdings erst 1885. Vergl. P. Knudsen, Socialismen, in: Socialistiske Pjecer, Kopenhagen 1885 (=Socialistisk Bibliotek, Bd 1). Hier zitiert nach der Neuausgabe in: Uffe Østergaard (Hrsg.) Den materialistiske Historieopfattelse i Danmark før 1945, I. En antologi med eksempler, o. O., 1973.

3 Ebd., S. 35.

4 Ebd., S. 36.

5 Ebd., S. 37 f.

6 Ebd., S. 35.

7 Ebd., S. 40.

8 Ebd., S. 41.

9 Ebd, S. 47 f.

abgelöst zu werden, und zwar von einer solchen, „die auf anderen Prinzipien beruhe", d.h. auf dem „Sozialismus"[1], denn im Unterschiede zum Kapitalismus war einzig der Sozialismus nach Auffassung P. Knudsens der Zustand, der der gesamten Bevölkerung „den grösstmöglichen Grad an Wohlbefinden und Glück" garantieren könne[2]. Um ihn zu erreichen, sei es notwendig, dass der Staat durch das Proletariat in den Besitz der Produktionsmittel gebracht werde, damit er die zu ihrer Erzeugung notwendige Arbeit gerecht und dem Bedarf entsprechend verteile[3]. Der Staat – konkret und mit den Worten P. Knudsens „der sozialistische Staat"[4] – war der Auffassung des Parteichefs zufolge der Organisator der sozialistischen Gesellschaft.

Wie definierte P. Knudsen die Aufgaben der Arbeiterpartei? Eine Teilantwort auf diese Frage ergibt sich schon aus der Aussage, dass das Proletariat den Staat in den Besitz der Produktionsmittel zu bringen habe. Eine erschöpfende Antwort ergibt sich allerdings erst nach einem Blick auf die von P. Knudsen ebenfalls definierten gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze. Nach der Überzeugung des Parteichefs waren die gesellschaftlichen Verhältnisse einem stetigen Entwicklungsprozess unterworfen, der sie von einer Stufe zur anderen führte – „von einem Gesellschaftszustand zum nächsten"[5]. Dieser, von P. Knudsen durchaus als revolutionär begriffene Entwicklungsprozess war von geradezu „naturbedingten", d.h. von den Menschen nicht beeinflussbaren Gesetzen bestimmt. Das Treibmittel innerhalb dieses revolutionären Entwicklungsprozesses waren laut P. Knudsen die den jeweiligen Gesellschaftsformationen innewohnenden Gegensätze. Im Falle des Kapitalismus bestünde der Hauptgegensatz in der Konfrontation des Proletariats mit der Bourgeoisie, wobei letztere der Übernahme der inzwischen schon gesellschaftlichen Produktion durch den Staat im Wege stehe[6] – allerdings ohne Chance, diese zu verhindern, denn dies käme dem Versuch gleich, einen Naturprozess verbieten zu wollen[7]. Innerhalb dieser Grenzen wollte P. Knudsen sowohl die Sozialdemokratie als auch die Gewerkschaften und ihre jeweiligen Aufgaben unter den Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung platziert wissen: während er den Gewerkschaften nur die begrenzten Möglichkeiten der Anhebung des Arbeitslohnes zubilligen mochte, ohne aber die Kräfte, welche die Löhne niederhielten, beseitigen zu können[8], war er der Überzeugung, dass die Arbeiterpartei durchaus den Gang der gesellschaftlichen Entwicklung beeinflussen könne. Dies dadurch, dass sie – in Kenntnis der Gesetzmässigkeiten der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft, und d.h.: im Wissen um ihre gleichsam „naturbedingte" Ablösung durch die sozialistische – ihr Agieren mit eben diesen Entwicklungsgesetzen in Übereinstimmung zu bringen in der Lage sei. Dadurch besässe die Arbeiterpartei

1 Ebd., S. 34.
2 Ebd., S. 53.
3 Ebd., S. 44.
4 Z.B. ebd., S. 53.
5 Ebd., S. 33.
6 Ebd, S. 40.
7 Ebd., S. 34.
8 Ebd., S. 50.

revolutionäre Qualität, nicht aber, so darf interpretierend hinzugefügt werden, indem sie Revolutionen vom Zaune brach[1].

P. Knudsen hatte klare Vorstellungen davon, wie das Handeln der von ihm als Vollstrecker der gesellschaftlichen Entwicklung definierten Sozialdemokratie auszusehen hatte:

> *Die Sozialdemokratie (strebt an) … die sozialistischen Prinzipien sukzessiv durch eine Skala von ökonomischen und politischen Reformen und die stückweise Übernahme der Produktion durch den Staat durchzuführen*[2].

Das Mittel dazu war seiner Meinung nach das allgemeine Wahlrecht, mit dessen Hilfe das Proletariat, dabei eventuell geholfen vom „Mittelstand"[3], die „Gesetzgebung", d.h. das Parlament, erobern sollte. Man geht nicht fehl in der Annahme, dass der Mittelstand in Dänemark u.a. mit Venstre identisch war.

P. Knudsens Vorstellungen von den Aufgaben und Mitteln der Arbeiterpartei beinhalteten demnach eine klare Absage an revolutionäre oder gar voluntaristische Konzeptionen. Er übersah jedoch nicht, dass es durchaus Gelegenheiten gab, in denen die Bevölkerung zu revolutionären Mitteln Zuflucht nehmen musste: immer dann, wenn ihr die Möglichkeit genommen würde mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts, d.h., auf dem Wege der Gesetzgebung, gesellschaftliche Veränderungen durchzuführen, wüchse die „Indignation" über „die herrschenden Zustände", kämen „Rachegedanken" auf. Die Bevölkerung suche dann Zuflucht in gewalttätigen Mitteln, sprich: in Revolutionen[4].

Zusammenfassend lassen sich die Vorstellungen P. Knudsens von den Aufgaben der Arbeiterpartei wie folgt darstellen: die Partei war für ihn insofern revolutionär, als sie in Übereinstimmung mit der von ihm als revolutionär erkannten gesellschaftlichen Entwicklung handelte, die der Verstaatlichung der Produktionsmittel zustrebte. Diesen Entwicklungsprozess zu erkennen, zu unterstützen und ihn voranzutreiben durch die Verbreitung der Erkenntnis seiner Zwangsläufigkeit, und zwar in der Arbeiterklasse, aber auch im Mittelstand, und ihn – mit Hilfe der von der Arbeiterpartei allerdings erst noch zu erobernden – gesetzgebenden Versammlung vollenden zu helfen, war Aufgabe der Sozialdemokratie.

Bei einer kritischen Wertung der politischen Theorie P. Knudsens wird dreierlei deutlich: 1. seine Beeinflussung durch die marxistische Theorie; 2. die immer noch spürbaren Reste vormarxistischer Theoreme; 3. und, damit in engem Zusammenhang stehend, seine Nähe zum Reformismus. Die Beeinflussung P. Knudsens durch die marxistische Theorie war sowohl das Ergebnis der Radikalisierung der politischen Szenerie Dänemarks durch die „Diktatur Estrup", als auch – und sicherlich wenigstens in gleich starkem Masse – des beginnenden Siegeszuges des Marxismus in den Arbeiterparteien während der 1880 Jahre,

1 Ebd., S. 53.
2 Ebd., S. 52.
3 Ebd., S. 55.
4 Ebd., S. 53 f. und S. 61.

vor allem in der Sozialistischen Arbeiter Partei Deutschlands (SAPD), der späteren SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands).

Seit den Anfängen der sozialistischen dänischen Arbeiterbewegung hatten nämlich freundschaftliche Beziehungen zwischen ihr und den von ihr – wie von anderen Arbeiterparteien – bewunderten deutschen sozialistischen Organisationen bestanden. Diese Beziehungen wurden unter den Bedingungen des „Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie", kurz: des Sozialistengesetzes ausgebaut. Zum Beispiel liessen sich die Dänen auf dem Kongress von Chur 1881 durch Bernstein vertreten[1]; flohen verfolgte deutsche Sozialdemokraten nach Dänemark, vor allem nach Kopenhagen, wo ihnen die dänische Partei Unterstützung gewährte[2]; organisierten und finanzierten die Dänen bekanntlich den geheimen Parteitag der SAPD von 1883 auf vorbildliche Weise[3]; wurde das illegale Organ der deutschen Sozialdemokratie, *Der Sozialdemokrat*, auch in Dänemark (von der sozialdemokratischen Partei) distribuiert und gelesen[4]. Ausserdem gründeten die zahlreichen deutschen Sozialdemokraten in Kopenhagen Mitte der 1880 Jahre eine „Deutsche Lesegesellschaft" (hinfort: DLG), der zeitweilig 200 Mitglieder angehörten, auf die später noch näher eingegangen werden soll. Die Broschüren, die die deutschen Sozialdemokraten regelmässig von Julius Motteler bezogen[5], dürften auch in die Hände der dänischen Freunde gelangt sein, die ihrerseits Mitte der 80 Jahre darangingen, die Schriften von Marx und Engels sowie sozialdemokratischer, bzw. marxistischer Autoren in dänischer Sprache herauszugeben[6]. Alles in allem herrschten in den 1880 Jahren (aber auch, wie schon angeführt wurde, im Jahrzehnt zuvor und natürlich auch noch danach) lebhafte und meistens auch herzliche Verbindungen zwischen den dänischen und deutschen Sozialdemokraten[7].

Die Marxismusrezeption durch P. Knudsen war sicherlich stark vom deutschen Vorbild beeinflusst. Wichtig war vor allem, dass der Parteivorsitzende den Versuch machte, Dänemark in den Kontext der internationalen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung der Industrieländer einzubeziehen, wobei er, z.B. beim Nachweis der Proletarisierungstendenzen unter den hauptstädtischen kleineren Selbständigen, die Forschungsresultate bürgerlicher Ökonomen heranzog[8]. Ein Ergebnis von P. Knudsens Einordnung der dänischen Entwicklung in den internationalen Zusammenhang war seine Erkenntnis des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung und des von ihr geführten

1 Vergl. Volker Emmerich, Die internationalen Sozialistenkongresse in Genf (1877) und Chur (1881) und die deutsche Sozialdemokratie, in: Jahrbuch für Geschichte, Band 22 (1981): Studien zur Entwicklung der Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, S. 111-138, hier S. 134.

2 Über Ausgewiesene orientiert auch Der Sozialdemokrat vom 19.01., 26.01, 23.02. und 03.08.1882.

3 Vergl. hierzu allgemein Nachlass Motteler, International Institute of Social History, Amsterdm (hinfort: IISG), Rep. 1024/1, sowie 839 und 1258/2. Vergl. auch den Bericht in Der Sozialdemokrat, 26.04.1883.

4 Vergl. Forhandlingsprotokol for Socialdemokratisk Forbund, Bd 1 (1889-94), Sitzung vom 26.02.1882, ABA. (Hinfort: Protokol Socialdemokratisk Forbund).

5 Vergl. Nachlass Motteler, Rep. 388/3.

6 Vergl. Exkurs 2 in Teil 2.

7 Einen Überblick gibt Gerd Callesen, Die Beziehungen zwischen der deutschen und der dänischen Arbeiterbewegung 1871-1900, in: Vor hundert Jahren: Dänemark und Deutschland 1864-1900. Gegner und Nachbarn, Kopenhagen, Aarhus, Kiel, Berlin 1981-2, S. 74-83.

8 Vergl. P. Knudsen, Socialismen, S. 36 f.

Kampfes[1]. Es zeigte sich dabei allerdings, dass der dänische Parteichef – wie viele Sozialisten seinerzeit – die von Marx und Engels nachgewiesenen Entwicklungstendenzen der herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mit „ehernen" Gesetzen verwechselte, was vor allem bei der Analyse des Agrarsektors zu falschen Schlüssen führte: P. Knudsens Schilderung der Bauern in einem Atemzuge mit den bedrohten kleinen Selbständigen der Hauptstadt ging an der Tatsache vorbei, dass die kleineren und mittleren Agrarier auf wirtschaftlich gesunden Betrieben sassen und nicht vom Abrutschen ins Proletariat bedroht waren, sondern dass sie im Gegenteil – sowohl politisch als auch sozial – eher eine ländliche Bourgeoisie darstellten. Sie waren, um einen Begriff Sombarts zu verwenden, kleinere und mittlere „Agrarkapitalisten"[2]. Es gab einen zweiten wichtigen Punkt, in dem P. Knudsens politische Theorie entscheidend von Marx und Engels abwich: es war dies seine Definition der revolutionären Qualitäten der Sozialdemokratie. Indem er die Partei zum Beobachter und Exekutor der der Gesellschaft innewohnenden Entwicklungsprozesse bestellte, ihr aber ausdrücklich die Möglichkeit absprach, die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft zu beeinflussen, weil diese sich naturgesetzlich ergab, verbot er ihr, selbst aktiv auf den Verlauf der historischen Prozesse einzuwirken. Geschichte spielte sich für ihn gleichsam ausserhalb der Möglichkeiten der Partei ab, die Sozialdemokratie wurde zu ihrem Begleiter, zum Objekt der historischen Prozesse reduziert, die die ihr von Marx und Engels zugewiesenen Rolle als Subjekt und Objekt des historischen Transformationsprozesses nicht wahrnehmen konnte.

So beachtenswert sie auch war, konnte die Rezeption von Teilen der marxistischen Theorie durch P. Knudsen die weiterhin in der dänischen Arbeiterbewegung virulenten Reste des Lassalleanismus kaum überlagern. Dies zeigte sich nirgendwo deutlicher als in P. Knudsens Staatsauffassung, wie sie im Sozialismus-Vortrag zum Vorschein kam. Laut P. Knudsen hatte der Staat zumindest eine dreifache Aufgabe: 1. hatte er der Arbeiterklasse, soweit sie es nicht schon besass, das allgemeine Wahlrecht zu gewähren; 2. sollte er die sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen, die die Arbeiterpartei mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts durchzuführen trachtete, nicht nur tolerieren, sondern auch stützen und vorantreiben; 3. sollte der Staat laut P. Knudsen in der Zukunft die Rolle des Eigentümers an den Produktionsmitteln übernehmen. Diese letztendlich „staatssozialistische" Sicht, die ihre Parallelen in der deutschen Sozialdemokratie hatte[3], liess Reste der Lehren Lassalles, von denen die Dänen sich ansonsten bereits vehement distanziert hatten[4], einmal mehr fröhliche Urstände feiern – zwar nicht als einen „Lassalleanismus der reinen Lehre", wohl aber als einen sehr zählebigen Rest, dessen ideologischer Ursprung P. Knudsen offenbar entgangen war. Es handelte sich nämlich nicht um den simplen Lassalleanismus des „Ehernen Lohngesetzes", wohl aber um die „positive", d.h. etatistische Staatsauffassung des staatstreuen Sozialreformers und „königlich-preussischen Sozialisten", in dessen Lehre der Staat als neutrale Instanz gewertet wurde, die es, mit Hilfe des Stimmzettels, für die Sache der Arbeiter zu erobern galt – nicht aber, wie Marx und Engels es schon im „Manifest"

1 Vergl. ebd., S. 50.

2 Vergl. Werner Sombart, Der moderne Kapitalismus, Bd 3, 2. Teil, München, Leipzig 1928, S. 969 f.

3 Vergl. die immer noch richtungsweisende Studie von Hans-Josef Steinberg, Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem 1. Weltkrieg, Hannover 1967, S. 35 f.

4 Vergl. hierzu Hans-Norbert Lahme, Der deutsche social-demokratische Arbeiterverein in Kopenhagen und die dänische Arbeiterbewegung, in: IRSH XXI (1976), S. 240-255, vor allem S. 247 ff.

angedeutet hatten und Engels es in den „Ursprüngen" zwingend forderte, um die Abschaffung der grundsätzlich Klasseninteressen dienenden bürgerlichen Zwangsordnung, deren Eroberung und Zerschlagung die notwendige Aufgabe des Proletariats war.

Anders ausgedrückt: der ideologische Kern der Lehren Lassalles, seine Staatsidee (letztendlich die Hegels und Fichtes), hatte sich in der politischen Theorie P. Knudsens als eine Art von ideologischem „Unterfutter" erhalten, wohingegen die Rezeption des Marxschen Lehrgebäudes durch P. Knudsen fast ausschliesslich die Gesellschaftskritik betraf und letztendlich eklektizistisch war. Es zeigt sich an dieser Stelle, dass P. Knudsens positive Staatsauffassung auch verantwortlich war für die im Sozialismus-Vortrag zum Vorschein kommende reformistische Grundkonzeption der stückweisen Veränderung der existierenden Gesellschaft zur sozialistischen durch eine Politik der kleinen Schritte, und der nur – d.h. im Falle ausbleibender Reformen – alternativen Möglichkeit revolutionärer gesellschaftlicher Veränderungen. Da die Parallelen dieser Konzeption zu der früher (z.B. Höchberg) und späterer (z.B. Vollmar) deutscher Reformisten und Possibilisten geradezu schlagend sind[1], bietet es sich an, hier von einer frühen dänischen Spielart des Reformismus (Engels: „Opportunismus") zu sprechen. Es ist dabei zu beachten, dass Lassalleanismus und Reformismus in den wichtigen Teilbereichen der Auffassung vom Staate und von der Revolution durchaus Kongruenzen aufweisen. Nicht ohne Grund haben namhafte deutsche Reformisten denn auch immer wieder auf Lassalle verwiesen[2].

Der im Vorhergehenden unternommene Versuch, die politisch-theoretische, ideologische Position P. Knudsens zu analysieren und dabei gleichsam in seine Bestandteile zu zerlegen, soll weder über das Ganzheitliche dieser Konzeption hinwegtäuschen, noch den Eindruck erwecken, dass es hier darum gehen soll, P. Knudsens Verdienste als „Chefideologe" seiner Partei postum „kleinzuschreiben" – im Gegenteil: die grosse Leistung des Parteivorsitzenden, der sich als erster Däne in die marxistische Theorie vertiefte und versuchte, sie einem breiten Publikum nahe zu bringen, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Letzteres zumal dann nicht, wenn man sich vergegenwärtigt, dass der Parteichef über keine umfangreiche formale Schulbildung und auch nur über geringe Sprachkenntnisse verfügte, weshalb die Lektüre der für die Niederschrift des Sozialismus-Vortrages wichtigen Teils des Marx-Engelsschen Oeuvres für ihn sicher sehr mühevoll gewesen sein dürfte. Anders als die Schriften Lassalles, von denen ein Grossteil bereits in den 70er Jahren ins Dänische übersetzt worden war[3], ging die dänische Partei erst Mitte der 1880 Jahre und danach daran, wichtige Texte von Marx und Engels in dänischer Sprache herauszugeben. P. Knudsen dürfte also seine Quellen, z.B. das „Manifest" und die „Ursprünge", im deutschen

1 Zu Karl Höchberg, dem führenden Vertreter des sog. „ethischen Sozialismus", einer frühen Spielart des Reformismus in der SDAP, vergl. die ausführliche Darstellung bei H.J. Steinberg, a.a.O., S. 96 ff. Zu Vollmar ebd., vor allem S. 109 ff.

2 Z.B. Vollmar in seinem Artikel: Der Grundgedanke des Sozialismus (April 1891), in: Willy Albrecht (Hrsg.), Georg von Vollmar, Reden und Schriften, Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 127-129. Der Artikel enthält sehr viele Gedanken, deren Affinität zu den Theorien P. Knudsens verblüffen, z.B. die Sicht der Revolution als einer eruptiven gesellschaftlichen Auseinandersetzung im Falle fehlenden staatlichen Reformwillens. Vergl. ebd., S. 129.

3 Vergl. Hans-Norbert Lahme, De danske Lassalle-oversættelser, in: Meddelelser om Forskning in Arbejderbevægelsens Historie (hinfort: MFAH) 9 (1977), S. 24-31.

Original gelesen haben, denn als er den Sozialismus-Vortrag niederschrieb und hielt, lagen dänische Übersetzungen dieser Texte noch nicht vor.

Aber einmal von alle dem abgesehen – die politische Theorie P. Knudsens entsprach durchaus dem sog. „Durchschnittssozialismus" der SAPD jener Jahre, allerdings mit dem Unterschied, dass in ihr die friedlichen, auf den alleinigen Gebrauch der parlamentarischen Praxis fixierten Mittel auf dem Wege zur Macht einen grösseren Raum einnahmen als bei den deutschen Sozialisten, insbesondere zum Zeitpunkt des Sozialistengesetzes. Den deutschen Parteifreunden wurde dies schon 1883 klar: Nach Abschluss des Geheimkongresses der SAPD bezeichnete *Social-Demokraten* in einem Rückblick auf den Kongress die deutsche Arbeiterpartei schlankweg als eine „parlamentarische" Partei, worauf *Der Sozialdemokrat* wie folgt antwortete: „Wir sind keine parlamentarische Partei – in dieser Beziehung müssen wir den Referenten unseres dänischen Bruderorgans berichtigen – wir sind aber auch keine Revolutionsmacher"[1]. Und weiter: „Wir sind eine revolutionäre Partei, unser Ziel ist ein revolutionäres, und wir geben uns über seine Durchführung auf parlamentarischem Wege keinen Illusionen hin." Diese doch sehr deutliche Berichtigung der Anschauungen der dänischen Sozialdemokraten durch das Parteiorgan der SAPD verschwieg Social-Demoraten seinen Lesern allerdings – geflissentlich oder auch nicht.

1.5 Die Breitenwirkung der politischen Theorie P. Knudsens

Welche Breitenwirkung hatte P. Knudsens politische Theorie in der Sozialdemokratie? Die Durchsicht der entsprechenden Jahrgänge des sozialdemokratischen Parteiorgans zeigt, dass direkte Reaktionen sowohl auf die mündliche als auch auf die schriftliche Fassung des Sozialismus-Vortrages ausblieben. Das gleiche gilt für die wenigen sozialdemokratischen Broschüren und Flugschriften aus den Jahren unmittelbar nach 1885, einmal abgesehen vom weiter unten zu behandelnden Parteiprogramm.

Das fehlende direkte Echo unter den Sozialdemokraten auf das bis dato wichtigste und auf Jahre hinaus einzige Zeugnis der politischen Theorie der dänischen Sozialdemokratie von grösserem Umfange war jedoch nicht gleichbedeutend mit seiner fehlenden Breitenwirkung, sondern lässt sich vielmehr als stillschweigender Akzept interpretieren. Die Parteifreunde, die mit dem Text oder Teilen daraus konfrontiert wurden, konnten zustimmen, enthielt der Sozialismus-Vortrag doch nichts Sensationelles oder gar Anstössiges, sondern nur das, was man in irgendeiner Form schon gedacht oder am eigenen Leibe gespürt hatte. Ganz gleich, ob es sich um die Propagierung des friedlichen Weges zur Macht; um die Aufforderung an den Staat, die Produktionsmittel zu übernehmen; oder um die Analyse der Gesellschaftsordnung handelte: P. Knudsens politische Theorie war letztendlich auch ein leichtverständliches Konglomerat durchschnittssozialistischer Gedanken und Thesen, denen Parteimitglieder und Sympathisanten zustimmen konnten. Die Breitenwirkung des

1 12.04.1883.

Sozialismus-Vortrages war demnach wohl am ehesten eine indirekte, die darin lag, dass er die Vorstellungen der Parteimitglieder und Parteigänger wiedergab und zusammenfasste.

Einfacher und auch klarer zu beantworten als die Frage nach der Breitenwirkung der politischen Theorie P. Knudsens ist die nach ihrem Verhältnis zur politischen Praxis der Partei. Dabei hilft ein Blick auf die im Vorhergehenden angerissenen wichtigsten Themenkreise der praktischen Politik der Partei in den 1880er und 1890er Jahren, nämlich auf die Bündnis- und die Landarbeiterpolitik, weiter. Zweck der Bündnispolitik war, wie hinlänglich dargestellt, die Erringung möglichst vieler sozialdemokratischer Mandate in der Volksvertretung. Aus diesem Grunde verzichtete die Sozialdemokratie auf die Aufstellung von Kandidaten im Grossteil der Wahlkreise und erhielt dafür wenige, allerdings relativ sichere Wahlkreise von Venstre und in Abstimmung mit ihr. Diese Taktik ergab sich aus dem dänischen Wahlrecht und wurde von der Partei als notwendig im Kampf für das Primärziel, den Sturz Estrups und die Einführung bürgerlich-demokratischer Zustände, legitimiert. Es darf dabei jedoch nicht übersehen werden, dass jeder Parlamentssitz, der von der Arbeiterpartei im Kampf für dieses Primärziel errungen wurde, immer auch schon einen Schritt in die sozialistische Zukunft bedeutete, die ja laut den Vorstellungen P. Knudsens mit Hilfe der parlamentarischen Taktik errungen werden sollte. Einige Aussagen von sozialdemokratischer Seite, beide zwar aus den 1890er Jahren, trotzdem aber auch repräsentativ für die Bündnispolitik der 1880er Jahre, die sich von der der 1890er Jahre ja nicht unterschied, unterstreichen dies:

> *Seit dem ersten Sieg im Jahre 1884 bilden Sozialdemokraten und Liberale eine geschlossene Garde bei den Folketingswahlen, zum Schutze gegen die Verfassungsbrecher, zur Förderung ökonomischer Reformen für die grosse Bevölkerung*[1].

Und an anderer Stelle und noch deutlicher, heisst es

> *Soll die soziale Reformarbeit vorangetrieben werden, dann brauchen wir eine Opposition, die – nie ermüdend, nie die Angelegenheiten des Volkes vergessend – die Machthaber von Zugeständnis zu Zugeständnis treibt*[2].

Ergänzend dazu können einige Stellen aus dem Maximalteil des politischen Programmes der Partei von 1888 zitiert werden, wo es heisst, die dänische Arbeiterpartei strebe nach „der öffentlichen Macht in der Gesellschaft", der „Volksgesetzgebung", um „mit dieser gesetzlichen Waffe" ihr grosses Ziel zu erreichen[3]. Hier wird deutlich, dass die – in diesem Sinne bekanntlich auch von Marx und Engels im Manifest unter der Voraussetzung nicht stattgefundener oder unvollendeter bürgerlicher Revolutionen als Aufgabe der Arbeiterpartei definierte – Einführung bürgerlich-parlamentarischer Zustände zwar das Primärziel der Bündnispolitik war, indirekt aber auch schon einen Schritt auf dem Wege des Hinüberwachsens der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung in die sozialistische darstellte.

---

1 Social-Demokraten, 07.04.1895.

2 E. Wiinblads Wahlbroschüre „Vælgerne i 12te Kreds", Kopenhagen, April 1894.

3 Vergl. Programmatiske dokumenter, Dokument XXII.

Die Bündnispolitik war also mehr als nur ein Mittel im Kampf um das politische Primärziel der Partei.

Für die Landarbeiterpolitik der dänischen Sozialdemokratie gilt das gleiche wie für ihre Bündnispolitik – auch sie entsprach der politischen Theorie P. Knudsens und damit wohl auch den Ansichten der Masse der Sozialdemokraten. Es ist hier allerdings die Bemerkung einzubringen, dass in der zweiten Hälfte der 1880er noch nicht die Rede sein konnte von einer sozialdemokratischen Landarbeiterpolitik im Sinne parlamentarischen Bemühens; dies war erst in den 1890ern der Fall[1]. In den 1880er Jahren wurden jedoch – mit der Landagitation[2] und der Verabschiedung des zwei Jahre später noch einmal revidierten Landarbeiterprogrammes von 1888 – die Grundlagen für eine erfolgreiche Landarbeiterpolitik hergestellt. Das Programm war insofern reformistisch, als es den Staat zum hilfreichen Vermittler bei der Lösung der Probleme der landlosen und landarmen Häusler und Instleute bestellte. Natürlich war dies der Staat, der von einer sozialdemokratischen Parlamentsmehrheit dominiert wurde bzw. der von einer starken Sozialdemokratie unter Druck gesetzt werden würde; es handelte sich also um jenen sozialistischen Staat, in den die Gesellschaft langsam hineinwachsen würde, Stück um Stück, und zwar mit Hilfe parlamentarischer Mittel; dies änderte aber nichts an der Tatsache, dass es sich dabei weiterhin um den – als solchen natürlich nicht erkannten, sondern für neutral angesehenen – bürgerlichen Staat handelte, den die Sozialdemokratie auf seinen eigenen Prämissen zu erobern gedachte, womit deutlich wurde, dass die dänische Sozialdemokratie auch in ihren agrarpolitischen Ansätzen eine reformistische Position aufwies, die – dies kann nicht verwundern, gehörte er doch zu den Vätern des Landarbeitergrammes[3] – exakt den politisch-theoretischen Grundsätzen P. Knudsens entsprach. Deutlich in diesem Programm wird aber auch die unmittelbare Nähe der dänischen Sozialdemokratie zu Lassalle, und zwar nicht nur im Theorem vom neutralen Staat und den – inzwischen schon bis zum Überdruss wiederholten – Möglichkeiten des Weges zur Macht über das Wahlrecht (es ist schwer, hier der Versuchung zu widerstehen und nicht gleichsam im Gleichklang mit Lassalle vom „allgemeinen, gleichen und freien" Wahlrecht zu sprechen), sondern auch und vor allem in den vom Landarbeiterprogramm propagierten Ackerbaugenossenschaften. Bei diesen handelte es sich nämlich um staatlich finanzierte und anderweitig geförderte Assoziationen, die laut Programmkommentar in Konkurrenz zu den privaten landwirtschaftlichen Betrieben treten und zu ihnen eine sozialistische Alternative darstellen sollten. In dem Augenblick jedoch, in dem „der Staat per Gesetz die Bewirtschaftung selbst übernimmt und damit den Arbeitern den vollen Ertrag der Arbeit sichert"[4], d.h. wenn „der Staat sich als sozialistische Gesellschaft organisiert"[5], sei die genossenschaftliche landwirtschaftliche Betriebsform nicht länger eine alternative, sondern die einzig mögliche[6].

1 Vergl. Lahme, Sozialdemokratie und Landarbeiter, S. 352 ff.

2 Ebd., S. 184 ff.

3 Ebd, S. 78 und 88.

4 Denkschrift des Agrarausschusses zum Landarbeiterprogramm von 1888, in: Protokol kongres 1888, S. 3 ff. und 18.

5 (Wiinblad,) Det socialistiske Program, S. 107.

6 Zu den Assoziationen (bzw. Kooperativen) vergl. Henning Grelle, Det kooperative alternativ. Arbejderkooperationen i Danmark 1852-2012, Kopenhagen 2012, passim, und: Keld Dalsgaard Larsen: Arbejderkooperationens historie 1871-1923, in: Arbejderhistorie Nr 22, 1984, S. 25 – 40.

Zusammenfassend kann an dieser Stelle festgestellt werden, dass die von P. Knudsen massgeblich formulierte politische Theorie der dänischen Sozialdemokratie durchaus den Ansichten der Masse der dänischen Sozialdemokraten entsprochen haben dürfte. Inhaltlich-materiell war diese politische Theorie ein Mischprodukt aus lassalleanistischen – der Verfasser ist versucht hinzuzufügen: immer noch – und aus staatssozialistischen Elementen, die von der dünnen Schicht einer Rezeption der ökonomischen Theorien des Marxismus überlagert wurde. Die Quintessenz dieser durchschnittsozialistischen Anschauungen war reformistisch, was auch in der politischen Praxis der Partei nachhaltig zum Ausdruck kam. Ihre Funktion war – auf längere Sicht zwar, aber sich durchaus schon in den 1880er Jahre abzeichnend – die Integration der Sozialdemokratie in den Staat.

1.6 Zur Entwicklung der Gewerkschaften bis ca. 1890

Die Entwicklung der mit der politischen Arbeiterbewegung eng verknüpften Gewerkschaften folgte dem gleichen Muster wie die der Sozialdemokratie. Der Niedergang der sozialistischen Arbeiterbewegung Ende der 70er Jahre, anfangs der 1880er Jahre des 19. Jahrhunderts hatte in gleichem Masse sowohl die politische als auch die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung getroffen[1], und das gleiche galt für den Neuaufbau der Bewegung im Jahre 1878 mit der Gründung des Sozialdemokratischen Bundes und der Auflösung der politisch-gewerkschaftlichen Einheitsorganisation[2]. Zum Zeitpunkt des Parteitages von 1890 wurden parteioffiziellen Angaben zufolge 281 Gewerkschaften mit insgesamt 31.000 Mitgliedern gezählt, davon in Kopenhagen 81 Vereine mit 20.000 Mitgliedern. Der Rest verteilte sich auf ca. 80 Organisationen mit 11.000 Mitgliedern in den Provinzstädten, aber auch vereinzelt auf dem Lande[3].

Dass die Gewerkschaften wieder erstarkt waren, wurde spätestens 1885 deutlich, als es den Kopenhagener Schmieden gelang, einen Angriff auf ihre Koalitionsfreiheit erfolgreich abzuwehren[4]. Zwar konnten die Schmiede ihre Lohnforderungen, um derentwillen sie in den Ausstand getreten waren, nicht durchsetzen, allerdings – und das war das weitaus wichtigste Ergebnis dieses Konfliktes – gelang es den Arbeitgebern nicht, ihre Forderungen nach dem Austritt der Schmiede aus der Gewerkschaft, mit der sie den Lohnstreik konterkariert hatten, aufrechtzuerhalten. Damit war dem Koalitionsrecht dänischer Arbeiter und Handwerker erstmalig Anerkennung von Seiten der Arbeitgeber zuteil geworden[5].

Da trotz der Trennung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung vorläufig noch keine gemeinsame Spitze für die Letztgenannten eingerichtet worden war, behalf man sich in den ersten Jahren nach 1878 damit, dem Sozialdemokratischen Bund die Aufgaben des koordinierenden Organs der gewerkschaftlichen Bewegung wahrnehmen zu lassen. Dies

1 Hierzu Helms, a.a.O., S. 86 ff.

2 Ebd., S. 87 f. und 98 ff. Zu den frühen Jahren vergl. ausserdem Knud Knudsen, Dansk fagbevægelses historie frem til 1950. Fra arbejdets perspektiv, Kopenhagen 2011, S. 97 ff.

3 Protokol kongres 1890, (Tillæg. Oplysninger vedrørende Organisationen og Agitationen), S. 27. – Siehe auch P. Knudsen, Socialismen, a.a.O., S.103 f.

4 Helms, a.a.O., S. 89. Vergl. auch: Der Sozialdemokrat vom 03.09. und 08.10.1885.

5 Vergl. wiederum Helms, a.a.O., S. 89 f.

fiel schon deshalb leicht, weil die Führer der Gewerkschaften identisch mit den Führern der politischen Bewegung waren, hierunter P. Knudsen[1]. Mit dem Wiedererstarken der Gewerkschaften wuchs jedoch ihr Bedarf an Zentralisation, der 1886 zur Errichtung des ersten lokalen Gewerkschaftskartells führte, den Kopenhagener „Zusammenarbeitenden Gewerkschaften" („De samvirkende Fagforeninger"). Zum Gründungszeitpunkt gehörten diesem ersten Lokalkartell 59 Einzelgewerkschaften mit insgesamt 10.963 Mitgliedern an[2]. Aufgabe des Kopenhagener Kartelles war es, die gewerkschaftliche Arbeit zu koordinieren, insbesondere die Organisierung von Streiks, einschliesslich ihrer Sanktionierung oder ihres Verbotes. Nach Kopenhagener Muster wurden in den folgenden Jahren gewerkschaftliche Kartelle in allen grösseren Orten gegründet[3].

Fast gleichzeitig mit den Lokalkartellen wurden die ersten gewerkschaftlichen Landesverbände gegründet, und zwar 1885 (drei mit acht Abteilungen und 3.467 Mitgliedern), 1888 (nur einer mit drei Abteilungen und 81 Mitgliedern), und 1890 (vier mit 37 Abteilungen und immerhin schon 2.354 Mitgliedern)[4]. Im Laufe der 1890er Jahre kam es zu einer Vielzahl von Gründungen gewerkschaftlicher Landesverbände. Zusätzlich ist anzuführen, dass 1889 ein gewerkschaftlicher Teillandesverband aus der Taufe gehoben wurde, der „Zentralverband der (ungelernten) Arbeiter" für Jütland und Fünen mit sechs Abteilungen und 700 Mitgliedern, der ein Jahr später auf das ganze Land ausgedehnt wurde[5].

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die zweite Hälfte der 1880er Jahre auch für die Gewerkschaften eine Zeit des Wachstums und Erstarkens nach innen und aussen war, und dass sich die endgültige Etablierung der Gewerkschaften als proletarische Klassenorganisation bereits abzeichnete, wobei anzumerken ist, dass P. Knudsens Rolle in der politischen Arbeiterbewegung in der gewerkschaftlichen von Jens Jensen, von Beruf Maler und daher häufig auch lakonisch „Maler Jensen" genannt, gespielt wurde. Er wurde schon im Alter von 24 Jahren hauptamtlicher Vorsitzender der Maler-Gewerkschaft, um zwei Jahre später zum Vorsitzenden des Kopenhagener Gewerkschaftskartells gekürt zu werden. Er behielt dieses Amt bis 1903[6]. In diesem Jahre wurde J. Jensen in den Hauptvorstand des Sozialdemokratischen Bundes gewählt, in dem das Kopenhagener Kartell zwei Sitze hatte, ebenso wie der Hauptvorstand des Sozialdemokratischen Bundes zwei Sitze im Kopenhagener Kartell hatte. Einen dieser Sitze hatte P. Knudsen inne.

1 Ebd., S. 87.

2 Ebd, S. 105.

3 Ebd.

4 Ebd.

5 Vergl. K. Knudsen, a.a.O., S. 106 f.

6 Hierzu ausführlich Federspiel in seiner lesenswerten Biographie J. Jensens, a.a.O., S. 33 ff., 74 ff. und 88 ff.. – J. Jensens Bedeutung als einer der wichigsten Organisatoren und „Gründerväter" der dänischen Arbeiterbewegung kann gar nicht überschätzt werden. Abgesehen von den hier genannten Posten in der Partei und inden Gewerkschaften verwaltete er von 1903 bis 1924 das überaus wichtige und mit sehr viel Prestige versehene Amt des Finanzbürgermeisters in Kopenhagen. Siehe ebd., 265 ff., und passim.

1.7 Zusammenfassung und Ausblick

Zum Abschluss dieser einleitenden Betrachtungen der wichtigsten Charakteristika der sozialistischen Arbeiterbewegung Dänemarks Ende der 1880er, anfangs der 1890er Jahre des 19. Jahrhunderts, kann vor allem dies festgestellt werden:

1. Sowohl die Partei als auch die Gewerkschaften waren dabei, sich als Organisationen der Arbeiter und Handwerker dauerhaft zu etablieren. Obwohl die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen noch relativ klein waren, konnte von einer Gefährdung ihrer Existenz nicht mehr die Rede sein – im Gegenteil: ihr stetiges Wachstum war unübersehbar; sowohl der gewerkschaftliche als auch der politische Kampf trugen erste Früchte. Niemand hat die Situation von Partei und Gewerkschaften in diesen entscheidenden Jahren besser und, wenn auch sicherlich ungewollt, weitsichtiger beschrieben als der Beobachter des Auswärtigen Amtes des Deutschen Reiches, in dessen Situationsbericht vom Januar 1888 es heisst, dass, wenn man

   > *die sozialdemokratische Bewegung in Dänemark aufmerksam beobachtet, so wird man gewahr, dass nach und nach alle Kreise der Bevölkerung sich an dieselbe gewöhnen und ihr eine gewisse Berechtigung einräumen*[1].

2. Eine der Voraussetzungen für den Erfolg der politischen Bewegung war ihre reformistische Grundhaltung, die sowohl in der praktischen Tagespolitik als auch in der durchschnittsozialistischen Ideologie der Partei, in die auch Elemente des Marxismus einflossen, zum Ausdruck kam. Diese reformistische Grundhaltung der Partei, ihr prinzipielles „Ja" zu Staat und Gesellschaft, ermöglichte ihr die Anfangserfolge in dem für eine Arbeiterpartei schwierigen Umfeld eines schwach industrialisierten und umso stärker agrarisch geprägten Landes. Anders ausgedrückt: ihre reformistische Grundhaltung stellte die beiden Eckpfeiler der politischen Praxis der Partei, ihre Bündnis- und Landarbeiterpolitik, nicht in Frage; im Gegenteil: sie bestätigte sie.

3. Die politische Zielsetzung der Partei war die Eroberung des bürgerlichen Staates auf seinen eigenen Prämissen, d.h. mit Hilfe des Stimmzettels, um ihn in ein sozialistisches Gemeinwesen zu verwandeln. Aus diesem Grunde schloss P. Knudsen, der „Chefstratege" und „Chefideologe" der Partei, die Möglichkeiten revolutionärer Erhebungen des Proletariats aus. Stattdessen propagierte er eine Politik der kleinen Schritte, die vom Gedanken des allmählichen Hinüberwachsens der bürgerlichen Gesellschaftsordnung in eine sozialistische getragen war.

4. Hier muss ein weiterer Punkt hinzugefügt werden, nämlich die mit der Etablierung von Partei und Gewerkschaften einhergehenden Bemühungen vor allem der dänischen Partei um die Aneignung der sozialistischen Theorie. Dazu bedurfte es vor allem der Herausgabe des Werkes der „Väter" des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx und

1 Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz, I HA. Rep. 77 Innenministerium, Innenministerium, Tit. 864 Nr 49 adh. 29 Bd 1 (Acta betr. sozialistische Partei und Presse in Dänemark), Fol. 49. Hinfort: Geheimes Staatsarchiv, Fol.

Friedrich Engels, und anderer sozialistischer Autoren in dänischer Sprache. Die insgesamt beachtlichen Bemühungen der dänischen Arbeiterbewegung um die Übersetzung wichtiger Werke des „wissenschaftlichen Sozialismus" ins Dänische werden, wie schon bemerkt, weiter unten, in der Form eines Exkurses, dargestellt. Allerdings – diese Bemühungen, so ernsthaft und beachtlich sie auch waren – verblieben „akademisch", denn von einem Einfliessen der Quintessenzen des Werkes von Marx und Engels sowie anderer sozialistischer Autoren in die politische Theorie und Praxis der dänischen Sozialdemokratie konnte die Rede nicht sein.

2. Frühe Sezessionen in der dänischen Arbeiterpartei. Kritik an der Bündnispolitik

Dass, wie noch ausführlich darzustellen sein wird, die Führer der dänischen Sozialdemokratie, allen voran P. Knudsen, den Versuch der Revolutionären Gerson Trier und Nic. L. Petersen, die politischen und ideologischen Grundpositionen der Partei „von links" zu korrigieren, scharf zurückwiesen, kann niemanden verwundern – ist doch die europäische vor allem politische Arbeiterbewegung mit „Linksabweichlern" und linken Kritikern selten sanft umgegangen, vor allem dann nicht, wenn die Kritiker aus ihren eigenen Reihen kamen. Diese Feststellung galt im 19. wie im 20. Jahrhundert und gilt auch heute noch. Verwunderlich ist allerdings die sich schnell zur Hysterie steigernde Heftigkeit, mit der dem Korrekturversuch der Revolutionären – und um mehr handelte es sich vorerst nicht – begegnet wurde: sie erklärt sich zum einen mit dem Zeitpunkt ihres Auftretens; er fiel in die zweite Hälfte des Jahres 1888 und in die erste Hälfte des folgenden Jahres, d.h. in die Zeit, als die Arbeiterbewegung sich in der Mitte ihres politischen und ideologischen Konsolidierungsprozesses befand; zum anderen erklärt sich das harte Vorgehen der Parteiführung gegen die Revolutionären mit den bösen Erfahrungen, welche die Partei in den wenigen Jahren ihrer Existenz bereits mit oppositionellen Fraktionen und Sezessionsversuchen gemacht hatte; es kam hinzu, dass es neuerdings in der Partei wiederum eine, wenn auch eher kleine, so doch sichtbare oppositionelle Unterströmung gab, die sich gegen das Bündnis mit Venstre richtete. Die Furcht, dass diese Opposition in das Fahrwasser Triers und Nic. L. Petersens geraten könnte (was dann schliesslich auch geschah), war sicherlich gross.

Im folgenden Kapitel sollen die vor dem Auftreten der Revolutionären wichtigsten oppositionellen Gruppierungen in der dänischen Arbeiterbewegung einer kurzen Betrachtung unterzogen werden – schufen sie doch ein Spaltungstrauma in der Bewegung, welches Richtungsstreitigkeiten nachhaltig vergällte und dem in der deutschen Sozialdemokratie herrschenden, von den Auseinandersetzungen zwischen Lassalleanern und Eisenachern hervorgerufenen, in nichts nachstand. Daran anschliessend sind die Strömungen innerhalb der Partei gegen die Bündnispolitik mit Venstre zu betrachten.

2.1 Fraktionen und Sezessionen

Fraktionsbildungen und Sezessionen waren, vor allem in der jungen dänischen Arbeiterbewegung, nicht selten. Dies hängt sicherlich mit der mangelnden ideologischen Geschlossenheit der Bewegung in den frühen Jahren zusammen, aber auch mit der Tatsache, dass eine stringente, von der Mehrzahl der Mitglieder akzeptierte politische Linie erst noch zu finden war.

Die erste Fraktionsbildung, die allerdings noch keine Sezession verursachte, ging von den zeitweilig 40 deutschen Handwerkern aus, die sich 1874-1876 in einem „Deutschen social-

demokratischen Arbeiterverein" formiert hatten[1]. Die Mitglieder dieses voll in die dänische Arbeiterbewegung integrierten Arbeitervereins, unter ihnen möglicherweise auch Anhänger des „ADAV (Sitz Hamburg)"[2], huldigten einem strikten Lassalleanismus und machten allen Ernstes den Versuch, die dänische Arbeiterbewegung zur Auflösung der Gewerkschaften zu veranlassen[3]. Selbstverständlich scheiterten sie damit, und der Verein verschwand wenig später von der Bildfläche[4].

Kurz darauf, im Sommer 1877, kam es auf dem zweiten (Kopenhagener) Parteitag der dänischen Arbeiterbewegung zu einem ersten Bruch in der Partei. Eine hauptsächlich aus jütländischen Delegierten bestehende, ultralinke Fraktion verliess den Parteitag und machte wenig später den vergeblichen Versuch einer radikalen und alternativen Parteigründung[5]. Ihren theatralisch inszenierten Abgang[6] begründeten die oppositionellen Delegierten aus Jütland mit einem ganzen Bündel von Vorwürfen: die Partei huldige einem Kopenhagener Zentrismus und werde von einer hauptstädtischen Clique beherrscht[7]; sie verunglimpfe den verdienstvollen Parteigründer Louis Pio[8] und sei inzwischen so moderat geworden, dass sie kaum noch von Venstre zu unterscheiden sei[9]; schliesslich und endlich suche sie die Zusammenarbeit mit Venstre nach dem Motto „koste es, was es wolle", und sei sie auf dem besten Wege dazu, „sich in den Reihen von Venstre zu verlieren"[10]. Obwohl der Versuch, eine alternative Partei zu gründen, fruchtlos blieb, kam diese erste Sezession in der Geschichte der dänischen Arbeiterbewegung einem Schlage unter die Gürtellinie gleich, denn sie geschah zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkte – nämlich im Augenblicke der auf Jahre hinaus grössten Krise der dänischen Arbeiterbewegung, die durch die Sezession natürlich verstärkt wurde[11].

Eine weitere oppositionelle Fraktion bildete sich 1881. Zwischen ihr und der des Kopenhagener Parteitages gab es sowohl personelle als auch Kontinuitäten ideologischer Natur. Im Zentrum dieser neuerlichen Opposition stand der am Weihnachtsabend des Jahres 1880 todkrank aus dem Gefängnis entlassene Harald Brix, einer der Gründer der sozialistischen Arbeiterbewegung Dänemarks[12]. Am 1. Januar 1881 startete Brix seine Kampagne gegen die Sozialdemokratie und ihre Führer, denen er vorwarf, in seiner Abwesenheit das Parteiorgan zu einer blassen Postille heruntergewirtschaftet zu haben. Angesichts der sich anbahnenden politischen Zusammenarbeit mit Venstre verkomme die

1 Lahme, Der deutsche social-demokratische Arbeiterverein in Kopenhagen, S. 255.

2 Ebd., S. 250.

3 Ebd., S. 247 ff.

4 Ebd, S. 261 f.

5 Die Referate in: Social-Demokraten vom 03., 04., 05., 06., 07., 08. und 10.07.1877. Vergl. hier vor allem die Ausgabe vom 04.07.

6 Ebd, 04.07.1877.

7 Ebd.; vergl. auch ebd., 02.07.1877.

8 Vergl. hierzu die Referate der Opposition in: Den Radikale, 07.07.1877.

9 Social-Demokraten, a.a.O.

10 Ebd.

11 Zum Versuch der Gründung einer oppositionellen Partei vergl. Den Radikale, 7.7.1877. Zur Krise vergl. Strange Petersen, Fra ‚Internationale' til ‚Socialdemokratisk Forbund'. Det danske socialdemokratis udvikling 1871-1878, in: MFAH 9, 1978, S. 4-23, hier S. 16 f. Vergl. ausserdem: J. Liljencrantz an Georg von Vollmar, 30.0.1877, Nachlass Vollmar, IISG, Rep. 1286.

12 Vergl. dies. an dens., 14.5.1878, ebd. Zum Folgenden vergl. insgesamt die Darstellung von Jens Engberg, Harald Brix, Revolutionen og Reformen, o. O. (Kopenhagen) 1975 (=SFAH's Skriftserie 3).

Partei zum Werkzeug der Bauernpartei[1]. Selbst meinte Brix, die Arbeiter hätten sich „von allen anderen Gesellschaftsklassen und allen anderen politischen Parteien" zu distanzieren[2], und setzte seinen Feldzug gegen die Partei in den folgenden Monaten fort, und zwar unter dem Motto: „Die Wiedererrichtung der dänischen Arbeiterpartei und ihrer Presse"[3]. Im Februar begann er mit der Herausgabe eines oppositionellen sozialistischen Tageblattes, des *Herolden* („Der Herold"), mit angeblich 2.000 Abonnenten etwa gleich stark wie das Parteiblatt *Social-Demokraten*. Hier machte der Pionier die Partei laufend zum Gegenstand seiner Kritik, zog aber auch gegen Venstre, die Kräfte der Rechten und gegen den Staat zu Felde: die Bauernpartei sei eine Partei von Hofbesitzern, denen es nur um ihre eigenen Interessen gehe[4]; die Rechten seien korrupt[5], der bürgerliche Staat verfaule, eine Reparatur „dieser verdammten Konstruktion" sei unmöglich[6]. Ähnlich negativ wurde an gleicher Stelle über das Parlament und den parlamentarischen Weg zur Macht geurteilt: es sei unnütz, sich vorzustellen, sozialistische Zustände liessen sich über die Entsendung von Arbeitern ins Parlament erreichen[7]. Stattdessen gab *Herolden* ein – wenn auch, wahrscheinlich aus Gründen der Vorsicht seitens Brix', verstecktes – Bekenntnis zur Revolution[8].

Es ist heute nicht mehr festzustellen, ob sich die „Sozialrevolutionären" oder „Heroldisten" um Brix, zu denen mit den „moderaten" Sozialdemokraten unzufriedene Kopenhagener Arbeiter, daneben aber auch leitende Figuren aus der Opposition von 1877 stiessen, sowie der unter deutschen Sozialdemokraten nicht unbekannte Anarchist William Fleuron[9], mit der Rolle eines Korrektivs der dänischen Sozialdemokratie zufriedengaben, oder ob sie sich auch als organisatorische Alternative begriffen[10]. Der kurz nach dem ersten Erscheinen der Oppositionszeitung gegründete Arbeiterverein „Herolden" war zwar keine Parteiorganisation, sondern eher ein Freundeskreis des journalistischen Unternehmens[11], doch scheint es Ende April 1881 Pläne für eine Parteigründung gegeben zu haben[12], aus denen vorläufig allerdings nichts wurde. Erst nach dem Tode von Brix Ende Mai 1881[13], im August 1881, kam es zur Gründung der „Sozialistischen Arbeiterpartei" („Det socialistiske Arbeiterparti") als einer sozialrevolutionären Alternative zur Sozialdemokratie[14]. Diese Partei erlangte jedoch keine Bedeutung und verschwand schon kurz nach ihrer Gründung von der Bildfläche[15].

1 Ebd., S. 31 f.
2 Social-Demokraten, 11. und 12.01.1881, hier zitiert nach Engberg, Harald Brix., S. 31.
3 Ebd, S. 32
4 Ebd, S. 40.
5 Ebd, S. 39.
6 Herolden, 22.1.1881.
7 Engberg, a.a.O., S. 50 f.
8 Ebd, S. 53.
9 Vergl. Der Sozialdemokrat, 24.11.1881.
10 Vergl. Engberg, a.a.O., S. 46.
11 Ebd., S. 33.
12 Ebd., S. 46.
13 Der Sozialdemokrat, 05.06.1881. Brix wird hier „Märtyrer für die Sache der Sozialdemokratie" genannt.
14 Die programmatische Erklärung dieser Partei in Programmatiske dokumenter, Dokument. XVIII.
15 Ebd, S. 74.

Für ein Nachspiel und gleichzeitig den endgültigen Todesstoss für die erste umfangreichere Opposition in der dänischen Arbeiterbewegung sorgte die in Kopenhagen gestrandete, aus dem Gefolge des Parteigründers Louis Pio stammende schwedische Baronesse (genannt Jaquette) Liljencrantz. Diese Dänemarks wohl früheste Sozialistin und, wenn auch gelegentlich schrille, engagierte Frauenrechtlerin, Journalistin und Publizistin[1] war Parteigängerin sowohl der 1877er Opposition als auch der Heroldisten. Nach Brix' Tod wirkte sie zeitweilig als Herausgeberin von *Herolden* und gab danach die ebenfalls in Opposition zur Partei stehende Wochenzeitung *Den nye Socialist* („Der neue Sozialist") heraus, die von ihrem Mann, dem Lassalle-Übersetzer Vilhelm Rasmussen, redigiert wurde[2]. Im Laufe des Jahres 1884 wurde allerdings bekannt, dass die letztgenannte Wochenzeitung von der Rechten mitfinanziert wurde, was einen umfangreichen Skandal auslöste und die Baronesse zu einer Unperson in der dänischen Arbeiterbewegung machte[3].

Die Querelen um Brix, die Heroldisten und *Den nye Socialist* waren Episoden in der Geschichte der dänischen Arbeiterbewegung[4], die der Sozialdemokratie zwar letztendlich wenig schadeten, in der Partei jedoch, zusammen mit dem Spaltungsversuch von 1877, ein Sezessionstrauma erzeugten, welches sich, wie noch zu zeigen sein wird, nachhaltig auf die Debatte mit den Revolutionären auswirkte. Die beschriebenen Sezessionsversuche hatten in Augenblicken stattgefunden, in denen die Partei um ihr Überleben kämpfte, und kamen daher umso ungelegener, will sagen: erschienen umso bedrohlicher. Vor allem für die Sozialrevolutionären um Brix gilt, dass sie zuerst als radikales, wenn nicht gar revolutionäres, Korrektiv auftraten, und schliesslich gar als linke Alternative. Dass einige dieser vermeintlichen „Linken" dann obendrein, wie sich herausstellte, im Solde der Rechten standen, die es eindeutig darauf abgesehen hatten, den schon eingetrockneten Spaltpilz in der Arbeiterbewegung durch finanzielle Zuwendungen wiederzubeleben[5], machte die Sache nicht besser, sondern bedeutete Wasser auf die Mühlen derjenigen, die – sozusagen „schon immer" – gewusst hatten, dass „Linke", und zwar auch „Parteilinke", und „Rechte" aus der gleichen Ecke kamen. Daher die hysterische Reaktion der Sozialdemokratie: sie reagierte nicht unähnlich dem „gebrannten Kind", als die Revolutionären Trier und Nic. L. Petersen auftauchten und versuchten, die Partei neuerlich von links zu korrigieren.

Wie oben dargestellt, rieben sich sowohl die Oppositionellen von 1877 als auch die Brix'schen Heroldisten vor allem am – zu diesem Zeitpunkt wegen der relativen Bedeutungslosigkeit der sozialistischen Bewegung in Dänemark kaum mehr als avisierten – Bündnis der Sozialdemokratie mit Venstre. Tatsächlich war die Bündnispolitik auf Jahre hinaus – und d.h.: bis in die beiden Jahrzehnte nach der Jahrhundertwende und vor allem für die Revolutionären – *der* Stein des Anstosses der Kritik an der Partei. Dies zeigte sich

1 Zu Jacquette Liljencrantz vergl. Knud Aundorff und Søren Federspiel, Jacquette Liljencrantz færd, in: Arbejderhistorie 36, 1991, S. 2-16. Vergl. auch Georg von Vollmar an Wilhelm Liebknecht, 29.11.79, in: Götz Langkau (Hrsg.), Wilhelm Liebknecht. Briefwechsel mit deutschen Sozialdemokraten. Band II (1878-1884), Frankfurt, New York 1988, S. 220 und 223. Der Sozialdemokrat vom 20.10. und vom 23.11.1879 brachte Korrespondenzen von „J. Lj. Kopenhagen".

2 Vergl. dazu Lahme, De danske Lassalle-oversættelser, S. 25.

3 Engberg, Harald Brix, S. 111.

4 Siehe auch die anschauliche Beschreibung bei Strange Petersen, Socialdemokratiets gennembrudsvalg 1884, S. 11 ff.

5 Näheres dazu bei Jensen u. Borgbjerg, a.a.O., S. 378 ff.

u.a. daran, dass die Debatte um die Zusammenarbeit mit dem Verschwinden der Heroldisten keineswegs beendet war, sondern kurz darauf und mit erneuter Kraft wieder aufflammte.

2.2 Kritik an der Bündnispolitik

Der unmittelbare Anlass für das Wiederaufflammen der Debatte um das politische Bündnis waren eine gewisse Stagnation in der Entwicklung der Arbeiterbewegung nach 1885 im Allgemeinen – u.a. fiel die Auflage des Parteiblattes mit mehreren Tausend[1], und gingen einige kleinere Streiks verloren[2] – und der relativ schlechte Ausgang der Folketingswahlen Ende Januar 1887 für die Partei im Besonderen. Relativ deshalb, weil die Sozialdemokratie ihren Stimmenanteil zwar von 6.806 bei den Wahlen von 1884 auf nunmehr 8.408 hatte steigern können, das eine der beiden 1884 gewonnenen Mandate dabei jedoch verlorengegangen war[3]. Es war vor allem der Verlust dieses einen Mandates, der die Wahltaktik der Partei ins Gerede brachte, und zwar vor allem deshalb, weil – in Übereinstimmung mit den Vereinbarungen mit Venstre – in nicht mehr als vier Wahlkreisen sozialdemokratische Kandidaten aufgestellt worden waren, nachdem die anfängliche Kandidatur zweier weiterer Kandidaten (P. Knudsen und E. Marott) zum Vorteil von Kandidaten von Venstre zurückgenommen worden war[4].

Die Lokalorganisation des Sozialdemokratischen Bundes von Amager (bei Kopenhagen) unter ihrem Vorsitzenden Ferdinand F. Möller, einem aus Schleswig eingewanderten Zigarrenarbeiter[5], war Vorreiter der Kritiker des Bündnisses. Unmittelbar vor der Wahl, als der Rückzug P. Knudsens und Marotts von ihren Kandidaturen ruchbar wurde, am 19. Januar 1887, formulierte die erste Generalversammlung der unmittelbar zuvor gegründeten Lokalorganisation von Amager eine Protestadresse an den Kopenhagener Bundesvorstand, die in scharfen Wendungen gegen den Rückzug sozialdemokratischer Folketingskandidaten, insbesondere P. Knudsens, polemisierte. Es handele sich dabei, so die Sozialdemokraten von Amager, um ein besonders „unberechtigtes, eigenmächtiges und vollständig undemokratisches Auftreten" des Parteivorstandes, und weiter hiess es:

> *Jeder Sozialdemokrat muss darüber erröten, dass man ohne triftige Gründe radikale (sprich: sozialdemokratische) Kandidaten zurückzieht, zum Vorteil von in jedem Falle höchst zweifelhaften sogenannten ‚Freunden'*[6].

Aus den zitierten Passagen des Schreibens geht hervor, dass es nicht nur der Rückzug der sozialdemokratischen Kandidaten war, der die Parteifreunde von Amager erregte, sondern

1 Siehe hierzu die Situationsbeschreibung ebd., S. 446 ff.

2 Ebd., S. 452.

3 Vergl. Helms, a.a.O., S. 73.

4 Vergl. Protokol Socialdemokratisk Forbund, Sitzungen 16.01.und 31.03.1887.

5 Ferdinand Möller kam 1879 nach Kopenhagen, um sich sogleich der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung anzuschliessen. Er war jahrzehntelang Kassierer der Tabakarbeitergewerkschaft und wurde später ihr Vorsitzender. Kurz nach seiner Übersiedlung in die dänische Hauptstadt übernahm er die Distribution des illegalen deutschen Parteiorgans in Dänemark. Vergl. Der Sozialdemokrat, 24.08.1882. Zur Person vergl. Tobaksarbejderforbundets Fagblad, 2. Jahrg., 15.01.1906, sowie: Helge Scheuer Nielsen, Ferdinand Möller og Gerson Trier. Socialdemokratiets krise i 1889, o. O. (Kopenhagen) 2007, S. 17.

6 Protokol Socialdemokratisk Forbund, Sitzung vom 31.01.1887. Parenthese vom Verfasser.

auch die Art und Weise, wie er erfolgt war – nämlich offensichtlich ohne Diskussion mit den Parteimitgliedern, auf Beschluss des Bundesvorstandes, und so kurz vor der Wahl, dass Proteste keine Erfolgschancen mehr haben konnten. Der Vorwurf, der Bundesvorstand habe „undemokratisch" gehandelt, traf daher ins Schwarze.

Der Eingang des Schreibens von Amager wurde auf der Vorstandssitzung vom 15. März notiert[1], um auf einer Bundessitzung vom 25. März behandelt zu werden, und zwar im Anschluss an eine generelle Diskussion der politischen Taktik der Partei. Die Taktikdiskussion hatte mit einer Resolution geendet, in der es geheissen hatte, dass „die Sozialdemokratie" mit anderen „freisinnigen Parteien bei Wahlen und im Reichstage" durchaus zusammenarbeiten könne,[2] womit die bisherige Taktik der Partei sanktioniert und das Vorgehen bei den Wahlen zum Folketing nachträglich gerechtfertigt wurde. Die Abstimmung über eine mit „Ein Schreiben vom Verein von Amager" angekündigte Gegenresolution, die lautete:

> *Die Versammlung beschliesst, in Übereinstimmung mit dem sozialdemokratischen Programm, sich in Zukunft nicht auf irgendeine Zusammenarbeit mit irgendeiner anderen Partei einzulassen, und jederzeit als selbständige Partei aufzutreten*[3]*,*

wurde, obwohl mit der Resolution zur Taktikfrage bereits präjudiziert, bis zur nächsten Bundessitzung verschoben[4]. Auf der Bundessitzung vom 31. März wurde das Schreiben von Amager dann endlich vorgelesen, um – „nach einiger Diskussion", wie leider wiederum sehr knapp referiert wurde – als „unberechtigt" zu den Akten gelegt zu werden[5].

Sowohl die Taktikdebatte als auch das Schreiben der Lokalorganisation von Amager zeigen, dass in der Partei inzwischen – wieder einmal, könnte in Erinnerung an die Heroldisten gesagt werden – erhebliche Zweifel an der politischen Zusammenarbeit mit der Bauernpartei herrschten. Ob es nur die Art der Zusammenarbeit war, oder ob es generell um ihre Richtigkeit ging, oder ob beides zur Debatte stand, lässt sich von der Quellenlage her nicht mehr beantworten. Immerhin zeigt die Wahl des erklärten Bündnisgegners F. Möller zum stellvertretenden Mitglied des Bundesvorstandes, dass die Bündnisgegner an Einfluss in der Partei gewannen[6].

Die Bündnisfrage dürfte auch eine erhebliche Rolle in der Parteitagsfrage gespielt haben, was sich allein auf Grund der Gleichzeitigkeit der Diskussion beider Probleme vermuten lässt. Seit 1877 hatte es keinen sozialdemokratischen Parteitag gegeben, und ausgerechnet im Februar 1887, kurz nach der von vielen Parteimitgliedern als Debakel begriffenen Folketingswahl, und mitten in der Diskussion der Bündnisfrage, mehrten sich die Stimmen, die einen sozialdemokratischen Parteitag auf die Tagesordnung gesetzt haben wollten[7].

---

1 Ebd.

2 Ebd.

3 Ebd.

4 Ebd.

5 Ebd., Sitzung vom 31.3.1887.

6 Ebd., Sitzung vom 3.5.1887.

7 Ebd., Sitzung vom 14.6.1887.

Möglicherweise rechneten sich die Bündnisgegner gewisse Chancen auf einem Parteitag aus. Nachdem der bereits für den Sommer, bzw. Herbst des Jahres 1887 angekündigte sozialdemokratische Parteitag – wohl nicht ohne Zutun des Parteivorstandes[1] – kurzfristig wieder abgesagt werden musste[2], war es dann endlich im Juli des folgenden Jahres so weit: der dritte sozialdemokratische Parteitag versammelte sich in Kopenhagen. Einer der Drehpunkte der Debatten auf dem Parteitag war, wie nicht anders zu erwarten, die Bündnisfrage, und es war wiederum die Lokalorganisation des Sozialdemokratischen Bundes von Amager, die versuchte, die folgende kategorische Resolution durchzupauken:

> *Der Parteitag verbietet, dass (seitens der Sozialdemokratie) zukünftig Verbindungen mit anderen Parteien eingegangen werden, ohne dass Verhandlungen über solche (Verbindungen) mit anderen Parteien geführt werden*[3].

Nach längerer Diskussion[4] kam es zur Verabschiedung einer Gegenresolution, in der die bisherige Bündnispolitik der Sozialdemokratie völlig verwerfende Resolution von Amager zwar zurückgewiesen wurde – denn es könne der Partei nicht verboten werden, „mit anderen politischen Parteien in Verbindung zu treten, besonders bei bevorstehenden Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung" – gleichzeitig die Parteiführung jedoch dazu aufgefordert wurde, innerhalb des Bündnisses mehr auf das sozialdemokratische Profil zu achten: man möge, hiess es, in Wort und Schrift darauf verweisen, dass die Sozialdemokratie eins ist, und dass das, was ausserhalb von ihr liegt, etwas Anderes ist, worauf die Mitglieder weder Zeit noch Geld verwenden sollen[5].

Die bisherige Bündnispolitik der Sozialdemokratie wurde mit dieser Resolution nun auch vom höchsten Parteigremium sanktioniert – wenn auch versehen mit einer kleinen, fussnotenähnlichen Korrektur, die sie jedoch materiell nicht änderte.

Eine Resolution wie die des 1888er Parteitages zur Bündnisfrage kann nie mehr als eine Absichtserklärung darstellen, und keineswegs war sie denn auch in der Lage, den Stein des Anstosses wegzurollen. Dass es auch nach dem Parteitag weiterhin in der Partei rumorte, war deshalb nicht verwunderlich und war offensichtlich von der Parteiführung auch vorhergesehen worden. Dies deutete sich in der offiziellen Festschrift der dänischen Sozialdemokratie von 1904 zumindest an: Gegner und Befürworter des Bündnisses, hiess es dort, hätten sich auf Dauer gesehen gegenseitig beeinflussen können, um über kurz oder lang zu „einem gesunden Gleichgewicht" zu gelangen – „wenn nicht genau in diesem Augenblicke zwei Männer aus dem Auslande heimgekehrt wären": Nic. L. Petersen und Gerson Trier[6], die sich schnell zu Katalysatoren der innerparteilichen Opposition entwickelten und ihr neue Nahrung gaben. Wer waren diese beiden Männer, und welchen Hintergrund hatten sie? Dieser Frage soll im folgenden Kapitel nachgegangen werden.

---

1 Ebd.

2 Ebd.

3 Protokol kongres 1888, S. 24. – Parenthesen vom Verfasser.

4 Ebd.

5 Ebd.

6 Jensen und Borgbjerg, a.a.O., S. 474.

3. Die revolutionären Akteure: Gerson Trier, Nic. L. Petersen

Gerson Trier und Nic. L. Petersen werden nicht zu Unrecht meistens in einem Atemzuge genannt – dies deshalb, weil sie zusammen die Rolle der ideologischen Vorreiter der Opposition einnahmen und in Dänemark für viele Jahre diejenigen waren, die sich am besten in der marxistischen Theorie auskannten. Von ihrem persönlichen Hintergrund her gesehen konnten sie allerdings unterschiedlicher nicht sein – während der eine der Kopenhagener Bourgeoisie entstammte, verdiente der andere das Prädikat „Proletarier" mit Fug und Recht.

Gerson Georg Trier wurde am 23. April 1851 als Sohn relativ wohlhabender jüdischer Eltern in Kopenhagen geboren. Stammvater der Familie Trier war Salomon Seligmann, von dem ausser, dass er aus Trier eingewandert war und 1794 verstarb, wenig bekannt ist[1]. Gerson Trier studierte Französisch und graduierte 1876 an der Kopenhagener Universität. Anschliessend arbeitete er in einer Tapetenfabrik und studierte Chemie, ebenfalls an der Kopenhagener Universität, und ab 1879 an der Sorbonne. Nach einer Zwischenstation bei einer Zuckerfabrik in Coulummiers arbeitete er ab 1881 als Prokurist in einer dänischen Handelsfirma zuerst in Paris und, als Filialleiter, ab 1883 in London[2]. In der der zweiten Hälfte der 1880er Jahre war Trier auch häufig in Paris und Kopenhagen anzutreffen. *Nicolaj Lorents Petersen* wurde am 18. November 1854 ebenfalls in Kopenhagen geboren, allerdings anders als Trier in ausgesprochen ärmlichen Verhältnissen. Er verlor früh seine Eltern und wuchs im königlichen Waisenhaus auf. Seine freudlose Kindheit und Jugend hat ihn nachhaltig geprägt[3]. Nachdem er eine Lehre als Drechsler absolviert hatte, ging er 1874[4] „auf Walze" und hielt sich in diesen Wanderjahren in Deutschland, Frankreich, und England auf. Wie er Ende 1891 bei seiner Vernehmung vor dem Kopenhagener Kriminalgericht mitteilte, verbrachte er insgesamt 14 Jahre auf Wanderschaft[5], und zwar nicht nur in Europa, sondern angeblich auch in Amerika[6]. Mit Trier verband ihn, wenn nicht Freundschaft, dann zumindest die Kameradschaft politisch Gleichgesinnter[7].

1 Jacob Marstrand, Herman Trier. En Levnedskildring. Fuldendt og udg. af Even Marstrand, Kopenhagen 1936, S. 1 f.

2 Vergl. Niels Finn Christiansen, Gerson Trier, in: Dansk Biografisk Leksikon, Bd 15, 3. Aufl., 1984, S. 22 f.

3 Vergl. Poul Dam, Petersen, Nicolaj L., in: ebd., Bd 11, 3. Aufl. 1982, S. 315 f. – A. C. Meyer (mit vollem Namen Adolph Frederik Charles, gemeinhin aber nur A. C.) berichtet in seinen Erinnerungen über ein Gespräch mit Nic. L. Petersen in einem Pariser Restaurant, als beide als Delegierte auf dem Pariser Kongress 1889 in der französischen Hauptstadt weilten: „Ich bin ein Junge aus dem Waisenhaus, und von Kindesbeinen an habe ich allen Grund gehabt, mich als Paria zu fühlen. Deshalb hasse ich diese Gesellschaft." A. C. Meyer, En Agitators Erindringer, Bde 1-2, Bd 1, Kopenhagen 1929, S. 102.

4 Laut einer Mitteilung des Staatsarchivs des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg an den Verfasser hielt er sich 1875 und 1876 in Hamburg auf, für dänische Handwerksgesellen die traditionelle erste grössere Station ihrer Wanderungen. Sicherlich hat er dort Gleichgesinnte getroffen.

5 Udskrift af Kjøbenhavns Criminal- og Politirets Criminalkammers Protokol, Højesteret: Domsager 1892, 3/6, Sag Nr 204. Kriminal- og politiretten i København, Pådømte sager, J., Februar, Marts, April 1892. Forhør over Anholdte Nicolaj Lorentz Petersen angaaende Overtrædelse af Straffelovens § 85. Verhör vom 10.12.1891. Landsarkivet for Sjælland, Lolland-Falster og Bornholm. (Hinfort: Højesteret: Domsager 1892, 3/6, Sag Nr 204, Verhör vom …, bzw. Akte …).

6 So zumindest die Justizbehörden, siehe Arbejderen, 10.04.1892. Allerdings gibt es für einen Amerika-Aufenthalt keine anderen Belege.

7 Es ist kaum etwas über das Verhältnis der beiden Revolutionäre zueinander bekannt, vor allem wohl deshalb nicht, weil keine Korrespondenz der beiden miteinander überliefert ist.

3.1 … im Milieu der internationalen Arbeiterbewegung …

Wann Trier und Nic. L. Petersen zur Arbeiterbewegung stiessen, lässt sich vor dem Hintergrund der äusserst spärlichen Quellen nur ungenau feststellen: der Erstgenannte in der ersten Hälfte der 1880er Jahre, vielleicht sogar noch früher, der Letztgenannte wahrscheinlich schon in den 1870er Jahren[1]. Wichtig für beide wurde, und dies gilt es zu pointieren, dass sie nicht über die sozialistische Bewegung ihres Heimatlandes, sondern über die europäische zur Arbeiterbewegung stiessen.

Angeblich kam Nic. L. Petersen wenige Jahre nach dem Kommuneaufstand in die französische Hauptstadt, wo er „unterirdisch", d.h. auf Seiten der illegalen französischen Arbeiterbewegung, gearbeitet haben soll[2]. In den Quellen taucht er erst 1884 in Paris auf, und zwar als engagiertes Mitglied des „Cercle International d'études d'action sociales et politiques du 5me arrondissement"[3]. Der Cercle International wird in der Literatur häufig erwähnt als Zusammenschluss internationalistisch gesinnter französischer und ausländischer Sozialisten[4] und eine von mehreren sozialistisch orientierten Zellen, die in den 1880er Jahren in und um die französische Hauptstadt entstanden[5]. Häufig wurden diese Zellen von ehemaligen Kommunarden beeinflusst. Zu den Charakteristiken der „cercles d'études sociales", wie diese Zellen auch genannt wurden[6], zählten ihre Militanz und ihre lokale Orientierung und Begrenzung, z.B., wie der Cercle International, auf ein Arrondissement, oder aber auf ein Stadtviertel oder einen Marktflecken. Es kam hinzu, dass die Zellen sich in der Regel spontan bildeten[7]. Sie waren also offensichtlich eine Etappe im Prozess der Wiederauferstehung der französischen Arbeiterbewegung. Häufig waren sie, wenn auch eher lose, mit einer politischen Partei bzw. deren Programm affiliiert. Der Cercle International, dem Nic. L. Petersen angehörte, stand unter possibilistischem Einfluss[8], was Engels noch Jahre später zu der Bemerkung veranlasste, Nic. L. Petersen sei jemand, „qui a connu Rouannet et Malon à Paris, mais qui a beaucoup changé dépuis"[9]. Innerhalb des Cercle, der erstmals 1880 in den Quellen genannt wurde und der 1885 aufhörte zu existieren[10], nahmen einzelne Mitglieder die Funktionen von Länderkorrespondenten wahr[11], Nic. L. Petersen möglicherweise die für sein Heimatland. Vom Innenleben der Zellen

1 Laut Georg Bolgann nahm Nic. L. Petersen sogar am Kommuneaufstand teil, was natürlich nicht stimmen kann, denn zu diesem Zeitpunkt war er gerade einmal 15-16 Jahre alt und Lehrling in Kopenhagen. Bolgann, Biographische Notizen über Nic. L. Petersen, unpaginiert, Nachlass Bolgann.

2 So Bolgann mehr glaubwürdig ebd.

3 Zum Cerlcle vergl. Reinhard Höhn, Die vaterlandslosen Gesellen. Der Sozialismus im Licht der Geheimberichte der preussischen Polizei 1878-1914, Bd 1 (1878-1890), Köln, Opladen 1964, S. 160 f., 185 f., 228.

4 Ebd., S. 185 f.

5 Zu den Zellen vergl. Marc Angenot, Topographie du Socialisme Francais 1889-1890, Nouvelle Edition, Montreal 2006, S. 23 f. (Internet-Ausgabe).

6 Ebd.

7 Ebd.

8 Vergl. Jutta Seidel, Deutsche Sozialdemokratie und Parti Ouvrier 1876-1899. Politische Beziehungen und theoretische Zusammenarbeit, Berlin 1982, S. 113 f.

9 Engels an Paul Lafargue, London, 02.05.1889, wiedergegeben in: Emile Botigelli (Hrsg.), Friedrich Engels, Paul et Laura Lafargue. Correspondance. Textes recueillis, annotés et presentés par ..., Bde 1-3, Paris 1956-59, Bd 2, (1887-1890), Paris 1956, S. 241.

10 Jutta Seidel, Deutsche Sozialdemokratie und Parti Ouvrier, S. 116.

11 Höhn, a.a.O., S. 186.

ist bekannt, dass sie ideologieprägend waren; dass in ihnen geplaudert, aber auch heftig debattiert wurde, und zwar über die ideologischen Grenzen hinweg; dass Feste und „soirées artistiques" ebenfalls zu ihrem Repertoire gehörten[1]. M. a. W.: die Zellen hatte sowohl politischen als auch sozialen und kulturellen Charakter, was in jenen Jahre für die Arbeitervereine in vielen Ländern zutraf.

Neben dem Cercle gehörte Nic. L. Petersen zeitweilig auch dem „Deutschen sozialdemokratischen Leseclub" in Paris an, den er allerdings – 1883 oder 84 – wieder verliess, und zwar wegen eines Zwistes mit Ferdinand Thies, dem Delegierten des Leseclubs auf dem Kopenhagener Parteitag der deutschen Sozialdemokraten 1883[2]. Im Leseclub machte er die Bekanntschaft von Clara und Ossip Zetkin[3] und anderer vornehmlich deutscher Sozialdemokraten, unter ihnen Vollmar. Helmuth Grimpe war wohl eher eine Bekanntschaft aus dem Cercle[4].

Im Cercle dürfte Nic. L. Petersen die Grundlagen konspirativer Arbeit gelernt haben, ausserdem könnte seine Begeisterung für die Kommune von seiner Zeit im Cercle stammen, wohingegen es wohl eher der Leseclub gewesen sein dürfte, in dem er mit der sozialistischen Theorie marxistischer Prägung Bekanntschaft machte. Die Arbeit in beiden Organisationen war wichtig für Nic. L. Petersens Sprachkenntnisse und für die Bildung seines internationalen Netzwerkes. Es ist davon auszugehen, dass Nic. L. Petersen den Cercle nach 1883 zusammen mit den in Paris lebenden deutschen Sozialisten verliess, als diese ihre Zusammenarbeit mit den Possibilisten aufkündigten und sich Jules Guesdes näherten[5].

Nach seinem Austritt aus dem Leseclub gründete Nic. L. Petersen in Paris den „skandinavischen Sozialistenverein"[6], und ausserdem trat er als Korrespondent der „Justice" und des „Cri du Peuple" für Dänemark in Erscheinung[7]. Über den von Nic. L. Petersen gegründeten skandinavischen Sozialistenverein liess sich ermitteln, dass in ihm im Juni 1884 ein gewisser „Pierre" alias „Peter" oder „Peters" das Amt eines Sekretärs innehatte[8]; kurze Zeit später stellte sich dann heraus, dass „Pierre" das Pseudonym Gerson Triers war[9], dem wegen seiner beruflichen Tätigkeit kaum daran gelegen gewesen sein dürfte, als Sozialist namentlich in Erscheinung zu treten.

---

1 Angenot, a.a.O., S. 23.

2 Geheimes Staatsarchiv, Fol. 24. Worum es bei diesem Zwist ging, liess sich nicht ermitteln.

3 Nic. L. Petersen an Bolgann, Nachlass Bolgann, 10.10. o.J.

4 In Arbejderen vom17. 7. berichtete Nic. L. Petersen über seine Reise nach Paris zum Marxistenkongress. Er machte Station u.a. in Köln, wo er Grimpe traf, „ein alter Freund". Grimpe war inzwischen zum Redakteur der Elberfelder „Freien Presse" avanciert.

5 Seidel, Deutsche Sozialdemokratie und Parti Ouvrier, S. 116.

6 Landesarchiv Berlin A Pr. Br. Rep. 030 Nr 9554, Acta betreffend die politischen Zustände in Dänemark, Bl. 108. (Hinfort: LAB, Bl.) – Die von Nic. L. Petersen gegründete Organisation tritt auch als „Skandinavischer Lese- und Diskussionsklub" in Erscheinung, vergl. Der Sozialdemokrat, 17.06.1886, und ist als „Socialistischer skandinavischer Cirkel von Paris" auf dem Pariser Kongress 1889 repräsentiert. Vergl. Protokoll des Internationalen Arbeiter-Kongresses zu Paris. Abgehalten vom 14. bis 20. Juli 1889. Deutsche Übersetzung von Wilhelm Liebknecht, Nürnberg 1890, S. 116 f. (Hinfort: Protokoll Paris 1889).

7 LAB, a.a.O.. – Der Jahrgang 1885 des Cri du Peuple enthält zahlreiche Berichte über die politische Situation in Dänemark, vor allem über die dänische Arbeiterbewegung, die nur von einer Person mit dänischen Sprachkenntnissen, wahrscheinlich auf der Grundlage von dänischen Presseberichten, zusammengestellt werden konnten. Vergl. z.B. 02. und 06. sowie 13.08. und 26.10.1885.

8 LAB, Bl. 100.

9 Ebd., und Bl. 97.

Auch Trier scheint Anfang der 1880er Jahre, vermutlich in Paris, die Verbindung zu sozialistischen Kreisen, darunter Nic. L. Petersen, und zur sozialistischen Arbeiterbewegung aufgenommen zu haben[1], wobei seine Lektüre von Engels „Ursprüngen" und dem in diesen enthaltenem marxistischen Geschichtsverständnis, eine wichtige Rolle gespielt haben müssen[2]. Ausserdem abonnierte er bei Julius Motteler den Sozialdemokraten[3] und fiel er weiter durch eine Spende für streikende Arbeiter in Königsberg auf[4]. Der misstrauische „Rote Feldpostmeister" hielt ihn allerdings erst einmal für „Spitzelverdächtig"[5] und empfahl: „Discret sondieren"[6], kam aber dann zu der Erkenntnis: „Trier hat sich als gut herausgestellt. Ende Oct/87 Hat Ede erfahren durch Engels in London"[7].

Triers Wirkungskreis in London waren die dort zahlreichen skandinavischen Arbeiter und Handwerker. Diese waren in mehreren Arbeitervereinen organisiert, die seit Anfang 1888 über eine gemeinsame Dachorganisation mit dem Namen „The united Scandinavian Club" verfügten[8]. Mindestens zwei dieser Vereine – sog. „Diskussionsvereine" –waren sozialistisch[9]. Es war dies das Milieu in dem Trier vor allem als Agitator wirkte; u.a. gelang es ihm, die beiden sozialistischen Diskussionsvereine zu Protestadressen gegen die Chicagoer Todesurteile sowie gegen die Inhaftierung des schwedischen Sozialisten August Palm zu veranlassen[10]. Trier spielte ausserdem die Rolle eines Vermittlers, Dolmetschers und „Reiseführers" für die dänischen Delegierten auf dem Londoner Gewerkschaftskongress im November 1888[11].

Entscheidend für Trier und Nic. L. Petersen, von denen der Letztgenannte irgendwann im Zeitraum zwischen 1884 und 1885 ebenfalls nach London kam, war jedoch die Begegnung mit Friedrich Engels. Trier machte 1885 die Bekanntschaft von Engels, und zwar nach der Lektüre der „Ursprünge", die er im Januar 1885 Engels bat, ins Dänische übersetzen zu

1 Ebd. Auch: Geheimes Staatsarchiv, Fol 135, vertrauliches Schreiben an den preussischen Innenminister Ernst Ludwig Herrfurth, Kopenhagen, den 05.04.1889: „Gerson Trier (Jude) … war im Anfang der achtziger Jahre in Paris… Dann ging Trier nach London, schloss sich dort den Marxisten an".

2 Vergl. Dokument 1.

3 Vergl. Nachlass Motteler, Rep. 1160, 1.-2., 4.

4 Ebd., Rep. 1160, 4.

5 Ebd., Rep. 1160, 2.

6 Ebd., Rep. 1161, 5-6.

7 Ebd., Unterstreichung im Original.

8 Vergl. Trækfuglen. Organ for Foreningen for berejste Haandværkere i Kjøbenhavn og de skandinaviske Foreninger i Udlandet, 01.01.1889. In der Ausgabe vom 06.12.1888 heisst es, der Klub sei jetzt 9 Monate alt und verfüge über ein eigenes Heim mit Ballsaal und Bibliothek. Vergl. auch Social-Demokraten, 01.06.1888.

9 Trækfuglen, 15.01.1889.

10 Ebd., 28.10.1887, sowie Nachlass Motteler, Rep. 1160, 5-6.

11 Jens Jensen, Dagbog over mit Ophold i London i London ved den internationale Fagforeningskongress i November 1888, Nachlass Jens Jensen, 7, ABA. Zusammen mit Trier hatte J. Jensen während seines London Aufenthaltes die Gelegenheit, Friedrich Engels zu besuchen. Im dänischen Parteiorgan vom 9. 11.1888, unter der Überschrift „Besøg hos Frederik Engels" („Besuch bei Friedrich Engels") berichtete J. Jensen: „Am Dienstag stattete ich zusammen mit dänischen und belgischen Gesinnungsgenossen diesem wissenschaftlichen Vorkämpfer der sozialdemokratischen Arbeiter einen Besuch ab. Wir wurden freundlich empfangen, und schnell begann ein lebhaftes Gespräch. Dieses drehte sich, natürlich, um die Arbeiterfrage. Engels führte das Wort, und er sprach mit einer seltenen Lebhaftigkeit, sowohl über brennende Tagesfragen, als auch über vergangene Begebenheiten. Und wie interessant war es, diesen alten Mann sich über den Sieg unserer grossen Ideen aussprechen zu hören." Vergl. ausserdem die dem Gedenken an Karl Marx gewidmete Ausgabe von Social-Demokraten vom 05.05.1918, in der Jensen sich an diese Begegnung erinnert. In deutscher Übersetzung in: Martha Steglich, Bürgermeister Jensen über Marx und Engels, in: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung 19, 1985, S. 20 ff. Federspiel beschreibt die London Reise J. Jensens und seine Begegnung mit Engels sehr ausführlich, vergl. Jens er valgt, S. 100 ff.

dürfen[1]. Für die Übersetzung benötigte Trier gerade einmal zwei Monate[2], doch hatte Engels Einwände. Erst 1887 konnte Trier dann Engels ein überarbeitetes Manuskript vorlegen, das 1888 unter dem Titel „Familjens, statens og privatejendommens oprindelse" als siebenter Band in der von der dänischen Sozialdemokratie edierten Reihe „Socialistisk Bibliotek" in Kopenhagen erscheinen konnte[3]. Die dänische Ausgabe der „Ursprünge" trägt den Vermerk: „Übersetzung besorgt von Gerson Trier", und: „Durchgesehen vom Verfasser".

Ansonsten liess sich nur wenig über die Art der Beziehungen von Trier und Nic. L. Petersen zu Engels während ihres Aufenthalts in London in Erfahrung bringen. Aus späteren Äusserungen geht hervor, dass Trier gelegentlich bei Engels zu Gast war und möglicherweise auch an seinen berühmten Tafelrunden teilnahm[4], ausserdem ist anzunehmen, dass er und Nic. L. Petersen bei Engels oder durch seine Vermittlung die Bekanntschaft anderer Sozialisten machten, z.B. die Eduard Bernsteins und sicherlich auch die der Marx-Tochter Eleanor Marx-Aveling und ihres Mannes. Gesichert ist, dass Nic. L. Petersens und Triers Pläne, nach ihrer Rückkehr nach Dänemark eine sozialistische Zeitung herauszugeben, mit Engels erörtert wurden[5]. Es liegt auf der Hand, anzunehmen, dass Trier und Nic. L. Petersen bei ihren Diskussionen mit Engels, Probleme des Sozialismus und der sozialistischen Theorie, sowie der sozialistischen Bewegung ihres Heimatlandes erörterten. Möglicherweise diskutierten sie dabei auch die Art ihrer Strategie gegenüber der dänischen Arbeiterbewegung. So jedenfalls lässt sich eine Äusserung Nic. L. Petersens verstehen, die er allerdings erst Jahre später machte:

> *Als ich 1888 nach Dänemark heimkehrte, war ich voller Eifer, etwas für die Ausbreitung des Sozialismus zu tun, und als ich mich von Fr. Engels in London verabschiedete, versprach ich ihm, für den revolutionären Sozialismus, so wie er und Karl Marx ihn gelehrt hatten, zu arbeiten*[6].

3.2 … und zurück in Kopenhagen

Die Kontakte Triers und Nic. L. Petersens zur dänischen Arbeiterbewegung waren während ihrer Zeit im Ausland eher sporadisch gewesen. Nic. L. Petersen kannte die dänische Arbeiterbewegung kaum anders als aus der Beobachtung[7], einzig Trier hatte von London aus direkte Kontakte mit den Gewerkschaften. Im September 1887 bat er um Mittel zur

1 Vergl. Dokument 1.

2 Dokument 2. Vergl. auch Engels an Pasquale Martiguetti. Briefentwurf, London. 19.05.1889, in: MEW, Bd 36, Berlin 1967, S. 349.

3 Vergl. Dokument 3.

4 Vergl. Dokument 24. Bernstein nannte bei seiner Beschreibung von Engels' Tafelrunden weder Trier noch Nic. L Petersen namentlich, könnte jedoch an sie gedacht haben, als er schrieb: „Aus Skandinavien kamen nur ausnahmsweise einmal Gäste". Dass Nic. L. Petersen in zwei Briefen an Engels Grüsse an Frau Kautsky, nach ihrer Scheidung von Karl Kautsky Engels' Sekretärin und Hausdame, ausrichten liess, und dass diese Grüsse von Louise Kautsky erwidert wurden, deutet auf eine engere Beziehung Nic. L. Petersens zum Engelsschen Haushalt hin. Siehe hierzu Eduard Bernstein, Erinnerungen eines Sozialisten. Erster Teil: Aus den Jahren meines Exils (Völker zu Hause), Berlin 1918, S. 23, sowie Dokumente 26, 27 und 30 weiter unten in dieser Studie.

5 Vergl. Dokument 6.

6 Nic. L. Petersen, Min Hjemkomst, geschrieben in Hamburg 1910, zuerst veröffentlicht 1915, neu abgedruckt in: Levy, Thing, a.a.O., S. 198-202, hier S. 198.

7 Ebd.

Unterstützung von Skandinaviern in London[1], und im Februar 1888 bot er *Social-Demokraten* mit Erfolg seine Übersetzung der „Ursprünge" zur Herausgabe an[2]. Im Oktober 1888 diente er der dänischen Delegation auf dem Londoner Gewerkschaftskongress, J. Jensen und Pierre Christensen, als Dolmetscher[3]. Der schon angeführte und bei der gleichen Gelegenheit stattfindende Besuch der dänischen Delegation, einschliesslich J. Jensens, bei Engels geschah offensichtlich auf Vermittlung Triers[4].

Nic. L. Petersen kehrte in der ersten Jahreshälfte 1888 endgültig nach Kopenhagen zurück[5], also schon vor dem Londoner Gewerkschaftskongress, Trier erst nach seinem Abschluss[6], wobei der genaue Zeitpunkt seiner endgültigen Übersiedlung nicht bekannt ist. Wie oben bereits erwähnt, kannten die beiden die Arbeiterbewegung ihres Heimatlandes kaum anders denn als Beobachter, sie waren keine „insider". Die Arbeiterbewegung, die sie kannten, war die europäische, namentlich die verfolgte französische und die ebenso verfolgte und „heroische" deutsche. Nic. L. Petersen war als Organisator und Agitator in sozialistischen Kleingruppen tätig gewesen und hatte auch die Arbeit in der Illegalität kennengelernt, Trier hatte sich als Übersetzer eines wichtigen Werkes des Marxismus einen Namen gemacht und sich dabei – wie jedem geläufig ist, der Erfahrung mit der Übersetzung theoretischer Texte hat – ganz sicher gute Kenntnisse nicht nur des übersetzten Textes, sondern auch seiner ideologischen Voraussetzungen erwerben können, in diesem Falle der marxistischen Theorie. Obendrein kann davon ausgegangen werden, dass beide sich unter dem Einfluss von Engels in die Marxschen Lehren vertieft hatten, die die Bewegung ihres Heimatlandes bislang allerdings nur unvollkommen rezipiert hatte, und ausserdem spricht einiges dafür, dass sie, als sie nach Kopenhagen heimkehrten, eine Art von strategischem Konzept mit sich führten, das sie mit Engels durchgesprochen hatten und mit dessen Hilfe sie ihr grosses Ziel, die Vereinigung des Marxismus mit der dänischen Arbeiterbewegung, zu erreichen gedachten. Es darf vor diesem Hintergrund nicht verwundern, dass Trier und Nic. L. Petersen schon bald nach ihrer Heimkehr von einigen ihrer dänischen Genossen als Fremdkörper empfunden wurden.

In Kopenhagen stiessen Trier und Nic. L. Petersen auf die sich formierende Opposition in der Sozialdemokratie, unter ihnen der schon oben erwähnte Zigarrenarbeiter und Gewerkschafter Ferdinand Möller und der gerade einmal 20-jährige Schriftsetzer Fritz Julius Nielsen aus den jütländischen Städtchen Kolding[7], gemeinhin Nielsen Kolding genannt (gelegentlich auch mit Bindestrich, die Vornamen werden zumeist unterschlagen), sowie die junge Lehrerin Signe Andersen. Letztere war vor ihrer Übersiedlung nach Kopenhagen in der oppositionellen Lokalorganisation des Sozialdemokratischen Bundes in Svendborg/Fünen politisch beheimatet gewesen, von der noch die Rede sein wird.

1 Forhandlingsprotokol for Forretningsudvalget for de Samvirkende Fagforeninger, ABA, 10. und 14.09.1889.

2 Protokol Kontrahentmøde Social-Demokraten, ABA, Bd 1, 19.02.1888.

3 Social-Demokraten, 10.11.1888. Zu Pierre Christensen siehe C. Klüver und E. Otendal, Billedskærer og Dekorationsbilledhugger Foreningen af 1893. 1893-1918, o. O. u. J. (Kopenhagen 1918), S. 18.

4 Siehe Social-Demokraten, 13.11.1888.

5 Nic. L. Petersen, Min Hjemkomst, S.198.

6 Möglicherwiese pendelte Trier noch einige Monate zwischen Kopenhagen und London, den laut Trækfuglen vom 01.09.1889 war er im Sommer 1889 wieder in London, wo er ein verdientes Mitglied des skandinavischen Klubs ehrte.

7 Zu Nielsen Kolding vergl. C. H. Petersen, a.a.O., S. 34 f.

Inzwischen war sie, wie Nielsen Kolding, Mitglied der neugegründeten Lokalorganisation der Partei in Frederiksberg (Kopenhagen). Auf dem Sozialdemokratischen Parteitag von 1888 war sie als erste Frau in der Geschichte der dänischen Sozialdemokratie in das Amt eines stellvertretenden Mitgliedes in den Parteivorstand gewählt worden[1]. Im Oktober des gleichen Jahres wurde sie Mitglied in der „Kontrahenten-" (d.h. Eigner-) Versammlung des Parteiblattes[2]. Ein anderer namentlich bekannter Oppositioneller war „Pierre", eigentlich Peter (hinfort: P.) Christensen, von Beruf Bildschnitzer, der sich die französische Version seines Vornamens während eines zwölfjährigen Arbeitsaufenthaltes in Paris erworben hatte und dem Trier schon 1888, auf dem Londoner Gewerkschaftskongress, begegnet war[3] und dessen Bekanntschaft sowohl Trier als auch Nic. L. Petersen sicherlich schon in Paris gemacht haben dürften. Pierre Christensen darf nicht verwechselt werden mit einem anderen P. Christensen, seines Zeichens „Seemann", von dem nicht bekannt ist, wann er zu Trier und Nic. L. Petersen stiess. Dazu kamen sicherlich noch andere oppositionelle Gesinnungsgenossen, die allerdings namentlich nicht bekannt sind. Alles in allem war es eine kleine, ideologisch nicht unbedingt gleichgesinnte, aber oppositionelle, „aufmüpfige" Gruppe, die Trier und Nic. L. Petersen um sich versammeln konnten.

1 Zu Signe Andersen vergl. Karin Sandvad, Signe Andersen, in: Dansk Kvindebiografisk Leksikon, o. O. u. J., Internetausgabe (digitalisierte Version der gedruckten Ausgabe von 2000-2001.

2 Social-Demokraten, 27.10.1888.

3 Zu P. Christensen siehe C. H. Petersen, a.a.O., S. 34 f.

4. Die Revolutionären als innerparteiliche Opposition

Als Trier und Nic. L. Petersen nach Kopenhagen heimkehrten, stellte sich ihnen die Sozialdemokratie ihres Heimatlandes als lebenskräftig und aufwärtsstrebend dar, aber auch als eine Partei, die – sicherlich noch unbewusst – am Scheideweg zwischen Reformismus und revolutionärer Bewegung stehend, sich bereits für die erstgenannte Richtung entschieden hatte. Hierfür sprechen die – allerdings nie unwidersprochene – Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit der Bauernpartei; weiterhin die Art ihres Engagements in der Landarbeiter- bzw. Agrarfrage; und schliesslich die politische Theorie, das ideologische Erscheinungsbild, mit der die Parteiführung, allen voran P. Knudsen, diese Konzeption rechtfertigte und für sie eintrat. Es war vor allem das Letztere, an dem insbesondere Nic. L. Petersen zuerst Anstoss nahm.

4.1 Die Opposition gegen die Bündnispolitik

In dem schon einmal zitierten Erinnerungsartikel über seine Heimkehr nach Kopenhagen bemerkte Nic. L. Petersen: „Die Bewegung stand theoretisch nicht besonders hoch", doch – immerhin – war „die Grundlage proletarisch"; und weil er, wie er meinte, im Laufe seiner Wanderjahre „den revolutionären Sozialismus", sprich: den Marxismus, ausreichend kennengelernt hatte, wollte er das Seine tun, „dass der internationale Sozialismus hierzulande einen höheren Grad an Bekanntschaft erhalten würde"[1], d.h., er beabsichtigte die Korrektur der durchschnittssozialistischen Ideologie der Sozialdemokratie, die er in Übereinstimmung mit dem Marxismus bringen wollte – so, wie dieser sich im Laufe der 1880er Jahre unter dem massgeblichen Einfluss von Engels in der europäischen, vor allem deutschen, Arbeiterbewegung durchzusetzen begonnen hatte. War die Frage der Theorie, d.h. der mangelhaften Rezeption des Marxismus in der dänischen Sozialdemokratie, für Nic. L. Petersen und Trier auch das Hauptproblem, dem alle anderen Probleme untergeordnet waren, so stand doch die Bündnisfrage im Vordergrund der parteiinternen Diskussionen, bzw. war sie Stein des Anstosses: die Bündnisfrage, so erinnerte sich Nic. L. Petersen, war ein Problem, das „mehr in den Vordergrund gedrängt worden war, als es verdiente", und zwar, „weil alle darüber mitreden konnten". Immerhin waren diejenigen, so Nic. L. Petersens gleichen Ortes, die gegen die sozialdemokratische Bündnispolitik opponierten, „ein wesentlicher Teil derer, die sich uns anschlossen", doch leider waren unter diesen nicht viele, die Ahnung von Karl Marx' Lehre hatten[2]. Hier deutete sich an, dass die Bannerträger der revolutionären Kritik an der Ideologie der Partei in der Hauptsache Trier und Nic. L. Petersen waren, die dann gezwungen waren, quasi nolens-volens, das Vehikel der Kritik an der Bündnisfrage zu besteigen, um, wie es ihre Absicht war, die Sozialdemokratie Dänemarks ideologisch auf den richtigen Kurs zu bringen.

1 Nic L. Petersen, Min Hjemkomst, S. 198.

2 Ebd., S. 199 f.

Die Offensive der Revolutionären gegen die Bündnispolitik der Sozialdemokratie begann noch im Herbst 1888. Es ging zuerst einmal darum, das Terrain zu sondieren und Bundesgenossen in den sozialdemokratischen Organisationen zu finden, wobei sich die Hauptpunkte der revolutionären Kritik an der Sozialdemokratie, so, wie sie im Laufe der Jahre 1889 bis einschliesslich 1892 Gestalt annahm, unschwer andeuteten, ebenso, wie die später zu Tage tretenden Fronten schon früh erkennbar waren. Dafür gibt es mehrere Beispiele. So berichtete Nic. L. Petersen in seinem Erinnerungsartikel, dass er schon vor dem 1888er Parteitag mit dem Parteichef in Streit geriet, als dieser ihm den Entwurf des sozialdemokratischen Landarbeiterprogrammes präsentierte. Nic. L. Petersen nannte diesen Entwurf schlicht „bürgerlich", womit er sich den Zorn des Parteichefs zuzog[1]. Anfang August 1888 diskutierten Nic. L. Petersen und Trier im Kopenhagener „Schwedischen Diskussions- und Leseverein", neben der DLG die zweite sozialdemokratische Auslandsorganisation in der dänischen Hauptstadt, die Frage, ob „stückweise Reformen" oder aber „die Revolution" zur sozialistischen Gesellschaft führten. Ihr Gegner war wiederum P. Knudsen, der sich bei dieser Gelegenheit als Anhänger von Reformen zu erkennen gab, wohingegen die beiden Revolutionäre die Gegenposition vertraten[2]. Ein weiteres Beispiel: im Dezember 1888 debattierten Nic. L. Petersen und der Venstre nahestehende, im Verlaufe dieser Studie schon einige Male genannte liberale Abgeordnete im Folketing Herman Trier, der sein Mandat auch sozialdemokratischen Wählern zu verdanken hatte, die Zweckmässigkeit der Bündnispolitik für die Sozialdemokratie[3]. Abgesehen von diesen Beispielen gibt es indirekte Spuren von Nic. L. Petersens Versuchen im Sommer 1888, das Terrain abzustecken, und von seinem beginnenden Einfluss in den sozialdemokratischen Vereinen: so ist es möglich, dass er beim Resolutionsvorschlag des sozialdemokratischen Vereins von Amager auf dem Parteitag von 1888 seine Hände im Spiel hatte; auch könnte sich die unzufriedene Bemerkung im Protokoll des sozialdemokratischen Vereins von Østerbro, ein Stadtteil von Kopenhagen, das Ergebnis des Parteitages sei „gleich 0", es sei „überhaupt kein Resultat erzielt worden"[4], durchaus auf die Parteitagsresolution zur Bündnisfrage beziehen.

Die eigentliche Offensive begann im Februar 1889. Inzwischen waren die für den Januar des Jahres 1890 angesetzten Wahlen zum Folketing näher gerückt, und die Sozialdemokratie hatte erneut Stellung zu nehmen, ob das Wahlbündnis mit Venstre erneuert werden sollte. Am 6. Februar 1889 hielt der Sozialdemokratische Bund in Kopenhagen eine Parteiversammlung ab, an der die Mitglieder der angeschlossenen Vereine teilnehmen konnten. Das Thema, das zur Diskussion stand, hiess: „Die bevorstehenden Folketingswahlen"[5]. Es war bereits drei Wochen zuvor auf die Tagesordnung gesetzt worden, und zwar ausdrücklich als Gelegenheit, bei der „die Herren P. Knudsen und Gerson Trier ihre verschiedenen Auffassungen entwickeln konnten".[6] Nach einer „ausführlichen

1 Ebd., S. 199.

2 Vergl. Social-Demokraten, 04.08.1889.

3 Ebd., 06.12.1889.

4 Forhandlingsprotokol for Østerbro Socialdemokratiske Diskussionsforening, stiftet den 21. August 1885, Bd 1 (1887-91), ABA, Sitzung vom 18.07.1888.

5 Protokol Socialdemokratisk Forbund., a.a.O.

6 Ebd., Sitzung vom 13.01.1889.

Diskussion",[1] von der leider keine Einzelheiten überliefert sind, brachte Nic. L. Petersen die folgende, offensichtlich wohlvorbereitete Resolution zur Abstimmung:

> *In Erwägung, dass die sozialistische Bewegung eine Klassenbewegung ist und dass ihre Bestrebungen nur durch das klassenbewusste Auftreten von Seiten der Arbeiterbewegung durchgeführt werden können und dass dieses Klassenbewusstsein nur durch ein selbständiges und kompromissloses Auftreten gefördert werden kann sowie dadurch, dass offen Farbe bekannt wird, erklärt die Versammlung es zur Pflicht der Sozialdemokratie, bei eventuellen Wahlen auf eigenen Füssen zu stehen, selbständige Kandidaten aufzustellen und in Übereinstimmung mit dem Programm der Partei zu erklären, dass alle anderen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie eine reaktionäre Masse darstellen*[2].

Dass dieser Resolutionsvorschlag verworfen wurde[3], kann nicht verwundern. Seine Annahme hätte nämlich nicht nur die völlige und ruckartige Abkehr von der bisherigen Bündnispolitik bedeutet und damit die Eroberung sozialdemokratischer Mandate im Folketing auf absehbare Zeit fraglich gemacht; sie hätte auch so etwas wie eine „Selbstohrfeigung" der Partei beinhaltet, da sie geschickt insinuierte, dass die bisherige Praxis dem Charakter der Partei als einer Klassenbewegung widersprach und auch dem klassenbewussten Auftreten der Arbeiter im Wege stand. Gleichzeitig verkannte der Resolutionsvorschlag Nic. L. Petersens, indem er Venstre in der finsteren Ecke der „reaktionären Masse" ansiedelte, nicht nur die fortschrittlichen Qualitäten dieser Partei im Kampfe gegen Estrup, sondern lässt offensichtlich auch eine Geringschätzung der Vorteile einer parlamentarischen Repräsentierung der Sozialdemokratie durchschimmern.

In der Tatsache, dass die Parteiversammlung vom 6. Februar 1889 mit dem ausdrücklichen und einzigen Ziel einberufen worden war, P. Knudsen und Trier Gelegenheit zur Darstellung ihrer Auffassung von der Wahltaktik der Partei zu geben, deutet sich an, dass die Revolutionären inzwischen in der Partei eine gewisse Resonanz verbuchen konnten – will sagen: dass sie als Katalysatoren für die mit dem Bündnis Unzufriedenen wirkten und dabei waren, sich so etwas wie eine Art von „Hausmacht" aufzubauen, denn ansonsten hätte es der Parteivorstand kaum für nötig gehalten, eine Versammlung aller Parteimitglieder zu diesem Thema einzuberufen, nachdem der Parteitag von 1888 zukünftige Wahlbündnisse definitiv abgesegnet hatte. Dass P. Knudsen, Parteichef und Chefideologe in einer Person, sich Trier öffentlich stellte, spricht ebenfalls für die Tatsache, dass Trier und Nic. L. Petersen inzwischen einen gewissen Anhang gefunden hatten, denn ansonsten hätte es der Parteichef kaum für nötig gehalten, gleichsam „ex cathedra" die von ihm befürwortete Taktik vor dem Parteivolk zu verteidigen. Allerdings ist nicht auszumachen, wie gross der Einfluss der Revolutionären zu diesem Zeitpunkt tatsächlich war; immerhin ist bekannt, dass sie in den sozialdemokratischen Vereinen von Amager und Østerbro sowie wahrscheinlich in dem von

1 Ebd., Sitzung vom 06.02.1889.

2 Ebd.

3 Ebd. heisst er leider nur sehr knapp: „Diese Resolution wurde durch Abstimmung verworfen". Das Referat dieser Sitzung, wie leider auch aller anderen in diesem Protokollbuch verzeichneten Sitzungen, gewährt keine Einblicke in die Diskussion, und bis auf wenige Ausnahmen wird nicht einmal die für den Historiker häufig interessante Verteilung der Ja- und Nein-Stimmen verzeichnet. Das Protokollbuch gibt ausschliesslich Beschlüsse wieder.

Vesterbro, in dem Nic. L. Petersen selbst organisiert war[1], Anhänger hatten, wie auch – als erster und bislang einziger Provinzorganisation – unter den Mitgliedern des sozialdemokratischen Vereines in Svendborg auf Fünen[2]. Es kam hinzu, dass es einigen ihrer wichtigsten Parteigänger gelang, in der zweiten Hälfte des Jahres 1888 und in den Monaten darauf in wichtige Parteiämter gewählt zu werden: seit Oktober 1888 sass S. Andersen im Aufsichtsgremium des Parteiblattes, ebenso wie der Seemann P. Christensen[3]. S. Andersen wurde im Mai 1889 zusammen mit P. Christensen und Gerson Trier in den Parteivorstand gewählt, wo der Zigarrenarbeiter F. Möller, ebenfalls ein Parteigänger der Revolutionären, schon seit 1887 Sitz und Stimme hatte[4].

4.2 Die Svendborger Resolution

Den schwersten und für ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie entscheidenden Angriff auf die Bündnispolitik unternahmen die Revolutionären jedoch im Juli 1889, als ihre Stellung in der Partei, ihre „kritische Masse", u.a. wegen des von ihnen ab April 1889 herausgegebenen Wochenblattes *Arbejderen* und der Querelen um und auf dem Pariser Kongress von 1889, wovon noch ausführlich die Rede sein wird, der Sozialdemokratie ohnehin schon bedrohlich erscheinen musste. Auf Einladung zweier sozialdemokratischer Vereine hatte Trier sich nach Fünen begeben, wo er am 27. und 28. Juli in Odense und Svendborg Versammlungen abhielt. Beide Kleinstädte hatten junge sozialdemokratische Organisationen. Odense, damals wie heute drittgrösste Stadt Dänemarks, hatte rund 30.000 Einwohner[5], Svendborg knapp 9.000[6]. Bei beiden Versammlungen wurden von Trier bis auf die Orts- und Datumsangabe gleichlautende Resolutionen zur Annahme vorgeschlagen und in Svendborg auch verabschiedet. Die sog. „Svendborger Resolution" lautete wie folgt:

> *Die in Svendborg am 28. Juli abgehaltene öffentliche Versammlung spricht als ihre Überzeugung aus, dass die Arbeiterpartei in Dänemark sich auf einen bestimmten Klassenstandpunkt zu stellen, jegliche Verbindung mit jeder bürgerlichen Partei abzubrechen, und durch eine internationale und nationale Organisation für die Interessen der Arbeiterklasse und die Durchführung des Sozialismus zu wirken hat*[7].

Diese Resolution stand der von Nic. L. Petersen am 6. Februar vorgeschlagenen in nichts nach, allerdings war sie etwas weniger krass formuliert: wie die vom 6. Februar zielte sie darauf ab, die Bündnispolitik der Sozialdemokratie zu beenden und den Beschluss des

1 Social-Demokraten, 13.11.1889.

2 Vergl. Forhandlingsprotokol for den Socialdemokratiske Forening for Svendborg og Omegn, Bd 2, Sitzung vom 05.05.1889. (Hinfort: Forhandlingsprotokol Svendborg). Dieses Protokollbuch unterscheidet sich von anderen Protokollbüchern sozialdemokratischer Vereine durch seine Ausführlichkeit. Als es eingesehen werden konnte, befand es sich im Besitze der sozialdemokratischen Lokalorganisation in Svendborg. Herr Jens Aage Svendstrup überliess es dem Verfasser zur Einsicht. Wie dem Verfasser Ende 2016 mitgeteilt wurde, befindet sich das Protokollbuch weiterhin im sozialdemokratischen Parteibüro in Svendborg.

3 Mitteilung in Social-Demokraten vom 27.10.1888.

4 Ebd., 10.05.1889.

5 Brockhaus, Bd 12, S. 526.

6 Ebd., Bd 15, S. 527.

7 Arbejderen, 05.08.1889, und Social-Demokraten, 10.08.1889. Vergl. auch Forhandlingsprotokol Svendborg, 28.07.1889.

Parteitages von 1888 zu revidieren; eine weitere Parallele war der indirekte Vorwurf, die Sozialdemokratie habe den Klassenstandpunkt verlassen. Der angehängte Satz über die „internationale und nationale Organisation" war ein Verweis auf den kürzlich abgehaltenen Pariser Kongress.

Die Svendborger Resolution stellte die junge Lokalorganisation des Sozialdemokratischen Bundes in Svendborg vor eine Zerreissprobe. Sie war die erste Lokalorganisation des Sozialdemokratischen Bundes, die sich auf die Seite der Revolutionären schlug, und zwar in aller Öffentlichkeit und sehr lautstark. Damit wurde die Resolution zu einer mächtigen Herausforderung für die Kopenhagener Parteispitze, zumal sie nur der Anfang einer grösser angelegten Agitationskampagne Triers in verschiedenen sozialdemokratischen Vereinen war, deren Signalwirkung für die mit der Bündnispolitik unzufriedenen Elemente in der Partei schnell sichtbar wurde: am 10. August 1889 schloss sich die Lokalorganisation des Sozialdemokratischen Bundes in Helsingør/Seeland der Svendborger Resolution an und zwar, nachdem Trier dort einen Vortrag gehalten hatte[1]; am 20. August folgte die Lokalorganisation des Sozialdemokratischen Bundes von Amager, ebenfalls nach einem Trier-Vortrag[2]. Da sich die lokale Organisation des Sozialdemokratischen Bundes in Odense wahrscheinlich schon am 27. Juli zur Resolution bekannt hatte[3] und sich schliesslich die Lokalorganisation von Christianshavn/Kopenhagen ebenfalls positiv äusserte[4], wird verständlich, dass den Verfechtern der Bündnispolitik, allen voran P. Knudsen, sehr daran gelegen war, die leidige Resolution, mit deren Hilfe die Revolutionären – wohl nicht ganz ohne Aussichten auf Erfolg – versuchten, das Bekenntnis des 1888er Parteitages zur Bündnispolitik über die Mobilisierung der sozialdemokratischen Basis zu revidieren, aus der Welt zu schaffen.

4.3 Die Gegenoffensive des Parteivorstandes

Eine Woche nach der Verabschiedung der Resolution, aber nur einen Tag nach ihrer Veröffentlichung im Organ der Revolutionären, *Arbejderen*, trat der Hauptvorstand des Sozialdemokratischen Bundes zusammen und beschloss die Verabschiedung einer Gegendarstellung, die am 8. August als „Erklärung vom Hauptvorstand der Sozialdemokratie" in *Social-Demokraten* zu lesen war. In dieser Gegendarstellung wurde „sämtlichen Parteiabteilungen", d.h. Lokalorganisationen, mitgeteilt, dass die Svendborger Resolution mit den Beschlüssen des sozialdemokratischen Parteitages von 1888 zur Bündnisfrage kollidiere. Die Resolution, aber auch, wie es vorbeugend hiess, „Beschlüsse ähnlicher Art", die zukünftig verabschiedet würden, zumal dann, wenn sie „bei öffentlichen Veranstaltungen oder Versammlungen von Parteiabteilungen" gefasst würden, seien „ohne bindende Wirkung für die Partei."

1 Arbejderen, 19.08.1889.

2 Ebd., 02.09.1889

3 Ebd., 05.08.1889, und Social-Demokraten, 08.08.1889.

4 Allerdings ohne ihr förmlich zuzustimmen. Ebd., 15.08.1889.

Worum es wirklich ging, offenbarte P. Knudsen eine Woche später, ebenfalls im Parteiorgan:

> *Hat eine grössere Anzahl von Vereinen Beschlüsse gleich denen in Svendborg gefasst, ohne dass gegen ihre bindende Bedeutung für die Partei protestiert worden ist, dann werden die nämlichen Vereine selbstverständlich in Übereinstimmung mit ihnen handeln, und wenn das in genügend grossem Umfange geschieht, dann haben die Resolutionen eine verpflichtende Bedeutung für die Partei bekommen. Im gegensätzlichen Falle entsteht eine Spaltung*[1].

Damit war, soweit ersichtlich, zum ersten Male das böse Wort von den Revolutionären als potentiellen „Parteispaltern" in die Debatte um die Bündnispolitik eingebracht worden. Offensichtlich ahnten die Verfasser der Gegenresolution vom 8. August, dass mit der Erklärung von Svendborg ein Stein ins Rollen gebracht worden war, den es aufzuhalten galt, bevor er andere losriss.

Die Gegenresolution war nicht von allen Mitgliedern des Parteivorstandes unterschrieben worden, es fehlten die Unterschriften der Bündnisgegner und Parteigänger der Revolutionären, d.h. die von F. Möller, P. Petersen, Gerson Trier und S. Andersen. P. Knudsen liess es sich nicht nehmen, im Anschluss an die Gegendarstellung, in einer zusätzlichen Bemerkung darauf hinzuweisen, dass „Herr Gerson Trier" nicht vom Parteivorstand auf Agitationsreise nach Odense und Svendborg geschickt worden war, sondern die Reise auf eigene Initiative unternommen hatte, so dass der Parteivorstand „keinerlei Verantwortung hat für die Brüche geltender Parteibeschlüsse, die Herr Trier zu verursachen sucht"[2]. Damit hatte der Parteivorsitzende den Fehdehandschuh geworfen, der von Trier auch unverzüglich aufgehoben wurde. In den folgenden Wochen wurde zwischen P. Knudsen auf der einen und Trier, der Schützenhilfe von S. Andersen erhielt, auf der anderen Seite eine erbitterte Debatte in den Spalten des Parteiorgans der Sozialdemokratie ausgefochten. Schon am 15. August antworteten S. Andersen und Trier auf die Gegendarstellung der Bündnisbefürworter im Parteivorstand. In getrennten, aber, da sicherlich abgesprochenen, übereinstimmenden Darstellungen im Parteiblatt machten sie geltend, dass die Svendborger Resolution schon deshalb nicht der Bündnisresolution des Parteitages von 1888 widersprechen könne, weil im bei der gleichen Gelegenheit verabschiedeten politischen Programm der Partei alle Parteien ausserhalb der Sozialdemokratie als „reaktionäre Masse," also als nicht bündnisfähig für die Arbeiterpartei, definiert worden waren. Ausserdem sei die Resolution zur Bündnisfrage von 1888 wohl doch nicht so zu verstehen, dass sie der Sozialdemokratie ein Bündnis mit anderen Parteien geradezu auferlegte – im Gegenteil: der zweite Teil der Resolution zur Bündnisfrage von 1888 „befehle" geradezu eine Agitation gegen die Politik der „Kompromisse" mit Venstre, indem er die Sozialdemokratie dazu vergattere, sich immer des Unterschiedes zwischen der Arbeiterpartei, die „eins ist", und dem, „was ausserhalb von ihr liegt", gewärtig zu sein.

1 Ebd. Unterstreichungen im Original.

2 Ebd.

Zusätzlich machte Trier geltend, dass es ihm bei der Svendborger Resolution darum gegangen war,

> *meinen Teil dazu beizutragen, die Bewegung hier auf den gleichen Standpunkt zu bringen wie die sozialistische Bewegung im Ausland, so, wie diese neulich auf dem Kongress der vereinigten Sozialisten in Paris ihren Ausdruck bekommen hat.*

Dies war ein deutlicher Hinweis darauf, dass die Bündnispolitik der dänischen Sozialdemokratie der vom Pariser Kongress verabschiedeten Resolution des Deutsch-Amerikaners Busche, der sog. „Resolution Nr 6", laut der „die Proletarier", sofern sie

> *im Besitze des Wahlrechts sind, … unter Ausschluss eines jeden Compromisses mit irgendeiner anderen politischen Partei, vermittels ihres Wahlzettels, unter der Herrschaft der bezüglichen Staatsverfassung, die Eroberung der politischen Macht betreiben (sollen)*[1]*,*

widersprach. Die Resolution war mit einer überwältigenden Mehrheit gegen nur eine Stimme angenommen worden; von den drei dänischen Delegierten hatten sich allerdings zwei pikanterweise der Stimmabgabe enthalten, wovon noch weiter unten, in Kapitel 4.5, ausführlich die Rede sein wird.

Trier hatte nun die Katze aus dem Sack gelassen: mit der Resolution Nr 6, und d.h. in diesem Falle, der Autorität der internationalen Arbeiterbewegung im Rücken, konnte er die dänische Sozialdemokratie jenes Kompromisslertums mit einer bürgerlichen Partei beschuldigen, von der sich der Kongress in Paris gerade deutlich distanziert hatte. Damit waren die Bündnis-Befürworter erst einmal sehr geschickt ins Abseits manövriert worden. Spätestens hier zeigt sich, dass die Resolution von Svendborg in unmittelbarem Zusammenhang stand mit den Beschlüssen des eine Woche zuvor, am 21. Juli, beendeten Pariser Kongresses, bei dem Nic. L. Petersen einer der dänischen Delegierten gewesen war. Nachdem es Trier und Nic. L. Petersen im Februar 1889 nicht gelungen war, das Bündnis gleichsam im Frontalangriff aus der Welt zu schaffen, versuchten sie es nun über die Mobilisierung der Parteibasis in der Provinz und mit dem Hinweis auf die gegenteiligen Beschlüsse der internationalen Sozialdemokratie. Dies war ein wahrhaft geschickter Schachzug, der die Befürworter der Bündnispolitik in arge Verlegenheit bringen musste. Ob Triers Reise nach Fünen Ende Juli schon länger geplant gewesen war, oder ob er nur augenblicklich reagierte, als Nic. L. Petersen mit der Resolution Nr 6 in der Tasche aus Paris heimkehrte, muss ungeklärt bleiben und ist schliesslich auch gleichgültig. Tatsache ist, dass die Svendborger Resolution ohne die Beschlüsse von Paris nicht denkbar war.

P. Knudsen zögerte nicht mit einer Antwort auf S. Andersens und Triers Erklärung. Am 15. August wies er im Parteiorgan die – zugegebenermassen etwas spitzfindige – Interpretation der Parteitagsresolution von 1888 durch die beiden entschieden zurück, der zufolge die Resolution von Svendborg der von 1888 nicht widersprach. Die Parteitagsresolution von 1888, so P. Knudsen, dabei nicht weniger spitzfindig in seiner Argumentation als seine

1 Protokoll Paris 1889, S. 124 f.

beiden Gegenspieler, sei als „Befugnis" für die Partei zu verstehen, mit anderen Parteien in Verbindung zu treten, und gleichzeitig als Aufforderung an sie, sich dabei ihres „Sonderstandpunktes" bewusst zu bleiben. Demgegenüber verböte die Svendborger Resolution der Sozialdemokratie „jegliche Verbindung" mit anderen Parteien, ein Vorgehen, das, würde es zur Norm erhoben, die Sozialdemokratie unweigerlich zur Sekte verkommen liesse. Und weiter – was Triers angebliches Vorhaben anginge, die dänische Arbeiterbewegung auf das Niveau der internationalen Arbeiterbewegung zu heben, meinte P. Knudsen darauf hinweisen zu können, dass die Resolution Nr 6, auf die Trier sich bezog, noch nicht einmal veröffentlicht worden sei. Ergänzend dazu merkte er einen Tag später, am 16. August 1889, in einer weiteren Korrespondenz im Parteiblatte an:

> *Bezüglich der Resolutionen bin ich der Meinung, dass man erst sehen muss, wie sie in der Praxis ausgeführt werden, und welches Verständnis in sie hineingelegt werden muss, bevor sie als gemeingültige Doktrin aufgestellt werden (können)*[1].

Er könne sich aber nicht vorstellen, so P. Knudsen noch am 15. August, dass in der Resolution Nr 6 „jegliche Verbindung" mit anderen Parteien geächtet würde, denn dann würden die ebenfalls in Paris verabschiedeten Resolutionen zum Arbeiterschutz gegenstandslos – „diese Reformen können nämlich nur durchgeführt werden, indem man mit anderen Parteien in Verbindung tritt"[2]. Diesmal war es der Parteivorsitzende, der die Katze aus dem Sack liess: er konnte sich nicht vorstellen, dass es der Sozialdemokratie gelingen würde, Reformvorhaben auf sich allein gestellt durchzuführen. Näheres dazu führte er in seiner Korrespondenz am 16. August im Parteiorgan aus:

> *Die Sozialdemokratie hat keine Mehrheit in der Gesellschaft, und auch nicht die Macht. Dies haben jedoch die anderen Parteien. Folglich muss man mit den anderen Parteien über die Reformvorschläge verhandeln. Aber ‚jegliche Verbindung mit jeder bürgerlichen Partei abzubrechen' und gleichzeitig mit solchen Parteien über die Durchsetzung von Reformgesetzen zu verhandeln, das ist meiner Meinung nach sinnlos.*

In diesen Zeilen legte P. Knudsen ein Zeugnis davon ab, dass er sich Reformen – und zwar aller Wahrscheinlich nach neben solchen zum Arbeiterschutz auch politische – nur über die Zusammenarbeit mit anderen Parteien vorstellen konnte. Indem er Reformen einen so grossen Stellenwert beimass, dass er sie hier und jetzt wollte, deutet sich an, dass er sich eine Umwandlung des kapitalistischen Systems eben nur, wie schon anderen Ortes dargestellt, schrittweise vorstellen konnte, wobei es der Hilfe von gutwilligen Vertretern bürgerlicher Parteien bedurfte, und um diese Hilfe zu bekommen, waren „Verbindungen" mit ihnen, und d.h. letztendlich: Kompromisse, unverzichtbar.

P. Knudsen führte in seiner Korrespondenz vom 15. August weiterhin aus, dass ein Blick auf die politische Praxis der verschiedenen nationalen Arbeiterparteien keine grossen

1 Hervorhebungen im Original.

2 Hervorhebung im Original.

Unterschiede zwischen ihnen und der dänischen Partei aufzeige. Dies gelte in besonderem Masse für die deutsche Sozialdemokratie:

> *Faktisch hat die deutsche Sozialdemokratie bei allen bisherigen öffentlichen Wahlen Stimmen von anderen Parteien bekommen, und faktisch hat die deutsche Sozialdemokratie mit sozialdemokratischen Stimmen den Vertretern anderer Parteien in den Reichstag geholfen. Das kann statistisch bewiesen werden*[1].

Ähnlich hätten es die englische und die schwedische Partei gehalten. P. Knudsen schlussfolgerte:

> *Diese Tatsachen sprechen nicht dafür, dass sich die Sozialdemokratien des Auslandes ‚jeglicher Verbindung' mit anderen Parteien enthalten. Daher kommt es vermutlich, dass Herr Trier nichts davon hält, auf sie zu verweisen, und es vorzieht, sich an eine neulich verabschiedete, teilweise unbekannte Resolution zu halten*[2].

Trier fiel es nicht schwer, die Argumente des Parteivorsitzenden zu zerpflücken. Die Resolution N. 6, so antwortete er noch am 15. August im Anschluss an P. Knudsens Korrespondenz, sei ja geradezu ein Ausdruck der negativen Erfahrungen, die die Sozialdemokratien inzwischen vielerorts gemacht hätten, als sie die bürgerlich radikalen gegen die bürgerlich reaktionären Parteien unterstützten. Es sei jedoch grundfalsch, wenn P. Knudsen annehme, dass die Resolution Nr 6 die Arbeiterschutzresolutionen des Pariser Kongresses überflüssig mache. Die Arbeiterparteien müssten Arbeiterschutzmassnahmen fordern, obwohl sie nur zu gut wüssten, dass nur dann Aussichten auf deren Erfüllung bestünden, wenn Massnahmen gegen die zu grosse psychische und physische Unterdrückung des Proletariats auch den Herrschenden Vorteile bringen würden. Ungeachtet, ob die Arbeiterschutzforderungen erfüllt würden oder nicht, zöge das Proletariat Nutzen daraus, und zwar entweder, in dem es, bei der Erfüllung der Forderungen, konkrete materielle Vorteile erhielte, oder aber, im Falle der Nichterfüllung, dadurch, dass die Herrschenden auf diesem Wege unfreiwillig Agitation für die sozialistische Bewegung trieben. In keinem der beiden Fälle bedürfe es jedoch der Verbindung mit anderen Parteien.

Hier wird deutlich, dass zwischen P. Knudsen und Trier nicht länger Sinn und Zweck des Bündnisses mit Venstre diskutiert wurde, sondern dass es um Sinn und Zweck von Reformen ging. Für P. Knudsen waren Reformen Etappen auf dem Wege zum Endziel der Arbeiterbewegung, das Endziel (d.h. die Summe der Reformen), war der reformierte kapitalistische Staat, für ihn gleichbedeutend mit dem sozialistischen. Allerdings – wer Reformen einen solchen Stellenwert einräumte, dem musste natürlich letztendlich gleichgültig sein, mit wem er paktierte. Die Hauptsache war, dass der Pakt den Reformen dienlich war. Anders Trier; auch ihm waren Reformen nicht gleichgültig, doch meinte er zu wissen, dass sie zur Lösung der Arbeiterfrage nur einen geringen Beitrag leisten konnten: im Falle ihrer Gewährung konnten sie das physische Überleben der Arbeiter sichern, im Falle ihrer Nichtgewährung dienten sie der organisatorischen und intellektuellen Aufrüstung,

1 Aus der Wahlstatistik zitierte P. Knudsen dann in Social-Demokraten vom 16.08.1889.

2 Hervorhebung im Original.

wobei Trier natürlich stillschweigend die endgültige Transformation der bestehenden Gesellschaftsordnung als Endziel der Arbeiterbewegung voraussetzte.

Was die deutsche Sozialdemokratie anging, so konnte Trier darauf verweisen, dass sie früher, allerdings nur bei Stichwahlen zum Reichstag – und, dies ist hier unbedingt hinzuzufügen, unter „ganz bestimmte(n) und unzweideutige(n)" Auflagen für den bürgerlichen Kandidaten – bürgerlich radikale gegen bürgerlich reaktionäre Kandidaten unterstützt hatte[1], inzwischen jedoch, in ihrer Resolution vom St. Gallener Parteitag vom 2. bis 6. Oktober 1887, und „gestützt auf die bisher gemachten Erfahrungen", bei Stichwahlen „Stimmenenthaltungen"[2] empfehle. Gerade die deutsche Sozialdemokratie war also kein Beispiel, das P. Knudsen anführen konnte, wenn er die Bündnispolitik seiner Partei als dänische Spielart einer von der gesamten internationalen Sozialdemokratie gehuldigten Politik verkaufen wollte, ebenso wenig wie die der schwedischen Partei[3]. Doch es kam noch schlimmer für P. Knudsen und seine Parteigänger. Entweder Trier oder Nic. L. Petersen hatten zu einem Zeitpunkt, als die Wogen der Debatte um die Svendborger Resolution am höchsten gingen, genauer gesagt am 21. August 1889, Bebel um eine nähere Erläuterung der Wahltaktik der deutschen Sozialdemokratie gebeten. Bebels Antwortschreiben, datierend vom 29. des Monats, wurde am 16. September 1889 im Organ der Revolutionären in dänischer Sprache veröffentlicht[4]. In ihm teilte Bebel mit, dass die deutsche Partei immer „als selbständige Partei" aufgetreten sei, sogar in Wahlkreisen, „wo sie nicht die geringste Aussicht auf einen Sieg hatte." Die Partei habe Wahlen immer als ein wichtiges Agitationsmittel angesehen, Stimmen seien ihr, da sie einen Gradmesser für ihr Wachstum darstellten, immer wichtiger gewesen als Mandate, weshalb sie sich „nie auf irgendeinen Kompromiss" (d.h. auf Wahlabkommen mit anderen Parteien) eingelassen habe. Früher, d.h. vor dem St. Gallener Parteitag, habe die Partei bei Stichwahlen die Taktik angewendet, demjenigen Kandidaten einer anderen Partei ihre Stimmen zu geben, der ihr am „nächsten" stand, d.h., der ihr „am wenigsten schadete", aber auch das nur dann, wenn er vorher auf gewisse Bedingungen eingegangen war. Dies sei allerdings „kein Kompromiss" gewesen, sondern reine Taktik, bedingt durch die Eigeninteressen der Sozialdemokratie, „und ohne irgendeine Bedingung um Gegenseitigkeit." Jetzt, d.h. nach St. Gallen, enthalte sich die Partei der Stimmabgabe, wenn bei einer Stichwahl nur gegnerische Kandidaten übriggeblieben seien. Bebel schloss ab: „Jetzt, wie früher, treten wir im ganzen Deutschen Reich bei allgemeinen Wahlen selbständig in jedem Wahlkreis auf, wo wir Anhänger haben und einen Kandidaten"[5]. Es sei an dieser Stelle hinzugefügt, dass der auf dem Parteitag von St. Gallen gefasste Beschluss Anfang 1890 relativiert wurde: als es darum ging, eine Majorität im Reichstag für eine Verlängerung des Sozialistengesetzes zu verhindern, wurde dies vom Zentralwahlkomitee der Partei zum Anlass genommen, den Parteimitgliedern zu

1 So der Hinweis der sozialdemokratischen Zentralwahlleitung in: Der Sozialdemokrat vom 06.11.1884.

2 Verhandlungen des Parteikongresses der deutschen Sozialdemokratie in St. Gallen. Abgehalten vom 2. bis 6. Oktober 1887, Hottingen-Zürich 1888, S. 34.

3 Vergl. hierzu den Hinweis von Trier in Social-Demokraten, 23.08.1889.

4 Vergl. Dokument 15. Die Hervorhebungen stammen aus der Übersetzung des nicht erhaltenen Originalbriefes ins Dänische, vergl. den Kommentar ebd.

5 Ebd. - Vergl. auch Dieter Fricke, Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 bis 1914. Ein Handbuch über ihre Organisation und Tätigkeit im Klassenkampf, Berlin 1976, S. 522 ff.

empfehlen, bei Stichwahlen für bürgerliche Kandidaten zu stimmen, die gegen die Verlängerung des Ausnahmegesetzes opponierten[1].

Trier hatte das Beispiel der deutschen Sozialdemokratie vor Augen, als er am 23. August dem Parteivorsitzenden in einer weiteren Korrespondenz im Parteiblatt die direkte Frage zum Bündnis stellte:

> *Sollen wir, um diese ‚fremden Stimmen' zu bekommen, die Sonderstellung als Klassenpartei aufgeben. Mit anderen Worten: sollen wir, um liberale Stimmen in einem oder ein paar Kreisen zu erwerben, davon absehen, sozialdemokratische Kandidaten in anderen Kreisen aufzustellen oder dort, wo sie aufgestellt sind, sie sogar zurückziehen und auf diese Weise die Sozialdemokratie dazu auffordern, ihre Stimmen liberalen Kandidaten zu geben und auf diese Weise die Gelegenheit, für den Sozialismus zu agitieren, verstreichen lassen?*

P. Knudsen konnte auf diese sehr zugespitzte Frage nur eine ausweichende Antwort geben. Zum einen meinte er, er wolle die St. Gallener Resolution, auf die Trier sich indirekt bezog, erst einmal in der Praxis angewandt sehen, bevor er ihrer Interpretation durch Trier, die er „Isolierungs-Theorie" nannte, Glauben schenken mochte; zum anderen meinte er, das starke Anwachsen der sozialistischen Bewegung in Dänemark sei Beweis genug für die Richtigkeit der sozialdemokratischen Bündnistheorie:

> *Die Wahltaktik der Partei hat demnach der Ausbreitung des Sozialismus keinerlei Hinderung in den Weg gestellt. Im Gegenteil zeigen die Resultate, dass sie die Verbreitung unserer Prinzipien befördert hat, da der Fortschritt genau nach 1884, als die Partei zum ersten Male Vertreter im Folketing bekam, am stärksten war*[2].

Damit war die Diskussion zwischen Trier auf der einen und P. Knudsen auf der anderen Seite über die Bündnispolitik nur vorläufig abgeschlossen, nicht aber auf lange Sicht, denn sie dauerte, wie sich zeigen sollte und noch darzustellen sein wird, noch Jahrzehnte an. Als ein „Krieg der Korrespondenzen" war die Diskussion Triers und P. Knudsens immerhin öffentlich geführt worden und zumindest anfänglich noch ohne schärfere Polemik. Allerdings waren am Ende doch einige bissige Untertöne hörbar geworden, z.B., wenn P. Knudsen seinem Widersacher vorwarf, „die dänische Parteibewegung" in falsches Licht gesetzt zu haben, und zwar „sowohl im Inland als auch im Auslande"[3]. Die letzte Bemerkung bezog sich sicherlich darauf, dass Trier und/oder Nic. L. Petersen sich nicht gescheut hatten, die Meinung Bebels zur Bündnisfrage einzuholen und diese obendrein ins Dänische zu übersetzen und, wie oben dargestellt, in *Arbejderen* zu veröffentlichen. Wie noch zu zeigen sein wird, verübelte P. Knudsen dies seinem deutschen Gesinnungsgenossen ganz erheblich.

Was für die Bündnisbefürworter um P. Knudsen vor allem noch zu tun blieb, war, die Svendborger Resolution – letztendlich der Stein des Anstosses der Debatte um die

1 Ebd.

2 Social-Demokraten, 25.08.1889.

3 Ebd.

Bündnispolitik – aus der Welt zu schaffen. Der sozialdemokratische Verein in Svendborg musste schon am Tage nach der Veröffentlichung der Gegendarstellung des Parteivorstandes vom 8. August 1889 erkennen, mit der Resolution des 28. Juli in gefährliches Fahrwasser geraten zu sein, und versuchte, sich mit einem Schreiben an den Parteivorstand aus der Affäre zu ziehen. Es hiess in diesem Schreiben, die Resolution sei nicht als offizielle Erklärung des sozialdemokratischen Vereins zu betrachten; immerhin sei die Versammlung am 28. Juli doch öffentlich gewesen, so dass „selbstverständlich sowohl Mitglieder als auch Nichtmitglieder für die Resolution stimmten".[1] Offensichtlich machte diese etwas fadenscheinige Entschuldigung keinen Eindruck auf P. Knudsen und seine Parteigänger im Kopenhagener Vorstand, so dass sich der Verein gezwungen sah, am 24. August, wahrscheinlich unter dem Eindruck von Triers und P. Knudsens Diskussion im Parteiorgan, eine ausserordentliche Generalversammlung einzuberufen, auf der die folgende Gegenresolution verabschiedet wurde:

> *Auf der Generalversammlung spricht der sozialdemokratische Verein es als seine Überzeugung aus, dass die auf einer von Herrn Trier am 28. Juli abgehaltenen Versammlung verabschiedete Resolution völlig der bisher von der Partei verfolgten Praxis widerspricht, und deshalb für den Verein nicht als bindend angesehen werden kann. Der Vorschlag wurde mit 23 gegen 4 Stimmen verabschiedet*[2].

Diese Gegenresolution wurde am 4. September im Parteiorgan abgedruckt, allerdings versehen mit einigen redaktionellen Bemerkungen über Trier, die mit Fug und Recht als derbe Tiefschläge bezeichnet werden dürfen. Es hiess u.a., Trier habe, indem er „seine" Svendborger Resolution auf einer öffentlichen Versammlung einbrachte, Vertretern von Venstre und der politischen Rechten, „Leuten also, die daran interessiert sind, der Sozialdemokratie zu schaden", Gelegenheit gegeben, „Bestimmungsrecht über das Wirken der Partei" auszuüben. Der Kommentator liess durchschimmern, Triers Interesse an der sozialistischen Bewegung sei wohl nur vorgeheuchelt.

Damit wurde der Stil der nun folgenden Auseinandersetzungen der Revolutionären mit den Sozialdemokraten, der die Grenze zur Verleumdung deutlich überschreiten sollte, in der Debatte um die Svendborger Resolution präjudiziert. Wer jedoch geglaubt hatte, mit der Gegendarstellung des sozialdemokratischen Vereins in Svendborg wäre die Svendborger Resolution aus der Welt geschafft worden, sah sich getäuscht – vorläufig verschwand sie nur aus den Zeitungsspalten. Im Svendborger Verein und im Vorstand des Sozialdemokratischen Bundes in Kopenhagen dauerte sie an, was vor allem daran lag, dass die Revolutionären in Svendborg weit mehr Anhänger hatten, als das knappe Abstimmungsergebnis vom 24. August unmittelbar vermuten lässt. U.a. waren am 11. August drei Parteigänger Triers und Befürworter der Svendborger Resolution – Hansen, Rosenlund und Scheumann – in den Vereinsvorstand gewählt worden[3]. Rosenlund machte auf der Vorstandssitzung am 9. September darauf aufmerksam, dass die Gegenresolution das Resultat eines

1 Forhandlingsprotokol Svendborg, Sitzung vom 09.08.1889.

2 Ebd.

3 Ebd

Überraschungsangriffes der Bündnisbefürworter war. Sie wurde nämlich zu so später Stunde angenommen, dass von den ursprünglichen Teilnehmern an der Generalversammlung des 9. August nur noch eine Minderheit anwesend war[1]. Da der Verein in Svendborg damals schon knapp 200 Mitglieder hatte[2], dürften ursprünglich weit mehr als die 27 Mitglieder zur Stelle gewesen sein, von denen die Gegenresolution schliesslich verabschiedet wurde. Ausserdem wurde darüber geklagt, dass die Gegenresolution ohne Rücksprache mit dem Vereinsvorstand an *Social-Demokraten* geschickt worden war; man, d.h. wohl: einige Vorstandsmitglieder, hätte gern noch „einige Bemerkungen" zur Gegenresolution gemacht, wie Hansen anführte[3]. Rosenlund schlug schliesslich vor, eine Art „Gegenresolution zur Gegenresolution" an *Social-Demokraten* und *Arbejderen* zu schicken, hatte aber keinen Erfolg mit seinem Ansinnen[4]. Die Debatte im Svendborger Verein tobte schliesslich so heftig, dass Rosenlund seinen Posten als Vorstandsmitglied aufgab und auch der Vorsitzende des Vereins sein Amt niederlegte[5]. Damit stand der junge sozialdemokratische Verein in Svendborg vor der Spaltung, die einige Monate später schliesslich auch erfolgte. Vorläufig gelang es dem Kopenhagener Bundesvorstand, durch eine massive Intervention den Graben zwischen den beiden Fraktionen in Svendborg zumindest provisorisch zuzuschütten. Am 5.Oktober reiste J. Jensen, Mitglied des Kopenhagener Vorstandes des Sozialdemokratischen Bundes und Vorsitzender des Kopenhagener Gewerkschaftskartells, inzwischen einer der zugkräftigsten Agitatoren der Partei und obendrein geboren und aufgewachsen in der unmittelbaren Nähe von Svendborg, wo er auch das Malerhandwerk gelernt hatte, dorthin und stellte sich den Fragen der Parteigänger der Revolutionären. Es gelang ihm, angesichts des inzwischen fortgeschrittenen Wahlkampfes, die Gemüter noch einmal zu beruhigen: mit einem deutlichen Hinweis auf die – von ihm hier also eingeräumte – Verschiedenheit der sozialdemokratischen Taktik im Deutschen Reich und in Dänemark gab er zu bedenken, „dass man nicht in allen Ländern die gleiche (taktische) Verfahrensweise" anwenden könne, man müsse die jeweils spezifischen politischen und sozioökonomischen Gegebenheiten berücksichtigen. Die Sozialdemokratie habe sich vor „Doktrinarismus" zu hüten[6]. Ausserdem zeigte J. Jensen auf, dass die Sozialdemokratie im Januar 1890 zu den Folketingswahlen immerhin zehn Kandidaten aufzustellen gedenke[7], was sicherlich zur Beruhigung der Gemüter beigetragen haben dürfte. Die Diskussion wurde mit einem versöhnlichen Schlusswort beendet, in dem es sybillinisch hiess, dass es zwei Arten sozialdemokratischer Taktik gäbe, aber – trotz aller Gegensätze zwischen den Flügeln – nur eine Partei[8].

Damit war seitens des Sozialdemokratischen Bundes das letzte Wort in Sachen Svendborger Resolution gesprochen. Dem Parteivorstand war es gelungen, das leidige und für die Fortführung der bisherigen Taktik der Partei höchst gefährliche Thema noch rechtzeitig zu

1 Ebd.
2 Ebd.
3 Ebd., Sitzung vom 09.09.1889.
4 Ebd.
5 Ebd.
6 Social-Demokraten, 10.10.1889.
7 Forhandlingsprotokol Svendborg, Sitzung vom 05.10.1889.
8 Ebd.

beenden, bevor es in den Wahlkampf hineingezogen wurde. Der Aufruhr im Svendborger sozialdemokratischen Verein war erstickt worden, bevor er richtig losbrechen konnte. Ähnliches galt für andere sozialdemokratische Vereine in der Provinz[1] und in der Hauptstadt[2], über deren Innenleben allerdings weit weniger bekannt ist als von dem des Svendborger Vereins.

Es ist vorläufig abschliessend festzuhalten, dass die Querelen um die in dem Provinzstädtchen verabschiedete Resolution 1. die Fronten zwischen den Revolutionären und der Parteimehrheit deutlich sichtbar machten, 2. dass diese Fronten quer durch den Hauptvorstand und einige lokale Organisationen liefen und 3. dass die Frage der Allianz tatsächlich den Kristallisationspunkt der parteiinternen Kritik darstellte. Gleichzeitig wurde aber auch klar, dass das Problem der Allianz nur ein Erscheinungsbild der Kritik Triers und Nic. L. Petersens darstellte, da wesentlichere Kritikpunkte in der Resolutionsdebatte bereits durchzuschlagen begannen, in denen sich die eigentlichen Divergenzen zwischen den Revolutionären und der Parteimehrheit um P. Knudsen zumindest andeuteten: hier Gerson Trier, Nic. L. Petersen und ihre Gesinnungsfreunde als Vertreter einer marxistischen Opposition, noch innerhalb der Partei, deren Position der der deutschen Sozialdemokratie sehr nahekam; dort die Parteimehrheit als Anhänger einer reformistischen, auf unmittelbare Erfolge ausgerichteten Linie.

In einem längeren, grundlegenden Artikel im Parteiorgan hatte wahrscheinlich Anthon Nielsen Mundberg, einer der Gründungsväter der dänischen Sozialdemokratie, bereits am 4. April 1889 die Unterschiede der beiden Richtungen in der Partei wie folgt charakterisiert:

> *Die sozialdemokratischen Parteien und die Sozialdemokraten erstreben überall in der Welt das gleiche Ziel … aber es gibt geteilte Meinungen darüber, wie dieses Ziel am schnellsten und besten erreicht werden kann. Dadurch bilden sich der revolutionäre und der reformsuchende Sozialismus heraus … Die dänische sozialdemokratische Partei repräsentiert den reformsuchenden Sozialismus und bekämpft daher den revolutionären Sozialismus*[3].

Es sei hinzugefügt, dass Mundberg, wie aus seinem Artikel klar zu erkennen ist, selbst erklärter Anhänger des von ihm so genannten „reformsuchenden Flügels" war. Damit war, schon Monate vor der Svendborger Resolution, der Krieg erklärt worden, und die Kombattanten hatten ihre Bezeichnung als *Revolutionäre* und *Reformsuchende* erhalten, wobei die Letztgenannten die Erstgenannten sogar „bekämpften". Kein Zweifel, denn wie es sich herausstellen sollte, entsprach die letztgenannte Bemerkung der Wahrheit.

1 Social-Demokraten, 15.08. und 22.08.1889. Vergl. auch ebd., 10.11.1889.

2 Ebd., 15.09.1889.

3 Dieser mit „Revolution" überschriebene Artikel erschien unsigniert im Parteiorgan. Die Zuschreibung ergibt sich aus Arbejderen vom 08.07.1889. Der Artikel ist wiederabgedruckt in Lise Togeby (Hrsg.), Var de så røde? Tekster og dokumenter til belysning af Socialdemokratiets gennembrudsår, Kopenhagen 1968, S. 43-47. Anthon Nielsen Mundberg, der wahrscheinliche Verfasser, war einer der Mitbegründer der dänischen IAA-Sektion. Vergl. Hans-Norbert Lahme, Zur Vorgeschichte der dänischen IAA-Sektion, in: IRSH IX (1974), S. 54-72.

4.4 „Arbejderen" und der „Literarisch-Sozialistische Verein"

Eines der wichtigsten Vorhaben von Trier und Nic. L. Petersen nach ihrer Rückkehr nach Kopenhagen war die Herausgabe eines eigenen parteikritischen Organs, welches für die Publizierung ihrer Standpunkte unerlässlich war, und wozu Pläne und Ideen schon 1888 erörtert worden waren[1], und zwar auch mit Engels[2], der mit dem Gedanken sympathisierte. Dies ergibt sich nicht nur daraus, dass Engels das Blatt in der europäischen sozialistischen Bewegung publik machte[3]; auch liess er es sich nicht nehmen, der deutschen Partei einmal das zu empfehlen, was die dänische Sozialdemokratie mit *Arbejderen* bekommen hatte: „Eine formell unabhängige Parteipresse"[4] – zumindest solange die für das Blatt Verantwortlichen Teil der Partei waren.

4.4.1 Charakteristika von „Arbejderen"

Das Organ der Revolutionären erschien unter dem Titel *Arbejderen, socialistisk Ugeblad*, zu Deutsch: „Der Arbeiter, sozialistisches Wochenblatt", erstmals am 1. April 1889, und zwar zuerst am Montag, ab 16. November 1890 sonntäglich, danach wechselten die Erscheinungstage; kurzeitig erschien das Blatt am Mittwoch (Oktober und November 1891), um anschliessend wieder am Samstag (Dezember 1891) und dann am Sonntag zu erscheinen (Januar 1892). Ab 07.Oktober 1891 war der Untertitel des Blattes „socialistisk ugeskrift", („sozialistische Wochenschrift"), ab 03. Juni 1892 hiess es wieder „socialistisk ugeblad". *Arbejderen* hatte einen Umfang von vier Seiten, d.h. es wurde auf einem Bogen gedruckt. Der Einzelpreis betrug 4 Øre, das Quartalsabonnement kostete 50 Øre. Ab 7. Juli 1890 stiegen der Einzelpreis auf 5 Øre und der Quartalspreis auf 65 Øre. Als Herausgeber zeichneten anfangs Nic. L. Petersen und Gerson Trier verantwortlich, ab der Ausgabe vom 7. Oktober 1889 der „Literarisch-Sozialistische Verein" („Literær sosialistisk forening"). Ab 7. Juli 1890 erschien *Arbejderen* in der Regie der „Revolutionären Sozialistischen Arbeiterpartei", der Partei der Revolutionären, weitere Wechsel von Redaktion und Herausgeber sind der Tabelle weiter unten zu entnehmen. Gedruckt wurde *Arbejderen* zuerst von der Druckerei F.E. Bording, die sich im Besitz von Victor Petersen befand, der, wenn er nicht formell den Revolutionären angehörte, mit ihnen sympathisierte[5]. Ab 17. Juni 1892 erfolgte der Druck bei „Nielsen Kolding, Kopenhagen", der vom 4.10.1891 auch als Redakteur verantwortlich zeichnete. Vom 30. Oktober bis einschliesslich der letzten

1 Vergl. Liebknecht an Nic. L. Petersen, 05.11.1889, d.h. Dokument 5.

2 Vergl. Trier an Engels, Dokument 6.

3 Vergl. Engels an Laura Lafargue, London, 02.05.1889, in: MEW, Bd 37, S. 195. Ders. an dies., London, 15.06.1889, ebd., S. 238.

4 Engels an Bebel, London, 10.10.1892, in: Werner Blumenberg (Hrsg.), August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels, Amsterdam, London, The Hague, Paris 1965, S. 617 (=Quellen und Untersuchungen zur Geschichte der Deutschen und Österreichischen Arbeiterbewegung, hrsg. vom Interntionaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Bd 5).

5 Vergl. Dokument 4, besonders den im Kommentar wiedergegebenen Brief an Natalie Liebknecht. V. Petersen wanderte im Laufe der 1880er Jahre als Handwerksbursche durch Europa, wo er mit Sozialisten in Kontakt kam. Zurückgekehrt nach Kopenhagen, sympathisierte der überzeugte Sozialdemokrat und Gewerkschafter mit den Revolutionären, allerdings wohl ohne den Bruch mit der sozialdemokratischen Partei zu vollziehen. Siehe auch den als Dokument 24 wiedergegebenen Brief Triers an Engels, in dem Trier mitteilt, einen eventuellen Brief an den inhaftierten Nic. L. Petersen entweder an seine oder an V. Petersens Adresse zu schicken. Biographisches zu V. Petersen bei Gerd Callesen, Leksikon for det 21. Århundrede, www.leksikon.org.

Nummer seines Erscheinens als Wochenblatt wurde *Arbejderen* bei „C. Petersen, Kopenhagen", gedruckt. Das einzige Exemplar der Monatszeitung *Arbejderen* wurde gedruckt bei „Fr. Jul. Nielsen", d.h. Nielsen Kolding. Über die Druckerei C. Petersen wurde nichts herausgefunden, und was es mit Nielsen Koldings Druckerei auf sich hatte, bleibt ebenfalls im Dunkeln. Dass der Letztgenannte Zeitpunkt eine Druckerei besass, ist unwahrscheinlich.

Verglichen mit anderen Tages- oder Wochenzeitungen hatte *Arbejderen* das modernere, „jüngere", „progressivere" Erscheinungsbild. Das (damals noch unübliche) kleine Format (von 415x275 mm) entsprach in etwa dem heutiger „Tabloid-Zeitungen", d.h. es war kleiner und handlicher als das von z.B. *Social-Demokraten* oder bürgerlicher Zeitungen, deren Format dem heutigen „Broadsheet" nahekam. Vom 7. Oktober bis einschliesslich 25. Dezember 1891 erschien das Blatt in einer Art Heftformat mit fortlaufend nummerierten Seiten, beginnend am 27. Oktober mit S. 1, und abschliessend mit S. 104. Jedes Heft hatte acht Seiten. Was mit diesem Format und der Seitennummerierung bezweckt werden sollte, liess sich nicht ermitteln. Der Satz von *Arbejderen* bediente sich lateinischer, und nicht gotischer Buchstaben, was in Dänemark bis in die Jahrzehnte nach der Jahrhundertwende nicht üblich war. Auch die Orthographie, derer die Zeitung sich bediente, war im Vergleich mit der gängigen dänischen „modern" und „reformiert", indem in ihr viele der Errungenschaften der Rechtschreibungsreform von 1948 vorweggenommen wurden[1].

In den ersten gut zweieinhalb Jahren seines Erscheinens war *Arbejderen* straff redigiert; das Blatt enthielt, immer auf der ersten Seite, einen Leitartikel, meist aus aktuellem Anlass, danach folgten Beiträge zur sozialistischen Theorie, Aktuelles über Vorkommnisse in Dänemark und die sozialistischen Bewegungen des Auslandes auf der ersten und zweiten Seite. In den ersten Jahren seines Erscheinens enthielt *Arbejderen* regelmässig ein Feuilleton mit Fortsetzungsromanen und -novellen sozialkritischen Charakters, zum Ausschneiden und Abheften[2], sowie Übersetzungen der Werke führender Theoretiker, u.a. von Marx und Engels. Zu Letzterem vergl. die Tabelle in Kapitel 4.4.2 weiter unten. Dazu kamen Nachrichten über die sozialistische Bewegung in der dänischen Provinz. Auf der letzten Seite gab es den üblichen Briefkasten und viele Kleinanzeigen, in denen über Vereinsinterna berichtet wurde. Es gelang allerdings nicht, feste Korrespondenten im Ausland zu gewinnen[3].

---

1 Z.B. wurden Appellative klein geschrieben, die Konsonantenkombinationen „nd", im Dänischen „nn", und „ld", im Dänischen „ll" ausgesprochen, wurden „n" oder „nn", bzw. „ll" geschrieben, der Vokal „aa" (ähnlich dem deutschen „o"), wurde durch „å" ersetzt. Einschliesslich der Vermeidung gotischer Buchstaben folgte die Orthographie von Arbejderen damit in weiten Teilen der sog. „Stockholmer-Norm" von 1869, einem als fortschrittlich geltenden, allerdings nicht offiziellen Orthographie-Standard, den Trier und Nic. L. Petersen häufig auch in ihren Briefen benutzten. Vergl. Henrik Galberg Jacobsen, Ret og Skrift. Officiel dansk retkrivning 1739-2005, Bde 1-2, Odense 2010, hier Bd 1, S. 106, 103 ff., und S. 410. – Der Dank des Verfassers gilt hier Prof. Frans Gregersen, Universität Kopenhagen, mit dem die Angaben zur Orthographie von Arbejderen diskutiert wurden. Dank auch an Museumschef Flemming Steen Nielsen, Medienmuseum, Odense, für seine Auskünfte zum Zeitungswesen in Dänemark am Ende des 19. Jahrhunderts.

2 Aus der Fülle der Beispiele: Gleich in den Anfangsnummern 1, 2 und 3 brachte Arbejderen die die Kommune heroisierende Novelle „Revanche. Eine Begebenheit aus den letzten Tagen der Kommune", von Leon Cladel. 1891 kamen Auszüge aus dem Werk Kropotkins, der Zukunftsroman des Amerikaners Bellamy „Looking Backward", offensichtlich gekürzt, und Paul-Ernst Berlins Broschüre über Arbeiterschutzgesetze. Auch Satiren kamen vor, z.B. in der Ausgabe vom 23.8.1891. Es ist nichts darüber bekannt, wer die Übersetzungen der vielen deutschen und englischen und Beträge zum Feuilleton von Arbejderen besorgte.

3 Vergl. Dokument 5.

Eine Besonderheit von *Arbejderen* waren die Beiträge des Arbeiterdichters Christian Bildsø, der in langatmigen und in der Tonlage monströsen Balladen grosse Momente der Arbeiterbewegung feierte, z.B. den Kommuneaufstand oder die Festlichkeiten zum 1. Mai. Die dichterischen Mittel, derer er sich bediente, kamen allerdings über die Aneinanderreihung von Plattitüden nach dem „Reim-dich-oder-ich-fress-Dich"-Prinzip selten hinaus[1]. Dass dieser – dem Zeitgeist entsprechende und sicherlich ernstgemeinte – Monumentalkitsch mehr als eine Methode zum Seitenfüllen war, geht daraus hervor, dass Bildsøs Ergüsse bei Veranstaltungen der Revolutionären auch öffentlich vorgetragen wurden, sozusagen als agitatorische „Pausenfüller", z.B. zwischen und nach Vorträgen und Chorauftritten, und anscheinend ihr Publikum hatten[2]. Es bleibt hinzuzufügen, dass redaktionelle Artikel in Arbejderen selten signiert waren. Insbesondere konnte nicht immer festgestellt werden, welche Beiträge von der Hand Nic. L. Petersens oder Triers stammen. Nichtredaktionelle Beiträge, darunter auch die obengenannten Balladen, waren jedoch meistens signiert oder paraphiert. Insgesamt kann konstatiert werden, dass *Arbejderen* zumindest bis zu seiner Übernahme durch Nielsen Kolding im Januar 1892 auf einem theoretischen Niveau war, welches dem Organ der dänischen Partei, *Social-Demokraten* in nichts nachstand. Davon abgesehen war *Arbejderen* häufig unterhaltsamer als *Social-Demokraten*.

Im Expeditionsbüro von *Arbejderen* waren die Porträts von Bebel und Lassalle sowie der Farbdruck „Lassalle im Kampf mit der Kapitalmacht" zeitweilig käuflich erhältlich, ebenso wie ein Bild der kompletten sozialdemokratischen Fraktion im deutschen Reichstag und das Porträt von „Jesus von Nazareth", der hier wohl als Revolutionär oder zumindest als Aufrührer verstanden wurde, ausserdem verschiedene Schriften, darunter die des Amerikaners Henry George[3], also eine eine recht eklektische, wenn nicht gar zufällige Sammlung von Literatur und Bildern. In der Ausgabe vom 15. Oktober 1890 war zu lesen, dass alle Abonnenten im Oktober als „gratis Prämie" ein Portrait August Bebels erhalten würden, das erste einer Reihe von „Brustbildern hervorragender Sozialisten".

Arbejderen hatte den Grossteil seiner Abonnenten in Kopenhagen, wo es zeitweilig an 40 Verkaufsstellen auslag,[4] einzelne Exemplare gelangten auch in die Provinz; es gab Verkaufsstellen in Odense und in Randers/Jütland[5]. Bis einschliesslich der Ausgabe vom 26. März 1893 erschien das Blatt als Wochenzeitung, der anfängliche Plan Triers und Nic. L. Petersens, es bald zur Tageszeitung zu machen[6], erwies sich schnell als illusorisch und wurde im Oktober 1891 definitiv aufgegeben[7]. Die ursprüngliche Auflage von immerhin 1.000 Exemplaren pro Ausgabe schrumpfte bis zum Frühjahr 1892 auf 700[8], und es darf

1 Z.B. in Arbejderen vom 27.03.1891 und 08.05.1892. Weitere Balladen in ebd., 03.01.1892, 28.12.1890 und 15.0 9.1890

2 Aus der Fülle der Beispiele: Bei der Maifeier 1892 wurde ein „sozialistisches Gedicht" vorgetragen, siehe ebd. 08.05.1892. Siehe ausserdem den Sammelband: Christian Bildsø, Sociale Digte, Kopenhagen 1890.

3 Arbejderen, 04.01.1891.

4 Ebd., 06.05.1889.

5 Ebd, 08.02. und 29.03.1891.

6 Vergl. ebd., 06.01.1890, und z.B. 27.01. und 03.02. 1890.

7 Siehe den Annoncenteil in ebd., 03.10.1891.

8 Vergl. Nic. L. Petersen, Min Hjemkomst, S. 201, und ausserdem die Verhörsakte vom Prozess gegen Nic. L. Petersen, Højesteret: Domsager 1892, 3/6, Sag Nr 204, Verhör vom 10.12.1891.

angenommen werden, dass die Auflagenzahl weiter fiel, so dass bald auch keine Abonnentenbasis mehr für eine Wochenzeitung gegeben war. Damit war nicht nur der Plan, *Arbejderen* als Tageszeitung herauszugeben, gegenstandslos geworden; es scheiterte auch der Versuch, die ursprüngliche Wochenzeitung nach dem 26. März 1893 als Monatszeitung weiter erscheinen zu lassen. Es blieb bei der einen Ausgabe der Monatszeitung *Arbejderen* vom April 1893. Danach erschien das Blatt nicht mehr. Nachstehend sind die Eckdaten von *Arbejderen* tabellarisch zusammengefasst.

Datum	**Ereignis**	**Redaktion**	**Herausgeber**
01.04.1889	Erste Ausgabe der Wochenzeitung	Nic. L. Petersen	Nic. L. Petersen und Gerson Trier
07. 10.1889	Wechsel von Redaktion und Herausgeber	7-köpfiges Redaktionskomitee, an der Spitze Nic. L. Petersen	Literarisch-Sozialistischer Verein
07. 07.1890	Wechsel des Herausgebers	Nic. L. Petersen	RSAP
01. 10.1891	Wechsel des Herausgebers	Nielsen Kolding	Nic. L. Petersen
03.01.1892	Wechsel des Redakteurs	Nielsen Kolding	Nielsen Kolding
26.03 1893	Letzte Ausgabe der Wochenzeitung	Nielsen Kolding	Nielsen Kolding
April 1893	Einmalige Ausgabe der Monatszeitung	Nielsen Kolding	Nielsen Kolding

4.4.2 Texte von Marx und Engels in „Arbejderen"

Die folgende Tabelle zeigt die Übersetzungen von Texten von Marx und Engels im Feuilleton von *Arbejderen*. Anzumerken ist, dass nach der Sistierung von Nic. L. Petersens keine weiteren Versuche zur Herausgabe von Texten von Klassikern der Arbeiterbewegung mehr unternommen wurden.

Nr.	Verfasser (M=Marx, E=Engels), Titel des Originals		Dänischer Titel und Erscheinungsdatum in Arbejderen
1	E	Schutzzoll und Freihandel	Beskyttelsestold og Frihandel/ 01.04., 08.04., 15.04., 22.04., 29.04., 06.05. und 13.05.1889
2	M	Discours sur la question du libre échange (Auszug)	Lønningsloven/ 23.11.1890
3	E	The Foreign Policy of the Russian Tsardom	Det russiske Sardommes udenlandske Politik/ 14.04., 28.04., 05.05., 12.05., 26.05., 02.06., 09.06., 16.06., 23.06., 07.07., 21.07., 28.07., 04.08. und 11.08.1890
4	E	The Elections of 1890 in Germany (Auszug)	Det tyske Valg/ 17.03.1890
5	M/E	Manifest der kommunistischen Partei, Ausgabe 1883 (rudimentär)	Det kommunistiske Manifest/ 09.08., 16.08., 30.08., 06.09., 13.09., 20.09. und 27.09.1891

Der Tabelle sind die folgenden Kommentare beizufügen: die Übersetzung von Nr 1 ist fehlerhaft[1]. Nr 2 war nicht vollständig, sondern nur ein Auszug. *Arbejderen* nimmt irrtümlicherweise an, der Text stamme aus „Das Elend der Philosophie"[2]. Nr 3 war ebenfalls nur ein Auszug und folgte nicht dem deutschen Original, sondern der englischen Übersetzung, betitelt „The Foreign Policy of Russian Tsardom." Engels hatte die englische Ausgabe geschickt, weil die deutsche fehlerhaft redigiert worden war[3]. Nr 5 war rudimentär und folgte der dritten deutschen Ausgabe. Zur Veröffentlichung kamen das Vorwort von 1872 und das von 1883, ansonsten aber nur das Kapitel „I. Bourgeois und Proletarier", zwei Seiten aus dem Kapitel „II. Proletarier und Kommunisten", die erste Seite aus Kapitel „III. Sozialistische und kommunistische Literatur", und zwar Abschnitt, „1. Der reaktionäre Sozialismus", und darin wiederum Paragraph „a) Der feudale Sozialismus". Dazu kam die erste Seite aus „c) Der deutsche oder wahre Sozialismus". Eine erste Übersetzung des Manifestes war schon 1884 veröffentlicht worden[4], Nr 5 war eine Neuübersetzung, oder zumindest der Versuch dazu. Hierauf deutet die häufig von der 1884er Ausgabe abweichende Wortwahl und gelegentlich auch Syntax hin. Sinngemässe Abweichungen liessen sich auf den wenigen Seiten der Übersetzung in *Arbejderen* nicht feststellen, allerdings kamen einige

1 So Gerd Callesen, Über die Verbreitung der Werke von Marx und Engels in Dänemark, in: Marx-Engels Jahrbuch 10 (1987), S. 339-378, hier S. 350. Einzelheiten bei Ole Stender-Petersen, De danske Marx- og Engels-oversættelser og den danske Marx-forståelse 1848-1895, in: Gerd Callesen, Steen Bille Larsen und Niels Ole Højstrup Jensen (Hrsg.), Marx i Danmark. Historiske Bidrag, Kopenhagen 1983, S. 115-146, hier S. 135 (=SFAH's skriftserie 14).

2 Näheres ebd., S. 138.

3 Zu Fehlern und Auslassungen in der Übersetzung siehe ebd., S. 137 f.

4 Und zwar in Social-Demokraten, um dann im ersten Band der Reihe Socialistisk Bibliotek, und zwar „mit den gleichen Fehlern und Auslassungen", neu herausgegeben zu werden. So Stender-Petersen, ebd., S. 129.

kleinere Fehlübersetzungen und Auslassungen vor[1]. Warum in *Arbejderen* eine Neuübersetzung des Manifests in Angriff genommen wurde, bleibt im Verborgenen. Möglicherweise war den Herausgebern der Übersetzung Engels' Kritik an der 1884-er Übersetzung der dänischen Sozialdemokratie bekannt[2], und wollten sie dieser Kritik in einer neuen Übersetzung gerecht werden. Wie häufig bei Feuilletons in den Periodika des ausgehenden 19. Jahrhunderts, aber auch noch des 20. Jahrhunderts, war das Manifest in *Arbejderen* als eine Art von selbständiger Publikation gedacht, die, mit einem eigenen Titelblatt versehen und selbständig paginiert, ausgeschnitten und abgeheftet werden konnte.

Wer für die Übersetzung der in *Arbejderen* erschienenen Marx-Engels Texte verantwortlich war, ist nicht überliefert, allerdings ist anzunehmen, dass Nic. L. Petersen und Trier zumindest beteiligt waren. Ein weiterer Übersetzer könnte Hans Vilhelm Lund gewesen sein, ein Parteigänger der Revolutionären (und Übersetzer der Bde 1 und 2 des „Kapitals" vom Deutschen ins Dänische[3]). Obwohl es mit der Qualität dieser Übersetzungen wie gezeigt nicht immer weit her war – sie erreichten in keinem Falle die der von Engels betreuten Übersetzung der „Ursprünge" – zeugen sie doch vom Bemühen der Herausgeber von *Arbejderen* um die Verbreitung wichtiger Schriften von Marx und Engels für ein dänisch-sprachiges Publikum. Zusätzlich zu diesen Übersetzungen erschienen im Juni und September 1889, im März und April 1890 und im Mai1892 die – wahrscheinlich gekürzten – Übersetzungen von Briefen von Engels, Bebel und Jules Guesdes an *Arbejderen*, bzw. an Nic. L. Petersen und Trier, in *Arbejderen*[4]. Das Blatt der Revolutionären ist, bis auf eine Ausnahme, der alleinige Fundort dieser Korrespondenz[5], die Originale liegen nicht mehr vor.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Versuche der Revolutionären, Texte von Marx und Engels herauszugeben, nicht sehr glücklich verliefen. Wie bemerkt waren sie sowohl fehlerhaft als auch unvollständig und konnten sich nicht mit den inzwischen vielzähligen Aktivitäten der dänischen Sozialdemokratie auf diesem Gebiet messen[6]. Dies kann letztendlich nicht verwundern, denn dazu fehlte den Revolutionären das, was mit einem modernen Wort die „Human-Ressourcen" genannt werden kann, d.h.: qualifizierte Übersetzer, und ausserdem natürlich Zeit und Geld.

4.4.3 „Arbejderen" als Katalysator im Streit mit der Sozialdemokratie

Sobald ruchbar wurde, dass Trier und Nic. L. Petersen die Herausgabe eines von der Partei unabhängigen Periodikums planten, stellte sich der Sozialdemokratische Bund quer. Als

1 Ebd., S. 139 f. Zu den Übersetzungen von Marx-Engels Texten siehe Exkurs 2.

2 Engels kritisierte die dänische Ausgabe in seinem Vorwort zur 1890 in London erschienenen vierten deutschen Ausgabe des Manifests mit folgenden Worten: „Ferner ist eine neue dänische Übersetzung erschienen in Socialdemokratisk Bibliothek, Kjöbenhavn 1885. Sie ist leider nicht ganz vollständig; einige wesentliche Stellen, die dem Übersetzer Schwierigkeit gemacht zu haben scheinen, sind ausgelassen, und auch sonst hier und da (sind) Spuren von Flüchtigkeit zu bemerken, die um so unangenehmer auffallen, als man der Arbeit ansieht, dass der Übersetzer bei etwas mehr Sorgfalt Vorzügliches hätte leisten können." Friedrich Engels, Vorwort zur vierten deutschen Ausgabe (1890) des „Manifest der Kommunistischen Partei", in: MEW, Bd 22, S. 52-59, S. 55 f.

3 Vergl. Exkurs 2, und Callesen, Über die Verbreitung der Werke von Marx und Engels in Dänemark, S. 348.

4 Vergl. Dokumente 10, 15, 20, 21 und 25.

5 Diese Ausnahme ist Dokument 15.

6 Näheres dazu in Exkurs 2.

Trier am 28. März beim Hauptvorstand beantragte, das Blatt vom Parteibüro aus vertreiben zu dürfen, erhielt er einen abschlägigen Bescheid. Vom Parteibüro aus, so wurde ihm mitgeteilt, würden nur solche Schriften und Zeitschriften gehandelt, „die von oder in Übereinstimmung mit dem Hauptvorstand herausgegeben werden"[1]. Schon am 2. April, einen Tag, nachdem die erste Nummer des neuen Blattes herausgekommen war, erschien in *Social-Demokraten* ein Artikel, bzw., wie es im ersten Satz dieses Artikels hiess, eine „Anmeldung", d.h. Rezension, in der Trier und Nic. L. Petersen wegen der Herausgabe von *Arbejderen* scharf angegriffen wurden. „Beide Herren sind Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei" hiess es, und trotzdem hätten sie sich, indem sie „ein neues sozialistisches Blatt" herausbrächten und zwar ohne Absprache mit der Partei oder einer ihrer lokalen Organisationen, über die Interessen der Partei hinweggesetzt. Ihre Publikation, so wurde klargestellt, sei eine private, „ein Unternehmen ausserhalb der Partei", und an gleicher Stelle wurde darauf aufmerksam gemacht, dass seit 1888 ein Parteitagsbeschluss bestünde, demzufolge sozialistische Periodika nur in Parteiregie oder zumindest mit Billigung der Partei erscheinen sollten, denn unter den Parteimitgliedern herrsche seit langem die Meinung, „dass private Zeitungsunternehmen insgesamt vermieden werden sollten"[2]. In der Tat hatte der sozialdemokratische Parteitag von 1888 eine Resolution verabschiedet, der zufolge die einzelnen Parteiorganisationen gehalten waren, lokale sozialdemokratische Presseorgane nur in Übereinstimmung mit dem Parteivorstand herauszugeben. Zusammen mit dem lokalen Vorstand hatte der Hauptvorstand in jedem Einzelfalle zu prüfen, „in wieweit die Herausgabe eines solchen Blattes dienlich ist für die augenblickliche Entwicklung der Partei"[3]. Diese ausgesprochen pragmatische Resolution, der eine weitere und nicht minder pragmatische Resolution zur Parteipresse folgte, in welcher die Zentralisation der sozialdemokratischen Provinzpresse beschlossen wurde (Kopfblätter mit Lokalteilen)[4], war vor allem deshalb notwendig geworden, um die noch kleinen und finanziell schwachen Lokalorganisationen vor vorschnellen und wenig durchdachten Presseabenteuern zu bewahren. Zuerst musste das, was das „organisatorische", bzw. „institutionelle Umfeld" genannt werden konnte, in Ordnung sein, d.h. es musste Aussicht auf eine ausreichend umfangreiche Abonnentenzahl (mindestens 1.000) bestehen[5], bevor sich die Partei – und d.h.: das Kontrollkomitee von *Social-Demokraten*, denn diesem oblag die Finanzierung der Provinzpresse, soweit diese sich nicht selbst trug – auf ein neues Parteiblatt einlassen wollte. Die Resolution des 1888er Parteitages zur Presse, die übrigens P. Christensen, erwiesenermassen ein Jahr nach dem Parteitag ein erklärter Parteigänger der Revolutionären, wahrscheinlich aber schon vorher, mitformuliert hatte, war, von ihrer ursprünglichen Intention her gesehen nicht unmittelbar auf *Arbejderen* anwendbar, wohl aber formell: tatsächlich setzten sich Trier und Nic. L. Petersen mit ihrer Publikation über die Parteitagsresolution hinweg, indem sie, ohne Absprache mit dem obersten Parteiorgan, ein neues Periodikum auf die Strasse brachten. Es ist allerdings mehr als fraglich, ob Trier und Nic. L. Petersen jemals die Imprimatur des Parteivorstandes für *Arbejderen* erhalten

1 Protokol Socialdemokratisk Forbund, Sitzung vom 28.03.1889.

2 Ebd.

3 Protokol kongres 1888, S. 21.

4 Ebd., S. 22.

5 Vergl. hierzu Nørregaard, Organisationsforsøg blandt Landarbejderne, S. 169.

hätten, denn, wie der Verfasser des Artikels in *Social-Demokraten* am 2. April 1889 feststellen konnte, es durfte angenommen werden, dass die Herausgeber des neuen sozialistischen Wochenblattes „sich nicht länger in Übereinstimmung mit dem Programm der dänischen Sozialdemokratie" wähnten, so, wie dieses auf dem letzten Parteitag Gestalt angenommen hätte.

Der Verfasser des Artikels sah sich in seiner Annahme bestärkt durch den programmatischen Leitartikel in der ersten Ausgabe von *Arbejderen*, betitelt „An die Leser", in dem die Editoren sich ihren Lesern als „Mitkämpfer" für das grosse Ziel der „vollständigen Umwälzung des bestehenden Systems" und als „revolutionäre Sozialisten" vorstellten[1]. Sollte, so der Verfasser des Artikels in *Social-Demokraten* drohend, damit etwas Anderes oder gar „mehr" gemeint sein als das, wofür die Sozialdemokratie bisher eingetreten sei, so bedeutete die Herausgabe des neuen Blattes „nicht nur einen Bruch mit den Beschlüssen unserer Partei", sondern sie bedeute auch, dass *Arbejderen* „einen gegensätzlichen Standpunkt uns gegenüber einzunehmen versuchen wird". Fast gleichlautend damit stellte das Kontrollkomitee für das Parteiorgan kurz nach Erscheinen der ersten Ausgabe von *Arbejderen* fest, das Blatt befände sich „im Gegensatz zu den Interessen der Partei"[2]. Damit waren die Fronten abgesteckt – *Arbejderen* war für die Sozialdemokratie das Privatunternehmen einer oppositionellen extremistischen Fraktion, die sich bewusst über einen geltenden Parteitagsbeschluss hinweggesetzt hatte, woraus folgte: *Arbejderen* war nicht willkommen. Ähnliche Einschätzungen verlauteten seitens der sozialistischen Gewerkschaften. So hiess es – sicherlich stellvertretend für viele Einzelgewerkschaften – im Organ der Schmiede und Schlosser, *Arbejderen* könne „die beklagenswertesten Folgen für die Einigkeit innerhalb der Partei bekommen." Deshalb:

> *… soll dieses Blatt das Organ der 3-4 Männer verbleiben, die es im Augenblick repräsentiert, aber dabei soll es bleiben. Die Herren kommen sicher wieder zu uns, wenn sie sich die Hörner abgestossen und eingesehen haben, dass man nicht einfach aus dem Ausland angelaufen kommen kann und mit einer Organisation herumspielt, die aufzubauen es den Fleiss und die Energie von 17-18 Jahren gekostet hat … Arbejderen ist ein Gasballon, der zerplatzt, wenn er ein bisschen höher in die Lüfte steigt*[3].

M.a.W., auch seitens der Gewerkschaften wurden die Fronten frühzeitig abgesteckt. Abgesehen davon – der im obigen Zitat gemachte Vorwurf des „aus-dem-Ausland-angelaufen-kommen", der „Besserwisserei" und des „alles auf-den-Kopf-stellen-zu-wollen", dabei die Aufbauarbeit von fast zwei Jahrzehnten in Frage stellend, war nicht zum letzten Male in den Raum gestellt worden.

Laut Ankündigung seiner Herausgeber hatte *Arbejderen,* wie in seiner ersten Nummer angekündigt, eine dreifache Aufgabe: sie bestand 1. in der Vermittlung der sozialistischen

1 Hier zitiert nach dem Neuabdruck in: Levy, Thing, a.a.O., S. 114-118, S. 117.

2 Prot. Kontrahentmøde Social-Demokraten., Bd 1, 09.04.1889.

3 Fagblad for Smede og Maskinarbejdere. Udgivet af Dansk Smede- og Maskinarbejder-Forbund, Nr 7, 1. Jahrg. (1889). Hervorhebung im Original.

Theorie, und zwar durch „originale und übersetzte Artikel"; 2. weiterhin sollte das Blatt durch Verpflichtung in- und ausländischer Korrespondenten das Wissen um die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung „in allen Ländern" vertiefen; 3. schliesslich sollte *Arbejderen* als Forum einer „freien" Diskussion gesellschaftspolitischer und theoretischer Fragen" dienen – eine solche Diskussion sei das beste Mittel, „unseren Ideen die grösstmögliche Resonanz zu verschaffen".[1] Eine weitere Aufgabe bekam *Arbejderen* im Zuge der Auseinandersetzungen der Revolutionären mit der Sozialdemokratie, innerhalb derer sich das Blatt zum wichtigsten Mitteilungs- und Nachrichtenorgan für die verschiedenen Organisationen der Revolutionären und ihnen Gleichgesinnter entwickelte. Damit wurde *Arbejderen* auch zur primären (und mangels anderer Zeugnisse häufig einzigen) organisationsgeschichtlichen Quelle für den Historiker.

Was den ersten und dritten Punkt im Programm für *Arbejderen* angeht, wurden beide, zumindest in den Jahren 1889 bis 1891, in reichlichem Masse erfüllt. Als Forum der freien Diskussion diente *Arbejderen* vor allem der ideologischen Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie, und d.h. natürlich auch der Kritik an ihr – beispielsweise wurden die Bündnispolitik und später das politische Programm der Sozialdemokratie und ihr Landarbeiterprogramm diskutiert. Die Herausgeber von *Arbejderen* erwarben sich auch Verdienste um die Erstübersetzung in die dänische Sprache und anschliessende Veröffentlichung in *Arbejderen* von Schriften von Marx und Engels, wenn diese dänischen Erstversionen auch nicht immer korrekt und vollständig waren. (Dies gilt natürlich nicht für Engels' „Ursprünge", die von der Partei schon 1888 herausgegeben wurden[2]). Was den zweiten Punkt im Programm von *Arbejderen* angeht, so haperte es sehr mit seiner Erfüllung. Trotz allen Bemühens gelang es Trier und Nic. L. Petersen nicht, feste ausländische Korrespondenten für das Blatt zu gewinnen[3], so dass sie gezwungen waren, die Berichte über die sozialistischen Bewegungen des Auslandes selbst zu verfassen, in der Regel mit Hilfe der Presse. Bei seinen Auslandsaufenthalten wirkte Nic. L. Petersen ausserdem selbst als Korrespondent für *Arbejderen*, z.B. schrieb er ausführliche Korrespondenzen vom Pariser Kongress, vom Skandinavischen Arbeiterkongress 1890 und vom Brüsseler Kongress 1891. Dies bedeutete, dass *Arbejderen* seine Leser ausführlich über die europäische Arbeiterbewegung orientieren konnte, gelegentlich, z.B. bei den Berichten über die internationalen Kongresse, sogar ausführlicher, besser und auch genauer als *Social-Demokraten*. Punkt 2 wurde damit wenigstens zum Teil erfüllt. Die Schwierigkeiten des Blattes, die zu seinem schliesslichen Eingehen führten, waren die gleichen wie die, denen sich die Organisation der Revolutionären ausgesetzt sah. Auf letzteres wird weiter unten noch näher einzugehen sein, hier muss genügen anzumerken, dass beide – *Arbejderen* und die Organisation der Revolutionären – eng miteinander verwoben waren. Was der Organisation der Revolutionären schadete, geriet auch *Arbejderen* zum Nachteil, und umgekehrt. Dies erklärt, dass es laut einer redaktionellen Mitteilung in *Arbejderen* vor allem der Parteiausschluss des Redaktionskomitees im November 1889 war, der die Verbreitung und den Vertrieb des Blattes erschwerte, vor allem jedoch der schon erwähnte Boykott von

1 Arbejderen, 01.04.1889.

2 Vergl. Dokument 1 sowie den Kommentar dazu.

3 Vergl. Dokumente 5 und 6.

Arbejderen durch die Sozialdemokratie[1], der u.a. beinhaltete, dass es den Zustellern von *Social-Demokraten* untersagt war, *Arbejderen* auszutragen[2]. Hinzu kam im Dezember 1891 die Verhaftung und 1892 die Verurteilung des langzeitigen Redakteurs bzw. Herausgebers von *Arbejderen* Nic. L. Petersen und seine fast ein Jahr dauernde Sistierung und, wie noch ausführlicher darzustellen sein wird das durch seine Abwesenheit mitverursachte Abgleiten des Blattes ins Fahrwasser der ultralinken deutschen Parteiopposition[3].

Nic. L. Petersen darf als das Herz des Blattes bezeichnet werden. Nicht nur war er während langer Zeit Redakteur oder zumindest Mitredakteur bzw. Mitherausgeber; auch befand sich das Redaktionsbüro in seiner – wahrscheinlich ohnehin nicht gerade geräumigen – Privatwohnung in einem Hinterhof im inneren Kopenhagen (erst Nansensgade 28A und dann Walkendorfgade 20, 1 Stock)[4]. Das Büro diente ausserdem als Lesezimmer für interessierte Freunde, denn hier lag eine Fülle von Organen ausländischer Zeitungen aus, bei denen es sich nicht nur, aber in der Hauptsache um die Organe sozialistischer Organisationen ghandelt haben dürfte[5], gemäss der internationalen Orientierung Gerson Triers und Nic. L. Petersens; wenn nötig, war das Büro auch Tagungsort für Zusammenkünfte von Parteiorganisationen[6]. Um bei dem obigen Vergleich zu bleiben, im Redaktionsbüro befanden sich das Parteihauptquartier und ihr Herz.

Arbejderen war Nic. L. Petersens Herzenssache, die Zeitung war sein Produkt mehr als das anderer, mehr auch als das Produkt des Mitkämpfers Trier. Was das Verhältnis zur Sozialdemokratie anging, bedeutete *Arbejderen* einen entscheidenden Schritt der Revolutionären zur Fraktionsbildung. Die Revolutionären schufen sich mit *Arbejderen* ein Instrument, mit dessen Hilfe sie ihr erklärtes Ziel, die Korrektur von Theorie und Praxis der dänischen Sozialdemokratie von innen heraus in Angriff nehmen konnten. Davon zeugte vor allem das Drei-Punkte-Programm für die Zeitung und die Art, wie seine Verwirklichung in Angriff genommen wurde, womit die Herausgeber allerdings in direkte Konkurrenz zur Sozialdemokratie gerieten: nicht nur tangierten sie das Pressemonopol der Partei, wie es der Parteitag von 1888 definiert hatte, sie tangierten auch das (allerdings nur Quasi-) Monopol der Partei als Herausgeber der Schriften von Marx und Engels im dänischen und damit nordischen Sprachraum und schufen sich ein publizistisches Sprachrohr für ihre Parteikritik. In den Augen der Sozialdemokratie machte sie dies – mehr als beispielsweise die Svendborger Resolution und die Kritik an der Bündnisfrage, die beide noch als Kritik an einer einzelnen politischen Position interpretiert werden konnten – zur oppositionellen Fraktion, welche die Einheit der sozialistischen Bewegung gefährden musste. Davon zeugen

1 Vergl. hierzu Nic .L. Petersens Bemerkungen in: Min Hjemkomst, S. 201, sowie Arbejderen, 07.09.1891.

2 Ebd.

3 Vergl. hierzu z.B. den Leitartikel in Arbejderen vom 12.06.1892 „Anarkister". Hier wird zwar grundsätzlich vom Anarchismus Abstand genommen, seinen Anhängern aber Verständnis und Sympathien entgegengebracht.

4 Social-Demokraten, 30.03.1889, und Arbejderen, 20.10.1890.

5 Laut ebd., 28.10.1889 lagen aus: Drei deutsche, drei österreichische, fünf französische, vier englische, zwei deutsch-, eine dänisch- und eine englischsprachige amerikanische, eine australische, eine belgische, vier schwedische, eine norwegische und sechs dänische Zeitungen. Ob diese Fülle von Zeitungen jedoch jeder Zeit auslag, ist zweifelhaft.

6 Ebd., passim.

die Reaktion von Partei und Gewerkschaften auf das Erscheinen des Blattes sowie sein Boykott durch die Partei.

4.4.4 Der „Literarisch-Sozialistische Verein"

Mehr als nur ein Schritt zur Fraktionsbildung, nämlich ein gutes Stück auf dem Weg zur Verselbständigung als Partei, war die Gründung eines organisatorischen Zusammenschlusses der Revolutionären im Spätsommer/Herbst des Jahres 1889. Der „Literarisch-Sozialistische Verein" („Den litterær-socialistiske forening"), von dem hier die Rede ist, taucht in den Quellen erstmals Ende September 1889 auf. Für den Abend des 30. Septembers wurde in *Arbejderen* gleichen Datums eine Versammlung des Vereins angekündigt, bei der es sich um die Gründungsversammlung gehandelt haben dürfte. Eine Woche später wurde dann mitgeteilt, dass *Arbejderen* in die Hände des Vereins übergegangen war, d.h., nun vom Literarisch-Sozialistischen Verein herausgegeben wurde[1]. Dies könnte darauf schliessen lassen, dass der wichtigste Zweck des Vereins, bzw. die eigentliche Ursache für seine Gründung, die Edition des Blattes war, was sich eventuell auch im Vereinsnamen, nämlich in der Betonung des „Literarischen", andeuten könnte. Der Vorteil des Überganges von *Arbejderen* in die Hände des Literarisch-Sozialistischen Vereins bestand darin, dass die Zeitung nun nicht länger das Privatunternehmen Triers und Nic. L. Petersens war, sondern in der Regie einer politischen Organisation erschien. Allerdings sassen sowohl Trier als auch Nic. L. Petersen im Redaktionskomitee des Blattes und befand sich das Redaktionsbüro weiterhin in der Privatwohnung des Letztgenannten.

Über die organisatorische Struktur des Literarisch-Sozialistischen Vereins liess sich nur wenig erfahren. Immerhin ist gesichert, dass das siebenköpfige Redaktionskomitee von *Arbejderen* zu seinen Mitgliedern zählte[2]. Einer späteren Quelle zufolge verfügte der Literarisch-Sozialistische Verein ausserdem über ein Exekutivorgan (in Dänisch „Forretningsudvalg", d.h. Geschäftsausschuss), was vielleicht auf relativ geordnete Strukturen schliessen lässt[3]. Allerdings ist nicht sicher, ob das Exekutivorgan von Anfang an bestanden hat. Es erübrigt sich fast, darauf hinzuweisen, dass der Literarisch-Sozialistische Verein keine Organisation der Sozialdemokratie war, sondern ein unabhängiger Verein, obwohl davon ausgegangen werden kann, dass der Grossteil seiner Mitglieder, wenn nicht gar alle, zumindest bei seiner Gründung Parteimitglieder waren. Leider liess sich nichts über den Umfang der Mitgliederbasis in Erfahrung bringen.

Abschliessend ist festzustellen, dass, wenn *Arbejderen* einen entscheidenden Bruch mit der Pressepolitik der dänischen Sozialdemokratie durch die Revolutionären bedeutete, die Gründung des Literarisch-Sozialistischen Vereins einen ebenso tiefen Bruch mit ihrer bisherigen Organisationspraxis darstellte: die gleichen Kräfte, die ein parteikritisches Blatt herausgaben, gründeten eine politische Organisation, die der Partei offiziell nicht angeschlossen war – konnte es für den Sozialdemokratischen Bund einen besseren Beweis

1 Ebd., 07.10.1889.

2 Social-Demokraten, 13.11.1889.

3 Arbejderen, 10.02.1890.

dafür geben, dass die Revolutionären darauf aus waren, die Partei zu spalten? Angesichts des bevorstehenden Parteiausschlusses der Revolutionären hiess es dann auch am 13. November im Parteiblatt:

> *Die sogenannten Revolutionäre haben daher nichts, worüber sie sich beklagen könnten, wenn sie aus unserer Partei ausgeschlossen werden. Sie haben schon ihre eigene Partei gebildet, ausserhalb der Sozialdemokratie. Dort sollen sie bleiben.*

Tatsächlich handelte es sich beim Literarisch-Sozialistischen Verein um die Keimzelle der späteren RSAP, der Partei der Revolutionären.

4.5 Die Revolutionären und der Pariser Kongress 1889

Ihre endgültige Profilierung als revolutionäre, marxistische und somit konsequent internationalistisch gesinnte Parteiopposition gelang den Revolutionären anlässlich der Streitigkeiten innerhalb der dänischen Arbeiterbewegung um die Teilnahme am Internationalen Arbeiterkongress 1889 in Paris. Ihr unbeirrtes Eintreten für die Teilnahme der Dänen am Kongress der Marxisten und ihr schliesslicher Erfolg machte die Revolutionären spätestens bei dieser Gelegenheit auch in der internationalen Arbeiterbewegung bekannt. Im Folgenden soll kurz auf die andernorts hinlänglich beschriebene Vorgeschichte des Pariser Kongresses[1] eingegangen werden, bevor die Querelen um die dänische Kongressteilnahme und die Rolle, die die Revolutionären dabei spielten, dargestellt werden.

4.5.1 Die Streitigkeiten um die dänische Kongressteilnahme

Seit Anfang der 1880er Jahre waren in Europa und Nordamerika die Bedingungen für einen internationalen Zusammenschluss der Arbeiterbewegung kontinuierlich herangewachsen; in vielen Ländern existierten nun sozialistische Parteien, bzw. Kleingruppen, von denen sich viele – wenn auch häufig nur in einigen Sätzen ihrer Programmaussagen – zum Marxismus bekannten[2]. Die Gründung und die sich in vielen Fällen schon abzeichnende Etablierung der nationalen Arbeiterparteien; das von ihnen durch die Rezeption von Teilen der marxistischen Theorie – wenn auch im Einzelfalle häufig unklare – abgegebene Bekenntnis zur revolutionären Umgestaltung der bestehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnungen; darüber hinaus aber auch das, was Engels

> *das einfache, auf der Einsicht in die Dieselbigkeit der Klassenlage beruhende Gefühl der Solidarität (welches) hinreicht, unter den Arbeitern aller Länder und Zungen*

1 Sehr ausführlich zur Vorgeschichte des Kongresses ist die Darstellung bei Seidel, Deutsche Sozialdemokratie und Parti Ouvrier, besonders Kapitel V. Siehe auch M. Bürgi, Die Anfänge der Zweiten Internationale, S.77 ff.

2 Vergl. hierzu Boris Tartakowski, Die Grundfragen des Marxismus in den Programmen der sozialistischen Parteien der siebziger bis neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts, in: Revolutionäres Parteiprogramm – Revolutionäre Arbeitereinheit. Studien zum Kampf um die Vereinigung des Marxismus mit der Arbeiterbewegung, Berlin 1975, S. 515-546. Weiterhin aktuell zum Übergang von der „alten" zur „neuen" Internationale ist Georges Haupt, Programm und Wirklichkeit. Die internationale Sozialdemokratie vor 1914. Mit einem Vorwort von Ernest Labrousse, Neuwied und Berlin 1970, insbesondere S. 10-52.

> *eine und dieselbe grosse Partei des Proletariats zu schaffen und zusammenzuhalten*[1]*,*

genannt hat – d.h. das Wissen um die Gemeinsamkeit der Lage der Arbeiter – verursachte unter den Arbeiterparteien und sozialistischen Gruppen in den verschiedenen Ländern ein zunehmendes Bedürfnis nach gemeinsamer Manifestation und Aktion. Von Bedeutung insbesondere für die dänische Arbeiterbewegung wurde, dass sowohl seitens der trade-unionistisch-possibilistischen und seit der zweiten Hälfte des Jahres 1887 konkret auch von der marxistischen Richtung der internationalen Arbeiterbewegung das Projekt eines internationalen Arbeiterkongresses, der zur Bildung einer II. Internationale führen sollte, erörtert wurde, nachdem es zuerst einzig von den Possibilisten, besonders von Paul Brousse, befürwortet worden war[2].

Auf ihrem Jahreskongress vom 5. bis 12. September 1887 beschlossen die Trade Unions, einen internationalen Kongress nach London einzuberufen, bei dem es sich um einen reinen Gewerkschaftskongress handeln sollte[3]. Dieses – wegen des Ausschlusses der Arbeiterparteien – einseitige Kongressprojekt fand die Unterstützung der französischen Possibilisten, die ihrerseits Pläne zur Einberufung eines internationalen Arbeiterkongresses für das Jahr 1889 nährten und sich inzwischen die Unterstützung der „Social Democratic Federation" gesichert hatten[4]. Das sich hier abzeichnende Zusammengehen der trade-unionistisch-possibilistischen Kräfte rief die deutsche Sozialdemokratie auf den Plan, die auf ihrem St. Gallener Parteitag vom 2. bis 6. Oktober 1887 den Beschluss fasste,

> *im Verein mit den Arbeiterverbindungen anderer Länder für den Herbst 1888 einen internationalen Arbeiterkongress einzuberufen zu dem Zweck, gemeinsame Schritte der Arbeiter aller Länder zur Verwirklichung einer internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung herbeizuführen*[5]*.*

Obwohl der St. Gallener Beschluss den erklärten Willen der SAPD verdeutlichte, die Possibilisten in die Schranken zu weisen und ihren Hegemoniebestrebungen entgegenzutreten, was von den Guesdisten entsprechend begrüsst wurde[6], blieb eine internationale Resonanz auf die deutschen Kongresspläne vorerst aus. Der Aufruf der deutschen Genossen vom 10. März 1888 „An unsere Parteigenossen und Arbeiter aller Länder"[7], in dem dazu aufgefordert wurde, den Londoner Gewerkschaftskongress nicht zu beschicken, wurde von vielen europäischen Sozialisten ignoriert, auch von den Dänen, die spätestens seit dem Besuch einer Delegation französischer Possibilisten Ende August und

1 Zur Geschichte des Bundes Kommunisten, in: MEW, Bd 21, S. 206-224, S. 224. Engels stand einer „neuen" Internationale anfangs noch skeptisch gegenüber, siehe: M. Bürgi, Friedrich Engels und die Zweite Internationale, in: MEGA-Studien, 1996/2, S. 66-78.

2 Vergl. ders., Die Anfänge der Zweiten Internationale, S. 54 ff.

3 Vergl. Jutta Seidel u.a., Internationale Stellung und internationale Beziehungen der deutschen Sozialdemokratie 1871-1895/6, Berlin 1982, S. 149.

4 Ebd. Die SDF war die erste sozialistische Organisation im Vereinigten Königreich. Ihr gehörten u.a. Eleanor Marx und Edward Aveling an. Der Gründer war Henry Mayers Hyndman. Vergl. Mark Bevir, The Making of British Socialism, Princeton 2011, besonders S.17 f. und 65 f.

5 Verhandlungen des Parteikongresses ... in St. Gallen, S. 38.

6 Vergl. Der Sozialdemokrat, 14.10.1887.

7 Ebd.

Anfang September 1888 in Kopenhagen, bei dem ihre Teilnahme am Londoner Kongress mit Sicherheit besprochen wurde, mit den Franzosen auf gutem Fusse standen[1]. Wie schon in Kapitel 3.2. erwähnt, waren die Dänen denn auch in London anwesend, wo sie sich in den Debatten und bei der Formulierung und Verabschiedung einer Resolution, die sich „for the abolition of all laws prohibiting or hampering the free right of association and combination, national and international, of the workers", aussprachen, und zwar „by the intervention of the State", bemerkbar machten[2]. Ein anderes wichtiges Ergebnis des Londoner Kongresses war die Verabschiedung einer von dem Possibilisten André Gély eingebrachten Resolution, in der die Bildung eines internationalen Zusammenschlusses der Arbeiterparteien gefordert und die Possibilisten beauftragt wurden, im kommenden Jahr einen internationalen Arbeiterkongress nach Paris einzuberufen[3]. Damit hatten die Possibilisten, u.a. mit den Stimmen der dänischen Gewerkschaften, ein Mandat für die Durchführung eines internationalen Kongresses erlangt, welches sie in den folgenden sechs Monaten zielstrebig für einen internationalen Zusammenschluss der Arbeiterbewegung auf nichtmarxistischer Grundlage auszunutzen trachteten. Parallel hierzu und in Übereinstimmung mit ihrem St. Gallener Beschluss, verfolgte die SAPD das Projekt eines in der Schweiz abzuhaltenden internationalen Arbeiterkongresses weiter[4]. Um die Verwirrung komplett zu machen, beauftragte der französische Gewerkschaftskongress, der vom 28. Oktober bis zum 4. November 1888 in Bordeaux tagte, seinerseits die Guesdisten mit der Einberufung eines internationalen Arbeiterkongresses, der anlässlich der Feier zum einhundertjährigen Jubiläum der Französischen Revolution in Paris stattfinden sollte, stimmte jedoch obendrein auch dem Einladungszirkular der SAPD zu[5]. Somit existierten Anfang Dezember 1888 drei Pläne für internationale Arbeiterkongresse, die allerdings kurz darauf, als die deutschen Sozialdemokraten von ihren Kongressplänen abrückten und sich dem Vorhaben der Guesdisten anschlossen, auf zwei reduziert wurden[6].

Noch bevor die SAPD ihre eigenen Kongresspläne ad acta legte und wenige Tage vor dem Gewerkschaftskongress von Bordeaux, versuchte die deutsche Partei die Vertreter anderer Arbeiterparteien für ihr Schweizer Kongressprojekt zu gewinnen[7], hierunter auch den dänischen Parteichef P. Knudsen[8]. Die Antwort P. Knudsens war jedoch hinhaltend und skeptisch, besonders, was den Vorschlag der Deutschen anging, die Dänen sollten die Einladung zum Kongress mitunterzeichnen: der Vorstand des Sozialdemokratischen Bundes, so P. Knudsen in etwas holprigem Deutsch in einem Schreiben an Liebknecht, sympathisiere

1 Vergl. Social-Demokraten vom 02. und vor allem 04.09.1888.

2 Report of the International Trade Unions Congress. Held in St. Andrews Hall, Newman Street, London, on November 6, 7, 8, 9 and 10, 1888, London 1889, S. 6 und 23. Social-Demokraten vom 10.11.1888 berichtet von der Anwesenheit Triers während des Kongresses als Dolmetscher, praktischer Begleiter und „Reiseführer" der Dänen. Vergl auch Federspoel, Jensen er valgt, S. 89 ff.

3 Report of the International Trade Unions Congress. S. 23 und 24.

4 Vergl. Seidel u.a., Internationale Stellung und internationale Beziehungen der deutschen Sozialdemokratie, S. 155.

5 Ebd., S. 156.

6 Ebd, S. 157 f.

7 Vergl. ebd., S. 156, sowie S. 289, Anm. 91.

8 Ein Schreiben an die Dänen liegt zwar nicht mehr vor, es kann jedoch kein Zweifel daran herrschen, dass ein solches existiert hat.

„vollaus mit der Abhaltung des Kongresses" und sähe gern, wenn Dänemark repräsentiert wäre, allerdings:

> *Dagegen hat sich einige Bedenklichkeit geäussert hinsichtlich der Frage, wie weit wir als Miteinlader der Einladung beitreten können. Diese Bedenklichkeiten sind besonders dadurch entstanden, dass wir kein völliges Verständnis erwerben können haben, welchen Einfluss die Abhaltung des Kongresses zu dem anderen internationalen Kongress, der selben Jahr in Paris abgehalten wird, ausüben wird. Wir fürchten nämlich, dass die beiden Kongresse einander hindernd in den Weg treten werden, und dass dieser Umstand eine Hemmschuhe sein wird für dem internationalem Verständnis zwischen die Arbeiter und ein minder gutes Verhältnis hervorbringen unter die Arbeiter der Länder, deren Interesse es ist, dass der Kongress zu Paris so gelungen wie möglich werde, und die Arbeiter der Länder, die als Einlader zu dem Kongresse in Schweiz stehen*[1].

Insbesondere war es P. Knudsen daran gelegen, so hiess es weiter, zu erfahren, „wie die Abhaltung des Kongresses von unseren Genossen in Frankreich und England aufgefasst wird"[2]. Der springende Punkt war demnach also die Haltung der französischen Possibilisten und der englischen Trade-Unionisten. Den Londoner Kongress der Letztgenannten hatten die Dänen gerade erst beschickt und bei dieser Gelegenheit am Mandat der Possibilisten zur Einberufung eines internationalen Kongresses mitgewirkt. Noch war P. Knudsen sich allem Anschein nach zu urteilen nicht völlig klar über die Gegensätzlichkeit der beiden geplanten Kongresse, allerdings begann er wohl etwas zu ahnen.

Inzwischen hatten die französischen Marxisten, namentlich Paul Lafargue und Jules Guesdes, und von deutscher Seite Bebel und Liebknecht, die Vorbereitung des Kongresses der Marxisten in Angriff genommen, wobei sie von Engels nachhaltig unterstützt wurden[3]. Es war vor allem das Verdienst von Engels, dass sich die in der Kongressfrage gelegentlich etwas zögerlich taktierenden deutschen und französischen Marxisten zur der Erkenntnis durchrangen, dass es bei dem Projekt des marxistischen Gegenkongresses letztendlich um nicht mehr und nicht weniger ging als, wie Jutta Seidel es formulierte, um die „Herstellung der internationalen ... Arbeitereinheit auf ... marxistischer Grundlage"[4]. Es lag in der Natur der Sache, dass eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür die Auseinandersetzung der marxistischen Kräfte mit den Possibilisten und ihren Verbündeten war, vor allem den Trade Unions – eine Auseinandersetzung, die für Engels den gleichen historischen Stellenwert einnahm wie die mit den Bakunisten in der Ersten Internationale: „Die Gegner sind dieselben", meinte er, nur sei „die anarchistische Flagge mit der possibilistischen vertauscht" worden[5]. Trotzdem waren die marxistischen Kräfte durchaus geneigt, unter gewissen Bedingungen „die Streitenden für die Zwecke des Kongresses zusammenzubringen", wie

1 P. Knudsen (an Liebknecht), 01.12.1888, Nachlass P. Knudsen (Photokopie). Diese Kopie ist die Kopie einer Kopie aus dem ehemaligen Institut für Marxismus-Leninismus (IML Ost-) Berlin, das Original dürfte sich im Russian State Archive of Socio-Political History, Moskau (RGASPI, dem früheren Institut für Marxismus-Leninismus (IML Mokau) befinden.

2 Ebd.

3 Vergl. Seidel, Deutsche Sozialdemokratie und Parti Ouvrier, vor allem S. 166 ff.

4 Ebd., S. 175. Hervorhebungen im Text.

5 Engels an Friedrich August Sorge, 8.6.1889, in: MEW, Bd 37, S. 231.

Bebel meinte[1], d.h. man war seitens der SAPD und der Guesdisten bereit, für die Zusammenlegung der beiden Kongresse Zugeständnisse zu machen.

Dies wurde deutlich auf der Haager Vorkonferenz Ende Februar 1888, auf der die deutschen Sozialdemokraten, die Guesdisten, die Vertreter der Schweizer, der belgischen und der holländischen Arbeiterparteien sowie Eduard Bernstein als Berater und Beobachter das Mandat der Possibilisten von der Londoner Konferenz grundsätzlich anerkannten, ebenso, wie sie den vorgeschlagenen Termin des Kongresses (14. bis 21. Juli 1889, das Jahrhundertjubiläum des Bastille-Sturms) bestätigten[2]. Im Gegenzuge stellten die Versammelten drei Forderungen an die Possibilisten: 1. Der geplante Kongress sollte einvernehmlich mit den sozialistischen Organisationen der anderen Länder und mit den französischen Guesdisten einberufen werden; die Vertreter dieser Organisationen sollten die Einladung zum Kongress unterschreiben dürfen. 2. Der Kongress sollte allen Sozialisten offenstehen, und zwar unter Zulassungsbedingungen, die entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen der verschiedenen Länder die Vertretung ermöglichten. 3. Der Kongress sollte souverän sein mit Hinblick auf die Überprüfung der Mandate und die Bestimmung der Tagesordnung[3].

Die Possibilisten, die der Einladung nach den Haag nicht gefolgt waren, lehnten diese Forderungen rundweg ab[4]. In den folgenden Monaten rangen sich die deutschen Sozialdemokraten und die Guesdisten – dabei tatkräftig von Engels unterstützt – zu der Einsicht durch, dass einzig ein paralleler Kongress der marxistischen Kräfte den Sieg über die Possibilisten bringen konnte. Zwar war die Abhaltung zweier Arbeiterkongresse zum gleichen Zeitpunkt und am gleichen Orte ein Vorhaben, bei dem viele Sozialisten Unbehagen fühlten – laut Bebel sah es „schon sehr lächerlich aus und gibt den Gegnern hinreichende Gelegenheit zu Spott"[5] – doch bestand ja immer noch die Möglichkeit, dass beide Kongresse sich vereinigen würden. Bebel meinte:

> *Wir rechnen darauf, dass, wenn erst die beiden Kongresse auf einen Tag versammelt sind, ihr Nebeneinandertagen ein Ding der Unmöglichkeit wird und sie sich über die Köpfe der Possibilisten hinweg verständigen und vereinigen*[6].

Trier argumentierte ähnlich. Fast gleichzeitig mit Bebel schrieb er an Engels, dass:

> *Der Standpunkt den die „Opposition" in der Partei eingenommen hat, ist, dass wir zu beiden Kongressen Delegierte schicken sollten, mit dem Verlangen, dass die Kongresse sich zusammenschliessen sollten, da es ein ungeheurer Skandal ist, dass die Arbeiter, nach dem nunmehr klassischen Ausruf „Proletarier aller Länder,*

1 Bebel an Engels, 8.1.1889, in: August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels, S. 344. Hervorhebungen im Original.
2 Seidel u.a., Internationale Stellung und internationale Beziehungen der deutschen Sozialdemokratie, S. 170 f.
3 Ebd., S. 160.
4 Ebd., S. 171 f.
5 Bebel an Engels, 31.03.1889, in: August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels, S. 163.
6 Bebel an Engels, 30.04.1889, ebd., S. 357 f., hier S. 357.

> *vereinigt Euch!" gespalten dastehen, weil die Führer in einem einzelnen Land dies tun*[1].

Dies war auch ein Seitenhieb auf die Franzosen. Wie er weiter mitteilte, befürchtete Trier,

> *dass zwei Kongresse zu einem Keil zwischen den Arbeitern in allen Ländern werden, sodass eine Spaltung, die international ist, nationale Spaltungen auslösen wird, und als Begleitmusik eine schlimmere Reaktion als je zuvor. Ich hoffe deshalb auf einen Zusammenschluss quand même*[2].

Zwar kam es dann doch nicht so weit wie Trier befürchtet hatte, nämlich zu einer grundlegenden internationalen und anschliessend daran zu nationalen Spaltungen, zum Zusammenschluss der beiden Kongresse „quand même" kam es allerdings auch nicht. Im Frühjahr 1889 gelang es den deutschen Sozialdemokraten und ihren französischen Verbündeten, den Grossteil der Arbeiterparteien für die Beschickung des Kongresses der Marxisten zu gewinnen. Die am 1. Juni in *Der Sozialdemokrat* veröffentlichte „Bekanntmachung über die Einberufung des Internationalen Arbeiterkongresses" war mit den Unterschriften von 67 namhaften Sozialdemokraten aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Holland, Italien, Österreich, Polen, Portugal, Russland, der Schweiz und Spanien versehen. Weitere Unterschriften wurden angekündigt. Was fehlte, waren die Unterschriften von Führern nicht nur der dänischen Partei, sondern auch der Parteien der anderen nordischen Länder.

Sowohl Engels als auch Bebel und Liebknecht und den Guesdisten war klar, dass die Teilnahme der Dänen auf Seiten der Marxisten von grosser Bedeutung war, denn die dänische Sozialdemokratie war die grösste und wichtigste der Arbeiterparteien in den nordischen Ländern, von ihrer Teilnahme musste, wie Engels Paul Lafargue zu verstehen gab, eine deutliche Signalwirkung ausgehen:

> *Auch an Bebel haben wir geschrieben, dass es sehr wichtig ist, die Dänen zu haben, denen die Schweden und Norweger dann folgen würden, und wir haben ihm vorgeschlagen, dass einer der Deutschen persönlich dorthin fährt*[3].

Es hätte sicherlich Wunder gewirkt, wenn ein namhafter deutscher Sozialdemokrat sich nach Kopenhagen begeben hätte, um die Kongressteilnahme mit der dänischen Parteispitze zu diskutieren, doch kam es dazu nicht, aus welchen Gründen auch immer. Engels' Idee wurde offensichtlich nicht einmal diskutiert. So tat sich die Führung der dänischen Sozialdemokratie weiterhin schwer mit einer Entscheidung für eine Teilnahme am Kongress der Marxisten. Im Laufe der ersten Hälfte des Jahres 1889 schälten sich dafür mehrere Gründe heraus. Einer war, dass in der dänischen Partei Sympathien für die Possibilisten existierten, deren politische Taktik, insbesondere, was ihre von den Marxisten geschmähte Zusammenarbeit mit der radikalen französischen Bourgeoisie während der Boulanger-Krise

1 Dokument 8.

2 Ebd.

3 Engels an Paul Lafargue, 24.5.1889, in: MEW, Bd 37, S. 222.

angeht, durchaus der dänischen Bündnispolitik vergleichbar war[1]. Ähnliches lässt sich über die politische „Weltanschauung" der Possibilisten sagen, die der der Dänen, einmal abgesehen von den marxistischen Elementen des dänischen Durchschnittssozialismus, ebenfalls verwandt war. Wie unverhohlen die Sympathie der Dänen für die französischen Possibilisten war, ergibt sich u.a. aus einem längeren und recht positiven Bericht im Parteiorgan über den Possibilistenkongress in Paris 1888[2], vor allem aber aus einer kleineren Notiz gleichen Ortes, in welcher der Begriff „Possibilisten" erläutert wurde:

> *Das Wort Possibilist bedeutet einen Gegensatz zu Utopist. Die possibilistische Politik ist eine Reformpolitik, die das Mögliche zu erreichen sucht. Die französischen Possibilisten stehen auf der Grundlage des sozialdemokratischen Programmes*[3].

Diese Sätze unterstreichen sehr deutlich die Sympathie der Dänen für den Possibilismus und seine Vertreter. Sie bekannten sich offen zum Possibilismus, der dem Zitat nach zu urteilen die Position der Vernunft und des Erreichbaren darstellte. Und abgesehen davon – dem antimarxistischen Kurs der Possibilisten, der gewährleistet wurde durch ihre führende Persönlichkeit Paul Brousse, der seinerseits tief im Anarchismus verwurzelt war[4], schenkten die Dänen offensichtlich keine Bedeutung, wenn sie sich dessen überhaupt bewusst waren – für sie waren die Possibilisten gute Sozialdemokraten wie sie selbst; die Gegner der Possibilisten, d.h. die Marxisten unter Jules Guesdes, wurden bei wörtlicher Auslegung des Zitats schlichtweg zu Utopisten erklärt.

Einmal abgesehen von der Verwandtschaft, ja, wenn man so will, Kongruenz der Ideologien der dänischen Sozialdemokraten und der Possibilisten[5] dürfte den Sympathien der Dänen für die Franzosen sicherlich Vorschub geleistet haben, dass 1886 eine französische Gewerkschaftsdelegation, unter ihnen namhafte Possibilisten, in Kopenhagen geweilt und den Führern der dänischen Sozialdemokratie ihre Aufwartung gemacht hatten[6]. Diese persönlichen Kontakte, die angelegentlich des Londoner Kongresses erneuert werden konnten[7], standen, soweit ersichtlich, keinerlei Kontakte, geschweige denn persönliche Bekanntschaften der Dänen mit französischen Marxisten gegenüber. Es waren jedoch nicht nur ihre unzweideutigen Sympathien für den ihren eigenen Anschauungen nahestehenden französischen Possibilismus, die die dänische Sozialdemokraten davor zurückschrecken liessen, sich für den Kongress der Marxisten zu entscheiden; die Parteiführung, allen voran P. Knudsen, wurde nicht müde, darauf zu verweisen, dass sie es u.a. gewesen waren, die den Possibilisten in London ihr Mandat erteilt hatten, so dass der Sozialdemokratische Bund,

---

1 Zur Haltung der französischen Parteien vergl. Aaron Noland, The founding of the French Socialist Party, New York 1970, S. 20 f. Zur Boulanger Krise siehe ausserdem den Kommentar zu Dokument 9.

2 Social-Demokraten, 27.07.1888.

3 Ebd., 13.04.1889.

4 Siehe hierzu besonders M. Bürgi, Die Anfänge der Zweiten Internationale., S. 54-57.

5 Zu den unzweideutigen Sympathien führender Kreise der dänischen Sozialdemokratie mit den Possibilisten äusserte sich Bernstein gegenüber Nic. L. Petersens sehr kritisch: Für ihn waren sie „Menschen, die alles Gefühl dafür verloren haben, was sich für eine Arbeiterpartei schickt." So in Dokument 9.

6 Social-Demokraten, 04.09.1886.

7 Siehe hierzu den Bericht J. Jensens vom Londoner Kongress in Social-Demokraten vom 10.11.1888, in dem dieser berichtet, „bei Getränken und Zigarren" alte Bekannte vom Besuch der Possibilisten in Kopenhagen, u.a. den Anarchisten Tourtellier, wiedergetroffen zu haben. Vom Besuch dieser Delegation berichtet Social-Demokraten vom 04.09.1888.

würde er Delegierte auf den Marxistenkongress schicken, in den Ruch fehlender Glaubwürdigkeit käme[1]. Man fühlte sich durch den Beschluss des Londoner Kongresses gebunden[2].

Diese Haltung ähnelte der, die, wie oben gezeigt wurde, P. Knudsens gegenüber den Plänen der SAPD hinsichtlich eines internationalen Kongresses in der Schweiz eingenommen hatte. Als nun sowohl die Possibilisten als auch die Marxisten Einladungen nach Kopenhagen schickten[3], und nachdem die Deutschen anfingen, starken Druck auf die Dänen auszuüben, den Marxistenkongress zu beschicken[4], geriet der Sozialdemokratische Bund in eine schwierige Lage. Sollte man Delegierte zu den Possibilisten schicken, die einen Kongress einberufen hatten, für dessen Zustandekommen man sich mitverantwortlich wusste; oder sollte man zu den Marxisten gehen, für deren Kongress sich die so geschätzten Deutschen, einschliesslich Engels, stark machten? Die Art, wie die Führung der dänischen Sozialdemokratie, allen voran P. Knudsen, versuchte, sich aus der Affäre zu ziehen, bezeugt, dass die Dänen wenig oder gar nicht mit den Ursachen für das Zustandekommen zweier getrennter, aber paralleler Arbeiterkongresse vertraut waren. Ihnen stellten sich die beiden Kongresse eben nicht als eine Machtprobe zwischen den mit den progressiven Kräften der Bourgeoisie paktierenden und den revolutionären Kräften in der internationalen Arbeiterbewegung dar, sondern als ein leidiger Streit zwischen zwei feindlichen, jeder für sich gleich rechthaberischen „Brüdern". Im Parteiorgan hiess es daher:

> *Wir sind nicht in der Lage zu erkennen, welche Gründe dafür ausschlaggebend waren, diesen Schritt (d.h. die Einberufung eines zweiten Kongresses für die Marxisten) zu tun. Nichts desto weniger muss es jedoch als ein Unglück für die Arbeiterbewegung angesehen werden, dass zwei Kongresse einberufen wurden. Die Arbeiter sollten ihren kapitalistischen Feinden zeigen, dass sie die erste Bedingung, die erfüllt werden muss, um bessere Zustände zu erreichen, begriffen haben – nämlich Einigkeit und Verträglichkeit zu zeigen. Im Gegensatz dazu sind 2 Kongresse ein Zeichen für Uneinigkeit und Unverträglichkeit*[5].

Dass dies auch die Auffassung der grossen Masse der sozialdemokratischen Parteimitglieder war, zeigte sich auf einer Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Bundes am 23. Mai 1889 in Kopenhagen. Der einzige Punkt auf der Tagesordnung hiess: „Die internationalen Arbeiterkongresse in Paris". P. Knudsen erläuterte den versammelten Parteimitgliedern in einem längeren Referat, in dem er auf die äusseren Umstände für das Zustandekommen zweier paralleler Kongresse zu sprechen kam, den Standpunkt des Parteivorstandes in dieser Angelegenheit, den er wie folgt zusammenfasste:

---

1 Z.B. ebd., 20.06.1889.

2 Ähnlich wie die Dänen argumentierten die Holländer und Belgier, vergl. Seidel, Deutsche Sozialdemokratie und Parti Ouvrier, S. 159.

3 Die Einladungen sind wiedergegeben in Social-Demokraten vom 21.04. und 24.05.1889.

4 Vergl. Engels an Lafargue, 02.05.1889, in: MEW, Bd 37, S. 197. Vergl. auch Bebel an Engels, 30.04.1889, in: August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels, S. 357.

5 Social-Demokraten, 26.05.1889.

> *Der Hauptvorstand des Sozialdemokratischen Bundes habe den Standpunkt eingenommen, von der Entsendung von Delegierten nach Paris abzuraten, so lange die Rede davon war, zwei Kongresse abzuhalten. Sollte die Partei sich dem jedoch nicht anschliessen wollen, dann sollte unsere Partei an dem vom Sozialistischen Arbeiterbund in Frankreich (den Possibilisten) einberufenen Kongress teilnehmen, und zwar, weil wir selbst zu denen zählen, die dieser Partei dafür das Mandat gaben und wir nicht akzeptieren können, dass dieses Mandat übertreten oder verletzt worden ist*[1].

Dieses Zitat bedarf keiner längeren Interpretation. Es bedeutete: am besten keine Kongressteilnahme, wenn aber doch, dann bei den Possibilisten, woraus sich noch einmal unschwer erkennen lässt, wo die Sympathien P. Knudsens und seiner Gefolgsleute lagen. Nach einer längeren Debatte, von der leider wie üblich keine Einzelheiten überliefert sind, wurde schliesslich eine Resolution verabschiedet, in der die dänische Sozialdemokratie erklärte, an keinem der beiden Kongresse teilnehmen zu wollen. Die Resolution lautete wörtlich:

> *Die Versammlung beklagt ernsthaft, dass zu zwei internationalen Arbeiterkongressen in Paris einberufen worden ist, und sie beschliesst, dass sich die dänische Sozialdemokratie keinem der beiden Kongresse anschliessen wird, so lange an beiden festgehalten wird. Sie fordert jedoch die Führung der Partei auf, so viel wie möglich auf die streitenden Parteien einzuwirken, um zu veranlassen, dass die beiden Kongresse vereinigt werden*[2].

Am 31. Mai wurden Lavy, der Sekretär des possibilistischen Nationalkomitees, sowie Paul Lafargue und Wilhelm Liebknecht, vom Beschluss der dänischen Sozialdemokratie zur Nichtteilnahme an den Kongressen in einem Rundschreiben unterrichtet.[3]

Die Gewerkschaften, d.h. vor allem das Kopenhagener Kartell mit seinem Vorsitzenden J. Jensen, wie oben bemerkt einer der dänischen Delegierten auf dem Londoner Kongress, hatten sich im Frühjahr 1889 bereits im Alleingang für die Teilnahme am Possibilistenkongress entschieden[4]. Wahrscheinlich auf Druck des Sozialdemokratischen Bundes schlossen sie sich schliesslich am 27. Mai der Parteiresolution an[5] und teilten den Possibilisten ihr Fernbleiben mit[6]. Die Aufforderung der Parteiversammlung vom 23. Mai 1889 an den Vorstand, auf die Zusammenlegung der beiden Kongresse hinzuarbeiten, beinhaltete keinen neuen Gedanken, sondern segnete im Gegenteil eine gerade angelaufene

1 Ebd. Hervorhebung und Parenthese im Original.

2 Ebd.

3 Ebd., 18.06.1889. Vergl. ausserdem P. Knudsen (an Liebknecht), 23.05.1889, Nachlass P. Knudsen (Kopie), sowie Dokument 7, in dem Trier Engels über die Vorgänge vom 23. Mai berichtet.

4 Vergl. Forhandlingsprotokol for Bestyrelsen for de Samvirkende Fagforeningers Fællesvirksomhed, Bd 1, ABA, Sitzung vom 08.03.1889.

5 Ebd., Sitzung vom 27.05.1889. Auch Einzelgewerkschaften diskutierten die Teilnahme an den beiden Kongressen und kamen zum gleichen Ergebnis wie das Kopenhagener Kartell, vergl. J.A. Hansen, Festskrift i Anledning af Dansk Smede og Maskinarbejder Forbunds 25 Aars Jubilæum 1888-20. August 1913, Kopenhagen 1913, S. 85: „Man fand ... dass es keinen Nutzen habe, einen Delegierten auf einen Kongress zu schicken, der so aussah, als würde er zum internen Streit der Franzosen".

6 Abgedruckt in Social-Demokraten, 18.06.1889.

Vermittlungsinitiative des Sozialdemokratischen Bundes ab. Diese zielte darauf ab, die Possibilisten zur Anerkennung des dritten Hauptpunktes der Forderungen der Haager Vorkonferenz zu überreden, in dem, wie eingangs dieses Kapitels dargestellt, die Forderung nach der Souveränität des Kongresses hinsichtlich der Überprüfung der Mandate aufgestellt wurde; mit Hilfe dieser Forderung sollte verhindert werden, dass die Mandate der Guesdisten und Blanquisten bei der alternativ denkbaren Abstimmung nach Nationen, wie sie die Possibilisten verlangten, kassiert wurden. Natürlich war auch dieser Punkt der Haager Forderungen, wie die anderen, von den Possibilisten abgelehnt worden, was das deutsche Parteiorgan zu folgendem sarkastischen Kommentar angeregt hatte:

> *Wie wir hören, haben die Possibilisten die Vorschläge der Haager Konferenz abgelehnt. Sie bestehen auf ihrem Schein und wollen namentlich nichts davon wissen, dass über die Gültigkeit und Ungültigkeit der Mandate der Kongress das entscheidende Wort spricht. Dadurch verraten die Herren, worauf es ihnen in Wahrheit ankommt; sie wollen sich die Macht sichern, ihnen unbequeme französische Delegierte vom Kongress auszuschliessen*[1]*,*

was zweifellos der Fall war. P. Knudsen meinte nun, „aus wiederholten Schreiben, die wir vom Nationalkomitee erhalten haben",[2] schlussfolgern zu können, dass die Possibilisten niemals die ihnen – wahrscheinlich von Bernstein, und mit Recht – im deutschen Parteiorgan unterstellte Absicht genährt hätten, die französischen Rivalen vom Kongress auszuschliessen[3]. Um der Bedeutung dieser Sache willen und um ihr auf den Grund zu gehen, richtete der dänische Parteivorstand am 20. April 1889 ein Schreiben an das französische Nationalkomitee und schlug vor, dass die Mandate, die bei einem eventuellen nationalen Prüfungsverfahren kassiert würden, vor dem Gesamtkongress eingeklagt werden könnten. Dadurch würde der Kongress, entsprechend den Haager Beschlüssen, „souverän hinsichtlich aller zweifelhafter Mandate"[4]. Am 8. Mai 1889 teilte das possibilistische Nationalkomitee der dänischen Arbeiterpartei ihr Einverständnis mit[5], und kurz darauf war es in *Le Proletariat* nachzulesen[6]. Damit nicht genug: den Dänen gelang es auch, die Possibilisten zu einem Kompromiss hinsichtlich der Festlegung der Tagesordnung des Kongresses zu überreden. Ebenfalls im Schreiben vom 8. Mai wurde eingeräumt, und am 25. Mai in *Le Proletariat* veröffentlicht, „dass jeder Punkt, der von mehreren Ländern eingebracht würde, absolut als zur Tagesordnung gehörig betrachtet werden sollte"[7]. Die Dänen hatten vorgeschlagen, jeden Punkt, der mindestens von drei Nationen eingebracht wurde, auf die Tagesordnung des Kongresses zu setzen[8], wohingegen die Possibilisten ursprünglich die verbindliche Festlegung der Einzelpunkte vor dem Kongress und die

1 Der Sozialdemokrat, 16.03.1889. Hervorhebungen im Original.

2 Social-Demokraten, 20.06.1889.

3 Ebd.

4 Ebd. Hervorhebung im Original.

5 Ebd. Die Originalschreiben sind unauffindbar.

6 Vergl. Le Proletariat. Organe officiel de la Fédération des Travailleurs Socialistes de France, 25.05. 1889 („Parti officielle, Comité nationale").

7 Ebd.

8 Social-Demokraten, 16.08.1889.

Marxisten die volle Souveränität des Kongresses bezüglich der Tagesordnungspunkte gefordert hatten.

Die Zugeständnisse der Possibilisten bezüglich der Haager Forderungen wurden von den Dänen in ihrem Rundschreiben an die ausländischen Parteien vom 31. Mai 1889 als ein weiterer Grund dafür angeführt, dass sie sich nicht in der Lage sahen, einen der beiden Kongresse zu beschicken. Mit einem deutlichen Seitenhieb auf die Veranstalter des Marxistenkongresses hiess es dazu im Rundschreiben der Dänen, dass es nun eigentlich überhaupt keinen Grund mehr für den marxistischen Kongress gäbe –

> *in jedem Falle vermögen wir nicht zu sehen, dass das Nationalkomitee das Mandat, an dessen Erteilung wir selbst auf dem internationalen Kongress in London 1888 mitgewirkt haben, übertreten oder verletzt hat*[1].

Auch hier wird wieder deutlich, dass die Sympathien der Dänen bei den Possibilisten waren, aber auch, dass sie über Ursachen für die Einberufung zweier internationaler Kongresse keine klaren Vorstellungen hatten.

Unter den führenden Kräften in der deutschen Sozialdemokratie war man allerdings alles andere als geneigt, sich mit der dänischen Absage abzufinden – dazu war die dänische Sozialdemokratie als bedeutendste der nordischen Parteien viel zu wichtig. Allerdings vermitteln die Quellen den Eindruck, dass die Deutschen bemüht waren, direkten Druck auf die Dänen zu vermeiden – dies wahrscheinlich deshalb, weil man befürchtete, dass starker Druck die Dänen völlig in das Lager der Possibilisten treiben könnte. Erst als die Dänen in ihrem Rundschreiben an die deutschen Sozialdemokraten und an die Possibilisten und Guesdisten von den Zugeständnissen der Possibilisten berichtet hatten, veröffentlichte *Der Sozialdemokrat* einen Kommentar, der wahrscheinlich aus der Feder Bernsteins stammte. In diesem in sehr vorsichtiger Tonlage gehaltenen Kommentar wurde versucht, dem dänischen Parteivorstand klarzumachen, dass „das Nebeneinandertagen der beiden Kongresse" kein Unglück für die Arbeiterbewegung sein müsse, sondern im Gegenteil dazu führen könnte, dass Fehler wie die, die jetzt noch „das einige Zusammengehen aller" verhindert hätten, „in Zukunft vermieden werden"[2]. Nach diesen beruhigenden, aber wenig konkreten Sätzen kam der Kommentator auf die „Einräumungen" des Nationalkomitees zu sprechen. Diese, so wurde zu bedenken gegeben, seien doch erst zu einem Zeitpunkt gekommen, als den Possibilisten klar wurde, dass ein zweiter Kongress einberufen würde. Als dies noch nicht der Fall war, seien aus dem Lager der Possibilisten ganz andere Töne zu hören gewesen: am 14. März hätten die Possibilisten die Forderung nach der Souveränität des Kongresses in der Mandatsfrage, also den diesbezüglichen Haager Beschluss, klar abgewiesen und damit zu erkennen gegeben, dass sie dem Kongress „auch weiterhin ihre Bedingungen aufzuerlegen gedachten". Erst danach, so der Kommentator weiter, und „erst nach langem Zögern" und nach dem Scheitern weiterer Vermittlungsversuche, habe man sich seitens der Marxisten entschieden, „selbständig" vorzugehen. Durch ihr nunmehriges

1 Ebd.

2 Der Sozialdemokrat, 15.06.1889.

Zugeständnis an die dänischen Genossen hätten sich die Possibilisten nicht nur „selbst ins Gesicht geschlagen", sondern die Richtigkeit der Haager Beschlüsse bestätigt. Das gleiche gelte übrigens für das Zugeständnis der Possibilisten in der Tagesordnungsfrage, hiess es abschliessend[1].

War der deutsche Kommentar auch vorsichtig und auf die Sympathien der Dänen für die Possibilisten offensichtlich Rücksicht nehmend abgefasst, so ging er doch mit keinem Wort auf das eigentliche Anliegen des dänischen Parteivorstandes ein, wie es im Rundscheiben zum Ausdruck gekommen war – die Schlichtung des Streites in der internationalen Arbeiterbewegung und die sich daran anschliessende Zusammenlegung der beiden Kongresse zu einem einzigen – ein sowohl naives als auch letztlich illusorisches Unterfangen, das noch einmal verdeutlichte, wie wenig die Dänen von der Grundsätzlichkeit der Auseinandersetzung begriffen hatten. Trotzdem versuchten sie noch einmal, gleichsam „fünf Minuten vor zwölf", eine Schlichtung, die gleichzeitig wiederum eine Rechtfertigung des eigenen Nichterscheinens auf dem Kongress war. Es handelte sich erneut um ein Rundschreiben, genauer gesagt um eine „Erläuterung für den Standpunkt der Partei in der Kongressfrage", den die Partei den Veranstaltern beider Arbeiterkongresse zuschickte. Da diese Erläuterung am 20. und 21. Juni 1889, d.h. einen Tag nach der Veröffentlichung der Übersetzung des Kommentars im deutschen Parteiorgan, in *Social-Demokraten* gedruckt wurde, ist davon auszugehen, dass sie auch als eine offizielle Antwort der dänischen Partei an die deutsche Sozialdemokratie gedacht war. Der Inhalt dieses zweiten Rundschreibens, das die Unterschrift P. Knudsens trug, entsprach insgesamt dem des ersten, seine Quintessenz war die gleiche: nun, nach den Zugeständnissen der französischen Possibilisten an die dänische Sozialdemokratie, gäbe es keinen Grund mehr dafür, dass die Marxisten ihren Kongress abhielten, was letztendlich der Aufforderung an die Marxisten gleichkam, auf ihren Kongress zu verzichten[2]. Auffallend ist, dass die Dänen erneut die Gelegenheit nutzten, für ihre possibilistischen „Gesinnungsfreunde" in die Bresche zu springen, seien deren Ziele doch die gleichen wie die der dänischen Arbeiterbewegung, nämlich die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft[3]. Als Novum brachten die Dänen in ihrem zweiten Rundschreiben nun die zur Nichtteilnahme an beiden Kongressen alternativ denkbare Teilnahme an beiden Kongressen in die Diskussion. Sie führten an, dieses Thema ausführlich diskutiert zu haben, und zwar insbesondere unter dem Aspekt, ob auf diesem Wege der Zusammenlegung der beiden Kongresse Vorschub geleistet werden könnte, indem den Delegierten aufgetragen würde, für den Zusammenschluss zu plädieren. Sie, die Dänen, seien allerdings zu dem Ergebnis gelangt, ein solches Unterfangen sei zum Scheitern verurteilt, weshalb sie daran festhielten, an keinem der beiden Kongresse teilnehmen zu wollen. Das zweite Rundschreiben der Dänen schloss mit der Feststellung:

> *Wir richten in Übereinstimmung mit dem angeführten noch einmal eine dringliche Aufforderung an unsere Gesinnungsgenossen auf beiden Seiten, die beiden Kongresse zu vereinigen. Sobald dies geschieht … wird die dänische*

1 Ebd., Hervorhebungen im Original.

2 Social-Demokraten, 21.06.1889.

3 Ebd.

> *Sozialdemokratie … ihre Vertreter schicken, um an der gemeinsamen Arbeit zur Förderung der gerechten Forderungen des unterdrückten Arbeiterstandes teilzunehmen*[1].

Auch auf das zweite Rundschreiben des Sozialdemokratischen Bundes in der Kongressfrage formulierte *Der Sozialdemokrat* eine Antwort. Sie war wiederum sehr vorsichtig gehalten, enthielt aber die deutliche Aufforderung an die Dänen, sich endlich zum Entschluss für ihre Teilnahme am Marxistenkongress durchzuringen. Tatsächlich, so hiess es, seien die Zugeständnisse der Possibilisten an die Dänen dergestalt gewesen, „dass auf ihrer Basis eine Verständigung leicht hätte erzielt werden können". Es sei aber notwendig gewesen, dass die Possibilisten ihre Zugeständnisse nicht nur den Dänen, sondern allen Beteiligten gemacht hätten, am besten öffentlich. Dies aber sei nicht geschehen, im Gegenteil hätten die Possibilisten noch im Mai erklärt, „von ihrem einmal eingenommenen Standpunkt" nicht abrücken zu wollen. Die Bedenken der dänischen Genossen im Hinblick auf eine eventuelle Verschmelzung der beiden Kongresse seien daher auch nur insofern berechtigt, als es unwahrscheinlich sei, dass die Possibilisten von ihren Positionen abrücken würden – die Marxisten hingegen hätten Beweise genug dafür geliefert, dass sie, „auf der Basis eigentlich selbstverständlicher Grundsätze", will sagen der Haager Beschlüsse, zu einer Vereinigung der beiden Kongresse bereit seien. Die Dänen würden, hiess es abschliessend, die „Sache der Verschmelzung" der beiden Kongresse durch Eintreten für die Haager Beschlüsse eher fördern als durch „gänzliches Fernbleiben" vom Marxistenkongress. Und abgesehen davon müsse das Nebeneinander der beiden Kongresse kein Unglück bedeuten – „ein friedliches Nebeneinanderarbeiten" bringe oft bessere Resultate als „ein künstlich erzieltes Miteinander-Arbeiten"[2].

Der zurückhaltende und vorsichtige Ton der beiden Kommentare im deutschen Parteiorgan zum Entschluss der Dänen zur Nichtbeschickung des Pariser Kongresses der Marxisten darf als Ausdruck des Bemühens der deutschen Sozialdemokratie und Engels gewertet werden, jeglichen Eindruck zu vermeiden, die Dänen bevormunden zu wollen, um sie den Possibilisten nicht völlig in die Arme zu treiben. Dabei herrschte schon frühzeitig Klarheit unter den führenden Marxisten darüber, dass es schwierig war, die dänischen Sozialdemokraten für das Kongressprojekt zu gewinnen, wie beispielsweise aus einem Brief von Laura Lafargue an Engels hervorgeht: „The Danes belonging to the reform party are afraid of the Marxists", urteilte die Marx-Tochter und fügte hinzu, dass „Trier and Petersen who represent the genuine socialists of Denmark are in a minority"[3]. Abgesehen von der zu diesem frühen Zeitpunkt überraschend klaren Beurteilung der dänischen Sozialdemokratie als „Reformpartei", und Triers und Nic. L. Petersens als „echten Sozialisten", deuten die zitierten Zeilen an, dass die SAPD und Engels dem direkten Druck auf die dänischen Genossen deren Beeinflussung durch die Revolutionären vorzogen, die von Anfang an für eine dänische Teilnahme am Marxistenkongress plädiert hatten. Dabei gingen allerdings auch sie, wenn nicht in Abstimmung mit, dann mit Zustimmung von Engels und anderen

1 Ebd.

2 Der Sozialdemokrat, 06.07.1889.

3 Laura Lafargue an Engels, 04.06.1889, in: Friedrich Engels, Paul et Laura Lafargue, Correspondance, S. 280 f.

führenden Marxisten, zumindest anfänglich recht behutsam vor, wie aus einem Brief von Engels an Paul Lafargue hervorgeht:

> *Le journal danois de Trier*[1] *et Petersen prend ouvertement notre parti, mais ils ont raison de ne pas aller au delà. En proposant une délégation a notre congrès, ils lanceraient les Danois officiciels dans le possibilisme. Nous avons la satisfaction que ces crypto-possibilistes nósent pas allé au congrès des autres*[2].

In der Tat hatte *Arbejderen* schon in einer seiner ersten Nummern die Haltung der dänischen Partei in der Kongressfrage gerügt. Eine Übersicht über die Bemühungen namentlich der deutschen Genossen um das Zustandekommen des Marxistenkongresses vom April 1889 endete mit der rhetorischen Frage:

> *Wo ist in all' dieser Zeit die dänische Arbeiterpartei gewesen? Wie ist es möglich, dass eine für uns so wichtige Sache so gut wie unbemerkt über unsere Köpfe hinweggegangen ist*[3]*?*

Und ähnlich äusserte Trier gegenüber Engels, dass der Parteivorstand der Sozialdemokratie sich lange gescheut habe, die „Sache", d.h. die Kongressfrage,

> *in der Partei zur Diskussion zu bringen. Aber bislang, ungewiss aus welchem Grund, hat man die Sache hinausgezögert und sich auch jetzt nur wegen des starken Druckes unsererseits dazu bequemt, sich ihrer anzunehmen*[4].

Die Frage ob die Hinauszögerung absichtlich oder unabsichtlich geschah blieb unerörtert.

Je näher der Kongresstermin rückte, umso offener wurde die Kritik der Revolutionären an der Haltung der Partei. Anfang Juni hiess es in einem Artikel in *Arbejderen*, die dänische Partei verschlösse sich dem „erfrischenden Luftstrom", der von den anderen nationalen Arbeiterparteien ausginge, und gerade sie habe doch so lange gleichsam im „eigenen Dunst" gelebt, dass ihr Impulse aus Europa guttun würden[5]. Und weiter hiess es, das inzwischen ersichtlich werdende Zustandekommen zweier Parallelkongresse am gleichen Orte sei „traurig", insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass der „gemeinsame Feind" der Arbeiterklasse, die Bourgeoisie, sehr wohl gemeinsame Interessen zu definieren wisse. Als Beispiel wurde an die Zusammenarbeit der deutschen und französischen Bourgeoisie bei der Niederwerfung der Pariser Kommune erinnert[6]. *Arbejderen* fuhr fort: Die Abhaltung zweier konkurrierender Kongresse dürfe kein Grund für die Dänen sein, sich von Paris fernzuhalten, wie es der Parteivorstand inzwischen beschlossen hatte. Allerdings sei die ursprünglich ins Auge gefasste und dann wieder verworfene alleinige Beschickung des Possibilistenkongresses keine gute Idee gewesen – dorthin kämen weder die deutschen, noch

1 Im Original:" Fried".

2 Engels an Paul Lafargue, 15.06.1889, in: Friedrich Engels, Paul et Laura Lafargue, Correspondance, S. 289.

3 Arbejderen, 22.04.1889.

4 Dokument 7.

5 Arbejderen, 03.06.1889.

6 Ebd.

die österreichischen oder holländischen Sozialisten, so dass dieser Kongress „nicht den Grundstein für die internationale Zusammenarbeit legen könne", der seine „wesentliche Aufgabe" sein müsse; es sähe im Gegenteil so aus, als würde der Marxistenkongress „von der überwiegenden Anzahl der Nationen besucht werden"[1]. Es sei aber auch falsch, so hiess es weiter, wenn sich die dänische Sozialdemokratie in der Kongressfrage völlig enthielte, denn dadurch sei die Partei davon ausgeschlossen, ihre Stimme „in der internationalen Ratsversammlung der Arbeiter" hören zu lassen, wenn – was sehr wahrscheinlich sei – die Vereinigung beider Kongresse im letzten Augenblick doch noch bewerkstelligt würde. *Arbejderen* schlug deshalb vor, dem Beispiel einiger anderer Parteien zu folgen und Delegierte auf beide Kongresse zu schicken[2].

Die Position, die *Arbejderen* hier einnahm, war gleichermassen realistisch wie diplomatisch, denn nicht nur wurde vermieden, zum Bruch mit den Possibilisten aufzufordern, sondern es wurden auch – sicherlich sehr bewusst – die ideologischen Gräben, die Possibilisten und Marxisten trennten, elegant übersprungen. Die dänische Teilnahme am Possibilistenkongress wurde erst gar nicht diskutiert, sondern, vor dem Hintergrund des dänischen Mandats auf dem Londoner Kongress und der öffentlich geäusserten Sympathien der Parteiführung, stillschweigend als notwendig für die parallele Beschickung des Marxistenkongresses akzeptiert. Als Argument für die Beschickung des Marxistenkongresses wurde einzig die zu erwartende grosse Anzahl der dort vertretenen Parteien ins Feld geführt. Die ausserdem angekündigte Möglichkeit der Verschmelzung beider Kongresse, an die niemand, der die Querelen um das Zustandekommen der beiden Kongresse beobachtet hatte, geglaubt haben dürfte, krönte eine Argumentationskette, deren einziges Ziel es war, Stimmung für eine dänische Teilnahme am Marxistenkongress zu machen. Dass der Preis dafür in der parallelen Teilnahme der Dänen am Possibilistenkongress bestand, wurde ganz bewusst einkalkuliert.

Die Artikel in *Arbejderen*[3], aber auch die mündliche Agitation der Revolutionären, ihr nimmermüdes „Bohren", führten dazu, dass die Debatte um die dänische Teilnahme am Pariser Kongress auch mit dem definitiven „Nein" von Partei und Gewerkschaften vom 23. und 27. Mai 1889 nicht abgeschlossen war, im Gegenteil: so hielten, auf Betreiben der Revolutionären, am 1. Juli die 33 Vertreter von immerhin 12 für die Teilnahme der dänischen Sozialdemokratie am Marxistenkongress eintretenden Vereinen eine Versammlung ab, auf der eine Resolution verabschiedet wurde, die das Verhalten des Parteivorstandes in der Kongressfrage kritisierte. Namentlich wurde gerügt, dass der Parteivorstand die Kongressfrage inzwischen nicht erneut diskutiert hatte[4]. Gleichzeitig nahm der Druck der Revolutionären auf die Reformsuchenden erheblich zu, als Mitte bis Ende Juni ruchbar wurde, dass einzelne sozialdemokratische Vereine daran dachten, den Beschluss der Partei zur Nichtteilnahme in Paris zu unterlaufen und sich separat

1 Ebd.

2 Ebd.

3 Vergl. ausserdem die Ausgaben vom Mai, Juni und Juli 1889.

4 Ebd., 01.07.1889.

repräsentieren zu lassen, und zwar bei den Marxisten[1]. Es handelte sich dabei um die schwedische und die deutsche Auslandsorganisation in Kopenhagen und um die beiden mit den Revolutionären sympathisierenden sozialdemokratischen Vereine von Østerbro und Amager. Diese vier Vereine entschlossen sich am Vorabend des Kongresses Nic. L. Petersen auf den Marxistenkongress zu schicken[2]. Etwa gleichzeitig damit beschloss auch die Gewerkschaft der Former, aus der nun wankenden Front der „Verneiner" auszubrechen und einen Delegierten nach Paris zu schicken, allerdings zum Possibilistenkongress.

Es ist hier anzumerken, dass das Vorhaben der genannten oppositionellen Vereine, einen eigenen, „separaten" Delegierten nach Paris zu schicken, auch in der internationalen Arbeiterbewegung publik geworden war, wahrscheinlich durch Nic. L. Petersen oder Trier, oder beide. Am Vorabend des Kongresses, und noch bevor der Entschluss der Dänen zur Kongressteilnahme bekannt wurde, wusste auch Laura Lafargue, dass „the Danes send a delegate to the Marxist congress in despite of the Knudsen set"[3]. Ohne Zweifel trug die Publikwerdung des Beschlusses der vier Vereine zur separaten Kongressteilnahme zur Erhöhung des Druckes auf P. Knudsen und seine Parteigänger erheblich bei. Das definitive „Nein" der Partei liess sich, je näher der Kongresstermin rückte, kaum noch aufrechterhalten.

Neben der massiven Agitation der Revolutionären für eine dänische Teilnahme in Paris (in der die sozialdemokratische Geschichtsschreibung übrigens die alleinige Ursache dafür sieht, dass die dänische Partei dann doch noch in Paris vertreten war[4]) dürfte aber auch der Anfang Juli bekannt werdende Entschluss der Norweger und Schweden, sich auf dem Marxistenkongress repräsentieren zu lassen[5], bewirkt haben, dass der Vorstand des Sozialdemokratischen Bundes für den Abend des 10. Juli, also gleichsam „fünf Minuten vor zwölf", eine weitere Parteiversammlung einberief, in der die Frage der Kongressteilnahme noch einmal zur Diskussion gestellt wurde. Von den Debatten auf dieser Versammlung gibt es keine offiziellen Berichte, nur die kurze Notiz im Protokollbuch der Sitzungen des Sozialdemokratischen Bundes, dass „nach einer bedeutenden Diskussion" beschlossen wurde, „am Marxistenkongress teilzunehmen, und um die Partei zu repräsentieren, wurden A.C. Meyer und P. Christensen gewählt".[6] Auch im Parteiorgan, wo die Kongressdebatte bislang relativ ausführlich referiert worden war, findet sich diesmal kein Referat über die sozialdemokratische Mitgliederversammlung, sondern nur eine kurze Erwähnung ihrer Resultate[7]. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass es am Abend des 10. Juli im Parteihauptquartier in Kopenhagen quasi „hoch her" und auf keinen Fall einträchtig zugegangen ist, was natürlich nicht in die Öffentlichkeit gehörte. Aus einigen verstreuten Bemerkungen im Parteiorgan, sowie aus dem knappen Referat, das Trier Engels von der Versammlung am 10. Juli gab, lässt sich nämlich schliessen, das Trier, immerhin Mitglied

1 Ebd., 17.06.1889.

2 Vergl. Dokument 11.

3 Laura Lafargue an Engels, 11.07.1889, in: Friedrich Engels, Paul et Laura Lafargue, Correspondance, S.302.

4 Vergl. Jensen u. Borgbjerg, a.a.O., S. 486, S. 475.

5 Arbejderen, 01.07.1889.

6 Protokol Socialdemokratisk Forbund, 10.07.1889.

7 Social-Demokraten, 14.07.1889.

des Parteivorstandes, es verstanden hatte, seine Anhänger rechtzeitig in Stellung zu bringen. Einer späteren Darstellung des Parteichefs zufolge schickte Trier an die Parteigänger der Revolutionären sowie an die Befürworter der dänischen Kongressteilnahme unter den Sozialdemokraten „eine grosse Menge" vorgedruckter Postkarten mit dem Wortlaut: „Kommen Sie (am Abend des 10. Juli) pünktlich 8 Uhr, weil wahrscheinlich seitens unserer Gegner ein Überrumpelungsmanöver versucht werden wird"[1]. Trier, der diesen Sachverhalt später indirekt bestätigte[2], dürfte letztendlich dieses Vorgehen und wohl auch die Titulierung P. Knudsens und seiner Anhänger als „Gegner" die Intimfeindschaft des Parteivorsitzenden eingetragen haben[3].

Das geplante Überrumpelungsmanöver, von dem auf der Postkarte die Rede war, dürfte darin bestanden haben, dass seitens der Mehrheit im Parteivorstand geplant worden war, keinen geringeren als P. Knudsen zum Marxistenkongress zu schicken[4], ein Vorhaben, das von Trier mit Hilfe seiner Postkartenaktion gründlich durchkreuzt wurde. Dies besagte aber auch, dass sich der Parteichef und seine Gefolgsleute im Parteivorstand bereits vor der Versammlung am Abend des 10. Juli zur Teilnahme am Marxistenkongress durchgerungen hatten. Trier schrieb über die Parteiversammlung am 11. Juli 1889 an Engels:

> *Ein Teil des Hauptvorstandes schlug vor, keine Delegierten auf einen Kongress zu schicken; ein anderer Teil des Hauptvorstandes schlug vor, 1 zu den Marxist. zu schicken und die Gewerkschaften aufzufordern, 1 zu den Possibilisten zu schicken. Die Opposition schlug vor, 2 zu den Marxist. zu schicken und den Gewerkschaften zu überlassen, was sie tun wollten. Es wurde bestimmt, 2 zu den Marxisten zu senden. Von offizieller Seite wurden P. Knudsen, der Geschäftsführer der Partei, und Maler Jensen vorgeschlagen, der wie Sie sich erinnern auf dem Londoner Kongress war. Die Opposition schlug Bildschnitzer Christensen vor, an den Sie sich auch vom Londoner Kongress erinnern werden, Zigarrenmacher Möller und, ein vermittelnder Teil, A.C. Meyer, der zu denen vom Hauptvorstand gehört, die 1 Delegierten zu den Marxist. senden wollten. P. Knudsen fiel, Jensen zog sich zurück. P. Christensen und A.C. Meyer wurden gewählt: tableau*[5].

Dieser Ausgang der nun schon mehrere Monate dauernden innerparteilichen Querelen um die dänische Teilnahme am Pariser Kongress war natürlich ein grosser Erfolg der Revolutionären, welcher seine Krönung dadurch erhielt, dass es den Revolutionären obendrein gelang, mit A.C. Meyer und P. Christensen zwei ihnen genehme Kandidaten als Vertreter des Sozialdemokratischen Bundes nach Paris zu schicken: A.C. Meyer war zwar kein erklärter Parteigänger der Revolutionären, galt aber doch als Linker im Parteivorstand. Anders P. („Pierre") Christensen: der gelernte Bildschnitzer, der schon mit J. Jensen auf dem Londoner Kongress die dänischen Gewerkschaften vertreten hatte, hatte im Laufe des Jahres 1889 deutliche Sympathien für die Revolutionären entwickelt, denen er sich später auch

1 Ebd., 16.08.1889. Keine dieser Postkarten ist überliefert.
2 Ebd., 23.08.1889.
3 Ebd., 16.08.1889.
4 Ebd., 23.08.1889.
5 Dokument 14.

anschloss. Ausserdem hatte er Französischkenntnisse. Es war insgesamt nicht übertrieben, wenn Trier über das Ergebnis der Parteiversammlung vom 10. Juli an Engels schrieb:

> *Dieser Ausfall hat sogar uns selbst überrascht. Die Diskussion zeigte, dass wir einen weit grösseren Kreis von Anhängern gefunden haben als wir nach der kurzen Zeit, die wir hier gearbeitet haben, erwarten konnten.*

Damit habe die „Opposition", wie er Engels weiter mitteilen konnte, einen „vollständigen Sieg" errungen[1]. Aber damit nicht genug. Ebenfalls am 10. Juli 1889 beschlossen zwei sozialdemokratische Organisationen, nämlich der von Østerbro und der von Amager, in dem der Zigarrenmacher F. Möller den Vorsitz innehatte, und ausserdem die DLG und der Schwedische Lese- und Diskussionsverein, ebenfalls einen Vertreter zum Marxistenkongress zu schicken, und zwar Nic. L. Petersen[2]. Die Kosten für Nic. L. Petersens Reise und für seinen Aufenthalt in Paris trugen die Mitglieder der DLG[3], was natürlich zeigt, wo deren Sympathien lagen.

Natürlich hatten die beiden dänischen sozialdemokratischen Vereine das Recht, einen eigenen Vertreter nach Paris zu schicken, zumindest wurde es ihnen nicht bestritten. Das gleiche galt für die beiden Auslandsorganisationen, die organisatorisch selbständig waren. Dass die beiden dänischen Organisationen aber, zusammen mit einer deutschen und einer schwedischen Auslandsorganisation, eine der beiden Frontfiguren der Revolutionären nach Paris schickten, war mehr als nur ein Affront gegen die Parteiführung um P. Knudsen – nämlich ein grosser Schritt auf dem Wege zur Fraktionsbildung und letztendlich gar Parteispaltung. In jedem Falle missbilligte P. Knudsen die Reise Nic. L. Petersens nach Paris. Dies zeigte sich nicht nur darin, dass Nic. L. Petersens Reise vorläufig in der Parteipresse totgeschwiegen wurde, sondern kam auch darin zum Ausdruck, dass der Parteichef es nicht versäumte, noch am 13. Juli ein Telegramm an Jules Guesdes zu schicken, in dem er, offensichtlich um Missverständnissen vorzubeugen, bemerkte, die „Social Demokratie danoise" werde „seulement" von „Meyer et Christensen" vertreten[4], d.h.: nicht von Nic. L. Petersen.

Dem Entschluss der Partei, Vertreter auf den Marxistenkongress zu schicken, ging der Entschluss der Gewerkschaften zur Teilnahme am Possibilistenkongress parallel. Nachdem am 11. Juli vom Kopenhagener Kartell beschlossen worden war, den Vorsitzenden J. Jensen zusammen mit P. Knudsen, der als Parteivorsitzender automatisch Sitz und Stimme im Kartellvorstand hatte, nach Paris zu schicken, einigte man sich einen Tag später darauf, nur einen der beiden ziehen zu lassen, und zwar J. Jensen[5]. Als Grund wurden finanzielle Schwierigkeiten angeführt[6], was nicht sehr glaubhaft erscheint. Es dürfte eher so gewesen

1 Ebd.

2 Vergl. Forhandlingsprotokol for Østerbro, 10.07.1889.

3 Vergl. Zangger an Motteler, 03.10.1889, Nachlass Motteler, Rep. 1158/1,8. Nic. L. Petersens Reise nach Paris war offensichtlich eine ziemliche Belastung für die Vereinskasse der DLG, siehe H. Harder an Bernstein, Kopenhagen, 14.01.1890, Nachlass Motteler, Rep. 598.

4 P. Knudsen an Jules Guesdes, 13.07.1889, Nachlass Guesde, IISG, Rep. 609/2.

5 Forhandlingsprotokol for Bestyrelsen for de Samvirkende Fagforeningers. Fællesvirksomhed, ABA, Sitzungen vom 11. und 12.07.1889.

6 Ebd.

sein, dass P. Knudsen zwar offensichtlich sehr daran gelegen war, nach Paris zu kommen, dass er aber kaum internationale Erfahrung hatte, in jedem Falle weniger als J. Jensen. Vielleicht war man sich aber auch darüber klar, wie prekär es war, keinen geringeren als den dänischen Parteichef zu den Possibilisten ziehen zu lassen, wenn auch als Vertreter der Gewerkschaften. Unabhängig vom Kopenhagener Kartell hatte die Gewerkschaft der Former in Kopenhagen schon im Mai 1889 beschlossen, ihren Vorsitzenden Schouby auf den Possibilistenkongress zu schicken. Die Quellen schweigen sich darüber aus, wie es dazu kam, dass diese kleine Gewerkschaft sich einen eigenen Delegierten leistete, bzw. leisten konnte, insbesondere dann, wenn man bedenkt, dass P. Knudsen angeblich nicht nach Paris kommen konnte, weil dem ungleich finanzstärkeren Vorstand der dänischen Partei dazu die Mittel fehlten[1].

Es kann abschliessend festgestellt werden, dass die mannigfaltigen und lang andauernden Querelen in der dänischen Arbeiterbewegung über die Teilnahme am Pariser Kongress, die sich mit ihren mehrmals widerrufenen Resolutionen zur Nichtteilnahme häufig am Rande des Possenspiels bewegt hatten, mit einem Sieg der Revolutionären endeten. Nicht nur war es ihnen gelungen, einen solchen Druck auf die Partei auszuüben, dass schliesslich doch noch Delegierte auf den Marxistenkongress geschickt wurden; es war ihnen auch geglückt, zumindest daran mitzuwirken, dass die Wahl P. Knudsens zum Kongressdelegierten verhindert wurde und dass statt seiner zwei, einschliesslich Nic. L. Petersen sogar drei[2] Delegierte zum Marxistenkongress Paris entsandt werden konnten, die den Revolutionären nahestanden bzw. zu ihnen zählten. Aber einmal abgesehen davon – allein die Anwesenheit der dänischen Delegation im „Salle Petrelle" trug zum Siege der revolutionären Sozialisten über die parallel tagenden Possibilisten bei, da diese inzwischen weniger als je zuvor Anspruch auf die führende Position in der internationalen Arbeiterbewegung erheben konnten. Sowohl die Anzahl der Delegierten als auch die der von den Marxisten vertretenen Nationen war bedeutend höher als die Anzahl der possibilistischen Vertreter und der von ihnen vertretenen Nationen. Hinzu kam, dass bei den Possibilisten nur wenige politische Parteien und fast ausschliesslich Gewerkschaften vertreten waren[3], was auch von der Tatsache, dass die Dänen auch bei den Possibilisten vertreten waren, nicht geschmälert werden konnte. Wie gezeigt wurde, war dies eine auch von den Revolutionären bewusst in Kauf genommene, notwendige Voraussetzung für die Teilnahme bei den Marxisten. Insgesamt kann daher festgestellt werden, dass der Possibilistenkongress von 1889 nur ein Rumpfkongress war, und dass die internationale Bedeutung der Possibilisten nach 1889 beträchtlich zurückging, was auch auf ihre Spaltung 1890 zurückzuführen war[4]. Das gleiche gilt für ihre Bedeutung in der französischen Arbeiterbewegung. Im Gegensatz dazu nahm die Bedeutung der marxistischen Richtung in der internationalen Arbeiterbewegung nach 1889 erheblich zu, sie wurde für die nächsten ca. 20 Jahre die dominierende Richtung in der

1 Fagblad for Smede og Maskinarbejdere, Nr 8, 1. Jahrg. (Mai 1889).

2 Der ausführliche Bericht Nic. L. Petersens von seiner Reise von Kopenhagen nach Paris in Arbejderen vom 22. und 29. Juli und vom 05. und 12. August 1889 bekundet einmal mehr seine guten Kontakte mit namhaften Vertretern der internationalen sozialistischen Bewegung.

3 Vergl. Seidel, Deutsche Sozialdemokratie und Parti Ouvrier, S. 187 f.

4 Näheres bei Angenot, a.a.O., S. 140.

internationalen Arbeiterbewegung. Nic. L. Petersen und Trier haben unzweifelhaft dazu beigetragen.

4.5.2 Die Revolutionären auf dem Pariser Kongress

Das Auftreten der Revolutionären auf dem Pariser Kongress der II. Internationalen kann als Versuch gedeutet werden, den Kurs der dänischen Arbeiterbewegung vor dem Forum der internationalen Arbeiterbewegung radikal und „nach links" zu korrigieren. Allerdings – die Art und Weise, in der dieser Korrekturversuch unternommen wurde, vor allem seitens Nic. L. Petersens, war äusserst aggressiv und trug dazu bei, wie die Diskussionen in der dänischen Arbeiterbewegung nach dem Kongress deutlich zeigten, die Atmosphäre zwischen den Revolutionären und der Parteimehrheit, d.h. Reformsuchenden, mehr und nachhaltig zu vergiften.

Die Position der Revolutionären wurde deutlich im Bericht über die „Lage der Arbeiter in Dänemark", den „Bürger Petersen" in deutscher Sprache vortrug[1]. Nic. L. Petersen schilderte in diesem Bericht die Lage der dänischen Arbeiter in den düstersten Farben. Die Löhne der städtischen Arbeiter seien niedrig, so niedrig, dass sie kaum ausreichten, um die Kosten ihrer Lebenshaltung zu decken. Insofern unterscheide sich die wirtschaftliche Lage der Arbeiter Dänemarks nicht sonderlich von der Lage der Arbeiter in den entwickelten Industrieländern, denn obwohl in seinem Heimatlande noch immer die „kleine Bourgeoisie, die Kleinindustrie", vorherrsche, habe inzwischen „die Grossindustrie" einen spürbaren Aufschwung genommen und sei dabei, die Kleinindustrie zu verdrängen[2]. Bedingt durch die Spezifika der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Dänemarks sei leider auch die „dänische Arbeiterbewegung inmitten des Kleinbürgerthums" entstanden und trüge deshalb auch einen „kleinbürgerlichen Charakter", der sich auf verschiedene Arten zu erkennen gäbe: so verfüge die Arbeiterbewegung über ein „auf Aktien" finanziertes Versammlungshaus und über eine kooperative Bäckerei, „eine wahrhafte Karikatur der Genossenschaftsbäckerei von Gent"[3], die, wie er beinahe genüsslich ausführte, nichts weiter sei als

> *ein industrielles Privatunternehmen, welches den Aktieninhabern eine jährliche Dividende auszahlt. In Wirklichkeit ist an dem ganzen Unternehmen nichts Sozialistisches, als das Parteigeld, mit dem man es gegründet hat, und dann die Namen der Leiter, die alle Parteiführer sind*[4].

1 Protokoll Paris 1889, S. 61. Seltsamerweise wurde Nic. L. Petersens Bericht in Arbejderen, im Gegensatz zu anderen Länderberichten, kaum erwähnt. In der Ausgabe vom 19.8.1889 hiess es lapidar: „Was Dänemark betrifft, wurde von P. Christensen und Nicolaj Petersen Bericht erstattet." Das Originalmanuskript von Petersens Rede findet sich im Nachlass Guesde, Rep. 612-3.

2 Protokoll Paris 1889, ebd.

3 Ebd.

4 Ebd. Diese Sicht der Dinge deckt sich mit Triers ablehnenden Ansichten über das Genossenschaftswesen, an denen er noch Jahre später festhielt, vergl. Dokumente 33 und 34.

Den Gewerkschaften – „150 an der Zahl" – und ihren Zentralorganisationen warf Nic. L. Petersen vor, „ihr Geist" lasse „unglücklicherweise viel zu wünschen übrig", ohne dass er dies allerdings näher erläuterte[1].

Den schwersten Angriff fuhr Nic. L. Petersen gegen die Bündnispolitik seiner Partei, der er eine kurze Erläuterung des dänischen Wahlgesetzes vorausschickte. Nicht nur meinte er, dass Sozialisten, die mit einer bürgerlichen Partei zusammengingen, grundsätzlich „niemals bei einer Wahlkampagne etwas gewinnen" können, weil sie nicht so agitieren könnten, „wie wenn sie unabhängig bleiben", sondern er stellte auch fest:

> *Die socialistische Partei, die zusammengeht mit dem Kleinbürgerthum, ist auch in ihrer politischen Thätigkeit mehr oder weniger an dasselbe gebunden. Dergestalt macht sie sich zum Vorkämpfer und Vertheidiger bürgerlicher Institutionen*[2].

Damit erklärte Nic. L. Petersen vor dem Forum der in Paris versammelten internationalen Arbeiterbewegung die Arbeiterpartei seines Heimatlandes zum politischen Appendix des Bürgertums und zum Verteidiger bürgerlicher Positionen und beschuldigte sie damit des Verrates der Interessen der Arbeiter. Aber damit nicht genug – Nic. L. Petersen liess es sich nicht nehmen, die Parteiopposition, der er selbst angehörte, gleichsam als die einzig „echten" Sozialisten Dänemarks darzustellen, dank deren Bemühungen inzwischen eine Art Trendwende, d.h. Rückkehr zu den originären sozialistischen Positionen, wenn nicht schon eingetreten, so doch in nächster Zeit zu erwarten sei. Selbstbewusst führte er an:

> *Indessen hat sich in letzter Zeit glücklicherweise eine Rückkehr zu den Prinzipien und eine gegen die bisherige Taktik gerichtete Opposition bei den Arbeitern geltend gemacht. Der beste Beweis für das Vorwärtsschreiten der Bewegung ist die Tatsache, dass diese Bewegung drei Vertreter auf diesem Kongress hat*[3].

Das Redeprotokoll verzeichnet an dieser Stelle „Beifall". Es versteht sich von selbst, dass solch starke Worte der reformsuchenden Parteimehrheit in den Ohren geklingelt haben müssen, als sie davon erfuhr, und vor allem als eine grossangelegte Desavouierungskampagne erschienen sein muss, wobei das eigentliche Ziel Nic. L. Petersens, die Korrektur des Kurses der Sozialdemokratie „nach links" mit dem Fernziel der Vereinigung von Marxismus und Arbeiterbewegung, leicht übersehen werden konnte. Abgesehen davon war es nicht korrekt, wenn Nic. L. Petersen von „drei Vertretern" der Opposition auf dem Kongress sprach – es waren in Wirklichkeit nur zwei, nämlich er selbst und P. Christensen. A.C. Meyer zählte er stillschweigend hinzu, was nicht den Tatsachen entsprach, denn dieser war ein loyaler, wenn auch gelegentlich aufmüpfiger Anhänger P. Knudsens.

P. Christensen schlug bei dem von ihm vorgetragenen „Bericht über die Arbeiterbewegung in Dänemark", einem der sog. „Generalberichte" auf dem Kongress, in die gleiche Kerbe wie

1 Protokoll Paris 1889, S. 61.
2 Ebd., S. 62.
3 Ebd.

Nic. L. Petersen. Im Gleichklang mit diesem bezichtigte er die Sozialdemokratie Dänemarks, bislang „grosses Zutrauen zu der liberalen bürgerlichen Partei gehabt" zu haben[1], und – wiederum wie Nic. L. Petersen, allerdings um einiges diplomatischer – stellte er den Kurs der sozialdemokratischen Partei, der er angehörte, in Frage, indem er ausführte, dass „nicht diejenigen Anhänger der Arbeiterpartei sind, welche wenig klare Absichten haben und ihre Hoffnung auf Palliativmittel setzen"[2]. Niemandem dürfte verborgen geblieben sein, dass er damit die Reformsuchenden um P. Knudsen meinte. Ebenso wie Nic. L. Petersen, der, wie oben ersichtlich wurde, die Anwesenheit des Nichtrevolutionärs A.C. Meyer auf dem Pariser Kongress zum Beweis für die Stärke der Parteiopposition machte, indem er ihn stillschweigend zu den Revolutionären zählte, scheute sich auch P. Christensen nicht, die Revolutionären gleichsam zur Hefe der dänischen Arbeiterbewegung zu deklarieren und sie stärker zu reden, als sie es tatsächlich waren:

> *Am Beginn dieses Jahres hat man in Kopenhagen ein radikal-socialistisches Blatt gegründet, welches den Zweck verfolgt, die socialistischen Theorien zu verbreiten, der Arbeiterbewegung einen streng socialistischen Charakter zu verleihen und das dänische Proletariat zu einer Klassenpartei zu entwickeln*[3].

Auch den Ausführungen P. Christensens zollte der Kongress Beifall.

Abschliessend kann festgestellt werden, dass die Berichte Nic. L. Petersens und P. Christensens auf dem Pariser Kongress in deutlicher Form die Einzelpunkte der revolutionären Kritik an der dänischen Arbeiterbewegung aufzeigten, aber auch das Selbstverständnis der Kritiker. Beides lässt sich in vier Punkten zusammenfassen: 1. Die dänische Arbeiterbewegung war in einer historischen Situation entstanden, in der das Kleinbürgertum dominierte. Sie trug deshalb kleinbürgerlichen Charakter. Unter Kleinbürgertum dürfte vor allem die Schicht der Klein- und Mittelbauern und die – im handwerklich-gewerblich-industriellen Bereich dominierenden – kleineren und mittleren Gewerbetreibenden und Industriellen gemeint gewesen sein. 2. Partei und Gewerkschaften fehlte es an klaren Zielvorstellungen, sie wollten gesellschaftspolitische Reformen, zu deren Durchführung sie Palliativmitteln vertrauten. 3. Taktisch hatte sich die Partei mit Venstre verbunden, was ihr nach Auffassung der Revolutionären nicht nur keine Möglichkeit zu einer klaren Selbstdarstellung bei der Agitation liess, sondern sie auch – indirekt – zum Verteidiger „bürgerlicher Institutionen" machte, also von Wahl, Wahlakt und Parlament. Hier äusserte sich zwar noch schwach, aber unüberhörbar, auch eine Geringschätzung der bürgerlichen Demokratie. 4. Sich selbst begriffen die Revolutionären als eine Art Parteielite, deren Aufgabe darin bestand, die dänische Arbeiterbewegung mit der marxistischen Theorie zu vereinigen und die Partei von ihren kleinbürgerlichen Irrungen zu reinigen, d.h. sie zur Klassenpartei zu machen.

1 Ebd, S. 73.

2 Ebd., S. 74. Das Originalmanuskript (in französischer Sprache) von P. Christensens Rede im Nachlass Guesde, Rep. 612-4.

3 Protokoll Paris 1889, S. 73.

4.5.3 Der Streit um die Resolution Nr 6

Für die dänische Sozialdemokratie war der Pariser Kongress alles andere als ein Erfolg. Nicht nur hatte sie sich erst nach langen, z.T. öffentlich ausgetragenen Streitigkeiten, und nur unter dem starken Druck der Revolutionären, doch noch zur Kongressteilnahme entschieden und dabei alles andere als eine gute Figur gemacht; streng genommen hatte sich „die alte Parteileitung ... gründlich blamiert", wie Engels meinte[1]; auch war sowohl im In- als im Auslande, unter den führenden Sozialdemokraten bekannt geworden, dass die Sympathien der Parteimehrheit, namentlich der Mehrheit im Vorstand um P. Knudsen, bei den Possibilisten waren. Interessant ist hier die Beurteilung der dänischen Sozialdemokratie durch Engels nach dem Pariser Kongress, die auch ein Fazit der Streitigkeiten um die Teilnahme am Kongress darstellte:

> *Die Schweizer sind und waren immer Philister und Kleinbürger, die Dänen sind ebenso geworden, und es muss sich noch erweisen, ob Trier, Petersen und Co. sie aus ihrer gegenwärtigen Stagnation herausbringen können.*[2]

Bemerkenswert ist hier nicht allein die Einschätzung der Dänen als „Philister" und „Kleinbürger" – an anderer Stelle hatte Engels sie bereits „diese geheimen Possibilisten" getauft[3] – sondern auch seine durchaus skeptische und gleichzeitig realistische Beurteilung der Möglichkeiten der beiden Leitfiguren der Revolutionären. Aber davon abgesehen – es war nicht mehr und nicht weniger als eine schlimme Niederlage für die Sozialdemokratie, dass es nicht einmal gelungen war, den Parteivorsitzenden P. Knudsen nach Paris zu schicken, so dass die Revolutionären auf dem Kongress das Profil der Partei zeichnen konnten. Wie sie das bewerkstelligten, wurde im Vorhergehenden ausführlich beschrieben – die Partei, bzw. die Mehrheit um P. Knudsen, war regelrecht vorgeführt worden. Dies dürfte es vor allem gewesen sein, welches P. Knudsen durch seine letztlich vergeblichen Anstrengungen, selbst auf dem Kongress zu erscheinen, hatte verhindern wollen. Wohl durch die Erfahrungen von Paris klüger geworden, liess P. Knudsen von nun an keinen Kongress der II. Internationalen aus, ohne dass es ihm jedoch vergönnt war, sich wesentlich an den Diskussionen zu beteiligen. Dazu fehlten ihm vor allem die Sprachkenntnisse. Leider war die sachliche Kritik der Revolutionären auf dem Pariser Kongress häufig in Häme umgeschlagen; die Kritik, die als Korrekturversuch „von links" und „nach links" verstanden werden muss, bekam dadurch eine Note von Feindseligkeit und vergiftete die Atmosphäre zwischen den Revolutionären auf der einen und „the Knudsen set" auf der anderen Seite nachträglich, wie sich in den Polemiken in der Parteizeitung nach dem Kongress zeigen sollte[4].

---

1 So Engels an Kautsky, 15.09.1889, in: MEW, Bd 37, S. 275.

2 Engels an Laura Lafargue, 09.09.1889, ebd., S. 271.

3 Ders. an Paul Lafargue, 15.06.1889, ebd., S. 238 f.

4 Aus der Fülle der Beispiele vergl. Social-Demokraten, 11. und 23.08.1889. – Es muss hier angefügt werden, dass nicht klar ist, wann Knudsen und andere die Kongressprotokolle einsehen und nachlesen konnten, wie die Revolutionären die dänische Bewegung beschrieben. Die deutsche Übersetzung der Protokolle erschien erst ein Jahr nach dem Kongress, und dass P. Knudsen und seine Stützen den französischen Originaltext lesen konnten, bzw. ihn überhaupt in die Hände bekamen, ist zweifelhaft. Es ist am wahrscheinlichsten, dass die Parteispitzen mündlich orientiert wurden, und zwar am ehesten von A. C. Meyer.

Eine weitere Niederlage für die dänische Arbeiterpartei war die Verabschiedung der sog. „Resolution Nr 6" auf dem Pariser Kongress. Die Resolution – sie wurde weiter oben bereits zitiert[1] – war am letzten Kongresstag verabschiedet worden; sie gebot den Arbeiterparteien in den Ländern, in denen die Verfassung dies ermöglichte, die Eroberung der politischen Macht mit dem Stimmzettel, aber „unter Ausschluss eines jeden Compromisses" mit anderen Parteien. Von den drei dänischen Delegierten hatte nur Nic. L. Petersen für diese Resolution gestimmt, sowohl A.C. Meyer als auch P. Christensen hatten sich der Stimme enthalten[2]. Auf einer Parteiversammlung im Kopenhagener Parteihauptquartier am Abend des 7. August 1889, bei der sie einen Bericht über den Kongress ablegten, insbesondere über ihr Verhalten, begründete P. Christensen seine und A.C. Meyers Ablehnung der Resolution Nr 6 wie folgt:

> *Nur muss ich beklagen, dass die dänische Delegation sich hinsichtlich der Abstimmung über die Resolution Nr 6 von den dänischen Parteibeschlüssen gebunden fühlte*[3].

A.C. Meyer sagte es bei der gleichen Gelegenheit direkter:

> *Auf dem Kongress hätten die dänischen Delegierten es unterlassen, für die Resolution über die Aufgabe jeglichen Parteikompromisses zu stimmen, obwohl sie beide vollauf Anhänger der zur Abstimmung gestellten Resolution seien. Sie hatten jedoch keine Vollmacht <u>dafür</u> zu stimmen, weil der letzte dänische Parteitag festgestellt habe, dass eine Zusammenarbeit stattfinden <u>kann</u>, und weil unsere Partei<u>praxis</u> die Zusammenarbeit mit Venstre bei den Wahlen gewesen ist. Es war jedoch die Meinung des Referenten, dass diese Zusammenarbeit nunmehr – nach und nach – aufgegeben werde.*

Und er fügte hinzu:

> *Aber soll unsere Parteitaktik geändert werden, <u>muss das auf einem Parteitag geschehen</u>, und es bleibt zu hoffen, dass die gegenteiligen Interessen sich ohne allzu grosse Bitterkeit tummeln können, bis dass der kommende Sommer erneut die Parteidelegierten versammelt hat*[4].

Es war insbesondere die Zusatzbemerkung A.C. Meyers, welche die Anhänger der bisherigen Parteitaktik, d.h. der Bündnispolitik, vor allem P. Knudsen, elektrisiert haben dürfte, denn jetzt war genau das eingetreten, was nicht geschehen durfte: es kündigte sich etwas an, welches einer Parteirevolte unter revolutionärer Führung immer ähnlicher wurde. Es ist in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, dass die Querelen um die Svendborger Resolution in der ersten Hälfte des Augusts 1889 ihren Höhepunkt erreicht hatten; A.C. Meyers Rede auf der Parteiversammlung am 7. August war sozusagen die hauptstädtische Begleitmusik zum Sündenfall der Parteifreunde in der Provinz.

---

1 In Kapitel 4.3.

2 Die Stimmenthaltung ergibt sich aus Social-Demokraten, 11.08.1889. Im Kongressprotokoll ist sie nicht enthalten.

3 Social-Demokraten, 23.08.1889.

4 Ebd., Hervorhebungen im Original.

Nun war A.C. Meyer nicht irgendjemand, sondern einer der begabtesten Agitatoren der Partei, zwar ein linker Feuerkopf und gelegentlich auch schon ein früher Kritiker des Bündnisses, aber wie angeführt auch ein loyaler Parteigänger P. Knudsens und Mitglied des Parteivorstandes, und beileibe kein Anhänger Triers und Nic. L. Petersens[1]. Dass gerade er es war, der in revolutionäres Fahrwasser zu geraten schien – denn so musste es zumindest aussehen, verlangte er doch, mit dem Hinweis auf die Resolution Nr 6, die Korrektur der Bündnispolitik auf dem nächsten Parteitag – machte alles noch schlimmer. A.C. Meyers Bericht vom internationalen Arbeiterkongress und seine Forderung nach einer Revision der Parteikritik; die damit thematisch und zeitlich zusammenfallende revolutionäre Kritik; die u.a. im Verhalten der Svendborger Parteimitglieder, aber auch in den Querelen um die Teilnahme am Kongress in Paris zum Ausdruck kommende beginnende Mobilisierung der Parteimitglieder gegen die Bündnispolitik; aber auch das Verhalten der dänischen Delegierten bei der Abstimmung um die Resolution Nr 6, d.h. ihre Stimmenthaltung mit dem Hinweis, nur zu gerne ein „Ja" abgegeben, dies aber aus Gründen der Loyalität, bzw. Parteidisziplin, nicht gekonnt zu haben; schliesslich aber auch die harte Kritik P. Christensens und Nic. L. Petersens an der dänischen Sozialdemokratie und den Gewerkschaften, vorgetragen vor dem Forum der in Paris versammelten Vertreter der internationalen Arbeiterbewegung – all' dies musste den Reformsuchenden wie ein konzentrisch vorgetragener Angriff erscheinen, hinter dem letztendlich Trier und Nic. L. Petersen und ihre Anhänger stehen mussten. P. Knudsen war daher gezwungen, zum Gegenangriff zu blasen.

Dieser begann erst zwei Wochen nach der Parteiversammlung vom 7. August, auf der P. Christensen und A.C. Meyer ihre Kritik vorgetragen hatten. Er wurde eingeleitet mit einem dreiteiligen Artikel im Parteiblatt, der zwar unsigniert war, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit aber aus der Feder des Parteichefs stammte. Der Grund dafür, dass die Artikelserie erst so spät erschien, wurde gleich in der ersten Folge angeführt: dem Verfasser habe, so hiess es, bislang kein verbindlicher Text der Resolution Nr 6 vorgelegen; inzwischen sei jedoch eine Übersetzung in *Arbejderen* erschienen, an die man sich zu halten gedenke.[2] Man kann sich vorstellen, dass P. Knudsen alles andere als erbaut darüber war, auf das Organ seiner Widersacher, die besser orientiert waren als er und seine Gefolgsleute, zurückgreifen zu müssen.

P. Knudsen warf A.C. Meyer und P. Christensen vor, die Resolution Nr 6 „schlecht und recht" missverstanden und ihrer Partei damit geschadet zu haben[3]. Die von A.C. Meyer in seinem Kongressbericht zitierte Resolution des dänischen Parteitages von 1888, die eine Zusammenarbeit mit anderen Parteien gestattete, aber auch die Bündnispolitik der dänischen Partei, kollidiere nicht mit der Resolution Nr 6, im Gegenteil: indirekt fordere die Resolution Nr 6 zur Zusammenarbeit, bzw. Verbindung mit anderen Parteien geradezu auf, in dem sie die Benutzung des Stimmrechts durch das Proletariat an die jeweils gültige „Staatsverfassung" koppele. Darin läge nämlich die Erkenntnis des Verfassers und aller

1 Vergl. hierzu A. C. Meyer, En Agitators Erindringer, vor allem S. 77.

2 Social-Demokraten, 22.08.1889.

3 Ebd.

derjenigen, die die Resolution verabschiedeten, die da lautete, dass die Arbeiter das Stimmrecht benutzen sollten, um „das meistmögliche" dafür zu bekommen, und das ginge, wolle man die lokalen Verhältnisse berücksichtigen, oft nur über die Zusammenarbeit mit anderen Parteien.

Natürlich war dies eine gewagte Interpretation, wenn sie auch geschickt formuliert war. Sie zeigt eine andere Seite des Parteipolitikers P. Knudsen – die des tüchtigen Taktikers, der keine Bedenken hatte, eine von ihm vertretene Position mit allen Mitteln zu verteidigen, und sei es wie hier mit dem der Wortklauberei. Aber damit nicht genug – P. Knudsen sicherte seine Position weiter ab, indem er behauptete, das indirekte „Ja" der Resolution Nr 6 zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien käme auch darin zum Ausdruck, dass in der Resolution von „Zusammenarbeit" gar keine Rede sei – die Rede sei vielmehr von „Kompromissen". Das deutete er so:

> *Die Sozialdemokratie darf sich nicht auf Übereinkünfte einlassen, die sie zwingen, von ihren Prinzipien abzurücken; sie darf nicht von ihrem Programm ablassen um dafür Verbindungen zu bekommen*[1].

Für diese Interpretation der Resolution Nr 6 spräche nicht nur der Wortlaut der Resolution, sondern, so P. Knudsen weiter, auch die Tatsache, dass es sich bei den Teilnehmern am Marxistenkongress um „praktische und vernünftige Politiker" gehandelt habe, und Männer solchen Kalibers, „praktische Leute", würden sich nicht erdreisten wollen, von Paris aus den Sozialisten der ganzen Welt die Hände binden zu wollen[2].

Es lohnt sich, hier einmal kurz vom Inhaltlichen in der Argumentation P. Knudsens gegen die nächstliegende Interpretation der Resolution Nr 6 abzusehen und kurz auf ihre Stilmerkmale zu schauen: die Wortklauberei, ihre Steigerung in rabulistische Dimensionen und ihr anschliessender Absturz in simple Treuherzigkeit machen deutlich, dass hier mit allen Mitteln gekämpft wurde. Und dies nicht ohne Grund: dem Parteivorsitzenden ging es um mehr als nur um die in diesem Falle vordergründige Frage des gelegentlichen Paktierens mit Venstre – es ging ihm um die von ihm mitentworfene und mitgeprägte politische Konzeption der dänischen Arbeiterpartei, und in dieser Konzeption waren die kleinen, aber zahlreichen Schritte, mit deren Hilfe die Sozialdemokratie sich der sozialistischen Gesellschaft zu nähern trachtete, nur über die Brücke der Volksvertretung gangbar, was bei den existierenden sozialen und politischen Kräfteverhältnissen hiess, dass das Bündnis mit Venstre eine unabdingbare Voraussetzung für die parlamentarische Vertretung der Sozialdemokratie darstellte. Eine Aufgabe der Bündnispolitik, d.h. ein Eingehen auf die Resolution Nr 6 des Pariser Kongresses, hätte die Partei in der Konzeption P. Knudsens um Jahre zurückgeworfen.

Zurück zur Interpretation der Resolution Nr 6 durch P. Knudsen. Die Reduzierung des Begriffes „Kompromisses" auf die teilweise Aufgabe programmatischer Positionen der Partei besagte natürlich, dass die von der Sozialdemokratie betriebene Wahlzusammenarbeit mit

1 Ebd., 23.08.1889.

2 Ebd., Hervorhebungen im Original.

Venstre; die Einigung auf einen Kandidaten in vielen Wahlkreisen; der damit verbundene Verzicht auf die sozialdemokratische Agitation in diesen Wahlkreisen (nämlich dort, wo kein Sozialdemokrat aufgestellt wurde), keinen Kompromiss darstellte – im Gegenteil, P. Knudsen sah es anders:

> *Wir haben mit Venstre zusammengearbeitet, um unser Programm zu fördern und unsere Prinzipien zu verbreiten … Die Sozialdemokraten in Dänemark haben sich niemals an etwas Anderes gebunden gefühlt als an die Berücksichtigung dessen, was den sozialistischen Interessen dienen kann*[1].

Die dreiteilige Artikelserie schloss mit einem deutlichen Rüffel für A.C. Meyer und P. Christensen. Mit ihrer Stimmenenthaltung auf dem Pariser Kongress hätten sie die dänische Sozialdemokratie „in falsches Licht bei den Parteifreunden im Ausland" gebracht, und dabei gäbe es doch nichts in der Resolution Nr 6, was von der dänischen Partei nicht auch unterschrieben werden könnte. P. Knudsen fügte hinzu:

> *Wenn daher die 6. marxistische Resolution nicht mit Recht anders interpretiert werden kann als so, wie wir es in diesen Artikeln getan haben, dann meinen wir, dass sich die dänische Sozialdemokratie nicht mit der Entscheidung abfinden sollte, die unsere Delegierten getroffen haben, sondern dass sie ihre Zustimmung zur Resolution auf eine Weise erklären sollte, welche die Partei für die Korrekteste hält*[2].

Es darf davon ausgegangen werden, dass sich die beiden Delegierten des Sozialdemokratischen Bundes auf dem ersten Kongress der „Neuen Internationale" eine solche „Würdigung" ihres Einsatzes kaum hätten träumen lassen. Ihr „Fehler" bestand einzig darin, die Resolution Nr 6 so verstanden zu haben, wie sie zu verstehen war; eine gegensätzliche Deutung setzte eine gewagte Interpretation à la P. Knudsen voraus. Aber damit nicht genug. Wie am Schluss des letzten Artikels in *Social-Demokraten* angekündigt, hielt der Parteivorstand am 27. August eine Sitzung ab, auf der man sich zur nachträglichen Anerkennung der Resolution entschloss. P. Knudsen wurde beauftragt, dies dem Organisationskomitee des Kongresses der Marxisten mitzuteilen und um die Aufnahme der nachträglichen Zustimmung zur Resolution Nr 6 in die Kongressprotokolle bzw. -referate zu ersuchen[3]. Dieser Bitte wurde erwartungsgemäss nicht entsprochen[4].

Die Sitzung des Parteivorstandes vom 27. August verlief allerdings nicht ohne Dissonanzen. Die Revolutionäre S. Andersen weigerte sich, die nachträgliche Zustimmung zur Resolution Nr 6 durch die dänische Partei und die damit verbundene Rüge für die beiden Delegierten zu akzeptieren – wie Trier Engels mitteilte, „weil sie fand, dass unsere Delegierten, angesichts der Allianz, die die Sozialdemokratie hier mit den Liberalen eingegangen ist, korrekt gehandelt hatten"[5]. Im Gegensatz zu ihr beugte A.C. Meyer sich der Parteidisziplin und fügte

1 Ebd.

2 Ebd., 28.08.1889.

3 Ebd., 29.08.1889.

4 Zumindest enthält das Kongressreferat keinen Hinweis auf diesen ungewöhnlichen Versuch einer nachträglichen Korrektur.

5 Dokument 16.

sich, allerdings nur widerwillig; weil er fand, dass die nachträgliche Anerkennung der Resolution Nr 6 auch ein Misstrauensvotum gegen ihn war, legte er sein Amt als Vorstandsmitglied im Sozialdemokratischen Bund nieder und unterschrieb, zusammen mit P. Christensen und Nic. L. Petersen, eine Protestnote bzw. eine Gegendarstellung in Form eines Schreibens an das Organisationskomitee[1]. Diese Note bzw. Gegendarstellung ist leider nicht überliefert[2].

A.C. Meyers Rückzug aus dem Parteivorstand hatte den von P. Knudsen wohl kaum erwünschten Nebeneffekt, dass Trier in den Parteivorstand nachrückte. Letztendlich geriet der Streit um die nachträgliche Verabschiedung der Resolution Nr 6 damit endgültig zur Komödie.

4.5.4 Abschliessendes

Für die dänische Sozialdemokratie war mit ihrem nachträglichen „Ja" zur Resolution Nr 6 des marxistischen Kongresses der Pariser Kongress – endlich – beendet. Wie gezeigt wurde, war es ihr schwergefallen, sich zu einer Beteiligung am Kongress durchzuringen, und abgesehen davon waren die Ergebnisse für die Partei niederschmetternd. Nicht nur hatten die Querelen um die Teilnahme der internationalen, vor allem deutschen Sozialdemokratie gezeigt, wo die Sympathien der Dänen lagen – nämlich bei den Possibilisten; auch hatten zwei der dänischen Delegierten die Partei als die „heimlichen Possibilisten", die sie laut Engels waren, regelrecht vorgeführt, um mit ihrer Stimmenthaltung bei der Abstimmung um die Resolution Nr 6 schliesslich die Probe aufs Exempel zu setzen. Nach aussen, vor den anderen Arbeiterparteien, hatte die dänische Sozialdemokratie damit zweifellos an Prestige verloren, und eines der Ziele P. Knudsens nach dem Kongress war es denn auch, mit der nachträglichen Verabschiedung der Resolution Nr 6, die das „Bauernopfer" eines A. C. Meyer notwendig machte, diesen Verlust an Prestige wieder wett zu machen. Wie gezeigt, bedurfte es dazu eines gerüttelten Masses an Rabulistik. Ob P. Knudsens Vorhaben Erfolg hatte, muss allerdings angezweifelt werden; zumindest dem postumen Betrachter bleibt ein schaler Beigeschmack.

Allerdings – nach innen, vor der eigenen Partei, war es um den Erfolg der nachträglichen Verabschiedung der Resolution Nr 6 schon besser bestellt. P. Knudsen war es gelungen, den eigenen, mit dem Bündnis unzufriedenen Genossen klarzumachen, dass es keinen Gegensatz zwischen der dänischen und der internationalen Sozialdemokratie gab. Damit nahm er den revolutionären Bündniskritikern ein wichtiges Argument aus dem Munde. Auch später wurde der Parteichef nicht müde, zu unterstreichen, dass andere sozialdemokratische Parteien mit den bürgerlichen Gegnern ähnliche Bündnisse eingingen und gut dabei fuhren[3]. Doch damit nicht genug – dem Parteichef und geschickten Taktiker war es gelungen, den prominentesten nichtrevolutionären Bündnisgegner, nämlich A.C. Meyer, aus der sich

1 Social-Demokraten, 10.10.1889.

2 A. C. Meyer schrieb anschliessend eine nichtssagende Broschüre über den Pariser Kongress, die nichts über die Unstimmigkeiten enthält. Vergl. A. C. Meyer, Hundrede Aar efter Revolutionen. Skitser fra Paris og Pariser Kongressen, Kopenhagen 1889.

3 Vergl. z.B. Social-Demokraten, 10.10.1889, aber auch schon die Ausgabe vom 23.08.1889.

bildenden gemeinsamen Front von revolutionären und nichtrevolutionären Parteikritikern herauszulösen. Die Parteirevolte war damit erstickt, bevor sie ein grösseres Ausmass annehmen konnte, und das bedeutete in diesem Zusammenhang: sie blieb auf den Kreis um Nic. L. Petersen und Trier beschränkt. Die Revolutionären wurden ausgegrenzt, und zwar nicht nur in Kopenhagen, sondern auch in der Provinz.

In einem grösseren Zusammenhang gesehen, hatte P. Knudsen auf der Sitzung des Sozialdemokratischen Bundes vom 27. August 1889 sein politisches Konzept der schrittweisen Annäherung der Sozialdemokratie an die Macht durch den bislang grössten Sturm gerettet, und aus der Sicht von Venstre blieb die Partei bündnisfähig. Dies war, angesichts der Folketingswahlen vom Januar 1890, von grosser Bedeutung. Insgesamt hatte der Pariser Kongress keinerlei Auswirkungen auf die Strategie der dänischen Arbeiterpartei. Anders, als die Revolutionären es sich vorgestellt hatten, und im Gegensatz zu den von P. Christensen und Nic. L. Petersen auf dem Marxistenkongress geäusserten Hoffnungen, trat keine Änderung im strategischen Konzept der Partei ein, etwa, indem sie versucht hätte, dieses in Übereinstimmung mit der marxistischen Theorie zu bringen. Zwischen der dänischen Sozialdemokratie und beispielsweise der deutschen Arbeiterpartei lagen, was die strategischen Konzepte der Parteien betraf, zu diesem Zeitpunkt Welten.

Es zeigte sich hier, dass die Parteien der „Neuen Internationale", trotz der sich abzeichnenden Dominanz des revolutionären Marxismus in prinzipiellen Fragen, weder im „Salle Pétrelle" noch zwei Jahre später, in Brüssel, kein gleichartiges strategisches Konzept einte, sondern dass sie eine Föderation autonomer Parteien waren, in deren strategischen Konzepten verschiedene Tendenzen des Sozialismus deutlich wurden[1]. Eine dieser autonomen Parteien war die dänische Sozialdemokratie; in ihrem strategischen Konzept verdeutlichte sich letztendlich die reformistische Tendenz, und zwar schon sehr frühzeitig.

Es bleibt nachzutragen, dass J. Jensen in seinem Bericht vom Pariser Kongress der Possibilisten beide Kongresse auf eine Weise kommentierte, die beweist, dass der Chef der dänischen Gewerkschaften, der auch Sitz und Stimme im obersten Gremium der Partei hatte, nicht viel davon verstanden hatte, worum es bei den beiden Veranstaltungen in Paris eigentlich gegangen war, und warum es zu zwei Kongressen gekommen war[2]. Es ist zu vermuten, dass die den Kommentaren des Gewerkschaftschefs innewohnenden Ansichten vom Grossteil, wenn nicht gar von allen Mitgliedern der obersten Gremien der Gewerkschaften und auch der Partei geteilt wurden. Seinem Tagebuch vom Kongress vertraute er an:

> *Was bedeuten nun diese Kongresse und die verabschiedeten Resolutionen. Bedeuten sie, dass die Arbeiter in zwei feindliche Lager gespalten sind und dass in Zukunft jedes seinen Weg geht? Im Gegenteil, es bedeutet, dass die Arbeiter bereitstehen um für die sozialistische Gesellschaft zu kämpfen, und dass sie auf dem Weg zu diesem Ziel nur solche Vorschläge stellen die ihr eigenes Wohl vor Augen haben.*

1 Vergl. hierzu Georges Haupt, Programm und Wirklichkeit, S. 31.

2 Social-Demokraten, 15.08.1889.

Und weiter: „Es gibt also in Wirklichkeit keinen Unterschied als auf dem Papier”[1]. J. Jensen führte weiter aus, es sei eine „Phrase” zu behaupten, dass der Weg zum Zusammenschluss von Marxisten und Possibilisten nur über die Leiche der Possibilisten ginge – „denn die Arbeiter wollen sich selbstverständlich nicht gegenseitig bekämpfen, obwohl einzelne Personen ihren Vorteil darin sehen”[2]. Diese Zeilen bedürfen keines weiteren Kommentars.

1 J. Jensen, Bericht vom Kongress in Paris, Nachlass Jens Jensen.

2 Ebd.

5. Der Parteiausschluss

Nach dem Pariser Kongress verschlechterten sich die Beziehungen zwischen den Revolutionären und der reformsuchenden Parteimehrheit zusehends. Dies war nicht nur eine Folge des Auftretens von Nic. L. Petersen und P. Christensen in Paris. Es war inzwischen ruchbar geworden, dass der Erstgenannte eine gegen die dänische Sozialdemokratie gerichtete Schmähschrift aus dem Schwedischen ins Dänische übersetzt hatte, die aus der Feder des (zu dieser Zeit noch radikal gesinnten) Redakteurs des Malmöer sozialdemokratischen Blattes *Arbetet* („Die Arbeit") und (derzeitigen) Parteigängers Triers und Nic. L. Petersens, Axel Danielsson, stammte[1]. A. Danielsson hatte in dieser Schrift[2] die dänische Partei beschuldigt, „eine parlamentarische Partei" zu sein, und zwar „ausschliesslich". Dies sei schon anlässlich des Kopenhagener Parteitages der SAPD deutlich geworden: der dänische *Social-Demokraten* habe sowohl die dänische als auch die deutsche Partei als „parlamentarische Parteien" bezeichnet, woraufhin *Der Sozialdemokrat* protestierte und die dänischen Genossen dahingehend aufgeklärt habe, dass „zumindest die *deutsche* Sozialdemokratie eine revolutionäre Partei" sei"[3]. Die Dänen seien eher „halb liberal" als „international sozialistisch"[4], und die dänische Parteizeitung sei „eine opportunistische Neuigkeiten-Postille"[5], die sich in der Hauptsache mit der Beschreibung von Sensationen befasse[6]. Die Führer der dänischen Sozialdemokratie seien „nicht sozialistisch"[7]. Zu allem Überfluss hatte Nic. L. Petersen es sich nicht nehmen lassen, die Broschüre nicht nur zu übersetzen, sondern sie obendrein zum Vorteil von *Arbetet* in Kopenhagen zu vertreiben[8], weshalb es nicht ausbleiben konnte, dass sich P. Knudsen und seine Gefolgsleute im Parteivorstand über Nic. L. Petersens Übersetzertätigkeit erbosten und sie als Teil einer grösser angelegten Desavouierungskampagne der Revolutionären begriffen[9], der es zu begegnen galt.

5.1 „Werft sie hinaus!"

Im Spätsommer und Herbst 1889 mischten sich zunehmend Untertöne in die nach wie vor in den Spalten der Parteipresse ausgetragene Debatte, die weit über das bisher immer noch von einem Kern sachlicher Auseinandersetzung gerechtfertigte Mass an Polemik hinausgingen. Vor allem die Reformsuchenden zeigten sich dabei als Meisterboxer der Regionen sozusagen unterhalb der politischen Gürtellinie Triers, Nic. L. Petersens und ihrer Gefolgsleute. Dabei

1 Vergl. Axel A. Danielssons sidste ord før hans fængsling. Oversat af X, o. O.u. J. (Kopenhagen 1888 oder 1889). Die Datierung des schwedischen Originals ist der 31.07.1888, vergl. ebd., S. 8. Der Vertrieb der dänischen Übersetzung erfolgte wahrscheinlich erst 1889, zumindest wird die Broschüre erstmalig in Social-Demokraten vom 25.08.1889 erwähnt. Zur Zuschreibung der Übersetzung, gegen die Nic. L. Petersen nicht protestierte, vergl. ebd.

2 Axel A. Danielssons sidste ord, S. 5. Zu A. Danielsson vergl. die Biographie von Per-Oluf Zenström, Lucifer. En bok om Axel A. Danielsson, Stockholm 1967.

3 Ebd. Hervorhebung im Original. Vergl. hierzu oben, Kapital 1.5.

4 Vergl. Axel A. Danielssons sidste ord før hans fængsling, S. 7.

5 Ebd., S. 3f.

6 Ebd., S. 6.

7 Ebd., S. 5. Hervorhebungen im Original.

8 Ebd., S. 1.

9 Vergl. hierzu die Korrespondenz P. Knudsens in Der Sozialdemokrat, 18.01.1890.

waren persönliche Ausfälle wie: die Revolutionären seien „nicht Sozialdemokraten, sondern Anarchisten"[1], und Trier sei „verrückt im Kopf"[2] sicherlich noch am ehesten zu verschmerzen, allerdings kennzeichneten sie den nunmehrigen Stil der Auseinandersetzung; viel schlimmer für die Revolutionären und ihr Anliegen, die Korrektur des Kurses der Partei, war der Vorwurf, ihr Vorhaben sei die Spaltung der Partei[3], und sie stünden – wissentlich und willentlich oder nicht – im Solde der Rechten[4]. Mitunter waren die Vorwürfe allerdings direkt verleumderisch – etwa, wenn es über Trier hiess, er habe *Arbejderen* als Konkurrent gegen *Social-Demokraten* ins Leben gerufen, weil ihm das Parteiblatt für seine Beiträge angeblich nicht genug zahlte[5], oder, wenn behauptet wurde, Nic. L. Petersen betätige sich als Kassierer für ein rechtes Schmutzblatt und gleichzeitig für *Arbejderen*[6]. Schlimmer als verleumderisch, nämlich ehrenrührig war, wenn es über Trier im Parteiblatt hiess, er gehöre, da bürgerlicher Herkunft, „der Kapitalistenklasse an, sein Auftreten kann daher in guter Übereinstimmung stehen mit seinen eigenen ‚Klasseninteressen', nie aber mit denen der Arbeiter"[7]. In die gleiche Richtung zielten die Reformsuchenden, wenn sie durchblicken liessen, zwischen der sich als „revolutionär" gebärdenden Opposition von 1884, die, wie sich gezeigt hatte, im Solde der Rechten gestanden hatte, und den „neuen" Revolutionären gäbe es deutliche Parallelen, und zwar nicht nur verbale: sowohl die Heroldisten als auch die Revolutionäre hätten eigene Parteiorgane gegründet, und formierten sich die 1884er und die neue Opposition verdächtigerweise angesichts für die sozialdemokratische Partei wichtiger Wahlen zum Folketing[8].

Richtig war an diesen Anschuldigungen nur, dass seitens der rechten Boulevard-Presse gelegentlich auf eine Schwächung der Sozialdemokratie – und damit der gesamten Opposition gegen das Regime Estrups – durch Spaltung bzw. auf eine Aufgabe der Bündnispolitik und damit ein Ausbrechen aus der Opposition auf Druck der Revolutionären, spekuliert wurde[9], was diesen natürlich nicht anzulasten war.

Zwar lag seit der Rückkehr Nic. L. Petersens und P. Christensens vom Pariser Kongress eine Entscheidung in Form einer direkten Konfrontation von Revolutionären und Reformsuchenden in der Art, wie sie mit dem Parteiausschluss der leitenden Revolutionären schliesslich auch kam, gleichsam in der Luft, doch liess die Entscheidung vorläufig auf sich warten. Die Gründe dafür lassen sich den Quellen nur indirekt entnehmen. Was die Revolutionären anging, so waren sie offensichtlich bemüht, das Spiel vorläufig nicht zu weit zu treiben und der Parteimehrheit die Argumente für einen Ausschluss frei Haus zu liefern. Immerhin begriffen sie sich als Parteielite, oder besser: als Hefe der Arbeiterbewegung. Dies bedeutete: ihr Platz war *in* der Partei, und nicht *ausserhalb*, denn die Korrektur des

1 Social-Demokraten, 11.08.1889.

2 Ebd., 10.08.1889.

3 Vergl. z.B. ebd., 15.08.1889.

4 Z.B. ebd., 11.08.1889.

5 Social-Demokraten, 10.08.1889.

6 Vergl. Ravnen vom 20.10.1889. Ähnliches wurde auch Trier vorgeworfen, vergl. ebd., 7.7.1889. Siehe auch Nic. L. Petersens Brief an Engels vom 10.7.1889, Dokument 13.

7 Social-Demokraten, 13.11.1889.

8 Ebd., 04.10.1889.

9 Ebd.

Parteikurses liess sich am ehesten *von innen* heraus vornehmen. Im Gegensatz dazu kann davon ausgegangen werden, dass P. Knudsen und seine reformsuchenden Parteigänger spätestens nach dem Pariser Kongress die Revolutionären am liebsten eher heute als morgen ausgeschlossen hätten, wenn es ihnen nur möglich gewesen wäre. Die Schwierigkeit war nur: würde es gegebenenfalls beim Ausschluss von zwei, drei oder einer Handvoll Frontfiguren bleiben, oder würde es zu einer Parteispaltung kommen, und würden die Ausgeschlossenen ihre Anhängerschaft, von denen im Spätsommer bis Herbst 1889 niemand wusste, wie gross sie wirklich war, mitziehen? Immerhin hatten vier sozialdemokratische Vereine die Revolutionären bei ihrem Kampf für die dänische Teilnahme am Pariser Kongress gestützt; machte die Svendborger Resolution Furore; und konnte es so aussehen, als stünde ein so angesehener Parteilinker und Agitator wie A.C. Meyer zumindest mit einem Fuss im Lager Triers und Nic. L. Petersens. Und schliesslich: wie würde die internationale Sozialdemokratie, in der Trier und Nic. L. Petersen einiges Ansehen genossen und ausserdem, wie würde Friedrich Engels, mit dem die Revolutionären bekanntlich in direktem Kontakt standen, reagieren? Demnach verbot sich ein übereilter Ausschluss der Revolutionären, er hätte die Partei schädigen, ihrem Ansehen auch in der internationalen Arbeiterbewegung schaden und sie im schlimmsten Falle sprengen können. Ein Ereignis Mitte Oktober 1889 gab der „reformsuchenden" Parteimehrheit jedoch einen Fingerzeig über die tatsächliche Stärke der Revolutionären in der Sozialdemokratie. Für den 18. Oktober war eine Parteiversammlung einberufen worden, auf der die Vertreter des Sozialdemokratischen Bundes in der sog. „Kontrahierenden Versammlung", d.h. der Versammlung der Eigner des Blattes *Social-Demokraten* und der anderen Parteiblätter, gewählt werden sollten[1]. Um auch in diesem, neben dem Parteivorstand zweitwichtigsten Gremium der dänischen Arbeiterbewegung Einfluss zu bekommen, schickten die Revolutionären am 17. Oktober einen Laufzettel auf die Strasse, in dem es u.a. hiess: „Es geht jetzt mehr als zuvor darum, Vertreter zu wählen, die … in der Lage sind, die Grundprinzipien der Arbeiterpartei zu behaupten"[2]. Der mit „mehrere Mitglieder" unterschriebene Laufzettel enthielt auch eine Kandidatenliste mit folgenden Namen: S. Andersen, F. Möller, Seemann P. Petersen, Schuhmacher Jönsson und Einzelhändler Schrøder[3]. Bis auf den Letztgenannten, von dem nichts mehr bekannt ist als sein Name, gilt für alle, dass sie bekannte Revolutionäre waren.

Die Abstimmung am Abend des 18. Oktober zeigte nun, dass der Einfluss der Revolutionären zwar relativ gross war, aber doch nicht gross genug, um auch nur einen einzigen ihrer Kandidaten unter die Kontrahenten zu bringen: die Revolutionären hatten mit 100 gegen 400 Stimmen das Nachsehen[4]. Offensichtlich war diese Abstimmungsniederlage das Zeichen für P. Knudsen und seine – nun erwiesenermassen solide – reformsuchende Parteimehrheit, die endgültige Konfrontation mit den Revolutionären zu suchen und zu wagen. Der unmittelbare Anlass bot sich schon zehn Tage später. Am 28. Oktober war unter dem Titel „Anerkennung seitens unserer Gegner" ein Artikel in *Arbejderen* zu lesen, der die

1 Ebd., 18.10.1889.

2 Von dem Laufzettel ist kein Exemplar überliefert, wohl aber findet sich im Nachlass P. Knudsen, auf einem separaten Zettel, eine Abschrift, bzw. eine Notiz, überschrieben „Ein Angriff auf die Kontrahenten-Versammlung". Die Notiz, die hier zitiert wird, trägt das Datum des 18.10.1889 und stammt von der Hand des Parteichefs.

3 Social-Demokraten, ebd.

4 Die Zahlen nach Jensen u. Borgbjerg, a.a.O., S. 479.

Unterschrift S. Andersens trug, ihres Zeichens Mitglied des Parteivorstandes und der Kontrahenten-Versammlung des Parteiblattes. Die wichtigsten Passagen dieses Artikels, der mit der Parteiführung scharf ins Gericht ging, lauteten:

> *Die alten sozialdemokratischen Führer haben es in ihrer Agitation verstanden, den Kern des Sozialismus zu verbergen, sein Ziel zu verschweigen oder als etwas zu beschreiben, was in so ferner Zukunft liegt, dass es deshalb niemand zu fürchten hatte. Auf diese Weise haben sie bei den Gegnern Anerkennung gefunden, was nicht verwunderlich ist, weil sie obendrein willens gewesen sind, die Gegnerparteien zu stützen.*

Und weiter und die Grenzen zur Beleidigung schon deutlich überschreitend hiess es:

> *Der Sozialismus und die vielen, die durch ihn erlöst werden sollten, hat jedoch nur Schaden und keinen Vorteil durch eine solche Verfahrensweise. Warum verhalten sich diese Führer so? Ja, selbst verstehen die Herren dies sicher ganz gut. Sie denken wie die meisten: ‚Jeder ist sich selbst der Nächste', und stehen wir uns gut mit den Parteien in der Mitte, können wir uns immer eine Mehrheit verschaffen, mit deren Hilfe wir uns auf den Führerposten halten können, mit denen sowohl die Ehre als auch die Vorteile verbunden sind. Die Mehrheit – gleichgültig welche – das ist es, worum es geht, und deshalb verneinen und bekämpfen sie die Sozialisten, die mit einer Minderheit für den Sozialismus arbeiten, der die Gesellschaft zur Befreiung und Erhebung der Armen umformen will.*

S. Andersens Angriff zielte direkt auf die Parteiführung um P. Knudsen, der die Verfasserin nicht mehr und nicht weniger als Verrat und Leben auf Kosten der Partei vorwarf. Es war dies der gleiche Vorwurf, den Lenin später den Führern der „II. Internationale" machte, um daraus seine Theorie der „Arbeiteraristokratie" zu entwickeln: die „nicht mehr nur *für*, sondern auch *von* der Arbeiterbewegung" lebende Funktionärskaste[1], die sich mit dem im Rahmen von Legalität und parlamentarischer Arbeit Möglichen begnügte und zum Kompromisslertum mit den Bürgerlichen neigte, ist seit dem Zusammenbruch der II. Internationale im August 1914 häufig – vor allem postum und „von links" – zumindest als Teilerklärung für die erfolgreiche Integrierung der Arbeiterbewegung in den bürgerlichen Staat bemüht worden.

Der Artikel S. Andersens wurde von den Reformsuchenden im Parteivorstand als heimtückischer Angriff im Stile rechter Hetzblätter und als Beweis dafür gewertet, dass die Revolutionären und die Anhänger Estrups unter einer Decke steckten – statt gegen die Reaktion zu kämpfen, schösse *Arbejderen* auf die Sozialdemokratie[2], ganz wie weiland (d.h. 1884) der von der Rechten finanzierte *Den nye Socialist*[3]. Da „die Sozialdemokratie und ihre Vertrauensleute" nicht gewillt seien, derartige Unwahrheiten zu tolerieren[4], kam die Antwort

1 Vergl. z.B. Wolfgang Abendroth, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt/M. 1968, S. 71.
2 Social-Demokraten, 03.11.1889.
3 Ebd., 05.11.1889.
4 Ebd.

prompt: am 31.Oktober trat der Parteivorstand zusammen und forderte die Verfasserin auf, die „ehrenrührigen" Beschuldigungen „öffentlich" zurückzuziehen. Für den Fall, dass sie sich weigerte, wurde sie ersucht, sich aus dem Parteivorstand zurückzuziehen. Sollte sie auch diesen Schritt verweigern, stellte der Parteivorstand eine Mitgliederversammlung in Aussicht, bei der S. Andersens Ausschluss aus dem Parteivorstand zur Abstimmung gestellt werden sollte[1].

Damit hätte man es eigentlich bewenden lassen können, wäre der Parteivorstand nicht willens gewesen, die sich bietende Gelegenheit beim Schopfe zu fassen und „Herrn Gerson Trier", d.h. „den eigentlichen Leiter der Redaktion des Blattes Arbejderen" (und damit natürlich auch den „eigentlichen" Verantwortlichen für den Artikel), eine Erklärung abzuverlangen, wie er es mit seinem Amt als Parteivorstandsmitglied vereinbaren könne, dass in einem von ihm edierten Blatte „ehrenrührige Beschuldigungen" und „herabsetzende Äusserungen" gegen die Parteiführung, die Partei und ihre Agitatoren veröffentlicht wurden[2]. Laut Referat in *Social-Demokraten* antwortete Trier ausweichend: das Amt eines Vorstandsmitgliedes in der Partei sei durchaus vereinbar mit seiner Tätigkeit als Mitredakteur von *Arbejderen*[3] und liess es dabei bewenden. Insgesamt zeichnete sich hier ab, dass P. Knudsen und seine Gefolgsleute es darauf anlegten, nicht nur die Verfasserin des Schmähartikels, sondern auch die Redaktion des Blattes *Arbejderen*, in dem er erschienen war, zur Verantwortung zu ziehen. Am 7. November war es dann soweit. Der Parteivorstand hatte zu einer Mitgliederversammlung einberufen, bei der angeblich 1.000 Parteimitglieder anwesend waren[4]. Die Masse der Parteimitglieder war am gleichen Tage mit einem längeren Artikel im Parteiblatt eingestimmt worden, in dem die Umtriebe „von ein paar Männern, die nach einem mehrjährigen Auslandsaufenthalt heimgekommen sind" und seitdem „alles heruntergemacht haben, was bisher ausgerichtet worden ist", noch einmal geschildert wurden[5]. Bei der Parteiversammlung am 7. November ging es zuerst um S. Andersen, die nicht anwesend war und versuchte, sich mit einer schriftlichen Einlassung, die von Nielsen Kolding vorgelesen wurde, zu erklären[6]. Leider ist diese Einlassung nicht überliefert, es ist jedoch wahrscheinlich, dass sie einen Rechtfertigungsversuch und damit eine Wiederholung des Angriffes auf die reformsuchenden „Parteibürokraten" enthielt. Die Einlassung S. Andersens rief „die Missbilligung der Versammlung" hervor, worauf P. Knudsen folgende Resolution zur Abstimmung stellte:

> *Die Versammlung billigt den Standpunkt des Parteivorstandes bezüglich Fräulein Signe Andersen und bevollmächtigt den Vorstand, Fräulein Andersen von seinen Sitzungen auszuschliessen und an ihrer Stelle den entsprechenden Stellvertreter einzuberufen*[7].

1 Ebd.
2 Ebd., 03.11.1889.
3 Ebd.
4 Ebd., 12.11.1889.
5 Ebd., 07.11.1889.
6 Ebd., 12.11.1889.
7 Ebd. Vergl. auch: Protokol Socialdemokratisk Forbund, Sitzung vom 07.11.1889.

Die Resolution wurde mit 45 Gegenstimmen angenommen[1], womit die Affäre allerdings nicht ad acta gelegt worden war. Wie sich schon in der Anfrage des Parteivorstandes an Gerson Trier am 31. Oktober bezüglich der Vereinbarkeit seines Amtes als Mitglied des Parteivorstandes mit seiner Tätigkeit als Mitglied der Redaktion von *Arbejderen* angedeutet hatte, waren die Reformsuchenden gewillt, den Artikel S. Andersens zum Anlass für eine grössere Abrechnung mit den Revolutionären zu nutzen. Laut *Social-Demokraten* war die Verfasserin des anstössigen Artikels nämlich kaum selbst verantwortlich für ihr Tun. Wörtlich hiess es im Parteiblatt auf eine S. Andersen als Person, aber, zumindest unterschwellig, auch als Frau diskriminierende Weise:

> *Es ist bezeichnend für den Mut der sogenannten Revolutionäre, dass sie sich hinter den Röcken einer Frau versteckt haben, obendrein einer Frau, die sich nie zuvor in der Sozialdemokratie bemerkt gemacht hat. Sie wurde in den Vorstand gewählt, nicht gerade wegen ihrer persönlichen Verdienste, sondern weil es einen starken Wunsch gab, die Frauen in der Parteiführung repräsentiert zu sehen. Dass sie gewählt wurde, war eine Ehre, die ihr zuteil wurde. Für diese Ehre hat sie gedankt, indem sie völlig ohne Grund dem Vorstand, in dem man ihr einen Platz einräumte (beleidigte).*[2] *Natürlich hat sie sich von der Redaktion von ‚Arbejderen' und vom sogenannten literarischen Komitee, das hinter dem Blatt steht, und das bisher nur gewagt hat, seine Angriffe verblümt vorzutragen, in den Vordergrund schieben lassen. Zwar ist dies keine Entschuldigung für sie, aber es liegt darin doch eine Aufforderung an die Partei, sie nicht allein büssen zu lassen*[3].

Die Absicht wurde schnell deutlich – das eigentliche Ziel des Angriffes war die Redaktion von *Arbejderen*, als Mittel diente die doppelte, gleichsam negative wie positive Diskriminierung S. Andersens: erstens wurde ihr als Frau das notwendige Format für einen selbständigen Angriff auf die Partei abgesprochen; zweitens hiess es, dass sie, die einzige Frau im Parteivorstand, ohnehin nur eine frauenpolitische Vorzeigerolle spielte. Der Vorwurf an die Adresse der Revolutionären, sich hinter „Weiberröcken" zu verstecken, musste doppelt wiegen in einer Zeit, in der die politische und soziale Diskriminierung von Frauen an der Tagesordnung war und sicherlich kein Aufsehen erregte[4]. Daher kann es auch nicht verwundern, dass die frauenpolitischen Dimensionen der zitierten Passage nicht auffielen insofern, als sie weder im Parteiblatt noch in *Arbejderen* inkriminiert wurden. Es zeugt vom taktischen Kalkül P. Knudsens und seiner Gefolgsleute, dass kein Mitglied des Parteivorstandes, sondern 20 mehr oder weniger anonyme Parteimitglieder, gleichsam „Stimme des Volkes" spielend, unmittelbar nach der Verabschiedung der gegen S. Andersen gerichteten Resolution den Antrag stellten, der Parteivorstand möge eine neue Parteiversammlung einberufen, in der über den Parteiausschluss des gesamten Redaktionskomitees von Arbejderen abgestimmt werden sollte. Das Redaktionskomitee des Oppositionsblattes hatte zu diesem Zeitpunkt folgende sieben Mitglieder: Bildsø,

1 Ebd.

2 Ergänzung vom Verfasser, der Originaltext ist hier unklar, bzw. unvollständig.

3 Social-Demokraten, 08.11.1889.

4 Vergl. hierzu auch: Oskar Hansen, a.a.O., S. 346.

Bildschnitzer P. Christensen, Nielsen Kolding, F. Möller, Nic. L. Petersen, Seemann P. Christensen und Gerson Trier[1]. Der Antrag wurde angenommen, und zwar mit nur wenigen Gegenstimmen[2].

Schon zwei Tage später, am 9. November, wurde auf einer Sitzung des Parteivorstandes beschlossen, in sämtlichen Lokalorganisationen des Sozialdemokratischen Bundes eine Abstimmung über den Parteiausschluss der sieben Redaktionsmitglieder von *Arbejderen* vornehmen zu lassen, und zwar spätestens am 20. November. Bis dahin wurde allen Lokalorganisationen die Aufnahme neuer Mitglieder untersagt[3]. Dann, am 10. November, erging ein Schreiben P. Knudsens an die lokalen Organisationen des Sozialdemokratischen Bundes im ganzen Lande, mit der Aufforderung, für den Ausschluss der Revolutionären zu stimmen – für Leute, die „die Partei öffentlich besudeln", hiess es bündig, sei kein Platz in der Sozialdemokratie[4]. Gleichzeitig begann in der Parteipresse eine wütende Agitation gegen die Revolutionären und *Arbejderen*, und für den Parteiausschluss der Sieben. Glanzstück in dieser Kampagne war eine Serie von Kurzbiographien der sieben Redakteure im Parteiblatt, deren Ziel die persönliche Desavouierung der Angegriffenen war[5]. Die Kampagne gipfelte in der Gleichstellung der Revolutionären mit Most und Hasselmann:

> *Die (Revolutionären) haben sich solch grober Brüche der Parteidisziplin schuldig gemacht, dass die Sozialdemokratie eines jeden Landes sie ausschliessen würde, genauso wie Johann Most und Wilh. Hasselmann seiner Zeit aus gleichartigen Gründen aus der deutschen Sozialdemokratie ausgeschlossen wurden*[6].

Mit der Beschwörung der Most-Hasselmann-Affäre schielte der Verfasser dieser Zeilen offenbar auch auf die ausländischen Bruderparteien, zumindest die deutsche Sozialdemokratie, zu denen die Revolutionären bekanntlich die besseren Verbindungen unterhielten und die, wie noch näher zu erläutern sein wird, wenig Verständnis für die drastischen Massnahmen P. Knudsens und seiner Anhänger nährten. In jedem Falle waren die Reformsuchenden mit ihrer Agitationskampagne für den Parteiausschluss der Revolutionären dabei, in die Demagogie abzugleiten, und sie liessen keinen Zweifel daran, was sie von den Genossen im ganzen Lande erwarteten: ein klares, massives Votum für den Ausschluss der Sieben – alles andere schadete der Partei. Abgesehen davon war es, wie noch zu zeigen sein wird, nicht das letzte Mal, dass die dänische Parteiführung sich des Most-Hasselmann-Falles als Beispiel für die Notwendigkeit des Hinauswurfs der sieben Redaktionsmitglieder von *Arbejderen* bediente.

Soweit ersichtlich, war die Kopenhagener Lokalorganisation des Sozialdemokratischen Bundes die erste, die zur Abstimmung schritt: schon am 14. November stand der Ausschluss der sieben Redakteure auf der Tagesordnung einer gutbesuchten Mitgliederversammlung.

---

1 Protokol Socialdemokratisk Forbund Sitzung vom 07.11.1889. Die Antragsteller dort namentlich.

2 Social-Demokraten, 08.11.1889.

3 Protokol Socialdemokratisk Forbund, Sitzung vom 09.11.1889.

4 Der Brief ist abgedruckt in: Social-Demokraten, 12.11.1889.

5 Vergl. ebd., 13.11.1889: „De Revolutionæres Karakteristik". Die Antwort in Arbejderen, 18.11.1889.

6 Ebd., 15.11.1889.

Die Abstimmung verlief allerdings weniger glatt, als P. Knudsen und seine Anhänger sich erhofft haben dürften. Aus dem – wie immer sehr lakonischen – Protokoll der Versammlungen des Sozialdemokratischen Bundes ergeben sich, ausser der Bemerkung, es habe „eine bedeutende Diskussion" stattgefunden[1], zwar kaum Hinweise auf die Diskussionen des 14. November; allerdings wurden Bruchstücke einige Tage später in *Arbejderen* publik gemacht, denen zufolge Debatte und Abstimmung etwa so verliefen: P. Knudsen begann mit einem einleitenden Referat, in dem er die Angriffe von *Arbejderen* und der Revolutionären auf Partei und Parteivorstand in den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte[2]. Für den Fall, dass die Partei sich weigerte, dem Parteiausschluss der Sieben zuzustimmen, stellte er seinen Rücktritt in Aussicht[3]. Wer nicht für den Ausschluss stimme, so P. Knudsen schlichtweg, sei kein Sozialdemokrat[4]. Nach dieser Einleitung brachte Lamm, Mitglied des Parteivorstandes, und – wenn auch kein Parteigänger der Revolutionären, so doch jemand, der ihnen viele Sympathien entgegenbrachte[5] – eine Gegenresolution ein, die es sich zum Ziel gesetzt hatte, einen Ausgleich zwischen Revolutionären und Reformsuchenden herbeizuführen. In der Gegenresolution war von „ehrenrührigen und unbegründeten Beleidigungen von beiden Seiten" die Rede sowie vom „freien Diskussionsrecht" in der Partei, das von allen Seiten beachtet werden müsse. Der Resolutionsvorschlag schloss ab mit der Feststellung, „jegliche Diskussion eines Parteiausschlusses" sei vorläufig „unnütz und schädlich"[6]. Gut gemeint und treuherzig wie er war, scheiterte Lamms Gegenvorschlag[7] bzw. musste er scheitern, denn er hätte den Konflikt nur verlängert, ebenso wie eine zweite Gegenresolution, die die Entscheidung über den Parteiausschluss auf den für das Jahr 1890 geplanten Parteitag vertagen wollte[8]. Trotzdem scheinen die Meinungen derart hart aufeinandergeprallt zu sein, dass man sich – unüblicherweise – zu einer schriftlichen Abstimmung entschloss, deren Ergebnis 386 Ja- und 141 Nein-Stimmen (bei drei Enthaltungen) für den Parteiausschluss waren[9]. Das Abstimmungsergebnis war zwar ein klares Votum für den Parteiausschluss; allerdings war die Minderheit derjenigen, die für einen Verbleib der Revolutionären in der Partei gestimmt hatten, überraschend gross und sicherlich grösser, als P. Knudsen lieb gewesen sein dürfte. Bis zum 20. November 1889 stimmten, einschliesslich der lokalen Organisation des Sozialdemokratischen Bundes in Kopenhagen, insgesamt 75 Lokalorganisationen des sozialdemokratischen Bundes ab. Von einer weiteren lag das Abstimmungsergebnis erst am 21. November vor und wurde deshalb bei der offiziellen Zählung nicht berücksichtigt. Zwei weitere Lokalorganisationen hatten das Ergebnis ihrer Abstimmung nur pauschal mitgeteilt, in beiden Fällen als „einstimmiges Ja"; eine von ihnen lieferte das genaue Ergebnis nach, es kam jedoch zu spät, um mitgezählt werden zu können. Von den 75 in die offizielle Zählung

1 Protokol Socialdemokratisk Forbund, Sitzung vom 14.11.1889.

2 Arbejderen, 18.11.1889.

3 Ebd.

4 Ebd.

5 Vergl. hierzu die schon in der Einleitung genannte überaus positive Beschreibung der Revolutionären und ihrer Ziele in Lamms Erinnerungen, a.a.O., vor allem S. 101 f.

6 Protokol Socialdemokratisk Forbund, Sitzung vom 14.11.1889.

7 Ebd.

8 Ebd. Dieser Vorschlag, der von einem „Sägewerksarbeiter Nielsen" eingebracht worden war, ist nicht im Protokoll der Verhandlungen des Sozialdemokratischen Bundes verzeichnet, sondern wird nur in Arbejderen angesprochen.

9 Die Abstimmungsergebnisse insgesamt in: Protokol Socialdemokratisk Forbund, Sitzung vom 21.11.1889.

der Partei eingehenden Lokalorganisationen hatte eine mitgeteilt, nicht zur Abstimmung geschritten zu sein – aus welchen Gründen blieb unerwähnt[1]. Insgesamt lagen bis zum Abend des 20. November 1889 die Abstimmungsergebnisse von 75 Lokalorganisationen vor, die Stimmen verteilten sich wie folgt: 2.643 Ja-Stimmen, 391 Nein-Stimmen, und 27 Stimmenthaltungen. Werden die zu spät mitgeteilten Ergebnisse hinzugezählt, dann ergibt sich folgendes Bild: insgesamt wurden von 76 Lokalorganisationen 3.091 Stimmen abgegeben, und zwar 2.673 Ja- und 391 Nein-Stimmen, sowie 27 Enthaltungen – auf den ersten Blick ein sehr klares Votum für den Ausschluss des siebenköpfigen Redaktionskomitees von *Arbejderen* aus der sozialdemokratischen Partei Dänemarks. Bei näherem Hinsehen ändert sich das Bild jedoch. Werden nämlich die Ergebnisse der Abstimmung mit der Anzahl der sozialdemokratischen Lokalorganisationen und – vor allem – der Gesamtzahl ihrer Mitglieder verglichen, die zwar nicht genau für Ende November 1889, wohl aber für Anfang Juni 1890 bekannt sind, ergibt sich so etwas wie eine Überraschung: im Juni 1890 wurden 109 sozialdemokratische Lokalorganisationen mit insgesamt 14.000 Mitgliedern gezählt. Selbst wenn davon ausgegangen wird, dass in der Zeit der von Ende 1889 bis Anfang Juni 1890 – insbesondere auf Grund der für die Sozialdemokratie günstigen Wahlergebnisse vom Januar 1890 – viele neue Lokalorganisationen gegründet wurden und eine grosse Zahl neuer Mitglieder zur Sozialdemokratie stiessen, erklärt dies nicht den grossen Unterschied vor allem zwischen der Anzahl der abgegebenen Stimmen für oder gegen den Parteiausschluss und der tatsächlichen Mitgliederstärke, die um die 10.000 gelegen haben dürfte. Dies bedeutete, dass sich annähernd zwei Drittel der stimmberechtigten Mitglieder von der Abstimmung über den Parteiausschluss der sieben Revolutionären fernhielten[2]. Wird dies in Betracht gezogen, dann erhält das Abstimmungsergebnis eine andere Qualität – es wird zum nur *relativen* Votum für die Reformsuchenden um P. Knudsen. Es versteht sich natürlich von selbst, dass das Abstimmungsergebnis auch kein Votum für den Verbleib der Revolutionären in der Partei war; es dürfte am ehesten als Ausdruck des Unbehagens des Grossteils der Parteimitglieder an P. Knudsens drastischem Vorpreschen gewertet werden, sowie – vielleicht sogar zum gleichen Teil – als Ausdruck der Tatsache, dass sich die vielen insbesondere neuen Parteimitglieder in der Frage des Parteiausschlusses überfordert fühlten. Eines dürfte jedoch klar sein: Zumindest die 2.500 Ja-Stimmen können als eine bewusste Stellungnahme für den Parteiausschluss gewertet werden.

„Unter dem Strich" lässt sich Folgendes über das Abstimmungsergebnis anführen: es war ein formell korrektes, aber nur relativ mehrheitliches Votum von ca. 25% der Sozialdemokraten für den Ausschluss der sieben wichtigsten Revolutionären, aber es war kein „Plebiszit" für einen Hinauswurf. Insgesamt blieb ein schaler Beigeschmack, den auch die zahlreichen Rechtfertigungsversuche, die anschliessend in der sozialdemokratischen Presse verbreitet wurden und auf die weiter unten noch näher einzugehen sein wird, nicht ändern konnten. Das Abstimmungsergebnis war auch insofern interessant, als es einige Aufschlüsse über die

1 Ebd.

2 Für den sozialdemokratischen Verein von Svendborg ist Genaues bekannt: von den im Sommer 1889 dort registrierten 166 Mitgliedern kamen nur 53 zur Abstimmung. Vergl. Forhandlingsprotokol Svendborg, Sitzung, vom 15.11.1889 und die Mitgliederliste ebd.

geographischen Schwerpunkte der Verbreitung der Anhängerschaft der Revolutionären gab: relativ starke Nein-Sager-Fraktionen gab es demnach in einigen Kopenhagener Lokalorganisationen, allen voran und erwartungsgemäss in der von Amager, der Domäne des Zigarrenarbeiters F. Möller[1] (37 Nein- und nur 1 Ja-Stimme), sowie, abgesehen von der Kopenhagener Lokalorganisation des Sozialdemokratischen Bundes, in den Lokalorganisationen von Østerbro (16 Ja-, 14 Nein-Stimmen), dem Viertel um Blegdam (34 Ja, 17 Nein-Stimmen), erstaunlicherweise aber nicht auf Kristianshavn (338 Ja- und nur 20 Nein-Stimmen). Wirft man einen Blick auf das Ergebnis in den Provinzstädten, dann ragen Helsingør, Svendborg und Odense heraus, d.h. die Orte, in denen die Revolutionären durch eine starke Agitation aufgefallen waren (in der Reihe der Nennung der Orte: 23 Ja-, 22 Nein-Stimmen; 42 Ja- und 8 Nein-Stimmen; 56 Ja- und 9 Nein-Stimmen). Eine echte Überraschung war das Ergebnis im ostjütländischen Randers: hier gab es, neben der sozialdemokratischen Lokalorganisation von Amager, das einzige Ergebnis mit einer Mehrheit von Nein-Stimmen, nämlich 47 gegen 40[2]. Hier wird deutlich, dass, wie noch zu zeigen sein wird, die Revolutionären in Randers, dem Geburtsort des Parteichefs P. Knudsens, zu diesem Zeitpunkt eine relative starke Anhängerschaft hatten, die sich kurze Zeit später auch organisatorisch verselbständigten[3]. Die relativ grösste Anzahl von Ja-Stimmen gab es in Kleinstädten und ländlichen Gebieten. In diesen meist sehr jungen Lokalorganisationen wurden fast nur Ja-Stimmen abgegeben, wenn nicht sogar, wie eingangs vermerkt, pauschal mit „Ja" gestimmt wurde.

Nachzutragen bleibt, was mit S. Andersen geschah, d.h. mit derjenigen, die mit ihrem Artikel im Oppositionsorgan die unmittelbare Ursache für den Parteiausschluss geliefert hatte, aber laut Zeugnis der Reformsuchenden nur die Rolle eines ausführenden Organs für ihre revolutionären Hintermänner gespielt hatte, so dass ihr Name auf der Liste der Ausgeschlossenen gar nicht erst erschien. Zusammen mit Nielsen Kolding, der wie sie zu den Gründern der sozialdemokratischen Lokalorganisation von Frederiksberg gehörte[4], gab sie am 18. November 1889 ihre Parteimitgliedskarte zurück, nämlich als sie konstatieren musste, dass ihr Lokalverein sich mehrheitlich für den Parteiausschluss der Redaktion von *Arbejderen* ausgesprochen hatte, und zwar mit 15 gegen 5 Stimmen[5].

Insgesamt war der Ausschluss der Redaktion von *Arbejderen* eine Affäre, die nicht zuletzt wegen der Art und Weise, in der sie seitens der Reformsuchenden gehandhabt wurde, einen üblen Nachgeschmack hinterliess. Dass dies nicht nur für den postumen Betrachter, sondern auch für die Zeitgenossen gilt, wird in den Abstimmungsergebnissen deutlich, die – wie gezeigt wurde – kein Plebiszit für den Parteiausschluss waren. Das Vorpreschen von P. Knudsen und seiner Gefolgsleute im Parteivorstand nahm während der Affäre endgültig den Charakter einer Schmutzkampagne gegen die Revolutionären an, was sich vor allem in der Desavouierung S. Andersens zeigte. In der Art, wie die reformsuchende Mehrheit im

1 Der Verein von Amager gab obendrein am 15.11. eine Solidaritätserklärung für Möller ab, vergl. Arbejderen, 02.12.1889.

2 Protokol Socialdemokratisk Forbund, Sitzung vom 21.11.1889.

3 Vergl. unten, 7.6.1.

4 Nielsen Kolding war Vereinsvorsitzender, S. Andersen gehörte dem Vorstand an. Vergl. Socialdemokratisk Vælgerforening Frederiksberg, 1. Kreds: Forhandlingsprotokol for Schønbergkvarteret af 1889-93, Bd 1, ABA, 16.08.1889.

5 Ebd., 18.11.1889.

Parteivorstand den Artikel der Sozialdemokratin als Stein des Anstosses selbst ins Rollen brachte, wird ausserdem sehr deutlich, dass der Artikel nur einen Vorwand abgab, denn nicht nur die Verfasserin, deren Parteiausschluss nicht zur Diskussion gestellt wurde, wurde verfolgt, sondern ihre angeblichen Hintermänner. Der Artikel war die Gelegenheit, die beim Schopfe ergriffen wurde; wäre er nicht erschienen, hätte sich eine andere Gelegenheit finden müssen. Für diese Deutung spricht auch die aussergewöhnliche Eile, mit der der Parteiausschluss der Sieben betrieben wurde: zwischen dem offiziellen Entschluss, den Ausschluss zur Abstimmung zu bringen, und dem Schlussdatum für die Stimmabgabe in den einzelnen Vereinen lagen nicht einmal zwei Wochen – eine ungewöhnlich knappe Zeitspanne für ein so wichtiges Unterfangen, die natürlich denjenigen, über deren politisches Schicksal abzustimmen war, kaum eine Chance für – vor allem im Vergleich zur Presseпropaganda der Reformsuchenden – effektive Gegenmassnahmen liess. Der Eindruck, dass die sich bietende Gelegenheit mit allen Mitteln, und vor allem „hier und jetzt", genutzt werden sollte, drängt sich geradezu auf – wäre den Auszuschliessenden ein längerer Reaktionszeitraum eingeräumt worden (etwa durch Vertagung der Abstimmung auf den Parteitag 1890), dann hätten sich die Gewichte sicherlich zu Gunsten der Revolutionären verschieben lassen können. Es hätte auch dann wohl keine Mehrheit für sie gestimmt, aber bestimmt hätten sich mehr als 391 Sozialdemokraten für ihr Verbleiben in der Partei ausgesprochen. Mit Fug und Recht hätte dann von einer drohenden Parteispaltung die Rede sein können.

Wie Trier Engels im November 1889 mitteilte, war der Anlass für die von Engels so bezeichnete „letzte Kopenhagener Haupt- und Staatsaktion"[1] die für den Januar 1890 ins Haus stehenden Folketingswahlen[2]. Trier zufolge gefährdeten die Breitseiten des Oppositionsblattes gegen die Bündnispolitik die Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit Venstre und ihrem städtisch-liberalen Anhang; d.h. letztendlich, dass auch die sozialdemokratischen Aussichten für die Wahl geschmälert wurden. Trier hatte insofern Recht, als die Gefährdung des Bündnisses und damit der Wahlaussichten sicherlich die unmittelbare Ursache für den Hinauswurf abgaben, die Motive lagen aber tiefer. Es darf nicht vergessen werden, dass die revolutionäre Kritik den Katalysator für die Unzufriedenheit vieler Sozialdemokraten mit dem Bündnis abgab, und dass die Revolutionären es verstanden hatten, diese Unzufriedenheit in ihre eigenen Kanäle umzuleiten. Als Beispiele dafür mögen die Svendborger Resolution, die Querelen um die dänische Teilnahme am Pariser Kongress der II. Internationale und schliesslich auch die Diskussion der Resolution Nr 6 vom Pariser Kongress dienen. Es darf ebenso wenig vergessen werden, dass das oberste Ziel der Revolutionären die Korrektur des Kurses der Partei „nach links" war – wie Trier wenige Tage vor dem Parteiausschluss dem Reporter der linksliberalen Tageszeitung *Politiken* in den Schreibblock diktierte, ging es ihm und seinen Gesinnungsgenossen darum, der Partei „durch unsere Agitation innerhalb der Partei dieser eine modernere Prägung" zu geben[3], d.h. die Sozialdemokratie, deren „Majorität und Leitung

1 Vergl. Dokumente 17.

2 Vergl. Dokument 16.

3 13.11.1889.

auf dem possibilistischen Standpunkt" waren, wie er Engels gegenüber ausdrückte[1], von innen her ideologisch auf- und umzurüsten. Das bedeutete im Klartext, sie mit dem Marxismus zu vereinigen. Das Vorbild der „modernen" Partei dürfte vor allem die deutsche Arbeiterpartei abgegeben haben. Der Artikel trug die bezeichnende Überschrift „Der Arbeiter-Konflikt. Werft sie hinaus!"

Die Mittel, derer sich Trier, Nic. L. Petersen und ihre politische Freunde bedienten, hatten sich als geeignet genug erwiesen, die Reformsuchenden das Fürchten zu lehren: neben 1. der offenen Kritik, mündlich und schriftlich vorgetragen, waren es 2. die Mobilisierung der internationalen Arbeiterbewegung gegen die Politik der dänischen Partei, die einem Isolierungsversuch gleichkam, und die vor allem in Paris, aber auch in der Einholung von Bebels „Gutachten" zur sozialdemokratischen Wahltaktik zum Ausdruck kam, und 3., die fortschreitende, bewusst betriebene Fraktionsbildung. Vor allem diese musste P. Knudsen und die Mehrheit im Parteivorstand mit Besorgnis erfüllen: die relativ zahlreichen Vereine, die die Teilnahme der Dänen am Pariser Arbeiterkongress verlangten und bewerkstelligten; der grosse Einfluss der Revolutionären im Parteivorstand; die Gründung des Literarisch-Sozialistischen Vereins; die Auflagenhöhe von *Arbejderen*, immerhin 1.000 Exemplare pro Woche – hier handelte es sich um Indikatoren des wachsenden Einflusses der Revolutionären in der Partei, die darauf schliessen liessen, dass, wenn nicht schnell und hart durchgegriffen wurde, aus einem eventuellen Ausschluss eine regelrechte Parteispaltung, oder ein Abgleiten der Partei in eine radikalere Linie werden konnte. Stattdessen blieb es – so viel kann schon an dieser Stelle festgestellt werden – bei der Absplitterung einer Minderheit. Es scheint so, als habe die Abstimmung vom 18. Oktober 1889, bei der die Revolutionären mit einer relativ grossen Minderheit verloren, den Reformsuchenden gleichsam im Nachhinein einen Fingerzeig darauf gegeben, dass, wenn – noch – gehandelt werden sollte, dies hier und jetzt zu geschehen hatte, d.h., bevor der Einfluss der Opposition zu gross wurde.

Monate nach dem Parteiausschluss gab Nielsen Kolding, einer der Ausgeschlossenen, seine persönliche Sicht des Parteiausschlusses. Sie ist – wenn auch polemisch und moralisierend – insofern interessant, weil sie die Rolle P. Knudsens in der Ausschlussaffäre unterstrich und darauf aufmerksam machte, dass die Revolutionären in der Partei inzwischen Einfluss und Sympathien gewonnen hatten, weshalb es an der Zeit war, sie auszuschliessen, bevor ihr Einfluss bedrohliche Dimensionen annehmen konnte. Nielsen Kolding brachte zu Papier:

> *<u>Wir</u> haben uns nicht ausgeschieden – wir sind brutal vor die Tür gesetzt worden, nach allen Regeln der Kunst. Mit Hilfe eines Urteils, das von Leuten ausgesprochen wurde, die von dem, worüber sie urteilten, keine Ahnung hatten, wurden wir hinausgeworfen. Das Fieber hatte die Leiter der Reformsuchenden zu stark ergriffen, um als Männer auftreten zu können, die den Widerpart zu Wort kommen lassen. Nein, die Parole kam vom Chef; sie hiess: Hinauswurf, und man gehorchte blind – obwohl dadurch die allgemeinen Rechtsvorstellungen beiseitegeschoben wurden. Die Angst war ihnen (den Reformsuchenden) in den Körper gekrochen –*

1 Dokument 16.

> *die nagende Angst davor, dass unsere Opposition in der Partei, nach und nach, so vielen die Augen geöffnet hätte, dass es für sie schwer geworden wäre, die Macht zu halten und dabei die Partei im Sumpfe der Kleinbürgerlichkeit zu halten, der Ursprung und Grundlage ihrer Machtstellung war. Es rumorte ja schon.*

Und weiter schrieb der Verfasser der inzwischen ausgeschlossenen Opposition mit Recht das Verdienst für die Teilnahme der Dänen am Marxisten-Kongress 1889 zu:

> *Bei der Frage der Teilnahme der Partei am Pariser Kongress war es die Opposition und nicht die Clique aus dem Parteihauptquartier, die die Sache entschied – und so, wie es dabei ging, hätte es ja schon öfter gehen können, und deshalb mussten die Wortführer hinausgeworfen werden*[1].

Abschliessend ist festzustellen: der Parteiausschluss der Revolutionären war die Antwort des Parteichefs P. Knudsen und seiner reformsuchenden Mehrheit auf den Versuch der Revolutionären, mit verschiedenen Mitteln, unter denen das der Bündniskritik das wirksamste und für die Partei gefährlichste war, den reformistischen Kurs der Sozialdemokratie zu korrigieren und sie – sowohl taktisch als auch strategisch und ideologisch – dem Vorbild der grossen Parteien der II. Internationale, vor allem der SAPD, anzugleichen[2].

5.2 Reaktionen

Es ist kaum anzunehmen, dass P. Knudsen und die Reformsuchenden auch nur im Entferntesten ahnten, welchen Entrüstungssturm sie in der internationalen Arbeiterbewegung mit dem Parteiausschluss der Sieben hervorrufen würden. Tatsächlich scheinen sie das internationale Renommee der Revolutionären erheblich unterschätzt zu haben, ebenso wie die Netzwerke und guten persönlichen Beziehungen vor allem Triers und Nic. L. Petersens zu vielen führenden Persönlichkeiten der internationalen Arbeiterbewegung, die Nic. L. Petersen auf dem Pariser Kongress hatte erneuern können.

5.2.1 Socialist League, SDAP und skandinavische Auslandsorganisationen

In ihrem Organ „Commonweal" verurteilte die „Socialist League" am 30. November 1889 den Parteiausschluss der sieben Redakteure von *Arbejderen* und äusserte die Vermutung, die sich offensichtlich abzeichnende Spaltung der dänischen Sozialdemokratie könne zur „Wiedergeburt des Sozialismus in Dänemark" führen. Dem ist anzumerken, dass ein

1 Nielsen Kolding, De Revolutionære, Kopenhagen 1890, hier zitiert nach der Neuausgabe in: C. H. Petersen, a.a.O., S.39.

2 Diese Wertung des Parteiausschlusses steht im Gegensatz zu anderen, beispielsweise zu der Togebys, die a.a.O., S. 117, den Parteiausschluss als Reaktion des Parteivorstandes auf das illoyale Verhalten der Revolutionären und, wie sie es sieht, ihren Bruch der Parteidisziplin, zurückführt. Natürlich ist dies eine Simplifizierung, die sich allerdings mit der Deutung der offiziellen sozialdemokratischen Geschichtsschreibung deckt, vergl. z.B. Jensen u. Borgbjerg, a.a.O., S. 479 f.

Sozialismus, um wiedergeboren werden zu können, erst einmal gestorben sein muss. Dies war eine recht negative Wertung der dänischen sozialdemokratischen Bewegung.

Nicht ganz so scharf äusserte sich „E.K.", ein gut informierter und wahrscheinlich in Kopenhagen lebender Deutscher oder Österreicher, in der (Wiener) *Arbeiter-Zeitung* am 20. Dezember 1889 – er gab der Hoffnung Ausdruck, dass „die Spaltung, von der noch die Arbeiterpartei keines Landes verschont geblieben ist", zur Trennung zwischen „Klassenbewusstsein" und „Opportunismus" in der dänischen Arbeiterbewegung führen könnte, denn:

> *Die Opposition hat in die Partei neues Leben gebracht; sie hat vor Allem die Solidarität mit den Arbeitern der anderen Länder auf ihre Fahnen geschrieben, und sie tritt klassenbewusst, marxistisch auf, wie die Arbeiter in Deutschland, Oesterreich und anderswo, während im Hauptvorstande der Partei die Meisten Marx nur dem Namen nach kennen.*

Den Zitaten ist nichts hinzuzufügen: sowohl die Socialist League[1] als auch die österreichische Partei hakten die dänische Sozialdemokratie als nichtrevolutionäre und nichtmarxistische Organisation und als Opportunisten ab. Proteste gingen auch von den Organisationen skandinavischer Arbeiter ein, in denen Trier und Nic. L. Petersen während ihres Auslandsaufenthaltes gewirkt hatten – so vom „Skandinavischen Lese- und Diskussionsverein" in Paris[2] und aus London vom „United Scandinavian Club". Der Erstgenannte machte klar, dass

> *Rede- und Gedankenfreiheit immer eine der ersten Forderungen seitens der verschiedenen sozialistischen Arbeiterorganisationen gewesen (sind), weshalb wir diesen Hinauswurf als Machtmissbrauch ansehen, der der Partei mehr als den Ausgewiesenen schadet*[3]*,*

während der Letztgenannte sich die Gelegenheit nicht entgehen liess, die Missbilligung des Parteiausschlusses der Sieben mit einer Schelte der Politik der „Kompromisse mit bürgerlichen Parteien, besonders bei Wahlen", der die dänische Sozialdemokratie nachginge, zu verbinden[4]. Weitere Proteste gingen ein von der „Londoner Freien Presse"[5], und, besonders massiv, vom „Skandinavischen Sozialistischen Bund" in New York, welcher geltend machte:

> *Wir protestieren, weil das Motto für allen Sozialismus: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, ebenso wie die heiligsten Menschenrechte, nämlich die Gedanken- und Redefreiheit, auf das Schändlichste gekränkt und vergewaltigt wurden. Wir*

1 Allerdings war die Socialist League zu diesem Zeitpunkt schon eine eher unbedeutende Organisation und dabei, in den Anarchismus abzugleiten. Vergl.: Mark Bevir, The Making of British Socialism, Princeton 2011, besonders S. 267 ff.

2 Arbejderen, 13.02.1890. Dieser Verein dürfte mit dem in Kapitel 3.1 genannten „Skandinavischen Sozialistenverein", den Nic. L. Petersen gegründet hatte, identisch gewesen sein.

3 Nach der Wiedergabe ebd.

4 Nach: Nielsen Kolding, De Revolutionære, a.a.O., S. 51.

5 Ebd., 06.01.1890.

> *protestieren im Namen der Freiheit, denn wie kann man erwarten, irgendwann frei zu werden, wenn es möglich ist, innerhalb einer sozialistischen Partei eine Handlung zu begehen, die an moralischer Niedrigkeit vergleichbar ist mit der Reaktion, ja auch mit den Inquisitionen des Mittelalters*[1].

Natürlich liess *Arbejderen* es sich nicht nehmen, sämtliche Sympathiekundgebungen zu veröffentlichen und „die sozialistischen Blätter in Skandinavien" zu bitten, diesem Beispiel zu folgen[2].

5.2.2 Die Arbeiterparteien Norwegens und Schwedens

Am Tiefsten fühlten sich die Reformsuchenden, allen voran P. Knudsen, jedoch von den Protesten der skandinavischen Bruderparteien und der deutschen Genossen getroffen, was darin zum Ausdruck kam, dass P. Knudsen in beiden Fällen persönlich intervenierte. Was die Arbeiterparteien sowohl Norwegens als auch Schwedens anging, so ist hier anzumerken, dass die dänische Sozialdemokratie für beide sehr jungen Bewegungen eine Rolle spielte, die sich mit der vergleichen lässt, die die deutsche Sozialdemokratie und ihre beiden Vorläufer für andere europäischen Arbeiterparteien, zumal die dänische, spielte: sie war, wenn nicht Modell, so doch Vorbild der norwegischen und schwedischen Parteien, und zwar sowohl ideologisch, vor allem programmatisch[3], als auch organisatorisch[4]. Im Falle Norwegens kam hinzu, dass wichtige Gründerpersönlichkeiten Dänen, d.h. aus Dänemark eingewanderte Sozialisten waren, unter ihnen Carl Jeppesen, der Redakteur des in Kristiania (Oslo) erscheinenden *Social-Demokraten* und ausserdem der eine der beiden norwegischen Delegierten auf dem internationalen Arbeiterkongress in Paris[5].

Anfang Januar 1890 erschien im norwegischen *Social-Demokraten* ein äusserst kritischer Artikel zum Parteiausschluss der sieben Revolutionäre, der aus der Feder C. Jeppesens gestammt haben dürfte. In diesem Artikel wurde kurz auf die Beschuldigungen eingegangen, die S. Andersen zu Papier gebracht hatte – sie seien zwar hart gewesen, die Beschuldigten hätten jedoch, so hiess es, um sie zu konterkarieren, einfach das Gegenteil beweisen können. Stattdessen wurden laut (norwegischem) *Social-Demokraten* die „gröbsten Beschuldigungen gegen die Opposition" vorgetragen. Der einzige wirkliche Fehler, den die Revolutionären gemacht hätten, war, dass sie ihr eigenes Organ herausgaben -

> *aber dass dies Grund genug sein soll, sie aus der Partei auszustossen, vermögen wir nicht einzusehen. Im Übrigen gab es Fehler und Übertreibungen auf beiden Seiten,*

1 Zitiert in Arbejderen, 17.03.1890.

2 Ebd.

3 Vergl. hier z.B. Bengt Ahlsén, Perioden för partiets grundande, in: Från Palm til Palme. Den svenska socialdemokratins program 1882-1960, hrsg. von Föreningen socialistisk debatt, Stockholm 1972, S. 16, 19. Vergl. auch: Einhart Lorenz, Arbejderbevegelsens historie. En innføring. Norsk sosialisme i internasjonalt perspektiv, Bde 1-2, Bd 1: 1789-1930, Bd 2: 1930-1973, hier Bd 2, S. 64 f.

4 Dies gilt vor allem für die norwegische Partei. Einen Hinweis darauf liefert ein von Christian Holtermann Knudsen, einem der Gründer der norwegischen Partei, handschriftlich norwegischen Verhältnissen angepasstes Exemplar des Organisationsstatuts der dänischen Sozialdemokratie von 1885. Nachlass Chr. Holtermann Knudsen, Arbeiderbevegelsens Arkiv, Oslo.

5 Protokoll Paris 1889, S. 131. Dass Nic. L. Petersen und Carl Jeppesen einander gut kannten, bezeugt Dokument 32.

> *jedoch hätte es für die Partei ein leichtes sein müssen, sich darüber hinwegzusetzen, ohne zu einem so brutalen Mittel wie einem Parteiausschluss greifen zu müssen*[1].

P. Knudsens Antwort folgte auf dem Fusse. Seinem norwegischen Parteifreund und dänischem Landsmann, zu dieser Gelegenheit von ihm spitz mit „Herr C. Jeppesen" angesprochen, stellte er die Frage, wie er wohl reagieren würde, wenn ihm jemand zurufen würde:

> *Sie sind ein grosser Schlingel. Sie haben ihre Überzeugung verkauft und schaden dem Sozialismus, und zwar, um sich selbst persönliche Vorteile zu verschaffen. Sagen Sie diesem Manne dann: Geehrter Gesinnungsgenosse! Komm, lass uns die Sache diskutieren. Deine Ansicht kann vielleicht berechtigt sein*[2].

Offensichtlich, so P. Knudsen weiter, habe C. Jeppesen eine ganz andere Vorstellung von „persönlicher Honorigkeit" als er. Als Parteichef und obendrein als Ehrenmann sei er der Auffassung, dass Personen, die derartig unehrenhafte Anklagen formulierten, aus der Partei zu entfernen seien – dies sei seine Pflicht gegenüber der Partei, aber auch seine Pflicht gegenüber sich selbst[3]. C. Jeppesen wollte sich mit dieser moralisierenden Sicht der Dinge nicht abfinden. In einem nicht minder moralisierenden Antwortschreiben führte er aus, dass die ausgeschlossenen Revolutionären immerhin Parteimitglieder waren, und dass sie als solche, trotz der Anschuldigungen, Anspruch auf eine Diskussion ihrer Standpunkte gehabt hätten; stattdessen hätte man zum „brutalen Mittel" des Parteiausschlusses gegriffen[4]. Damit habe sich die dänische Sozialdemokratie auf eine Stufe mit Bismarck und der deutschen Bourgeoisie begeben:

> *Ich sehe keinen Unterschied zwischen der Handlungsweise der dänischen Sozialdemokratie gegenüber den Ausgeschlossenen, und der Handlungsweise der deutschen Bourgeoisie gegenüber den des Landes verwiesenen deutschen Sozialdemokraten*[5].

Darüber hinaus verurteilten sowohl der „Sozialdemokratische Bund" in Kristiania als auch der „Sozialistische Arbeiterverein" in Bergen, die beiden grössten und wichtigsten Organisationen der zu diesem Zeitpunkt noch sehr dezentral aufgestellten norwegischen sozialistischen Bewegung, den Parteiausschluss der sieben Revolutionäre in jeweils einstimmig verabschiedeten Resolutionen[6].

Auch die schwedischen Parteiorgane kommentierten den Parteiausschluss. Der in Stockholm erscheinende und von Hjalmar Branting redigierte *Social-Demokraten* äusserte Zweifel an der Richtigkeit der von den Reformsuchenden in der dänischen Parteipresse wiederholt an die Adresse der Revolutionären gerichteten Beschuldigung, sie seien „Parteispalter im

1 Nach: Arbejderen, 06.01.1890.
2 Ebd.
3 Ebd.
4 Ebd.
5 Ebd.
6 Die Resolutionen sind abgedruckt bei C. H. Petersen, a.a.O., S. 54.

Dienste der Rechten" – in Wirklichkeit sähe es doch eher so aus, als ob die Minorität sich nicht in dem Masse, wie von der Majorität gefordert, der Parteidisziplin beugen wolle. Es sei ausserdem „ein starkes Stück", einen Angriff auf führende Sozialdemokraten mit einem Angriff auf die Gesamtpartei gleichzustellen[1].

Der ebenfalls in Stockholm erscheinende *Proletären* war „der wirklichen Ursache" des Parteiausschlusses auf der Spur: die sieben Ausgeschlossenen

> *... haben den revolutionären Sozialismus gegenüber dem Kompromisslertum der Vertrauensmänner der dänischen Partei mit den liberalen Führern hochgehalten. Viele haben dieses Kompromisslertum mit Bestürzung und Verwunderung betrachtet*[2].

P. Knudsen dürfte es in den Ohren geklingelt haben. Den stärksten Angriff formulierte jedoch das Organ der südschwedischen Sozialdemokratie, das in Malmö und von A. A. Danielsson redigierte Blatt *Arbetet*. A. Danielsson lag, wie schon oben erwähnt, mit dem Sozialdemokratischen Bund in Kopenhagen, vor allem mit P. Knudsen, seit längerem in Fehde. Seine Sympathien gehörten den Revolutionären, wobei hinzuzufügen ist: noch. Vor allem Trier und Nic. L. Petersen stellten für ihn „die grosse Welt, die Bildung, Europa" in der dänischen Arbeiterbewegung dar, wie er einmal Branting gegenüber äusserte, wohingegen P. Knudsen und seine Anhänger im Parteivorstand „Spiessbürger, Philister, Waschweiber", eben „Dänen (d.h. Patrioten)"[3] darstellten. Mit dem Parteiausschluss der sieben Redakteure von *Arbejderen*, so A. Danielsson verächtlich, setzten P. Knudsen und seine Gefolgsleute, „diese Versammlung egoistischer Berufspolitiker", ihrem Werk die Krone auf:

> *Dass eine sozialistische Arbeiterpartei Mitglieder wegen bestimmter Anschauungen aus ihren Reihen ausschliesst, gehört zum Schändlichsten in der Welt, und wir sind sicher, hier in ‚Arbetet', ohne die Gefahr des Widerspruches seitens eines einzigen unserer Leser, diesem Parteivorstand unsere tiefste Verachtung aussprechen zu können, weil er diesen schändlichen Weg eingeschlagen hat, um seine Stellungen zu schützen. Es ist unsere Pflicht, uns so deutlich auszudrücken, wenn das grosse Anliegen des Sozialismus zur Kappe für die schlechtesten Bestrebungen und die simpelsten Tendenzen wird*[4].

Wohl wissend, dass es zwecklos sein würde, auf einer Gegendarstellung im Stockholmer *Social-Demokraten*, im *Proletären* oder gar in *Arbetet*, dem Organ seines Intimfeindes A. Danielsson, zu bestehen, verfiel P. Knudsen auf die Methode, bei einem ihm persönlich bekannten schwedischen Sozialisten zu intervenieren, nämlich dem Handschuhmacher-Kollegen Wilhelm Nicolaus Grimlund[5], dem er mitteilte, es sei wichtig, dass „wenigsten ein

1 Arbejderen, a.a.O.

2 Ebd.

3 A. Danielsson an Branting. 29-9-1889, Nachlass Branting, Vol. 2, Arbetarrörelsens Arkiv, Stockholm. Die Parenthese im Original.

4 Zitiert nach: C. H. Petersen, a.a.O., S. 54 f.

5 Grimlund war Mitbegründer und zeitweilig Sekretär der schwedischen Gewerkschaft der Handschuhmacher. Vergl. P. Knudsen an Grimlund, 02.12, 1889, in: Therkel Stræde. P. Knudsens vrede. Et brev til W.N. Grimlund om „de revolutionæres" eksklusion 1889, in: Arbejderhistorie 26 (1988), S. 72-77, S. 76.

paar schwedische Arbeiter die Angelegenheit von einer anderen Seite sehen als nach dem Rezept A. Danielssons"[1]. Er fühle sich dazu, so P. Knudsen an gleicher Stelle, „durch die Unverschämtheiten" A. Danielssons veranlasst, die dieser in Schweden über die dänische Sozialdemokratie verbreitete, und die offensichtlich Wirkung zeigten: „Er", nämlich A. Danielsson

> *... schafft ein gespanntes Verhältnis zwischen schwedischen und dänischen Arbeitern. Wir merken dies deutlich am Auftreten mehrerer schwedischer Arbeiter, die in letzter Zeit hierhergekommen sind. Die Arbeiter können den Kapitalismus selbstverständlich nur bekämpfen, wenn sie einander gegenseitig unterstützen, aber A. Danielsson arbeitet darauf hin, Feindschaft zwischen schwedischen und dänischen Arbeitern zu schaffen*[2].

Am meisten fürchtete der dänische Parteichef, wie er durchblicken liess, eine offizielle Stellungnahme der Schweden in der dänischen Parteiausschlussaffäre nach dem Muster der gerade von den Norwegern verabschiedeten: „Ich habe gehört, dass die schwedische Arbeiterpartei vorhat, einen Beschluss zu fassen in der Ausschlussangelegenheit hier in Dänemark"[3]. Zu diesem „Beschluss" – gemeint war sicher eine Protestresolution – kam es allerdings nicht. P. Knudsen beteuerte Grimlund gegenüber noch einmal seinen Standpunkt in der Ausschlussangelegenheit:

> *der Ausschluss hat nicht stattgefunden, weil die genannten Personen andere prinzipielle Anschauungen als wir haben, sondern weil sie uns und die Partei in der Ehre gekränkt und heruntergemacht, und damit auf die Sprengung der Partei hingearbeitet haben*[4].

Bemerkenswert ist hier die Beharrlichkeit, mit der P. Knudsen den Entschluss der dänischen Sozialdemokratie zum Parteiausschluss der Revolutionären als Disziplinarangelegenheit deklarierte: dies zeigt, wie sehr dem Parteichef an der Verschleierung der sachlichen Inhalte der Auseinandersetzung zwischen den Reformsuchenden und den Revolutionären gelegen war. Wie sich auf dem im Sommer des Jahres 1890 abgehaltenen skandinavischen Arbeiterkongress zeigen sollte, und wie weiter unten noch darzustellen sein wird (in Kapitel 7.1) hatte P. Knudsen vorerst keinen Erfolg mit seinem Versuch, das durch den Parteiausschluss der Revolutionären erheblich beschädigte Renommee seiner Partei und seiner selbst zu reparieren; innerhalb der skandinavischen Arbeiterbewegung waren die Dänen für Monate, wenn nicht gar länger, isoliert.

Wie gezeigt wurde, entrüsteten sich die ausländischen Sozialisten vor allem über das offensichtliche Missverhältnis zwischen dem geringen Anlass für den Parteiausschluss, und der Schwere der anschliessenden Exekution, eben den Parteiausschluss: ein paar beleidigende Sätze, geschrieben von einer engagierten, sicherlich auch übereifrigen

1 Ebd.
2 Ebd., S. 75 f.
3 Ebd., S. 76.
4 Ebd., S. 75.

Sozialistin, waren ausreichend, um den Bannstrahl der Partei auf sieben Personen herabzurufen, die summarisch für den Artikel verantwortlich gemacht wurden – das Missverhältnis zwischen angeblicher Ursache und Wirkung war so gross, dass niemand daran zweifeln konnte, dass es hier nicht um die Ahndung einer Beleidigung ging, sondern darum, Andersdenkende und Unbequeme aus der Partei zu werfen. Die gegenteiligen Behauptungen P. Knudsens, seine immer wieder verlautenden Beteuerungen, beim Parteiausschluss sei es ganz sicher nicht darum gegangen, eine Opposition mundtot zu machen, sondern – krass ausgedrückt – um die „Ehrenrettung" verdienter Funktionäre, verfingen, wie gezeigt wurde, bei den ausländischen Sozialisten nicht, sondern wurden als die Schutzbehauptungen erkannt, die sie waren. Kein Wunder also, dass die Sozialdemokratien Schwedens und Norwegens mit Entrüstung reagierten.

5.2.3 Der Sozialdemokrat

Anders als Engels, den, wie er selbst mit Befriedigung feststellte, „keine Partei in irgendeinem Land … zum Schweigen verurteilen" konnte[1], und dessen Haltung zum Ausschluss der Sieben noch gesondert darzustellen ist, versuchte *Der Sozialdemokrat* im dänischen Parteistreit Neutralität zu wahren. Dies gelang ihm, d.h. dem unter dem Einfluss von Engels stehenden Bernstein, nur schlecht; Engels zufolge lagen die Sympathien des Blattes, trotz allen Bemühens um Neutralität, „auf Seiten der Revolutionären"[2], dies natürlich sehr zum Ärger von P. Knudsen. Das illegale Organ der deutschen Sozialdemokratie begann erst relativ spät über die Opposition in der dänischen Arbeiterpartei zu berichten. Im Oktober 1889 schrieb „Aus Dänemark" ein „Rinaldini" über das Bündnis zwischen Sozialdemokratie und Venstre, dass er kritisierte; es sei bedauerlich, dass die Sozialdemokratie das Bündnis auch für die Wahl im Januar 1890 nicht aufgeben wolle und erneut „den Schwanz" von Venstre zu spielen bereit sei[3]. Mit Lob bedachte Rinaldini, dessen Pseudonym sich nicht klären liess, der aber der DLG angehört haben dürfte, die Parteiopposition und ihr Organ, *Arbejderen*, und zwar vor allem wegen ihrer bündniskritischen Haltung. Rinaldini deutete an, dass die Revolutionären mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen hätten: „Wie alles Neue", so der „Räuberhauptmann", habe auch „die junge Opposition einen harten Stand, denn Schmähungen und Verdächtigungen regnen auf sie hernieder". Trotzdem glaubte er nicht, dass eine Parteispaltung im Verzuge sei, bzw. dass es zum Ausschluss kommen würde, denn „eine gesunde Opposition in einer sozialdemokratischen Partei beweist nur deren Lebensfähigkeit"[4]. Die Reaktion des dänischen Parteiblattes fiel erwartungsgemäss schroff aus: Rinaldini, hinter dem *Social-Demokraten* einen der Revolutionäre vermutete, schreibe wissentlich die Unwahrheit, wenn er versuche, die dänische Sozialdemokratie „zum Schwanz der Linken" (d.h. Venstre) zu erklären, jedoch:

1 Engels an Bebel, 01. (-02.) 05.1891, in: MEW, Bd 38, S. 89-97, S. 94.

2 Engels an Vera Iwanowna Sassulitsch, 14.04.1890, in: MEW, Bd 37, S. 390.

3 Der Sozialdemokrat, 19.10.1889.

4 Ebd.

> *Wie verwerflich es auch sein mag, dass Personen, die sich ‚Parteifreunde' nennen, derlei Korrespondenzen verbreiten, so ist es doch viel verwerflicher, dass ein Blatt wie ‚Der Sozialdemokrat' solche Angriffe gegen die sozialdemokratische Partei eines anderen Landes veröffentlichen will. Das Organ der deutschen Sozialdemokratie sollte auf sein Ansehen und seine Autorität achten. Aber das tut das Blatt nicht, indem es derartige Angriffe veröffentlicht, deren Berechtigung nachzuprüfen es sich nicht die geringste Mühe gemacht hat*[1].

Diese Zeilen bedeuteten im Klartext: das Organ der deutschen Sozialdemokratie sollte sich gefälligst aus dem dänischen Parteistreit heraushalten, zumindest wurde ihm das Recht dazu bestritten, die Opposition zu Worte kommen zu lassen. Davon abgesehen ist anzumerken, dass die Reaktion des dänischen Parteiblattes in einer Form vorgetragen wurde, die nur hysterisch genannt werden kann.

Der Sozialdemokrat war allerdings nicht geneigt, die Kritik des dänischen Parteiorganes zu akzeptieren. Ohne sich auf den hysterischen Ton einzulassen, entgegnete es bzw. wohl Bernstein, nüchtern, dass man „persönliche Angriffe" zurückgewiesen hätte, aber „für eine sachliche Kritik werden die Spalten des ‚Sozialdemokrat' immer geöffnet sein, selbstverständlich auch der sachlichen Entgegnung"[2]. Dementsprechend fiel die Reaktion des illegalen Organs der deutschen Arbeiterpartei auf den Ausschluss der sieben Redaktionsmitglieder von *Arbejderen* aus: zwar vorsichtig, aber deutlich meinte wahrscheinlich Bernstein, sowohl der dänische Parteivorstand als auch die Opposition seien mit ihren gegenseitigen Beschuldigungen über das Ziel hinausgeschossen, und obendrein sei der Parteivorstand „von übertriebener Empfindlichkeit". Und weiter: „Im Interesse der dänischen Sozialdemokratie" sei der Parteiausschluss bedauerlich – derartige Massnahmen „nach dem Muster der katholischen Kirche" sollten nur zur Ahndung „wirklich ehrloser Handlungen" bzw. nur dann angewandt werden, wenn sich alle anderen Mittel, Meinungsverschiedenheiten aus dem Wege zu räumen, erschöpft hätten; beides sei jedoch nicht der Fall gewesen[3]. Verglichen mit dem durchgehend harschen Ton, den die skandinavischen Arbeiterblätter bzw. -parteien und Gruppierungen, sowie die *Arbeiter-Zeitung* als auch *Commonweal* gegenüber der dänischen Sozialdemokratie eingeschlagen hatten, war dies eine sehr mässig formulierte Verurteilung des Parteiausschlusses der Revolutionären durch das deutsche Parteiorgan, aber es war eben doch eine Verurteilung, daran gab es keinen Zweifel.

Die Tatsache, dass nun auch das Organ der deutschen Sozialdemokratie, der wichtigsten, grössten und angesehensten Partei in der eben erst gegründeten (und erst später sog.) „II. Internationale" gegen die Dänen Front machte, dürften den Parteivorstand um P. Knudsen mehr als alles andere in der Parteiausschlussaffäre geschmerzt haben. Als nun aber auch noch die mit den Verhältnissen in der dänischen Sozialdemokratie bestens vertraute und den Revolutionären nahestehenden DLG im deutschen Parteiorgan protestierte und die Affäre

1 Social-Demokraten, 27.10.1889.
2 Der Sozialdemokrat, 09.11.1889.
3 Ebd., 14.12.1889.

um den Ausschluss genauer referierte[1], sah P. Knudsen sich genötigt, einen Versuch zu machen, den Ausschluss der Opposition, wie er sich aus seiner bzw. der Sicht der Reformsuchenden darstellte, im deutschen Parteiorgan zu erläutern.

P. Knudsen versuchte, die Ausschlussaffäre herunterzuspielen: einerseits sei sie bedeutend genug gewesen, die dänische Partei zu bewegen, den Organen der Bruderparteien über sie Mitteilung zu machen; andererseits sei sie „eine innere Frage", und die dänische Partei habe „ein unbestreitbares Recht" darauf, ihre inneren Angelegenheiten auf eine Weise zu erledigen, die sie für richtig erachte[2]. Wenn seine Partei sich nun doch zu einer längeren Darstellung des Ausschlusses entschlossen habe, dann, so P. Knudsen, nur, weil die Parteiorgane des Auslandes „den falschen und verdrehten Darstellungen der Ausgeschlossenen" aufgesessen seien[3]. P. Knudsen beschrieb sodann, wie schon etliche Male zuvor, den inkriminierten Artikel S. Andersens; die Angriffe von *Arbejderen*; die angeblichen Parteispaltungsabsichten der Revolutionären; ihre möglichen Verbindungen zur Rechten; schliesslich die Abstimmung, kurz: sein Rechtfertigungskatalog enthielt sämtliche Positionen der Reformsuchenden gegenüber den Revolutionären, wie sie sich im Laufe der zweiten Hälfte des Jahres 1888 und während 1889 angesammelt hatten[4]. Der aggressive Stil, in dem P. Knudsen seine Rechtfertigung vortrug, insbesondere sein beharrliches, ja hysterisches Pochen auf die Souveränität seiner Partei in internen Angelegenheiten, zeugen dabei von einer nicht geringen Unsicherheit des dänischen Parteichefs, aber auch von der Dringlichkeit seines Bemühens, die Isolation, in die seine Partei durch den Ausschluss der Revolutionären geraten war, schnellstens zu durchbrechen. Letzteres dürfte der eigentliche Grund für seine langatmige Rechtfertigung im deutschen Parteiorgan gewesen sein. Insgesamt waren P. Knudsens Anstrengungen jedoch vergeblich, denn *Der Sozialdemokrat* antwortete ihm geradewegs, der Ausschluss sei „ein Fehler, den wir im Interesse der dänischen Partei bedauern." P. Knudsens Versuch einer Rechtfertigung im deutschen Parteiorgan sei „nur ein Beweis von der Erbitterung, mit der auf beiden Seiten gekämpft" werde[5].

5.2.4 Friedrich Engels

Friedrich Engels kommentierte den Parteiausschluss der Sieben mit Kopfschütteln. In seinem Briefentwurf an Trier vom 18. Dezember 1889 bemerkte er:

> *Was nun die Verfahrensweise der Hovedbestyrelsen Ihnen & Ihren Freunden gegenüber betrifft, so ist eine solche summarische Ausschliessung der Opposition von der Partei allerdings vorgekommen in den geheimen Gesellschaften von 1840-51; die geheime Organisation machte sie unvermeidlich. Sie ist ferner vorgekommen, & oft genug, bei den englischen physical force Chartisten unter der Diktatur O' Conners. – Aber die Chartisten waren eine direkt aufs Losschlagen organisirte Partei, wie schon der Name sagt, standen deshalb unter Diktatur, & die*

1 Ebd., 04.01.1890.
2 Ebd., 18.10.1890.
3 Ebd.
4 Ebd.
5 Ebd.

> *Ausschliessung war eine militärische Massregel. Dagegen in Friedenszeiten kenne ich ein ähnliches willkürliches Verfahren nur bei den Lassalleanern der J.B. von Schweitzerschen „strammen Organisation"; von Schweitzer hatte es nötig wegen seines verdächtigen Umgangs mit der Berliner Polizei, & beschleunigte damit nur die Desorganisation des allg. d. Arbeitervereins. Von den heute bestehenden soz. Arbeiterparteien würde es wohl kaum einer einzigen … einfallen, eine in ihrem eignen Schoss erwachsende Opposition nach dem dänischen Muster zu behandeln.*

Insgesamt konnte er innerparteilichen Oppositionen durchaus positive Aspekte abgewinnen:

> *Es gehört zum Leben & Gedeihen einer jeden Partei dass in ihrem Schoss gemässigtere & extremere Richtungen sich entwickeln & selbst bekämpfen, und wer die extremeren kurzer Hand ausschließt, befördert dadurch nur ihr Wachsthum. Die Arbeiterbewegung beruht auf der schärfsten Kritik der bestehenden Gesellschaft, Kritik ist ihr Lebenselement, wie kann sie selbst der Kritik sich entziehen, die Debatte verbieten wollen? Verlangen wir denn von Andern das freie Wort für uns bloss um es in unsren eigenen Reihen wieder abzuschaffen?*

Diese Zeilen[1] bedürfen kaum weiterer Erläuterung. Tatsächlich hat Engels nie ein Hehl daraus gemacht, und dies auch den deutschen Sozialdemokraten gegenüber mehrfach betont, dass innerparteiliche Demokratie, vor allem „Freiheit der Diskussion"[2] und eine „ungeniert Opposition" machende Parteipresse[3] für das Gedeihen sozialistischer Parteien unabdingbar waren. Allerdings, ohne den Begriff zu benutzen, bezichtigte Engels in seinem Briefentwurf Trier bzw. die Revolutionären, eines Verhaltens, das dem Dogmatismus bedenklich nahekam. Er führte aus:

> *Sie verwerfen principiell alles & jedes, selbst momentane Zusammengehn mit andern Parteien. Ich bin revolutionär genug mir auch dies Mittel nicht absolut verbieten zu lassen unter Umständen wo es das vortheilhaftere oder am wenigsten schädliche ist.*[4]

Und er setzte fort, es sei falsch, davon auszugehen, dass die Sozialdemokratie „nicht momentan andre Parteien zu ihren Zwecken benutzen kann", und, umgekehrt, „dass sie nicht andre Parteien momentan unterstützen kann"[5], es käme nur auf die Situation an, bzw. darauf, ob ein solches Vorgehen einen Vorteil mit sich führe,

> *… für uns direkt, oder für die geschichtliche Entwicklung des Landes in der Richtung auf die ökon. & politische Revolution – unbestreitbar & der Mühe werth*

1 Vergl. Dokument 17.

2 Engels an Bebel, 01. (-02.) 05.1891, in: August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels.

3 Engels an Bebel, 19.10.1892, ebd.

4 Dokument 17.

5 Ebd.

> *ist. Und vorausgesetzt dass der proletarische Klassencharakter der Partei dadurch nicht in Frage gestellt wird. Dies ist für mich die absolute Grenze*[1].

Allerdings gab er zu bedenken, dass Venstre, angesichts der „Oppositionskomödie" die sie spiele, inzwischen wohl schon so korrumpiert sei, dass sich aus einer – wenn auch nur punktuellen – Zusammenarbeit mit ihr für die Sozialdemokratie kaum Vorteile ergeben könnten, weswegen natürlich auch „die Taktik der Hovedbestyrelsen" falsch sei[2].

Leider ist nicht gesichert, ob es bei diesem Briefentwurf blieb, oder ob Trier den fertigen Brief tatsächlich erhielt. Obwohl, wie es den Anschein hat, in der Literatur stillschweigend davon ausgegangen wird, dass Engels den Brief fertigstellte und abschickte, spricht der Ansicht des Verfassers dieser Zeilen zufolge viel dafür, dass dies nicht der Fall war, d.h. dass der Brief Trier eben nicht erreichte bzw. dass er von Engels nicht fertiggestellt und abgeschickt wurde. Trier hat nämlich niemals den Empfang des Briefes bestätigt, ihn nie diskutiert und von ihm, und dies erscheint entscheidend, weder gegenüber den Reformsuchenden um P. Knudsen noch in anderem Zusammenhang Gebrauch gemacht – etwa, indem er den Brief, wie, wie noch zu zeigen sein wird, die Stellungnahme von Engels zu A.C. Meyers Interpretation der Most-Hasselmann Affäre und der Darstellung von Marx und Engels als „unpraktischen" Theoretikern, in *Arbejderen* veröffentlichte[3]. Dies wäre für P. Knudsen und die Reformsuchenden mehr als peinlich, beinahe schon vernichtend gewesen, und es kann davon ausgegangen werden, dass Trier sich eine solche Gelegenheit, P. Knudsen und den Reformsuchenden eine sozusagen von Engels vorbereitete und sanktionierte Ohrfeige zu verpassen, nicht hätte entgehen lassen. Immerhin hatte Engels Trier, sicherlich angesichts der Veröffentlichung seiner Stellungnahme zu A.C. Meyers oben besprochenen erratischen Ausführungen in *Arbejderen*, eine Veröffentlichung seines Briefes bzw. Briefentwurfes, ausdrücklich erlaubt, indem er abschloss mit der Bemerkung: „Wenn Sie wünschen sollten, diesen Brief *ganz* zu veröffentlichen, so habe ich nichts dagegen"[4]. Dass es zum Letzteren nicht kam, dürfte als ein wichtiges Zeichen dafür gewertet werden, dass der Brief vom 18. Dezember 1889 nicht über das Stadium des Entwurfs hinauskam und Trier ihn nicht erhielt. Und abgesehen davon: Engels hat den Briefentwurf nie unterschrieben – auch dies dürfte andeuten, dass der Brief nie abgeschickt wurde.

5.3 Abschliessendes zum Parteiausschluss

Es kann hier festgestellt werden, dass die Reaktion der ausländischen Arbeiterparteien bzw. ihrer Organe, sowie die von Engels, von der allerdings nicht gesichert ist, dass sie bekannt wurde, auf den Ausschluss des siebenköpfigen Reaktionskomitees von *Arbejderen* ausgesprochen negativ war; die ausländischen Arbeiterparteien, darunter die deutsche Sozialdemokratie und die skandinavischen Bruderparteien, verurteilten den Parteiausschluss als überzogen und als Versuch, die freie Meinungsäusserung einer legalen,

1 Ebd.

2 Ebd.

3 Vergl. Kapital 7.1. unten, und Dokument 10.

4 Dokument 17.

ja sogar wünschenswerten Parteiopposition massiv zu unterdrücken. Insgesamt dürfte die dänische Sozialdemokratie kaum jemals isolierter dagestanden haben als in den Monaten nach dem Parteiausschluss der Redaktion des Oppositionsblattes. Der Parteiausschluss bedeutete einen Schlussstrich unter knapp eineinhalb Jahre revolutionärer Oppositionspolitik *in* der dänischen Sozialdemokratie. Es war den Revolutionären in dieser Zeit nicht gelungen, die Partei von innen heraus umzuformen, d.h., sie zum Verlassen des reformsuchenden, d.h. reformistischen Kurses zu bewegen. Trotzdem hatte die Opposition einiges erreicht, und Trier fasste dies in einem Brief an Engels in drei Punkten zusammen:

> *1. sie hat Diskussion verursacht, und damit Zulauf zu den Veranstaltungen der Partei, 2. sie hat die Teilnahme der Partei am Pariser-Kongress erzwungen, 3. sie hat die Aufstellung von mehr sozialdemokratischen Kandidaten als zuvor erzwungen*[1].

Dem kann nur zugestimmt werden – tatsächlich sind in der dänischen Sozialdemokratie vor allem die Probleme von Strategie und Taktik bis dato und sicherlich auch noch einige Jahrzehnte danach, nämlich bis zum „Ministersozialismus" Thorvald Staunings, keiner ähnlich eingehenden und breiten, auch die Parteimitglieder einschliessenden Diskussion ausgesetzt gewesen; dies bedeutete, dass das, was der „Politisierungsgrad" der Parteimitglieder genannt werden könnte, selten ähnlich hoch gewesen war wie in den Jahren 1888 und 1889. Auch war, wie gezeigt wurde, die Teilnahme der Dänen am Kongress der Marxisten das Resultat des zähen Bemühens der Revolutionären. Und schliesslich und endlich ist es höchst zweifelhaft, ob die Sozialdemokratie die Anzahl ihrer Folketingskandidaten bei den Wahlen am 21. Januar 1890 ohne die Agitation der Revolutionären gegen das Bündnis mit Venstre von vier bei den Wahlen von 1887 auf nunmehr zehn erhöht hätte[2].

Aus der Sicht der Reformsuchenden um P. Knudsen musste sich der Parteiausschluss natürlich anders darstellen, nämlich als eine Erfolgsgeschichte. Nicht nur hatten die Revolutionären, d.h. das Redaktionskomitee von *Arbejderen*, selbst den – wenn auch fadenscheinigen, so doch bequemen – Grund zum Parteiausschluss geliefert: nämlich Illoyalität; auch war, wie sich, wenn nicht sofort, dann jedoch später, herausstellte, der Zeitpunkt des Ausschlusses der Sieben richtig gewählt, wenigsten taktisch betrachtet: er kam, bevor es den Revolutionären gelungen war, eine grössere Anhängerschaft zu gewinnen. Wie schon angesprochen, bedeutete dies, dass der Ausschluss der Revolutionären keine Parteispaltung verursachte, sondern nur die Absplitterung einer Minderheit. Darin lag, wenigsten auf lange Sicht, unzweifelhaft der eigentliche Erfolg des Parteiausschlusses.

5.4 Gegendarstellungen der Reformsuchenden

Allerdings – dass im dänischen Parteiblatt weitere Versuche unternommen wurden, den Ausschluss der Sieben zu rechtfertigen, kann als Zeichen dafür gewertet werden, dass dem

1 Dokument 16.

2 Helms, a.a.O., S. 73.

Vorstand des Sozialdemokratischen Bundes bei der Parteiausschlussaffäre letztendlich nicht wohl war. P. Knudsens Reaktion auf die Kritik insbesondere des deutschen Parteiblattes zeigt, dass ihn die Einwendungen der ausländischen Bruderparteien, insbesondere der deutschen, nicht unberührt liessen, daher seine Rechtfertigungsversuche, unter denen der Rückblick auf das Jahr 1889 in *Social-Demokraten* vom 2.1.1890 herausragte. Er war natürlich nach innen gerichtet, also ein Rechtfertigungsversuch vor den Parteimitgliedern, und soll hier auszugsweise zitiert werden:

> *Zum Jahresende gab es eine Abrechnung mit den Elementen in unserer Partei, die neulich aus dem Auslande heimgekehrt waren und sich verpflichtet fühlten, die inzwischen fast 20-jährige Arbeit zahlreicher Parteifreunde umzukrempeln. An dem, was da vorging, gab es nichts spezifisch Dänisches. Überall hat man solche Kämpfe gekannt, wo Personen, entweder im Interesse anderer Parteien, oder aus persönlichem Ehrgeiz, versucht haben, bestehende Organisationen zu sprengen, und überall hat man sich solcher ‚Parteifreunde' entledigt. Am Anfang dieses Jahrzehnts gab es bei uns eine ähnliche Bewegung, die zum Schluss, 1884, dazu führte, dass die Reaktion sogar mit Geld die sogenannten ‚revolutionären' Sozialisten stützte, um damit einen Keil in unsere Partei zu treiben. Damals missglückte der Versuch, und sowohl die Verräter als auch ihre Helfer wurden demaskiert. Auch diesmal verfügte unsere Partei über genug Stärke, um die notwendige Parteidisziplin aufrechtzuerhalten und den Leuten die Tür zu weisen, die Unfrieden verbreiten und unserer praktischen Arbeit im Dienste des Sozialismus Hindernisse in den Weg zu legen.*

Demnach hatte man sich nur von potentiellen Verrätern und Störenfrieden befreit, aber auch von Personen, die, wie schon anlässlich des inkriminierten Artikels von S. Andersen behauptet worden war, im Verdacht standen, im Solde der politischen Gegner zu stehen. Noch einmal wurden die Gespenster der sog. „Revolutionären" von 1884 heraufbeschworen, nämlich Jaquette Liljencrantz und ihr Ehemann Vilhelm Rasmussen, deren Wochenzeitung *Den nye Socialist* von der Rechten heimlich (mit-) finanziert worden war[1]. Damit wurde bewusst das Spaltungstrauma der frühen 1880er Jahre wiederbelebt. Der Hinweis, dass andere Parteien ähnlich drastisch gehandelt hätten wie die dänische Sozialdemokratie mit dem Hinauswurf der Revolutionären, bezog sich natürlich – und, ist man versucht hinzuzufügen, wieder einmal – auf den Ausschluss von Most und Hasselmann aus der SAPD. Weder zum ersten noch zum letzten Mal angesprochen, ist ausserdem der Vorwurf des „Aus-dem-Auslande-hergelaufen-Kommens" und die Ergebnisse jahrelanger solider praktischer Arbeit auf den Kopf stellen zu wollen, ohne mit den heimischen Verhältnissen vertraut zu sein. Darüber hinaus gab es einige weitere Versuche, die führenden Persönlichkeiten der Revolutionären, allen voran Trier und Nic. L. Petersens, zu desavouieren, u.a. sie gleichsam moralisch zu demontieren und ihnen falsche Motive zu unterstellen. Die Desavouierungsversuche sollen hier nicht einzeln aufgeführt werden[2], es fällt jedoch auf,

1 Vergl. hierzu auch Dokument 13.

2 Vergl. z.B. Dokumente 13 und 18, ebd. Aus der Fülle der Beispiele in Social-Demokraten vergl. die Ausgaben vom 27.02. und 05.03.1890 sowie, besonders perfid, vom 12.01.1890, in dem Trier zum Vorwurf gemacht wird, Offizieren Sprachunterricht zu erteilen. Vergl. hierzu Social-Demokraten, 12.01.1891, und auch: Geheimes Staatsarchiv, Fol. 76.

dass sie – man könnte glauben grundsätzlich – nicht von den Angegriffenen mit gleicher Münze zurückgezahlt wurden.

Aber damit war die Parteiausschlussaffäre noch längst nicht vergessen, denn es gab weitere, inzwischen schon postume Rechtfertigungsversuche. So nahm *Social-Demokraten* noch ein, bzw. zwei Jahre nach der inzwischen sicherlich leidigen Ausschlussaffäre das Auftreten der deutschen „Jungen" auf dem Parteitag von Halle und ihren Ausschluss auf dem Erfurter Parteitag der deutschen Bruderpartei zum Anlass, die deutsche Opposition und die dänischen Revolutionären in einen Topf zu werfen und aufzuzeigen, dass „die deutschen Revolutionäre sich auf die gleiche Art aufgeführt haben wie die Personen, die unter dieser Bezeichnung in Dänemark auftreten"[1]. Dies kann nur als Versuch gewertet werden, den Hinauswurf der Sieben nachträglich, und nun sogar mit Hilfe des Beispiels der deutschen Sozialdemokraten, zu rechtfertigen – noch ein Rechtfertigungsversuch, könnte man hinzufügen, und kein besonders gelungener. Die deutschen „Revolutionäre", hiess es im Bericht des dänischen Parteiorgans vom Hallenser Parteitag verhielten sich „auf die gleiche Art wie die Personen, die unter dieser Bezeichnung hier in Dänemark auftreten". Und weiter:

> *Die Letztgenannten haben bekanntlich immer versucht, den dänischen Arbeitern einzubilden, dass die Vorgehensweise, von der sie wollen, dass die (dänische)[2] Sozialdemokratie ihr folgt, in Übereinstimmung sei mit der Vorgehensweise, derer sich die Sozialdemokratie im Auslande bedient. Im Gegensatz dazu wurde jedes Mal bewiesen, dass die Sozialdemokraten des Auslandes auf gleiche Weise aufgetreten sind wie die Sozialdemokraten hierzulande.*

Das dänische Parteiorgan schlussfolgerte mit Blick auf die Revolutionären im eigenen Lande:

> *Auf dem Parteitag in Halle haben die „Revolutionären" einen vollständigen Schiffbruch erlitten. Wenn sie hiernach erzählen wollen, dass ihre Pläne mit den Sozialdemokraten des Auslandes übereinstimmen, dann machen sie sich regelrechter Lüge schuldig*[3].

Dies ist so zu lesen, dass es neben der deutschen Parteiopposition die dänischen Revolutionäre waren, die in Halle eine Niederlage erlitten, was natürlich weit hergeholt war. Und abgesehen davon war es, milde ausgedrückt, hanebüchen, die dänische Opposition mit der Opposition des Hallenser Parteitages gleichzustellen, und darüber hinaus war schon die Bezeichnung der auch von *Arbejderen* kritisierten deutschen Parteiopposition[4] als „Revolutionäre", die das dänische Parteiorgan seinen Lesern als gültiges Etikett vorgaukelte, eine Unterstellung. Nie wurde die deutsche Parteiopposition als „Revolutionäre" bezeichnet,

1 Social-Demokraten, 25.10.1890. Der Artikel trägt die Überschrift „De Revolutionæres Skibbrud", d.h. „Der Schiffbruch der Revolutionären."

2 Hinzufügung vom Verfasser.

3 Social-Demokraten, 25.10.1890. Der Berichterstatter vom Hallenser Kongress, auf dem die deutsche Partei, und mit ihr die Abgesandten vieler anderer Arbeiterparteien, ihren Sieg über Bismarck feierte, war der Parteiveteran Mundberg, eines der letzten überlebenden Mitglieder dänischen IAA-Sektion. Er dürfte nach Halle geschickt worden sein, weil man ihn für seine Verdienste ehren wollte.

4 Ebd, 07.10.1890.

Engels nannte sie „Literaten und Studenten", was sie denn auch waren, und in der bürgerlichen deutschen Presse gingen sie unter der Bezeichnung „die Jungen", was ebenfalls zutraf[1]. Niemand anders als das dänische Parteiorgan nannte die Oppositionellen des Hallenser Parteitages „Revolutionäre", und zwar abwertend, d.h. Gesinnungsgenossen der sieben ausgeschlossenen Redaktionsmitglieder von *Arbejderen*, was sie nicht waren, legt man dieser Bezeichnung die Ziele der dänischen Revolutionäre zu Grunde: die Kritik der Jungen richtete sich zuvörderst gegen das neue Organisationsstatut der deutschen Sozialdemokratie, der nach zwölf Jahren Sozialistengesetz zur Verabschiedung anstand, und gleichzeitig damit gegen die Parteiautoritäten[2], während im Mittelpunkt der Kritik der dänischen Revolutionären die Allianzpolitik und der reformistische Kurs der Partei standen, hierunter die Landarbeiterpolitik – d.h. der Weg zur Macht. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, dass hier seitens des Sozialdemokratischen Bundes versucht wurde, dort Parallelen zu ziehen, wo es keine gab, was dem sprichwörtlichen Versuch entspricht, Äpfel mit Birnen zu vergleichen. E. Bolz, der Vertrauensmann der DLG, fasste dies in einem Brief an das dänische Parteiorgan wie folgt zusammen:

> *Was die Bemerkungen über den Haller Kongress (d.h. Parteitag) angehen, beschränken wir uns darauf anzuführen, dass diese entweder wissentliche Verdrehungen der wirklichen Verhältnisse sind, oder aber sie bezeugen eine sehr geringe Kenntnis jener Parteiströmungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, die der Artikel die deutschen Revolutionäre nennt*[3].

Was für den Hallenser Parteitag galt, galt auch für den Erfurter ein Jahr später. Der dänische Berichterstatter sinnierte schon in seinem ersten von mehreren ausführlichen Berichten vom Parteitag, dass „der Ausschluss der Revolutionären", d.h. der Jungen, „unvermeidlich" sei[4], um kurz darauf den Parteiausschluss von Werner und Wildberger beifällig bekanntzugeben[5]. Der Berichterstatter übersah dabei, bzw. wählte zu übersehen, dass Werner und Wildberger sowie andere namhafte Vertreter der Jungen zum Zeitpunkt ihres Ausschlusses bereits aus der Partei ausgetreten waren[6]. Insgesamt macht der Versuch des *Social-Demokraten*, zwei Jahre nach dem Ausschluss der Revolutionären aus der sozialdemokratischen Partei Dänemarks diesen mit dem Ausschluss der Jungen aus der Sozialdemokratischen Partei

1 Dirk H. Müller, Idealismus und Revolution. Zur Opposition der Jungen gegen den Sozialdemokratischen Parteivorstand 1890 bis 1894, Berlin 1975, S. 121 (=Beihefte zur internationalen wissenschaftlichen Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd 3), S. 46 f.

2 Ebd., S. 46: „Die Oppositionsbewegung … war eine umfassende, wenn auch inkonsistente personelle, organisatorische, taktische und strategische Kritik an der Sozialdemokratie".

3 È. Bolz (im Auftrage der DLG) an die Redaktion des Social-Demokraten, Kopenhagen, 30.10.1890, Nachlass P. Knudsen. Parenthese vom Verfasser. – Bolz bat vergeblich um Aufnahme dieses Schreibens in das dänische Parteiorgan. Zu Bolz vergl. auch: G. Langkau, a.a.O., S. 710 f.

4 Social-Demokraten, 20.10.1891. Der Berichterstatter vom Erfurter Parteitag ist nicht bekannt bzw. es ist zweifelhaft, ob die dänische Sozialdemokratie einen solchen hatte. Möglicherweise folgten die Berichte vom Parteitag denen des „Nord. Telegrammbüros". Siehe Social-Demokraten, 16.10.1891. Ab 21. Oktober tritt ein „C." als Korrespondent auf.

5 Ebd., 24.10.1891.

6 Müller, a.a.O., S. 108.

Deutschlands (SPD) nachträglich zu rechtfertigen, wenig Sinn[1]. Ob die Versuche des Sozialdemokratischen Bundes, die Kontroversen auf den Parteitagen der SPD von Halle und Erfurt als nachträgliche Rechtfertigung des Parteiausschlusses der Revolutionären zu nutzen, jemals von der SPD zur Kenntnis genommen wurden, ist nicht überliefert und auch zweifelhaft.

1 In der Ausgabe von Arbejderen vom 09.11.1891 wird grundsätzlich auf die Verschiedenheiten der Opposition der Jungen und der dänischen Revolutionären hingewiesen: „Unsere Opposition fusste auf gegensätzlichen prinzipiellen Anschauungen … und einer anderen Auffassung von Taktik – siehe die Allianz – also was man auch über die Verhältnisse in Deutschland sagen kann, so sind sie in allen Fällen verschieden von denen bei uns". – Dies war eine klare und den Tatsachen gerecht werdenden Sicht der Dinge.

6. Die RSAP – Gründung, Programm, Organisation und Verbreitung

Spätestens nach dem Parteiausschluss lag es in der Luft, dass die Revolutionären ihre eigene Partei gründen würden, d.h., dass sie – nun jedoch gezwungenermassen – die Parteispaltung, besser: Abspaltung durchführen würden, die vorzuhaben sie von den Reformsuchenden seit längerem beschuldigt worden waren, die aber nicht ihr ursprüngliches Anliegen gewesen war. Immerhin standen mit dem Literarisch-Sozialistischen Verein und *Arbejderen* sowohl eine separate Organisation als auch eine unabhängige Presse zur Verfügung, waren also die ersten Schritte hin zu einer organisatorischen Verselbständigung bereits vollzogen. Hinzu kam, dass die führenden Revolutionäre, vor allem Trier und Nic. L. Petersen, sich schon in ihrer Korrespondenz mit Engels mit den Problemen einer Parteispaltung auseinandergesetzt hatten, von der zu diesem Thema allerdings nur Bruchstücke überliefert sind, und der zumindest Trier nichts Positives abgewinnen konnte. So teilte er noch Anfang Dezember 1889 angelegentlich des Ausschlusses der Sieben, Engels mit, zwar seien nun einige der „Sprecher" der Opposition aus der Partei ausgeschlossen worden, aber „der Rest der Opposition" solle in der Partei bleiben, gleichsam „in Feindesland", um zu verhindern, dass, wie Trier es Engels gegenüber ausdrückte, die von der Opposition verursachte „Gärung" verpuffte[1]. Obwohl es vereinzelt der Fall gewesen sein mag, dass namhafte Parteigänger der Revolutionären in der Sozialdemokratie verblieben[2], hat es nicht den Anschein, dass es viele waren, und dass es in der Partei „weiterrumorte", im Gegenteil – spätestens nach dem Wahlerfolg 1890 war die revolutionäre Gärung, wenn sie es denn gegeben hatte, in der Partei erstickt.

6.1 Friedrich Engels und das Problem einer Parteispaltung

Der unmittelbare Anlass für die Diskussion einer Parteispaltung zwischen den Revolutionären und Engels war eine Rede A.C. Meyers vor der Kopenhagener Schuhmachergewerkschaft Anfang Mai 1889. Der sozialdemokratische Agitator sagte u.a.:

> *Es wird darüber geredet, dass wir radikale und moderate Elemente in der Arbeiterbewegung haben, und dass eine Spaltung unterwegs ist. Dies würde einen Bruch mit den Traditionen des Klassenkampfes und einen Verstoss gegen den revolutionärsten unserer Grundsätze, formuliert vom revolutionärsten aller Sozialisten, Karl Marx, bedeuten. Er sagt: Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch! … Ob wir uns radikal oder moderat nennen …: wir wehren uns gegen eine Spaltung*[3].

1 Dokument 16.

2 Nachweisen lässt sich dies allerdings nur für Victor Petersen, der in der Partei blieb. A. C. Meyer, der sozialdemokratische linke Agitator und Delegierte auf dem Pariser Kongress, stand den Revolutionären in manchem sicherlich nahe, hat aber soweit bekannt nie erwogen, die Sozialdemokratie zu verlassen.

3 Hier zitiert nach: Hans-Norbert Lahme, Om splittelse i arbejderbevægelsen. En diskussion mellem A. C. Meyer, ‚Arbejderen' og Friedrich Engels, med et fragment af et ukendt Engels-brev, in: Marx i Danmark, S.93-104, S. 96.

Die Antwort von *Arbejderen*, wahrscheinlich von Trier oder Nic. L. Petersen formuliert, kam prompt: A.C. Meyers Aufruf zur Einigkeit sei „milde gesagt ohne Sinn", denn „Einigkeit" sei zwar „eine gute Sache", aber nur „Einigkeit auf der richtigen Grundlage"[1]. Eine eventuelle Spaltung in der Arbeiterbewegung müsse, wie das Beispiel der deutschen Arbeiterpartei zeige, nicht unbedingt einen Bruch der Traditionen des Klassenkampfes bedeuten, sondern könne durchaus von Vorteil sein: gerade, indem sie den Lassalleanern die Einigung lange verweigerten und ihrem Werben Widerstand leisteten, bis dass sie sich endlich entschlossen, zum Gothaer Parteitag zu kommen, hätten die Eisenacher es als die fortschrittlichere der beiden deutschen Arbeiterparteien verstanden, der neuen Arbeiterpartei ihr Siegel aufzudrücken und damit gezeigt, dass „die Spaltung ... ein Mittel war, die ganze Partei voranzubringen"[2]. Dies lässt sich nur so verstehen: hätten die Eisenacher die Vereinigung mit den Lassalleanern „um jeden Preis" gesucht; hätten sie ihrem Werben früher stattgegeben und sich eher mit ihnen vereinigt; dann wäre der Einfluss der Eisenacher auf die vereinigte Arbeiterpartei weit geringer gewesen, als er es tatsächlich wurde. Laut *Arbejderen* hatten die Eisenacher es verstanden abzuwarten, und das bedeutete: die Spaltung aufrechtzuerhalten, bis eine aus der Sicht der Eisenacher günstige Situation für eine Vereinigung eintrat, bzw. „die richtige Grundlage" vorhanden war.

Dies war eine klare und historisch korrekte Wertung der Situation in der deutschen Arbeiterbewegung, wie sie sich vor und auf dem Gothaer Einigungskongress darstellte; sie stimmte, bis, wie noch zu zeigen sein wird, auf Nuancen mit der Wertung Engels' überein, von der sie sicher auch beeinflusst war. Viel interessanter als die Wertung der historischen deutschen Parteispaltung durch die Revolutionären ist jedoch in diesem Zusammenhange ihre prinzipielle Wertung einer Spaltung der Arbeiterpartei, die ebenfalls nicht weit von der von Engels lag. Seit dem Gothaer Vereinigungskongress hatte Engels wiederholt den Gedanken einer Spaltung der deutschen Sozialdemokratie ventiliert, die notwendig sein könnte, wenn die Partei sich des wachsenden Einflusses der kleinbürgerlichen und reformistischen Elemente in ihren Reihen auf Dauer erwehren wolle[3]. Die Revolutionären schlossen sich diesem Gedanken offensichtlich an, d.h., sie wichen nicht davor zurück, eine Parteispaltung für denkbar und notwendig zu halten, wenn sie wohlgemerkt unumgänglich war, um progressive (revolutionäre, marxistische) von moderaten (reformistischen, possibilistischen) Elementen zu trennen. Diese Bewertung der Revolutionären als potentiellen und wenn, dann bewussten Parteispaltern, findet ihre Bestätigung in einem Brief Triers an Engels von Ende Mai 1889, in dem es heisst:

> *Sie können darin sehen, dass die Versuchung zu einer Spaltung gross ist, aber ich teile völlig Ihre Meinung über die Bedenklichkeit einer solchen, und wir haben auch in ‚Arbejderen' versucht, alles zu vermeiden, was eine solche hervorrufen könnte, bevor der rechte Augenblick gekommen ist, d.h., bevor wir sicher sind, dass unsere Ideen vom ‚lebendigen' Teil der Partei gutgeheissen werden*[4].

1 Zitiert nach ebd., S. 97.

2 Zitiert nach ebd.

3 Vergl. Müller, a.a.O., S. 121.

4 Siehe Dokument 7.

In diesem Text, dessen Gegenstück oder -stücke, einer oder mehrere Briefe von Engels an Trier, leider nicht überliefert ist, wird zweierlei deutlich: 1. dass Engels und sein revolutionärer Briefpartner Trier die Möglichkeit einer Spaltung der dänischen Arbeiterpartei eingehend diskutierten, und 2. dass die Parteispaltung mehr als nur eine entfernte theoretische Möglichkeit war, mit der die Revolutionären operierten – sie war eine feste Grösse in ihrem strategischen Kalkül und eine von ihnen bewusst angepeilte Station im Prozess der revolutionären Kurskorrektur der Sozialdemokratie, die im „rechten Augenblick" bzw. auf „der richtigen Grundlage" erfolgen sollte – d.h. dann, wenn der fortschrittliche, von Trier so genannte „lebendige Teil der Partei", die marxistische Theorie akzeptiert hatte.

Um zu A.C. Meyer, seiner Rede vor den Kopenhagener Schuhmachern und der Antwort der Revolutionären zurückzukehren, so liess der Erstgenannte es sich nicht nehmen, seinerseits eine Entgegnung zu formulieren; sie war in *Arbejderen* zu lesen. A.C. Meyer kam darin auf die Vereinigung von Eisenachern und Lasalleanern zurück, die er anders gewertet wissen wollte als die Revolutionären (und Marx und Engels). Für ihn war die Vereinigung der beiden Parteien bzw., wie er es nannte: ihre „Versöhnung", das wichtigste am ganzen deutschen Parteienstreit, und dies sei eben von den beiden Theoretikern und Nicht-Praktikern Marx und Engels völlig missverstanden worden:

> *Trotz ihrer ungeheuren Verdienste für den Sozialismus, haben Marx und Engels gelegentlich unfreundlich auf die praktische Arbeit im Klassenkampf geschaut. U.a. waren sie dagegen, dass die Eisenacher die Versöhnung mit den Lassalleanern suchten, und das sollte man ihnen damit entschuldigen, dass sie die Sache aus der Entfernung sahen. Ihre grossen Verdienste dürften die kleinen menschlichen Fehler der beiden Männer mehrfach entschuldigen*[1].

Natürlich war es absurd zu behaupten, Marx und Engels hätten die praktische Arbeit geringgeschätzt, im Gegenteil: wie kaum sonst jemand hatten sie, seit ihrem Eintritt in den „Bund der Gerechten" unermüdlich als „Praktiker" in der Arbeiterbewegung gewirkt. Es ist daher müssig, A.C. Meyers Behauptung durch die Aufzählung von Gegenbeispielen ad absurdum führen zu wollen; es ist sicherlich ebenso müssig, darauf hinzuweisen, dass Marx und Engels die Parteien und Gewerkschaften immer wieder vor dem völligen Aufgehen in der praktischen Tagespolitik gewarnt hatten – das Ziel der sozialistischen Bewegung, die endliche Befreiung der Arbeiterklasse, durfte selbstredend nicht aus den Augen verloren werden. Hinzu kam, dass A.C. Meyers Behauptung, Marx und Engels hätten sich gegen die Vereinigung der beiden deutschen Arbeiterparteien gesträubt, bekanntlich nicht den Tatsachen entsprach. Marx und Engels waren, wie man weiss, lediglich nicht mit den Bedingungen der Vereinigung einverstanden gewesen – sie kam ihnen zu schnell und zu früh und musste ihrer Meinung nach zu viele Zugeständnisse der Eisenacher an die Lassalleaner mit sich führen. Wie man weiss, gab ihnen u.a. der Kompromisscharakter des Gothaer-Programmes Recht.

1 Arbejderen. 03.06.1889.

A. C. Meyers Behauptungen veranlassten Engels, der Dänisch gut las[1] und *Arbejderen* offensichtlich eingesehen hatte, zu einer Antwort, die leider nur bruchstückhaft und in der dänischen Übersetzung, in der sie im Blatt der Revolutionären veröffentlicht wurde, überliefert ist. Wörtlich heisst es:

> *Marx und ich waren ganz und gar nicht gegen eine Vereinigung der zwei deutschen Arbeiterfraktionen, aber ganz gewiss waren wir gegen die Hast und Übereilung, mit der die Sache von einigen der Eisenacher, die um jeden Preis und augenblicklich die Einheit zu Stande bringen wollten, behandelt wurde. Wäre man unserem Rat gefolgt, wäre die Einigkeit genauso zu Stande gekommen, ohne dass man genötigt gewesen wäre, u.a. einen Mann wie Hasselmann zur Ausarbeitung des gemeinsamen Programms hinzuzuziehen, den gleichen Hasselmann, den man kurz darauf aus der Partei ausschliessen musste. Für unsere ‚kleinen menschlichen Fehler' (wie auch die grossen Fehler) wollen wir gerne die Verantwortung tragen; aber nur, wenn wir uns wirklich schuldig gemacht haben*[2].

Damit wies Engels die „Einigkeit-um-jeden-Preis" Phrasen A.C. Meyers, denen mangelndes Wissen und Verständnis der deutschen Parteigeschichte zugrunde lagen, zurück, und stimmte der Interpretation der deutschen Parteispaltung durch die Revolutionären zu. Es kann hier mit Fug und Recht behauptet werden, dass er damit in letzter Konsequenz, wenn auch indirekt, grünes Licht für eine eventuelle Spaltung der dänischen Sozialdemokratie durch die Revolutionären gab.

Es ist nicht bekannt, wie A.C. Meyer auf diese Korrektur von keinem geringeren als Engels auf seine fehlerhafte Interpretation der deutschen Parteigeschichte reagierte, wenn man nicht die Tatsache, dass die Quellen sich dazu ausschweigen, als bewusstes Totschweigen verstehen will, was vielleicht der Fall war. Wahrscheinlich war ihm die Episode peinlich, zeigte sie ihn doch in einer Situation, in der er weiter vorgeprescht war als sein geringes Verständnis der Geschichte der deutschen sozialistischen Bewegung es erlaubte, weshalb er vom Organ der Revolutionären im Verein mit Engels korrigiert, ja: geschulmeistert und fast schon zum „Simpel" erklärt werden konnte. Wieder einmal zeigte es sich, dass es um Triers und Nic. L. Petersens Wissen in den Bereichen Theorie und Praxis der internationalen Arbeiterbewegung besser bestellt war als um das der Reformsuchenden, und dass sie die besseren internationalen Verbindungen hatten, besonders zu Engels, zu dem keiner der Reformsuchenden um P. Knudsen in direktem Kontakt stand[3].

1 Vergl. Friedrich Engels Brief an Louis Pio vom 7.03.1872, wiedergegeben bei Stender-Petersen, Friedrich Engels' to breve til Louis Pio, 1872, in: Marx i Danmark, S. 77-92, S. 78: „Es versteht sich, dass Sie mir dänisch schreiben. Ich verstehe Ihre Sprache vollständig, da ich mich viel mit skandinavischer Literatur beschäftigt habe, & bedaure nur dass ich nicht dänisch antworten kann, weil ich nie Gelegenheit hatte mich darin zu üben; das kommt vielleicht später."

2 Dokument 10. Zur Authenzität dieses Brieffragmentes siehe den Kommentar bei Lahme, Om splittelse i arbejderbevægelsen, S.100 f. Dokument 10 ist eine „Rückübersetzung" aus dem Dänischen ins Deutsche.

3 Seltsamerweise ist auch von Seiten der Reformsuchenden nie der Versuch unternommen worden, mit Engels Kontakt aufzunehmen, dies trotz J. Jensens Besuch bei Engels 1888, an den sich durchaus hätte anknüpfen lassen.

6.2 Die Gründung der Revolutionären Sozialistischen Arbeiterpartei (RSAP)

Wer geglaubt hatte, dass die Revolutionären den Parteiausschluss sofort zum Anlass nehmen würden, ihre eigene Partei zu gründen, sah sich getäuscht – die Gründung einer eigenen Partei, so zeigte es sich nach dem Parteiausschluss, lag nicht im unmittelbaren Interesse Triers, Nic. L. Petersens und ihrer Parteigänger. Eine Parteigründung kam einer Parteispaltung gefährlich nahe, und wenn auch Engels seine generelle Zustimmung gegeben hatte, war ein solches Vorgehen vorerst „bedenklich"[1]. Dies lag nicht nur daran, dass die Revolutionären auch nach dem Parteiausschluss nicht wissen konnten, wie gross ihre Anhängerschaft unter den Sozialdemokraten tatsächlich war[2]; es hing auch damit zusammen, dass sie nach wie vor davon überzeugt waren, eine Korrektur des Kurses der dänischen Sozialdemokratie lasse sich am besten von innen heraus, aus der Partei selbst, bewerkstelligen. Diesbezüglich schrieb Trier an Engels:

> *Jetzt wurde ein Teil ihrer Sprecher (d.h. Sprecher der Opposition) ausgeschlossen, aber auf einer Versammlung des von der Opposition gegründeten ‚Literarisch-Sozialistischen Vereins' wurde beschlossen, dass der Rest der Opposition in der Partei bleiben solle, um ‚im Lande des Feindes' zu stehen und zu verhindern, dass sich die von der Opposition hervorgerufene Gärung in Nichts auflöst*[3].

Im deutschen Parteiorgan teilte der gut orientierte H. Zanger von der DLG fast gleichlautend mit, dass der Parteiausschluss „formell noch keine Spaltung der Partei (bedeute), da das Gros der Opposition in der Partei-Organisation verbleibt und sich nicht freiwillig des Rechtes der Kritik begeben will"[4]. Aus welchen Gründen die Revolutionären dann schliesslich doch zur Gründung einer eigenen Partei schritten, ergibt sich aus einer längeren Korrespondenz „Rinaldinis" im deutschen Parteiorgan: laut Rinaldini, dessen Identität nicht entschleiert werden konnte, war es das für die führenden Revolutionären niederschmetternde Bild der Sozialdemokratie in den Wochen unmittelbar vor der Wahl vom Januar 1890, das Verhalten ihrer leitenden Persönlichkeiten und Kandidaten auf zahlreichen Wahlversammlungen, bei denen man gleichsam mit Kandidaten von Venstre „Arm in Arm" auftrat, kurz: die „Selbstverläugnung" der Partei aus Rücksicht auf die liberalen Stimmen, die die Einsicht reifen liessen, dass eine solche Partei wohl nicht mehr von innen heraus, sondern – wenn überhaupt – nur noch von aussen her korrigiert werden konnte. Dazu Rinaldini:

> *Die sozialdemokratischen Kandidaten nahmen in einer Weise Rücksicht auf die liberalen Stimmen, die für eine Partei wie die sozialdemokratische, an Selbstverläugnung streift. Ich könnte ellenlange Berichte aus den Wahlreden vorlegen, wo kein Wort vom Sozialismus vorkommt, immer nur Estrup, Verfassungsbruch, Kopenhagens Befestigung, Bier- und Branntweinsteuer,*

1 Dokument 7.

2 Vergl. Trier in Politiken, 13.10.1889.

3 Dokument 16. Parenthese vom Verfasser.

4 Der Sozialdemokrat, 4.01.1890.

> *Beschützung des Mittelstandes, Reformversprechungen, u.s.w. – Dinge, die ein Liberaler gerade so behandeln konnte, aber keine Kritik der heutigen Gesellschaft im sozialistischen, keine Darlegung unserer Ziele in dem Sinne, dass die Zuhörer klar drüber werden konnten, dass sie ihre Stimme einem Repräsentanten einer neuen Weltanschauung gaben*[1].

Die neue Partei wurde am 23. Januar 1890 gegründet. Für diesen Tag wurde nämlich in *Arbejderen* eine „öffentliches Versammlung" angekündigt, mit dem Thema: „Die Gründung der revolutionären Partei". Die Ankündigung erfolgte im Namen des Literarisch-Sozialistischen Vereins. Die Versammlung, so die Ankündigung, wurde von F. Möller eingeleitet, der Eintritt kostete 10 Øre, die zur Deckung der Unkosten für die Lokalmiete gedacht waren. Interessant ist hier, dass die Versammlung – aus welchen Gründen auch immer – öffentlich war, und dass sie weder von Nic. L. Petersen noch von Trier, sondern vom sozialdemokratischen Veteranen und Gewerkschafter F. Möller eingeleitet, was wohl heissen soll: moderiert wurde[2]. Wahrscheinlich hatte der Veteran ein „höheres Gewicht" unter den dänischen Sozialdemokraten als Nic. L. Petersen und Trier, und damit wohl auch möglicherweise mehr Legitimität als die beiden, zumindest für den Zweck der Parteigründung. Das Parteiprogramm, „Parteimanifest" genannt, folgte wenige Tage später[3]. Über den Charakter der neuen Partei schrieb Rinaldini:

> *Von nun an haben wir also zwei sozialistische Parteien in Dänemark, die mit den Marxisten und Possibilisten in Frankreich verglichen werden können. Zu den Possibilisten hat die alte Partei hier schon lange hingeneigt, wie sich namentlich gezeigt hat, als es um die Beschickung des Pariser Kongresses handelte*[4].

Allerdings machte sich Rinaldini keine Illusionen über die Chancen der neuen „Revolutionären Sozialistischen Arbeiterpartei in Dänemark" („Det revolusjonære socialistiske arbejderparti i Danmark", hinfort: RSAP) als Konkurrent zur Sozialdemokratie:

> *Der Standpunkt der neuen Partei … ist selbstverständlich kein leichter, da die Massen im Vorurtheil gegen die Neuerer befangen und, durch das dänische Parteiorgan aufgehetzt, misstrauisch geworden sind. Hoffen wir, dass, wenn auch nach Kämpfen, zuletzt ‚Wahrheit und Klarheit' doch den Sieg davontragen werden*[5].

Das deutsche Parteiorgan zeigte sich keineswegs begeistert von der nun doch eingetretenen dänischen Parteispaltung. Die redaktionellen Kommentare, wahrscheinlich wiederum von der Hand Bernsteins, waren von einer Haltung geprägt, in der sich kopfschüttelndes Bedauern mit tiefer Skepsis paarten: so hiess es in einer Art Zwischenbilanz, dass,

1 Ebd., 08.02.1890.

2 Ebd., 20.01.1890.

3 Das Parteiprogramm wurde am 27.01.1890 in Arbejderen veröffentlicht, und zwar auf der Titelseite. Neuabdruck in Programmatiske dokumenter, Dokument XIX. Zur Orthographie des Parteinamens vergl. 4.4.1, oben.

4 Der Sozialdemokrat, 08.02.1890.

5 Ebd. – Die Schreibweise des Parteinamens entspricht der om Vorhergehenden beschriebenen, in Arbejderern angewandten Orthographie. Vergl. oben, 4.4.1.

> *da es überflüssig ist, nachträglich Moral zu predigen, so können wir nur hoffen, dass die eingetretene Spaltung durch Anspornung der Geister dem Fortschritt der Gesammtbewegung sich förderlich erweisen möge*[1].

6.3 P. Knudsen im Streit mit der deutschen Sozialdemokratie

P. Knudsen hatte es schwer, die Neugründung der Revolutionären zu akzeptieren. Insbesondere stiess er sich an der positiven Berichterstattung über die RSAP in der deutschen Parteipresse. Im Januar 1890 sandte er im Namen des dänischen Parteivorstandes ein „Rundschreiben"[2] an das deutsche Parteiorgan anlässlich des Wahlerfolges seiner Partei am 21. des Monats. Drei von zehn sozialdemokratischen Kandidaten hatten den Einzug ins Folketing geschafft, was von P. Knudsen zum Anlass genommen wurde, „eine Übersicht über die Wirksamkeit der dänischen Sozialdemokratie" zu geben, die auch eine Bilanz ihrer Tätigkeiten war und als Erfolgsgeschichte dargestellt wurde[3]. Das Rundschreiben zur Wahl war jedoch nur ein Mittel, mit dem P. Knudsen versuchte, noch einmal zu Wort zu kommen, und zwar sowohl bezüglich der Parteiausschlussaffäre als auch, und besonders, zur Parteigründung der Revolutionären. Dem Rundschreiben war nämlich ein „ausführlicher Begleitbrief" beigefügt, den das deutsche Parteiorgan sich allerdings weigerte abzudrucken, obwohl P. Knudsen darum gebeten hatte. Wahrscheinlich war er Bernstein zu lang, und nicht nur das, er war auch geeignet,

> *Öl ins Feuer des entfachten Zwistes zu giessen. Nichts liegt uns indessen ferner als das. Wir haben beide Richtungen zu Wort kommen lassen weil wir ein Aussprechen vorhandener Gegensätze für besser halten als ein Todschweigen, aber wir haben unser Möglichstes getan, alle persönlichen Invektiven etc. aus unseren Spalten fern zu halten*[4].

Damit lag Bernstein richtig. Der nicht veröffentlichte Begleitbrief war tatsächlich beleidigend, und zwar auch gegenüber dem deutschen Parteiorgan, welches es u.a. beschuldigte, seinen „Kopenhagener Korrespondenten Platz (zu) geben für Insinuation(en)", die der Verfasser, d.h. P. Knudsen, verächtlich fand[5]. Laut *Der Sozialdemokrat* missfiel dem dänischen Parteichef vor allem,

---

1 Ebd., 01.02.1890.

2 Ein Rundschreiben hat in der Regel mehr als einen Empfänger. Im vorliegenden Fall sind andere Empfänger als das deutsche Parteiorgan nicht bekannt.

3 Ebd., 22.02.1890.

4 Ebd.

5 Im Nachlass P. Knudsen findet sich die Photokopie eines Schreibens von P. Knudsen an Wilhelm Liebknecht vom 07.03.1890, welches aus dem IML in (Ost-) Berlin nach Kopenhagen gelangt ist. Dem Schreiben hinzugefügt sind 2 „Beilagen", von denen die erste eine Kopie des nämlichen Begleitschreibens ist. Wie P. Knudsen Liebknecht mitteilte, „schickte der Unterzeichnete diesem Blatte (d.h. dem deutschen Parteiorgan) ein Schreiben, das nicht veröffentlicht wurde, und das Sie unserer Meinung nach auch kennen müssen …" Das Begleitschreiben fügte der Debatte, einmal abgesehen von (noch) mehr Zank und Polemik, nichts Neues hinzu.

> *… dass wir beiden Richtungen als ‚zwei gleichberechtigte(n) Parteien' Gehör verschafft (haben), wird uns von P. Knudsen … zum besonderen Vorwurf gemacht. ‚Wir danken Ihnen für diese Gleichstellung nicht', schreibt er, und er glaubt uns mit dem Hinweise auf unsere schwarze Liste zu schlagen. Was würden wir dazu sagen, wenn die dänischen Genossen die dort gekennzeichneten Personen als gleichberechtigt mit der deutschen Partei behandeln würden*[1]*?*

Es war also die Tatsache, dass der für P. Knudsen und viele andere die offizielle Meinung der SAPD verlautbarende *Der Sozialdemokrat* der RSAP den gleichen Stellenwert einräumen wollte wie dem Sozialdemokratischen Bund, die den dänischen Parteivorsitzenden so sehr verbitterte.

Wohl, weil es ihm an besseren Argumenten fehlte, verstieg er sich im Laufe der Debatte dazu, die Revolutionären auf eine Stufe mit denjenigen Personen zu stellen, die auf die „schwarze Liste" des deutschen Parteiorgans gerieten, was natürlich nicht den Tatsachen entsprach. *Der Sozialdemokrat* korrigierte dementsprechend, seine „schwarze Liste" ziele darauf ab, Personen namhaft zu machen, die sich unehrenhaft verhalten hätten, und das könne man der dänischen Opposition nun wirklich nicht vorwerfen, denn es ginge im Falle der Auseinandersetzungen innerhalb der dänischen Partei nicht um ehrenhaftes oder unehrenhaftes Verhalten, sondern um „taktische und prinzipielle Differenzen". Die – wenn auch „subjektive" – Meinung des deutschen Parteiorgans sei:

> *Dass uns die Opposition nicht frei von einem gewissen Doktrinarismus zu sein scheint, während wir der Parteileitung den Vorwurf nicht ersparen können, auch der objektivsten Kritik mit einer Empfindlichkeit zu begegnen, die in keiner politischen Partei, am wenigsten in einer sozialistischen am Platze ist. Es ist unsere feste Überzeugung, dass mit weniger Empfindlichkeit und weniger Geneigtheit, jede Opposition als von Gegnern gekauft hinzustellen, der ganze Konflikt der Partei hätte erspart werden können. Gerade der Umstand, dass sie die grosse Majorität für sich haben, sollte die Genossen von der Hauptpartei abhalten, zu Kampfmitteln zu greifen, die auf den objektiven Beobachter den Eindruck terroristischer Intoleranz machen müssen und im Übrigen nichts erzielen, als Verbitterung. Je eher sie darauf verzichten, umso schneller wird die Gesammtpartei die jetzige Krisis überwinden*[2]*.*

In dem obigen Zitat kommt zweierlei zum Ausdruck: 1. die Revolutionären sind leicht doktrinär, was nur heissen kann: zu theorielastig, ihre Kritik ist allerdings objektiv; 2. der Sozialdemokratische Bund ist überempfindlich allem gegenüber, was nach Opposition aussehen könnte und infolgedessen intolerant, beinahe schon terroristisch, was einer sozialistischen Partei nicht gut zu Gesicht steht. Das Verhalten P. Knudsens und seiner Gefolgsleute war demnach laut Bernstein, bzw. *Der Sozialdemokrat* einer sozialistischen Partei unwürdig und schaffte nur Verbitterung. Der Parteiausschluss war eine Überreaktion.

1 Der Sozialdemokrat, ebd.

2 Ebd. Hervorhebung im Text.

Diese nochmalige Missbilligung war das Schlusswort des deutschen Parteiorgans und auch der SAPD/SPD zum Parteiausschluss und zur Parteigründung der Revolutionären. Sie kam einem öffentlichen Schuldspruch nahe und konnte deshalb von P. Knudsen so nicht stehen gelassen werden. Da *Der Sozialdemokrat* kein Interesse an einer Fortsetzung der Diskussion zeigte, verfiel der dänische Parteichef darauf, sich in einem aussergewöhnlich langen und passagenweise mit Verbitterung verfassten Brief an „Hrrn. W. Liebknecht Mitglied des deutschen Reichstag" zu wenden und seiner Empörung über das deutsche Parteiorgan und namhafte deutsche Parteifreunde Ausdruck zu geben, die er den Adressaten bat, publik zu machen. P. Knudsens stiess sich vor allem daran, dass *Der Sozialdemokrat* gewillt war, der neuen Partei den gleichen Stellenwert einzuräumen wie dem Sozialdemokratischen Bund. In sarkastischen Tonfall teilte er Liebknecht mit:

> *… überlassen wir Ihnen selbst zu entscheiden, welches Gewicht oder welche Bedeutung Sie der Partei (d.h. der RSAP) … beimessen wollen. Vielleicht schätzen Sie es höher in Verbindung mit Leuten zu stehen, die auf jede Weise der dänischen Sozialdemokratie zu schaden streben, als mit uns, die (wir) in einer langen Reihe von Jahren im Dienste der Partei gestanden haben, und deren Thätigkeit sowohl als die Resultate dieser Thätigkeit in der Nähe kennen zu lernen mehrere der Vertrauensmänner der deutsche Sozialdemokratie Gelegenheit gehabt haben*[1].

In den folgenden Abschnitten verschärfte sich der Tonfall. Wie bisher in holprigem, dennoch verständlichem Deutsch hiess es weiter:

> *Wir finden ein solches Verfahren wenig übereinstimmend mit dem Standpunkte, welchen es, unserer Meinung nach, sozialdemokratischen Organen einer sozialdemokratischen Parteileitung in einem anderen Lande gegenüber einzunehmen gebührt. Wir haben es als unsere Aufgabe gefühlt uns ausserhalb der inneren Reibungen zu stellen, die in der Sozialdemokratie anderer Länder – z.B. Deutschland Statt finden, und besonders würden wir es als eine Hintansetzung der Rücksichten, die wir den sozialdemokratischen Parteien anderer Länder schuldig sind, ansehen. Wenn wir ausgeschlossenen Leuten in unseren Zeitungen Gelegenheit gäben ihre Verleumdungen gegen die Leitung der angehenden Partei zu verbreiten*[2].

Dies war nichts anderes als eine Aufforderung an das deutsche Parteiorgan und an die Parteileitung bzw. die Reichstagsgruppe, sich geflissentlich aus den Interna der dänischen Partei herauszuhalten, mische diese sich doch auch nicht in die Angelegenheiten anderer Parteien, zumal der deutschen, ein. Aber damit nicht genug. Es zeigte sich nämlich, dass es diesbezüglich noch eine offene Rechnung gab – nämlich den Brief Bebels an Nic. L. Petersen, in dem der Erstgenannte die Wahltaktik der SAPD mit Blick auf Bündnisse mit anderen Parteien erläuterte. Von Letzterer behauptete Knudsen zwar, dass sie der dänischen Bündnispolitik entsprach, was Bebel jedoch nicht bestätigen konnte. Der Brief, der in dänischer Übersetzung in *Arbejderen* veröffentlich worden war[3] war schon mehr als ein

1 P. Knudsen an W. Liebknecht, a.a.O. Parenthesen vom Verfasser.

2 Ebd.

3 Vergl. hierzu Dokument 15. Zur Publikationsgeschichte siehe den Kommentar ebd. Vergl auch Kapitel 4.3.

halbes Jahr alt und bislang vom Sozialdemokratischen Bund zwar nicht kommentiert, allerdings auch nicht vergessen worden, im Gegenteil:

> *Im Monat August v. J. schrieb einer der ausgeschlossenen Personen zu Genosse Bebel betreffend einige Artikel in unserem Organ „Social-Demokraten" über die Wahltaktik der deutschen Sozialdemokratie und die unsrige. Die angehende Person empfing dann von Bebel ein Antwortschreiben, und verlas in einer grösseren Versammlung Bruchstücke daselben auf einer solchen Weise, dass er dadurch das Schreiben um die Leitung unserer Partei und ihr Verfahren zu bekämpfen benutzte. Wir würden es für korrekter angesehen haben, wenn Genosse Bebel, statt den Leuten, welche die dänische Sozialdemokratie bekämpfen, Waffen zu geben, sich an die Leitung der Partei gewandt hätte, damit er sich mindestens einen klaren Begriff, um was es sich handelte, verschaffen könnte. Es geht nämlich aus der Antwort Bebels hervor, als sie später veröffentlich wurde, dass sie die Richtigkeit der Aussagen bestätigt, die von unserer Seite her über die Wahltaktik der deutschen Sozialdemokratie ausgesprochen waren. Sie enthielt den folgenden Passus: ‚Konnten wir bei dem ersten Wahlgang unseren Kandidaten nicht durchsetzen, zogen wir den von unseren Gegnern vor, der uns am nächsten stand, sodann uns am wenigsten schadete.' ‚Umgekehrt geschah es, dass die Mehrzahl in den Parteien, die uns am nächsten standen, in derselben Weise wie wir handelten, wenn ihr Kandidat aus dem Spiele gegangen war, und der unsrige Stichwahl mit einem Gegner hatte.' Diese Aussagen bestätigen die Richtigkeit unserer Behauptungen, nämlich; dass deutsche Sozialdemokraten Stimmen an nicht-sozialdemokratische Kandidaten abgegeben hatten, und dass auf der anderen Seite sozialdemokratische Kandidaten Stimmen von anderen Parteien empfangen hatten. Sie bestätigen zugleich, dass die Wahltaktik der deutschen Sozialdemokratie in Übereinstimmung mit der unsrigen ist, selbstverständlich mit den Veränderungen, die unser Wahlgesetz uns aufdringt. Wir haben nämlich nur Einzelwahlen, keine Stichwahlen. Die einfache Mehrzahl ist entscheidend, mithin gibt es keine absolute Majorität. Unsere Wahlen müssen daher nothwendig wesentlich in derselben Weise wie die deutschen Stichwahlen geleitet werden. Die Übereinstimmung zwischen unseren Wahltaktik und die der deutschen Sozialdemokratie ist noch mehr bestätigt worden durch den letzten deutschen Wahlen, bei welchen der Beschluss des St. Gallen-Kongresses nicht verwendet wurde. Die vorstehende Mitteilung haben wir für richtigst gehalten Ihnen zu schicken, und wir wünschen, dass Sie ihre Kollegen in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion damit bekannt machen*[1].

Und im gleichen Stile und gleichenorts:

> *Die dänische Sozialdemokratie ist gesonnen, wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft, selbst über das Verfahren zu entscheiden, welches hier im Lande sich*

1 P. Knudsen an Liebknecht, a.a.O.

> *am besten eignet die Sozialdemokratie weiter zu führen, den lokalen Verhältnissen gemäss, unter denen wir arbeiten müssen.*

M.a.W.: P. Knudsen betonte hier nachdrücklich die Souveränität der dänischen Sozialdemokratie bezüglich ihrer politischen Taktik. Die deutschen Genossen wurden gebeten, sich aus der Politik der dänischen Partei herauszuhalten, und wenn sie dem nicht entsprachen, wurde ihnen mitgeteilt, dass dies den Dänen dann letztendlich gleichgültig war, da sie besser wussten, welche Politik in ihrem Lande machbar war. Die letzten Zeilen des Briefes von P. Knudsen an Liebknecht enthielten eine vorsichtige, nichtsdestotrotz aber deutliche Zurechtweisung. Es heisst dort:

> *Wir sind gesonnen so zu handeln, dass wir es unserer Überzeugung gegenüber vertheidigen können, selbst wenn Männer, deren Urteil wir sonst sehr schätzen, sich durch Verleumdungen und lügenhafte Beschuldigungen irre leiten lassen.*

Der „Irregeleitete" war natürlich Bebel, welcher den „Lügen" Nic. L. Petersens und Triers aufgesessen war, um deswegen zu einem falschen Urteil über die Wahltaktik der dänischen Sozialdemokratie zu gelangen. Abgesehen davon war P. Knudsen richtig orientiert bezüglich der inzwischen erfolgten Revision des Beschlusses des St. Gallener Kongresses, sich bei Stichwahlen der Stimme zu enthalten[1]. Vor dem Hintergrund der Diskussion einer erneuten Verlängerung des Sozialistengesetzes Anfang 1890 hatte das Zentralwahlkomitee der SAPD nämlich empfohlen, vom St. Gallener Beschluss abzuweichen und bei Stichwahlen für die Kandidaten der bürgerlichen Oppositionsparteien zu stimmen, um auf diese Weise eine Mehrheit der das Sozialistengesetz befürwortenden und zu seiner Verlängerung bereiten Parteien zu verhindern. Dies war allerdings kein Wahlbündnis wie das der dänischen Sozialdemokratie mit Venstre, sondern eine Flexibilisierung der bisherigen Stichwahltaktik, die von P. Knudsen – sei es nolens, sei es volens – überinterpretiert wurde. Auf dem Hamburger Parteitag der SPD 1897 wurden dann feste Kriterien für Stichwahlabkommen mit bürgerlichen Parteien beschlossen[2], die allerdings vorerst eine Seltenheit blieben.

P. Knudsens Schelte der deutschen Sozialdemokratie – und um nicht mehr und nicht weniger handelte es sich hier – verblieb seitens der Gescholtenen unkommentiert; dies gilt auch für die Bündnispolitik der dänischen Sozialdemokratie insgesamt, zu der sich die deutschen Genossen nie wieder äusserten, zumindest nicht coram publico. Letzteres kann nicht verwundern, denn angesichts P. Knudsens hysterischer Reaktion und seines hartnäckigen Pochens auf die Souveränität seiner Partei in ihren inneren Angelegenheiten, d.h. bezüglich der von ihr angewandten Wahltaktik, hätte dies nur mehr Staub aufgewirbelt, ohne dass etwas dabei herausgekommen wäre. Dies kam noch einmal sehr deutlich in einem Brief Bebels an Nic. L. Petersen zum Ausdruck. Nic. L. Petersen hatte sich offensichtlich an Bebel gewandt und sich über die Kompromissbereitschaft der dänischen Genossen, wahrscheinlich gegenüber Venstre, beklagt, wobei der genaue Anlass für Nic. L. Petersens

1 Vergl. hierzu Kap. 5.3. – Zum Folgenden siehe Fricke, Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 bis 1914, S. 512 f.

2 Ebd., S. 523, werden die Bedingungen aufgezählt.

Brief unbekannt ist, weil dieser Brief nicht mehr existiert. Bebel antwortete darauf am 27.06.1893:

> *Den Compromisseifer begreife ich, in Ihrem Lande sind die ökonomischen Verhältnisse noch viel zu wenig entwickelt als dass eine streng social-demokratische Partei von grösserer Bedeutung möglich wäre. Im Eifer Bedeutung zu erlangen geht man dann im Nachgehen zu weit. Ihr Bauernthum ist so wenig für den Socialismus zu gewinnen wie das unsere und mit dem Kleinbürgerthum ist dasselbe der Fall. Darüber darf man sich nicht täuschen.*[1]

Im Klartext hiess dies, dass Bebel die dänische Sozialdemokratie als eine „nicht streng" oder, salopper ausgedrückt, „nicht richtig" sozialdemokratische und obendrein unbedeutende Partei abtat. Sie konnte allerdings nicht besser sein, weil sie ein Kind der ökonomischen Verhältnisse in Dänemark war. Bebel lag in diesem Falle auf einer Linie mit Nic. L. Petersen, der, wie gezeigt wurde, die dänische Sozialdemokratie bei vielen Gelegenheit ähnlich beurteilte, allerdings in schärferer Tonart als Bebel. In den letzten Zeilen seines Briefes bemerkte Bebel dann, in der Art des das Feuer scheuenden „gebrannten Kindes":

> *Ich bitte von diesen Zeilen keinen Gebrauch zu machen, da ich nicht den Anschein erwecken möchte, als wollte ich mich in die dortigen Parteidifferenzen einmischen.* [2]

Innerhalb der dänischen Sozialdemokratie stand die Bündnis- oder Allianzpolitik allerdings weiterhin, wie noch zu zeigen sein wird, im Mittelpunkt der Taktikdebatten der Partei, und zwar für die Dauer von mehr als zwei Jahrzehnten.

6.4 Das Programm der RSAP

Für das Programm der RSAP, ihr sog. „Parteimanifest", das am 27. Januar 1890 in *Arbejderen* veröffentlicht wurde[3], zeichnete der Literarisch-Sozialistische Verein verantwortlich, die gleiche Organisation, die inzwischen auch das Organ der Revolutionären herausgab. Es ist sicherlich nicht abwegig, Trier und Nic. L. Petersen als die Federführenden bei der Niederschrift des Programmes zu vermuten.

Verglichen mit den Programmen anderer sozialistischer Parteien aus der Zeit vor dem Erfurter Programm der SPD, insbesondere mit dem Programm der dänischen Sozialdemokratie (allerdings mit Ausnahme des Malmöer Programms der südschwedischen Sozialdemokratie, welches, obwohl unter der Federführung A. Danielssons verfasst, ohne Einfluss auf das Parteiprogramm der Revolutionären blieb[4]), war das Parteimanifest der RSAP in hohem Masse von den Erkenntnissen des Marxismus durchdrungen. Inhaltlich

1 Dokument 29.

2 Ebd.

3 Das Programm wird hier zitiert nach Programmatiske dokumenter, Dokument XIX.

4 Das Programm in: Bengt Ahlsén, a.a.O., S. 142 f. Der schon oben zitierte Tartakowski nennt das Programm der Südschweden „in theoretischer Hinsicht ... reif" – denn es verlangte vor allem die „Sozialisierung des Kapitals, bzw. die Überführung der industriellen Produktionsmittel in gemeinschaftliches Eigentum", sowie die „Sozialisierung von Grund und Boden bzw. seine Überführung in Gemeineigentum." Vergl. Tartakowski, a.a.O., S. 524.

zerfiel es in zwei Teile – nämlich in die Analyse des kapitalistischen Systems einschliesslich seiner zwangsläufigen Ablösung durch die sozialistische Gesellschaft, und in die Beschreibung der Rolle und Aufgaben der sozialistischen Arbeiterpartei. Die Analyse der „verderblichen Wirkungen der jetzigen Gesellschaftsordnung", ihrer Spaltung in zwei Klassen und der im Schosse dieser Gesellschaft heranwachsenden Kräfte, die zu ihrer schliesslichen Überwindung führen mussten, entsprach insgesamt dem Marxismusverständnis jener Jahre und dürfte u.a. unter dem Eindruck des „Manifests" und der „Ursprünge", vielleicht auch des 1. Bandes des „Kapitals", niedergeschrieben worden sein. Diese Passagen im Parteiprogramm der RSAP, bei weitem sein grösster Teil, waren geprägt vom Glauben an die Zwangsläufigkeit der Überwindung des Kapitalismus, aber auch davon, dass in ihnen – abstrakt und retortenhaft – die Entwicklung hochindustrialisierter Gesellschaften wie der deutschen und englischen nachgezeichnet wurde. Dies aber passte so nicht in das, wie eingangs beschrieben, schwach industrialisierte und wirtschaftlich, politisch und sozial vom Typ kleiner und mittlerer Agrarier geprägte Dänemark, dessen Proletariat weniger städtisch als ländlich war. Das Parteiprogramm der Revolutionären enthielt – und dies war seine Schwäche – keine Analyse der spezifisch dänischen Situation. Die Landwirtschaft wurde nur en passant erwähnt; Bauern und Landarbeiter kamen erst gar nicht vor; die Rede war ausschliesslich von der grossen Industrie und vom industriellen Proletariat, das es so in Dänemark kaum gab.

Der primus motor der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung und damit auch der Transformierung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft war laut Parteiprogramm der Revolutionären weniger der Klassenkampf als die Entwicklung zum Grossbetrieb, die, wegen der ihr innewohnenden Konsequenz zur gesellschaftlichen Transformierung, als durchaus positiv empfunden wurde:

> *Der Grossbetrieb ist deshalb in Übereinstimmung mit dem Fortschritt, wohingegen die Aufrechterhaltung des Kleinbetriebes – die Existenzbedingung des Mittelstandes – reaktionär ist*[1].

Dem entsprach die Aufgabenstellung der sozialistischen Partei – sie hatte den Weg zur sozialistischen Gesellschaft zu bahnen. Als Mittel dafür wurden angeführt: 1. die Organisierung des Proletariats als selbständige Partei; 2. die Weckung des proletarischen Klassenbewusstseins und 3. der Begeisterung in den proletarischen Massen für seine historischen Aufgaben, und 4. die geistige und materielle Stärkung des Proletariats für seinen Kampf gegen den Kapitalismus[2]. Ein fünfter Punkt kam hinzu, der sich direkt an die Adresse der Sozialdemokratie richtete, deren politische Taktik das Programm der RSAP verwarf:

> *Wir müssen uns bestreben, alle falschen Vorstellungen auszurotten, denen zufolge gründliche Verbesserungen in den Bedingungen für die Arbeiterklasse durch die Gesetzgebung erreicht werden können, und wir müssen hervorheben, dass diese,*

1 Vergl. Programmatiske dokumenter, Dokument XIX.

2 Ebd.

> *ebenso wie die mit ihr einhergehende Wahlbewegung, wesentlich als ein Agitationsmittel zu betrachten ist, und dass jede Allianz mit bürgerlichen Parteien abgebrochen werden muss, weil alle bürgerlichen Parteien ein Interesse daran haben, die Grundlage der heutigen Gesellschaft, das Privateigentum am Boden und an den übrigen Arbeitsmitteln, aufrechtzuerhalten*[1].

Ohne Zweifel war der fünfte Punkt eine Kampfansage an die Sozialdemokratie. Die fünf Punkte machten den gesamten „Minimalteil" des Parteimanifestes der RSAP aus – „unsere unmittelbare Tätigkeit"[2]. Selbst wenn in Betracht gezogen wird, dass das Parteimanifest der neuen sozialistischen Partei wahrscheinlich nur provisorischen Charakter hatte, war dies nicht viel; das Programm der Revolutionären enthielt somit keinerlei konkrete Antworten auf augenblickliche und drängende Probleme der dänischen Arbeiter. Es war das Programm einer radikalen, zweifellos marxistischen Minderheit, dessen Stärke im allgemeinen, theoretischen Bereich lag, welches jedoch keine Grundlage abgeben konnte, um die Arbeitermassen anzuziehen, geschweige denn sie der Sozialdemokratie abspenstig zu machen. Trotz aller Schwächen in seinem theoretischen Teil war das sozialdemokratische Programm in seinem praktischen Teil stärker, d.h. attraktiver, indem es Antworten dort bot, wo die Umworbenen der Schuh drückte.

Es sei hier angefügt, dass das Parteiprogramm der RSAP weder eine Neufassung noch Ergänzungen erlebte. Es blieb beim Provisorium des Parteimanifestes, doch spielte im aktuellen Tageskampf ohnehin nur der oben zitierte fünfte Punkt eine Rolle, wohingegen die anderen Teile sowohl des „Maximal-" als auch des „Minimalprogrammes" im Bereich der Theorie und der ideologischen Debatte verblieben. Letzteres kam nirgendwo besser zum Ausdruck als in einem Vortrag Gerson Triers. Der „Hauptrepräsentant der revolutionären Sozialdemokraten"[3] hielt diesen Vortrag, der auch von einem Agenten des preussisch-deutschen Polizeiapparates gehört und aktenkundig gemacht wurde, am 17. Januar 1890, d.h. noch vor der Veröffentlichung des Parteimanifestes und wenige Tage vor der Wahl zum Folketing[4]. Obwohl vor der Veröffentlichung des Parteimanifestes gehalten, können Triers Ausführungen durchaus als Kommentar zu den programmatischen Vorstellungen der RSAP angesehen werden; ausserdem verdeutlichen sie, auf welche Weise sich die RSAP von der Sozialdemokratie abgegrenzt sehen wollte. Folgendes brachte der deutsche Agent zu Papier:

> *Trier erklärte, dass er und seine Genossen nur darum so energisch gegen die sozialdemokratischen Führer aufgetreten seien, weil sie sich immer weiter von den sozialistischen Prinzipien entfernten, so dass sie bald von den übrigen Demokraten nicht zu unterscheiden wären. Persönliches Interesse habe ihnen durchaus fern gelegen, sie hätten sich in ihrem Vorgehen gegen jene Führer einzig und allein durch ideale Beweggründe leiten lassen, um den rein sozialistischen Grundsätzen Geltung*

1 Ebd.

2 Ebd.

3 Geheimes Staatsarchiv, Fol. 75.

4 Ebd.

> *zu verschaffen. Deshalb passe der Name „Sozialdemokraten" auch nicht auf sie, sie seien nur ‚Sozialisten', allerdings revolutionäre.*

Und weiter:

> *Einer aus der Versammlung trat nun auf und fragte Trier, was er denn durch seine isolirte (sic) Stellung eigentlich bezwecke, ob er sich denn getraue ohne irgend welchen Beistand, ja sogar gegen den Widerstand aller übrigen Parteien einen besseren Zustand herbeizuführen. Die beantwortete Trier mit einem unbedingten ‚Ja'. Natürlich könnten die Revolutionären unter den jetzigen Verhältnissen hier im Lande Nichts ausrichten. Wie aber alle sozialistische Erkenntnis von aussen her, namentlich von Deutschland, hierhergekommen sei, so würde die Lösung oder vielmehr die Erlösung auch eines Tages daher kommen. Dann handele es sich darum, dass die Sozialisten hier den rechten Moment zu erfassen wüssten. Dass könne aber nur gut gehen wenn man sich über die Tragweite der Bewegung vollkommen klar wäre. Alle Bestrebungen der revolutionären Sozialisten müssten also darauf gerichtet sein, sich auf diesen grossen Moment vorzubereiten.*

Der Agent und Berichterstatter schlussfolgerte, unzweifelhaft rechtens:

> *Vorläufig scheint also das Wirken der Revolutionären sehr unterschiedlicher Natur zu sein. An den Reichstagswahlen werden sie sich nicht beteiligen, da es ihnen völlig gleichgültig ist, wer die Oberhand behält, die Liberalen oder die Konservativen*[1].

Triers Ausführungen ist wenig hinzuzufügen. Er stellte klar, dass sich die Revolutionären weiterhin als Korrektiv der Sozialdemokratie betrachteten, welches nun nicht mehr von innerhalb, sondern von ausserhalb der Partei auf diese einwirken konnte. Und weiterhin: die Kritik der Revolutionären galt den Führern der Partei – und nicht den einfachen Mitgliedern, muss hier ergänzend hinzugefügt werden. Angesichts der ins Haus stehenden Folketingswahlen hatten sich P. Knudsen und seine Gesinnungsgenossen Trier zufolge inzwischen von „Sozialdemokraten" zu fast nur noch „Demokraten" gemausert. Ausserdem zeigt das Zitat, dass Trier sich keinen Illusionen darüber hergab, was die RSAP auszurichten vermochte – in Dänemark vorläufig nichts, irgendwann jedoch und zwar, ist auch hier hinzuzufügen, in nicht in allzu ferner Zukunft und ausgehend von Deutschland – würde „der Knoten platzen". Was den Zeitpunkt anbetraf, ist es durchaus möglich, dass Trier mit Engels auf einer Linie lag; Engels sah die sozialdemokratische Machtübernahme in greifbarer Nähe – etwa innerhalb einer Generation[2]. Den Charakter der zu erwartenden „Erlösung" erklärte Trier nicht näher, es dürfte jedoch nicht falsch sein, hier in irgendeiner Form die soziale Revolution zu vermuten. Es bleibt hinzuzufügen, dass sich Trier zufolge die Rolle der revolutionären Partei darauf beschränkte, den rechten Augenblick abzupassen und sich auf ihn vorzubereiten.

---

1 Ebd., Bl. 76.

2 Vergl dazu z.B. Müller, a.a.O., S. 111-115. Auch: Gerd Callesen, Engels on Revolutionary Tactics, in: Socialism and Democracy, Jahrg. 26, S. 85-103, in dem ausführlich zu Engels' zumindest für den postumen Betrachter manchmal widersprüchlich erscheinende Haltung zur revolutionären Erhebung Stellung genommen wird.

6.5 Die Organisation der Partei …

Die organisatorischen Strukturen der neuen Partei wurden in den ersten Monaten nach der Gründung festgelegt, allem Anschein nach ebenfalls recht provisorisch. Insbesondere für die ersten Monate der Existenz der neuen Partei gilt, dass die Quellen spärlich und lückenhaft sind – es gibt nur die sehr knappen Annoncen und Kurzreferate im Organ der Revolutionären, welche Auskunft geben über die Organisationsstrukturen der RSAP.

Seit einigen Monaten stand, in der Gestalt des Literarisch-Sozialistischen Vereins, eine Basisorganisation zur Verfügung, die die Keimzelle der RSAP ausmachte und die inzwischen auch *Arbejderen* herausgab. Auf der Quartalssitzung des Vereins am 30. Januar wurde das – weiland aus der Sozialdemokratie ausgeschlossene – siebenköpfige Redaktionskomitee des Blattes aufgelöst, und ein offenbar schon seit längerem bestehender und die oberste Vereinsbehörde darstellender „Geschäftsausschuss", der mit dem Redaktionskomitee des Blattes identisch war, übernahm als „Zentralausschuss" die Aufgaben des Parteivorstandes[1]. Er wurde auf fünf Personen reduziert[2]. Zur gleichen Zeit wurden auch sog. „Kreisvereine", Lokalorganisationen und „Gruppen", d.h. Unterorganisationen der Kreisvereine gegründet[3]. Anfang März wurde angekündigt, die organisatorischen Prinzipien auf „eine gemeinsame Grundlage" zu stellen, d.h., das organisatorische (und chaotisch anmutende) Provisorium zu beenden[4]. Bei dieser Gelegenheit dürfte das Organisationsstatut verabschiedet worden sein, das „Regulativ für die Zusammenarbeit der der revolutionären sozialistischen Arbeiterpartei zugeordneten Vereine"[5]. Dem Regulativ zufolge waren die Basisorganisationen der RSAP die „Kreisorganisationen", die ausserhalb der Hauptstadt „Provinzabteilungen" hiessen. Innerhalb der Kreisorganisationen gab es „Gruppen", deren Funktion darin bestand, dass sie Keimzellen neuer Kreisorganisationen waren die sich, bei entsprechender Mitgliederstärke, von den existierenden Kreisorganisationen abzuspalten hatten um eine neue zu gründen. Die Mitglieder aller Kreisorganisationen (und Provinzabteilungen) wählten als oberste exekutive Parteibehörde einen „Zentralausschuss", der fünf Mitglieder hatte und „vorläufig" auch als Kontrollkomitee für *Arbejderen* auftrat. Von diesen fünf Mitgliedern wählten die Parteimitglieder einen zum Parteikassierer, wohingegen die fünf Vorstandsmitglieder aus ihrer Mitte einen Geschäftsführer wählten. Auch der Redakteur von *Arbejderen* wurde von den Parteimitgliedern gewählt. Die Inhaber von Parteiämtern sollten nach sechs Monaten neu gewählt werden, die Hälfte der Mitglieder des Zentralausschusses sowie die Parteirevisoren sogar schon nach drei Monaten. Wer einmal gewählt worden war, konnte nach seinem Ausscheiden nicht wiedergewählt werden. Die Wahlen sollten in den einzelnen Kreis- (und Provinz-) Abteilungen, und zwar schriftlich, durchgeführt werden. Einzig der Redakteur von *Arbejderen* konnte wiedergewählt werden[6].

1 Vergl. Arbejderen, 10.02.1890.

2 Ebd., 03.03.1890.

3 Ebd.

4 Ebd.

5 Das Statut in: Programmatiske dokumenter, Dokument XX.

6 Ebd.

Die Quellen schweigen sich hartnäckig darüber aus, wer in den Monaten des organisatorischen Provisoriums unmittelbar nach der Parteigründung die verschiedenen Parteiämter bekleidete. Es liegt allerdings die Vermutung nahe, dass es sich bei den Mitgliedern des ersten Zentralausschusses um Angehörige des aufgelösten Redaktionskomitees von *Arbejderen* gehandelt haben dürfte. Erst für das zweite, dritte und vierte Quartal des Jahres 1890 liegen gesicherte Erkenntnisse über die Zusammensetzung des Zentralausschusses vor. Die folgenden waren im zweiten Quartal 1890 Mitglieder des Zentralausschusses[1]: S. Andersen, Trier, Nielsen Kolding, C. Kriegsmann und Bildsø; letzterer war auch Parteikassierer. Als Revisoren wurden S. Berg und N. Malmstrøm gewählt. Redakteur des Parteiblattes war Nic. L. Petersen. Wer von den fünf Mitgliedern des Zentralausschusses das Amt des Geschäftsführers bekleidete, ist nicht überliefert. Im dritten Quartal des Jahres 1890 waren Nielsen Kolding und C. Kriegsmann, sowie – als Kassierer – Malmstrøm weiterhin Mitglieder im Zentralausschuss, neu hinzu kamen der Handschuhmacher Jessen und L. Lindén. Nic. L. Petersen behielt das Amt des Redakteurs des Parteiblattes. In diesem Quartal wurde auch das Amt des „Expedienten" beim Parteiblatt eingerichtet; gewählt wurde G. Thøffner[2]. Revisoren waren S. Andersen und S. Berg. Im vierten Quartal 1890 sassen der Schwede Frederik Sterky, Trier, Katrine Christensen, der Vergolder P. Jensen und – als Kassierer – der Photograph M. Nielsen im Zentralausschuss. Revisoren waren S. Andersen und P. Christensen. Auch für das dritte und vierte Quartal liegen keine Angaben darüber vor, wer das Amt des Geschäftsführers innehatte. Es fällt ausserdem auf, dass der gesamte Zentralausschuss am Ende des dritten Quartals 1890 ausgewechselt wurde, sowie, dass Trier (der, da er schon im zweiten Quartal Sitz und Stimme im Zentralausschuss gehabt hatte, eigentlich nicht hätte wiedergewählt werden können) im vierten Quartal erneut unter den Mitgliedern des Zentralausschusses zu finden war. Nic. L. Petersen behielt das Amt des Redakteurs auch im dritten und vierten Quartal 1890.

Im Laufe des Jahres 1891 wurden die organisatorischen Verhältnisse in der RSAP unübersichtlich, und in der Überlieferung klaffen grosse Löcher. Dies könnte seine Ursache im sich abzeichnenden Niedergang der Partei haben. Im ersten Quartal 1891 wurden A. Hansen und der Tapezierer Jønsson in den Zentralausschuss gewählt, M. Nielsen wurde Revisor, Nielsen Kolding erhielt das Amt des Redakteurs des Parteiblattes, und Expedient wurde einmal mehr G. Thøffner. Im zweiten Quartal 1891 wurde P. Christensen Geschäftsführer, der Schuhmacher Christensen und Malmstrøm wurden in den Zentralausschuss gewählt, der Parteibarde Bildsø erhielt das Amt des Redakteurs des Parteiblattes, und L.P. Sørensen wurde Expedient. Die Wahl P. Christensens und Malmstrøm in den Zentralausschuss bedeuteten einen weiteren Bruch des Neuwahlverbotes. Als Novum wurden nun vier stellvertretende Mitglieder des Zentralausschusses gewählt, was darauf schliessen lässt, dass das Organisationsstatut inzwischen abgeändert worden war. Für die folgenden Monate gibt es keine Angaben über die Zusammensetzung des

1 Die Auflistung der Inhaber von Parteiämtern folgt den Angaben von Preben L. Jensen, a.a.O., S 69 f., der die einzelnen Daten in mühevoller, und – wie nachgeprüft werden konnte – exakter Kleinarbeit zusammengetragen hat.

2 Ebd., S. 70.

Zentralkomitees. Der letzte Hinweis auf die Existenz eines Zentralkomitees findet sich in *Arbejderen* vom 28. August 1892.

Insgesamt vermittelt das Organisationsstatut das Bild einer superdemokratischen und dezentral aufgebauten Partei, in der die Mitglieder durch quartalsweise Neuwahl von jeweils einer Hälfte des Vorstandes die absolute Macht ausübten und der Vorstand dementsprechend schwach gestellt war. Das Amt des Parteivorsitzenden war von so geringer Bedeutung, dass – bis auf das zweite Quartal 1891 – die Namen der jeweiligen „Geschäftsführer" gar nicht überliefert sind.

Obwohl sich bei der Auflistung der einzelnen Mitglieder des Zentralausschusses zeigte, dass das im Statut vorgegebene Prinzip des Verbots der Neuwahl von Inhabern von Parteiämtern mehrmals nicht eingehalten wurde (was sicherlich damit zusammenhängt, dass es für eine permanente „Rotation" kaum genug Kandidaten gab), war dies eine aufwendige, zeitraubende und das immerwährende wache Interesse der Mitglieder fordernde Organisationsform, die den Strukturen eines Debattierklubs bedenklich nahekam. Eine schlagkräftige, moderne Partei konnte (und kann) auf eine mit einer gewissen Machtfülle ausgestattete, zentrale Exekutive nicht verzichten – und gerade das taten die Gründer der RSAP (wie andere Parteigründungen „links" von der Sozialdemokratie vor[1] und nach den Revolutionären ebenso[2]). Sicherlich hat ihre schwache, superdemokratische Organisation zum Scheitern der RSAP beigetragen.

6.6 … und die Parteiorganisationen

Von den der RSAP angeschlossenen Parteiorganisationen ist nur in wenigen Fällen Genaueres überliefert. Die folgenden Zeilen geben wieder was bekannt ist.

6.6.1 Die Mitgliederorganisationen

Welche Vereine gehörten der RSAP an, und wie umfassend war ihre Mitgliederbasis, d.h.: wie war es um die Quantitäten bestellt? Die Quellen hierzu fliessen wieder einmal spärlich, die folgenden Angaben basieren auf den Kleinanzeigen in *Arbejderen*, nach denen zu urteilen in und um Kopenhagen, d.h. auf der Insel Seeland, der RSAP die folgenden Organisationen zugerechnet werden konnten:

- Der Literarisch-Sozialistische Verein, die Keimzelle der revolutionären Partei; sie existierte auch nach der Gründung der RSAP, und zwar als eine Organisation in der neuen Partei[3].

1 Beispielsweise die Opposition des 1877er Parteitages, vergl.: Programmatiske dokumenter, Dokument XVII.

2 Z.B. der „Verein Unabhängiger Sozialisten", siehe Müller, a.a.O., S. 130 ff. und danach viele der Parteigründungen der „Neuen Linken" sowie grüner politischer Gruppierungen überall in Europa.

3 Vergl. Arbejderen vom 14.07.1890, wo die der RSAP zugehörigen Vereine aufgelistet sind.

- Der sozialdemokratische Verein von Amager, ursprünglich eine Lokalorganisation des Sozialdemokratischen Bundes. Diese Organisation war bereits dadurch aufgefallen, dass sie zu denjenigen gehörte, die Nic. L. Petersen zu den Marxisten nach Paris geschickt hatten; ausserdem war ihr Vorsitzender, F. Möller, eines der ausgeschlossenen sieben Mitglieder der Redaktion von *Arbejderen*, und hatte der Verein, wie dargestellt, fast komplett gegen den Ausschluss gestimmt. Dieser Verein schloss sich auch formell der RSAP an, nachdem im Sommer 1890 auf einer Generalversammlung diskutierte Frage des „Anschlusses an eine andere Partei"[1] positiv beantwortet wurde[2].

- Auch im Kopenhagener Stadtteil Østerbro, wo sich eine Mehrheit für den Verbleib des Redaktionskomitees von *Arbejderen* in der Sozialdemokratie ausgesprochen hatte, gab es eine revolutionäre Organisation[3].

- Eine revolutionäre Organisation existierte zeitweilig auch im Kopenhagener Stadtteil Vesterbro, wovon einige Annoncen in *Arbejderen* zeugen. Dass diese Annoncen häufig von Nielsen Kolding unterschrieben wurden, zeigt, dass dieser nach seinem Austritt aus dem sozialdemokratischen Verein von Frederiksberg hier eine neue politische Heimat gefunden hatte[4]. Bei den revolutionären Organisationen von Østerbro und Vesterbro handelte es sich gleichsam um Parallelorganisationen zu den „alten" sozialdemokratischen Lokalorganisastionen, die sich durch die Abspaltung oder den Hinauswurf der revolutionären Elemente bildeten, nicht aber durch die „Umdrehung" der alten Organisationen. Letztere existierten nämlich weiterhin, als Lokalorganisationen des Sozialdemokratischen Bundes, was sich u.a. darin zeigte, dass der Verein von Østerbro auf den Parteitagen von 1890 und 1892 vertreten war[5]

- In den Quellen taucht gelegentlich auch ein „Sozialistischer Jugendverein" auf. Über Umfang und Verbreitung ist nichts benannt[6].

- Noch vor der Gründung der RSAP, nämlich im Sommer 1889, existierte ein „hiesiger dänischer revolutionärer Verein" namens „Dansk Samfund" („Dänische Gesellschaft"). Mit „hiesig" dürfte gemeint sein, dass der Verein in Kopenhagen beheimatet war. Leider liess sich nicht mehr über diesen Verein in Erfahrung bringen[7], ebenso wenig wie über den „Sozialistischen Arbeiterverein", der nur wenige Male in den Quellen auftaucht[8].

- Es gab auch einen „Revolutionären Gesangchor"[9] – nicht unbedingt ein Kuriosum, sondern, wie der nur einmal auftretende „Verein zur Ausbreitung sozialistischer

1 Ebd., 21.07.1890.

2 Ebd., 04.08.1890.

3 Ebd.

4 Ebd., 10.01.1892.

5 Vergl. Protokol kongres 1890., S. 4, und Protokol for den socialdemokratiske Partikongres i København den 22de, 23de og 24de Juli 1892, Aarhus 1892, S. 6.

6 Arbejderen.,4.1.1891.

7 Ebd., 01.07.1889. Dansk Samfund hatte sich bereit erklärt, einen Ausflug der mit den Revolutionären befreundeten Malmöer Sozialisten zu organisieren.

8 Nämlich ebd. vom 22.04.1890 (Gründung) und 12.04.1891 (Stiftungsfest).

9 Z.B. ebd., 11.08.1890.

Literatur”[1], eher ein Ausdruck der Arbeiterkultur des ausgehenden 19. Und frühen 20. Jahrhunderts.

- Einmal wird auch ein „Sozialistischer Verein Karl Marx” genannt. Ob dieser mit dem Diskussionsklub gleichen Namens (siehe den folgenden Punkt) identisch war, liess sich nicht ermitteln[2].

- Es gibt ausserdem Hinweise darauf, dass einige Filialen des „Karl-Marx-Klubs”, eines sozialdemokratischen sog. „Diskussionsklubs”, von dem noch die Rede sein wird (Kapitel 6.7) sich als Organisationen der RSAP neu formierten[3].

Ausserhalb Seelands existierten lokale Organisationen der RSAP auf Fünen und in Jütland, und zwar:

- in Odense, wo im April 1890 ein „Sozialistischer Verein in Odense (revolutionär)” gegründet wurde[4], nachdem die der RSAP nahestehenden Elemente aus der lokalen Organisationen des Sozialdemokratischen Bundes ausgeschlossen worden waren[5], und

- in Svendborg. Die Vereinigung der Revolutionären in dem Provinzstädtchen ist die in den Quellen am besten belegte revolutionäre Organisation, weshalb sie unten ausführlicher beschrieben werden kann.

- Ausserdem gab es eine Organisation der RSAP im jütländischen Randers, wie bereits oben bemerkt der Heimatort P. Knudsens, dessen sozialdemokratische Organisation gegen den Ausschluss des Redaktionskomitees von *Arbejderen* gestimmt hatte. Hier hatte schon relativ früh eine linke Opposition von sich Reden gemacht, u.a. indem sie Trier, Nic. L. Petersen, S. Andersen, P. Christensen und F. Möller als Kandidaten für den Vorstand des Sozialdemokratischen Bundes vorgeschlagen hatte, neben A.C. Meyer und einem P. Hermansen, von dem sonst nichts bekannt ist[6]. Die linke Opposition in Randers, die im Mai 1890 auch formell mit dem Sozialdemokratischen Bund brach und sich als „Sozialistischer Klub Lassalle” der RSAP anschloss[7], verschwand spätestens 1893 von der Bildfläche[8].

Es gab vielleicht noch weitere Organisationen der Revolutionären, allerdings kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, dass die meisten von ihnen kurzlebig waren, dass sie

1 Ebd., 23.09.1889.

2 Ebd., 11.08.1890.

3 So Roald Skovmand, Lys over Landet. Træk af Arbejderoplysningens Historie i Danmark, Kopenhagen 1949, S. 83.

4 Arbejderen, 19.04.1891.

5 Vergl. Forhandlingsprotokol Svendborg, Sitzung vom 07.04.1890. Genaueres über den revolutionären Verein in Odense zu erfahren war nicht möglich, Nachforschungen in den lokalen Archiven sowie in der lokalen zeitgenössischen Presse blieben ergebnislos.

6 Zu Randers vergl. Kim Christensen, Revolutionære Socialister i Randers, in: Arbejderhistorie 32, S. 24-40, S. 29.

7 Ebd., S. 34 f.

8 Ebd., S. 38 ff.

sporadisch und/oder ad hoc gegründet wurden, und dass sie jeweils nur eine Handvoll Mitglieder hatten.

Zu den oben beschriebenen Lokalorganisationen der Revolutionären gesellten sich die DLG und der Schwedische Lese- und Diskussionsverein. Diese beiden Organisationen sind, ebenso wie der Svendborger Verein, besser belegt als die anderen Organisationen der Revolutionären, und können daher im Folgenden näher betrachtet werden.

6.6.2 Der Svendborger Verein

In Svendborg hatten die revolutionären Elemente im sozialdemokratischen Verein, unter ihnen der frühere Vorsitzende des Vereins, ein Holzarbeiter Dreier, im Frühjahr 1890 damit begonnen, geheime Versammlungen mit dem Ziel der Gründung eines revolutionären Vereins abzuhalten[1]. Zwischen Ende März und Mitte April 1890 wurde dann der Svendborger „Sozialistenverein Karl Marx" gegründet[2], der am 12. April 1890 seine erste öffentliche Versammlung abhielt. Zu dieser Gelegenheit war Nic. L. Petersen eigens aus Kopenhagen angereist, um einen Vortrag mit anschliessender Diskussion über „Die Ziele der Revolutionäre" zu halten[3]. Es kamen angeblich 150 Zuhörer[4], natürlich nicht nur Parteigänger der Revolutionären, sondern auch, wenn nicht sogar überwiegend, Sozialdemokraten. In seinem Vortrag und der anschliessenden Diskussion machte Nic. L. Petersen Front gegen die Sozialdemokratie, von der „die klassenbewussten Arbeiter" nichts zu erwarten hätten. Nicht nur sei die Partei ein Bündnis mit Venstre eingegangen; auch machten sich die Reformsuchenden für eine breite Streuung des Besitzes an den Produktionsmitteln stark, was Nic. L. Petersen darin bestätigt sah, dass sie bereit seien, den Kleinlandwirten Unterstützung aus der Staatskasse zukommen zu lassen. Er dachte dabei sicher an das häuslerfreundliche Landarbeiterprogramm der Sozialdemokratie. Die Revolutionären hingegen, so Nic. L. Petersen weiter, „wollten eine Ansammlung der Produktionsmittel" in immer weniger Händen, um auf diese Weise, wie er bei der gleichen Gelegenheit ausführte, „dem Kapitalismus mehr Widersacher" zu verschaffen[5]. Dies bedeutete, dass Nic. L. Petersen sich und seine Partei auch als politische Wegbereiter für die dem Kapitalismus innewohnenden Konzentrations- und Proletarisierungstendenzen sah. Die anwesenden Sozialdemokraten hielten Nic. L. Petersen u.a. entgegen, die Revolutionären „wollten einen Keil zwischen die Arbeiter treiben", und brachten eine Resolution zur Verabschiedung, die mit 64 gegen 11 Stimmen angenommen wurde. Sie lautete:

> *Da die Versammlung die Art, wie die Revolutionären vorgehen, nicht akzeptieren kann, weil sie nur Zwist hervorbringt und die Partei schwächt, spricht die*

1 Ebd., 27.03.1890.

2 Ebd., und ebd. 19.04.1890.

3 Ebd. 12.04.1890.

4 Arbejderen, 28.04.1890.

5 Forhandlingsprotokol Svendborg, Sitzung vom 12.04.1890.

Versammlung den Führern der Sozialdemokratie das Vertrauen aus für die Art, in der sie bisher die Partei geführt haben[1].

Eine von Nic. L. Petersen verlesene Gegenresolution, in der es hiess, „die Arbeiter können sich nur auf sich selbst verlassen", erhielt zwar 27 Stimmen[2], wurde aber vom Wortführer der Versammlung wegen eines Formfehlers für nichtig erklärt, woraufhin die Versammlung in einem Tumult endete[3]. Am 19. April wurde auf einer Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereines in Svendborg mitgeteilt, dass der frühere Vorsitzende des Vereins, Dreier, inzwischen zum Vorsitzenden des eben gegründeten revolutionären Vereins avanciert war[4]. Bei der gleichen Gelegenheit wurde über die Unruhe geklagt, die die Revolutionären unter den Svendborger Sozialdemokraten verursachten und die vor allem neue Mitglieder verunsichere. Um klare Linien zu schaffen, wurde Rosenlund, der eifrigste der noch in der Sozialdemokratie verbliebenen revolutionären Parteigänger in Svendborg, aus dem sozialdemokratischen Verein ausgeschlossen, wobei ihm fünf Gleichgesinnte freiwillig Folge leisteten[5]. Damit war die Spaltung des sozialdemokratischen Vereins in Svendborg vollendet. Es ist denkbar, dass sich die Spaltung der anderen sozialdemokratischen Vereine, genauer: die Abspaltung ihrer revolutionären Minderheiten, nach dem gleichen Muster vollzog, doch fehlen die Quellen, um darüber mehr zu erfahren.

6.6.3 Die Deutsche Lesegesellschaft

Eine wichtige Stütze hatten die Revolutionären und die RSAP in der schon mehrfach erwähnten DLG in Kopenhagen. Bei ihr handelte es sich um den Zusammenschluss sozialistisch gesinnter deutscher Arbeiter und Handwerker, die – sowohl „auf der Walze" als auch auf der Flucht vor dem Sozialistengesetz – dem Bismarck-Reich den Rücken gekehrt und sich in der dänischen Hauptstadt niedergelassen hatten. Die DLG darf weder mit dem schon weiter oben genannten „Deutschen social-demokratischen Arbeiterverein", noch mit dem „Deutschen Arbeiterverein Concordia" verwechselt werden. Der Erstgenannte spielte eine wichtige Rolle in der Frühzeit der dänischen Arbeiterbewegung, allerdings liess sich, das sei hier angemerkt, keinerlei Kontinuität weder der Personen, noch ideologischer oder organisatorischer Art zwischen den Mitgliedern dieses Arbeitervereins und der DLG feststellen. Concordia, der andere der beiden Vereine war ein Geselligkeitsverein, geboren aus dem Verlangen deutscher Handwerksburschen, von denen viele auch auf Dauer in Kopenhagen ansässig wurden, heimisches Brauchtum zu pflegen. Concordia war unpolitisch. Der 1856 gegründete Verein existierte noch in den 1890er Jahren[6].

1 Ebd.

2 Ebd.

3 Ebd.

4 Ebd., 19.04.1890.

5 Ebd.

6 Vergl. Statuten des deutschen Arbeiter-Vereins „Concordia", Kopenhagen 1856; vergl. auch Nachlass Cosmos Bræstrup, Rigspakke 6, Rigsarkivet, Kopenhagen, Bericht Wermuths vom 21.02.1857; auch: Social-Demokraten, 30.12.1894. – Über die Aktivitäten des Vereins vergl. auch die regelmässig wiederkehrenden Annoncen in der dänischen Parteipresse. – Ausser den genannten deutschen Vereinen gab es später, d.h. ab Mitte der 1890er Jahre, den Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterverein „Vorwärts". Ob es sich bei diesem um eine Art Nachfolgerorganisation der DLG handelte, konnte nicht ermittelt werden und ist zweifelhaft, zumindest konnten keine personellen Kontinuitäten nachgewiesen werden. Der im ABA

Die DLG taucht erstmals im Sommer 1882 in den Quellen auf. Für den 14. Juni wurde in der dänischen sozialdemokratischen Presse eine ausserordentliche Mitgliederversammlung angekündigt[1], was darauf schliessen lässt, dass die DLG schon existierte. Laut „Statuten der deutschen Lesegesellschaft zu Kopenhagen" von 1885 gab sich der Verein erstmals im April 1882 eine Satzung[2], so dass dieses Datum wohl der Gründungstermin war (§8).[3] Die Aktivitäten der DLG waren mannigfaltiger, als die Statuten es unmittelbar vermuten lassen. Die politische Vorsicht gebot es allerdings, dass ihre Statuten die DLG als einen Bildungsverein auswiesen, dessen politische Couleur nicht unmittelbar ersichtlich war: §1 gab als „Zweck des Vereins" an,

> *den Mitgliedern desselben Gelegenheit zu ihrer intellektuellen Ausbildung zu geben, theils durch Erwerb von Büchern und sonstiger Literatur …, theils durch genossenschaftlichen Ankauf von passender Literatur zum Verkauf an die Mitglieder, theils endlich durch Abhaltung von wissenschaftlichen Vorträgen mit hieran sich knüpfenden Diskussionen.*

Der Verein hielt wöchentliche Versammlungen ab, zu denen auch Nichtmitglieder Zutritt hatten (§8). Nur die jeweils erste Versammlung im Monat war eine geschlossene Mitgliederversammlung, denn sie war Vereinsinterna gewidmet (§8). Aufgenommen werden konnte jeder „unbescholtene Mann" (§2), von Frauen war nicht die Rede, die „Geschäftssprache" war Deutsch (§8). Die im Organ der dänischen Sozialdemokratie regelmässig angekündigten Aktivitäten der DLG suggerieren bis zum Ende der 1880er Jahre geradezu treuherzig das Bild eines Bildungs- und Geselligkeitsvereines: angekündigt werden „Abendunterhaltung mit Ball" (13.5.1884), „Concert und Ball" (25.10.1884), Ausflüge (7.8.1885), „Tannenbaum und Tombola" (23.12.1885), „Wichtige Angelegenheiten" (10.6.1886), „Villaangelegenheit" (27.4.1888). Die Vorsicht, mit der vermieden wurde, die DLG als sozialdemokratische Organisation erkennbar zu machen, dürfte darin begründet sein, dass ein Teil der Mitglieder aus dem Reich Ausgewiesene waren, und auch, dass den Polizeibehörden südlich der Grenze kein Vorwand geliefert werden sollte, heimkehrende DLG-Mitglieder als Sozialdemokraten zu verfolgen. Immerhin war der Berliner Polizeipräsident über das Treiben der deutschen Sozialdemokraten in Kopenhagen gut orientiert[4]. Die Vorsicht der DLG ging so weit, dass eine Jubiläumsfeier zum Kommuneaufstand am 18. März 1885 schlicht als „Gedenkfeier" angekündigt[5], und dass Gesinnungsgenossen ebenso schlicht als „Freunde der Sache" angesprochen wurden[6]. Der

---

aufbewahrte Nachlass des Vereins ist umfangreich und umfasst u.a. sechs Protokollbände der Vereinssitzungen (1895-1915), dazu kommen Bücherverzeichnisse, ein Kassenbuch und die Protokolle der Vorstandssitzungen. Siehe: Nachlass des Deutschen sozialdemokratischen Arbeitervereins Vorwärts, ABA. Im gleichen Nachlass findet sich eine Seite eines Protokolls eines „Allgemeinen Deutsch-österreichischen Arbeitervereins" vom 10. November 1895, in dem es um das Abrutschen dieses Vereins in anarchistisches Fahrwasser geht. Nachforschungen zu diesem Verein blieben ergebnislos.

1 Social-Demokraten, 13.06.1882.

2 Diese erste Satzung ist nicht überliefert.

3 Das offensichtlich einzig erhalten gebliebene Exemplar der Statuten befindet sich him ABA, im Archiv der dänischen Sozialdemokratie.

4 Die Berliner politische Polizei observierte die DLG erstmals 1886, vergl. LAB, Bl. 177.

5 Social-Demokraten, 10.03.1885.

6 Ebd.

dänischen Polizei war die DLG offensichtlich gleichgültig – zumindest hat sie sie weder beobachtet, noch überhaupt in ihren Berichten erwähnt[1].

Erst im Juni 1888, als es sich nicht mehr verbergen liess, gab sich die DLG öffentlich als sozialdemokratische Organisation zu erkennen, und zwar in einer für den 10. d.M. angekündigten Veranstaltung, in der der „Genosse F. Möller" über das „Programm der Sozialdemokratie" reden sollte[2]. Wahrscheinlich handelte es sich um das Programm der dänischen Sozialdemokratie, dessen Revision auf dem für den Juli 1888 geplanten Parteitag der Dänen anstand. Danach wurden keine Versuche mehr unternommen, die Zugehörigkeit der DLG zur sozialdemokratischen Bewegung zu verschleiern.

Sicherlich erfüllte die DLG mit ihren Geselligkeits- und Bildungsaktivitäten ein elementares Bedürfnis der in Kopenhagen ansässigen deutschen sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter an Gemütlichkeit und Geselligkeit sowie Pflege heimatlichen Brauchtums; wie die ähnlich gelagerten Aktivitäten anderer sozialdemokratischer, bzw. sozialistischer Organisationen in Paris, London und New York, aber auch des weiter oben erwähnten unpolitischen Kopenhagener Vereins Concordia zeigten, war dies ein elementares Bedürfnis relativ homogener Gruppen in einem fremdem Kultur- und Sprachraum. Dies bedeutete jedoch nicht, dass die DLG sich abkapselte, im Gegenteil pflegte sie von Anfang an intensive Kontakte zur dänischen Sozialdemokratie und suchte – was in einer Epoche, in der der Internationalismus der Arbeiterparteien eine praktische, tagtägliche Erfahrung war („man … verstand (sich) tatsächlich als Teil einer Weltpartei …, als einheitliche Arbeiterklasse gegenüber dem Kapital"[3]) – die Zusammenarbeit. Letztere spielte sich auf verschiedenen Ebenen ab. Nicht nur gab es häufige gesellige Zusammenkünfte der DLG-Mitglieder mit den dänischen Genossen; wurden die Veranstaltungen der DLG meistens in deutscher und dänischer Sprache angekündigt; die Deutschen gaben den Dänen auch praktische Hilfe immer dann, wenn sie solcher bedurften. So wirkten sie als Dolmetscher beim Kopenhagener Kongress, dessen festliches Abschlussbankett von der dänischen Partei für die deutschen Genossen ausgerichtet wurde[4]. Dolmetscherdienste leisteten die Kopenhagener Deutschen auch beim Besuch der französischen Gewerkschaftsdelegation 1888[5]. Andere wichtige Gebiete der Zusammenarbeit von DLG bzw. deutscher Arbeiterpartei und dänischer Sozialdemokratie waren das Einschleusen des illegalen deutschen Parteiorgans in das Reich Bismarcks – es gab eine geheime Transitlinie via Kopenhagen über Stettin nach Hamburg[6] – und die Fluchthilfe für bedrängte deutsche Genossen bzw. Ausgewiesene, aus dem Reich

1 Vielleicht hat sie sich auch mit den Berichten der Berliner Polizei begnügt, die ihr ab 1885 zugingen. Vergl. Dieter Fricke, Rudolf Knack (Hrsg.), Dokumente aus geheimen Archiven. Übersichten der Berliner politischen Polizei über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und anarchistischen Bewegung 1878-1913, Bd 1: 1878-1889, Weimar 1983 (=Veröffentlichungen der Staatsarchives Potsdam, Bd 17), S. XI.

2 Social-Demokraten, 10.06.1888.

3 So Gerd Callesen, Die Beziehungen zwischen der deutschen und der dänischen Arbeiterbewegung 1871-1900, S. 75.

4 Der Sozialdemokrat, 26.04.1883. Vergl. auch Social-Demokraten, 04.09.1888.

5 Ebd.

6 Dieter Fricke, Bismarcks Prätorianer. Die Berliner politische Polizei im Kampf gegen die deutsche Arbeiterbewegung (1871-1898), Berlin 1962, S. 140. Vergl. auch H. Stege (an wahrscheinlich Bernstein u. Co.), Kopenhagen, 22.10.1884, Nachlass Motteler, Rep.1116.

nach Kopenhagen[1]. Es gibt Hinweise darauf, dass DLG-Mitglieder – wahrscheinlich viele – Ausgewiesene bzw. Geflüchtete waren[2]. Alles in allem herrschte, wenigstens vorläufig, ein herzliches Einvernehmen zwischen den Mitgliedern der DLG, deren Anzahl Mitte der 1880er Jahre auf 200 geschätzt wurde[3] und die zeitweilig sogar über ein gemietetes Haus in Kopenhagen mit Kegelbahn, Tanzboden, Bier- und Schnapsausschank und sogar Hausmeister verfügte[4], und der dänischen Sozialdemokratie. Spätestens 1888, wahrscheinlich aber schon 1886, geriet die DLG jedoch in den Sog der Taktikdebatte in der dänischen Sozialdemokratie, d.h. wurde sie in die Auseinandersetzungen um die Bündnispolitik in der dänischen Partei hineingezogen. Im August 1886 wusste der recht gut orientierte Spitzel des Berliner Polizeipräsidenten folgendes über die deutschen Sozialdemokraten in Kopenhagen zur berichten:

> *Hier haben die deutschen Sozialdemokraten ihren eigenen Verein. Sie haben sich ganz von den Dänen getrennt, weil dieselben mit der oppositionellen Linken (d.h. Venstre) gehen. Die Deutschen haben früher verlangt, die dänischen Sozialdemokraten sollen auch diese bekämpfen, was die Parteileitung hier jedoch abgelehnt hat. Jetzt sagen die deutschen Sozialisten, wenn Berg[5] Minister wird, so werden die Sozialdemokraten Regierungspartei*[6].

Leider schweigen sich die Quellen hartnäckig über die frühen Diskussionen zwischen den deutschen Sozialdemokraten und den Dänen aus; es ist daher anzunehmen, dass sie eher inoffizieller Art waren, also von Parteifreund zu Parteifreund stattfanden, da sie sich ansonsten zumindest in den Protokollbüchern des Parteivorstandes niedergeschlagen hätten. Zwei Jahre später, im März 1888, zu einem Zeitpunkt also, als Trier und Nic. L. Petersen zwar noch nicht in Kopenhagen waren, die Bündnisfrage in der dänischen Sozialdemokratie aber schon diskutiert wurde, richtete Wulf, der Vertrauensmann der DLG „im Auftrage der ‚Deutschen Lesegesellschaft'" die folgende Frage an die deutschen Genossen:

> *Gelegentlich einer zur Diskussion gekommenen Frage um Parteitaktik wurde von Seiten eines Vorstandsmitgliedes der dänischen Partei die Behauptung ausgesprochen, dass die deutsche Reichstagsfraktion, um die Durchführung des verschärften Ausnahmegesetzes zu verhindern, ein Kompromiss mit den Freunden der Militärvorlage eingegangen sei und sei dies die Ursache zur einstimmigen Annahme dieser Vorlage gewesen. Natürlich verlangten wir zur Richtigstellung des Sachverhaltes das Wort, indessen wurde uns dieses ganz unmotivierter Weise abgeschnitten. Da nun unserer Meinung nach die Fraktion sowohl wie auch die gesamte Partei in hohem Grade in der Sache intresirt ist und das Parteiorgan die*

1 Vergl. F. Möller (an wahrscheinlich Bernstein u. Co.), Kopenhagen, 02.08.1882, ebd., Rep 839. Vergl. auch ebd. Rep 1258/12.

2 Vergl. Bolz (an wahrscheinlich Bernstein u. Co.), Kopenhagen, 20.02.1887, ebd., Rep. 358/1-2.

3 LAB, Bl. 177.

4 Vergl. H. Zangger (an wahrscheinlich Bernstein und Co.), Kopenhagen, 21.03.1888, Rep. 1250/3.

5 Chresten Berg (1829-1891), Parteihäuptling von Venstre, Lehrer, Politiker und Editor politischer Magazine war ein unversöhnlicher Estrup-Gegner. Vergl. Kristian Hvidt, Venstre og Forsvarssagen 1870-1901, Kopenhagen 1960.

6 LAB, a.a.O.

> *Sache so gut wie gar nicht erwähnt hat fordern wir die Fraktion auf, möglichst klar und bestimmt auf diese Behauptung zu antworten*[1].

Obwohl das deutsche Parteiorgan tatsächlich nur sehr wenig über die Annahme der Heeresvorlage, des sog. „Septemnats", im Reichstag berichtet hatte (es hatte natürlich den Hauptteil seiner Berichterstattung dem gescheiterten Versuch Bismarcks zu einer Verschärfung des Sozialistengesetzes gewidmet, der gleichzeitig zur Verhandlung angestanden hatte[2]), hätte man seitens des Vorstandes der dänischen Partei die deutschen Gesinnungsfreunde gut genug kennen müssen, um zu wissen, dass sie sich nie und nimmer auf eine politische Kungelei „Militärvorlage gegen Sozialistengesetzverschärfung" einlassen würden. Offensichtlich war hier wohl, seitens des namentlich nicht genannten Vorstandsmitgliedes der dänischen Partei (P. Knudsen?), der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen – d.h. der Wunsch, das Beispiel der vielgepriesenen und bewunderten deutschen Bruderpartei als Legitimationshilfe für die eigene, mittlerweile heftig diskutierte Bündnispolitik zu vereinnahmen. *Der Sozialdemokrat* antwortete in seiner Ausgabe vom 31. März 1888 denn auch, wie Wulf gefordert hatte, „klar und bestimmt":

> *Wie uns aus Kopenhagen mitgetheilt wird, hat dort das Märchen von der einstimmigen Annahme der Militärvorlage im deutschen Reichstag zu der phantastischen Kombination geführt, die sozialdemokratischen Delegierten hätten mit den Kartellparteien einen Kompromiss abgeschlossen, nach welchem sie unter der Bedingung, dass das ‚verschärfte' Sozialistengesetz abgelehnt würde, die Opposition gegen das Militärgesetz aufgegeben hätten. Wenn nicht merkwürdigerweise Genossen dieser wunderbaren Jagdgeschichte Glauben geschenkt hätten, so würden wir der Sache gar nicht Erwähnung thun. Genug – es sei hiermit wiederholt, dass die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion, so viele ihrer in Berlin waren, gegen die Militärvorlage gestimmt haben.*

Damit hatte die DLG erneut den Kurs der dänischen Partei missbilligt; diesmal hatte sie sich gar die Rolle eines „Überwachers" der Partei ihres Gastlandes angemasst und die Bündnispolitik zwar nur indirekt angegriffen, die Argumente aber, mit denen die dänische Sozialdemokratie diese verteidigte, gründlich zerpflückt. Niemand konnte daran zweifeln, dass den DLG-Mitgliedern die Bündnispolitik der Dänen zutiefst suspekt war. Vorausgesetzt sie verstanden ihn, musste der gleichermassen ironische wie befremdende Ton, in dem die Antwort des deutschen Parteiorgans gehalten war (und in dem die Bündnisfrage nicht direkt erwähnt wurde), bei den dänischen Genossen das Gefühl aufkommen lassen, der internationalen Sozialdemokratie von den deutschen Sozialisten in Kopenhagen, wenn nicht gar zum Gespött ausgeliefert, so doch zumindest vorgeführt worden zu sein. Alles in allem darf davon ausgegangen werden, dass die Intervention der DLG von 1888 zusammen mit ihrer schon frühzeitigen und offenkundigen Missbilligung des Bündnisses der dänischen Sozialdemokratie mit Venstre zu ihrem später sehr gespannten Verhältnis zur dänischen

1 W. Wulf (an wahrscheinlich Bernstein u. Co.), Kopenhagen, 21.03.1888, Nachlass Motteler, Rep. 1250/3.
2 Der Sozialdemokrat, 04., 11. und 18.02.1888.

Partei beigetragen hat, wenngleich vorläufig noch recht freundlich miteinander umgegangen wurde.

Die Quellen geben keine Auskunft auf die Frage, ob die Ablehnung des Bündnisses durch die DLG die inzwischen laut werdende Bündniskritik innerhalb der dänischen Partei beeinflusste bzw., was von der Datierung des ersten Protestes der DLG gegen das Bündnis durchaus möglich wäre, ob sie gar die Initialzündung abgab. Letztendlich ist es undenkbar, dass die zwischenzeitlich immerhin 200 DLG-Mitglieder keinen Einfluss auf die dänischen Genossen hatten. Doch wie dem auch gewesen sein mag – für die DLG gilt in gleichem Masse wie für die innerparteiliche dänische Opposition gegen das Bündnis die Katalysatorwirkung Triers und Nic. L. Petersens nach ihrer Rückkehr nach Dänemark. Nicht nur die dänische Parteiopposition scharte sich um sie, sondern auch die DLG, die nun zu einem Teil der Parteiopposition wurde.

An den Annoncen, in denen die DLG ihre Veranstaltungen meist in dänischer und deutscher Sprache ankündigte, lässt sich recht genau ablesen, zu welchem Zeitpunkt die Kopenhagener deutschen Sozialisten zur revolutionären Opposition aufschlossen. Für Sonntag, den 7. April 1889, wurde im dänischen Parteiorgan unter der Überschrift „Deutsche Lesegesellschaft" in deren Lokal ein „Vortrag von Nic. Petersen über die Entwicklung in der dänischen sozialdemokratischen Partei" angekündigt. So weit ersichtlich, war dies die erste Veranstaltung der DLG mit einem revolutionären Vertreter auf dem Rednerpodium und einem parteikritischen Thema auf der Tagesordnung. Im Laufe des Jahres 1889 wurde die DLG zum voll integrierten Bestandteil der revolutionären Opposition und zu einer ihrer wichtigsten Stützen. Es war offensichtlich so, dass Trier und Nic. L. Petersen in den der dänischen Partei seit einiger Zeit mit Skepsis gegenüberstehenden deutschen Sozialisten in Kopenhagen Gesinnungsfreunde gefunden hatten, die sich ihrer Parteikritik bereitwillig und umso mehr öffneten, je deutlicher die Dänen, d.h. das Parteizentrum um P. Knudsen, sich ihr verweigerten. In dem Masse, in dem die Reformsuchenden um den Parteichef den Revolutionären die kalte Schulter zeigten, bildete die DLG ein Forum für die revolutionäre Kritik. Dies zeigte sich beispielsweise in einer im dänischen Parteiblatt gross angekündigten Veranstaltung der DLG, in der für den Abend des 20. Juni 1889 zu einer „grossen öffentlichen Diskussionsversammlung" eingeladen wurde. Das Thema war: „Reformsuchender Sozialismus und revolutionärer Sozialismus", es sollte aber auch das Parteiprogramm diskutiert werden. Die einleitende Rede hielt Trier[1]. Willkommen waren „alle Männer und Frauen", die Mitglieder des Parteivorstandes hatten eine besondere Einladung erhalten, sie unterliessen es allerdings zu erscheinen, und zwar mit der Begründung, Programm- und Taktikdebatten gehörten vor das grössere Forum einer Parteiversammlung[2]. Sie kamen auch nicht zu zwei weiteren, kurz darauf abgehaltenen Veranstaltungen, bei denen man ebenfalls gerne das Programm der dänischen Partei diskutiert hätte[3]. Die Zahl der Veranstaltungen, aber auch die Themen, bei denen es sich mittlerweile um Reizthemen für die dänische Sozialdemokratie handeln musste, machen

1 Social-Demokraten, 16.06.1889; Arbejderen, 07.06.1889.

2 Protokol Socialdemokratisk Forbund, Sitzung vom 18.06.1889. Vergl. auch Arbejderen, 08.07.1889.

3 Ebd.

deutlich, dass DLG und Revolutionäre nun gleichsam im Schulterschluss versuchten, die Sozialdemokratie zur Diskussion zu zwingen, allerdings vergeblich. Mehr Erfolg hatte die DLG in der Frage der dänischen Teilnahme am Pariser Kongress 1889, für die die Kopenhagener deutschen Sozialisten von Anfang an plädiert hatten. Dass sie sich dabei mit ihrer „Mutterpartei", der SAPD, einig wussten, verlieh ihren Argumenten natürlich besonderen Nachdruck.

Wie schon oben beschrieben, war die DLG eine der Organisationen, die – noch bevor sich die dänische Sozialdemokratie endlich dazu durchringen konnte, den Marxistenkongress zu beschicken – Nic. L. Petersen in den Salle Petrelle entsandte, und zwar auf ihre Kosten[1]. Damit hatte die DLG deutlich Flagge gezeigt, die dänische Partei wusste nun endgültig, in welchem Lager die Kopenhagener deutschen Genossen standen, und dementsprechend fiel die Reaktion der DLG auf den Ausschluss der Redaktion von *Arbejderen* aus der Sozialdemokratie aus. Auf einer extraordinären Generalversammlung wurde am 12. Dezember 1889 die folgende Resolution verabschiedet, die in ihrer Eindeutigkeit keiner näheren Interpretation bedarf:

> *Da die Sozialdemokraten den Sozialismus für das höchste Gut ansehen, über das jeder wachen muss, der ein Interesse daran hat, dass sein Grundcharakter unverfälscht dargestellt wird, protestiert die Versammlung gegen den Ausschluss der sieben Gesinnungsgenossen, die immer die Ideen des Sozialismus vertreten haben, und erklärt die Exklusion für einen groben Bruch mit den sozialdemokratischen Prinzipien und für einen Schandflecken auf der dänischen Arbeiterbewegung*[2].

Anfang 1890 wurde dann, auf einer weiteren Generalversammlung, der Anschluss der DLG an die neugegründete Partei der Revolutionären vollzogen. Dies ergibt sich aus der Ankündigung der Generalversammlung der DLG vom 1. April 1890. In gleichlautenden Annoncen in *Arbejderen* und *Social-Demokraten* wurde nämlich „Unsere Stellung zur hiesigen revolutionären Partei" als Punkt der Tagesordnung angekündigt[3], und da sich von nun an keine der früher so zahlreichen Annoncen und Tätigkeitsberichte der DLG mehr in der Presse der dänischen Sozialdemokratie finden, sondern ausschliesslich in *Arbejderen*, darf davon ausgegangen werden, dass sich die DLG der RSAP zumindest lose angeschlossen hatte[4]. Mit den bis dahin alles in allem herzlichen Beziehungen der DLG zur dänischen Sozialdemokratie war es nun allerdings vorbei, die Kritik der DLG an der „reformsuchenden" dänischen Partei deckte sich mit der der Revolutionären, wofür die Kritik am 1890er Parteitag und der darauf verabschiedeten Programmrevision ein Paradebeispiel abgibt: ähnlich den Revolutionären kritisierte „Im Auftrage der deutschen Lesegesellschaft: E. Bolz, erster Vertrauensmann" in einer mit „Aus Dänemark" überschriebenen mehrspaltigen Leserzuschrift im deutschen Parteiorgan die Programmrevision – sie sei nur deshalb erfolgt,

1 Vergl. Zangger (an wahrscheinlich E. Bernstein u. Co.), Kopenhagen, 08.10.1889, Nachlass Motteler, Rep. 1258/2-4.

2 Arbejderen, 23.12.1889.

3 Ebd., 31.03.1890, Social-Demokraten, 30.3.1890.

4 Die Einschränkung „lose" ergibt sich daraus, dass Bolz in seinem schon zitierten Schreiben an die Redaktion des Social-Demokrat vom 30.10.1890 die Unabhängigkeit der DLG betont.

um den Pakt mit Venstre verdaulicher zu machen, indem sie den Begriff der „reaktionären Masse" mit „Gegner des Sozialismus" ersetze[1]; das ebenfalls revidierte Landarbeiterprogramm habe „mit den sozialistischen Prinzipien … nichts zu tun", es sei schlichtweg „Bauernfängerei". Insgesamt hiess es:

> *So leid es uns für unsere gute Sache thut, so können wir doch nicht verhehlen, dass der Kongress eher einen Rückschritt für die Bewegung in Dänemark bedeutet und der kleinbürgerlich possibilistische Charakter derselben – für die Eingeweihten längst offenbar – nun auch für Fernerstehende klar und unverhüllt blosgelegt ist*[2].

Kein Zweifel: was die Beurteilung der dänischen Sozialdemokratie angeht, zogen DLG und Revolutionäre am gleichen Strang.

6.6.4 Der Schwedische Lese- und Diskussionsverein

Neben der DLG gab es noch eine weitere Auslandsorganisation im Umkreis der RSAP, nämlich den wie die DLG in Kopenhagen beheimateten „Schwedischen Lese- und Diskussionsverein"; er zählte ebenfalls zu den Vereinen, die Nic. L. Petersen ein Mandat für seine Reise nach Paris gegeben hatten. Zu den wichtigsten Vertretern des schwedischen Vereines zählte Frederik Sterky[3], der spätere Gründer des schwedischen Gewerkschaftsbundes „L.O.", der sich Ende der 1880er, anfangs der 1890er Jahre in Kopenhagen aufhielt und nach dem Ausschluss der Sieben aus der Sozialdemokratie zum unbedingten Gegner P. Knudsens und seiner Gesinnungsgenossen und zum erklärten Parteigänger Triers und Nic. L. Petersens wurde[4]. Über die Mitgliederstärke des Vereins, dessen Gründung wohl eine Initiative Sterkys war, ist nichts bekannt[5]. Nach der Gründung der RSAP finden sich die Annoncen des Schwedischen Diskussions- und Lesevereins nicht länger in *Social-Demokraten*, sondern – Seite an Seite mit den Annoncen und Mitteilungen der DLG – im Organ der Revolutionären.

6.6.5 Abschliessendes zu den Parteiorganisationen

Einmal abgesehen von der DLG, der am besten in den Quellen belegten Mitgliederorganisation der RSPA, und dem Schwedischen Lese- und Diskussionsverein, dem Svendborger Verein und dem in Randers, vielleicht auch noch dem Verein von Amager, ist sehr wenig vom Innenleben der RSAP Mitgliederorganisationen überliefert. Hinzu kommt, dass die Lebensdauer der meisten dieser Organisationen nicht bekannt ist. Wie lange Zeit sie aktiv waren, ob sie ihre Nennung in *Arbejderen* überlebten, wann sie von der Bildfläche verschwanden – nichts ist bekannt.

---

1 Der Sozialdemokrat, 06.09.1890.

2 Ebd.

3 Von Sterky wird ebd. berichtet, dass ihm der Zugang zum dänischen Parteitag 1890 verweigert wurde.

4 Vergl. hierzu Sten Sjöberg, Frederik Sterky. LO:s förste ordförande, Stockholm 1973, vor allem S. 69 f., S. 75 f. und S. 77 ff.

5 Bei dem ebd., S. 69, als organisatorische Heimat Sterkys in Kopenhagen genannten „Sozialistischen Arbeiterverein" dürfte es sich um den Schwedischen Diskussions- und Leseverein gehandelt haben.

6.7 Der „Karl-Marx-Klub"

Der Karl-Marx-Klub war zwar keine Organisation der RSAP, stand ihr jedoch zumindest zeitweilig nahe. Der Klub war eine Initiative des schon mehrmals genannten, ideenreichen und nimmermüden A.C. Meyer. Der 1886 spontan und pikanterweise anlässlich einer Diskussion von Lassalles Ideen in der Malergewerkschaft in Kopenhagen gegründete Klub[1] war der erste einer Reihe von sog. „Diskussionsklubs", die keine Organisationen der Partei, sondern gleichsam „Privatunternehmen" engagierter Parteimitglieder waren [2], weswegen sie einerseits auf den sozialdemokratischen Parteitagen nicht vertreten waren[3], andererseits aber auch Nicht-Sozialdemokraten in ihnen willkommen waren, einschliesslich Triers und Nic. L. Petersens und anderer Revolutionäre. In der Regie des Karl-Marx-Klubs fanden samstäglich in einem Saal im Parteihauptquartier Vorträge und Diskussionen statt, bei denen Fragen der sozialistischen Theorie im Mittelpunkt standen[4]. Diese Vorträge wurden auch in *Arbejderen* annonciert, und Trier und Nic. L. Petersen zählten zu den Dozenten und erfreuten sich insbesondere unter den jüngeren Mitgliedern grosser Beliebtheit[5]. Ihr Engagement für den Karl-Marx-Klub war, wie sich zeigen sollte, ein (fast) lebenslanges[6]. Es hat den Anschein, als ob die Revolutionären versuchten den Karl-Marx-Klub enger an ihre Partei zu binden oder sogar zu einer RSAP-Organisation zu machen, was darin zum Ausdruck kam, dass im Organ der Revolutionären lautstark dafür agitiert wurde, sich dem Klub anzuschliessen:

> *Der sozialistische Diskussionsklub Karl Marx … fordert Gesinnungsgenossen auf, dem Klub beizutreten. Sein Ziel ist es diejenigen Gesinnungsgenossen zusammenzubringen, die die sozialistischen Prinzipien diskutieren und agitatorisch wirken wollen. Die Vorträge, die allgemeine Anerkennung im Klub finden, sollen in den verschiedenen Organisationen der Arbeiterpartei verbreitet werden. Zu diskutierende Themen werden nach einem festen Plan ausgewählt. Weiterhin versucht der Klub der sozialistischen Literatur eine so weite Verbreitung in der Arbeiterpartei zu verschaffen wie möglich. Eine Bibliothek mit sowohl dänischer als auch ausländischer sozialistischer Literatur steht den Mitgliedern zur Verfügung. Die wöchentlichen Versammlungen werden jeden Samstag … von 8-11 abgehalten. Mitglieder der sozialistischen, sowohl gewerkschaftlichen als auch politischen Organisationen können dem Klub beitreten. Das Kontingent beträgt 20 Øre monatlich. – Wir (die Redaktion) empfehlen diese Aufforderung auf das Beste und*

1 A. C. Meyer, En Agitators Erindringer, S. 104.

2 Diskussionsklubben „Karl Marx" (Hrsg.), Diskussionsklubben „Karl Marx". Et Tilbageblik i Anledning af Klubbens femogtyveaarige Virksomhed, Kopenhagen 1911, S. 16.

3 Vergl. Skovmand, a.a.O., S. 79.

4 In den ersten 25 Jahren der Existenz des Karl-Marx-Klubs wurden insgesamt 737 Vorträge in Klub-Regie abgehalten, davon 152 über ökonomische, 72 über historische, 45 über philosophische und 83 über politische Themen. 112 Vorträge behandelten sozialistische Theorien, 96 die Arbeiterbewegung. 56 Vorträge behandelten Marx' ökonomische Theorien. So ebd, S. 81. 1887 erhielt der Klub 25 Exemplare der Übersetzung des 1. Bandes des Kapitals in die dänische Sprache, vergl. Callesen, Über die Verbreitung der Werke von Marx und Engels in Dänemark, S. 370.

5 Ebd., S. 82 f. Siehe auch: Diskussionsklubben „Karl Marx", S. 15. Vergl. auch die in der Einleitung zitierten positiven Äusserungen von Lamm und Georg Bolgann.

6 Zu Triers Tätigkeit im Karl-Marx-Klub vergl. Dokumente 32 und 35 sowie die Protokollbücher der Klubs: Referat Protokol for Diskussionsklubben Karl Marx, Karl-Marx-Klubbens Arkiv, ABA, undatiert und unpaginiert.

> *raten unseren Gesinnungsgenossen, sich dem Klub anzuschliessen, in dem eine sachliche und tiefgehende Diskussion über die Prinzipien des Sozialismus geführt wird*[1].

In den Ohren des Vorstandes der Sozialdemokratischen Bundes, allen voran P. Knudsens, muss dies wie eine Aufforderung zur Unterwanderung der Sozialdemokratie mit Hilfe der sozialistischen Theorie bzw. Literatur, geklungen haben. Es kann deshalb nicht verwundern, dass der Bundesvorstand das veranstaltete, was von *Arbejderen* als „eine neue Exklusion" beschrieben wurde: auf einer Klub-Sitzung Anfang September 1892, auf welcher die Reformsuchenden, die inzwischen laut *Arbejderen* mit Hilfe einer Vielzahl von Neueintritten die Mehrzahl der Klubmitglieder stellten, wurden die anwesenden RSAP-Anhänger ausgeschlossen. Wir „wurden hinausgeworfen mit 21 Stimmen gegen 15"[2]. Damit war der Karl-Marx-Klub sozusagen „chemisch rein" von revolutionären und von der Sozialdemokratie abweichenden Anschauungen und unschädlich für die Sozialdemokratie. Klubsitzungen, auf denen, wie *Arbejderen* ausführte, die Revolutionären den Reformsuchenden „ihre halb liberale Stellung … in all ihrer hinkenden Erbärmlichkeit" zum Vorwurf machen konnten[3], kamen nun nicht mehr vor. Mit dem Hinauswurf aller, die nicht den „reformatorischen Pfusch" der Parteileitung unterschreiben wollten, war es zumindest vorläufig auch vorbei mit der wohl wichtigsten Ambition des Karl-Marx-Klubs, nämlich dem „gründlichen" Studium des Sozialismus, mit dem Ziel schliesslich und endlich „zum rechten Verständnis der Theorien des grossen Meisters Karl Marx zu gelangen"[4].

Es hat allerdings nicht den Anschein, dass es den Parteigängern P. Knudsen, von denen *Arbejderen* wohl mit Recht annahm, dass sie die Drahtzieher der „neuen Exklusion" waren[5], gelang, die revolutionären Elemente auf Dauer aus dem Klub auszuschliessen. Immerhin ist bekannt, dass zumindest Trier im November 1900, also vor seinem Wiedereintritt in die Partei, (noch oder wieder) als Dozent im Karl-Marx-Klub wirkte. Von Bedeutung war, dass ein wichtiges Forum für die Diskussion der sozialistischen Theorie, aber auch für den Gedankenaustausch von Revolutionären und Reformsuchenden, zumindest zeitweilig, d.h. in den für die RSAP wesentlichen frühen 1890er Jahren, verloren ging.

6.8 Die Revolutionären und die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung

Der Frage, wie die Revolutionären zur Gewerkschaftsbewegung standen und welchen Einfluss sie auf sie hatten, ist bislang von der historischen Forschung kaum berührt worden. Dies liegt sicherlich daran, dass es kaum Anzeichen für einen derartigen Einfluss gibt, zum anderen mag es auch daran liegen, dass von Trier und Nic. L. Petersen, bzw. *Arbejderen* und der RSAP nur wenige Äusserungen zur gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung und zu

1 Arbejderen, 31.01.1892.
2 Ebd., 18.09.1892.
3 Ebd.
4 Ebd., 13.11.1892.
5 Ebd.

gewerkschaftlichen Fragestellungen vorliegen, die, verglichen mit den Äusserungen zu anderen Themen, sporadisch erscheinen. Tatsächlich liess die von den Revolutionären erwartete – und, obwohl die Massen verarmende, letztendlich wünschenswerte, da in die sozialistische Gesellschaft führende – zwangsläufige Entwicklung zum Grossbetrieb nur einen begrenzten Spielraum für gewerkschaftliche Tätigkeiten. Ihrer Natur nach lagen letztere, ähnlich den Forderungen des ausgesprochen kargen Minimalprogrammes der RSAP, im „Diesseitsbereich", d.h. in der Sphäre der Gesetzgebung des bürgerlichen Staates. Dies bedeutete jedoch nicht, dass den Revolutionären der gewerkschaftliche Kampf gleichgültig war, ganz im Gegenteil: der Behauptung, sie hätten „fast kein Verhältnis zum gewerkschaftlichen Aspekt des Kampfes der Arbeiterbewegung" gehabt[1], muss widersprochen werden. Das Gegenteil war der Fall, wie im Folgenden zu zeigen sein wird.

6.8.1 Theoretisches

Es gibt eine wichtige theoretische Stellungnahme der Revolutionären zur Gewerkschaftsbewegung, die Grundsätzliches aussagt, nämlich eine – wie üblich unsignierte – vierteilige Artikelserie mit der Überschrift „Die gewerkschaftliche Organisation" („Den faglige Organisation") in *Arbejderen* vom Oktober und November des Jahres 1889. Die Artikel machen deutlich, wie die Revolutionären den gewerkschaftlichen Kampf und die Gewerkschaftsbewegung einschätzten. Sie begannen mit einer Darstellung der frühen englischen Gewerkschaften; diese waren

> *... konservative Organisationen. Sie entstanden als die ersten ihrer Art unter einem neuen Produktionssystem, das mit einer Kraft und einer Rücksichtslosigkeit auftrat, die den Arbeitern keine Gelegenheit gab an irgendeine weitreichende Befreiung von den unterdrückenden Wirkungen dieses Systems zu denken, sondern nur daran, sich gegen die Brutalität des heranstürmenden Kapitalismus zu verteidigen, um nicht von ihm vernichtet zu werden*[2].

Dies war eine korrekte Sicht der frühen englischen Gewerkschaften, die nicht mehr waren als Schutzveranstaltungen und Palliativmittel im Kampf des Proletariats um das nackte physische Überleben. Die Rohheit der bekanntlich von Engels eindrucksvoll beschriebenen Zustände im frühindustriellen England[3] verhinderte die Formulierung von Politiken, die auf die Bekämpfung der Ursachen des Massenelendes abzielten. Vor dem Hintergrund eines halben Jahrhunderts gewerkschaftlicher Erfahrungen in England und unter dem „Einfluss der Lehren von Marx, Lassalle und Engels" und zu einem Zeitpunkt, als „die Grossindustrie in Deutschland als die dominierende (Kraft)" auftrat, so *Arbejderen*, wurde es den deutschen Arbeitern bewusst, dass die gewerkschaftlichen Organisationen, die obendrein das Sozialistengesetz an ihrer „vollständigen" Entfaltung hinderte, nicht ausreichten, „um die Krebsschäden der Gesellschaft auf eine zufriedenstellende Weise zu bekämpfen". Deshalb wurde in Deutschland zeitgleich „mit der gewerkschaftlichen Organisation die Forderung

1 So C. Bryld, a.a.O., S. 93 f.

2 07.10.1889.

3 Die Lage der arbeitenden Klassen in England, MEW, Bd 2, S. 225-506.

nach der Aufhebung des kapitalistischen Systems" laut[1], d.h. die Forderungen wurden politisch. Es entstand eine „revolutionäre sozialistische Theorie", die „sofort einen so überwiegenden Einfluss" bekam, „dass eine selbständige gewerkschaftliche Bewegung unmöglich war"[2]. Hier wurde, wenn auch in etwas unbeholfenen Wendungen, den politischen Organisationen die übergeordnete Rolle zuerkannt, denn, wie es zusammenfassend zum Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften hiess: „Es ist in Wirklichkeit die Sozialdemokratie, die die gesamte Arbeiterbewegung repräsentiert"[3].

Es zeigte sich hier, dass der oder die Verfasser der Artikelserie die Gewerkschaften als den politischen Parteien „nachgeordnete" Organisationen wertete, bzw. werteten, allerdings wurde vermieden, dies direkt auszusprechen. Die Aufgaben der Gewerkschaften wollte man auf zweierlei beschränkt wissen, nämlich 1. das zu regulieren, was in der Artikelserie das unmittelbare „Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitsherr" genannt werden[4] und unter dem modernen Begriff der Lohn- und Tarifverhältnisse zusammengefasst werden kann, und, 2. eine „erzieherische Wirkung zu entfalten". Darüber hinaus, so hiess es abschliessend, würden die Gewerkschaften, „ob sie wollen oder nicht – durch den Fortschritt der Industrie … dazu gezwungen, sich den revolutionären Sozialisten anzuschliessen"[5].

Soweit die Theorie. Sie lässt sich in Kürze wie folgt zusammenfassen: laut den theoretischen Vorstellungen der Revolutionären gab es ein klares Primat der politischen Organisationen gegenüber den gewerkschaftlichen. Nichtsdestotrotz hatten die Gewerkschaften eine wichtige tagespolitische Aufgabe im Kampf um Lohn und Arbeitsverhältnisse. Im Folgenden geht es um den konkreten Einfluss der Revolutionären auf die Gewerkschaften.

6.8.2 Die Revolutionären in den Gewerkschaften

Es fehlte offensichtlich nicht an Versuchen der Revolutionären, in den Gewerkschaften Fuss zu fassen, aber auch hier ist die Quellenlage wieder einmal unbefriedigend. Es stehen nur die Annoncen, Kurznotizen und Berichte in *Arbejderen* und in einigen Gewerkschaftsorganen zur Verfügung. Die Archive geben nichts her. Dem spärlichen Quellenmaterial zufolge blieb den Revolutionären grösserer Einfluss auf die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung versagt. Es scheint so, als sei die auf dem ersten Kongress der Gewerkschaft der Schmiede und Schlosser am 16. und 17. Juni 1889 anlässlich des Erscheinens der ersten Nummern von *Arbejderen* getroffene Feststellung, die Publikation sei „ein Gasballon"[6] und nichts als das Organ von drei bis vier Leuten, an der Spitze Trier[7], typisch für die Haltung der im Kopenhagener Kartell organisierten Gewerkschaften. Es ist keine positive Bemerkung des inzwischen etablierten Teils der dänischen Gewerkschaftsbewegung über die Revolutionären überliefert, sei es seitens des Kartells oder einer Einzelgewerkschaft, eher ein Todschweigen.

1 Arbejderen, 21.10.1889.
2 Ebd.
3 Ebd.
4 Ebd., 04.11.1889.
5 Ebd.
6 Vergl. 4.3.3.
7 J.A. Hansen, Festskrift i Anledning af Dansk Smede og Maskinarbejder Forbunds 25 Aars Jubilæum, S. 81.

Dies gilt auch für die Gewerkschaft der Tabakarbeiter, mit ca. 1.000 Mitgliedern 1890 eine der grössten Gewerkschaften in Dänemark[1], deren Vorsitzender Ferdinand Möller, obwohl Mitglied des aus der Sozialdemokratie ausgeschlossen Redaktionskomitees von *Arbejderen*, offensichtlich keinen Versuch unternahm, die Gewerkschaft in revolutionäres Fahrwasser zu ziehen. Das gleiche gilt für V. Petersen, leitendes Mitglied der Gewerkschaft der Schriftsetzer. Auch er scheint nicht versucht zu haben, die Gewerkschaft dem Einfluss Revolutionären zu öffnen. Hinzu kam, dass seitens des Sozialdemokratischen Bundes alles darangesetzt wurde, die Revolutionären davon abzuhalten, in den Gewerkschaften Fuss zu fassen, z.B., in dem sie daran gehindert wurden, in den Gewerkschaften Vorträge zu halten[2].

Nur in zwei gewerkschaftlichen Organisationen, nämlich in der der Schuhmachergesellen und der der Herrenschneiderinnen, konnten die Revolutionären zwischenzeitlich Einfluss gewinnen. Beide Gruppen von Arbeitern lebten und arbeiteten im Vergleich mit anderen Arbeitern des gewerblich-industriellen Sektors in Verhältnissen, welche an frühindustrielle Zustände erinnerten. Ein Zitat, eine von vielen Klagen, darf hier durchaus wörtlich verstanden werden:

> *Unser Verdienst ist nicht einmal so gross, dass wir uns mit 14 bis 16 Stunden Arbeit in der Lage sehen, unsere Familien auf eine menschenwürdige Weise zu ernähren*[3],

hiess es in der Zeitschrift der Gewerkschaft der Schuhmachergesellen. Letztere Gewerkschaft wurde 1885 aus der Taufe gehoben, sie war im Laufe der zweiten Hälfte der 1880er Jahre mehrmals in harte Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern verwickelt gewesen[4].

Die gewerkschaftliche Organisation der Herrenschneiderinnen, bei denen es sich eher um Näherinnen als um Schneiderinnen handelte, war ein sieches Unternehmen und hatte um 1890 kaum mehr als einige Dutzend Mitglieder[5]. Anders als die Schuhmachergesellen verfügten die Herrenschneiderinnen nicht einmal über eine Zeitschrift, d.h. sie standen auf der alleruntersten Stufe ihrer organisatorischen Entwicklung. Das, was beide Gruppen von Arbeitern bedrückte, waren die Produktionsverhältnisse, genauer, ein noch aus vorindustriellen Zeiten übernommenes Verlagswesen und, damit verbunden, Heimarbeit und Stücklöhne. Dieses System, mit allen dazugehörigen Nachteilen, wie: lange Arbeitszeiten; karge Löhne; Verkleinerung des ohnehin knappen Wohnraumes der implizierten Familien durch die Werkstatt in der Stubenecke; Ausbeutung der familiären Arbeitskraft usw., war denn auch, als sog. „Werkstattfrage", immer wieder Ansatzpunkt der gewerkschaftlichen Agitation der Schuhmachergesellen[6]. Bei den Herrenschneiderinnen kam hinzu, dass sie gleichsam das letzte Glied in einem mehrteiligen Verlagssystem waren, an dessen Spitze die Prinzipale (Inhaber von Fabriken und Werkstätten sowie von Magazinen

1 Jensen, Olsen, a.a.O., S. 170.

2 Vergl. Arbejderen, 04.08.1890.

3 Skomagersvendenes Fagblad. Organ for Skomagersvendenes Forbund i Danmark, Nr 1, 1. Jahrg. (Okt. 1890). Vergl. auch ebd., Nr 4, 2 Jahrg. (Januar 1891), und Nr 6, 2. Jahrg., (März 1891).

4 Vergl. J. Jensen, C. M. Olsen, Oversigt over Fagforeningsbevægelsen in Danmark i Tiden fra 1871 til 1900, Kopenhagen 1901, S. 221 ff. – Zu den Schuhmachern vergl. auch K. Knudsen, a.a.O., S. 131 ff.

5 Ebd., S. 264 f., und Jensen, Olsen, a.a.O., S. 228.

6 Vergl. z. B. Skomagersvendenes Fagblad, Nr 4, 2. Jahrg. (Januar 1890), und Jensen, Olsen, a.a.O., S. 223, sowie K. Knudsen, a.a.O., S, 231 ff.

und Bekleidungsgeschäften) standen, für die die Gesellen, ebenfalls durchweg in Heimarbeit und nach dem Stücklohnverfahren, arbeiteten, um einen Teil der anfallenden Routinearbeiten (z.B. das Nähen von Kragen und Knopfleisten, die Fertigung von Manschetten usw.) an die Herrenschneiderinnen weiterzugeben. Diese, häufig alleinstehende Frauen, die eine Familie zu versorgen hatten und für die die Arbeit in einer Fabrik oder Werkstatt oder eine andere Betätigung aus irgendeinem Grunde nicht in Frage kam, meistens weil sie ihre Kinder beaufsichtigen mussten, erledigten ihre Aufträge ebenfalls in Heimarbeit und wurden von den Gesellen eigenverantwortlich und wiederum nach dem Stücklohnsystem und – in ihrer Eigenschaft als lohnabhängige Frauen und Zuarbeiterinnen lohnabhängiger Männer – durchweg schlecht bezahlt[1]. Bei den Schuhmachern und Herrenschneiderinnen handelte es sich daher um Arbeiter und Arbeiterinnen der am schlechtesten gestellten Kategorie, die unter frühindustriellen Arbeitsbedingungen zu leiden hatten. Im Falle der Herrenschneiderinnen kann gar von einer doppelten Ausbeutung – nämlich als Lohnabhängige und als Frauen – die Rede sein.

Es gelang den Revolutionären, trotz der von ihnen beklagten Schwierigkeiten[2], Anhänger in der Gewerkschaftsbewegung zu finden, unter den beiden oben beschriebenen Gruppen Fuss zu fassen. Gewerkschaftliche Arbeit war weder unter den Schuhmachergesellen noch unter den Näherinnen leicht zu bewerkstelligen – beide waren wegen des Fehlens grösserer Arbeitsplätze und durch die Heimarbeit individualisiert, und nur die Schuhmacher hatten, um dies auszugleichen, in Kopenhagen eine Reihe sog. „Klubs" gebildet, d.h. gewerkschaftliche Kleinstgruppen für eine oder mehrere Strassen, ein Stadtviertel oder mehrere Arbeitsplätze, um auf diese Weise „einen Geist der Kollegialität oder Brüderlichkeit" zu erzeugen[3]. In diesen gewerkschaftlichen Basisgruppen fanden ausdrücklich auch Frauen Aufnahme[4]. Die Herrenschneiderinnen verfügten über keine derartigen Organisationen.

Die Gründe dafür, warum es den Revolutionären gelang, gerade unter diesen beiden Gruppen Fuss zu fassen, bleiben letztendlich verborgen. Es ist möglich, dass Zufälle oder persönliche Bekanntschaften eine Rolle spielten, es könnte aber auch der Fall sein, dass die radikale Haltung der Revolutionären, vielleicht sogar ihr Bruch mit der Sozialdemokratie und damit auch mit der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung, bei diesen von allen Arbeitern am schlechtesten gestellten besonders gut verfingen. Bei den Näherinnen dürfte hinzugekommen sein, dass die sozialistische Gewerkschaftsbewegung als ausgesprochen männliche Domäne für die Bedürfnisse dieser Frauen vorerst kaum ein offenes Ohr hatte – ihre Lebensbedingungen zu verbessern, wäre zuerst einmal auf Kosten der sie beschäftigenden männlichen „Lohndrücker" gegangen.

1 A.a.O., S. 65 f. - Zur Situation der Näherinner ist sehr aufschlussreich das Gemälde von Ulrik Tornøe Wenzel, betitelt „Eine Näherin am Pfingstmorgen". Es zeigt eine Näherin, die über der Arbeit an einer Knopfleiste eingeschlafen ist. Der knappe Arbeitsplatz ist unter einer Treppe angesiedelt, die Petroleumslampe leuchtet schwach, Stoffe liegen herum, die erschopfte Nährerin sitzt auf einem Stuhl, den Kopf an die Wand angelehnt. Wiedergegeen u.a. bei: Julia Lahme, Damen i midten. Mode, kvinder & danmarkshistorie set gennem et stormagasins vinduer, Kopenhagen 2018, S. 75.

2 Vergl. Arbejderen, 04.08.1890.

3 Skomagersvendenes Fagblad, Nr 7, 2. Jahrg. (April 1891).

4 Ebd.

Eine Verbindung zwischen führenden Revolutionären und den Kopenhagener Schuhmachern lässt sich schon für den Anfang 1889 nachweisen. Am 15. Januar hielten Trier und P. Christensen in der Regie der Schuhmachergewerkschaft einen Vortrag über den im Vorjahr abgehaltenen Londoner Kongress; das von den Besuchern zu entrichtende Eintrittsgeld sollte unter Arbeitslosenfamilien verteilt werden[1]. In den Monaten nach ihrem Parteiausschluss scheint es den Revolutionären gelungen zu sein, fester in der Schuhmachergewerkschaft Fuss zu fassen. Davon künden gelegentliche Vorträge führender Revolutionäre auf den Gewerkschafts- und Klubversammlungen, und zwar sowohl in der Hauptstadt als auch in der Provinz[2], sowie die häufigen Annoncen der Schuhmachergewerkschaft bzw. der Klubs in *Arbejderen*. Dem Bericht über den Kongress der Schuhmachergewerkschaft im Herbst 1890 ist zu entnehmen, dass der Parteiausschluss der Revolutionären zu einigem Streit in der Gewerkschaft geführt hatte. Zumindest ein Vorstandsmitglied, B. P. Jönsson, legte sein Amt nieder[3]. Sein Name findet sich unter den weiter oben aufgelisteten Funktionären der RSAP, ebenso wie der Name eines anderen Kopenhagener Delegierten auf dem Schuhmacherkongress, Malmström[4]. Zusammen mit der kurz zuvor in *Arbejderen* veröffentlichten Aufforderung an die unzufriedenen Mitglieder der Schuhmachergewerkschaft, sich zu einem Treffen zu begeben[5], vermittelt der Bericht vom Schuhmacherkongress den Eindruck, dass in der Gewerkschaft eine vielleicht sogar ganz beachtliche revolutionäre Minderheit existierte. Den gleichen Eindruck vermitteln einige in *Arbejderen* veröffentlichte Korrespondenzen der Schuhmachergewerkschaft in Odense[6].

Noch sparsamer als im Falle der Schuhmacher fliessen die Quellen bei den Herrenschneiderinnen. Faktisch künden nur die – allerdings häufigen – Annoncen der „Gewerkschaftlichen Abteilung der weiblichen Herrenschneider" in *Arbejderen*, in denen sie ihre Versammlungen ankündigten, ohne jedoch einmal mehr über den Inhalt einer dieser Veranstaltungen mitzuteilen, von ihrer Existenz. Offensichtlich stand die Gesamtgewerkschaft unter dem Einfluss der Revolutionären, und nicht, wie im Falle der Schuhmacher, nur eine Fraktion.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass der revolutionäre Einfluss in der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung gering war. Es gab „revolutionäre Fraktionen" in den Schuhmachergewerkschaften in Kopenhagen und in Odense, und abgesehen davon stand auch die embryonale Näherinnengewerkschaft unter revolutionärem Einfluss[7], was vielleicht auch damit zusammenhing, dass Nic. L. Petersen mit einer Näherin kohabitierte, bzw. mit ihr verheiratet war. Bei der grossen Masse der dänischen Gewerkschaftsmitglieder hatten die Revolutionären keine Einflussmöglichkeiten und unterliessen es deshalb offensichtlich auch ganz, in sie hineinzukommen zu versuchen. In jedem Falle ist kein Versuch seitens der

1 Social-Demokraten, 15.01.1889.

2 Vergl. z.B. Skomagersvendenes Fagblad, Nr 6, 2. Jahrg. (März 1892) (Vortrag Nielsen Koldings vor Kopenhagener Klubs), sowie Arbejderen, 8.5.1892 (Vortrag Nielsen Koldings vor Schuhmachern in Odense).

3 Skomagersvendenes Fagblad, Nr 1, 1. Jahrg. (Oktober 1890).

4 Ebd. – Jönsson und Malmström sind schwedische Namen, dies könnte auf eine Verbindung zum Schwedischen Lese- und Diskussionsverein deuten.

5 Arbejderen, 04.08.1890.

6 Ebd., 15.05.1891.

7. Vergl. auch 8.1.

Revolutionären bekannt, unter den grossen, inzwischen schon wohletablierten und eng mit der Sozialdemokratie verflochtenen sozialistischen Gewerkschaften Fuss zu fassen. Die Erfolgsaussichten eines solchen Versuchs wären sicherlich auch null gewesen.

6.9 Quantitäten und Qualitäten

Was die Mitgliederstärke der RSAP betrifft, gibt es einige Hinweise in den Quellen, die Schätzungen, aber nicht mehr, zulassen. Die erste dieser Schätzungen machte P. Knudsen in seinem schon mehrmals zitierten Brief an Liebknecht vom 07. März 1890, in dem er die Zahl der RSAP-Mitglieder auf nicht mehr als 200 kalkulierte. Hier mag der Wunsch des Parteivorsitzenden überwogen haben, die RSAP den deutschen Genossen gegenüber kleiner zu reden als sie es wirklich war. Eine realistischere Kalkulation sieht eher so aus: aus dem Vorhergehenden lässt sich ableiten, dass die lokale Organisation in Svendborg, die in den Quellen am besten belegte Organisation der RSAP, im Frühjahr 1890 etwa 10 Mitglieder hatte, also bestimmt keine Massenorganisation darstellte. Wird die gleiche Mitgliederstärke für den Literarisch-Sozialistischen Verein, die Organisationen von Vesterbro und Østerbro, Odense und auch Randers angenommen, dann ergibt dies insgesamt 60 Mitglieder. Dazu könnten noch einmal 5-10 Mitglieder des Jugendvereines der Revolutionären gekommen sein sowie etwa 25-30 Mitglieder des Vereins von Amager[1], insgesamt also 90-100 Parteimitgliedern. Es kann nicht genug betont werden, dass dies nur eine grobe Schätzung sein kann. Bei den 90-100 handelt es sich um Parteimitglieder – die Zahl der Sympathisanten dürfte natürlich höher gelegen und auch Sozialdemokraten umfasst haben. Die 391 Stimmen gegen den Parteiausschluss der Revolutionären sowie die zu Hochzeiten wie dargestellt etwa 1.000 und später dann nur noch 700 Abonnenten von *Arbejderen* geben einen Fingerzeig, beweisen aber auch, dass nicht alle, die mit den Revolutionären sympathisierten, den Bruch mit der Sozialdemokratie vollziehen mochten. Bei der obigen Schätzung wurden weder die Mitglieder der DLG, noch die des Schwedischen Lese- und Diskussionsvereins berücksichtigt, von denen die Erstgenannte die bei weitem grösste Organisation war, die erst mit der RSAP sympathisierte und schliesslich organisatorisch mit ihr verbunden war. Werden die zumindest in der ersten Hälfte des Jahres 1890 wahrscheinlich ca. 200 Mitglieder der DLG zu den weiter oben geschätzten etwa 100 „gemeinen" RSAP-Mitgliedern gezählt, ergibt sich eine Gesamtstärke der Partei der Revolutionären von 300 Personen, etwa so viele wie laut *Arbejderen* an ihrer Maifeier 1890 teilnahmen[2], vielleicht sogar noch von ein paar Dutzend mehr, da über die Stärke des schwedischen Arbeitervereins nichts bekannt ist. Der deutsche Agent, der den Trier Vortrag am 17. Januar 1890 besucht und referiert hatte, war ebenfalls der Auffassung, dass „300 Personen … ungefähr die ganze Stärke der Abtrünnigen ausmacht"[3], was natürlich nur den Stand zum Zeitpunkt des Vortrages wiedergibt. Nic. L. Petersen schätzte bei seiner Vernehmung vor der Kopenhagener Kriminalkammer die Zahl der Mitglieder der RSAP

1 Der Verein von Amager hatte über 30 Mitglieder, von denen nur eines für den Ausschluss der Revolutionären gestimmt hatte. Vergl. Protokol Socialdemokratisk Forbund, Sitzung vom 21.11.1889.

2 Vergl. Kapitel 7.2.1 unten.

3 Vergl. Geheimes Staatsarchiv, Fol. 75.

zumindest anfänglich auf 300-400 ein[1]. Diese ungefähren Zahlen werden dadurch bestätigt, dass es sich bei der der RSAP angeschlossenen politischen Organisation, auf die Nielsen Kolding auf dem 1892er Skandinavischen Arbeiterkongress hinwies und deren Mitgliederzahl er mit 135 bezifferte, und die der RSAP das Recht auf zwei Kongressdelegierte gab, um die inzwischen deutlich schwächer gewordene DLG gehandelt haben dürfte[2]. Damit ist aber auch schon gesagt, dass die Mitglieder- bzw. Anhängerschaft der RSAP ein sehr schlagseitiges Bild bot, und zwar das einer sozialistischen Kleinstpartei, deren Kraftzentrum Ausländer waren, nämlich Deutsche, der überwiegende Teil von ihnen wahrscheinlich Arbeiter und Handwerker „auf der Walze", die kamen und gingen und von denen sich viele nur über kürzere Zeiträume, nicht aber kontinuierlich, in Dänemark aufhielten. Einige von ihnen waren wahrscheinlich Flüchtlinge aus dem Reich, von denen angenommen werden darf, dass sich ihre Reihen nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes von selbst ausdünnten. Demnach war das Kraftzentrum der RSAP anfällig und auf die Dauer nicht tragfähig genug für eine politische Partei. Dies wurde klar, als das deutsche Element und Kraftzentrum in der RSAP wegfiel. Der Niedergang der RSAP fiel denn auch, wie noch zu zeigen sein wird, in den gleichen Zeitraum wie der der DLG.

Wie sich im Laufe der Studie zeigte, war auch in der politischen Theorie der Revolutionären der deutsche Einfluss überwiegend. Die politisch-theoretischen Vorstellungen der Revolutionären deckten sich eher mit denen der deutschen Sozialdemokraten Ende der 1880er, Anfang der 1890er Jahre, als mit den bei den dänischen Sozialdemokraten jener Jahre gültigen Vorstellungen. Die ideologische Heimat der RSAP war demzufolge eher die deutsche als die dänische Sozialdemokratie. Dies gilt natürlich besonders für das Marximusverständnis der Revolutionären.

1 Vergl. Højesteret: Domsager 1892, 3/6, Sag Nr 204, Verhör vom 10.12.1891.

2 Protokoll Malmö 1892, S. 4.

7. Die RSAP gegen die Sozialdemokratie

Kurz vor und nach ihrem Parteiausschluss versuchten die Revolutionären, allen voran Trier und Nic. L. Petersen, sich nicht nur national, durch ihre Agitation in Kopenhagen und in den dänischen Provinzstädten, sondern auch auf der Bühne der internationalen Arbeiterbewegung, d.h. vor allem der der internationalen Kongresse, zu profilieren. Was die Kontakte zur internationalen sozialistischen Bewegung anging, hatten vor allem Trier und Nic. L. Petersen leitenden dänischen Sozialdemokraten gegenüber den Vorteil ihrer persönlichen Netzwerke, entstanden durch ihre langen Aufenthalte m Ausland und ihre, zumindest im Falle Nic. L. Petersens, vielleicht sogar illegalen Tätigkeiten in und mit sozialistischen Zirkeln und ihrer Kenntnisse des Französischen, Deutschen und Englischen. Die Foren, auf denen sie sich international zu profilieren suchten, waren die Kongresse der Internationalen, allen voran, wie oben dargestellt, der Gründungskongress in Paris und zwei Jahre später der Brüsseler Kongress. Hinzu kamen die skandinavischen Arbeiterkongresse, die ab 1886 alle zwei Jahre[1] in Dänemark, Norwegen oder Schweden abgehalten wurden. Die Revolutionären waren als selbständige RSAP auf dem dritten, vom 14. bis 17. August 1890 in Kristiania (Oslo) stattfindenden und dem vierten dieser Kongresse, der vom 18. bis 20. August 1892 in Malmö abgehalten wurde, vertreten. Abgesehen davon verstanden es die Revolutionären, durch die Ausrichtung und das festliche Begehen von Solidaritätsfesten zum Angedenken an die Pariser Kommune von sich reden zu machen. Das gleiche gilt für die Art ihrer Teilnahme an den erstmals 1890 abgehaltenen Maifeiern, bei denen sie, anders als die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, sich nicht von den Behörden durch Auflagen beirren liessen, womit sie sich als der „internationalistischere", „mutigere" und „rebellischere" Zweig der Arbeiterbewegung Dänemarks zu erkennen gaben. In die gleiche Richtung zielten die von den Revolutionären jährlich und mit Eifer und viel Pathos begangenen Kommunefeiern.

7.1 Die Revolutionären auf den internationalen Kongressen

Zu den internationalen Kongressen werden im Folgenden nicht nur die Kongresse der sog. „II. Internationale" gezählt, sondern auch die skandinavischen Arbeiterkongresse, die in der internationalen Literatur bislang wenig Beachtung gefunden haben. Deshalb zuvörderst eine kurze Einleitung zu dieser Besonderheit der skandinavischen Arbeiterbewegungen[2].

7.1.1 Einleitendes zu den skandinavischen Arbeiterkongressen

Die Motivation zu ihrer Abhaltung dieser Kongresse war gleicherweise pragmatisch wie internationalistisch, wobei der Internationalismus auf Skandinavien begrenzt und

1 Nämlich (nach 1886) 1888, 1890 und 1892; danach erst wieder 1897, 1901, 1907, 1912 und zuletzt 1920.

2 Eine Monographie der skandinavischen Arbeiterkongresse, ihrer Bedeutung und Auswirkungen wäre wünschens- und lohnenswert, steht allerdings noch aus bzw. ist dem Verfasser dieser Studie nicht bekannt.

dementsprechend eher ein „Arbeiter-Skandinavismus" war. In einer norwegischen zeitgenössischen Dokumentation zu den Kongressen heisst es daher:

> *Schon in der frühesten Kindheit der Arbeiterbewegung … fühlte und dachte man international. Man war sich klar darüber, dass der Kampf für die Befreiung der Unterklasse nicht nur eine nationale, sondern mehr eine internationale Aufgabe war und dass man in diesem Kampf Bedarf hatte an gegenseitiger Unterstützung, und an Ratschlägen und Hilfen*[1].

Für die Arbeiterorganisationen Dänemarks, Schwedens und Norwegens lag es auf der Hand, dort die Zusammenarbeit zu suchen, wo es keine Sprachunterschiede gab, die ein (gegenseitiges) Verständnis behinderten. Dis führte ganz natürlich „zur Abhaltung skandinavischer Kongresse"[2], denn die Zugehörigkeit zur skandinavischen (nordischen) Sprachenfamilie erleichterte die Kommunikation und ermöglichte die engere Zusammenarbeit der skandinavischen Arbeiterbewegungen, wobei sich die Zusammenarbeit vorerst und in erster Linie auf den wichtigen Austausch von Ideen und Gedanken zu grundlegenden Fragen gewerkschaftlichen und politischen Inhaltes konzentrierte. Fragen, die auf dem 1890er Kongress diskutiert wurden, waren beispielsweise: was kann getan werden zur Abschaffung der leidigen Heimarbeit? Wie können die skandinavischen Gewerkschaften zusammenarbeiten, und wie könnte eine eventuelle enge Zusammenarbeit organisiert werden? Wie steht es um die Organisierung von Streiks, usw.[3] Die Kongresse wurden von den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der drei Länder beschickt, auf den frühen Kongressen waren aber auch noch bürgerlich-liberale und konservative Arbeitervereine vertreten. Dies gilt, allerdings in eher geringfügigem Masse, auch für die hier behandelten Kongresse von 1890 und 1892[4].

7.1.2 Kristiania 1890

Auf dem skandinavischen Arbeiterkongress 1890 war die RSAP durch Nic. L. Petersen und F. Möller vertreten, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften Dänemarks u.a. durch P. Knudsen und J. Jensen. Letzterer verfasste die Berichte vom Kongress für das Parteiorgan. Axel A. Danielsson, der (1890 noch treue) Parteigänger der Revolutionären, vertrat verschiedene Gewerkschaften und den sozialdemokratischen Verein in Malmö[5], zu dessen Gründern er zählte.

Die Anwesenheit der Vertreter der RSAP auf dem Kongress kommentierte J. Jensen gleich eingangs recht unfreundlich und in einer Tonart, wie sie inzwischen seitens des Sozialdemokratischen Bundes, zu dessen Vorstandsmitgliedern er bekanntlich zählte, üblich geworden war:

1 Skandinaviske Arbejderkongresser, Beslutninger og Resolutioner, Kristiania 1906, S. 2.
2 Ebd. Parenthese vom Verfasser.
3 Ebd., S. 21, S. 19, und S. 20 und 21.
4 Ebd., S. 6.
5 Ebd., S. 2 f.

> *Was diese Menschen auf dem Kongress wollen, ist etwas schwer zu verstehen, da die Aufgabe (des Kongresses) ja darin besteht, den Kampf der Arbeiter gegen den Kapitalismus zu organisieren und zu versuchen, für sie so gute Lebensbedingungen zu schaffen wie irgend möglich, wohingegen unsere heimischen „Revolutionäre" ansonsten derart Arbeit für Humbug erklären und (einen) Fatalismus predigen, demzufolge die Entwicklung alles ist und unsere Bestrebungen nichts, ja, dass es sogar schädlich ist, dass die Arbeiter sich Reformen verschaffen*[1].

Nic. L. Petersen und F. Möller liessen sich durch diese recht provokativen Äusserungen nicht beirren und versuchten energisch, und ohne Polemik, aber hart in der Sache, den Kongress auf eine revolutionäre Linie zu bringen, wobei sie Schützenhilfe von A. Danielsson erhielten, der sich, wie oben dargestellt, schon anlässlich ihres Parteiausschlusses auf die Seite der Revolutionären gestellt hatte. Das Mittel, dessen sie sich dafür auf dem Kongress in Kristiania zu bedienen gedachten, wurde von J. Jensen als „Krawallnummer" disqualifiziert[2]. Es war alles andere – nämlich die geschickte Kritik des sozialdemokratischen Landarbeiterprogrammes vor dem Forum der versammelten skandinavischen Arbeiterparteien und Gewerkschaften, die auch den Versuch zu seiner Revision beinhaltete. Natürlich geriet dieses Unterfangen unweigerlich zu einem Versuch, die dänische Partei auf dem Kongress zu kritisieren oder gar zu desavouieren. Ausgehend von dem missglückten Versuch eines norwegischen Delegierten, den Kongress zu einer Resolution zur Begrenzung der Arbeitszeit von Landarbeitern auf acht Stunden zu überreden, bat die RSAP den Kongress um Stellungnahme zu folgenden Fragen:

> *Was kann getan werden um die Lebensbedingungen der Landarbeiter zu verbessern? Ist es praktisch zu fordern, und eventuell zu verwirklichen zu versuchen: a) Die Einführung des Gemeinschaftsbetriebes in der Landwirtschaft unter der Kontrolle des bürgerlichen Staates? b) Die Errichtung von Hypotheken-Banken zur Beschleunigung des Überganges des Bodens in den Besitz des Staates*.[3]

Die zitierte Anfrage wurde von einem „einleitenden Vortrag von „Nik. Pettersen" (eine Art schwedische oder norwegische Verballhornung von Nic. L. Petersens Namen) begleitet, der zwar nicht referiert wurde, von dem jedoch anzunehmen ist, dass er das Landarbeiterprogramm der Sozialdemokratie in Frage stellte bzw. kritisierte. Immerhin waren die beiden Punkte der zitierten Anfrage Kernstücke dieses Programmes und kommentierte *Arbejderen* die sich jetzt ergebende Diskussion mit: „Es war hier, dass der Possibilismus von P. Knudsen und Co. zur Debatte stand"[4]. Spätestens an dieser Stelle wurde klar, dass die Revolutionären keine Gelegenheit ausliessen, die Sozialdemokratie ihres Heimatlandes insbesondere vor einem internationalen Forum nicht nur zu kritisieren,

1 Social-Demokraten, 19.08.1890. Ebd. gibt an, dass die Revolutionären drei Vertreter auf dem Kongress hatten. Neben Nic. L. Petersen und F. Möller konnte damit nur Victor Petersen gemeint gewesen sein, der die Gewerkschaft der Typographen vertrat. Dies könnte ein Hinweis sein, dass V. Petersen sich der RSAP angeschlossen hatte.

2 Ebd., 16.09.1890.

3 Protokol over forhandlingerne ved den 3. almindelige skandinaviske arbejderkongres afholdt 14., 15., 16. og17. august 1890 i Kristiania, 1890, S. 11. (Hinfort: Protokol Kristiania 1890).

4 Arbejderen, 01.09.1890.

sondern sich auch nicht scheuten, sie blosszustellen, so, wie es ihre Vertreter schon auf dem Pariser Kongress 1889 getan hatten.

Die Delegierten der dänischen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, allen voran J. Jensen, reagierten mit Hilflosigkeit auf die Anfrage der Revolutionären, deren überlegte Art, mit der sie die Schwäche ihrer Gegner ausnutzten, wiederum verdeutlichte, dass sie ihren Angriff gut und offensichtlich von langer Hand vorbereitet hatten – wahrscheinlich hatten sie die Anfrage und den folgenden Resolutionsvorschlag fertig formuliert im Gepäck, als sie zum Kongress reisten. Die Hilflosigkeit kam darin zum Ausdruck, dass insgesamt 21 dänische Delegierten, darunter mit Sicherheit P. Knudsen und J. Jensen, erklärten, nicht über die Anfrage Nic. L. Petersens abstimmen zu können, die, so das offizielle Protokoll des Kongresses, erst in letzter Minute, d.h. auf dem Kongress, vorgelegt worden wäre. Um zur Abstimmung zu kommen, hätte die Anfrage aber vor dem Kongress in den „Heimatorganisationen" der dänischen Delegierten diskutiert werden müssen. Diese Vorgehensweise sei geboten, da die Delegierten kein Mandat hätten, von den Beschlüssen des gerade abgehaltenen dänischen Parteitages von 1890 „abzuweichen"[1]. Dies war eine klare und einwandfreie Stellungnahme und bedarf keiner weiteren Erläuterung. Sie war aber erst im offiziellen Protokoll zu lesen, welches einige Zeit nach dem Kongress veröffentlicht wurde. Im Gegensatz dazu bemühte J. Jensen in seinem Bericht vom Kongress im Parteiorgan eine ganze Reihe von Argumenten, die Notwendigkeit zur Stimmenthaltung der dänischen Delegierten zu erklären, nämlich: der skandinavische Kongress sei eine Veranstaltung der städtischen Arbeiter und daher nicht kompetent, über Landarbeiterangelegenheiten abzustimmen; das dänische Landarbeiterprogramm sei ein „Verhältnismässigkeitsprogramm", welches auf rein dänische Verhältnisse abziele, weshalb es für Norwegen und Schweden, „wo die Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden anders sind als in Dänemark[2], keine Gültigkeit haben könne; abgesehen von den Vereinen der dänischen Delegierten seien auch die Vereine der schwedischen und norwegischen Delegierten nicht vor dem Kongress orientiert worden[3]. Die Argumentationskette J. Jensens war demnach zwar lang, aber nicht zwingend, und die Einzelargumente bezeugen ein gerütteltes Mass an Hilflosigkeit, die Nichtteilnahme an der Abstimmung zu begründen. Es darf davon ausgegangen werden, dass J. Jensens Argumente auch die innerdänische Debatte auf dem Kongress und vielleicht auch Teile der Kongressdebatte spiegelten. Dabei hätte es gereicht, darauf aufmerksam zu machen, dass eine Abstimmung nicht möglich war, weil die zur Abstimmung stehende Frage früher hätte diskutiert werden müssen, wie es dann schliesslich auch im Kongressprotokoll nachzulesen war.

Da es den Revolutionären erwartungsgemäss nicht vergönnt war, die Delegierten der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften dazu zu bewegen, gegen das eigene Landarbeiterprogramm zu stimmen, versuchten sie es andersherum und sozusagen „indirekt" mit Hilfe einer Resolution, die letztendlich das gleiche beinhaltete. Die Resolution wurde eingebracht von Nic. L. Petersen und A. A. Danielsson. Sie war sehr lang und

1 Protokoll Kristiania 1890, S. 11 f.

2 Social-Demokraten, a.a.O.

3 Ebd.

theoretisch, und den Berichten in *Arbejderen* und *Social-Demokraten* zufolge wurde sie heftig debattiert[1]. Die Einleitung der Resolution zeigte sehr deutlich die Handschrift Nic. L. Petersens, d.h. seine Rezeption des historischen Materialismus und seine Kapitalismuskritik: Nic. L. Petersen zufolge gab es keinen Unterschied zwischen Industrie- und Landarbeitern; das Elend beider Gruppen läge an den herrschenden Besitzverhältnissen „am Boden sowie an den übrigen Produktionsmitteln"; Ziel der Arbeiterklasse sei es, „sowohl den Boden als auch sämtliche Arbeitsmittel" unter die Kontrolle der arbeitenden Klasse zu bringen. Und weiter: da die kapitalistische Ausbeutung der lohnarbeitenden Bevölkerung die Grundlage des bürgerlichen Staates sei, dürften diesem keinerlei ökonomische Machtmittel in die Hände gelegt werden, da diese nur dazu benützt würden, die Abhängigkeit der Arbeiter zu verlängern[2]. Die exemplarische Beschreibung von einigen der Machtmittel, die dem bürgerlichen Staat nicht in die Hände gelegt werden sollten, lieferte A. Danielsson:

> *… alle Versuche, den kleineren Bauernstand durch billige Kredite oder durch Kleinausstückung und Verpachtung von Staatsboden am Leben zu halten sind aus sozialistischer Sicht verwerflich, da derlei Bestrebungen … nur dazu beitragen, die Existenz der Mittelklasse, die am zähesten und mit den meisten Vorurteilen beladen ist und am privaten Eigentumsrecht hängt und daher zu Trägern der Reaktion gegenüberüber der revolutionären Arbeiterbewegung geworden sind, zu* verlängern[3].

Nic. L. Petersens und A. Danielssons Resolution, insbesondere A. Danielssons Teil, war natürlich genauso ungeniessbar für die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Kongressdelegierten aus Dänemark wie die eingangs zitierte Anfrage des Erstgenannten. Von der Diskussion um die Resolution sind nur wenige und nichtssagende und sehr polemische Bruchstücke überliefert, und zwar wiederum in den schon zitierten Nummern von *Social-Demokraten* und *Arbejderen*. Die Abstimmung, die namentlich erfolgte, ergab folgende Ergebnisse: 44 Teilnehmer stimmten mit Ja, 14 mit Nein, und 36 enthielten sich der Stimme[4]. Numerisch konnten die Revolutionären also einen relativen Erfolg verbuchen, indem mehr Teilnehmer mit Ja als mit Nein stimmten, und es auch mehr Ja-Sager gab als Stimmenthaltungen. Allerdings, wie J. Jensen eher erleichtert als triumphierend feststellte, 50 der anwesenden, d.h. Nein-Sager und sich der Stimme enthaltender Teilnehmer, also eine Mehrheit, waren „Gegner der Resolution", die daher „nicht als bindend für die Teilnehmer des Kongresses betrachtet werden"[5] konnte. Unter den Ja-Sagern waren die Gründerfiguren der norwegischen Sozialdemokratie Christian Holtermann Knudsen und Carl Jeppesen, ihre schwedischen „Gegenstücke" A. Danielsson und Frederik Sterky, und natürlich Nic. L. Petersen, V. Petersen und F. Möller.

1 Ebd., auch: Arbejderen, 01.09.1890.

2 Protokoll Kristiania, S. 12.

3 Ebd.

4 Ebd., sowie S. 13. Hier wird P. Knudsen zu den Ja-Sagern gezählt, und ein H. Knudsen zu den Verneinern, was natürlich eine Verwechselung sein muss.

5 Social-Demokraten, a.a.O.

Abschliessend kann über den skandinavischen Arbeiterkongress in Kristiania gesagt werden, dass er den Revolutionären einen allerdings nur relativen Erfolg bescherte, der gleichzeitig einer ihrer grösster Triumphe war. Es stimmten 44 Delegierte für die Resolution A. Danielssons und Nic. L. Petersens und nur 14 gegen sie. Es zeigte sich ausserdem, dass die Revolutionären, d.h. hier Nic. L. Petersen, theoretisch fundiert waren und dass sie sich in der marxistischen Theorie auskannten, und zwar besser als P. Knudsen, ganz zu schweigen von J. Jensen und anderen führenden dänischen Sozialdemokraten und Gewerkschaftern. Allerdings gelang es den Revolutionären auch in Malmö nicht, ihre theoretischen Erkenntnisse in die Praxis der dänischen Sozialdemokratie einfliessen zu lassen, z.B. und zu allererst durch ein gemäss den Erkenntnissen der marxistischen Theorie formuliertes Landarbeiterprogramm.

Allerdings, wie es um die Breitenwirkung des Auftretens der Revolutionären auf dem Kongress bestellt war, kann nur vermutet werden. Die Wahrscheinlichkeit dürfte gross gewesen sein, dass viele Delegierte den Revolutionären und ihren kompliziert anmutenden und ausgesprochen langen Resolutionsvorschlägen kaum folgen konnten; ihr Treiben dürfte vielen Kongressdelegierten unverständlich gewesen sein, wofür die 36 Stimmenthaltungen wohl ein Zeichen waren. Eine wichtige, vielleicht die nachhaltigste, Auswirkung des Kongresses dürfte daher gewesen sein, dass die Auseinandersetzungen zwischen RSAP und Sozialdemokratie einen neuen Höhepunkt erreicht hatten und die Gräben zwischen ihnen tiefer geworden waren. Die Verhandlungen auf dem Kongress zeigten P. Knudsen, J. Jensen und ihren Parteigängern, dass die Revolutionären nicht nur in Dänemark, sondern auch in den jungen Parteien Schwedens und Norwegens Einfluss suchten und auch hatten.

7.1.3 Brüssel 1891

Es war erwartungsgemäss wiederum Nic. L. Petersen, der die Revolutionären auf dem Brüsseler Kongress repräsentierte[1]. Wie es sich zeigen sollte, war dies sein letzter Auftritt auf der Bühne der internationalen Arbeiterbewegung. Die reformsuchende Mehrheit der dänischen Arbeiterbewegung hatte P. Knudsen als Vertreter des Sozialdemokratischen Bundes geschickt; Sigvald Olsen vertrat die Kopenhagener Gewerkschaften und Martin Olsen die Gewerkschaft der Schreiner[2]. Es war auch diesmal wieder Nic. L. Petersen, der, ähnlich wie schon in Kristiania, der dominierende dänische Vertreter war[3], denn verglichen

1 Dies liest sich im Bericht des Social-Demokraten vom Brüsseler Kongress so: „Davon abgesehen treten die sogenannten ‚Revolutionäre' in Kopenhagen auch als Partei auf, indem sie einen Delegierten schickten". Vergl. ebd., 21.08.1891. Tatsächlich wurde Nic. L. Petersen in keinem der Kongressberichte in Social-Demokraten namentlich erwähnt. Anders der Vorwärts, in dem Nic. L. Petersen und P. Knudsen wie folgt begrüsst wurden: Unter den „den deutschen Genossen aus früheren Kongressen oder aus der Bewegung bekannten Genossen" waren „aus Dänemark Knudsen und Petersen". Es dürfte dem Geschäftsführer des Sozialdemokratischen Bundes kaum zur Freude gereicht haben, vom deutschen Parteiorgan in einem Atemzuge mit seinem revolutionären Erzfeind Nic. L. Petersen als Vertreter der dänischen Arbeiterbewegung benannt zu werden. Vergl. Vorwärts, Berliner Volksblatt. Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1. Beilage zum 22.08.1891. – Das Protokoll des Brüsseler Kongresses gibt an, dass Dänemark vier Vertreter schickte, ohne sie allerdings beim Namen zu nennen. Vergl. Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Arbeiter-Kongresses zu Brüssel, (16. – 22. August 1891), Berlin 1892, S. 5. (Hinfort: Verhandlungen Brüssel 1891). Dazu M. Bürgi, Die Anfänge der Zweiten Internationale, S. 145, Anm. 1: „Das Delegiertenverzeichnis ist unzuverlässig und nicht aufgrund der Anwesenheit der Delegierten, sondern aufgrund der Anmeldungen erstellt worden". M. Bürgi bezieht sich auf das belgische Protokoll, vergl. ebd., S. 145, Anm. 1.

2 Social-Demokraten, 21.08.1891.

3 Der schon in der Einleitung erwähnte Namensvetter Nic. L. Petersens, Niels Lorents Petersen, wohnte dem Kongress als Beobachter bei. Sein sarkastischer Kommentar liest sich wie folgt: „Und sie sind zusammengekommen aus aller Herren

mit P. Knudsen und seinen Gefolgsleuten hatte er wie schon bemerkt die besseren Sprachkenntnisse und das grössere persönliche Netzwerk, was er auch auszunutzen wusste. Nicht nur war er Mitglied und Berichterstatter des Komitees des Kongresses, das sich, wie noch zu zeigen sein wird, mit der Institutionalisierung der Maifeiern beschäftigte; auch konnte er, der Vertreter der winzigen RSAP, und nicht P. Knudsen, der Chef des grossen und erfolgreichen Sozialdemokratischen Bundes, dem Kongress einen umfangreichen Rapport zum Stande der sozialistischen Bewegung in Dänemark auf Französisch vorlegen[1]. Der laut *Social-Demokraten* am zweiten Tag des Kongresses zusammen mit dem Amerikaner Sanial zum „Dirigenten", d.h. zum Wortführer gekürte P. Knudsen[2] trat als solcher nicht ein einziges Mal in Erscheinung.

Wie nicht anders zu erwarten liess Nic. L. Petersen in seinem Rapport keine Gelegenheit aus, mit dem Sozialdemokratischen Bund ins Gericht zu gehen[3]. Er berührte einleitend die Sozioökonomie Dänemarks, ebenso die Frühgeschichte der sozialistischen Bewegung, um dann in der gewohnt kritischen Tonart das Landarbeiterprogramm der dänischen Partei zu schildern, welches, wie er bemerkte, darauf hinauslief, vom Staat subventionierte Kredite für die kleinen Landbesitzer zu fordern[4]. Die Exklusion der Sieben beschrieb er ebenfalls noch einmal detailliert, und zwar als eine Episode die dem Parteivorstand und dem in Brüssel anwesenden P. Knudsen nicht zur Ehre gereichten[5]. Der Rapport war eine erneute Provokation, auf die P. Knudsen allerdings nicht unmittelbar reagierte. Überhaupt machte sich der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Bundes, soweit aus den Kongressprotokollen ersichtlich, auf den Sitzungen des Kongresses nicht bemerkbar, weder, wie schon eingangs bemerkt, als Dirigent, noch während der Debatten – sicherlich, weil es ihm in Ermangelung der notwendigen Sprachkenntnisse weder möglich war, an den Debatten teilzunehmen, noch seinem Widersacher Nic. L. Petersen vor einem internationalen Forum Paroli zu bieten. Nic. L. Petersens Rapport wurde ein Jahr später erneut herausgegeben, allerdings unter Auslassung der allerkritischsten Passagen[6].

Als Folge des Brüsseler Kongresses sah sich P. Knudsen, bzw. die Leitung des Sozialdemokratischen Bundes, einer weiteren Peinlichkeit ausgesetzt – nämlich ihres

---

Länder diese Vertreter des Porletariats haben viel gesprochen … viel getrunken und gegessen viele Bschlüsse gefasst viel Höflichkeiten ausgesprochen und dann auseinander gegangen mit dem Versprechen für die materielle Lage des Proletariats… zu agitieren". Lahme, Niels Lorents Petersen, S. 209 f.

1 Im Bericht vom Kongress in Social-Demokraten vom 20.08.1891 wird auch ein von P. Knudsen und Sigvald Olsen verfasster und vorgelegter Bericht über die Lage der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften sowie der Kooperationsbewegung in Dänemark referiert, bei dem es sich allerdings, weil eine schriftliche Fassung dieses Berichts nicht aufgefunden werden konnte, wohl nur um einen Vortrag handelte. Inhalt und Gliederung des Vortrages lassen den Schluss zu, dass es sich hier um eine Neufassung des dänischen Berichtes für den Londoner Kongress von 1888 handelte, auf dem später auch die Berichte für die Kongresse der Internationalen in Zürich (1893) und London (1896)bauten. Vergl. Peter Knudsen, The economical (sic) condition of the labourers in Denmark, o. O. u. J., Die Sozialdemokratie in Dänemark. Bericht an den Internationalen sozialistischen Arbeitercongress in Zürich 1893, Copenhagen 1893, und Die Sozialdemokratie in Dänemark. Bericht an den Internationalen sozialistischen Arbeiter- und Trade-Unions-Congress in London 1896, Copenhagen 1896.

2 Social-Demokraten., 21.08.1891. Siehe hierzu auch Nic. L. Petersens Darstellung der sozioökonomischen Situation in Dänemark in seinem letzten Brief an Engels, Dokument 30.

3 Rapport sur le mouvement socialiste en Danemark, présenté par le parti socialist révolutionnaire, in: Congres International Ouvrier Socialiste Bruxelles 1891, Histoire de la IIe International, t. 8, Geneve 1977, S. 451-455. Hier S. 453.

4 Ebd., S. 454.

5 Ebd.

6 Und zwar im Almanach de la question sociale et du centennaire de la république pour 1892, Revue annuelle du socialisme international. Deuxième edition, Paris 1892, S, 155-157. Zu dieser Publikation lieferten Berühmtheiten wie Friedrich Engels, Sergej Lavrov und Emile Zola weitere Beiträge, Nic. L. Petersen befand sich also in illustrer Gesellschaft.

Missverständnisses des Kongressbeschlusses zur Institutionalisierung der Maifeiern. Dies soll weiter unten behandelt werden[1].

7.1.4 Malmö 1892

Auf dem vierten skandinavischen Arbeiterkongress vertraten 133 Delegierte insgesamt 55.206 Mitglieder von 333 politischen und gewerkschaftlichen Organisationen in Dänemark, Schweden und Norwegen. Kein Zweifel – die Arbeiterbewegungen in den skandinavischen Ländern, allen voran Dänemark, waren im Aufwind. Dänemark stellte das grösste Kontingent der Delegierten, nämlich 70, welche wiederum 42.000 Mitglieder in 208 Vereinen repräsentierten, darunter die RSAP. Diese wurde vertreten durch Nielsen Kolding, seines Zeichens Schriftsetzer, und Bildschnitzer P. (Pierre) Christensen, einer der dänischen Delegierten in Paris 1889. Nic. L. Petersen hätte es sich sicher nicht nehmen lassen, am Kongress teilzunehmen, wäre er nicht inzwischen inhaftiert und abgeurteilt worden, wovon weiter unten noch die Rede sein wird[2]. Die drei Vertreter des Sozialdemokratischen Bundes waren P. Knudsen, P. Holm und C. Hørdum. Der Erstgenannte war inzwischen Abgeordneter im Landsting, die beiden anderen hatten den Einzug ins Folketing geschafft. Als die einzigen gewählten Volksvertreter auf dem Kongress waren sie zweifelsohne die politisch gewichtigsten, und es kann kein Zweifel daran herrschen, dass zu ihnen aufgeschaut wurde, und ihr Wort Bedeutung hatte. F. Möller und Victor Petersen zählten auch zu den Delegierten, der eine vertrat die Kopenhagener Gewerkschaft der Tabakarbeiter, deren langjähriger Vorsitzender er war[3], der andere war wie schon zwei Jahre vorher als Vertreter der Schriftsetzer angereist[4].

Anders als in Kristiania 1890 dominierte P. Knudsen mit seinen Gefolgsleuten den Malmöer Kongress. Betrachtet man den Verlauf des Kongresses, wird sehr deutlich, dass die Vertreter des Sozialdemokratischen Bundes entschlossen waren, diesmal den Vertretern der RSAP keinen einzigen Punkt zu überlassen. Nicht nur waren P. Knudsen und seine Parteigänger die ersten sozialdemokratischen Parlamentarier in einem skandinavischen Land; sie vertraten auch die grösste Delegation auf dem Kongress, und im Gegensatz zu 1890 waren sie auch besser vorbereitet als ihre Gegner, die Vertreter der RSAP. Es geriet P. Knudsen und den Seinen ausserdem zum Vorteil, dass der RSAP 1892 ein Kongressdelegierter mit dem Format eines Nic. L. Petersen fehlte. Keiner der beiden anwesenden Vertreter der Revolutionären konnte wie er immer wieder die politisch-theoretischen Ungereimtheiten in den programmatischen Manifesten des Sozialdemokratischen Bundes aufspüren, um sie dann dazu benutzten, die reformsuchenden dänischen Partei- und Gewerkschaftsspitzen an den Pranger des Possibilismus zu stellen, so geschehen wie gezeigt in Kristiania zwei Jahre zuvor, aber auch in Brüssel, ganz zu schweigen von Paris 1889. Hinzu kam, dass sich die bisherigen Parteigänger der RSAP in den Arbeiterparteien Schwedens und Norwegens, F.

1 Vergl. Kapitel 7.2.2.

2 In Kapitel 8.2.

3 Protokoll ofver förhandlingarne vid fjärde allmänna skand. Arbetarkongressen i Malmö den 18, 19 og 20 August 1892, Malmö 1892, S. 4 (hinfort: Protokoll Malmö 1892).

4 Ebd., S. 5.

Sterky, A. A. Danielsson und C. Jeppesen, in Malmö ausgesprochen „systemkonform" verhielten, d.h. auf der Linie des Sozialdemokratischen Bundes und keine Anstalten machten, die Dominanz P. Knudsens und seiner politischen und gewerkschaftlichen Freunde in Frage zu stellen. Der kürzlich noch radikal gesinnte Parteigänger der Revolutionären A. A. Danielsson vertrat inzwischen eine staatssozialistische Position und empfahl ein Zusammengehen der sozialistischen Parteien mit „der intelligenten Bourgeoisie"[1]. Es könnte sehr gut sein, und ist ihnen durchaus zuzutrauen, dass P. Knudsen und seine Gefolgsleute hier vorgearbeitet hatten, indem sie vor dem Kongress die Vertreter Schwedens und Norwegens dazu verpflichtet hatten, sich konform zu verhalten. Insgesamt zeigte der Malmöer Kongress deutlich, wie die Gewichte jetzt verteilt waren: die dänische Partei und die Gewerkschaften waren sowohl in der dänischen als auch in der skandinavischen politischen Wirklichkeit Faktoren von wachsender und sichtbarer politischer Bedeutung. Insgesamt hatten P. Knudsen und die Seinen den Malmöer Kongress fest im Griff, es war sozusagen „ihr" Kongress, d.h. weder der der Schweden noch der Norweger und geschweige der der Revolutionären. P. Knudsen und seine Gefolgsleute dominierten sämtliche Gremien und waren auch an allen Resolutionen federführend oder mitverantwortlich beteiligt. Die Delegierten der RSAP und ihre wenigen Sympathisanten waren in keinem Gremium anzutreffen und wirkten an keiner Resolution mit.

Insgesamt wurde in Malmö deutlich, dass die RSAP ihren Zenit bereits überschritten hatte. Sie war jetzt unbedeutend, man ist versucht hinzuzufügen: verglichen mit dem skandinavischen Kongress 1890 war die Partei dabei, für den Sozialdemokratischen Bund nur mehr lästig zu sein[2].

Die Höhepunkte des Kongresses waren zwei Resolutionen P. Knudsens. Die eine sollte die doch sehr wesentliche Frage beantworten: „Welche Aufgaben haben die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter"[3]. Sicherlich war diese vom Kopenhagener Gewerkschaftsbund eingebrachte Frage hauptsächlich rhetorisch gemeint, denn es kann davon ausgegangen werden, dass es unter den Versammelten bis auf wenige Ausnahmen kaum jemanden gab, der sie nicht im Sinne P. Knudsens beantworten konnte. Es ging wohl eher darum, das Vorhandensein wesentlicher gemeinsamer Grundlagen abzuklopfen, und zwar deshalb, weil es unter den norwegischen immer noch einige (wenige) liberale, nichtsozialistische Arbeiterorganisationen gab, obwohl ihre Anzahl, verglichen mit 1890, inzwischen stark zurückgegangen war[4]. Dies waren die oben genannten Ausnahmen. Die Antwort, nämlich P. Knudsens Resolution, in der langatmig die sozialistischen Prinzipien und die sich daraus ergebenden Aufgaben der Arbeiterorganisationen erklärt wurden und die darin gipfelte, dass „der Kongress seine Zustimmung zu den sozialistischen Prinzipien"

1 Zenström, a.a.O., S. 180 ff. Arbejderen, 10.04.1892.

2 Allerdings versuchte Arbejderen vom 28.08. und 04.09.1892 die Ergebnisse des Kongresses zum Erfolg der Revolutionären zu erklären, mit recht fadenscheinigen Argumenten.

3 Protokoll Malmö 1892, S. 10.

4 Siehe hierzu die Bemerkung J. Jensens in seinem Kommentar zum 1890er Kongress über „die uneinheitliche Zusammensetzung des Kongresses, da dieser eine grosse Anzahl reaktionärer und liberaler Vertreter aus Norwegen hat". Social-Demokraten, 16.09.1890. Siehe auch: Federspiel, S. Jensen er valgt, S. 142 f.

erklärte[1], wurde auch mit den Stimmen der beiden Vertreter der Revolutionären verabschiedet, und das, obwohl die Resolution einen Appell an die Staatsmacht enthielt. Wie im Organ der Revolutionären betont wurde, bedeutete dies wenig angesichts der Tatsache, dass die Resolution auch ein Bekenntnis zum sozialistischen Charakter der Gewerkschaften enthielt[2]. Ob Nic. L. Petersen ähnlich abgestimmt hätte, muss dahingestellt bleiben.

Die zweite der beiden von P. Knudsen wohl federführend verfassten Resolutionen beschäftigte sich mit Punkt 11 der Tagesordnung des Kongresses, die den Titel trug: „Die Arbeitszeit", worunter alle Anfragen zusammengefasst worden waren, die mit dem Thema des 8-Stundentages zu tun hatten[3]. Die RSAP hatte angeregt, „die Demonstrationen zum 1. Mai durch allgemeine Arbeitsniederlegung und Strassendemonstrationen" durchzuführen, ausserdem hatten ihre Vertreter angefragt, wie es um die „Agitation für den Normalarbeitstag" bestellt sei[4]. P. Knudsens stellte dazu fest, dass „der 8-Stundentag … gesetzlich garantiert werden müsse", und weiterhin:

> *Da es für die Einführung des 8-Stunden Arbeitstages notwendig ist, dass die Arbeiter aller Länder sich massiv der Forderung nach ihm anschliessen, sollte in jedem Land die jährliche Demonstration für den 1. Mai auf eine Art und Weise durchgeführt werden, die seitens der Arbeiter den grösstmöglichen Zuspruch findet; gleichzeitig werden die Arbeiter dazu aufgefordert, einig und bestimmt gegenüber denjenigen Arbeitskäufern aufzutreten, die ihre Teilnahme an der Maidemonstration verhindern wollen*[5].

Auch diese Resolution wurde einstimmig angenommen, d.h. auch mit den Stimmen der Vertreter der RSAP, obwohl sie so „zahm" war und weit hinter den im folgenden Teilkapitel darzustellenden Forderungen des Brüsseler Kongresses zurückblieb, dass ein Nic. L. Petersen ihr kaum zugestimmt hätte. Allerdings, obwohl ein Markenzeichen der revolutionären Kritik am Sozialdemokratischen Bund, griffen die RSAP Vertreter nicht in die auch in Malmö stattfindende Debatte um die Landarbeiterfrage ein. Auch hier überliessen sie es P. Knudsen, eine Resolution einzubringen, die – langatmig und umständlich formuliert wie der andere Resolutionsvorschlag des Geschäftsführers des Sozialdemokratischen Bundes – dazu aufforderte, alle gesetzlichen Beschränkungen des Organisationsrechts der Landarbeiter aufzuheben und sie durch verstärkte Agitation zu Sozialdemokraten zu machen. Eine Kritik des Landarbeiterprogrammes, wie sie bislang zum

1 Protokoll Malmö 1892, S.10. Ein dänischer Delegierter stimmte der Resolution nur abzüglich der hier zitierten Passage zu, nämlich der Literat und Sozialpolitiker Fernando Linderberg, der in Malmö einen nichtsozialistischen dänischen Landarbeiterverein vertrat. Zu Peder Theodor Fernando Linderberg vergl. den Internetzartikel in www.denstore.danske.dk, in dem allerdings unerwähnt bleibt, dass der genannte der Sozialdemokratie nicht nur nahestand, sondern ihr zumindest zeitweilig auch angehörte. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag 1894 in Århus vertrat er nämlich den Lokalverein von Frederiksberg. Vergl. Protokol for den socialdemokratiske Partikongres i Aarhus den 6te, 7de og 8de Juni 1894, Århus 1894, S.6. Vergl. auch ebd. S. 11 ff. – Von den von J. Jensen 1890 erwähnten norwegischen liberalen Arbeitervereinen scheint auf dem Skandinavischen Arbeiterkongress zwei Jahre später keiner mehr vertreten gewesen zu sein.

2 Arbejderen, 28.08.1892.

3 Dies war, laut Protokoll Malmö 1892, S. 19 f., Punkt 11 der Tagesordnung. Der gleiche Punkt wurde in der o.a. zusammenfassenden norwegischen Publikation zu den skandinavischen Arbeiterkongressen als Tagesordnungspunkt 9 und unter der Überschrift „Der 8-Stundentag und die Nachtarbeit" behandelt, vergl. Skand. Arbejderkongresser, a.a.O., S. 29 f.

4 Protokoll Malmö 1892, a.a.O., S. 19.

5 Ebd., S. 30.

Standardrepertoire der revolutionären Kritik an der Sozialdemokratie gehört hatte und die anzubringen insbesondere Nic. L. Petersen keine Gelegenheit ausgelassen hatte, fand 1892 nicht statt. Sie hatte zum letzten Mal im Jahre zuvor auf dem Brüsseler Kongress der II. Internationale stattgefunden, wobei es denn auch blieb.

7.2 Die Maifeiern

Auf die Entstehungsgeschichte und Entwicklung der Maifeiern als Festtage des internationalen Proletariats soll hier nur kurz eingegangen werden, es muss genügen, auf die zahlreichen Monographien zu diesem Thema hinzuweisen[1]. Dies schliesst die Geschichte des 1. Mai in Dänemark ein, die im Zuge der genannten Monographien, aber auch separat, beschrieben und dokumentiert worden ist[2]. Wie bekannt, wurde der Beschluss zur Maifeier in der abschliessenden Sitzung des Pariser Kongresses gefasst, am 20. Juli 1889. Das Protokoll verzeichnet den Beschluss des Kongresses,

> *... für einen bestimmten Zeitpunkt eine grosse Internationale Manifestation (Kundgebung) zu organisieren, und zwar dergestalt, dass gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten (Behörden) die Forderungen richten, den Arbeitstag auf 8 Stunden festzusetzen und die übrigen Beschlüsse des internationalen Kongresses von Paris (d.h. die Abschaffung des stehenden Heeres und die internationale Arbeiterschutzgesetzgebung)[3] zur Ausführung zu bringen*[4].

Der Tag der Kundgebung wurde auf den 1. Mai festgelegt. Weiterhin hiess es im Protokoll des Pariser Kongresses, dass die Kundgebungen von den Arbeitern der verschiedenen Nationen in der Art und Weise, wie sie „ihnen durch die Verhältnisse ihres Landes vorgeschrieben wird, ins Werk zu setzen" seien[5]. Der letzte Absatz geht auf den Wunsch von August Bebel und Wilhelm Liebknecht zurück, die die Einzelheiten der Gestaltung der Kundgebung den Arbeiterbewegungen der verschiedenen Länder überlassen wollten. Die Gründe dafür waren offensichtlich: jedes Land hatte andere Bedingungen, will sagen: einen anderen Katalog von Restriktionen für das Wirken der Arbeiterbewegung. Dies traf besonders für das Deutsche Reich unter den Bedingungen des Sozialistengesetzes zu, galt aber auch für Dänemark und viele andere Länder, obwohl z.B. in Dänemark die politische

1 Z.B. Andrea Panaccione, The Memory of May Day. An Iconographic History of the Origins and Implanting of a Workers' Holiday, o. O. (Venedig?) 1889, sowie: Udo Achten, Matthias Reichelt, Reinhard Schulz, Mein Vaterland ist international. Internationale Illustrierte Geschichte des 1. Mai 1886 bis heute, Oberhausen 1986. Noch immer wichtig ist die Analyse (und Dissertation der Frankfurter Schule) von Friedrich Giovanoli, Die Maifeierbewegung. Ihre wirtschaftlichen und soziologischen Ursprünge und Wirkungen, Karlsruhe 1925. Wie üblich bei diesem Verfasser hervorragend recherchiert, passagenweise allerdings sehr SED-konform, ist die Darstellung von Dieter Fricke, Kleine Geschichte des Ersten Mai. Die Maifeier in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, Berlin 1980. Speziell für Deutschland interessant ist die Internetseite des DGB Bundesvorstandes, http://www.dgb.de/-/jgs, Geschichte des 1. Mai: Vom Kampftag zum Feiertag.

2 Siehe hierzu: Annette Eklund Hansen, Denmark, in: A. Panaccione, a.a.O., S.245-258. Wichtig ist auch die umfassende Dokumentation zu Vorgeschichte und Verlauf der 1. Mai Kundgebungen und Festlichkeiten sowie der Behördenreaktionen 1890 in Dänemark: Flemming Hemmersam und Morten Thing (Hrsg.), 1. Maj 1890. Et dokumentarium, Kopenhagen 1990 (=SFAH's skriftserie 22). Ebenso Fricke, Kleine Geschichte, S. 26.

3 Parenthese im Original.

4 Protokoll Paris 1889, S. 122.

5 Ebd., S. 123.

Bewegung nicht illegalisiert war. Die ersten Maifeiern fanden bekanntlich 1890 statt. Ursprünglich war nur die einmalige Durchführung geplant gewesen, dass die Feiern dann jährlich wiederholt und somit institutionalisiert wurden, ergab sich erst nach ihrer erfolgreichen Abhaltung 1890 und ihrer Wiederholung 1891 und geht auf den entsprechenden Beschluss des Brüsseler Kongresses 1891 zurück[1].

7.2.1 Die Maifeiern in Dänemark 1890, 1891 und 1892

In Dänemark zeigte es sich schnell, dass den Gewerkschaften und dem Sozialdemokratischen Bund sehr daran gelegen war, den 1. Mai 1890, wie auch die Maifeiern in den folgenden Jahren, mit Bedacht und gebotener Vorsicht zu begehen. Auf keinen Fall wollte man riskieren, dass übereifrige Partei- und/ oder Gewerkschaftsmitglieder Konflikte mit den Behörden vom Zaun brachen. Dies verdeutlichte sich in den Versammlungen, die J. Jensen in den Wochen unmittelbar vor dem 1. Mai 1890 in der dänischen Hauptstadt und in verschiedenen Provinzstädten abhielt, und die man getrost als „Abwiegelungsveranstaltungen" bezeichnen kann. Abgesehen davon, dass J. Jensen bei diesen Gelegenheiten allgemein über den 1. Mai orientierte, rief er nämlich auch zur Mässigung bei der Durchführung der Maifeiern auf. Er hatte Erfolg, denn als Ergebnis beschlossen die Mitglieder der starken Kopenhagener Gewerkschaft der Schmiede und Schlosser, von einer Niederlegung der Arbeit am 1. Mai abzusehen. Den 1. Mai „zu einem normalen freien Tag zu machen" sei etwas, worauf man „hinarbeiten" wolle,[2] hiess es weiter, d.h. diese Forderung gehörte in den Bereich der Zukunft und war vorerst nicht durchführbar. Der 1. Mai, so formulierte es das Periodikum der Schmiede und Schlosser,

> *ist keine Revolution, die wir anstreben, kein Streik, den wir anzetteln wollen, wie so viele glauben, sondern ein friedliches Bekenntnis dazu, dass wir als Menschen das Recht fordern, wie Menschen zu leben*[3].

Ähnlich mässigend äusserten sich angelegentlich J. Jensens Agitationsreise in die Provinzstädte die Gewerkschaften in Ålborg (Nordjütland): zwar kündigten sie für den 1. Mai um 16.00 Uhr eine Strassendemonstration an, aber nur unter der Bedingung, dass die Behörden zustimmten. Für Odense (Fünen) und Fredericia (Ostjütland) wurde ähnliches beschlossen, und nicht anders sah es in Kolding (Ostjütland) aus[4]. Die Gewerkschaft der Schriftsetzer in Kopenhagen beschloss sogar, am 1. Mai nicht zu „protestieren"[5], man wollte vermeiden, die vertraglichen Verpflichtungen „mit unseren Prinzipalen" zu verletzten, obwohl die Gewerkschaft, wie es mit schlecht verhohlener Verlegenheit nach dem 1. Mai hiess, damit eine „Sonderstellung eingenommen" habe[6]. Am 26. April berichtete *Social-Demokraten* dann, der Kopenhagener Polizeidirektor habe die für die dänische Hauptstadt

1 Verhandlungen Brüssel 1891, S.22.

2 Social-Demokraten, 15.04.1890.

3 Fagblad for Smede og Maskinarbejdere, Nr 7, 2. Jahrg. (April 1890). Hervorhebung im Original.

4 P. Hvidtfeldt, Tyve Aars Organisationsarbejde i Kolding. 1883-1902, Kolding 1902, S. 33.

5 So beschlossen auf der Versammlung des Gewerkschaftsvorstandes am 19. April 1890, siehe: Den typografiske Trykkerforenings Bestyrelsens forhandlinger (1882-1896), ABA.

6 Den typografiske Trykkerforening. Forhandlingsprotokol (Generalforsamlinger 1876-1896), ABA. Generalversammlung vom 0.05.1890.

geplante Strassendemonstration verboten; ähnliche Verbote, so die gleiche Quelle, gäbe es auch in den Provinzstädten. Allerdings, so hiess es gleichen Ortes, wurde es der Partei und den Gewerkschaften gestattet, in Kopenhagen am Nachmittag des 1. Mai ein grösseres Gelände am Stadtrand für die Maifeier zu benutzen. Man kann sich an dieser Stelle des Eindrucks nicht erwehren, dass Partei und Gewerkschaften das Demonstrationsverbot insofern willkommen war, als es half, eventuell aufmüpfige Partei- und Gewerkschaftsmitglieder im Zaum zu halten. Zumindest wurden keine Proteste gegen die Auflagen laut. Insgesamt verliefen die vom Sozialdemokratischen Bund und den Gewerkschaften in Kopenhagen und in der Provinz organisierten Maifeiern „systemkonform", einmal abgesehen von einigen wenigen spontanen Arbeitsniederlegungen[1], die allerdings ungeahndet blieben. Wie schnell klar wurde, ergab sich daraus für die Revolutionären umso mehr die Gelegenheit, sich als revolutionäre, oder, wenn man so will, rebellische Alternative zu profilieren.

In den Tagen unmittelbar vor dem 1. Mai 1890 wurde deutlich, dass die Kopenhagener Behörden ebenso hysterisch reagierten wie die in Berlin, Wien oder Paris: so erhielten am Vorabend des 1. Mai die Soldaten der Kopenhagener Garnison zusätzliche Pistolen und scharfe Munition und wurden neben der Polizei auch die Blauen Gendarmen, die Husaren und sogar die Marine in Alarmbereitschaft versetzt[2]. Es war, als stünde „der Umsturz" vor der Tür. Was für Deutschland, Frankreich und Österreich angesichts des herannahenden 1. Mai zutraf, galt letztendlich auch für Dänemark: „Der Bourgeosie bemächtigte sich ein heilloser Schrecken", und „die Angst des Unternehmertums kannte keine Grenzen", wie es in einer frühen Geschichte des 1. Mai heisst[3]. Zum eigentlichen Verlauf der Maifeier 1890 in Kopenhagen sei hier Thorvald Stauning zitiert, der legendäre erste und langjährige sozialdemokratische Premierminister Dänemarks, der den 1. Mai 1890 als 16-jähriger Lehrling erlebte. Er berichtete 1939 dem Reporter des dänischen Parteiblattes, dass in der Fabrik, in welcher er als Lehrling arbeitete, die Arbeiter nach der Mittagspause freihielten, um zur Maifeier zu gehen. Stauning schloss sich ihnen an (allerdings erst nachdem er pflichttunlichst die Werkstatt ausgefegt hatte). Vom Versammlungsplatz begaben sich die Gewerkschaftsangehörigen mit ihren Fahnen in die Nähe des Rednerpults, wo „Polizei und Militär … in Bereitschaft" waren. Und weiter:

> *Ich erinnere mich, dass P. Holm der Wortführer auf der Versammlung war. Maler J. Jensen redete über den 8 Stundentag und P. Knudsen über die Ordnung der Arbeit. Über der ganzen Versammlung herrschte eine ruhige und vernünftige Stimmung.*

Als der Reporter von *Social-Demokraten* weiter fragte ob sich viele Leute auf dem Versammlungsplatz eingefunden hätten, antwortete Stauning: „Das glaube ich nicht". Und weiter führte er aus: „Aber für den zeitgenössischen Betrachter war es sicher eine ansehnliche Versammlung. Das Bild dieser Demonstration steht ganz lebendig vor mir"[4].

1 Vergl. Hemmersam und Thing, a.a.O., S. 256 f.

2 Ebd., S. 256 und passim.

3 Giovanoli, a.a.O., S. 14.

4 Social-Demokraten, 30.04.1939.

Offenbar trog Staunings Erinnerungsvermögen, denn tatsächlich kamen beeindruckende 30.000 bis 40.000 Teilnehmer zur ersten Maifeier in Dänemark[1]. Am Abend nach dieser „Demonstration" stand in mehreren Kopenhagener Lokalen festliches Miteinander auf dem Programm, also „Ansprachen, Gesang, Musik und Tanz bis 12 Uhr"[2]. Wer teilnehmen wollte an diesen von Partei und Gewerkschaften arrangierten Festivitäten, konnte für einen geringen Betrag ein „Festzeichen" („Billet") erwerben, mit „dazugehörigem Lied"[3].

Wie Stauning in dem oben erwähnten Interview feststellte, verlief „das eigentliche Maifest … ruhig und würdig". Zusammenstösse mit der Polizei wurden nicht berichtet ausser den noch zu erwähnenden unbedeutenden Episoden, in die sich die Revolutionären verstrickten. Es gab einige wenige Streiks in der Form demonstrativer und spontaner Arbeitsniederlegungen am Nachmittag[4]. Insgesamt verlief die Maifeier so, wie *Dagens Nyheder*, eine rechtsgerichtete Kopenhagener Tageszeitung es am 2. Mai zusammenfasste: „Um Mitternacht wurde erklärt, dass die Ordnung in Kopenhagen nicht gestört worden war"[5]. Damit bestätigte sich die Voraussage der liberalen Tageszeitung *Politiken*, der zufolge es „hierzulande … keinen Grund zur Unruhe (gibt)", denn, so hiess es ironisch: „Die dänischen Sozialisten pflegen bei ihren Musterungen die bürgerliche Ordnung einzuhalten"[6].

Die Revolutionären hielten ihre eigene Maifeier ab. Am 22. April hielt der der RSAP angeschlossene „Sozialistische Arbeiterverein" eine Versammlung in einem Kopenhagener Wirtshaus ab, im Verlaufe derer einige Reden zur Vorbereitung der Maifeier gehalten wurden. U.a. plante die RSAP eine Demonstration für den 8-Stundentag[7], was von einem Polizeispitzel pflichtschuldigst gemeldet wurde. Als dann *Arbejderen* wenige Tage später einen von Nic. L. Petersen verfassten Artikel mit der Überschrift „Der 1ste Mai" veröffentlichte, der u.a. zu einer „Prozession", d.h. Strassendemonstration, am 1. Mai und zum Sturz „der dänischen Bastille" aufrief, wurden der Verfasser des Artikels und Nielsen Kolding am 30. April von der Polizei vorgeladen, weil der Artikel angeblich gegen das Demonstrationsverbot verstiess. Da Nic. L. Petersen jedoch glaubhaft machen konnte, dass das Demonstrationsverbot erst ausgesprochen worden war, als der Artikel sich bereits im Druck befand, und dass der Sturm auf die Bastille nicht wörtlich zu nehmen sei, verblieben er und Nielsen Kolding unbehelligt. Am 1. Mai zeigte es sich dann, dass die Revolutionären nicht daran dachten, sich an die behördlichen Auflagen zu halten. Zwar stürmten sie keine Bastille (es gab keine), allerdings veranstalteten sie „eine Prozession durch die Strassen" von Kopenhagen, „trotz des Polizeiverbotes"[8], also eine Demonstration mit laut *Arbejderen* 300 Teilnehmern, die „grosse weisse Karten mit der Aufschrift: „Nur 8 Stunden Arbeit" mit sich führten, also eine Art Plakate. In ihrem Verlauf wurde die Demonstration der RSAP nur kurz und vergeblich von der Polizei „aufgesplittert", um in einem Garten etwas ausserhalb des

1 So: www.arbejdermuseet.dk.

2 Das Programm der Maifeier wird angekündigt in Forhandlings Protokol … for de Samvirkende Fagforeningers Fællesvirksomhed, Sitzung vom 24.04.1890.

3 Ebd. Siehe auch Social-Demokraten, 26.04.1890.

4 Siehe hierzu den Bericht in Fagblad for Smede og Maskinarbejdere, Nr 8, 2. Jahrg. (Mai 1890).

5 Nach: Hemmersam und Thing, a.a.O., S. 257.

6 Ebd., S. 219.

7 Arbejderen, 22.04.1890.

8 Ebd., 18.06.1890.

Stadtzentrums zu enden. Dort wurden Reden gehalten und Lieder gesungen[1]. Wie *Arbejderen* abschliessend feststellte, hatten die Revolutionären somit das Recht für sich in Anspruch genommen, in den Strassen zu demonstrieren[2].

Die Demonstration der Revolutionären hatte ein Nachspiel. Da sie von den Behörden als Übertretung des polizeilichen Verbotes bewertet wurde, kostete sie Trier, Nielsen Kolding, Kriegsmann, Bildsø und natürlich Nic. L. Petersen je die relativ hohe Geldstrafe von 40 Kronen[3], aber immerhin nur eine Geldstrafe, was von *Arbejderen* wie folgt kommentiert wurde: „Diesmal wurden Sozialisten wegen eines willkürlichen Polizeiverbotes verurteilt, jedoch währt glücklicherweise die Macht der Polizei nicht ewig"[4].

Damit wird klar, dass sich die Anhänger der RSAP weniger „systemkonform" verhielten als der Sozialdemokratische Bund und die Gewerkschaften, was natürlich auch damit zusammenhing, dass die RSAP gerade einmal 300 Demonstranten mobilisieren konnte, die kaum besonders auffielen, weswegen seitens der Obrigkeit recht milde Strafen verhängt werden konnten. Hätten der Sozialdemokratische Bund oder die Gewerkschaften ähnlich aufsässig reagiert wie die RSAP, wäre die Maifeier wahrscheinlich zum Konflikt mit weitreichenden Folgen geraten.

Es bleibt anzumerken, dass die RSAP zum Abschluss dieser ihrer ersten Maifeier eine Resolution verabschiedete, die die Forderung nach dem 8-Stundentag in den grösseren Zusammenhang des Klassenkampfes und „der Beendigung des kapitalistischen Produktionssystems" stellte:

> *Um zu verhindern, dass die Arbeiterklasse nicht vollständig zu Grunde geht, müssen innerhalb der jetzigen Gesellschaftsorganisation Schutzmassnahmen beschlossen werden, und als die erste von diesen halten die Versammelten einen Maximalarbeitstag von 8 Stunden für unvermeidlich notwendig*[5].

Das Zitat beinhaltet ein klares Bekenntnis zur marxistischen Interpretation gewerkschaftspolitischer Tagesforderungen und eine weitere deutliche Abgrenzung vom reformistischen Kurs der Sozialdemokratie, von der ähnliche Stellungnahmen nicht bekannt sind.

1891 fanden erneut separate Maifeiern statt. Wiederum waren es die Anhänger der RSAP, laut *Arbejderen* auch jetzt wieder 300 an der Zahl, die am Freitag dem 1. Mai eine Demonstration abhielten[6], wohingegen die Maifeier des Sozialdemokratischen Bundes und der Gewerkschaften, wie in vielen anderen Ländern und in Übereinstimmung mit den

1 Ebd., 05.05.1890.

2 Ebd.

3 Ebd., 18.06.1890.

4 Ebd.

5 Ebd., 12.05.1890. – Es sei angemerkt, dass der 8-Stundentag in Dänemark, wie in anderen europäischen Ländern, erst nach dem 1. Weltkrieg eingeführt wurde. Eine zusammenfassende Darstellung bei: Søren Kolstrup, 8-timers dagen. Kravets formulering og dets gennemførelse i Danmark, in: Erhvervshistorisk Årbog XXIII (1972), S. 7-59, besonders S. 10-15.

6 Arbejderen, 04.05.1891.

Auflagen der Polizei, erst am darauffolgenden Sonntag[1] stattfand, und zwar wiederum ohne Demonstration[2]. Arbejderen kommentierte trocken:

> *Hätten die Reformsuchenden, was die Demonstration betrifft, sich nicht quergestellt durch Nicht-Niederlegung der Arbeit am 1. Mai, kann kein Zweifel daran herrschen, dass die Demonstration, abgesehen davon, dass sie für unsere Partei zufriedenstellend war, auch bedeutend grösser geworden wäre als sie es war*[3].

Die RSAP-Anhänger trugen bei ihrem Zug durch die die Kopenhagener Innenstadt rote Zettel an den Hüten[4]. Der 1. Mai der RSAP schloss mit einem „munteren und lebhaften Abend" im Restaurant „Thalia"[5]. Die Demonstration der Revolutionären wurde diesmal von der Ordnungsmacht anscheinend ignoriert, denn über ein Einschreiten ist nichts bekannt.

1892 fiel der 1. Mai auf einen Sonntag. Wie *Arbejderen* mit Bedauern feststellte, hatte der 1. Mai damit „das Wesentlichste seines demonstrativen Charakters verloren, die Arbeitsniederlegung", was den Reformsuchenden wiederum ermöglichte, „mit Palmen in den Händen" dazustehen[6]. Da das Wetter in Kopenhagen an diesem 1. Mai kalt und nass war, hielten weder die Revolutionären noch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften Veranstaltungen oder Demonstration im Freien ab, die – wiederum von Partei und Gewerkschaften auf der einen und RSAP auf der anderen Seite separat abgehaltenen – Maifeiern mussten im Saale stattfinden. Die Veranstaltung der Revolutionären wurde, wie so viele andere ihrer Veranstaltungen, im Festsaal der Gaststätte „Alhambra" abgehalten, und zwar unter massgeblicher Beteiligung des Schwedischen Lese- und Diskussionsvereins[7]. Mitglieder der DLG waren offensichtlich nicht vertreten, bzw. wenn sie anwesend waren wurde ihr Erscheinen nicht aktenkundig. Es gab den üblichen Chorauftritt, und es deklamierte der schon mehrfach erwähnte Bildsø ein von ihm für die Gelegenheit verfasstes „sozialistisches Gedicht". Vorträge von P. Christensen (über den Maximalarbeitstag) und Nielsen Kolding sowie Lieder rundeten die Veranstaltung ab. Wenn man *Arbejderen* Glauben schenken darf, waren 400 Teilnehmer im Festsaal, während 150 weitere ungeachtet des schlechten Wetters im Garten ausharrten[8]. Allerdings – trotz der erfolgreichen Durchführung der Maifeier der RSAP 1892 war *Arbejderen* mit dem Erreichten nicht zufrieden, denn letztendlich sei „nichts" erreicht worden, denn:

> *So lange die Arbeiter den Glauben nähren, dass sie die Verkürzung des Arbeitstages mit Hilfe des Parlamentarismus erreichen können, so lange bleibt es auch bei diesem Glauben und man wird nie weiterkommen. Deshalb muss man diesen Glauben über Bord werfen und sich ausschliesslich auf sich selbst und die*

1 Giovanoli, a.a.O., S. 14 ff.

2 Siehe Forhandlings Protokol … for de Samvirkende Fagforeningers Fællesvirksomhed, Sitzung vom 31.01., in der noch von einer „allgemeinen Demonstration für den 8 Stunden Arbeitstag" die Rede ist, und zwar am „ersten Sonntag" im Mai. In der Sitzung vom 23.04.1891 wird das Demonstrationsverbot der Polizei verlesen und akzeptiert.

3 Arbejderen, 04.05.1891.

4 Ebd.

5 Ebd.

6 Ebd., 24.04.1891.

7 Ebd., 08.05.1892.

8 Ebd.

> *Organisationen verlassen … Anstatt sich besonders an die gesetzgebende Macht zu wenden, muss man sich direkt an die Arbeitgeber wenden, denn sie sind es, mit denen man sich prügeln muss um die Verkürzung der Arbeitszeit*[1].

Dies war ein schon fast syndikalistisch klingender Gegenentwurf zu einer sich parlamentarischer Mittel bedienender Politik. Ob der oder die Verfasser – Nielsen Kolding und/oder P. Christensen – sich darüber im Klaren waren ist allerdings ungewiss.

Es sei abschliessend daran erinnert, dass Nic. L. Petersen an der Maifeier des Jahres 1892 nicht teilnehmen konnte, weil er Ende 1891 inhaftiert worden war und auf sein Urteil wartete. Wohl, um seinen treuen Schüler und Kampfgefährten aufzumuntern, schilderte Engels ihm am 3. Mai 1892 seine Beobachtungen der Maifeier in London:

> *Die Maifeier ist gut verlaufen. Ich wünschte, dass Sie die 600.000 Menschen, die vorgestern im Hyde Park waren, hätten sehen können. Mit jedem Jahr wird die Mai-Revue imponierender und beweist, dass die Zeit näher rückt, wo wir stark genug sein werden, um es zum entscheidenden Kampf kommen zu lassen*[2].

Kein Zweifel – dies war mehr als ein Gruss des „Generals" an einen alten Kampfgefährten, nämlich ein Zeugnis dafür, dass Engels mit dem baldigen Beginn des sozialistischen Zeitalters rechnete.

7.2.2 Die Maifeier auf dem Brüsseler Kongress

Es ist hier notwendig, noch einmal auf den Brüsseler Kongress einzugehen, und zwar mit Bezug auf die Maifeier, denn was hier anstand war nicht mehr und nicht weniger als ihre „Institutionalisierung", bei der Nic. L. Petersen eine nicht unbedeutende Rolle spielte. Ihm, von dem anzunehmen ist, dass er zu den Befürwortern des 1. Mai als eines Ruhetages zählte, war die Rolle des Referenten der Kommission auf dem Kongress, die sich mit der Frage der Maifeiern (d.h. mit Punkt 8 der Tagesordnung) beschäftigte, anvertraut worden[3]. In der Schlusssitzung des Kongresses beschrieb er die Positionen der grösseren Arbeiterparteien wie folgt:

> *Die Engländer forderten die Feier am ersten Sonntag im Mai, ebenso die Deutschen; doch schlossen sich diese dem vorliegenden Antrag an und legten somit abermals einen Beweis ihrer internationalen Solidarität ab. Franzosen und Österreicher beharrten auf die (sic) Feier des 1. Mai und forderten auch die allgemeine Arbeitsruhe.*

Und weiter:

> *Schliesslich einigte man sich einstimmig auf nachfolgende Resolution, die keine Nation zu unüberlegten Schritten zwinge, sondern jeder die Möglichkeit lasse, die*

1 Ebd.

2 Dokument 26.

3 Verhandlungen Brüssel 1891, S. 3 und S. 33.

> *Hindernisse und Schwierigkeiten, die in einzelnen Ländern sich ergeben, zu berücksichtigen. Er (d.h. Nic. L. Petersen) bittet im Namen des Bureaus (d.h. des Sekretariats) um einstimmige und debattelose Annahme des Antrages, der lautet: „Um dem ersten Mai seinen bestimmten ökonomischen Charakter: der Forderung des Achtstundentages und der Bekundung des Klassenkampfes zu wahren beschliesst der Kongress: Der erste Mai ist ein gemeinsamer Festtag der Arbeiter aller Länder, an dem die Arbeiter die Gemeinsamkeit ihrer Forderungen und der Solidarität bekunden sollen. Dieser Festtag soll ein Ruhetag sein, soweit dies durch die Zustände in den einzelnen Ländern nicht unmöglich gemacht wird*[1].

Diese Resolution wurde auf Drängen Bebels nicht lange debattiert, sondern mit Ausnahme der Engländer von allen Delegationen angenommen, d.h. auch von den dänischen, und zwar, wie das Kongressprotokoll vermerkt, „unter donnerndem Beifall … per Akklamation"[2]. Letztendlich war damit klar, wie die Maifeiern in Zukunft verlaufen sollte, nämlich grundsätzlich am 1. Mai; an diesem Tage sollte, wenn es sich bewerkstelligen liess, will sagen: wenn Behörden und Arbeitgeber dies zuliessen, die Arbeit ruhen.

Wie es nun dazu kam, dass die Resolution des Brüsseler Kongresses vom dänischen Parteivorsitzenden, der dem Kongress beigewohnt und der Resolution zugestimmt hatte, nach Beendigung des Kongresses ganz anders, und zwar gegensätzlich, interpretiert wurde, lässt sich nicht mehr ermitteln. Im dänischen Parteiorgan war nämlich in einer der Korrespondenzen P. Knudsens vom Brüsseler Kongress zu lesen, der Kongress habe zugestimmt, künftige Maifeiern am Sonntag nach dem 1. Mai abzuhalten[3]. In der Korrespondenz hiess es wie folgt:

> *Von dänischer Seite wurden die Schwierigkeiten hervorgehoben, die bei uns eine allgeneine Teilnahme an Demonstrationen an einem Werktag verhindern, und dass es namentlich in Dänemark nicht möglich ist, den 1sten Mai zu einem allgemeinen freien Tag zu machen, wenn dieser auf einen Alltag fällt. Es ist deshalb nur mit diesem Vorbehalt, dass wir uns der Resolution anschliessen konnten.*

Und weiter:

> *Das nächste Mal, wenn der 1ste Mai auf einen Alltag fällt, wird die Situation also die gleiche sein wie dieses Jahr, nämlich, dass in mehreren Ländern Abendzusammenkünfte abgehalten werden, und dass die eigentlichen Massendemonstrationen am darauffolgenden Sonntag stattfinden werden. Es ist im Bewusstsein daran, dass der Kongress die Resolution angenommen hat*[4].

Man kann sich beim Lesen der Korrespondenz nicht des Verdachts verwehren, dass P. Knudsen die Brüsseler Resolution zur Maifeier, die nichts im Unklaren liess, bewusst

1 Ebd., S. 33. Parenthesen vom Verfasser.

2 Ebd., S. 34.

3 Social-Demokraten, 25.08.1891. Die Korrespondenz trägt die Signatur „K-n".

4 Ebd.

missinterpretierte, was hiess: verfälschte, denn einerseits wollte er sich und den Sozialdemokratischen Bund nicht vor dem Forum der internationalen Arbeiterbewegung blamieren, indem er der Resolution nicht zustimmte; andererseits wollte er auch nicht riskieren, dass seine Partei und die Gewerkschaften am 1. Mai 1892 und danach die Auflagen der Behörden verletzten und in Schwierigkeiten gerieten. Also stimmten er und die beiden anderen dänischen Delegierten der Resolution zu, um sie anschliessend, allerdings nur vor einem der dänischen Sprache mächtigen Publikum, gegensätzlich zu interpretieren, bzw. zu verdrehen. Sozusagen „für alle Fälle" wurde so etwas wie ein „verbales Hintertürchen" in die Korrespondenz eingebaut: es hiess hier nämlich, Sigvald Olsen habe „während der Kongressverhandlungen" um Gehör gebeten, „um unseren Standpunkt zu präzisieren, aber auf Grund der fortgeschrittenen Zeit" seien die Verhandlungen beendet worden, ohne dass er zu Wort kommen konnte[1]. Bemerkenswert ist hier nicht nur, dass P. Knudsen sich an dieser Stelle nicht selbst zu Wort meldete, sondern auch, dass die Dänen ihren der Resolution letztendlich widersprechenden Standpunkt nicht nur nicht verlautbarten, sondern der Resolution obendrein auch noch zustimmten.

Was Nic. L. Petersen anging, wollte dieser seinen eigenen Augen nicht trauen, als er P. Knudsens Korrespondenz aus Brüssel sah. Da kurz nach dem Kongress noch keine Protokolle vorlagen, wandte er sich an Bebel und fragte nach, was es mit der Verlegung der Feiern auf den Sonntag auf sich habe; möglich ist auch, dass er fragte, ob er die Kongressresolution, an der er selbst mitgearbeitet hatte, missverstanden hätte. Bebel nahm dies zum Anlass mitzuteilen, „von einer Demonstration am Sonntag" wisse die Resolution nichts, und: „Es unterliegt keinem Zweifel, dass der Kongress die Maifeier auf den 1 Mai verlegte"[2]. Allerdings wollte er nicht zitiert werden, da er sich nicht in die Streitigkeiten von Parteifreunden anderer Länder einmischen wollte[3]. Stattdessen verwies er auf einen von ihm kürzlich veröffentlichten Artikel, von dem Nic. L. Petersen Gebrauch machen könne[4]. Dies klingt wie die Resignation des deutschen Parteiveteranen angesichts der gerade überstandenen dänischen Querelen, vor deren Neuauflage er sich scheute.

P. Knudsens zumindest eigenwillige, wenn nicht bewusst falsche Interpretation der Brüsseler Resolution war im Oktober 1891 auch Gegenstand einer mit Häme formulierten Korrespondenz in der Wiener *Arbeiter-Zeitung*, wo es in einer mit „Ein Sozialist" unterschriebenen Korrespondenz hiess:

> *Mit der auf dem Brüsseler Kongress angenommenen Resolution in Bezug auf die erste Mai-Feier ist hier in Dänemark eine sonderbare Wandlung vorgegangen, indem sie hier so gedeutet worden ist, als hätte der Kongress die Meinung gehabt, dass die eigentliche Demonstration am nachfolgenden Sonntag und nicht am ersten Mai stattfinden soll. (!!!) Dank dieser Wandlung hat man in weiten Arbeiterkreisen die Auffassung, dass der Kongress den Standpunkt gebilligt hat, den die hiesigen*

1 Ebd.

2 Dokument 23.

3 Ebd.

4 August Bebel, Der Internationale Arbeiterkongress zu Brüssel, in: Die Neue Zeit, Nr 49, ix. Jahrgang, 2. Band, 1890-91, S. 713-717.

> *Sozialdemokraten bei den letzten Maifeiern einnehmen, nicht am ersten Mai, sondern am nachfolgenden Sonntag zu feiern*[1].

Dazu äusserte sich wahrscheinlich Nic. L. Petersen in *Arbejderen* wie folgt:

> *Was die 1. Maidemonstration angeht, so, wie sie auf dem Brüsseler Kongress verabschiedet wurde, dass sie stattfinden sollte, schrieb P. Knudsen aus Brüssel an Social-Demokraten: Das nächste Mal, wenn der 1. Mai auf einen Werktag fällt, wird die Situation die gleiche sein wie in diesem Jahr, nämlich, dass in vielen Ländern am darauffolgenden Sonntag Massendemonstrationen stattfinden werden. Es ist im Bewusstsein daran, dass der Kongress die Resolution angenommen hat. Es dürfte unmöglich sein für Herrn Knudsen in irgendeinem sozialistischen Blatt eine ähnliche Darstellung der Mairesolution zu finden; im Gegenteil, in der Wiener Arbeiter-Zeitung vom 18. September wird von einer* Versammlung *berichtet, in dem Dr. Adler einen Bericht gibt vom Kongress, und dort sagt er: Mit Hinblick auf die 1. Maidemonstration … wurde nach einer längeren Diskussion beschlossen die Demonstration für den gesetzlichen acht Stunden Arbeitstag nur am ersten Mai und nicht später zu veranstalten. Wie kann der Social-Demokrat diese beiden Aussagen vereinen?*[2]

Weder *Social-Demokraten* noch der Sozialdemokratische Bund äusserten sich zur Interpretation der Brüsseler Resolution durch P. Knudsen und seine Gefolgsleute. Die Kritik u.a. Nic. L. Petersens wurde ganz einfach totgeschwiegen. Da 1892 der 1. Mai wie schon bemerkt auf einen Sonntag fiel, konnten Partei und Gewerkschaften ihre Maifeiern ungehindert tagsüber abhalten. Im Jahr danach, als der 1. Mai auf einen Montag fiel, hielten Partei und Gewerkschaften fünf grosse Veranstaltungen an fünf verschiedenen Plätzen in Kopenhagen ab, allerdings erst nach 1900 Uhr[3], und folgten somit dem Modell, das von P. Knudsen massgeblich und, wie es scheint, in bewusster Verfälschung der Brüsseler Resolution beschlossen worden war. Ob die RSAP auch 1893 eine separate Maifeier abhielt bzw. ob sie zu diesem Zeitpunkt noch in der Lage war, eine solche durchzuführen, ist nicht aktenkundig geworden.

7.2.3 Abschliessendes

Zu den Maifeiern kann abschliessend zweierlei festgestellt werden:

1. Der Sozialdemokratische Bund und die Gewerkschaften verhielten sich „system-konform", d.h. in Übereinstimmung mit den behördlichen Auflagen. Sie liessen es nicht zum Konflikt mit der Staatsmacht kommen und scheuten sich nicht davor, darüber sogar die Brüsseler Resolution zum 1. Mai fälschlich auszulegen, bzw., wenn man so will, bewusst zu verdrehen.

1 Arbeiter-Zeitung, 10.10.1891. Parenthese im Original.

2 10.10.1891.

3 Social-Demokraten, 01. und 02.05.1893

2. Für die Revolutionären boten die Maifeiern eine Gelegenheit der Konfrontation mit dem bürgerlichen Staat sowie zur scharfen Abgrenzung von der Sozialdemokratie. Damit waren die Maifeiern der Jahre 1890 und 1891 die ersten und auch einzigen Gelegenheiten, bei der die Revolutionären in einen direkten „politisch-praktischen" Konflikt mit dem bürgerlichen Staat gerieten, gegen den sie bislang nur „theoretisch" Front gemacht hatten. Der Preis für diese Ordnungswidrigkeit, und um mehr handelte es sich nicht, war zwar eine relativ hohe Geldstrafe, aber eben nur eine Geldstrafe – wohl, weil der bürgerliche Staat trotz aller Hysterie in der Frage der Maifeiern in den von der RSAP angezettelten Demonstrationen kaum die Gefahr eines „Umsturzes" erkennen konnte.

Es bleibt hinzuzufügen, dass sowohl die RSAP als auch der Sozialdemokratische Bund sich nicht in der Bewertung des 8-Stundentages, zu dessen Durchführung die Maifeiern beitragen sollten, unterschieden: der 8-Stundentag war für beide eine Schutzmassnahme zur Verhinderung der physischen Ausbeutung der Arbeiter und somit eine „Diesseitsforderung" vor dem Erreichen der sozialistischen Gesellschaft. Dies drückte Nielsen Kolding anlässlich der Maifeier 1892 in einem Schreiben an „englische Sozialisten", wahrscheinlich die Socialist League, so aus: alle Gedanken „bei uns", d.h. in der RSAP, sind „auf die erste Diesseitsforderung des Proletariats gerichtet, den 8 Stunden Arbeitstag"[1]. Fast gleichlautend beschrieben C.E. Jensen und F.J. Borgbjerg in ihrer 1904 erschienenen Geschichte der europäischen sozialistischen Bewegung den 8-Stundentag als eine „Forderung, die zuoberst unter den Diesseitsforderungen aller klassenbewusster Arbeiter stand"[2].

7.3 Die Kommunefeiern

Obwohl die erste sozialistische Organisation im dänischen Königreich, die dänische IAA-Sektion, unter dem Eindruck der Kommune entstanden war[3], ergibt sich angesichts der allenfalls sporadischen Reminiszenzen an die Pariser Ereignisse der Eindruck, dass diese in der dänischen Arbeiterbewegung der 1870er, 1880er und 1890er Jahren fast in Vergessenheit geraten war. Zwar gab es in der zweiten Hälfte der 1880er Jahre gelegentliche Erwähnungen der Kommune in der sozialdemokratischen Presse, allerdings waren diese meist kurz und nichtssagend und eingebettet in den Zusammenhang der Berliner Märzereignisse von 1848 als den Begebenheiten, derer man sich zuvörderst erinnerte[4]. Hier dürfte *Der Sozialdemokrat* das dänische Parteiorgan inspiriert haben, denn das deutsche Parteiorgan gedachte bekanntlich jedes Jahr der Märzereignisse in Berlin und Paris in langen Artikeln und verstand es, beide Ereignisse miteinander zu verflechten. Die SAPD/SPD stellte sich somit in die Tradition beider Ereignisse, wohingegen die dänische Sozialdemokratie sich in keine revolutionäre Tradition stellte; das Parteiblatt erwähnte gerne den deutschen März, die Kommune allerdings nur sporadisch. Auch in den

1 Vergl. Dokument 25.

2 Jensen u. Borgbjerg, a.a.O., S. 486.

3 Vergl. Lahme, Zur Vorgeschichte der dänischen IAA-Sektion, S. 54 ff.

4 So bringt z.B. Social-Demokraten am 17.03.1889 auf der Titelseite einen langen Artikel über den deutschen März, in dem zum Schluss auch die Kommune kurze Erwähnung findet. Ähnlich ebd. am 18.03.1890.

Sitzungsprotokollen des Vorstandes des Sozialdemokratischen Bundes sowie der Zusammenarbeitenden Gewerkschaften fand die Kommune keine Erwähnung, ebenso wenig wie in anderen Protokollen oder Publikationen der 1880er Jahre. Die Schlussfolgerung heisst deshalb: im historischen Kalender der dänischen sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung kam die Pariser Kommune nicht vor; weder die Partei noch die Gewerkschaften erinnerten sich ihrer, geschweige denn hielten sie Gedenkfeiern ab. Dies änderte sich erst unter dem Eindruck der Rezeption der Kommune durch Nic. L. Petersen und Trier, die im Zuge ihres Aufenthaltes in Paris Ende der 1870er, anfangs der 1880er intime Kenntnisse der revolutionären Ereignisse erworben haben dürften; möglicherweise lernten sie auch überlebende, bzw. amnestierte Kommunarden kennen[1]. Das Wissen um die Kommune, gepaart mit dem Erlebnis des konspirativen Pariser Milieus jener Jahre, sicherlich auch die inzwischen eingetretene Heroisierung und Idealisierung der revolutionären Ereignisse, wie sie z.B. im deutschen Parteiorgan zum Ausdruck kam, dürften dazu geführt haben, dass die RSAP in der kurzen Zeit ihrer Existenz alljährlich auf für ihre Verhältnisse grossangelegten Gedenkfeiern, in Zeitungsartikeln und sogar Drucksachen der Pariser Volkserhebung gedachten, und dies ganz deutlich mit dem Ziel, sich in ihre revolutionäre Tradition einzureihen und diese auch für sich zu beanspruchen. Die RSAP folgte damit dem Beispiel der deutschen Bruderpartei, die der Kommune zusammen mit den Märzereignissen zumindest bis zum Einsetzen des Sozialistengesetzes mit Hilfe ähnlicher öffentlicher Feierlichkeiten regelmässig gedachte[2]. Im Folgenden wird beschrieben, wie die RSAP auf der einen und der Sozialdemokratische Bund auf der anderen Seite der Kommune gedachten.

1889: Unter dem Titel „Revanche. Eine Begebenheit aus den letzten Tagen der Kommune", erschien gleich in den ersten drei Nummern von *Arbejderen* der bekannte und im Stil der Zeit recht pathetische Artikel von Leon Cladel[3], der schon 1880 im Feuilleton von *Der Sozialdemokrat* veröffentlicht worden war[4]. Im Zuge der Maiwoche, am 7. Mai, brachte *Arbejderen* auf der Titelseite mit der Überschrift „Die blutige Maiwoche" dann einen Leitartikel über das Ende der Kommune. Ebenfalls auf der Titelseite fand sich das bekannte Bild der Erschiessung der Kommunarden durch ein Hinrichtungspeloton der Versailler Truppen, unterschrieben mit: „Versailles siegte, aber die Kommune kämpfte nicht vergebens". Weitere Artikel in der gleichen Nummer stellten vor: „Die Feinde der Kommune" und „Die Helden der Kommune". Insgesamt behandelten dreieinhalb der vier

1 Vergl. oben. Kap. 4.1.

2 Und zwar schon 1872, vergl. die ausführliche Darstellung der Kommune-Gedenktage, besser: Revolutionsfeierlichkeiten bei Beatrix W. Bouvier, Französische Revolution und deutsche Arbeiterbewegung. Die Rezeption des revolutionären Frankreich in der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung von den 1830er Jahren bis 1905, Bonn 1982, S. 251-259, hier S. 252 ff. Wertvolle Hinweise finden sich auch bei Hans Jürgen Frederici, Jutta Seidel, Der Wiederhall der Pariser Kommune in der deutschen Arbeiterbewegung, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 3. Jahrg. 1961, S. 280-298, besonders S. 280 ff.

3 Und zwar am 01., 08.und 15.04.1889. Cladel heisst dort fälschlicherweise „Claudel".

4 Der deutsche Titel lautete: Revanche. Episode aus den Tagen der Kommune. Folge 1-4, vom 06., 13. und 20. Juni 1880. Die Kurzgeschichte behandelt die blutige Maiwoche 1871: Eine Frau überlebt die Kämpfe am Panthéon, gebiert ein während der Belagerung gezeugtes Kind, schlägt sich mit dem Neugeborenen zum Père Lachaise durch und trifft dort den Vater, einen Lokomotivführer und Legionskommandanten der Nationalgarde mit den letzten Föderierten. In einer improvisierten Zeremonie bekommt der Junge den Namen „Révanche", ehe die Versailler Truppen angreifen.

Seiten dieser Ausgabe von *Arbejderen*, bei denen Lissagarays Buch über die Kommune Inspiration gewesen sein könnte[1], die Pariser Erhebung.

1890: Die erste Veranstaltung dieses Jahres zum Gedächtnis an die Kommune, eine „Öffentliche Versammlung" über den „Kommunekampf in Paris", hielt Trier schon anfangs des Jahres ab, und zwar vor dem Forum des Jugendvereins der RSAP[2]. Der Jahrestag der Kommune wurde in *Arbejderen* mit einem Leitartikel „Der 18. März 1871" begrüsst, in dem die Ereignisse im Paris des 17. und 18. März 1871 geschildert wurden. Der Artikel endete mit der Feststellung:

> *Es war das arbeitende Volk, das Paris beherrschte. Es sind die klassenbewussten Arbeiter in allen Ländern, die sich an diesen Tag erinnern; die im 18. März einen der ehrenvollsten Tage des Proletariats sehen*[3].

So eingestimmt, hielt die RSAP in diesem Jahr erstmals ein Fest zum Gedenken an die Kommune ab, und zwar in der Form einer öffentlichen Veranstaltung. In dem von der RSAP häufig benutzten Restaurant „Aftenstjernen" am Rande Kopenhagens fand am Abend des 18. März ein „Fest des 18. März" statt, bei dem, wie immer, wenn proletarische Gemütlichkeit zelebriert wurde, ein Gesangverein auftrat. Auch wurde eine Drucksache auf (blut-!) rotem Papier mit dem Titel „Der Kommunarde" verkauft[4]. Höhepunkt des Abends war die Verlesung eines Briefes von Jules Guesde, bei dem es sich um die Antwort auf eine Grussadresse Nic. L. Petersens handelte, in der sich dieser im Namen der RSAP bei den französischen Genossen u.a. dafür bedankte, dass sie ihr Blut für die Sache des Proletariats vergossen hatten und ausserdem „a cause le socialisme en Dannemark"[5]. Letzteres war eine Anspielung auf die Tatsache, dass die dänische IAA-Sektion wie bereits angeführt unter dem Eindruck der Pariser Kommune entstanden war. Jules Guedes' Dank galt den „dänischen revolutionären Sozialisten", weil sie „ein lebendiges Gedenken an unsere Toten von vor 19 Jahren bewahrt" hätten. Das Blut der Toten hätte sich als fruchtbarer Samen erwiesen, denn: „Noch einige Kraftanstrengungen, und die soziale Revolution, die nur international sein kann, wird die Menschheit befreit haben"[6]. Die Teilnehmer der laut *Arbejderen* gutbesuchten Veranstaltung, die bis spät in die Nacht dauerte, beantworteten die Verlesung

1 In1889 lagen insgesamt drei Ausgaben von Prosper-Olivier Lissagarays Buch über die Kommune vor: 1. Das französische Original, Histoire de la Commune 1871, Brüssel 1876; 2. die erste deutsche Übersetzung, Geschichte der Commune von 1871. Autorisierte deutsche Ausgabe nach dem vom Verfasser vervollständigten französischen Original, Braunschweig 1877; 3. die englische Übersetzung, History of the Commune 1871. Translated from the French of Lissagaray by Eleanor Marx Aveling, London 1886.

2 Arbejderen, 04.01.1890.

3 Ebd., 17.03.1890.

4 Von dieser Drucksache ist anscheinend nur noch ein Exemplar vorhanden, welches im ABA aufbewahrt wird. Sie trägt den Titel „Der Kommunarde", und den Untertitel „Ein Erinnerungsbogen über den Kampf des Proletariats in Frankreich", das Datum ist der 18.03. Die Drucksache lag Arbejderen bei. Auf der Titelseite findet sich die bekannte Lithographie von der Exekution der Kommunarden durch Versailler Truppen. Das 4-seitige Erinnerungsblatt enthält einen längeren Artikel von Trier über die „Pariser Kommune", einen „Kalender der Kommune" und einen Artikel von Nic. L. Petersen über „Die Kinder der Kommune". Die DLG kündigte auf der letzten Seite ihre eigene „Märzfeier" an.

5 Dokument 19.

6 Dokument 20.

des Guesdes-Briefes mit „stürmischer Begeisterung" und liessen die französischen Parteifreunde hochleben[1].

1891: Für Sonntag, den 22. März, kündigte die RSAP ein „Märzfest" zum „Gedenken an den 20sten Jahrestag der französischen Revolution 1871" an, und zwar diesmal im Lokal „Sortedamslund" an der Kopenhagener Peripherie[2]. Teile der Ausgabe von *Arbejderen* vom 15. März 1891, in welcher der 20. Jahrestag der Kommune gefeiert wurde, erschienen wiederum auf (blut-)rotem Papier. Die Titelseite brachte einen Artikel mit der Überschrift „Die Kommune in Paris 1871". Ebenfalls aus Anlass des 20. Jahrestages der Pariser Ereignisse veröffentlichte Nic. L. Petersen eine Broschüre mit dem Titel „Die Pariser Kommune. Ihre Ursachen und Folgen"[3], bei der es sich um eine knappe Darstellung der Vorgeschichte und des Verlaufs der Kommune auf 31 Seiten handelte. Die flüssig geschriebene und gut strukturierte Darstellung kam zwar parteiisch, aber nicht romantisierend oder gar verherrlichend daher und lehnte sich gelegentlich an Lissagarays erste deutsche Ausgabe der „Geschichte der Kommune" an, ohne diese aber zu plagiieren, sowie an Marx' „Bürgerkrieg in Frankreich". Zu den negativen Folgen der Kommune zählte Nic. L. Petersen die von ihm selbst erlebte langjährige Unterdrückung der französischen Arbeiterbewegung. Diese sei ursächlich beteiligt an der Entstehung des Possibilismus, unter der er eine Ideologie verstand, „die nicht in Streit mit dem bürgerlichen Staat gerät", die aber „bald ihre Rolle ausgespielt" hätte, denn „der revolutionäre Sozialismus nimmt ständig an Bedeutung zu"[4]. Zu den positiven Resultaten zählte Nic. L. Petersen u.a., dass die Kommune den Anstoss zur Gründung der sozialistischen Bewegung seines Heimatlandes wie auch anderer Länder, gegeben hatte[5].

1892: Auch in diesem Jahr hielt die RSAP ein Fest zum Gedenken an die Pariser Kommune ab:

> *Am Sonntag den 20. März, 7 Uhr, hat die revolutionäre sozialistische Partei ihre Freunde eingeladen in das Thalia …, um die Erinnerung an die diejenigen zu feiern, die am 18. März ihr Blut … opferten.*

Bei der festlichen Zusammenkunft wurde ein Gedicht, betitelt „Vulkane. Festgedicht zum Andenken an die Pariser Kommune"vorgetragen, ein wie üblich bombastischer Erguss aus der Feder des Parteibarden Bildsø[6]. In *Arbejderen* erschien auf der Titelseite der Ausgabe vom 15. März 1892 ein Bericht über die Ereignisse des 18. März 1871 in Paris, ausserdem ein „Kalender der Revolution" und abschliessend eine halbe Spalte betitelt „Lehrgeld". Hier

1 Arbejderen, 24.03.1890.

2 Ebd., 17.03.1891.

3 Nic. L. Petersen, Pariserkommunen. Dens Aarsag og Følger, Kopenhagen 1891. – Die Broschüre erschien im Selbstverlag, der Druck erfolgte beim schon mehrmals genannten und offensichtlich unermüdlichem Parteigänger der Revolutionären, Victor Petersen.

4 Ebd., S. 30.

5 Ebd., S. 29.

6 Arbejderen, 20.03.1892. Thalia war ein Restaurant.

wurden die Lehren beschrieben, die sowohl Kapitalisten als auch Arbeiter aus der Kommune ziehen konnten. Die Quintessenz war:

> *Der Kommunekampf in Paris schrieb mit Blut die Tatsache auf, dass sich die Kapitalistenklasse immer mit Gewalt und Brutalität jedweden Angriffs auf ihre Ausbeuterstellung erwehren wird. Der Kommunekampf lehrte die Arbeiter, dass wenn der Endkampf zwischen Proletariat und Kapitalisten ansteht, da werden diese nur im Kampf zurückweichen, und es ist ein Kampf, bei dem es nur darum geht, wer der stärkste ist. Das wollen wir uns merken!*

Die hier angeführten Themen der Titelseite vom 15. März wurden kurze Zeit später in *Arbejderen* in einer fünfteiligen Artikelserie mit dem schlichten Titel „Die Pariser-Kommune" erweitert und ausgebaut[1]. Beim Studium der Artikel ergibt sich eine erstaunlich nüchterne und nicht heroisierende Darstellung der historischen und politischen Fakten: so berichtet Folge i bis iii über die Vorgeschichte und den Verlauf der Erhebung, während iv ihre blutige Niederlage schildert, und v nüchtern die Fakten aufzählt, die zum Untergang der Kommune führten. Die Letztgenannten waren wie folgt: 1. Die Kommune war eine politische Erhebung, die die wichtigen Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik ausser Acht liess. Die Kommune versäumte ausserdem, 2. das Eigentumsrecht abzuschaffen, 3. und die Mägen der Massen zu füllen, die auch während der Herrschaft des Proletariats leer blieben. Damit war die Kommune letztendlich zum Scheitern verurteilt. Hier figurierte die Kommune als Lehrstück unter dem Motto: was kann in Zukunft besser gemacht werden? Der Verfasser der Artikelserie ist nicht bekannt. Der seit Dezember 1891 inhaftierte Nic. L. Petersen kann es wohl nicht gewesen sein, denn die Haftbedingungen untersagten den Gebrauch von Schreibmaterial[2], und es ist kaum anzunehmen ist, dass Nic. L. Petersens es schaffte, ein langes Schriftstück unter den Augen des Gefängnispersonals nicht nur zu verfassen, sondern es anschliessend auch aus dem Gefängnis zu schmuggeln. Wenn nicht er, dann dürfte unter den Revolutionären am ehesten Trier das intellektuelle Format zum Schreiben dieser Artikelserie gehabt haben.

In einer der letzten Ausgaben von *Arbejderen*, nämlich in der vom 9. März 1893, hiess es dann lapidar, im nämlichen Jahr weder des deutschen noch des französischen März durch längere Artikel gedenken zu wollen. Ein Grund wird nicht angeführt, wahrscheinlich ist, dass es dem nunmehrigen Redakteur des Blattes, Nielsen Kolding, am dazu notwenigen Wissen und Vermögen fehlte.

Was die Sozialdemokratie angeht, so wird klar, dass erst die Konfrontation mit der Rezeption der Kommune durch die RSAP sie dazu veranlasste, diesem Ereignis Bedeutung einzuräumen und seiner offiziell zu gedenken. 1890 erschien ein Artikel zum Gedenken an „die erste Übernahme der Macht durch das Proletariat" im Parteiorgan[3]. 1891 kündigte das Parteiblatt zwar keine Kommunefeier an, wie sie bei den Revolutionären inzwischen üblich war, aber – immerhin, ist man geneigt hinzuzufügen – eine „öffentliche sozialdemokratische

1 i 27.03., ii: 03.04., iii: 10.04., iv: 01.05., v: 19. 07.

2 So bezeugt in Dokument 27.

3 Social-Demokraten, 18.03.1890.

Veranstaltung" am 18. März, bei der A.C. Meyer, unverdrossen und unermüdlich wie eh und je, einen Vortrag über die Kommune hielt, musikalisch unterstützt vom Gesangverein der Zigarrenarbeiter[1]. Es folgten zwei längere, allerdings nichtssagende Artikel über die Kommune[2]. Wohl unter dem Eindruck des Werkes des revolutionären Lyrikers und Parteibarden Bildsø präsentierte das Parteiblatt ein Jahr später das Gedicht eines „Phosphorus" mit dem Titel „Ouvertüre", welches den Ergüssen Bildsøs an Schwülstigkeit in nichts nachstand[3]. Die Beispiele zeigen, dass die Sozialdemokraten sich von den Revolutionären gedrängt sahen, sich mit der Kommune als einem wichtigen Ereignis in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung zu befassen und diesem Ereignis in ihrem Kalender einen Platz einzuräumen und zu versuchen, mit der RSAP gleichzuziehen. Da die Sozialdemokraten sich, anders als ihre revolutionären Widersacher, wenig mit dem Pariser Aufstand beschäftigt und es demzufolge auch versäumt hatten, eine eigene Tradition der Kommunefeiern zu entwickeln, mussten sie sich wohl oder übel an den Kommunefeiern der RSAP orientieren und sie nachahmen. Wie die Beispiele verdeutlichen, kamen die Kommunefeiern der Sozialdemokratie allerdings kaum über das Stadium von Pflichtübungen hinaus; was fehlte, waren Begeisterung und „Festivitas".

Es soll abschliessend die Frage gestellt werden, welchen Stellenwert die Kommune für die RSAP hatte. Um dieser Problematik gerecht zu werden bietet es sich an, die von Georges Haupt in einem bemerkenswerten Aufsatz zur Deutungsgeschichte der Pariser Kommune entwickelten Kategorien zu benutzen, die bei ihm in der Hauptsache für die Zeitspanne der I. und vor allem II. Internationale Anwendung finden, allerdings nicht ohne einige, wenn auch wenige Beispiele zu bemühen, die über diesen Zeitraum hinausreichen. Die beiden Kategorien sind: 1. Die Kommune als „Symbol" und 2. die Kommune als „Beispiel"[4]. Mit 1. meint Haupt „das Beschreibende", mit 2. Das „Bezeichnende". Die Kommune wurde zum „Symbol" und bekam „Anziehungskraft", nachdem sich ihr Bild im „kollektiven Bewusstsein festgesetzt hatte oder nachdem es durch Ideologien verändert worden war." Zum „Beispiel" wurde die Kommune durch das Bemühen, sie als „Erfahrung zu nutzen", um Theorien abzuleiten und „um neue Leitideen für Aktionen … zu gewinnen"[5]. Die Rezeption der Kommune durch die RSAP spielte sich, wie gezeigt wurde, auf vielen Ebenen ab, und zwar der der Presse, der Korrespondenz Nic. L. Petersens mit Jules Guesdes, sowie der von Nic. L. Petersens Broschüre und schliesslich und endlich auf der Ebene der Festlichkeiten mit ihren Chorauftritten, Vorträgen und Rezitationen. Lässt man diese Rezeption der Kommune Revue passieren, so wird schnell deutlich, dass die Pariser Erhebung für die RSAP sowohl Symbol als auch Beispiel war, allerdings nicht zu gleichen Teilen, sondern mit einem grösseren Anteil des Beispiels als des Symbols. Das Symbolhafte und Beschreibende wird deutlich in Nic. L. Petersens Grussadresse an Jules Guesdes und die französischen Sozialisten, in der

1 Ebd., 17.03.1891.

2 Ebd., 18. und 19.03.1891.

3 Ebd., 18.03.1892.

4 Georges Haupt, Die Kommune als Symbol und als Beispiel, in: Hans Pelger (Hrsg.), Studien zu Jakobinismus und Sozialismus, Berlin, Bonn-Bad Godesberg 1974 (=Internationale Bibliothek, Bd 75), S. 189-217, hier vor allem S. 189-194. Die über den genannten Zeitraum hinausreichenden Beispiele betreffen Russland 1917 sowie Kanton 1927 und Shanghai während der chinesischen Kulturrevolution, vergl. ebd. S. 200 ff.

5 Ebd., S. 193.

das Bild der heroischen, tapferen, ihr Blut für die Sache des Proletariats vergiessenden Kommunarden heraufbeschworen wird – die RSAP feierte die Kommune als Sinnbild einer blutgetränkten ersten Etappe der sozialen Revolution. Das Beispiel kommt zum Ausdruck in den zahlreichen und vielfältigen Bemühungen der RSAP, die Wirklichkeit der Kommune zu „erfahren" und zu „begreifen", d.h. sie zu beschreiben und zu analysieren, mit dem klaren und revolutionären Ziel des Herausdestillierens von Anleitungen für zukünftiges Handeln.

Was die Sozialdemokratie angeht, fand in ihr keine Rezeption der Kommune statt. Die Ursachen waren am ehesten mangelndes historisches Bewusstsein, vielleicht sogar Unwissenheit und/oder Gleichgültigkeit, wenn nicht gar bewusstes Abstandnehmen vom Beispiel einer revolutionären Erhebung, in deren Tradition man sich nicht stellen wollte.

8. Niedergang und Ende der RSAP

8.1 Nic. L. Petersen und Gerson Trier. Die Persönlichkeiten

Die Existenz der RSAP als politische Partei war nicht nur in hohem Masse abhängig von den deutschen Sozialisten in Kopenhagen, sie war auch eng verbunden mit dem Parteiorgan *Arbejderen* und mit ihren führenden Persönlichkeiten Nic. L. Petersen und Gerson Trier, insbesondere mit dem Erstgenannten. Der Verfasser dieser Studie kann sich gelegentlich nicht des Eindruckes erwehren, dass es mehr Nic. L. Petersen und weniger Trier war, der sich für die Sache der Revolutionären „aufopferte", wobei dieses Wort nicht nur, aber auch angesichts Nic. L. Petersens weiteren Schicksals durchaus wörtlich zu nehmen ist: er redigierte *Arbejderen* in seiner Privatwohnung; er verfasste viele, wenn nicht den Grossteil der Artikel; er hielt vor vielen Foren Vorträge; als überzeugter Internationalist besuchte er die internationalen Kongresse und nahm aktiv an ihnen teil, und es war selbstverständlich, dass ihm das Amt eines Sekretärs der RSAP im „Internationalen Arbeiter Sekretariat" zufiel[1], einer auf Eleanor Marx-Aveling und den Generalsekretär der „National Union of Gasworkers and General Labourers of Great Britain and Ireland",William James (Will) Thorne zurückgehende Initiative[2]; er unternahm lange Agitationsreisen in die Provinz, sicherlich auf eigene Kosten – diese und andere anstrengenden Tätigkeiten waren zeitraubend, anstrengend und kostspielig und wurden, einmal abgesehen von seinen Lehrtätigkeiten an diversen Arbeiterbildungsprojekten, weniger vom häufig mit ihm in einem Atemzuge genannten Trier als vom wahrhaft unermüdlichen Nic. L. Petersen ausgeübt. Dass ihm dabei kaum Zeit verblieb, lohnabhängiger Arbeit nachzugehen und so etwas wie eine „bürgerliche Existenz" aufzubauen, an der ihm wahrscheinlich ohnehin wenig gelegen war, kann nicht verwundern; im Gegenteil: dem ehemaligen Waisenhauszögling und überzeugten Sozialisten – als solcher, wie er selbst zu Papier brachte, stadtbekannt „wie ein roter Hund"[3] – fiel es schwer, Arbeit zu finden; er lebte, so in einem Brief an Engels aus dem Gefängnis, in bitterer Armut[4] und schlug sich, wie er bei seinem Verhör am 10.12.1891 aktenkundig machte, als Sprachlehrer für Deutsch, Englisch und Französisch durch[5]. Letzteres geschah wahrscheinlich mehr schlecht als recht, denn seine Kenntnisse des Französischen und Deutschen waren zwar fliessend, aber begrenzt, waren die eines Autodidakten, wie die in Teil 3 wiedergegebenen Dokumente 13 und 19 zeigen. Während seines Gefängnisaufenthaltes, der, wie er Engels sarkastisch mitteilte, immerhin mit dem Vorteil verbunden war, sich nicht um sein tägliches Brot kümmern zu müssen[6], lebte seine Familie von den Spenden von Gesinnungsgenossen, zu denen *Arbejderen* in regelmässigen Annoncen aufforderte[7]. Trier

1 Arbejderen, 19.04.1891. Als Vertreter („Sekretär") der dänischen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften wird J. Jensen genannt, vergl. ebd., wo auch die Sekretäre für Amerika, Frankreich, Deutschland (Carl Legien) und Österreich (Victor Adler) namentlich aufgeführt werden.

2 Näheres dazu in Exkurs 1.

3 Dokument 27.

4 Ebd.

5 Bolgann, Unveröffentlichte Erinnerungen, passim. Højesteret: Domssager 1892, 3/6, Sag Nr 204, Verhör vom 16.12.1891.

6 So in Dokument 27.

7 Aus der Fülle der Beispiele in Arbejderen, vergl. z.B. Einsammlung von Spenden am 01.05. und 31.07. und 18.12.1892 sowie am 02. und 10.01.1893. Am 29.01.1893 wird ebd. berichtet über ein Fest, dessen Überschuss (189 Kronen und 38 Øre) an

zufolge litt er ausserdem unter psycho-somatischen Störungen[1]. Bürgerliche Normen verachtend, kohabitierte er jahrelang ohne Trauschein mit einer Näherin, von der anzunehmen ist, dass sie eher ihn als er sie versorgte, hatte vier Söhne mit ihr, von denen einer schwachsinnig geboren war und sein Leben in einem Heim verbrachte, und heiratete er erst auf Drängen der Behörden, in deren Augen das Zusammenleben ohne Trauschein eine Straftat war[2]. Von seinen charakterlichen Eigenschaften her war er laut Trier „bewunderungswürdig uneigennützig", politisch-theoretisch und ideologisch war er „eifriger Sozialist" und überzeugter Marxist, der alles für die Sache des Sozialismus zur Seite gestellt hatte[3].

Anders Trier, dem es gelang, ein eher bürgerliches Leben zu führen, d.h. zu heiraten und eine Familie zu gründen; eine Wohnung im besseren Teil Kopenhagens zu unterhalten und ausserdem einige Bücher und Aufsätze literatur- und sprachwissenschaftlichen Inhalts zu veröffentlichen[4], wobei nicht klar ist, wie er, der offensichtlich keiner geregelten Lohnarbeit nachging, sondern sich meist für wenig Geld oder gar unentgeltlich als Lehrer und Dozent der Volks- und Arbeiterbildung widmete, dieses Leben finanzierte. Möglicherweise war er vermögend[5]. Dem postumen Betrachter bleibt es letztendlich unverständlich, dass Trier an keinem der internationalen oder skandinavischen Kongresse teilnahm, sondern dies Nic. L. Petersen überliess. Nicht einmal auf dem Skandinavischen Arbeiterkongress von Malmö 1892, an dem Nic. L. Petersen wegen seines Gefängnisaufenthaltes bekanntlich nicht teilnehmen konnte, war er anwesend, wobei davon ausgegangen werden kann, dass, wäre er oder zumindest Trier anwesend gewesen, der Kongress sicherlich weniger zum Triumph P. Knudsens und J. Jensens geraten wäre, wie in Kap. 8.1.4 gezeigt wurde. Auch als Teilnehmer an den Maifeiern fiel er nicht sonderlich auf; immerhin war er dabei. Ohne den Verdienst Triers schmälern zu wollen, sieht es so aus als ob Nic. L. Petersen mehr als Trier und alle anderen führenden Mitglieder der RSAP, darunter das ausgeschlossene Redaktionskomitee von *Arbejderen*, Mittel- und Ankerpunkt der RSAP war. Dies wurde deutlich spätestens in dem Moment, als er wegen einer Artikelserie in *Arbejderen* Anfang Dezember 1891 zuerst in Untersuchungshaft genommen, dann vor Gericht gestellt und schliesslich verurteilt und inhaftiert wurde, d.h. als er sozusagen von Amts wegen „aus dem Verkehr gezogen" wurde. Dies soll im Folgenden dargestellt werden.

Nic. L. Petersen und seine Familie ging. Der Empfänger bedankte sich, „mit soc. Gruss", ebd. – Laut Arbejderen vom 07.02.1892 weigerte sich P. Knudsen, einen Aufruf zur Unterstützung Nic. L. Petersens und seiner Familie in Social-Demokraten zu veröffentlichen; die Begründung: Nic. L. Petersen sei „kein Sozialist". Hier herrschte blanker Hass.

1 Vergl. Dokument 28.

2 Højesteret: Domsager 1892, 3/6, Sag Nr 204, Verhör vom 10.12.1891. Infolge Bolganns biographischen Notizen über Nic. L. Petersen unterhielt dieser obendrein ein Verhältnis zu Baronesse Jaquette Liljencrantz.

3 Siehe Dokument 28.

4 Eine Bibliographie der Werke Triers, findet sich bei Manfred Schoencke, Gerson Trier, in: Wikipedia.

5 Dafür spricht, dass er die Mittel hatte, einem von Nic. L. Petersens Söhnen, nämlich den nach ihm genannten Gerson, ein Ingenieurstudium zu finanzieren. So Bolgann in seinen biographischen Notizen über Nic. L. Petersen. Dass Trier Nic. L. Petersen und dessen Familie darüberhinaus unterstützte, ist wahrscheinlich, allerdings liessen sich Einzelheiten nicht mehr ausmachen.

8.2 Der Prozess gegen Nic. L. Petersen

Die inkriminierte vierteilige Artikelserie trug den Titel „Revolutionen" („Die Revolution") und erschien in *Arbejderen* vom 18. (Nr 3) und 25. Oktober (Nr. 4), sowie vom 8. November (Nr 6) und vom 6. Dezember (Nr. 10) 1891. Die Artikel waren wie üblich unsigniert, jedoch herrschte kein Zweifel daran, dass sie aus der Feder von Nic. L. Petersen stammten, der als Herausgeber von *Arbejderen* ohnehin hauptverantwortlich war für den Inhalt der Wochenzeitung und ausserdem niemals abstritt, dass er der Verfasser der Artikel war. Nic. L. Petersen wurde zwei Tage nach Erscheinen des abschliessenden Artikels in Untersuchungshaft genommen, die Verhöre begannen am 12. Dezember 1891 und zogen sich über den Januar und Februar des Jahres 1892 hin. Im Verlaufe der Untersuchungen gab es eine Hausdurchsuchung im Redaktionsbüro von *Arbejderen*[1], und es fand eine (einzige) Zeugenvernehmung statt, nämlich die des Redaktionssekretärs. Weder die Hausdurchsuchung noch das Verhör konnten dem Verfahren etwas hinzufügen[2]. Am 17.12. 1891 wurden alle Restexemplare von *Arbejderen* vom 6. Dezember beschlagnahmt[3]. Am 18. Februar 1892 wurde gegen Nic. L. Petersen Anklage erhoben[4], am 26. März wurde er zu einem Jahr „Verbesserungsanstalt" verurteilt[5].

Unmittelbar im Anschluss an die Urteilsverkündung appellierte Nic. L. Petersen das Urteil[6], und wenig später appellierte auch der Ankläger[7], was den Fall vor das Oberste Gericht brachte. Im April ersuchte Nic. L. Petersen um vorläufige Haftverschonung gegen Kaution bis zur endgültigen Urteilsverkündung. Angeblich war eine nicht genannte Person – womöglich Trier – bereit, den erstaunlich hohen Betrag von 10.000 Kronen zu hinterlegen[8]. Dem Ansuchen wurde nicht nachgekommen, Nic. L. Petersen blieb in Haft. Die Justizbehörden liessen erkennen, dass es ihm, der sowohl des Englischen als auch Deutschen und Französischen mächtig war und gute Beziehungen ins Ausland hatte, nicht schwerfallen dürfte, sich weiterer Strafverfolgung durch Flucht zu entziehen[9]. Im Gegensatz dazu wusste Georg Bolgann, der Schüler Nic. L. Petersens und Vertrauter der späten Jahre, zu berichten, sein Lehrmeister habe einmal erwähnt, der Richter sei ihm „wohlgesonnen" gewesen; u.a. habe er veranlasst, dass die Türen zum Warteraum des Gerichts, in dem er während der Verhandlungen viele Stunden verbrachte, unbewacht und unverschlossen blieben, wahrscheinlich, um ihm die Flucht ins Ausland zu ermöglichen. Darauf habe er, Nic. L. Petersen, sich allerdings nicht einlassen wollen[10]. Er wollte sein Urteil, wenn es denn dazu kommen sollte, absitzen, um damit auf die Klassenjustiz aufmerksam zu machen[11]. Am 3.

1 Højesteret: Domssager 1892, 3/6, Sag Nr 204, Akte vom 10.12.1891.

2 Ebd., Akte vom 15.12.1891.

3 Ebd., Akte vom 17.12.1891.

4 Højesteret: Domsager 1892, Akte vom 10., 12. und 18.02.1892.

5 Ebd., Akte vom 26.3.1892. – Die Verbesserungsanstalten waren ein Ergebnis der Strafrechtsreform von 1857 und, verglichen mit dem Zuchthaus für Schwerverbrecher, relativ „milde" Strafanstalten. Zu den Haftbedingungen siehe u.a. Dokument 27.

6 Højesteret: Domssager 1892, a.a.O.

7 Ebd., Akte vom 24.05.1892.

8 Arbejderen, 10.04.1892.

9 Ebd.

10 Bolgann, Unveröffentlichte Erinnerungen, S. 82.

11 Ebd., S. 84.

Juni 1892 bestätigte das Oberste Gericht das Urteil des Kopenhagener Kriminalgerichtes, allerdings mit dem Zusatz, die Strafzeit sei auf 8 Monate herabzusetzen[1], denn immerhin habe Nic. L. Petersen seit dem 8. Dezember 1891 eingesessen. Insgesamt verbrachte er einschliesslich der Untersuchungshaft knapp 12 Monate in Haft, und zwar vom 8. Dezember 1891 bis zum 6. Dezember 1892[2]. Wie man sieht, sass er von den acht Monaten Verbesserungsanstalt „nur" sechs ab. Aus welchen Gründen Nic. L. Petersen diese zwei Monate erlassen wurden, liess sich nicht ermitteln, es war möglicherweise eine Art von stillschweigendem „Gnadenakt".

Die Gerichtsakten enthalten weder eine detaillierte Anklageschrift noch eine ausführliche Urteilsbegründung. Es wird höchst einsilbig mitgeteilt, dass die Artikelserie in *Arbejderen* eine Aufforderung zum Aufruhr beinhalte und damit §85 des dänischen Strafgesetzes vom Februar 1866 verletzte. Der genannte Paragraph firmierte unter dem Oberbegriff „Verbrechen gegen die Staatverfassung"[3] und sah drakonische Strafen, u.a. die Todesstrafe, für Verbrechen vor, die gegen den Staat und seine Verfassung, die Monarchie als Institution, den Monarchen u. ä. gerichtet waren. Die Teilnahme an „Aufruhr" wurde mit mindestens drei Jahren „Strafarbeit" geahndet. Dies bestätigte, dass, wie Nic. L. Petersen Engels mitteilte, das Königreich Dänemark des ausgehenden 19. Jahrhunderts kein freiheitliches Land war, wozu er den angesehenen Literaturwissenschaftler Georg Brandes zitierte:

> *Doktor Georg Brandes, den Sie ohne Zweifel kennen, hielt vor einiger* Zeit *einen Vortrag und erklärte, dass abgesehen von der Türkei und Russland Dänemark das am meisten unfreie Land in Europa wäre*[4].

Nic. L. Petersen wurde allerdings nach dem strafmildernen „Stück 2" zu §85 des Strafgesetzbuches abgeurteilt[5], da seine „Tat", wie die liberale Tageszeitung *Politiken* spöttisch bemerkte, weder die „Staatverfassung noch die Thronfolge" gefährdet hatte und er ausserdem nicht über das „Versuchsstadium" hinausgekommen sei[6]. Tatsächlich fällt es beim Lesen der Artikelserie schwer, etwas zu finden, das – in den Augen des zugegebenermassen postumen Betrachters, aber auch durch den Filter der gesunden Vernunft – gegen die „Staatsverfassung" verstiess oder gar ein Verbrechen gegen sie darstellte. Die Durchsicht der vier recht harmlosen Artikel ergibt, dass es hier weniger darum ging, Recht zu sprechen als ein Exempel zu statuieren. Der Begriff „Klassenjustiz" mag zwar antiquiert klingen, ist hier aber durchaus am Platze.

Zu der inkriminierten Artikelserie: Nic. L. Petersen hatte in dem ersten Artikel mitgeteilt, „in letzter Zeit (würde) seitens verschiedener Sozialisten" behauptet, auf Grund der krisenhaften Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft stünde eine „Revolution … vor der Tür", und die bürgerliche Gesellschaft sei in ihrer Existenz bedroht[7]. Ohne dies weiter zu diskutieren,

1 Københavns Kriminal- og Politiret, Justitskontoret, 1876-1904: Protokol over sager appelleret til Højsteret; Rigsarkiv.

2 Vergl. Arbejderen vom 06. und 11.12.1892.

3 Das Gesetz ist wiedergegeben in Arbejderen, 13.12.1891.

4 Dokument 27.

5 Arbejderen, 03.04.1892.

6 Ebd.

7 Arbejderen, 18.10.1891.

schloss er sich dieser Behauptung an und begründete die heraufziehende Krise mit den „beständig steigenden Belastungen", die der Bevölkerung zur „Aufrechterhaltung des Militarismus und der Regierungsadministration" zugemutet würden, sowie allgemein mit „der … Herrschaft des Kapitals und ihre(r) Schädlichkeit für das Wohl der Gesellschaft"[1]. Die Frage sei nun, wie die Sozialisten sich verhalten sollten, wenn eine Revolution „eintreffe" und man vermeiden wolle, dass diese ende wie „in den letzten Arbeiterrevolutionen", nämlich „mit einem Blutbad unter den Arbeitern"[2]. Schuld sei gewesen, dass die Arbeiter 1848 und zuletzt 1870 es versäumt hätten, „die öffentlichen Machtmittel und das private Eigentumsrecht" sofort in Besitz zu nehmen. Sie hätten diese Machmittel in den Händen der Bourgeoisie belassen. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen, oder, kann hier hinzugefügt werden, an Hand des „Beispiels" der Kommune, sei es notwendig, die Arbeiterklasse für eine kommende Revolution vorzubereiten:

> *Die Frage, die es zu diskutieren gilt, ist deshalb: wie muss die Arbeiterklasse, wie müssen die Sozialisten sich stellen in dem Fall, dass der Augenblick eintrifft, in dem die Bourgeoisie den Kopf verliert über den Ergebnissen ihres eigenen Tuns, wenn Arbeitslosigkeit und Not, stillstehende Geschäfte (und) Unordnung sich überall geltend machen*[3]*?*

Nic. L. Petersen meinte, dass die bisherigen bürgerlichen Revolutionen den Arbeitern gezeigt hätten, nach welchem Muster sie künftig zu verfahren hätten – die revolutionären Bürger hätten dafür gesorgt, „sich die öffentlichen Machtmittel zu sichern, um damit die Stützen der alten Gesellschaft in Schach zu halten"[4]. Insgesamt gelte es zu beherzigen, dass, so lange die Arbeiter

> *… Polizei, Gerichte, Regierung und Militär bestehen lassen wie bisher … von einer erfolgreichen Revolution keine Rede sein (kann). Die Funktion dieser Institutionen als Werkzeug bürgerlicher Interessen zu beenden, und sie zum Werkzeug für die Revolution zu machen dadurch, dass das bewaffnete Volk … die Leitung dieser Institutionen in seine Hand nimmt, dies ist eine erste und notwendige Bedingung für den Sieg der Revolution*[5].

Einmal im Besitze dieser „öffentlichen Machtmittel", sei es

> *die Aufgabe des revolutionären Proletariats … das kapitalistische Eigentum aufzuheben, die Revolution zum Siege zu führen und auf diese Weise den Weg zu bahnen für eine neue und bessere Gesellschaft*[6].

Diese Zeilen waren weit entfernt von einer Aufforderung zum Aufruhr, wie es ihrem Verfasser nichtsdestotrotz vorgeworfen wurde. Laut Nic. L. Petersen machte die Geschichte

1 Ebd.
2 Ebd., 25.10.1891.
3 Ebd., 18.10.1891.
4 Ebd., 08.11.1891.
5 Ebd., 25.10.1889.
6 Ebd., 06.12.1891.

bzw. die Krise der bürgerlichen Gesellschaft die Revolution; die Aufgabe der Arbeiterklasse war es, sie in die richtige Bahn zu lenken. Um dieses näher zu begründen schrieb Nic. L. Petersen noch vor der Urteilsverkündigung, nämlich am 21. Januar 1892, zu seiner Verteidigung eine dreiseitige Stellungnahme, betitelt „Persönliche Einlassung" („Personligt Indlæg"), die der Gerichtsakte beigelegt ist, für den Ausgang des Verfahrens jedoch keine Bedeutung hatte, denn sie wurde in den Akten nicht erwähnt und wahrscheinlich nicht einmal gelesen[1]. In dieser Stellungnahme verwahrte er sich gegen die Anklage, zum Aufruhr aufgefordert zu haben; es sei ihm um eine „theoretische Darstellung" der Vorgehensweise gegangen, derer sich die Arbeiterklasse befleissigen müsse, „wenn die augenblicklichen Verhältnisse unhaltbar" würden und „eine Revolution eintreffe." Die Anklage, so liess er durchblicken, könne daher nur damit begründet sein, dass man ihm die von ihm beschriebene „Tendenz" zu gesellschaftlichen Veränderungen, die seinen Erkenntnissen nach „Bestrebungen zum Zustandekommen anderer Zustände als die jetzigen" waren, die sich also „im Streit mit den bestehenden" Gesellschaftsverhältnissen befänden, zur Last legen wolle. Hier wird noch einmal deutlich, dass Nic. L. Petersens Artikelserie tatsächlich keine Aufforderung zur Revolution enthielt, sondern – in Übereinstimmung mit dem Marxismus der II. Internationale - dass er diese als eine Art sich aus der gesellschaftlichen, d.h. politisch-ökonomischen Entwicklung ergebendes „Naturereignis" betrachtete, auf das es sich vorzubereiten galt. Überzeugt von der Richtigkeit seiner Anschauungen meinte er, ihm ginge es nicht anders als anderen, deren „Anschauungen von denen der Herrschenden abwichen und die deswegen verurteilt wurden", nämlich keine geringeren als: Sokrates, Jesus von Nazareth, Giordano Bruno und Jan Hus. Es fehlte ihm, wie man sieht, weder an Selbst- noch an Sendungsbewusstsein.

Es bleibt nachzutragen, dass die RSAP Nic. L. Petersen nach seiner Haftentlassung mit einer Feier in einem Lokal würdigen wollte, die jedoch von der Polizei mit der Begründung, das Lokal sei öffentlich[2], untersagt wurde. In den Augen der Behörden war Nic. L. Petersen anscheinend eine gefährliche Person.

8.3 Im Fahrwasser der deutschen Parteiopposition und des VUS

Während Nic. L. Petersens Gefängnisaufenthalt brach die RSAP zwar nicht zusammen, aber – zu diesem Zeitpunkt ohnehin schon geschwächt und zumindest in nationalem Zusammenhang ohne Bedeutung – sie verschwand nach und nach von der Bildfläche. Ein gutes Beispiel dafür ist die schwache und fast schon „Nicht-Rolle", die die Partei auf dem Skandinavischen Arbeiterkongress von 1892 spielte, an dem Nic. L. Petersen wie erwähnt nicht teilnehmen konnte. Ähnlich erging es *Arbejderen*, der während Nic. L. Petersens

1 Die Stellungnahme ist auch abgedruckt in Arbejderen, 04.12.1892.

2 Ebd., 18.12.1892. Dort auch Nic. L. Petersens Dank für die Unterstützung seiner Familie während seines Gefängnisaufenthaltes. – Anlässlich der Freisetzung Nic. L. Petersens grüsste auch eine „Kommunistisch anarchistische Gruppe in Christinia", von der ansonsten nichts weiter bekannt ist. Ebd., 16.12.1893.

Abwesenheit dahinsiechte und seine Abonnenten verlor. Die letzte Nummer erschien im April 1893. Wie Nic. L. Petersen Engels am 3. Juli 1893 mitteilte:

> *Unser Blatt „Arbejderen" ist, wie Sie vielleicht wissen, während meines Gefängnisaufenthaltes eingegangen. Einige Personen, die nur „der Sozialist" aus Berlin zitierten, redigierten es und haben dabei die Abonnenten vergrault und unserer Sache geschadet. Allerdings plane ich sobald ich auf irgendeine Weise etwas Geld beschaffen kann, es neu herauszugeben und Sie werden es natürlich zugeschickt bekommen*[1].

Hier war der Wunsch der Vater des Gedankens, denn es gelang nicht, *Arbejderen* neu aufzulegen. Allerdings kann davon ausgegangen werden, dass der unermüdliche Nic. L. Petersen alles versuchte, um das Blatt wieder auf die Beine zu bekommen. *Arbejderen* war seit seiner Sistierung von Nielsen Kolding herausgegeben worden, unter dem es, wie Nic. L. Petersen Engels gegenüber bemerkte, in das Fahrwasser der Publikation des „Vereins Unabhängiger Sozialisten" (VUS), *Der Sozialist*, geraten war. Dies geschah nicht direkt, sondern sozusagen auf dem „Umweg" der Vermittlung durch die DLG, die ihrerseits zuerst in den Sog der „Literaten- und Studentenrevolte" der Jungen und dann unter den Einfluss des VUS geriet[2]. Hier wird noch einmal der grosse Einfluss der DLG auf *Arbejderen* und damit auf die RSAP deutlich und letztendlich die Abhängigkeit der RSAP von der DLG, vor allem nach der Inhaftierung von Nic. L. Petersen. Trier verblieb beim Abgleiten von *Arbejderen* und der RSAP in den Einflussbereich des VUS merkwürdig unsichtbar, bzw. es ist nichts darüber bekannt, dass er versuchte, dies zu verhindern, wie zu erwarten gewesen wäre.

Das Einschwenken von *Arbejderen* auf die Linie von *Der Sozialist* und damit auf die des VUS stellte sich wie folgt dar: im Laufe des Jahres 1892 wurde *Der Sozialist* häufig in *Arbejderen* zitiert und wurde die SPD, insbesondere ihre Führer, ganz im Stile von *Der Sozialist*, in steigendem Masse abwertend beurteilt. Gleichzeitig damit berichtete *Der Sozialist* regelmässig und wohlinformiert über dänische Verhältnisse, wobei ihm zugutekam, dass, wie schliesslich bestätigt werden konnte, einer oder mehrere Kopenhagener DLG-Mitglieder als Korrespondenten für das Blatt der deutschen Opposition wirkten. Hierzu werden im Folgenden einige Beispiele angeführt, erst aus *Arbejderen* und dann aus *Der Sozialist*.

1 Dokument 30.

2 Dies bestätigte Rudolf Rocker, der zu berichten wusste, dass der VUS Anhänger in Kopenhagen hatte. Ders., Die Jugend eines Rebellen, Manuskript Maschine, IISG, Nachlass Rocker, Bde 1-3, Bd 1, 2. Teil, S. 365.

A: Beispiele aus *Arbejderen*

Datum	Artikelüberschrift in deutscher Übersetzung	Inhaltliches
06.03.1892	Eine Handvoll Schreihälse	Erste positive Beurteilung des VUS in *Arbejderen*.
22.05.1892	Die Führer im Ausland beurteilt	Wiedergabe (in dänischer Sprache) eines negativen Artikels über die Führer der dänischen Sozialdemokratie in *Der Sozialist*.
14.08.1892	Das Ausland. Aus Deutschland	Langer Artikel mit negativer Beurteilung der deutschen Parteiführung: Die „Bebel-Liebknecht-Clique" habe das „proletarische Gewissen verloren". Unterschrieben mit „Germanus".
09.10.1892	Die Sozialdemokraten in Deutschland	Negative Beurteilung der hervorragenden Wahlergebnisse der SPD – diese seien „der Sieg der Kleinbürgerlichkeit auf Kosten der sozialistischen Prinzipien".
23.10.1892	Der Kongress in Marseilles	Über den Marseiller Kongress des POF: Das neue Parteiprogramm enthalte „überraschenderweise ein Minimalprogramm für Landarbeiter, wie wir es mit seinen kleinbürgerlichen Bestimmungen, kommunalen Boden an Landarbeiter zu verpachten usw. auch hier bei uns kennen".
01.01.1893	Der Sozialist	Die Kopenhagener Abonnenten werden zu einer Versammlung bestellt.
08.01.1893	Der Kongress der deutschen Sozialdemokratie in Berlin	Über den Berliner Kongress der SPD: Erneute negative Beschreibung vor allem der SPD Führung: „Die deutsche Sozialdemokratie hat ihren revolutionären Standpunkt verlassen".
29.01.1893	Sollen wir an Kongressen teilnehmen?	Bekenntnis zum Kampf gegen den bürgerlichen, aber auch den „Arbeiterparlamentarismus". Deshalb wolle man nicht an den internationalen Arbeiterkongressen teilnehmen.
5.2. und 12.2.1893	Konsumption und Revolution	Übersetzung der deutschen Version eines Kropotkin Artikels nach *Der Sozialist*.

B: Beispiele aus *Der Sozialist*[1]

Datum	Artikelüberschrift	Inhaltliches
08.05.1892	Das Fahrwasser der dänischen Sozialdemokratie	Negatives über die politischen Verhältnisse in Dänemark, besonders die Sozialdemokratie: „So ist die dänische Sozialdemokratie ebenfalls zu einer puren Reformpartei geworden – von den Endzielen des Proletariats hört man nichts mehr". Die Partei wolle „den Staat zum Sozialreformer machen". Über das Landarbeiterprogramm: „Das Widerlichste ist die Art, wie man die kleinbürgerlichen Stimmen zu fangen sucht." Den vom Kapitalismus zum Untergang bestimmten Schichten, darunter die Bauern, sagt man: „Ihr werdet von den Kapitalisten ruiniert und wir Sozialdemokraten werden Euch helfen".
12.06.1892	Sozialdemokratie und Parlamentarismus in Dänemark	„Zweck der Landagitation ist es, die ländliche Bevölkerung über ihre Situation im Allgemeinen aufzuklären und mit den sozialistischen Bestrebungen vertraut zu machen", nicht aber, sie durch Reformversprechen zu ködern.
27.08.1892	Briefkasten der Redaktion. „Dreikronen, Kopenhagen."	„Wollen Sie nicht den Artikel ‚Die Taktikfrage' von *Arbejderen* übersetzen"? Der Artikel könne auch „für unser Blatt von Werth" sein".
17.09.1892	Unsere Parteipresse. Kopenhagen 4. September 1892	Bericht über *Arbejderen*.
01.10.1892	Dänische Briefe, Kopenhagen, 10. September	Der Korrespondent von *Der Sozialist* in Kopenhagen meint, es sei nötig, dass die oppositionellen Sozialisten aller Länder zusammenarbeiten, da es sich gezeigt habe, dass die Opposition auf den Kongressen von Paris (1889) und Brüssel (1891) sowie kürzlich (1892) auf dem Skandinavischen Arbeiterkongress „untergegangen" sei. Die Berliner Redaktion stimmt zu.
08.07.1893	Aus Kopenhagen	„Im Auftrage mehrerer Kopenhagener Genossen" (der DLG) wird ein Bekenntnis zum VUS abgegeben.

1 Der Sozialist. Organ der unabhängigen Sozialisten, Zweiter Jahrg. (1892), Dritter Jahrg. (1893).

Die Beispiele machen deutlich, dass *Arbejderen* und die RSAP ab Mitte 1892 auf die Linie des VUS bzw. seiner Publikation gerieten und nach und nach, zumindest *Arbejderen* nach zu urteilen, quasi-anarchistische oder zumindest anarchistisch angehauchte Positionen vertraten. Dass Vehikel für das in den Zitaten deutlich werdende Abgleiten von *Arbejderen* und der RSAP in VUS-Fahrwasser war die DLG, die auch *Der Sozialist* vertrieb[1]. Aus welchen Gründen und auf welche Weise die DLG, wenigstens, wie sie sich in *Arbejderen* darstellte, zu einer Art „Kopenhagener VUS" mutierte, bleibt im Dunkeln. Fest steht allerdings, dass weder Trier noch der inzwischen inhaftierte Nic. L. Petersen anarchistische Tendenzen entwickelten, wie vermutet worden ist[2].

Gleichzeitig damit berichtete *Arbejderen* immer häufiger von den finanziellen Bedrängnissen, in die das Blatt geraten war[3]. Am 20.03.1892 hiess es dann unverblümt am gleichen Ort: „Wir brauchen Geld". Schon früher war es gelegentlich notwendig gewesen, das Blatt durch „freiwillige Beiträge" zu stützen[4].

Ein abschliessendes Wort zur DLG. Es konnten keine Quellen gefunden werden, die ihr offizielles „Eingehen" bekunden. Allerdings teilte der schon erwähnte Bolz Motteler am 20. Februar 1891 aus Kopenhagen mit, „mit der Aufhebung des Schandgesetzes, reisten unsere besten Genossen von hier ab", die übriggebliebenen hätten einen „Jacobs Club" gegründet, der den „Schriften Vertrieb" übernommen habe[5]. Es war wohl dieser Jacobs Club (der sich vielleicht als „Jakobiner Club" verstand und an anderer Stelle auch „wahrer Jakobsklub" genannt wird[6]), der in der letzten Nummer von *Arbejderen*, d.h. der einzigen Nummer des Monatsblattes, die im April 1893 erschien, ein letztes Lebenszeichen von der DLG gab, nämlich eine Annonce, der zufolge die DLG „Deutsche social. Litterattur!" verkaufte, und zwar 33% „unter gewöhnlichen Preisen". In dieser Anzeige dürfte sich die Auflösung der Bibliothek der DLG sowie deren Ende ankündigen.

8.4 Letzte Initiativen

Die letzten Initiativen der RSAP spielten sich im Februar und März 1893 ab, also kurz vor dem Ende der Partei. Eigentlich waren es weniger Initiativen als letzte Störfeuer. Nic. L. Petersen hat an ihnen nicht teilgenommen, zumindest taucht sein Name in den Berichten

1 Siehe die Annonce in Arbejderen vom 01.01.1893, überschrieben «Der Sozialist».

2 Nämlich von C. Bryld, a.a.O., S. 98. Zumindest meint er, Nic. L. Petersen und Trier hätten sich „nicht besonders energisch den anarchistischen Tendenzen entgegengesetzt" (wobei nicht klar wird, wo diese Tendenzen zum Vorschein kamen). Den Beweis dafür sieht Bryld. a.a.O., S. 106, im Falle Nic. L. Petersens in den Briefen, die in Teil 3 als Dokumente 26-28 und 30 wiedergegeben werden. Brylds Vermutung kann beim besten Willen nicht nachvollzogen werden, siehe dazu die eingangs dieses Kapitels zitierte Passage aus Dokument 30. Im Falle Triers findet Bryld den Beweis für seine Vermutung in einer Artikelserie im Monatsblatt Tilskueren, Jahrg. 1894, S. 307-327, 397-412, 493-504,608-628. Laut Bryld, ebd., schilderte Trier in der mit „Anarkismen" (Der Anarchismus) betitelten Artikelserie den Anarchismus „recht einvernämlich", was ihm offenbar genügt, Trier anarchistische Tendenzen zu unterstellen. Dem ist entgegenzuhalten, dass die hervorragend recherchierte und auch heute noch lesenswerte Artikelserie weniger den Eindruck anarchistischer Sympathien vermittelt als das Bemühen des Verfassers um eine objektive Darstellung in einem dem „gebildeten" Publikum zugewandten Periodikum, zu Papier gebracht „sine ira et studio", bevor ihr Verfasser sich auf der letzten Seite deutlich vom Anarchismus distanziert.

3 Vergl. z.B. Arbejderen, 27.09.1891 und vom 19.06.1892. Siehe z.B. ebd., 9.11.1891.

4 Ebd., 9.11.1891.

5 Nachlass Motteler, Rep. 358/9.

6 Arbejderen, 12.07.1891.

über die Initiativen nicht auf. Dies könnte damit zusammenhängen, dass er nach seinem fast einjährigen Gefängnisaufenthalt nicht willens war, erneut aufzufallen; tatsächlich scheint er von nun an öffentliche Auftritte vermieden zu haben.

Für den 9. Februar kündigte die RSAP eine „grosse öffentliche Versammlung" in einem Kopenhagener Vorstadtlokal an, mit dem Thema: „Die Arbeitslosigkeit und was die Arbeitslosen tun müssen"[1]. Das zur Debatte stehende Thema war besonders in den Wintermonaten aktuell, wenn wegen der Kälte die meisten Bauarbeiten und andere im Freien stattfindende Tätigkeiten ruhen mussten. Als Redner standen Mitglieder der "alten Garde" der Revolutionären auf dem Programm, nämlich „P. Christensen, Nielsen Kolding, Trier u.a.", nicht aber – bezeichnenderweise oder auch nicht – Nic. L. Petersen; eingeladen waren „alle Arbeitslosen, alle Notleidenden", die aufgerufen wurden, gegen das „Gesellschaftssystem, welches Notlagen wie die augenblicklich herrschenden" heraufbeschwöre, zu protestieren, und „um den Betroffenen die Gelegenheit zu geben, das, was zu tun ist", zu diskutieren[2]. Was bei dieser Aktion herauskam, war allerdings nicht viel: einem Vorschlag Nielsen Koldings folgend, wurde ein Komitee ins Leben gerufen, welches zur Aufgabe hatte, die „Arbeitslosen zu organisieren". Um dieses zu ermöglichen, sollte „die offizielle Sozialdemokratie" ersucht werden, im Parteihauptquartier Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, in denen die Arbeitslosen sich versammeln konnten[3]. Es war von vornherein klar, dass diesem Ersuchen nicht nachgegangen würde – die Sozialdemokratie tat, um es salopp auszudrücken, „den Teufel", d.h. nichts, und die Initiative, die möglicherweise auch nur eine Provokation war, verlief im Sande.

Kurz darauf, möglicherweise von den Revolutionären dazu inspiriert, luden der Sozialdemokratische Bund und die Leitung der Gewerkschaft der ungelernten Arbeiter die Arbeitslosen in ihren Reihen zu einer öffentlich ausgetragenen Diskussion im Parteihauptquartier ein. Wenn man *Arbejderen* Glauben schenken darf, endete diese an einem Abend stattfindende Versammlung in einem Tumult: als den Vertretern der Revolutionären unter dem Vorwand, sie seien keine Arbeiter, das Wort entzogen werden sollte, kam es zum Eklat. Michael Christian Lyngsie, seit 1892 Vorsitzender der Kopenhagener ungelernten Arbeiter und Wortführer der Veranstaltung, wurde ausfallend, so, „als seien die Arbeitslosen eine Herde von Schuljungen". Als die Versammlung sich damit nicht abfinden wollten, „stellte man das Gas ab", d.h. wurde das Licht ausgemacht, und damit war die Veranstaltung beendet[4].

Dieses war das letzte öffentliche Auftreten der Revolutionären.

1 05.02.1893.
2 Ebd.
3 Ebd., 19.03.1893.
4 Ebd, 12.03.1893.

8.5 Zusammenfassendes zum Ende der RSAP

Wie schon andernorts angeführt, handelt es sich beim Verschwinden der RSAP weniger um einen Zusammenbruch als um den Prozess eines langsamen „Von-der-Bildfläche-Verschwindens", dessen Schlusspunkt die letzte Ausgabe von *Arbejderen* bezeichnete, der aber schon früher, nämlich spätestens mit der Inhaftierung von Nic. L. Petersen, begonnen hatte. Insgesamt schälen sich acht Punkte heraus, die sowohl jeder für sich als auch im Verein, ursächlich am Scheitern der RSAP beteiligt waren. Von den acht Punkten waren die ersten drei „unmittelbarer", die folgenden fünf „mittelbarer" oder auch „struktureller" Natur.

1. Die Partei war zahlenmässig unbedeutend, zu ihren Glanzzeiten brachte sie es auf gerade einmal 300, vielleicht 400 Mitglieder, wohingegen die Sozialdemokratie zum gleichen Zeitpunkt schon mehr als 10.000 Mitglieder stark war. Hier wird deutlich, dass der Parteiausschluss der Sieben keine „Parteispaltung" verursacht hatte, sondern nur die „Abspaltung" einer winzigen Fraktion, oder, wenn man so will, „Splittergruppe". Auch fand die von Trier erwartete Gärung in der Partei nicht statt[1], die Sozialdemokratie verblieb, wenn man so will, „unbeschadet".

2. Von den 300-400 Mitgliedern der RSAP machte den Grossteil, zeitweilig bis zu 200, 1892 immer noch 135, die DLG aus. Andere Mitglieder waren im Schwedischen Lese und Diskussionsverein beheimatet. Damit war die RSAP eine Partei, deren Mitglieder in der Hauptsache Auslandsorganisationen angehörten, was sich spätestens dann negativ auswirkte, als die eine dieser Auslandsorganisationen, nämlich die DLG, in das Fahrwasser des VUS geriet und *Arbejderen* mit ihr. Damit rutschte die RSAP bzw. das was von ihr zu diesem Zeitpunkt noch übrig war mitsamt *Arbejderen* in die Bedeutungslosigkeit ab. Die Partei verschwand, *Arbejderen*, inzwischen eine langweilige Minderheitenpostille, musste aufgegeben werden[2].

3. Die Partei schaffte es nicht, in der Gewerkschaftsbewegung Fuss zu fassen. Nur unter den am schlechtesten gestellten, am meisten ausgebeuteten und ärmsten Arbeitern und Arbeiterinnen hatte die RSAP Anhänger, was aber insofern bedeutungslos blieb, als diese kein Potential für eine Alternative zur existierenden Gewerkschaftsbewegung darstellten.

Punkte 1 bis 3 zeigen, dass die RSAP über den Standpunkt einer politischen Kleinstgruppierung nicht hinauskam. Es kam hinzu:

4. Die RSAP war in so hohem Masse abhängig von ihren führenden Persönlichkeiten und Gründern Nic. L. Petersen und Gerson Trier, dass sie den Verlust von nur einer dieser Persönlichkeiten, nämlich Nic. L. Petersens, nicht verkraften konnte. Ihr Abrutschen in

1 Vergl. Dokument 16.

2 Zur Langweiligkeit von Arbejderen nach Nic. L. Petersens Sistierung: 1. Die Masse der Beiträge war ellenlang und theoretisierend, 2. das Feuilleton wurde eingestellt, 3. und die unter Nic. L. Petersen und Trier insgesamt interessant präsentierten Nachrichten über die sozialistischen Organisationen des Auslandes fielen unter der Regie Nielsen Koldings weg, wohl, weil die Quellen, d.h. die guten Verbindungen vor allem Nic. L. Petersens, nicht mehr verfügbar waren.

die Bedeutungslosigkeit begann mit der Inhaftierung von Nic. L. Petersen; *Arbejderen* ging es nicht besser.

5. Das im Gegensatz zum Parteiprogramm der Sozialdemokratie marxistische Programm der Revolutionären war rudimentär, es enthielt keine brauchbare Analyse der Situation der Arbeiter in Dänemark, keine Antworten auf die speziellen Probleme eines entwickelten Agrarlandes und kein „Minimal-Programm" für die arbeitende Bevölkerung und war daher, um es einmal apodiktisch auszudrücken, letztendlich „uninteressant" für die Arbeiter- und Handwerkerbevölkerung Dänemarks.

6. Die politisch-theoretische Grundlage der Revolutionären war dogmatisch. Dies kam insbesondere in der völligen Abweisung nicht nur des dänischen, sondern jeglichen Landarbeiterprogrammes zum Ausdruck, und – insbesondere – auch in der Verdammung jeglichen Bündnisses mit anderen Parteien, von deren Richtigkeit Gerson Trier noch in späten Jahren – 1913 und 1915 – überzeugt war[1], die Engels jedoch, wie in Kapitel 5.2.4 beschrieben, zu Recht relativiert wissen wollte.

7. Die Organisationstrukturen der RSAP waren lose und „superdemokratisch" und ungeeignet, der Partei eine feste Struktur zu verleihen; eine Parteispitze gab es nur dem Namen nach. Insgesamt glichen die Organisationsstrukturen weniger einer Partei als einem Debattierklub.

8. Und schliesslich: wie *Arbejderen* schon im September 1891 feststellen konnte, war die Macht der „offiziellen dänischen Sozialdemokratie" unüberwindbar[2]. Die Revolutionären, bzw. die RSAP und ihr Organ, wurden vom ersten Tag ihrer Existenz an boykottiert und in ihrer Arbeit auf häufig unfaire Art und Weise behindert und kleingehalten. In P. Knudsen hatten sie einen unversöhnlichen Gegner.

Bis auf eine Ausnahme unternahmen nach dem Verschwinden der RSAP weder Nic. L. Petersen oder Trier noch andere Personen aus ihrem und dem ideologischen Umfeld der RSAP Versuche zur Wiederbelebung oder gar Neugründung einer linken Opposition zur Sozialdemokratie. Die Ausnahme war ein im Januar 1897 auftauchendes „Sozialistisches Flugblatt", für das ein Klub „Arbejderen" verantwortlich zeichnete[3]. Das kleinformatige vierseitige Flugblatt enthielt nur einen Artikel, „Der Sozialismus" („Socialismen"), der in Inhalt und Stil sehr an die Artikel Nic. L. Petersens in *Arbejderen* erinnerte. Abgesehen von diesem Artikel enthielt das Flugblatt die folgende kurze Anzeige: „Der sozialistische Klub ‚Arbejderen' hält Versammlungen ab mit Vorträgen und Diskussion jeden Samstagabend ab 8½ in Rømersgade (d.i. -strasse) 15, Keller." Möglicherweise war dies ein Versuch zur Wiederbelebung der RSAP und/ oder von *Arbejderen*. Nic. L. Petersen wäre dies zuzutrauen gewesen[4], hatte er Engels doch versprochen, sobald er die Mittel dazu fand, Arbejderen neu

1 Siehe Dokumente 37 und 38, in denen Trier sein Nein zur Bündnispolitik nachdrücklich, wenn auch beiläufig, erwähnt.
2 27.09.1891.
3 Socialistisk Flyveblad. Udgivet af Klubben „Arbejderen", Nr 1, Januar 1897.
4 Auch C. H. Petersen, a.a.O., S. 60 ff., schreibt dieses Flugblatt Nic. L. Petersen zu.

herauszugeben[1]. Dieser Versuch trug allerdings keine Früchte. Es ist an dieser Stelle ausserdem wichtig, festzustellen, dass keine Informationen darüber vorliegen, was aus den verschiedenen Organisationen der RSAP wurde. Lösten sie sich auf – formell oder formlos, d.h., „ging niemand mehr hin?" Machten ihre Mitglieder einen Neubeginn in der Sozialdemokratie? Alles ist denkbar, doch nichts ist überliefert.

Als Kuriosum ist nachzutragen, dass die RSAP am Samstag vor Ostern des Jahres 1893 ein grosses Fest abhielt, dessen Programm in *Arbejderen* vom 09. März angekündigt wurde: es gab einen „Festmarsch", der der Partei gewidmet war; ein Bariton- und ein Sopransolo; mehrere Orchestereinlagen sowie das übliche Gedicht Bildsøs. Danach sollte alles mit einem „Ball bis 4 Uhr". abgeschlossen werden. Hier deutete nichts auf das baldige Verschwinden der Partei hin – oder war es ein Abschiedsfest?

Abschliessend lässt sich feststellen, dass der Versuch einer linken, „revolutionären" und marxistischen Alternative zur „reformsuchenden", d.h. reformistischen, „possibilistischen" Sozialdemokratie gescheitert war – dies trotz der, wenn auch vorsichtigen, so doch zumindest zeitweilig aktiven Unterstützung der internationalen, vor allem deutschen Sozialdemokratie sowie der von Friedrich Engels. Dies hiess aber auch, dass die dänische Sozialdemokratie ihren Weg unbeirrt weiterging: unter den Argusaugen des Parteihäuptlings P. Knudsen, gestützt auf die Gewerkschaften und ideologisch bestätigt durch eine „durchschnittssozialistische" Ideologie hielt sie an der bewährten Praxis der Bündnispolitik fest, dabei, wie in der folgenden Tabelle verdeutlicht, mehr und mehr Sitze im Folketing, der „Volkskammer" des Parlaments gewinnend (die Gesamtzahl der Sitze war bis 1895: 101, danach 114)[2].

Sozialdemokraten im Folketing[3]

Jahr	1884	1887	1890	1892	1895	1898	1903	1906
Mandate	2	1	3	2	8	12	16	7

Jahr	1909	1910	1913	1918
Mandate	24	24	32	39

Die Wahlergebnisse waren eine Bestätigung des Erfolges des reformistischen Kurses der Partei, insbesondere derjenigen ihrer Positionen, die die Revolutionären angegriffen hatten, nämlich der Bündnis- und der Landarbeiterpolitik. Die Bündnispolitik, d.h. das Festhalten am Bündnis mit Venstre, ab 1905 mit der sozialliberalen „Det Radikale Venstre" („Die

1 Vergl. Dokument 30.

2 Vergl. Socialdemokraterne in: Wikipedia.

3 Die Zahlen nach ebd. Die Zahlen werden hier bis 2015 fortgeschrieben.

Radikale Linke", umgangssprachlich „Die Radikalen")[1], die sich von Venstre abgespalten hatte, trug entscheidend dazu bei, dass die Sozialdemokratie kontinuierlich in die Rolle einer die Regierung mittragenden und letztendlich „staatstragenden" Partei hineinwachsen konnte, wobei ihr die insgesamt erfolgreiche Landarbeiterpolitik einen stetig grösser werdenden Zugriff zum Wählerpotential der Landarbeiter und Häusler gewährte[2].

1 Zur radikalen Partei vergl. Lahme, Dänemark, S. 56 f.

2 Ders., Sozialdemokratie und Landarbeiter, S. 318 ff., und passim.

9. Nic. L. Petersen und Gerson Trier als Pioniere der Arbeiterbildung

Das Ende der RSAP war nicht gleichbedeutend mit dem Ende des politischen Wirkens Gerson Triers und Nic. L. Petersens, wohl aber mit der Verschiebung ihrer Betätigungsfelder. Anders ausgedrückt: ihr Ziel, nämlich die Korrektur des politischen Kurses der dänischen Arbeiterbewegung, änderte sich nicht, wohl aber die Mittel, derer sie sich bedienten. Hierzu gehörte die Arbeiterbildung, ihr wohl wichtigstes Betätigungsfeld nach dem Niedergang der RSAP, welches sie allerdings schon vor der Gründung ihrer Partei abgesteckt hatten. Trier und Nic. L. Petersen wirkten sowohl als Organisatoren und Initiatoren von Arbeiterbildungsinstitutionen und Massnahmen zur Arbeiterbildung, als auch als deren Dozenten, als nimmermüde Referenten und als Verfasser von Artikeln und Broschüren. Abgesehen davon liessen beide, insbesondere Nic. L. Petersen, niemals nach in ihren Bemühungen, die Lehren von Marx und Engels einem vorwiegend dänisch-sprachigen Publikum nahezubringen zu versuchen. Es kann davon ausgegangen werden, dass sie dies taten mit dem Fernziel der Vereinigung der Lehren von Marx und Engels mit der Arbeiterbewegung vor Augen. Es muss hier notwendigerweise eingeschoben werden, dass sich die Arbeiterbildungsbestrebungen dänischer Sozialisten nicht auf Trier und Nic. L. Petersen und auch nicht auf Schulungen und Vorträge beschränkten; ein weiterer wichtiger Aspekt war die Herausgabe sozialistischer Literatur, insbesondere der Werke von Marx und Engels, bei der die Bestrebungen Triers und Nic. L. Petersens Hand in Hand gingen mit den Bemühungen der Sozialdemokratie. Dies soll, wie schon angekündigt, weiter unten, als Exkurs 2, und in vorwiegend tabellarischer Form zusammengefasst werden.

Im Folgenden sollen zuerst die Arbeiterbildungsbestrebungen, genauer: Bestrebungen Triers und Nic. L. Petersens zur Schulung und Unterweisung von Arbeitern geschildert werden. Danach geht es um ihren Wiedereintritt in die Sozialdemokratie, um ihre Tätigkeiten innerhalb der Partei und um ihre weiteren Schicksale.

9.1 Erste Initiativen

Noch vor ihrem Parteiausschluss und der anschliessenden Gründung der RSAP waren Trier und Nic. L. Petersen und einige ihrer Parteigänger auf dem Gebiet der Arbeiterbildung tätig geworden. Im Laufe der 1890er Jahre gelang es ihnen, dieses Gebiet gleichsam zu ihrem „ureigenen" zu machen. Hinzu kam im Falle Triers, dass seine Lehr- und Bildungstätigkeit nicht bei der *Arbeiter*bildung stehenblieb, sondern im Laufe der Jahre auch auf das umfassendere Gebiet der *Erwachsenen*bildung ausgedehnt wurde.

Am 16. Januar 1889 berichtete *Social-Demokraten* von einer ersten Initiative „der Herren Kr. Gade, Nicolaj Petersen und Gerson Trier", die darin bestand, natürlich unter der Voraussetzung, „dass sich eine genügende Anzahl von Schülern meldet", einen „Kursus für Arbeiter" abzuhalten, und zwar „für Anfänger und Fortgeschrittene". Folgende Fächer sollten angeboten werden: „Sprachen (Dänisch, Englisch, Deutsch, Französisch)" und „naturwissenschaftliche Fächer (Physik, Chemie)". Dazu kamen „Geschichte, Geographie

und Sozialökonomie (Karl Marx' Theorien)"[1]. Hier ging es also in der Hauptsache um Schulfächer und Schulbildung, allerdings auch um Unterweisung in der marxistischen Lehre. Diese Initiative sei, so kommentierte *Social-Demokraten*, ein „schöner Schritt" in den Bemühungen, die „in den letzten Jahren" und „hierzulande" um die „Ausbildung der Arbeiter" stattgefunden hätten. Der Unterricht sollte 25 Øre im Monat kosten. Es sei hinzugefügt, dass von dem in *Social-Demokraten* genannten Kr. Gade nichts weiter bekannt ist, als dass er zusammen mit Nic. L. Petersen und Trier in einigen Annoncen für Arbeiterbildung auftrat und dass er Lehramtskandidat war, also Akademiker. Der Hinweis in *Social-Demokraten* auf Massnahmen zur Arbeiterbildung bezog sich auf die ersten dänischen Arbeiterbildungsinitiativen, als da waren: 1. die „Lesegesellschaft für Arbeiter" („Arbejdernes Læseselskab") 2. und der schon oben beschriebene Karl-Marx-Klub und andere sog. sozialdemokratische Diskussionsklubs. Die Lesegesellschaft war 1879 von Sozialdemokraten gegründet worden und erfreute sich der gelegentlichen Unterstützung der an der Kopenhagener Universität beheimateten bürgerlich-liberalen „Studentengesellschaft" („Studentersamfundet") sowie eines, wohl ebenfalls liberalen „Vereins zur Förderung der Aufklärung der Arbeiter Kopenhagens" („Foreningen til Oplysningens Fremme blandt Københavns Arbejdere")[2]. Die Lesegesellschaft vermittelte „Bildung" in einem bürgerlichen und breiten Sinne, sie verfügte über eine Bibliothek mit Lesesaal und arrangierte Museumsbesuche, Vorträge nicht nur von Sozialdemokraten, z.B. vom auch auf diesem Gebiete tätigen A.C. Meyer, sondern auch von bürgerlichen Grössen, wie dem national-romantischen Dichterfürsten Holger Drachmann und dem international gefeierten Literaturwissenschaftler Georg Brandes[3]. Darüber hinaus hatte die Studentengesellschaft 1882-83 eine weitere Initiative ins Leben gerufen – den „Abendunterricht für Arbeiter" („Aftenundervisning for Arbejdere"), mit Hilfe dessen sie „dem Volk" so etwas wie „Aufklärung" und den Arbeitern „Fremdsprachen und Schulkenntnisse" sowie „Geschichte, Gesellschaftslehre (und) Gesundheitslehre" zu vermitteln gedachte – „zum Nutzen im täglichen Leben" und, wie es etwas bombastisch hiess, um „Licht auf das Leben zu werfen"[4]. Die Liste der Themen war provisorisch, letztendlich blieb es den Arbeitern überlassen zu entscheiden, auf welchen Gebieten sie sich ertüchtigen wollten[5].

Die treibende Kraft der Volks- und Arbeiterbildungsinitiative der Studentengesellschaft war der schon oben genannte Herman Trier, ein Verwandter Gerson Triers[6], der unter dem Einfluss der Schriften des Schweizer Reformpädagogen Johann Heinrich Pestalozzi sein Jurastudium abgebrochen hatte, um sich fortan als freiheitlicher Politiker, Publizist, Vortragshalter und vor allem unermüdlicher Bildungspolitiker einen Namen zu machen. Ausserdem war er, wie viele Mitglieder der Kopenhagener Intelligentsia, ein engagierter Estrup-Gegner und, nicht ungewöhnlich für sozialpolitisch engagierte Persönlichkeiten jener

1 Hervorhebungen im Original.

2 Georg Bruun und L. P. Hansen, Arbejdernes Læseselskab. Dets Historie og Minder 1879-1929, Kopenhagen o. J. (1929), S. 9 f. Von dem „Verein zur Förderung …" ist nicht mehr bekannt als der Name.

3 Ebd., S. 22.

4 J. Marstrand, a.a.O., S. 35.

5 Ebd.

6 Ebd., S. 10.

Jahre, glühender und aktiver Abstinenzler[1]. Obwohl Anhänger von Venstre, stand er der Sozialdemokratie in vielen Punkten nahe[2]. Seine politische Laufbahn führte ihn 1893 in den Kopenhagener Magistrat und später in beide Kammern des Parlaments[3]. Die Initiative der Studentengesellschaft florierte vor allem in den 1880er und 1890er Jahren. Angeblich kamen jährlich bis zu 1.500 Teilnehmer[4]. Einmal abgesehen davon, dass die bürgerlichen Arbeiterbildungsbestrebungen sicherlich ein gerütteltes Mass an Philanthropie beinhalteten, ist davon auszugehen, dass sie auch als eine Art von bildungspolitischer Fortsetzung der Bündnispolitik gedacht waren – je aufgeklärter die Arbeiter, umso engagierter ihr Kampf gegen das Estrup-Regime.

Die eingangs dieses Kapitels in *Social-Demokraten* angekündigte Arbeiterbildungsinitiative scheint allerdings keine unmittelbaren Früchte getragen zu haben, weshalb der „Kursus für Arbeiter" in einer mit der Mitteilung im Parteiblatt fast gleichlautenden Annonce in *Arbejderen* vom 18. August 1889 erneut feilgeboten wurde; die Unterzeichneten waren mit den in *Social-Demokraten* genannten identisch. Auch aus dieser Initiative scheint wenig geworden zu sein, zumindest ist nichts bekannt. Vorläufig nahmen sich die Bildungsaktivitäten der Revolutionären eher sporadisch aus. Ihr Forum waren nicht nur bildungshungrige Arbeiter, die zu ihren Vorträgen im Karl-Marx-Klub erschienen, sondern auch Handwerksgesellen und Mitglieder des unparteiischen „Neuen Vereins für bereiste Handwerker". Dort hielten Nic. L. Petersen und gelegentlich auch P. Christensen und Trier Vorträge über Paris, London und die Schweiz[5], sicherlich, um wanderwillige Handwerksgesellen für ihre Zeit „auf der Walze" vorzubereiten, wozu auch der Sprachunterricht gedient haben dürfte, den sie hier ab 1891 abhielten[6]. Abgesehen davon war der Karl-Marx-Klub vor allem nach dem Parteiausschluss der Sieben eine wichtige Bühne für Nic. L. Petersen und Trier zur Verbreitung der marxistischen Lehren, und zwar insbesondere unter jungen Arbeitern und Handwerkern.

9.2 Die „Neue Arbeiterschule"

Auf dem schon in Kapitel 7.1.4 näher besprochenen 4. Skandinavischen Arbeiterkongress in Malmö 1892 brachten die Delegierten der RSAP, Nielsen Kolding und P. Christensen zusammen mit den Vertretern des Karl-Marx-Klubs das Thema Arbeiterbildung erstmalig auf die Tagesordnung eines Arbeiterkongresses und versuchten, es zu variieren und neu zu interpretieren, nämlich: sozialistische bzw. marxistische Schulung anstatt der von Herman Trier propagierten Elementar- und Allgemeinbildung sowie der Vorbereitungsinitiativen von Nic. L. Petersen, Trier und P. Christensen für wanderwillige Handwerker. Das Kongressprotokoll verzeichnet die von Nielsen Kolding gestellte und „motivierte" Forderung

1 Ebd., S. 52.

2 Ebd.

3 Ebd., S. 58 f.

4 Ebd., S. 35 f. Siehe auch Caspar Andersen, For arbejderen, univerisitetet und videnskaben. Gerson Trier og Kristian Erslev 1898-1918, in: Slagmark. Tidsskrift for idéhistorie, Nr 50 (2007), S. 66-80.

5 Trækfuglen, 01.12.1891.

6 Ebd., sowie die Ausgabe vom 02.11.1892.

im Namen der genannten Organisationen nach der „Errichtung von Agitationsschulen oder sozialistischen Lehranstalten"[1], hinter denen sich kaum etwas anderes als eine Neuauflage des von Gade, Trier und Nic. L. Petersen geplanten Unterrichts in „Sozialökonomie (Karl Marx' Theorien)" verborgen haben dürfte. Wie schon weiter oben angeführt, dominierte P. Knudsen den Verlauf des Kongresses[2], und wie alles, was von seinen revolutionären Erzfeinden auf diesem Kongress vorgeschlagen wurde, gelang es ihm, auch den gemeinsamen Vorschlag der RSAP und des Karl-Marx-Klubs mit einer langatmigen Gegenresolution zu torpedieren. Kernpunkt der Gegenresolution war, dass derlei „Schulen" oder „Klubs durch die Eigeninitiativen der Parteimitglieder gegründet werden" müssten, und zwar dort, „wo die lokalen Interessen und die Wünsche der Mitglieder in diese Richtung" gingen[3]. Etwas milder und sozusagen die Tür für die Möglichkeit der Errichtung von Agitationsschulen einen Spaltbreit offenlassend, riet der Kongress zum Abschluss von P. Knudsens Resolution den Mitgliedern der Parteien in den „verschiedenen Ländern", die von den eventuellen sozialdemokratischen Agitationsschulen angestrebten Ziele zu stützen, allerdings, „ohne sich zur Errichtung oder Leitung der Schulen zu verpflichten"[4]. Dies bedeutete, dass P. Knudsen von der Errichtung von Agitationsschulen in Parteiregie, d.h. Parteischulen, abriet und ihnen das Modell des „privaten" Karl-Marx-Klubs empfahl, sicherlich, um die Organisationen der Arbeiterbewegung vor finanziellen Risiken zu bewahren, wahrscheinlich aber auch, um die radikalen, den Revolutionären nahestehenden Elemente, die im Karl-Marx-Klub ein- und ausgingen, in Schach zu halten. Es bleibt hinzuzufügen, dass, hätte der Vorschlag der RSAP und des Karl-Marx-Klubs den Beifall des Malmöer Kongresses gefunden, die Bemühungen der skandinavischen Arbeiterbewegungen auf dem Gebiete der Arbeiterbildung auf eine Linie eingeschwenkt wären, die der der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterbildungsvereine nahekam: diese rezipierten die marxistische Theorie; sie hatten zum Ziel, durch Aufklärung und Wissensvermittlung die Arbeiterbevölkerung zu befähigen, erfolgreich den politischen Kampf um eine andere, gerechtere Gesellschaftsordnung zu führen[5]. Es war genau dies, was Nic. L. Petersen und Trier angestrebt hatten, was P. Knudsen und seine Gefolgsleute aber nicht zulassen wollten, zumindest nicht in Parteiregie.

Trotz des negativen Bescheides des Malmöer Kongresses wurde der Plan zur Errichtung einer revolutionären Schulungsmöglichkeit für Arbeiter und Handwerker nicht aufgegeben. Den Quellen zufolge war es die RSAP, die den Plan weiterverfolgte, und zwar mit Trier als treibender Kraft, was die Mitarbeit Nic. L. Petersens natürlich nicht ausschloss. Als Antwort auf den Kongress veröffentlichte *Arbejderen* am 20. November 1892 einen Leitartikel mit der Überschrift „Die neue Arbeiterschule" („Den ny Arbejderskole"). Bezugnehmend auf die negative Resolution des Malmöer Kongresses zu den Agitationsschulen, von der es hiess, sie sei „ein schlecht verdeckter Dolchstoss" gewesen, der der Idee der „Agitationsschulen" für lange Zeit die „Lebensfähigkeit nehmen sollte", gaben Trier und Nielsen Kolding zu

1 Protokoll Malmö 1892, S. 11.

2 Kapitel 7.1.4.

3 Protokoll Malmö 1892, S. 11 f.

4 Ebd., S. 12.

5 Siehe hierzu den informativen Überblick von Joerg Wollenberg, Arbeiterbildung, in: Netzportal Friedrich Ebert Stiftung.

erkennen, dass sie die Idee weiterverfolgten und einen konkreten Plan geschmiedet hätten. Im Verlaufe ihrer Bemühungen, so hiess es weiter, sei „der Sache … etwas zugestossen" – sie habe sich aus den Händen der RSAP, d.h. vom „Parteigebiet", entfernt, um sich zu einem „rein neutralen Vorhaben" zu wandeln. Ein Kreis von

> *… Revolutionären sowie Reformsuchenden und auch Vertretern des Zwischenstandpunktes hätte die Idee der Errichtung einer Agitationsschule … aufgegriffen, und da man von der gleichen Seite wünschte, die Frage auf neutraler Basis zu erörtern, stimmte unsere Partei zu. Das wichtigste für uns war nicht die Form, sondern der Inhalt*[1].

Inzwischen sei man so weit gekommen, dass eine Arbeiterschule im Bereich des Möglichen läge. Auf einer gut besuchten Versammlung am 15. November machte Trier auf die ausserordentliche Bedeutung „einer Schule wie dieser" aufmerksam – sie gebe den Arbeitern die Möglichkeit, „Waffen" für ihren „Daseinskampf" in die Hände zu bekommen, denn nichts sei wichtiger als:

> *Die Kenntnis der Verhältnisse, unter denen sich dieser Kampf abspielt, auf welche Weise er sich abspielt, unter welchen Formen er in früheren Gesellschaftsepochen stattgefunden hat, und wie er von den verschiedenen Parteien und nationalökonomischen Schulen aufgefasst wird*[2].

Das Zitat beinhaltet gleichsam das ideologische „Manifest" der geplanten Arbeiterschule. Es beschreibt, allerdings sehr behutsam, ihr Ziel und ihren Zweck, nämlich das Studium des Klassenkampfes, seiner Gesetzmässigkeiten und seiner Geschichte oder anders ausgedrückt: Ziel und Zweck der Arbeiterschule waren die Unterweisung im historischen Materialismus. Die verschleiernde Form, in der dies zum Ausdruck kam, dürfte gewählt worden sein, um die „reformsuchenden" Kräfte, die den Gedanken mittrugen, nicht zu verschrecken. In dem schon zitierten Leitartikel in *Arbejderen* vom 20. November 1892 wurden folgende Unterrichtsfächer aufgelistet: Literatur, Geschichte und Sozialökonomie, wobei der Unterricht im letztgenannten Fach in zwei Disziplinen zerfiel, nämlich in „bürgerliche" und in „sozialistische" Ökonomie. In bürgerlicher Ökonomie sollte Trier unterrichten, in sozialistischer Ökonomie, d.h. „Karl Marx' Theorien", Nielsen Kolding. Ausserdem wurde versprochen, „Rechtslehre" in den Unterrichtsplan aufzunehmen, schon allein um aufzeigen zu können, „auf welche Art unsere schönen Gesetze entstanden sind". Allerdings hiess es, dass sich für dieses Fach ein passender Lehrer erst finden müsste, immerhin habe „ein angesehener Jurist" bereits Interesse gezeigt.

Was den institutionellen Rahmen der Neuen Arbeiterschule angeht, legte schon am 16. November ein Arbeitsausschuss eine Geschäftsordnung vor, der zufolge ein Geschäftsausschuss gewählt und bestimmt wurde, dass der Unterricht regelmässig montags

1 Die „Vertreter des Zwischenstandpunktes", hier erst- und letztmalig erwähnt und so bezeichnet, werden namentlich nicht aufgeführt, ebenso wenig wie der Zwischenstandpunkt näher beschrieben wird. Es könnte sich bei den Vertretern dieses Standpunktes um Parteilinke gehandelt habe.

2 Arbejderen, 20.11.1892.

und donnerstags stattfinden sollte, und zwar von 20.00 bis 22.00 Uhr[1]. Ausserdem wurde beschlossen, dass die Teilnahme am Unterricht den monatlichen Kauf einer Mitgliedskarte zum Preis von 10 Øre voraussetzte sowie zusätzlich pro Abend 5 Øre kosten sollte[2]. Zum Vergleich: eine Ausgabe von *Arbejderen* kostete ebenfalls 5, bzw. 6 Øre. Der Kostenbeitrag wurde, wie unten angeführt, später auf einen Mitgliedsbeitrag von 25 Øre pro Monat reduziert, bei unentgeltlichem Unterricht.

Unmittelbar nach seinem Gefängnisaufenthalt wurde, wie nicht anders zu erwarten gewesen, Nic. L. Petersen Mitglied des Lehrerkollegiums der Neuen Arbeiterschule. Anfang 1893 wurde er als Lehrer im Fach „Sozialistische Gesellschaftslehre" genannt, weitere Fächer in denen Anfang 1893 unterrichtet wurde, waren „Bürgerliche Gesellschaftstheorien" mit Trier als Lehrer, „Allgemeine Geschichte" mit dem Lehramtskandidaten Kr. Gade als Dozent und „Allgemeine Literaturgeschichte"[3], unterrichtet vom Literaturhistoriker Frederik Winkel Horn, der weder als RSAP Mitglied noch als Sozialdemokrat bekannt war. Verglichen mit den frühen Plänen der Neuen Arbeiterschule war aus dem Fach „Rechtslehre" nichts geworden, alle anderen Fächer waren weiter im Angebot. Nielsen Kolding, möglicherweise wegen seines und des Abgleitens des nun von ihm redigierten *Arbejderen* in VUS Fahrwasser, wurde nicht mehr als Mitglied des Lehrerkollegiums der Neuen Arbeiterschule genannt.

Das Interesse an der Neuen Arbeiterschule war anfänglich gross, denn laut *Arbejderen* meldeten sich zum Abschluss der Veranstaltung am 15. November 1892 gleich 65 Schüler an[4], welche allerdings, wie *Arbejderen* wenig später mit Bedauern bemerkte, nicht alle bei der Stange blieben und deshalb aufgefordert werden mussten, nun auch wie versprochen am Unterricht teilzunehmen und die anfallenden Gebühren zu zahlen[5]. Leider liess sich nichts über Schülerzahlen, Curricula und Unterweisungslogistik ermitteln, denn auch hier fliessen die Quellen sehr spärlich, um mit dem Ende von *Arbejderen* ganz auszutrocknen. Als ein privates Unternehmen stand die Neue Arbeiterschule formell nicht im Widerspruch zu den Beschlüssen des Malmöer Kongresses, die Sympathie der Sozialdemokratie fand sie trotzdem nicht: im Archiv der Eigner des Parteiblattes *Social-Demokraten* findet sich ein Brief, eher ein Zettel, mit dem Datum des 22. September 1895. Der Adressat ist das Kontrollkomittee des Parteiblattes. Der Absender, ein „C. H. Christensen", bat darum, der mittlerweile in die vierte Saison gehenden Neuen Arbeiterschule den gleichen Rabatt auf Annoncen im Parteiblatt zu gewähren wie „anderen Vereinen". Der Bittsteller begründete dies mit dem Wunsch, öfter annoncieren zu wollen, wozu leider das Geld nicht ausreichte, denn der Unterricht sei gratis, die einzige Einnahmequelle seien die 25 Øre des monatlichen Mitgliedsbeitrages, den jeder Schüler zu zahlen habe. Der Zettel trägt den Vermerk: „Nic. L. Petersen?" und in der gleichen Handschrift, und offensichtlich nach der Klärung der Frage: „Nein!" Dies kündete vom Umfang der weiterhin ungebrochenen Intimfeindschaft zwischen

1 Ebd
2 Ebd.
3 Ebd., 12.02.1893.
4 Ebd.
5 Ebd.

den Führern des Sozialdemokratischen Bundes, an der Spitze P. Knudsen, und Nic. L. Petersen, im Zuge derer seitens der Erstgenannten keine Gelegenheit ausgelassen wurde, ihre Widersacher ins Stolpern zu bringen.

Allerdings – trotz des sozialdemokratischen Boykotts scheint die Neue Arbeiterschule noch viele Jahre existiert zu haben, denn noch im September 1910 findet sich ein Lebenszeichen von ihr auf einer Postkarte Triers an den späteren sozialdemokratischen Kommunalpolitiker Julius Hansen[1].

9.3 Die „Volksuniversität"

Das Wirken Triers, nicht aber Nic. L. Petersens, als Pädagoge und Initiator von Bildungsinstitutionen beschränkte sich nicht auf das Gebiet der Arbeiterbildung einschliesslich seiner Dozenten-Tätigkeiten im Karl-Marx-Klub und der Neuen Arbeiterschule, sondern umfasste auch seine massgebliche Mitarbeit bei der Errichtung und Betreuung der – noch heute wirksamen – dänischen „Volksuniversität", deren Mitinitiator er war. Obwohl eine bleibende Leistung, soll Triers Tätigkeit im Rahmen der Volksuniversitätsbewegung hier nur kurz angerissen werden, da sie weniger in den Bereich der Arbeiterbildung als in das umfangreichere und komplexe Gebiet der „Volks-" und „Erwachsenenbildung" gehört und damit an der Peripherie des Themas dieser Studie angesiedelt ist. Eine ausführlichere Darstellung dieses Kapitels in Triers Leben und seiner Tätigkeit als Pädagoge läge im Aufgabenbereich einer Gerson Trier-Biographie, die zu schreiben angesichts der ungünstigen Quellenlage eine schwierige, jedoch lohnende Aufgabe wäre[2].

Die dänische „Volksuniversität" als Institution zur Förderung der „Volksbildung" im städtischen Raum – Volksbildung im ländlichen Raum fand bekanntermassen schon seit Jahrzehnten und erfolgreich in der Regie der national-religiösen „Heimvolkshochschulbewegung" statt[3] – entstand 1898, wie es heisst, unter dem Eindruck der „University Extension Movement"[4] im Vereinigten Königreich, der Trier und Nic. L. Petersen während ihres Aufenthaltes in London begegnet sein dürften[5]. Die Aktivitäten der Volksuniversität, d.h. die ersten Vorlesungen, begannen ein Jahr später. Der institutionelle Rahmen bestand aus lokalen Vereinen (FUF, „Folkeuniversitetsforening"), deren Aufgabe es war, aus einem Katalog von Vorlesungen und Dozenten, die von einem Ausschuss (FUU, „Folkeuniversitetsudvalg") an der Universität Kopenhagen zusammengestellt wurden, passende Veranstaltungen und Dozenten auszuwählen; ausserdem waren die Lokalorganisationen für die Logistik der Veranstaltungen verantwortlich. Das Ziel war die

1 Vergl. Dokument 36.

2 Zum Folgenden vergl. Caspar Andersen, a.a.O., S. 66-80, sowie Skovmand, a.a.O., S. 94 ff.

3 Verl. hierzu z.B. Wolfgang Seitter, Geschichte der Erwachsenenbildung. Eine Einführung, 3. Aufl., Bielefeld 2007, vor allem S. 105 ff. (Internetausgabe), wo auch die Rezeption der dänischen Heimvolkshochschulbewegung und Volksuniversität in Deutschland beschrieben wird.

4 C. Andersen, a.a.O., S. 69. Ausführlicher ist Bjørn Tell Persson, „Alle have adgang". Folkeuniversitetsvirksomheden i København gennem 100 år, Kopenhagen 1998, S. 9 ff., S. 20 ff.

5 Dies vermutet Skovmand, a.a.O., S. 95.

Vermittlung von Erwachsenenbildung auf Universitätsniveau, frei von politischen und religiösen Interessen. Gründungsvorsitzender des FUU war der Historiker und Professor an der Universität Kopenhagen Kristian Erslev, Trier war bis zu seinem Tod zweiter Vorsitzender und erwarb sich in dieser Position grosse Verdienste, vor allem, weil er es zu seinem Anliegen gemacht hatte und es verstand, Vorlesungen und Kurse so auszuwählen, dass sie auch für ein Arbeiterpublikum attraktiv waren[1]. In seiner Eigenschaft als zweiter Vorsitzender des FUF sah Trier es als wichtige Aufgabe an, den „Schatz" der Wissenschaft „zum Eigentum aller" zu machen, jedoch:

> *Dieses Ziel kann nicht auf einmal erreicht werden. Die gesamte jetzige ökonomische Ordnung der Gesellschaft legt mächtige Hinderungen dafür in den Weg. Aber bis glücklichere Gesellschaftszustände die sozialen und ökonomischen Trennwände einreissen, kann die Volksuniversitätsbewegung schon jetzt grosse Schritte unternehmen auf dem Weg, der einmal zur Verwirklichung des Zieles führen kann*[2].

M.a.W.: da das, was heute unter „Bildung für alle" verstanden wird, erst in der sozialistischen Zukunftsgesellschaft erreichbar war, machte das Bildungsangebot der neuen Volksuniversität immerhin einen Teil davon schon in der bestehenden Gesellschaft verfügbar. Trier bewegte sich damit deutlich in reformistischem Fahrwasser, in welches er schon geraten war, als er den schmalen Pfad der Arbeiterbildung verlassen und den breiteren Weg der Volks- bzw. Erwachsenenbildung betreten hatte.

Seine aktive Teilnahme an der Volksuniversität[3] schloss Triers Betätigung an anderen Bildungsinitiativen nicht aus. Die Volksuniversität war nur eines der verschiedenen Felder der Erwachsenen- und Arbeiterbildung, auf denen er sich einen Namen machte. So bemühte er sich nach seinem Wiedereintritt in die Partei (siehe unten) u.a. um die Errichtung einer sozialdemokratischen Parteihochschule, die allerdings ein wenig erfolgreiches und nur kurzzeitiges Experiment blieb[4]. Bis in seine späten Jahre blieb er der Idee der Arbeiter- und Volksbildung eng verbunden, sowohl als Lehrer als auch als „Bildungsmanager", letzteres wie gezeigt im Kopenhagener FUF. Es ist davon auszugehen, dass der Beliebtheitsgrad der Volksuniversität unter Kopenhagener Arbeitern – in den ersten 25 Jahren ihres Bestehens sollen 40% der Besucher von Veranstaltungen der Kopenhagener Volksuniversität Arbeiter gewesen sein, davon eine hohe Anzahl Frauen[5] – während seiner 19 Jahre als zweiter Vorsitzender des FUF auch ein Ausdruck des Bekannt- und Beliebtheitsgrades des „Arbeiter-Pädagogen" Gerson Trier war.

Allerdings, obwohl er alles dafür in Bewegung setzte, gelang es Trier nicht, Nic. L. Petersen als Dozenten für eine Vorlesungsreihe über marxistische Ökonomie durchzusetzen. Diese

---

1 Ebd., S. 71 f.

2 Gerson Trier, Folkeuniversiteter, in: Dansk Tidsskrift 1 (1898), S. 556-567, S. 564.

3 Es hat den Anschein, dass die aktive Teilnahme an den Initiativen der Volksuniversität zu einer Familienangelegenheit des Ehepaars Trier wurde: Tell Persson, a.a.O., S. 59, zeigt ein Plakat, welches zu einer musikhistorischen Vorlesungsreihe der Volksuniversität Kopenhagen im Oktober, November und Dezember 1914 einlädt. Die musikalische Untermalung dazu oblag u.a. „Frau Christiane Gerson Trier", auf dem Klavier.

4 C. Andersen, a.a.O., S. 71.

5 Tell Persson, a.a.O., S. 70 f.

war geplant als eine Art „Wiedergutmachung" für eine verunglückte Vorlesungsreihe mit dem nämlichen Inhalt eines Kopenhagener Ökonomie-Professors, welcher sich, obwohl angeblich ein hochangesehener Vertreter seines Fachs, mit der Beschreibung von Marx' Lebenslauf begnügt hatte. Er hatte offensichtlich keine Ahnung von den Lehren desMarxismus. Die Vorlesungen, die sich an ein Arbeiterpublikum richteten, sollten wiederholt werden, und zwar, auf Anregung einer Kopenhagener Gewerkschaft, von Nic. L. Petersen, einem ausgewiesenen Kenner der Materie und ausserdem Anhänger des Marxschen Lehrgebäudes[1]. Allerdings – Nic. L. Petersen kam nicht zum Zuge. Im Verlaufe der langatmigen Diskussion hiess es u.a., dass seine wissenschaftlichen Qualifikationen unzureichend waren[2]. Dies war sicherlich eine bittere Pille für Trier und seinen langjährigen Kampfgefährten, und ausserdem ein Beweis dafür, dass auch die Volksuniversität letztendlich eine Institution des bürgerlichen Staates war, in dem ein ausgewiesener Marxist, noch dazu ein vorbestrafter, wenig Chancen hatte.

1 Skovmand, a.a.O., S. 100 f.

2 Ebd., S. 101.

10. Der Wiedereintritt in die Sozialdemokratie

Auf dem Parteitag der Sozialdemokratie von 1901 wurde beschlossen, den weiland aus der Partei ausgeschlossenen Redaktionsmitgliedern von *Arbejderen* den Wiedereintritt zu ermöglichen. Es ist wichtig festzuhalten, dass es ein *Wiedereintritt* war, und nicht, wie im Protokoll des Parteitages suggeriert, eine *Wiederaufnahme*. Der kleine, aber nichtsdestotrotz feine Unterschied lag darin, dass hier kein Ersuchen oder gar eine Bitte der Ausgeschlossenen an die Partei um Wiederaufnahme vorlag, sondern ein Angebot der Partei, d.h. hier des Parteitages, fast eine Bitte an die 1889 Ausgeschlossenen, doch wiedereintreten zu wollen.

Der Wiedereintritt begann damit, dass drei sozialdemokratische Vereine vorschlugen, den Ausschluss, der im November 1889 "betreffend ... Chr. Bildsø, P. Christensen, F. Möller, Nic. Petersen, Gerson Trier, Nielsen Kolding und Seemann Petersen" stattgefunden hatte, aufzuheben[1], ein weiterer Verein verlangte fast gleichlautend „die Aufhebung des Ausschlusses, der 1889 stattfand", allerdings „mit Ausnahme von Nielsen Kolding, der wahrscheinlich Anarchist ist"[2]. Schliesslich wurden vier der sieben Mitglieder des ursprünglichen Redaktionskomitees wiederaufgenommen. P. Christensen war im Januar 1901 verstorben[3], und über den Verbleib, bzw. das Schicksal von Bildsø und Seemann Petersen ist nichts bekannt. Der Parteitagsbeschluss zur Widerаufnahme ist insofern interessant, als er eine nochmalige Rechtfertigung – man ist geneigt zu fragen: die wievielte? – des Parteiausschlusses des Redaktionskomitees von *Arbejderen* enthielt, was wohl nur dahingehend gewertet werden kann, dass dem Parteivorstand, obwohl sich zumindest auf der Bühne der internationalen Arbeiterbewegung die Wogen inzwischen geglättet hatten, wegen der Ausschlussaffäre weiterhin unwohl war. Der Parteitagsbeschluss stammte aus der Feder des Parteiveteranen und Mitglieds des Parteivorstandes Sigvald Olsen; er soll hier in voller Länge zitiert werden:

> *Indem der Kongress bemerkt, dass der Ausschluss von 1889 eine Notwendigkeit war für die Aufrechterhaltung der Disziplin innerhalb der Partei, die nötig ist für den Fall, dass das Proletariat die Herrschaft in der Gesellschaft für sich erzwingt, wird, da dem Wortführer (des Parteitages) zufolge seitens der Ausgeschlossenen der Wunsch zum Wiedereintritt in die Partei besteht, beschlossen, den Ausschluss aufzuheben*[4].

Dieser nicht nur in der deutschen Übersetzung, sondern auch im dänischen Originaltext ausgesprochen holprig daherkommende und schlecht formulierte Beschluss wurde laut Protokoll des Parteitages von den Delegierten „einstimmig"[5] angenommen, allerdings erst,

1 Protokol for den 9. socialdemokratiske Partikongres I København den 18, 19., 20. og 21. Juli 1901, Aarhus o. J., 29 f. (hinfort: Protokol kongres 1901).

2 Ebd., S. 29. – Tatsächlich scheint Nielsen Kolding mit den (wenigen) Kopenhagener Anarchisten zumindest geflirtet zu haben, denn im September 1896 hielt er im Kopenhagener Anarchistenklub „Tolerance" einen Vortrag mit dem Titel „Materialismus und Idealismus". Siehe Proletaren. Anarkistisk Organ for Skandinavien. Udgaar hver 14de Dag, 27.09.1896.

3 Klüver und Otendal, a.a.O., S. 17.

4 Protokol kongres 1901, S. 30. Parenthese vom Verfasser.

5 Ebd.

nachdem einer der Delegierten der vier Vereine, die den Wiedereintritt der Sieben vorgeschlagen hatten, den Vorschlag „motiviert" hatte[1]. Hinter dem Wort „motiviert" versteckte sich wahrscheinlich eine nähere Begründung, von der leider nichts überliefert ist. Eine Diskussion von Sigvald Olsens Kongressbeschluss fand offensichtlich nicht statt. Mit der Annahme des Parteitagsbeschlusses wurde die Parteiausschlussaffäre im Nachhinein zur notwendigen Massnahme zur Bewahrung der Parteidisziplin erklärt, d.h. zum Disziplinarverfahren. Dabei fiel die Beschreibung des „Disziplinarfalles", der bei der Herrschaftsübernahme des Proletariats eintreten würde, so hanebüchen aus, dass er hier nicht näher diskutiert werden soll. Insgesamt geriet die Darstellung des Wiedereintritts der Sieben im Parteitagsbeschluss in die Nähe einer reumütigen Rückkehr des Redaktionskomitees von *Arbejderen* in den Schoss der nunmehr versöhnlich gestimmten Partei, allerdings nach gehöriger Wartezeit.

Es stimmt allerdings nicht, dass die Ausgeschlossenen von 1889, wie im Parteitagsbeschluss angedeutet, um Wiederaufnahme gebeten hatten. Es war eher so, dass die Wiederaufnahme bzw. der Wiedereintritt erst auf die Tagesordnung des letzten Tages des Parteitages geriet nachdem die Bereitschaft zur Rückkehr der vier in die Partei eingeholt worden war. Dies geschah offensichtlich erst während des Parteitages, nachdem jeder von ihnen gefragt worden war, ob er bereit sei zum Wiedereintritt in die Partei, sollte der Parteitag der Aufhebung des Parteiausschlusses von 1889 zustimmen. Dazu liegen drei identische schriftliche Erklärungen von Nielsen Kolding, Nic. L. Petersen und Gerson Trier vor, die lauteten:

> *Einer Aufforderung nachkommend, erklärt der Unterzeichnete hiermit, dass es meine Absicht ist, wenn der Kongress den Ausschluss, der an mir 1889 vollzogen wurde, aufhebt, in die Partei einzutreten*[2].

Die Holprigkeit dieser Erklärung steht der des Parteitagsbeschlusses nicht nach. Dazu kam eine Erklärung F. Möllers, die zwar anders und bestimmt eleganter formuliert war, sich inhaltlich jedoch nicht von der der drei anderen unterschied[3]. F. Möllers Erklärung war die einzige, die ein genaues Datum trug, nämlich das des 19. Julis, des zweiten Tages des Parteitages; die anderen Erklärungen waren entweder nicht (Nielsen Kolding und Nic. L. Petersen) oder ungenau (Trier: „Juli 1901") datiert[4]. Die Datierung von F. Möllers Erklärung legt nahe, dass die Erklärungen erst während des Kongresses eingeholt wurden, was wiederum darauf hindeutet, dass das Angebot zum Wiedereintritt der Revolutionären nicht von der Parteiführung, sondern von den vier sozialdemokratischen Vereinen und möglicherwiese spontan und wahrscheinlich ohne vorherige Absprache mit dem Parteivorstand in die Wege geleitet worden war, ist es doch kaum vorstellbar, dass der

1 Ebd.

2 Die vier Erklärungen befinden sich im Nachlass P. Knudsen.

3 F. Möller war Vorsitzender der Tabakarbeitergewerkschaft und benutzte als solcher das offizielle Briefpapier der Gewerkschaft.

4 Signe Andersen, die bekanntlich ein ausschlaggebender Faktor für den Ausschluss der Redaktionskomitees gewesen war, wurde weder in der Resolution noch im Vorschlag der vier Vereine erwähnt, was sicherlich damit zusammenhängen dürfte, dass sie nicht zu den Ausgeschlossenen gehörte – sie hatte ihr Parteibuch 1889 zurückgegeben und wurde als Mitglied der RSAP nur selten aktenkundig. Als ihre letzte Tätigkeit in der Regie der RSAP betreute sie das Expeditionsbüro des Parteiorgans. So Arbejderen, 11.08.1892. Nach dem Verschwinden der RSAP trat sie politisch nicht mehr in Erscheinung.

bislang unversöhnliche P. Knudsen im Laufe der Jahre seine Haltung geändert haben sollte. Wieso die vier Vereine das Angebot zum Wiedereintritt unterbreiteten, ist bedauerlicherweise nicht mehr zu ergründen. Lag hier so etwas wie eine kleine Revolte vor? War der Einfluss der Revolutionären doch grösser als angenommen? Die wahrscheinlichste Erklärung ist, dass Trier und Nic. L. Petersen auf Grund ihrer inzwischen umfassenden Lehrtätigkeit, insbesondere unter jungen Parteimitgliedern nicht nur einen hohen Bekanntheits- und Beliebtheitsgrad gewonnen hatten, sondern auch einen gewissen - vielleicht nur indirekten - Einfluss, was dazu führte, den Parteiausschluss zu revidieren und P. Knudsen und seine Gefolgsleute zur Wiederaufnahme nicht nur von Trier und Nic. L. Petersen, sondern aller Vier, und Letztere zum Wiedereintritt zu überreden.

Der nächste Schritt auf dem Wege der Rückkehr der Vier in die Sozialdemokratie bestand darin, dass jeder von ihnen ein Schreiben erhielt, in dem „Im Auftrage des Parteitags" mitgeteilt wurde, dass, „anlässlich des von mehreren Seiten erfolgten Vorschlages bezüglich der Aufhebung des 1889 vom Sozialdemokratischen Bund vorgenommenen Ausschlusses" der 9. Sozialdemokratische Parteitag nunmehr „die folgende Resolution beschlossen" habe. Es folgte eine Abschrift der Resolution zur Aufhebung des Ausschlusses. Das Datum des Schreibens war der 24. Juli 1901[1]. Anschliessend quittierten die ehemals Ausgeschlossenen das Schreiben, allerdings sind entsprechende schriftliche Mitteilungen nur von Trier und Nic. L. Petersen erhalten geblieben[2]. Die Revolutionären waren damit wieder in der Partei.

1 Der Entwurf zu diesem Schreiben in Socialdemokratiets Arkiv.

2 Sie sind wiedergegeben als Dokumente 34 und 35.

11. Abschliessendes zu Trier und Nic. L. Petersen

Das folgende Kapitel beschäftiget sich mit den weiteren Biographien Triers und Nic. L. Petersens. Mag dies auch über den Rahmen, den die vorliegende Studie sich ursprünglich gesetzt hatte, hinausgreifen – es wäre unbefriedigend, die Arbeit abzuschliessen ohne wenigstens den Versuch zu machen, die Wege nachzuzeichnen, welche die beiden Revolutionäre nach ihrem Wiedereintritt in die Sozialdemokratie verfolgten. Es liegt in der Natur dieser Sache als der eines Randthemas, dass dies in gebotener Kürze geschieht.

11.1 Trier

Trier wurde schon kurz nach dem Parteitag in den Hauptvorstand des Sozialdemokratischen Bundes gewählt. Zwar sind die genauen Umstände seiner Wahl nicht bekannt, wohingegen sich der Zeitpunkt seiner Wiederwahl aus der Satzung der Partei ergibt, welche die geheime Wahl der 48 Mitglieder des Hauptvorstandes jeweils sechs Wochen nach einem Parteitag vorsah[1]. Bis zu seinem Parteiaustritt 1916 verblieb Trier im Parteivorstand, d.h. er wurde regelmässig wiedergewählt. Über die Wähler Triers ist ebenfalls nichts bekannt, allerdings unterstützt die Tatsache, dass er nach mehr als zehnjähriger Abwesenheit von der Partei sofort nach seinem Wiedereintritt in den Hauptvorstand gewählt wurde, die These, dass er, obwohl lange Zeit ausserhalb der Partei, in dieser nach wie vor oder wieder Gefolgsleute hatte – viele seiner Anhänger waren vermutlich auch seine „Schüler", d.h. Teilnehmer an seinen vielfältigen Lehrveranstaltungen. Im Folgenden soll, mit Hilfe bzw. im Spiegel der Protokolle der sozialdemokratischen Parteitage, Triers Wirken als Mitglied des Hauptvorstandes des Sozialdemokratischen Bundes beschrieben werden, bis zu seinem endgültigen Bruch mit der Partei.

11.1.1 „Keine Allianz"

Ein wichtiges Anliegen Triers war es weiterhin, die Sozialdemokratie aus dem inzwischen fast schon traditionellen, für ihn jedoch weiterhin unseligen Bündnis mit Venstre bzw. nach 1905 mit der linksliberalen Radikalen Venstre herauszulösen. Obwohl ihm kein Erfolg damit beschieden war, wetterte er noch in seinen späten Jahren, als die Bündnispolitik längst ein unabdingbarer Teil der sozialdemokratischen Politik geworden war, gegen „die bürgerliche Kameradschaft" und verwarf er jedwede Art von Bündnis – „keine Allianz", wie er nicht müde wurde zu betonen[2].

Den ersten Angriff auf die Bündnispolitik nach seinem Widereintritt in die Partei machte Trier auf dem Parteitag von 1903. Zusammen mit H.P. Hansen, wie Trier Mitglied des Hauptvorstandes, versuchte er, gleichsam im Frontalangriff Bündnisse mit anderen Parteien, die darauf hinausliefen, „Mitglieder der Arbeiterpartei" dazu zu verpflichten, bei Wahlen ihre Stimmen den „Kandidaten anderer Parteien zu geben" – und darum ging es;

1 Love for Det socialdemokratiske Forbund i Danmark, in: Protokol kongres 1901, S. 45- 51, S. 48.

2 Vergl. Dokumente 36 und 37.

dies war der Kern der Bündnispolitik – per Parteitagsbeschluss zu untersagen. Wie nicht anders zu erwarten, verwarf der Parteitag diesen Resolutionsvorschlag und verabschiedete an seiner Stelle eine andere Resolution, die Bündnisse erlaubte, solange die Kandidaten der anderen Parteien „das gleiche und allgemeine Wahlrecht stützten"[1]. Letzteres hatte, da eine Selbstverständlichkeit, natürlich nie zur Diskussion gestanden und war in diesem Zusammenhang nichts Weiteres als ein schlecht angeklebtes, sich treuherzig gebendes Feigenblatt. Damit hatte die Sozialdemokratie prinzipiell grünes Licht für eine Fortsetzung ihrer Wahlbündnisse mit bürgerlichen Parteien gegeben.

Auf dem drei Jahre später (1906) stattfindenden 11. Parteitag der Sozialdemokratie stand die Frage des Bündnisses, diesmal mit den Radikalen, wiederum auf der Tagesordnung, und zwar angesichts der im gleichen Jahr anstehenden Wahlen zum Folketing. Sozusagen mit der Tür ins Haus fallend, erklärte P. Knudsen gleich in seiner Eröffnungsrede, der Kongress der Internationalen in Paris 1900 habe ausdrücklich Bündnisse mit anderen Parteien gestattet, was natürlich so nicht stimmte[2] und eine weitere von P. Knudsens eigenwilligen „Interpretationen" bzw. Verdrehungen von Tatsachen darstellte[3]. Es war das unzweideutige Ziel des Parteichefs, den Parteitag auf ein Wahlbündnis mit den Radikalen einzuschwören, und zwar unter dem Motto, „bei den bevorstehenden Wahlen die gleiche Vorgehensweise" anzuwenden „wie bei früheren Wahlen", und zwar, indem man sich mit denen zusammentut, „die den gleichen Feind wie wir bekämpfen"[4], eine Bemerkung, die Trier als „politischen Schacher" abtat. Getreu seiner marxistischen Position hielt er den versammelten Parteitagsteilnehmern vor Augen, dass es nicht darauf ankomme, „viele Vertreter in den Reichstag gewählt zu bekommen, sondern viele Stimmen zu mustern"[5].

Wie zu erwarten, unterlagen Trier und der ihn wiederum stützende H.P. Hansen bei der anschliessenden Abstimmung mit nur 49 Stimmen gegen satte 214[6], die den Kurs des Geschäftsführers guthiessen. Bei den anschliessenden Wahlen zum Folketing erzielten die Sozialdemokraten mehr als ein Viertel aller abgegebenen Stimmen und 24 Mandate, eine Steigerung um immerhin acht Mandate[7], was Trier nicht davon abhielt, weiterhin und unverdrossen gegen die Allianzpolitik zu Felde zu ziehen: auf dem Parteitag von 1908 in Odense wurde die Allianz mit den Radikalen zwar erneuert, allerdings erst nach langen und schwierigen Debatten, im Verlaufe derer Trier zum ersten Mal seit langer Zeit wieder

1 Protokol for den 10. Socialdemokratiske Partikongres i Aarhus den 7de, 8de og 9de Maj 1903, Aarhus o.J., S. 17. Hinfort: Protokol kongres 1903.

2 P. Knudsen bezog sich hier auf den auf dem Pariser Kongress insbesondere in der SPD heftig diskutierten Eintritt des Mitgliedes der Gruppe „Unabhängiger Sozialisten" im französischen Parlament, Millerand, in das Kabinett Waldeck-Rousseau. Der Kongress hatte eine von Kautsky verfasste Resolution verabschiedet, nach der sich Bündnisse mit bürgerlichen Parteien generell verboten und das Zusammengehen nur als „ein vorübergehender und ausnahmsweiser Nothbehelf in einer Zwangslage" gestattet war. Dies war weit entfernt von einem Plazet für ein Bündnis. Siehe: Internationaler Sozialisten-Kongress zu Paris 23. bis 27. September 1900, Berlin 1900, S. 17. Zu Millerand und seiner Gruppe vergl. auch Angenot, a.a.O., S. 77 ff.

3 Protokol for den 11. socialdem. Partikongres i København den 12., 13. og 14. April 1906, Aarhus o.J., S. 25. Hinfort: Protokol kongres 1906.

4 Ebd., S. 32.

5 Ebd.

6 Ebd., S. 33.

7 Vergl. die Tabelle in 8.4.

persönlich angegriffen wurde[1]. Das Ergebnis der Abstimmung über das Bündnis mit den Radikalen befürwortende Resolution ergab 143 Ja- und erstaunliche 142 Nein-Stimmen, d.h. es war sehr knapp und zumindest ein Achtungserfolg der Bündnisskeptiker, aber doch eine neuerliche Niederlage für Trier und alle anderen Gegner der Bündnispolitik. Das knappe Abstimmungsergebnis zeigte, dass die Bündnisfrage zumindest zu diesem Zeitpunkt sehr umstritten war. Wohl angesichts der stetig wachsenden Wahlerfolge der Sozialdemokratie erklärte der Parteitag von 1908 ausserdem, dass die Partei „jeden Gedanken daran verwirft, dass sie an der Bildung eines Ministeriums teilnehmen könne, bevor die Partei eine absolute Mehrheit im Folketing hat"[2].

Wie nicht anders zu erwarten gewesen endete auch der Parteitag 1910 mit der Bestätigung der Allianz: eine von Trier und Viggo Christensen eingebrachte Resolution, der zufolge „die Sozialdemokratie unabhängig von den bürgerlichen Parteien" zur Wahl gehen sollte, wurde verworfen und stattdessen wurde der Vorschlag des Parteivorstandes zur Erneuerung des Bündnisses angenommen, diesmal mit dem eindeutigen Ergebnis von 317 gegen 38 Stimmen[3] (wobei sich die grosse Divergenz zwischen den Abstimmungsergebnissen von 1908 und 1910 allen Erklärungsversuchen entzieht). Natürlich fand das Abstimmungsergebnis von 1910 auch die Billigung Th. Staunings[4], des Nachfolgers des seit 1908 kränkelnden und Ende 1910 verstorbenen Parteivorsitzenden P. Knudsen. Ähnliches gilt für den Parteitag 1913[5], als die Sozialdemokratie längst Stützpartei für die radikale Regierung agierte, indem sie deren parlamentarische Mehrheit garantierte[6].

11.1.2 Triers Arbeit in den Programmkommissionen

Es kann nicht überraschen, dass Trier, Mitglied des Hauptvorstandes des Sozialdemokratischen Bundes; hochangesehen; Akademiker; Arbeiter-Pädagoge und Bildungspolitiker, Sitz und Stimme in der auf dem Parteitag von 1903 eingesetzten zuerst sieben-, dann sechs- und schliesslich nur noch fünfköpfigen Programmkommission bekam. Neben Trier gehörten der Kommission an: Gustav Bang[7], seines Zeichens Dr. habil., marxistischer Historiker (Mediävist) kautskyanischer Prägung, Journalist, Buchautor und, anders als Trier, konformes und daher auch offizielles intellektuelles Aushängeschild der Partei[8]; Parteichef P. Knudsen, der Parteihäuptling Harald Jensen aus Århus, wie P.

1 Protokol for den 12. socialdem. Partikongres i Odense den 17., 18., 19. og 20. Septbr. 1908, Arhus o.J., S. 41-43. S. 68 f. Hinfort: Protokol kongres 1908. Triers Resolutionsvorschlag S. 69-71.- In seinem Angriff auf Trier behauptete Peter Sabro, ein junger „Parteilöwe", Trier sei früher gegen jegliche Art von „Parlamentarismus" (d.h. hier: parlamentarische Betätigung) gewesen und habe sich jetzt „gedreht". Trier verwahrte sich auf schärfste gegen diesen Angriff, ebd. S. 71.

2 Ebd S. 92.

3 Protokol for 13. og 14. socialdemokratiske Partikongresser i København 1910 og 1913, Aarhus o.J., S. 7 f., S. 5 ff. Hinfort: Protokol kongres 1910 und 1913.

4 Ebd., S. 10.

5 Ebd., S. 42 ff.

6 Estrup war1894 zurückgetreten, und Venstre stellte 1901 eine Regierung, die den sog. „Systemwechsel" in der dänischen Politik markierte: Eine Regierung kann nur der bilden, der keine Mehrheit im Folketing gegen sich hat. Vergl. hierzu Lahme, Dänemark, S. 45 f. ("negativer Parlamentarismus").

7 Kongres 1906., S. 36.

8 Vergl. die Kurzbiographie von Mogens Rüdiger, Gustav Bang (1871-1915), in: Walter Euchner, Klassiker des Sozialismus, 2 Bde, Bd 1: Von Jaurès bis Herbert Macuse, München 1991, S. 72-84, insbesondere S. 84. Vergl ausserdem vom gleichen Verfasser die grossangelegte Biographie Bangs Bangs: Gustav Bang. Historiker og socialdemokrat., Kopenhagen 1987 (=SFAH's Skriftserie 19).

Knudsen einer der Gründungsväter der dänischen Sozialdemokratie, und der Journalist am Parteiblatt *Social-Demokraten* Frederik Borgbjerg, ein junger Akademiker[1]. Alle waren Mitglieder im Hauptvorstand des Sozialdemokratischen Bundes[2].

Die Arbeit am neuen Parteiprogramm war ein sich über ein Jahrzehnt hinziehender Prozess. Auf dem Parteitag von 1906 hatte sich die 1903 eingesetzte Kommission in eine Mehr- und eine Minderheit geteilt, die Erstgenannte bestand aus P. Knudsen, Harald Jensen und Borbjerg, die Minderheit waren Bang und Trier. Mehr- und Minderheit legten Programmentwürfe vor[3], ohne dass es zur Abstimmung kam. Auf dem Parteitag von 1908 wurden erneut zwei Programmvorschläge vorgelegt, wiederum von einer Mehr- und einer Minderheit. Die Mehrheit waren diesmal alle Ausschussmitglieder einschliesslich Bangs, Trier war die Minderheit[4]. Auch dieser Parteitag erzielte keine Einigung über das Parteiprogramm, dies aber nicht, weil sich die Delegierten uneinig waren, sondern weil es, wie der Parteichef Stauning feststellte, keine Eile mit einem neuen, bzw. revidierten Programm hatte[5]. Die 1908 eingebrachten Programmvorschläge einschliesslich der von verschiedenen Delegierten eingebrachten Änderungsvorschläge wurden deshalb an eine neue, vom Parteitag gewählte diesmal elfköpfige Kommission verwiesen, bei deren Wahl Trier nach Bang den zweithöchsten Stimmenanteil erhielt (197, Bang: 213, von insgesamt 251)[6]. Dies darf durchaus als Zeichen von Triers Beliebtheit in der Partei und des in ihn gesetzten Vertrauens gewertet werden. Ein neues Parteiprogramm wurde erst auf dem Parteitag von 1913 verabschiedet. Es war das Ergebnis der Arbeit einer Programmkommission, die nicht mit der von 1908, sondern bis auf Stauning mit der von 1906 identisch war, d.h. das Programm war unter massgeblicher Beteiligung der Intellektuellen in der Partei erarbeitet worden[7]. Der Vorschlag, den Bang, Borgbjerg, Harald Jensen, Stauning und Trier vorlegten, wurde mit einigen unbedeutenden Änderungen von den Parteitagdelegierten einstimmig als neues Programm der dänischen Sozialdemokratie verabschiedet[8]. Es hatte bis 1961 Gültigkeit.

Die Bang-Trier (1906) und Trier (1908) Vorschläge unterschieden sich vom Parteiprogramm von 1890 sowie vom 1913er Programm, aber auch von den Mehrheitsvorschlägen von 1906 und 1908 durch ihre langen, um nicht zu sagen langatmigen und weitausholenden, einleitenden Analysen der bestehenden Gesellschaftszustände und der kapitalistischen Produktionsweise, die in beiden Vorschlägen als planlos und die arbeitenden Massen verelendend beschrieben wurden[9]. Dies galt für Triers Vorschlag noch mehr als für den von Bang-Trier. Für ein Parteiprogramm, in dem Präzision und Prägnanz wichtig sind, waren

1 Er war, neben C.E. Jensen Mitverfasser der ersten Geschichte der dänischen und europäischen Sozialdemokratie in dänischer Sprache, die in dieser Studie hinlänglich erwähnt wurde.

2 Protokol kongres 1906, S. 5.

3 Ebd., S. 36-39 (Mehrheitsvorschlag), 39-42 (Minderheitsvorschlag), 42 f. (Diskussion).

4 Protokol kongres 1908, S. 51. Der Vorschlag der Mehrheit ebd. S. 48-51, der Vorschlag Triers ebd. S. 51-54.

5 Ebd., S. 56 f.

6 Ebd. S. 19.

7 Protokol kongres 1910 und 1913, S. 27.

8 Ebd., S. 40. Das Programm in: Programmatiske dokumenter, Dokument XXIV. Vergl. auch die Einleitung zum Programm von 1913 ebd. S. 92.

9 Protokol kongres 1906, S. 40, Protokol kongres 1908, S. 51. Ebd. S. 48 (Mehrheitsvorschlag).

aus der Sicht des postumen Betrachters daher weder der eine noch der andere Vorschlag geeignet. Dies gilt natürlich nicht für die Minimalforderungen, die sich weitgehend an das existierende 1890er Programm anlehnten und daher hier nicht einzeln erörtert werden sollen.

Sowohl der Bang-Trier als auch der Trier Vorschlag unterschieden sich allerdings in einem Punkte positiv sowohl von den Mehrheitsvorschlägen als auch vom 1890er Parteiprogramm, nämlich in der in ihnen unterstrichenen Bedeutung der Bildungsarbeit für die Arbeiterklasse. Es dürfte nicht falsch sein, dahinter den Arbeiter-Pädagogen und Bildungspolitiker Trier zu vermuten, für den es selbstverständlich war, dies mit der Rolle zu verbinden, die der sozialdemokratischen Partei in beiden Vorschlägen zugeschrieben wurde: sowohl von Bang-Trier als auch von Trier wurde die Partei als historische Kraft beschrieben, der es, wie es unter „Ziel und Mittel" hiess, anstünde, „die gesamte Arbeiterklasse in einer klassenbewussten sozialistischen Arbeiterpartei zu vereinen," und zwar um „das Proletariat" zu befähigen, erstens „das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln abzuschaffen und es in sozialistisches Gemeineigentum umzuformen", und zweitens, „um die Produktion in der sozialistischen Gesellschaft zu übernehmen und zu betreiben"[1]. Dabei war es wichtig für Bang-Trier und auch für Trier, darauf aufmerksam zu machen, dass es dazu nicht nur „der ökonomischen und politischen Organisation der Arbeiter" bedurfte, sondern auch deren „Aufklärung"; ausserdem war es notwendig, dass die Arbeiter „Kenntnis der Gesellschaftsverhältnisse" besässen[2]. Und fast gleichlautend hiess es im Vorschlag Triers zwei Jahre später, dass die Arbeiterpartei, um die Fähigkeit zu erlangen, die sozialistische Produktion zu übernehmen und zu betreiben, sich nicht nur der „Organisation auf den Gebieten der Ökonomie und der Politik" bedienen müsse, sondern auch des Mittels „der Verbreitung von Aufklärung und besonders der Kenntnis des Zustandes und der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft"[3]. Damit wird klar, dass Triers zahlreiche Bestrebungen auf dem Gebiet der Arbeiterbildung Stufen auf dem Weg zur Erreichung der sozialistischen Zukunftsgesellschaft darstellten, d.h. „Mittel-zum-Ziel", keineswegs jedoch „Ziel" waren.

Abschliessend kann festgestellt werden, dass der Satz im Sozialdemokratischen Programms von 1913, der unter den sog. „Hauptzielen" der Partei auch die Notwendigkeit „der Verbreitung von Aufklärung und besonders von Kenntnissen des Zustandes der Entwicklung des kapitalistischen Systems" nennt, der einzige Punkt ist, der nachweislich aus Triers Programmentwurf stammte bzw. aus dem von Bang und Trier. Dass Trier an anderen Passagen des Programmes mitgearbeitet haben dürfte, ist möglich, aber nicht nachweisbar. Auf keinen Fall lassen sich Passagen aus den Programmentwürfen von 1906 und 1908 im endlichen Programm wiederfinden. Triers Einfluss auf das Parteiprogramm von 1913 war demnach sehr gering.

1 Ebd. S. 52. Vergl. auch: Protokol kongres 1906, S. 40, Fussnote.

2 Ebd. S. 40 f.

3 Protokol kongres 1908, S. 52 f.

11.1.3 Der Parteiaustritt

In seinem Brief an den Parteichef Thorvald Stauning vom 30. September 1916 legte Trier sein Amt als Mitglied des Vorstandes des Sozialdemokratischen Bundes nieder und erklärte seinen Austritt aus der Partei[1]. Es ist keine Übertreibung zu behaupten, dass er sich in diesem Brief den Frust und die Enttäuschungen seiner späten Jahre in der Partei von der Seele schrieb.

Den Anstoss für Triers Parteiaustritt lieferte der 16. Parteitag der Sozialdemokratie am Abend des 29. September 1916. Der Parteitag war ein ausserordentlicher und in aller Eile 48 Stunden zuvor einberufen worden. Zur Debatte stand ein einziger Punkt: die Aufforderung der radikalen, seit ihrem Amtsantritt 1913 von der sozialdemokratischen Fraktion im Folketing unterstützten Regierung zur Teilnahme eines sozialdemokratischen Politikers als Ministers ohne Portefeuille an der Regierung. Gleichlautende Angebote waren auch an die beiden oppositionellen Parteien gegangen, nämlich an Venstre und die Konservativen[2]. Der Anlass war, wie Stauning auf dem Parteitag erklärte, eine inzwischen zwei Monate andauernde innenpolitische Krise, die dadurch ausgelöst worden war, dass die Regierung ihre Bereitschaft zum Verkauf der – neben Grönland – letzten Kolonien, der drei dänischen Karibikinseln, an die USA erklärt hatte. Das Angebot der USA belief sich auf 25 Millionen USD, in jenen Jahren eine exorbitante Summe[3]. Wie Stauning erklärte, herrschte politische Uneinigkeit über den Verkauf der Inseln, die „niemals irgendeine Beziehung zu Dänemark gehabt haben, die aber jetzt … an eine Nation verkauft werden können, zu der sie in eine starke Beziehung" treten könnten[4]. Wegen der prekären Lage, in der Dänemark sich während des Ersten Weltkrieges befand – es herrschte strikte Neutralität, Regierung und Sozialdemokratie wollten auf keinen Fall einen Wahlkampf vom Zaun brechen, dessen Ausgang für beide möglicherweise positiv ausgefallen wäre, aber, wie Stauning meinte[5], im Verlaufe dessen auch chauvinistische Stimmungen hochkochen könnten, die auf die Revision der deutsch-dänischen Grenze zielten und damit die dänische Neutralität gefährden könnten[6] – war es geboten, die Krise schnell und möglichst geräuschlos zu beenden. Stauning:

> *Das Ziel der Chauvinisten ist es, alten Nationalhass aufrechtzuerhalten und bei passender Gelegenheit die Nordschleswigfrage aufzuwecken, zum unermesslichen Schaden für Dänemarks Zukunft. Glücklicherweise werden diese Phantastereien … nur von einer unbedeutenden Minderheit genährt. Aber die kriegsführenden Mächte*

1 Dokument 39.

2 Dänisch: Det konservative Folkeparti, d.h. die konservative Volkspartei, die 1915 die alte „Rechte" (Højre) ablöste. Vergl. Lahme, Dänemark, S.50 ff.

3 Bei den drei Inseln handelte es sich um St. Thomas, St. Jan und St. Croix. Sie waren seit 1672, 1718 und 1733 im Besitz des (bis 1814) dänisch-norwegischen Staates. Zu den Hochzeiten des „Dreieckshandels" zeitweise sehr einträglich für Dänemark (-Norwegen), und insofern keineswegs ohne Beziehung zu Dänemark, verarmten die monokulturellen (Zuckerrohr, Baumwolle, Tabak) Inseln ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, insbesondere nach der Abschaffung der Sklaverei 1848 und wurden zur Belastung für den dänischen Staatshaushalt. Nach: Dansk Vestindien, in: Wikipedia, den frie encyclopædi.

4 Das Kongressprotokoll trug keinen Titel, bzw. wurde ohne Titelblatt herausgegeben. Deshalb: Socialdemokratiets 16. Kongres, o. O. u J., S. 11, hinfort: Protokol kongres 1916.

5 Ebd., S. 10 f.

6 Ebd., S. 10.

sind in diesen Zeiten sehr empfindlich, und deshalb müssen wir mit aller Macht eine Politik stützen, die die grösstmögliche Vorsicht aufweist[1].

Hinzu kam, dass die gerade einmal 26.000 Inselbewohner[2], wie Stauning bemerkte, Dänemark nicht wohlgesonnen waren. Ein Generalstreik war ausgerufen worden, und Unruhen waren im Verzuge, denn die Abkömmlinge ehemaliger Sklaven zogen die Zugehörigkeit zu den USA der zu Dänemark vor[3].

Nachdem schon der Parteivorstand die Entsendung eines sozialdemokratischen „Kontrollministers" in die radikale Regierung befürwortet hatte, stimmte auch der Parteitag zu - und zwar mit einer überwältigenden Mehrheit von 291 gegen 32 Stimmen. Der Posten des „Kontrollministers" fiel erwartungsgemäss an Stauning[4]. Zum ersten Mal in der Geschichte Dänemarks gab es einen sozialdemokratischen Minister, war die Partei in der Regierung.

Was Trier betraf, war das Ja des Parteitages zum Eintritt eines sozialdemokratischen Kontrollministers in die radikale Regierung der berühmte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. In seinem Brief an Stauning zählte er die verschiedenen Stationen der Sozialdemokratie auf dem Wege zu „einer neuen bürgerlichen Partei" auf, die - nachträglich und ausdrücklich - vom Parteitag in Århus 1915 abgesegnet worden waren, als da waren: die Bewilligung der Militärvorlagen, die von der Regierung zur Wahrung der Neutralität Dänemarks vorgeschlagen worden waren, aber dem antimilitaristischen Programm der Sozialdemokratie gründlich wiedersprachen[5]; die Missachtung der Beschlüsse zur Distanzierung der Sozialdemokratie von der Monarchie, zu der Trier die Resolution verfasst hatte[6]; schliesslich und gleichsam als „Gesamtsumme", die Aufgabe des Klassenkampfes zugunsten eines „Burgfriedens" mit dem bürgerlichen Staat, womit sicherlich die seit 1913 erfolgte Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktionen zu den Haushaltsvorlagen gemeint war[7]. Trier gab ausserdem seiner grossen Enttäuschung Ausdruck, dass er die Möglichkeit einer innerparteilichen Opposition, die die Partei auf die „rechte Spur zwingen konnte", überschätzt hatte[8], man könnte hinzufügen: masslos. Vor allem die „jungen

1 Ebd.

2 Dansk Vestindien, a.a.O.

3 Protokol kongres 1916, S. 11.

4 Grelle, Thorvald Stauning, S. 180 ff. – Der Verkauf der Inseln war am 14. Dezember 1916 Gegenstand der ersten Volksabstimmung in der Geschichte Dänemarks, als deren Ergebnis sich 64% der Wahlberechtigten für den Verkauf aussprachen. Allerdings: Die mehrheitlich schwarze Inselbevölkerung wurde nicht gefragt. St. Thomas, St. Jan und St. Croix gingen am 31. März als „US Virgin Islands" in den Besitz der USA über. Vergl. Dansk Vestindien, a.a.O. – Nach der Abstimmung verliessen die Kontrollminister der beiden Oppositionsparteien die Regierung Zahle, Stauning blieb im Amt bis zum Abgang der Regierung 1920. Vergl. Grelle, Thorvald Stauning, S. 216.

5 Protokol for den socialdemokratiske Partikongres i Aarhus den 23., 24. og 25. September 1915, Aarhus o. J., S. 30 f. Hinfort: Prokol kongres 1915.

6 Ebd., S. 18 f., S. 32. Triers Resolution in Protokol kongres 1908, S. 80. Es ging darum, dass der Parteitag von 1915 es abgelehnt hatte, die Teilnahme sozialdemokratischer Reichstagsageordneter an einem vom König arrangierten Fest zu rügen. Näheres auch in O. Bertolt und A. Andersen, En Bygning vi rejser, S. 370 ff. 1954, Bd 1,

7 Zu diesem Bruch sozialdemokratischer Traditionen siehe Stauning auf dem 1915er Parteitag, Protokol kongres 1915, S. 23 f. Zu Triers Brief vergl. auch die Brochüre von Ernst Christiansen und Johs. Erwing, Striden i Socialdemokratiet, o. O. 1919, in der die Verfasser, und zwar sehr ausführlich, den gleichen Frustrationen freien Lauf geben wie Trier: die Partei habe einer Verzehnfachung des Militärhaushalts zugestimmt; sie sei „hoffähig" geworden, indem sie, als der Welt einzige sozialistische Partei, Regeln erlassen habe, denen zufolge ihre Vertreter an allen festlichen Veranstaltungen der Monarchie teilnehmen könnten, abgesehen von Familienfeiern.

8 Vergl. Dokument 39.

Arbeiter", d.h. die Zielgruppe von seinen und Nic. L. Petersens Bildungsinitiativen, hatten enttäuscht. Es hatte sich gezeigt, dass es den „lebendigen Teil" in der Partei, auf den er, wie er Engels mitteilte, seit 1889 gehofft hatte[1], nicht gab. Trotzdem – es mutet erstaunlich an, wie wenig Bitterkeit Triers Brief an Stauning durchschimmern lässt, trotz des darin beschriebenen Scheiterns des Grossteils seines Lebenswerkes.

Gerson Trier blieb für den Rest seines Lebens politisch heimatlos. Er starb am 22. Dezember 1918.

11.2 Nic. L. Petersen

Nic. L. Petersens weitere Geschichte in der Arbeiterbewegung ist schnell erzählt, ebenso wie sein tragischer weiterer Lebenslauf. Anders als Trier spielte er nach seinem Wiedereintritt in die Sozialdemokratie keine Rolle mehr in der Partei. Er verblieb auf Distanz bzw. wurde auf Distanz gehalten, möglicherweise, weil der Graben zwischen ihm und dem Parteichef P. Knudsen über die Jahre unüberwindbar geworden war. Ansonsten ähnelte Nic. L. Petersens Tätigkeitsfeld in den Jahren nach dem Widereintritt dem Triers – er war vielbeschäftigter Dozent und Vortragshalter und Vermittler der marxistischen Theorie, und als solcher trat er vor den Foren auf, die ihm, dem mit Fug und Recht das Prädikat eines „proletarischen Intellektuellen" gebührt, gerecht wurden, als da waren: der Karl-Marx-Klub und andere sozialdemokratische Diskussionsklubs und – vor allem – der „Deutsche Sozialdemokratische Verein Vorwärts". Ein Blick in die Protokollbücher des Karl-Marx-Klubs bezeugt Vorträge Nic. L. Petersens u.a. mit folgenden Überschriften: „Was wollen die Sozialdemokraten?" und: „Anarchismus und Sozialismus" und weiter: „Der Fetischcharakter des Grundgesetzes". Der Zeitpunkt für die meisten dieser Vorträge dürfte nach dem Wiedereintritt in die Partei gelegen haben[2]. 1903 wurde ihm ausserdem das Amt des Redakteurs des Blattes „Socialisten" („Der Sozialist") anvertraut, der Publikation der sozialdemokratischen Diskussionsklubs. Wie oben bemerkt, blieb es Nic. L. Petersen verwehrt, an der Kopenhagener Volksuniversität über die Wirtschaftstheorien von Marx zu lehren, in denen er sich inzwischen gut auskannte, was insbesondere in den Aufzeichnungen des deutschen Vereins Vorwärts deutlich wird. Dazu ein paar Beispiele seiner in deutscher Sprache gehaltenen Vorträge: im Juli 1904 wurde ein „Vortrag von Nicolei (sic) Petersen (über) Die Wirthschaftslehre von Carl Marx!" angekündigt, wozu es ergänzend hiess: „Die Mitglieder werden durch Karten eingeladen"[3]. Letzteres lässt darauf schliessen, dass der Vortrag ein wichtiges Ereignis im Vereinsleben war. Kurze Zeit später wurde ein weiterer Vortrag vom nämlichen „Nicolei Petersen über das Thema: ‚Grundzüge über die Wirthschafts-Lehre von Carl Marx' protokolliert". Es heisst hier:

1 Vergl. Dokument 7.

2 Referat Protokol for Diskussionsklubben Karl Marx, o.D., Karl-Marx-Klubbens Arkiv, ABA. Auch die Sitzungen sind undatiert, die Zeitangabe ergibt sich aus dem Inhalt.

3 Protokollbuch des deutschen sozialdemokratischen Arbeiter Vereins „Vorwärts" (zu Kopenhagen), Generalversammlung vom 16. Juli 1904, ABA.

> *Der Referent kommt zuerst auf das Kapital zu sprechen (Handels und Wucher Kapital) geht sodann auf die Waarenproduktion über, erläutert den Werth, den Tauschwerth & den Waarentausch. Seine Ausführungen werden von der Versammlung mit Beifall aufgenommen*[1].

Der Vortrag wurde zwei Wochen später fortgesetzt:

> *Gen. Pedersen erhielt nun zur Fortsetzung seines Vortrages das Wort. In weitausgreifender, anschaulicher Weise schilderte er, wie es immer nur der Arbeiter ist, der durch seine positive Arbeit erst Werte schafft, wie zum dank dafür der Kapitalismus und seine Helfershelfer die Arbeiter knechten und zu Sklaven zu machen bestrebt sind um ihn (sic) immer mehr ausbeuten zu können. Er schilderte, wie es dem Kapitalisten immer noch möglich ist, grösseren Nutzen aus den Arbeitern herauszuschinden, selbst wenn diese es durch ihre Organisation erreicht haben, eine Verkürzung der Arbeitszeit und kleine Lohnerhöhungen herbeizuführen. Der Kapitalist ermöglicht diese eines theils durch intensivere Ausnutzung der Arbeitskraft durch Einführung der Theilarbeit, andererseits auch durch Nutzbarmachung der neuesten Errungenschaften der Technik*[2].

Im April des Jahres 1905 hielt „Gen. Nic. Petersen" vor dem gleichen Publikum einen Vortrag über die „Verelendungstheorie" von Karl Marx, wozu es heisst:

> *Derselbe führte in einem wohldurchdachten Vortrage die Entwicklung und Erweiterung der Verelendung der heutigen Gesellschaft im kapitalistischen Staate aus, wo wir wohl noch einen Mittelstand, aber blos als vom Kapital abhängigen Mittelstand besitzen, jedoch die Verelendung der grossen Massen mit Riesenschritten von sich geht*[3].

Der folgende Vortrag über „Die Taktik der dänischen Sozialdemokratie" bezeichnete wahrscheinlich das letzte öffentliche Auftreten Nic. L. Petersens in Dänemark.

Wovon Nic. L. Petersen in diesen Jahren seinen Lebensunterhalt bestritt bleibt im Dunkeln. Immerhin ist bekundet, dass er zeitweilig als Hausmeister arbeitete[4], wie lange und wo ist nicht bekannt. Ansonsten darf angenommen werden, dass er - weiterhin wohl mehr schlecht als recht - von Honoraren als Sprachlehrer lebte, vielleicht verdiente er auch an seinen Vorträgen und seiner Tätigkeit als Redakteur. Allerdings, dass er, inzwischen von seiner Frau geschieden, 1905, wie es scheint plötzlich und unter ungeklärten Umständen, seine Familie in Kopenhagen verliess und nach Hamburg übersiedelte, lässt auf persönliche Probleme schliessen und auf nervliche Zerrüttung, die in einem Selbstmordversuch kulminierte: auf einer Elbbrücke stehend, schoss er sich nach seiner Ankunft in Hamburg in den Kopf. Den anschliessenden Sturz in den Fluss überlebte er nur, weil er von Fischern aus

1 Protokoll der Vereins-Versammlung vom 23. Juli 1904, ebd.

2 Ebd., 06.081904.

3 Ebd., 15.04.1905.

4 Bezeugt ist dies für 1901. Dies geht hervor aus einem von mehreren losen Zetteln mit den Namen, Adressen und Stellungsbezeichnungen der 1901 in die Partei Wiederaufgenommenen im Nachlass P. Knudsen.

dem Wasser gezogen wurde. Nach seiner Behandlung im Hafenkrankenhaus überlebte er schwerverletzt[1], allerdings konnte die Kugel nicht aus seinem Kopf entfernt werden, weshalb er danach und sicherlich für den Rest seines Lebens an Gedächtnisstörungen und Schmerzen litt[2]. Es mutet seltsam an, dass Nic. L. Petersen trotz dieser Behinderungen in der Lage war, eine mehr als 30seitige Broschüre mit dem Titel „Die materialistische Geschichtsauffassung" zu verfassen[3], ein durchaus eigenständiges Werk, welches nachdrücklich zeigt, in wie hohem Grade sich Nic. L. Petersen mit grundlegenden Werken von Marx und vor allem Engels auskannte und sich mit den marxistischen Theorien beschäftigt hatte[4].

Nic. L. Petersen meldete sich am 10. August 1910 mit unbekanntem Ziel aus Hamburg ab. Danach verliert sich seine Spur[5]. Zwar erst Mittfünfziger, aber schwerkrank, kann er kaum noch lange gelebt haben.

1 Siehe Juliane Petersen, Nic. L. Petersens Ehefrau, an Georg Bolgann, o. O. u. D., und Georg Bolgann an Oluf Bertolt, Kopenhagen, 05.08.1953, Nachlass Bolgann.

2 Verschiedene Briefe an Bolgann, alle undatiert, sowie Bolganns biographische Notizen über Nic. L. Petersen, angefertigt für Oluf Bertolt, in den 50er Jahren Archivar im ABA, Nachlass Bolgann.

3 Ebd. berichtete Bolgann, der Nic. L. Petersen auf Bitten seiner (geschiedenen) Frau Juliane nach dem Selbstmordversuch in Hamburg aufsuchte, „dass der Teil seines (Nic. L. Petersens) Gehirns, der seine Familienverhältnisse beinhaltete, stark beschädigt war, wohingegen der Teil, der die Arbeiterbewegung beinhaltete, recht unbeschädigt war." Dies war Bolganns Erklärung dafür, dass Nic. L. Petersen trotz seines Hirnschadens in der Lage war, die Broschüre zu schreiben. Bolgann an Oluf Bertolt, Kopenhagen, Nachlass Bolgann.

4 Nic. L. Petersen, Socialistiske Teorier, I: Den materialistiske historieopfattelse, Kopenhagen 1907.

5 Diese Angaben beruhen auf einer Mitteilung des Staatsarchivs des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg an den Verfasser. Laut derselben Quelle gab Nic. L. Petersen in Hamburg als Beruf „Arbeiter" und „Privatlehrer" an. Der überprüfte Zeitraum ist 1868 bis 1925. Das Hamburger Archiv teilte weiter mit, dass Nic. L. Petersen möglicherweise nach Celle weiterreiste, was vom Stadtarchiv Celle jedoch nicht bestätigt werden konnte. Damit bleibt das Ende Nic. L. Petersens im Dunkeln. – Wie und wo weitere Nachforschungen zum endgültigen Schicksal Nic. L. Petersens anzustellen wären, entzieht sich der Phantasie des Verfassers.

12. Nachlese

In den Augen P. Knudsens und seiner reformsuchenden Parteigänger konnte den Revolutionären – und d.h. in der Hauptsache Trier, Nic. L. Petersen und den Mitgliedern des Redaktionskomitees von *Arbejderen* zuzüglich Signe Andersens – wenig Erfolg beschieden gewesen sein. Der Historiker kommt nicht umhin, sich dieser Auffassung anzuschliessen. Nach einigen wenigen Anfangserfolgen zeigte es sich schnell, dass die Revolutionären kaum mehr als ein vorübergehendes Ärgernis waren, denn immerhin hatten sie es darauf abgesehen gehabt, die dänische Arbeiterbewegung mit den Lehren von Marx und Engels zu vereinen, und das bedeutete, ihr eine marxistische Taktik aufzuoktroyieren, was zu allererst mit der Aufgabe der Bündnispolitik identisch gewesen wäre. Dieses Vorhaben misslang gründlich. Bevor die Revolutionären nennenswerten Einfluss in der Sozialdemokratie gewinnen konnten, hatte es der gewiefte Taktiker P. Knudsen zur Kraftprobe der Abstimmung kommen lassen, woraufhin die Sieben sich ausserhalb der sozialdemokratischen Partei wiederfanden. Damit waren sie ausmanövriert. Die als Folge der Abstimmung gebildete RSAP war eine „superdemokratische", aber auch „wacklige" Organisation; sie kam über zeitweilig gut 300 Mitglieder nicht hinaus und wurde nie zu einer Bedrohung für die Sozialdemokratie, geschweige denn zu einer Alternative. Weit entfernt davon, eine „Kaderpartei" darzustellen, glich sie am ehesten einem Debattierklub. Ebenso bedeutungslos blieb die Zahl der Sympathisanten, die natürlich höher war als die der Mitglieder in der RSAP und mit den 1.000 Abonnenten, die *Arbejderen* in seiner Hochzeit hatte, identisch gewesen sein dürfte. In den Gewerkschaften konnten die Revolutionären niemals Fuss fassen; ihre gewerkschaftliche Anhängerschaft betrug nie mehr als eine Handvoll, vielleicht – so eine Schätzung – zwischen 25 und 50, aber kaum mehr, eher weniger, denn sonst hätte *Arbejderen* es sich nicht nehmen lassen, darüber zu berichten. „Achtungserfolge", die sich auf Sympathiekundgebungen beschränkten, verbuchten die Revolutionären in der internationalen sozialistischen Bewegung, d.h. in der SAPD/SPD und auf den frühen internationalen und den skandinavischen Kongressen. Hier gerieten vor allem Nic. L. Petersen seine Sprachkenntnisse, seine persönlichen Netzwerke und auch seine Kenntnisse der marxistischen Theorie, die er mit Trier teilte, zum Vorteil. Auch war es den Revolutionären zu verdanken, dass die dänische Partei auf dem ersten dieser Kongresse, nämlich dem von 1889, vertreten war und damit zu den Gründerorganisationen der neuen Internationale zählte. Allerdings – P. Knudsen und seine reformsuchenden Stützen hatten keine Mühe, mit Hilfe simpler, manchmal an Einfältigkeit grenzender Rabulistik die auf diesen Kongressen gefassten Beschlüsse, d.h. den zur Resolution Nr 6 (Paris 1889) und den zur Maifeier (Brüssel 1891), die der Politik des Sozialdemokratischen Bundes zuwiderliefen und von denen daher angenommen werden konnte, dass sie eine Kurskorrektur hätten verursachen können, zu verdrehen. Daran änderte sich auch nichts, als die Revolutionären und ihre Gefolgsleute, unter ihnen die Mitglieder der DLG, P. Knudsens Interpretationen der Tatsachen in der internationalen Arbeiterbewegung publik machten, was den Parteichef zwar erboste, ohne dass jedoch mehr dabei herauskam als ein paar in gereiztem Tone geführten Zeitungsdebatten und in ebenso ver]argertem Ton verfasste Briefe. Ähnliches gilt für die kreative Auslegung eines Mehrheitsbeschlusses durch P. Knudsen und seine Gefolgsleute auf dem skandinavischen Kongress von Kristiania 1890, als es den

Revolutionären versagt blieb, das prinzipiell reformistische Landarbeiterprogramm der Parteimehrheit der Reformsuchenden im marxistischen Sinne abzuändern. Auch hier zeigte es sich sehr deutlich, dass die Revolutionären P. Knudsen und der reformsuchenden Parteimehrheit nicht gefährlich werden konnten, zumal Letztere bei der Wahl ihrer Mittel nicht zimperlich waren. Trotz revolutionärer Kritik und zahlreicher Sympathiekundgebungen ausländischer Arbeiterparteien, besonders der deutschen, der Lafargues und sogar Friedrich Engels' für die Revolutionären, verfolgte die dänische Sozialdemokratie unter P. Knudsen unbeirrbar ihren Weg des „Reformsuchens", worunter eine frühe Form des Reformismus zu verstehen ist. Das „Reformsuchen" stützte sich zuallererst auf die Politik der Bündnisse, zuerst mit Venstre, die dann mit den Radikalen fortgesetzt wurde. Die Bündnispolitik, ohne die der Weg der dänischen Arbeiterbewegung zur Macht nicht möglich gewesen wäre, war und blieb der Kern der Reformpolitik und folgerichtig und gleichzeitig der Kritik der Revolutionären. Für Trier trifft dies auch nach seinem Wiedereintritt in die Partei zu - in seinen nimmermüden Erklärungen und Resolutionsvorschlägen auf den Parteitagen versuchte er, die Bündnispolitik zu unterbinden - und scheiterte damit immer wieder. Ähnlich ging es ihm mit seinen Versuchen, die Neufassung des Parteiprogrammes der Sozialdemokratie im marxistischen Sinne zu beeinflussen - auch damit scheiterte er.

An dieser Stelle ist die Versuchung gross, hinzuzufügen, dass, wäre dieses Ansinnen gelungen, es ohnehin nur ein Anstrich gewesen wäre. Und weiterhin wäre hinzuzufügen, und darf letztendlich nicht vergessen werden, dass der Marxismus von Trier und Nic. L. Petersen der der II. Internationale war, in der, wie von Georg Fülberth treffend dargestellt wurde,

> *der historische Materialismus in der an revolutionären Perspektiven orientierten Version von Marx und Engels … zwar rezipiert (wurde), … aber ohne erkennbaren Zusammenhang mit … der Tagespolitik (blieb).*

Und weiter:

> *Im praktischen Verhalten – in Gewerkschaften, Genossenschaften und Gemeinden – aber hatte die Arbeiterpartei keine andere Strategie als den Kampf um Verbesserungen der Lebensbedingen innerhalb des Kapitalismus, der unverkennbar in eine Phase der Festigung getreten war*[1].

Der Kritik der Revolutionären stand der Erfolg des Konzepts des Reformsuchens gegenüber, der spätestens mit der Einführung parlamentarischer Zustände in Dänemark 1901 möglich wurde und spätestens mit Staunings Ministerposten 1916 und dann 1924 mit der ersten sozialdemokratischen Regierung, mit Stauning als Premier, kulminierte. Auf dem Hintergrund dieser Erfolge konnte die dänische Sozialdemokratie eine Epoche grossangelegter Sozialreformen bewerkstelligen, im Verlaufe derer Dänemark sich zu einem führenden europäischen Sozialstaat entwickelte und die Sozialdemokratie ihren Frieden mit dem bürgerlichen Staat und seinen Institutionen machte oder, anders ausgedrückt, sie in Besitz nahm. Die Möglichkeiten des Weges dahin frühzeitig erkannt und das Ziel nie aus den

1 Georg Fülberth, Marxismus, Köln 2014/15, S. 34 (Basiswissen Politik, Geschichte, Ökonomie).

Augen verloren zu haben, war das grosse Verdienst P. Knudsens und seiner Gefolgsleute im Vorstand des Sozialdemokratischen Bundes und in den Gewerkschaften, die die Bündnispolitik mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Kritik der Revolutionären verteidigten. Um es zu wiederholen – unter diesen Mitteln gab es eine Vielzahl von „unsauberen" wie: Tatsachenverdrehungen, die persönliche Verfolgung von Nic. L. Petersen und Trier, die Verunglimpfung des Redaktionskomitees von *Arbejderen* und zahlreiche andere Entgleisungen. Auf der Gegenseite hatte insbesondere Nic. L. Petersen keine Hemmungen, den Sozialdemokratischen Bund insbesondere vor internationalen Foren schlechtzureden, ja lächerlich zu machen.

Trotz ihres unzweideutig reformistischen Kurses bekannte sich die dänische Sozialdemokratie weiterhin zu den Lehren von Marx und Engels, zumindest formell. Als Beispiel sei hier P. Knudsen zitiert, der seine Rede zur Parteitaktik und für die Bündnispolitik auf dem Parteitag von 1906 damit begann, festzustellen, dass „die internationale Sozialdemokratie … eine verhältnismässig junge Partei" sei. Und weiter: „Es ist Karl Marx der in den Sechzigern den Grundstein legte für die moderne Sozialdemokratie". Und schliesslich: „Die Sozialdemokraten haben in allen Ländern die Reaktion bekämpft. Sie haben festgehalten an der marxistischen Lehre"[1]. Dies war kaum mehr als ein Lippenbekenntnis, in dem marxistische Theorie nur noch in der Form von Reminiszenzen vorkam.

Zum Abschluss soll noch einmal Eduard Bernstein zu Worte kommen. Am 23. November 1893, also einige Jahre vor seiner offiziellen Hinwendung zum Revisionismus, aber schon auf dem Wege dorthin[2], schrieb er an Kautsky, dass, „soweit die Frage der Taktik in Betracht kommt", er „übrigens die der offiziellen Partei für die den Verhältnissen Dänemarks durchaus entsprechende" halte, d.h. er hielt die Bündnispolitik des Sozialdemokratischen Bundes für die richtige Taktik[3]. Dies war eine frühe Anerkennung der Richtigkeit des Reformkurses der dänischen Sozialdemokratie, zumindest für Dänemark. Fünf Jahre später, am 12. Juni 1898 und inzwischen aus der Retrospektive, ging er noch weiter. Er schrieb an den schon genannten Fernando Linderberg:

> *Soweit ich die Dänische Sozialdemokratie kenne, halte ich sie für eine ausserordentlich verständig geleitete Partei – vielleicht die erste sozialdemokratische Partei, die ihre Taktik und ihr Programm bewusst und folgerichtig den Verhältnissen ihres Landes anpasst. Ich habe das in einer der letzten Nummern des ‚Sozialdemokrat' (6. Sept. 1890) ausdrücklich anerkannt.*

Allerdings, gab Bernstein zu bedenken:

1 Kongres 1906, S. 13.

2 Dies belegt u.a. H.J. Steinberg, a.a.O., S. 90 ff.

3 In: Till Schulz-Brandenburg (Hrsg.), Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Karl Kautsky (1891-1895), Frankfurt/New York o.J., S. 274. (=Quellen und Studien zur Sozialgeschichte, Bd 23).

> *Eine Zeitlang war ich mit der Dänischen Partei ein wenig in Fehde, es schien mir als behandelte sie ihre Opposition nicht richtig, ich sah aber bald, dass sie in der Sache Recht hatte und die Opposition Unrecht*[1].

Die Zitate bezeugen, dass der dänische Parteienstreit genug Staub aufwirbelte, dass sich auch noch Jahre später ein führender Vertreter der internationalen Sozialdemokratie daran erinnerte; davon abgesehen bezeugt Bernsteins inzwischen positive Sicht des Verhaltens der dänischen Parteileitung und seine dementsprechend negative Beurteilung der Position der Revolutionären die Wandlung des sich nunmehr zum Revisionisten „läuternden" deutschen Sozialdemokraten; und drittens drückt sich in beiden Zitaten Bernsteins Anerkennung des „reformsuchenden", bzw. reformistischen Kurses der dänischen Bruderpartei aus. Oder zeigte sich in den Zitaten gar ein Bedauern darüber, dass die tief im Dilemma zwischen radikaler Parteiideologie und, trotz steigender Zahlen von Wählerstimmen und Mandaten, politisch letztendlich machtlose deutsche Partei[2] es den Dänen nicht gleichzutun vermochte?

1 Ny Kgl. Samling, KB, 3036, 40.

2 Für dieses Thema ist immer noch richtungsweisend Hans-Josef Steinberg, a.a.O., hier besonders S. 145 ff.

Teil 2: Exkurse

1 Das internationale Arbeitersekretariat[1]

Das Internationale Arbeitersekretariat, dessen RSAP-Vertreter wie oben dargestellt Nic. L. Petersen war[2], ist von der historischen Forschung bislang nur sporadisch behandelt worden, so dass viele Fragen offenbleiben. Das Folgende ist daher vorläufig.

In der Gründung des Sekretariats drückten sich die Bemühungen führender Vertreter von nationalen Parteien und Gewerkschaften um die internationale Einheit der Arbeiterbewegung aus, sowie der Wunsch, diese Bemühungen zu institutionalisieren, und zwar zu einem relativ frühen Zeitpunkt, nämlich kurz nach dem Pariser Kongress 1889. Die Initiative war von der jüngeren Marx-Tochter Eleanor und Will Thorne ausgegangen, um anlässlich Engels' 70. Geburtstages mit den nach London gereisten Gratulanten und Kampfgefährten des „Generals", nämlich Bebel, Liebknecht und Singer, diskutiert zu werden. Weiterer mögliche Teilnehmer an diesen Diskussionen waren Eleanor Marx-Aveling und Edward Aveling, ihr Lebensgefährte, sowie der ebenfalls nach London gereiste Paul Larfague, der Gatte der älteren Marx-Tochter Laura. Die Zeit, so fassten Eleanor Marx-Aveling und Thorne die Diskussion in einem Brief an den amerikanischen Gerwerkschaftsführer und Präsidenten der „American Federation of Labor" in New York zusammen, war gekommen, „eine enge und organisierte Verbindung zwischen den Arbeiterparteien herzustellen". Dazu bedurfte es des Mittels, „in jedem Land einen internationalen Sekretär zu ernennen, der mit allen anderen internationalen Sekretären in Verbindung stehen müsste"[3]. Eine fast gleichlautende deutsche Version dieses Briefes findet sich im Archiv der dänischen Gewerkschaftsbewegung, nämlich: „W. Thorne (General Secretary) und Eleanor Marx Aveling (Für das Ex. Com.)", an „Att. Redaktion des Social-Demokraten, Copenhagen, 16.12.1890"[4]. Dazu Thorne in seinen Memoiren:

> *I told them (d.h. den Avelings, Bebel, Bernstein und Frau, Paul Lafargue, Liebknecht, und Singer) that the time had come to bring about closer organised relations between the labour parties of the different countries. The most immediate question, I declared, was that of preventing the introduction from one country to another of unfair labour, i.e., of workers, who, not knowing the conditions of the labour struggle in a particular country, are imported into that country by the capitalists in order to reduce the wages and lengthen the hours of labour, or both. The most practical way to carry this out appeared to me by appointing in each country a secretary who would communicate with a secretary in the different*

1 Für wertvolle Auskünfte zur Frage des Internationalen Arbeitersekretariats gilt der Dank des Verfassers Markus Bürgi und Götz Langkau.- Zum Internationalen Arbeitersekretariat vergl. auch Federspiel, a.a.O., S. 144 ff.

2 Vergl. 8.1.

3 25.01.1891, MEW, Bd 38, S. 569 f.

4 Das Antwortschreiben J. Jensens ebd., 03.03.1891, in dänischer und deutscher Sprache. Ein Faksimile des Briefes und eine Wiedergabe von J. Jensens Antwortschreiben findet sich bei Søren Federspiel, Pio, Jensen og Marx. Internationalismens muligheder og praksis, Marx i Danmark, S. 55-75, hier S. 57 und S. 71 ff. Die Korrespondenz Eleanor Marx-Avelings und Thornes mit J. Jensen hat sich in den Protokollbüchern der Zusammenarbeitenden Gewerkschaften nicht niedergeschlagen.

> *countries, and the moment any dispute arose between labour and capital in any one country it would be known by all the others, who would make it their business to prevent the sending of labour to the country affected. I asked them to get the unions in their different countries to agree to this system of communication and assistance, and I promised to get my union to do this as far as England was concerned. From that day to this my union has always been closely associated with the International Trade and Labour Movement*[1].

In *Arbejderen* berichtete wahrscheinlich Nic. L. Petersen von „einer Konferenz", die während Engels' 70. Geburtstag stattgefunden hatte und an der Bebel, Liebknecht, Singer und „einige englische Arbeiterführer" teilgenommen hatten und auf der, initiiert vom „Vorstand der Gasarbeiter und des allgemeinen Arbeitervereins", d.h. dem schon mehrmals genannten Thorne, die Errichtung eines „Internationalen Arbeitersekretariats" beschlossen worden war[2]. Es hiess an gleicher Stelle, dass die Versammelten Paul Lafargue baten, „wenn die französische Arbeiterpartei mit diesem Gedanken sympathisiere", einen Arbeitersekretär zu benennen. Ausserdem war ein Rundschreiben verfasst worden, welches „im Dezember letzten Jahres an die Revolutionäre Sozialistische Arbeiterpartei in Dänemark gesandt (worden war)"[3].

Zu dem wenigen, was von der Arbeit dieses Sekretariats bekannt ist, gehört der als Dokument 22, unten, wiedergegebene Brief, der in *Arbejderen* vom 21.06.1891 in dänischer Übersetzung zu lesen war. Er trug die langatmige Überschrift „Das Internationale Arbeitersekretariat hat von London aus folgende Mitteilung erhalten". Eleanor Marx-Aveling bat in diesem Brief im Auftrage des „Vorstandes" um finanzielle Unterstützung für 750 streikende Londoner Ziegeleiarbeiter. Ob und in welchem Masse dieser Aufforderung nachgekommen wurde ist nicht bekannt.

Auf dem Brüsseler Kongress stand die Frage des Internationalen Arbeitersekretariats ebenfalls zur Debatte. Es war Edward Aveling, neben Thorne Delegierter der „Gasworkers and General Labourers", der die Idee zur Diskussion stellte, indem er vorschlug vor, in jedem Land einen internationalen Sekretär zu benennen[4]. Eleanor Marx-Aveling war ebenfalls in Brüssel anwesend, allerdings ohne sich bei dieser Gelegenheit zum Internationalen Arbeitersekretariat zu äussern.

Nach Brüssel verlieren sich die Spuren des Internationalen Arbeitersekretariats, denn obwohl die Existenz nationaler Sekretäre, eines Vorstandes und eines Exekutivkomitees auf eine beginnende Institutionalisierung schliessen lassen, sind weitere Aktivitäten nicht aktenkundig geworden, und das Sekretariat scheint aufgehört haben zu existieren.

---

1 Will Thorne, My Life's Battles, London o.J., S. 150 f. Parenthese vom Verfasser. – Zu Gompers siehe den ausführlichen Artikel in Wikipedia.

2 15.02.1891.

3 Ebd.

4 Vergl. Congrès international ouvrier socialiste tenu à Bruxelles du 16 au 23 août 1891. Rapport, Bruxelles 1891, S. 45–61, insbesondere S. 45 f. und S. 52 f. Seltsamerweise bleibt die Diskussion des Internationalen Arbeitersekretariats auf dem Kongress in Brüssel in Thornes Memoiren unerwähnt.

In wieweit es sich bei dem Internationalen Arbeitersekretariat um einen direkten Vorläufer des 1901 in Brüssel und 1903 in Berlin geschaffenen Internationalen Sozialistischen Bureaus, bzw. des Internationalen Gewerkschaftssekretariats handelte, wurde nicht ermittelt.

2 Dänische Übersetzungen von Texten von Marx und Engels

Die nachstehende Tabelle[1] ist nicht auf die wenigen Jahre des Wirkens der Revolutionäre und der RSAP begrenzt, sondern reflektiert die Anstrengungen der sozialistischen Arbeiterbewegung Dänemarks um die Herausgabe von wichtigen Texten von Marx und Engels in den entscheidenden Jahren vor dem Ersten Weltkrieg. Briefe und Brieffragmente wurden nicht in die Tabelle aufgenommen. Auch wurden die vor der Gründung der dänischen Arbeiterbewegung in den 1840er Jahren auf Dänisch herausgegeben Stücke von Texten von Marx und Engels nicht berücksichtigt, denn für die Arbeiterbewegung hatten sie keine Bedeutung[2]. Ole Stender-Petersen hat die Qualität der bis 1895 erschienenen Übersetzungen Stück um Stück und in penibler Kleinarbeit geprüft und gelangt zu folgendem Gesamturteil: „Die Übersetzung der publizierten Schriften ist in vielen Fällen etwas schludrig und bestimmt nicht fehlerfrei"[3].

Die Übersetzer der in der Tabelle angegebenen Texte sind nicht in allen Fällen bekannt. Louis Pio könnte Nr 2 und Nr 4 übersetzt haben, Carl Michelsen Nr 3. Emil Wiinblad hat möglicherweise Nr 6, das Kommunistische Manifest, übersetzt, Hans Vilhelm Lund übertrug nachweislich Nr 11 und Nr 14 (Bde 1 und 2 des Kapitals) ins Dänische[4]. Trier übersetzte bekanntermassen Nr 15 und könnte, da von Haus aus Romanist, auch Nr 21 übersetzt haben. Angesichts seiner guten Deutsch- und Englischkenntnisse könnte er an der Übersetzung von Nr 18 sowie 22-25 zumindest mitgearbeitet haben.

Eine interessante, von der Literatur allerdings kaum oder nicht berührte Frage ist die nach den Auswahlkriterien der übersetzten Texte. Dass grundlegende Werke wie das „Manifest", das „Kapital" und die „Ursprünge" in die dänische Sprache übertragen wurden, bedarf keiner näheren Erläuterung, denn ohne sie wäre eine Beschäftigung mit der sozialistischen Theorie nicht möglich gewesen. Demgegenüber scheint die Übersetzung einer Vielzahl anderer, weniger bedeutender Texte eher dem Zufall als einer prioritierten Liste gefolgt zu sein.

1 Die Tabelle wurde erstellt nach den Angaben von Louise Fluger Callesen, Karl Marx – Friedrich Engels, Tekster på dansk. En bibliografi over artikler, breve, bøger 1848-1996.(=ABA's bibliografiske serie 10) Kopenhagen 1997, und Stender-Petersen, De danske Marx- og Engels-oversættelser, S. 115-146.

2 Vergl. G. Callesen, Über die Verbreitung der Werke von Marx und Engels in Dänemark, S. 339 ff. Ders. orientiert ebd. auch über spätere Übersetzungen von Marx-Engels Texten. Zu Letzterem auch: Steen Bille Larsen, Danske Marx-Engels udgivelser 1945-1980, in: Marx i Danmark., S. 147-165.

3 Und weiter: „Es fehlte offenbar an fähigen Übersetzern, welche ‚Die deutsche Sprache in Wort und Schrift meisterten'". Vergl. Stender-Petersen, De danske Marx- og Engels-oversættelser, S. 123. Das Zitat im Zitat bezieht sich auf eine Bemerkung von Engels in seinem Aufsatz zur englischen Übersetzung des 1. Bandes des Kapitals, Wie man Marx nicht übersetzen soll, in: MEW, Bd 21, S. 229-237, hier S. 229. Zu einer positiveren Sicht von dänischen Übersetzungen von Marx gelangt Rasmus Juhl Pedersen, Danske Marx-oversættelser, in: Arbejderhistorie 35, 1990, S. 51-58, allerdings einzig auf der Basis von zwei Kapiteln der Übersetzung des 1. Bandes des Kapitals.

4 Vergl.L. Fluger Callesen, a.a.O., passim.

Anzumerken bleibt, dass wichtige Texte nicht oder sehr spät übersetzt wurden[1]. Die fett markierten Texte 18 und 22, 23 und 24 wurden in der Regie der RSAP übersetzt und erschienen, wie schon in Kapitel 4.4.2 dargestellt, in *Arbejderen*. Sie wurden der Vollständigkeit halber in die nachstehende Liste aufgenommen.

Die Bemühungen der dänischen Arbeiterbewegung im Zeitraum vor dem Ersten Weltkrieg um die Aneignung der sozialistischen Theorie spiegeln sich, neben der Übersetzung wichtiger Texte von Marx und Engels, auch in einer Reihe von in der Regie der Partei herausgegebenen Schriften sozialistischer, bzw. marxistischer Autoren in dänischer Sprache wieder, und zwar, um die wichtigsten zu nennen[2], in Band 1 der seit 1885 erscheinenden Reihe „Socialistisk Bibliotek" (Sozialistische Bibliothek) die folgenden: Wilhelm Brackes „Nieder mit den Sozialdemokraten", von 1876; Wilhelm Liebknechts, „Zu Schutz und Trutz!" (1871)[3] und August Bebels, „Unsere Ziele" (1870). Als Band 2 und 3 erschienen im gleichen Jahr in der nämlichen Reihe Stepnjaks, „Das unterirdische Russland" (1883) und August Bebels, „Die Frau und der Sozialismus" (1879). Als Band 8 und 9 erschien 1889 Benoit Malons „Histoire du socialisme depuis les temps les plus reculés jusqu' à nos jours" (1882)[4]. In der 1888 bis 1915 erscheinenden Reihe „Socialistiske Skrifter" (Sozialistische Schriften) erschienen neben Werken von Paul Lafargue und Jules Guedes, Domela Nieuwenhuis und Neuauflagen der in der Reihe Socialistisk Bibliotek herausgegebenen „Klassiker" Bebels, Brackes und Liebknechts sowie Lassalles Arbeiterprogramm (1. Auflage 1890, 2. Auflage 1900), Schriften dänischer sozialistischer Autoren, und zwar in steigendem Masse. Die hier zum Ausdruck kommende Tendenz, mehr und mehr dänische Originalbeiträge herauszugeben, verstärkte sich in der Neuauflage der Serie Socialistisk Bibliotek, in der 1910-1915 überwiegend Texte dänischer sozialistischer bzw. marxistischer Autoren, insbesondere Schriften des Kautskyaners Gustav Bang, herausgegeben wurden. Dies kann durchaus als ein Zeichen des gestiegenen Selbstbewusstseins der dänischen Sozialdemokratie gewertet werden.

1 Stender-Petersen, De danske Marx- og Engels-oversættelser,118 f., sieht in der nicht oder sehr spät erfolgten Übersetzung wichtiger Schriften von Marx und Engels (darunter z.B. „Der 18. Brumaire", erschienen 1852, sowie des „Anti-Dühring" von 1877-78) die Ursache für „die mangelnde Kenntnis (dänischer Sozialdemokraten) von Marx' und Engels' Revolutions- und Staatslehre, die sich … nicht zuletzt in den Programmen der Sozialdemokratie findet, speziell was die brennenden Probleme in Verbindung mit dem Übergang zum Sozialismus angeht". Diese etwas gewagte These setzt natürlich voraus, dass die entsprechenden Texte gelesen, verstanden und verinnerlicht, d.h. zu Handlungsmaximen erhoben worden wären.

2 Vergl. hierzu G. Callesen,, S. 39-43. – Die Qualität der Übersetzungen und ihre Vollständigkeit wurde nicht nachgeprüft.

3 Die Parenthesen bezeichnen das Erscheinungsjahr des Originals.

4 Die Malon Übersetzung war unvollständig, vergl. Bert Andréas, Let Manifeste Communiste de Marx et Engels. Histoire et Bibliographie 1848-1918, Mainland 1963, S. 252.

Autor Nr.		Titel der dänischen Übersetzung	Erscheinungsort und -datum der dänischen Übersetzung	Übersetzungsvorlage und ihr Erscheinungsdatum	MEW Bd./S.
1	M	Borgerkrigen i Frankrig	Socialisten, 1. Juli 1871[1]	The Civil War in France: Address of the General Council of the International Working Men's Association (Auszug)	17/313-332
2	M	Generalstatuter og reglementariske Bestemmelser for Arbejderforeningen „Internationale"	o. O. u. J. (Kopenhagen 1871); Kopenhagen 1871[2]	Statuts des l'Association Internationale des Travailleurs votés au Congrès de Genève, 1866	16/520-23
3	M	Borgerkrigen i Frankrig	Socialisten, 1872, Nr 69-74, 1-4, 8-11, 13, 15, 17, 19, 21, 23 und 2.	The Civil War in France: Address of the General Council of the International Working Men's Association	17/313-365
4	M	Det engelske Landproletariat	Kopenhagen 1876[3]	Das britische Ackerbauproletariat; Irland, (=Das Kapital, Erster Band, 2. Aufl., 23. Kapitel, Auszug)	23/701-738
5	E	Karl Marx' Begravelse[4]	Social-Demokraten (hinfort: SD) 29.03.1883	Das Begräbnis von Karl Marx, in: Der Sozialdemokrat, 22.03.1883	19/335-339
6	ME	Det kommunistiske Manifest. Med Forfatternes Forord. Oversat fra 3. autoriserede tyske Udgave[5]	Zuerst in SD, 12.-13., 15.-16., 18.-19. und 22.-23.01.1885, dann Kopenhagen 1885 (=Socialistisk Bibliotek, Bd 1: Socialistiske Pjecer, S. 1-20)	Manifest der Kommunistischen Partei, 3. Auflage, Hottingen/Zürich 1883	4/459-493, 573-574, 577

1 Socialisten, 1871-72, Wochenblatt, dann Tageblatt, war der Vorläufer von Social-Demokraten.

2 Nr 2 deckt über zwei Versionen der Generalstatuten, die unwesentlich voneinander abweichen. Die erste Version erschien o. O. u. J., die zweite erschien im Verlag H. Brix. Vergl. L. Fluger Callesen, a.a.O., S. 13, und Stender-Petersen, De danske Marx- og Engels-oversættelser, S. 123 f.

3 Zuerst als Artikelserie in Social-Demokraten 1876.

4 Vergl. auch: En Mindedag, in: ebd., 02.05.1893 (Deutsch: Ein Tag der Erinnerung, anlässlich der zehnten Wiederkehr des Todestages von Karl Marx).

5 Die dänische Ausgabe gibt nur Marx als Verfasser an.

Autor Nr.		Titel der dänischen Übersetzung	Erscheinungsort und -datum der dänischen Übersetzung	Übersetzungsvorlage und ihr Erscheinungsdatum	MEW Bd./S.
7	E	Socialismens Udvikling fra Utopi til Videnskab[1]	Ebd., S. 21-54	Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, 2. Aufl., 1883[2]	19/186-228
8	E	Wilhelm Wolff	Social-Demokratisk Ugeblad 1884, Nr 38 f., 41 und 43/2[3]	Wilhelm Wolff (Auszug), in: Die Neue Welt, August, September und Oktober 1876	19/53-63, 83-88
9	E	Dynamitattentaterne i London afslørede	SD 30.04.1885	Kaiserlich Russische Wirklich Geheime Dynamiträte, in: Der Sozialdemokrat, 29.01.1885	
10	E	England i Aaret 1845 og England i Aaret 1885	SD 16. und 21.07. 1885	England in 1845 und in 1885, in: Die Neue Zeit, 1885, Nr 6	21/191-197
11	M	Kapitalen. Første Del: Kapitalens Produktionsproces	Kopenhagen 1885 (=Socialistisk Bibliotek, recte: 1887)	Das Kapital. Erster Band, Dritte Auflage	23/11-35, 47-802
12	E	Johann Philipp Becker. Født 1809. Død 7de December 1886. Biografiske Notitser af Friedrich Engels	SD 31.12.1886	Johan Philipp Becker, in: Der Sozialdemokrat, 17.12.1886	21/319-24
13	E	Aabent Brev til Deltagerne i det internationale Protestmøde mod Krigen, afholdt i Paris Lørdag den 19. Februar 1887	SD 06.04.1887	Brief an das Organisationskomitee des internationalen Festes in Paris, in: Der Sozialdemokrat, 11.03.1887	21/344 f.
14	E	Den arbejdende Klasses Stilling i England	SD 31.12.1887, 04.01.1888	Deutsche Übersetzung des Artikels: Appendix to the American Edition of „The Condition of	21/ 250-56

1 Identisch mit dem Vorabdruck in Social-Demokraten vom, 29.01., 01., 02.,06., 07., 09., 12., 13., 16., 20., 21.,22. und 26.02.1884.

2 Zuerst als Artikelserie in Social-Demokraten, 1884. Eine weitere Auflage erschien 1906.

3 Diese Wochenzeitung wurde 1883 als Organ der Sozialdemokratie in Århus gegründet. Sie wurde 1884 in Demokraten umbenannt und erschien täglich.

Autor Nr.		Titel der dänischen Übersetzung	Erscheinungsort und -datum der dänischen Übersetzung	Übersetzungsvorlage und ihr Erscheinungsdatum	MEW Bd./S.
				the Working Class in England", in: Die Neue Zeit 1887, Nr 12	
15	M	Kapitalen: Anden Del. Kapitalens Cirkulationsprocess.	Kopenhagen 1887 (=Socialistisk Bibliotek, 5, recte: 1888)	Das Kapital. Zweiter Band, 1. Auflage	24/7-26, 31-518
16	E	Familjens, Privatejendommens og Statens Oprindelse. I Tilslutning til Lewis H. Morgans Undersøgelser. Dansk, af Forfatteren gennemgaaet Udgave, besørget at Gerson Trier	Kopenhagen 1888 (=Socialistisk Bibliotek, 7)	Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. Im Anschluss an Lewis H. Morgans Forschungen. 1. Auflage	21/27 ff., 30-173
17	E[1]	Den socialistiske Kongres i Paris 1889	SD, 03.04.1889	The International Working Men's Congress of 1889. A Reply to the „Manifesto of the Social Democratic Federation"	
18	**E**	**Beskyttelsestold og Frihandel**	**Arbejderen, 01.04., 08.04., 15.04., 22.04., 29.04., 06.05. und 13.05.1889**	**Schutzzoll und Freihandel, in: Der Sozialdemokrat, 21.07.1888**	**21/360-75**
19	E	Strejkerne i England	In: SD, 04.09.1889	Apropos of the London Dockers' Strike, in: The Labour Elector, vol. II, 31.08. 1889	21/382
20	E	Friedrich Engels imod de Revolutionære	SD, 19.03.1890	Was nun? In: Der Sozialdemokrat, 08.03.1890 (Auszug)	22/10
21	E	Friedrich Engels og „Oppositionen" i det tyske Socialdemokrati	SD,17.09.1890	Antwort an die Redaktion der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung", in: Der Sozialdemokrat, 13.09.1890	22/68 ff.

1 Mit Eduard Bernstein als Co-Autor.

Autor Nr.		Titel der dänischen Übersetzung	Erscheinungsort und -datum der dänischen Übersetzung	Übersetzungsvorlage und ihr Erscheinungsdatum	MEW Bd./S.
22	**M**	**Lønningsloven**[1]	**Arbejderen, 23.11.1890**	**Discours sur la question du libre échange (Auszug)**	**4/454 f.**
23	**E**	**Det russiske Sardømmes udenlandske Politik**	**Arbejderen, 14.04., 28.04., 05.05., 05.05., 12.05., 26.05., 02.06., 09.06., 16.06., 23.06., 07.07., 21.07., 28,07., 04.08. und 11.08.1890**	**The Foreign Policy of the Russian Tsardom, in: Time, April und Mai 1890**	**22/13-48**
24	**E**	**Det tyske Valg (Auszug)**	**Arbejderen, 17.03.1890**	The Elections of 1890 in Germany, in: Newcastle Daily Chronicle, 03.03.1890	22/4 ff.
25	**ME**	**Det kommunistiske Manifest). Med Forfatternes Forord. Medtager Forordene fra 1872 og 1873 (rudimentär)**[2]	**Arbejderen, 09.08., 16.08., 30.08., 06.09., 13.09., 20.9. und 27.09.1891**	**Manifest der Kommunistischen Partei, 3. Auflage, Hottingen/Zürich 1883 (Auszug)**	**4/459-485, 573-574, 577**
26	E	Om Brysseler Kongressen/Udland: Den politiske Situation[3]	SD, 18. und 20.09.1891	Vorwärts, 19.09.1891[4]	22//241-243
27	M	Karl Marx: Randglosser til Det tyske Arbejderpartis Program	SD, 11., 12., 13. und 14.1891	Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, in: Die Neue Zeit, 1890-91, Nr 1	19/15-32
28	E	Det tyske Socialdemokrati. Af Friedrich Engels	SD, 03.07.1891	Der Sozialismus in Deutschland, in: Die Die Neue Zeit, 1891/92, Nr 19 (Auszug)	22/247-260
29	E	Lønarbejde og Kapital. Af Karl Marx. Indledning af Friedrich Engels	SD, 9., 12, 13, 14 und 15, 21., 22. und 23.,26., 27. und 28.09. 1893	Lohnarbeit und Kapital, in: Vorwärts, 13.05. 1891 (Beilage)	6/397-423, 22/202.09.

1 Arbejderen schrieb fälschlicherweise, die Vorlage stamme aus „Das Elend der Philosophie".

2 Die Übersichtstabelle bei B. Andréas, a.a.O., S. 380 ff., „La diffusion du Manifeste. Tableaux synchronoptique 1848-1918", wäre um diese Übersetzung zu ergänzen.

3 Die dänische Ausgabe des Artikels zerfällt in zwei Teile, jeder mit seiner eigenen Überschrift.

4 Der Artikel erschien in der Rubrik „Politische Übersicht", ohne eigene Überschrift.

Autor Nr.		Titel der dänischen Übersetzung	Erscheinungsort und -datum der dänischen Übersetzung	Übersetzungsvorlage und ihr Erscheinungsdatum	MEW Bd./S.
30	E	Tyranniet i Italien. Af Friedrich Engels	SD, 14.11.1894	Il socialismo internazionale e il socialismo italiano, In: Critica Sociale, November 1894	22/478 f.
31	E	Engels om Socialismen	08. 08.1895	Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, 2. Aufl. 1883 (Auszug)	19/222-26
32	E	Friedrich Engels sidste Hilsen til Arbejderne	11.08.1895	I socialisti stranieri ai lavorati di Sicilia, in: La Ricossa, 30.06.1895	22/642
33	M	En Tale om Frihandel	Samarbejdet. Organ for Arbejdernes faglige Interesser, Nr 9 -11, 1897	Discours sur la question du libre échange, prononcé a l'Association Démocratique de Bruxelles	4/444-448
34	ME	Det kommunistiske Manifest (Neuauflage von Nr 6)	Kopenhagen 1885 (=Socialistiske Skrifter Bd 2)	(Vergl. Nr 6)	(Vergl. Nr 6)
35	M	Lønarbejde og Kapital	Kopenhagen 1900 (=Socialistiske Skrifter Bd 16)	Lohnarbeit und Kapital, Separat Abdruck …, mit einer Einleitung von Friedrich Engels, o. O. 1891	6/397-423
36	M	Værdi, Pris og Profit	Socialisten, 3. Jahr. (1905) Nr 11, 4. Jahrg. (1906) Nr 1, 3, 5-11, 5. Jahrg. (1907) Nr 1, 2, 6-9, 6. Jahrg. (1908) Nr 8-9	Value, price and profit, addressed to Working Men, London 1898 (Auszug)	16/101-109
37	E	Familiens, Privatejendommens og Statens Oprindelse (Neuauflage von Nr 16)	Kopenhagen 1906	(Vergl. Nr 16)	(Vergl. Nr 6)

Autor Nr.		Titel der dänischen Übersetzung	Erscheinungsort und -datum der dänischen Übersetzung	Übersetzungsvorlage und ihr Erscheinungsdatum	MEW Bd./S.
38	M, E	Det kommunistiske Manifest (Neuauflage von Nr 6 und Nr 34)	Kopenhagen 1907 (=Socialistiske Skrifter Bd 10)	(Vergl. Nr 6 und 34)	(Vergl. Nr 6 und 34)
39	E	Den rette Løn for det rette Arbejde	In: Fremad, Organ for socialdemokratisk Ungdomsforbund i Danmark, 2. Jahrg. (1908), Nr 12, S. 12 f. (Auszug)	A Fair Day's Wages for a Fair Day's Work, in: The Labour Standard, 07.05.1881	19/247-250

Teil 3: Die Korrespondenz der Revolutionären mit Friedrich Engels und anderen

1 Einleitendes

Der vorliegende Teil 3 der Studie enthält die Korrespondenz Gerson Triers und Nic. L. Petersens mit Friedrich Engels und anderen Persönlichkeiten der dänischen und europäischen Arbeiterbewegung. Dazu kommt ein Brief von Fritz Julius Nielsen Kolding (in der Tabelle unten NK) an „englische Sozialisten", möglicherweise an die Socialist League. Die überlieferte Korrespondenz von Nic. L. Petersen (in der Tabelle NLP) und Trier erschöpft sich keineswegs mit den hier wiedergegebenen Dokumenten. Der Bolgann Nachlass im ABA in Kopenhagen enthält, einmal abgesehen von den hier veröffentlichten Briefen Triers (37 und 38), eine Vielzahl von Briefen und Postkarten Nic. L. Petersens und seiner Frau an Bolgann, einige geschrieben in Kopenhagen 1903-05, die meisten in Hamburg zwischen 1905 und 1907, die für das Thema der Studie keine Bedeutung haben und deshalb nicht veröffentlicht wurden. Das gleiche gilt für die Briefe Triers an Mitglieder seiner Familie und zeitgenössische Persönlichkeiten, die in der Handschriftensammlung der Königlichen Bibliothek in Kopenhagen aufbewahrt werden. Hingewiesen sei auch auf einen Briefwechsel Triers mit P. Knudsen, der am 10., 16. und 23. August 1889 in *Social-Demokraten* veröffentlicht wurde, sich allerdings wegen seiner Langatmigkeit, mit der innerparteilich-dänische sowie persönliche Querelen abgedroschen werden, nicht für eine Wiedergabe im Dokumententeil dieser Studie eignet. Dieser Briefwechsel wurde bei der Besprechung der Streitigkeiten um die Resolution Nr 6, hinlänglich zitiert (vergl. Kapitel 4.5.3).

Die Tabelle weiter unten gibt einen Überblick über die insgesamt 39 Briefe. Die Nummerierung der Briefe folgt ihrer Datierung. Wenn nicht anders angegeben, ist die Sprache der wiedergegebenen Briefe Dänisch. Die Fundorte werden bei den einzelnen Dokumenten angeführt, ebenso wie die Editionsgeschichte und notwendige Kommentare.

Der Grossteil der Korrespondenz von Friedrich Engels mit Gerson Trier und Nic. L. Petersen wurde bereits 1973 von Gerd Callesen herausgegeben[1]. Danach wurden weitere Teile der Korrespondenz aufgefunden und veröffentlicht[2]. Der Briefentwurf von Engels an Trier vom 18. Dezember 1889[3] wurde schon 1932, allerdings in russischer Übersetzung, veröffentlicht und seitdem mehrmals und in verschiedenen Sprachen wiederveröffentlicht, auf Deutsch, der Sprache des Originals, erstmals in Bd 37 der MEW[4]. Gerd Callesen hat nachgewiesen,

1 Und zwar Nr 1, 2, 4, 6-8, 11-14, 24, 26 f. und 30 in der obigen Liste in: G. Callesen, Om revolutionær taktik, S. 113-133.

2 Nr 3 und Nr 30, wiederum von Gerd Callesen, in: Et brev fra Engels til Gerson Trier, in: MFAH 4 (1975), S. 36, und ders., Et brev fra Friedrich Engels til NicolaJ Petersen, in: ebd. 11 (1978), S. 60 f. Nr 10 wurde vom Verfasser dieser Studie erstveröffentlicht, und zwar in: Om splittelse i arbejderbevægelsen, S. 100.

3 Dokument 17.

4 S. 326-328. Zur Editionsgeschichte dieses Dokuments vergl. G. Callesen, Om revolutionær taktik, S. 139. Siehe auch Hans-Norbert Lahme, Rezension von Gerd Callesen, Svetlana Gavril'čenko (Hrsg.), unter Mitarbeit von Renate Merkel-Melis und Regina Roth. Friedrich Engels Briefwechsel Oktober 1889 bis November 1890, MEGA2, Band III/30, Berlin 2013, S. 93 f., 105 ff., und 236. – Als Teil der Korrespondenz von Engels aus den Jahren 1888-89, deren Bearbeitung weit fortgeschritten ist

dass die Korrespondenz der Revolutionären mit Engels umfangreicher war als das, was von ihr erhalten geblieben ist, und zumindest noch drei Briefe sowie ein Telegramm von Engels an Trier, sowie einen Brief von Trier an Engels umfasste, vielleicht auch noch einen weiteren Brief von Engels an Nic. L. Petersen[1]. Angesichts des Umfanges der Korrespondenz von Friedrich Engels mit Gerson Trier und Nic. L. Petersen – insgesamt 24, bzw. 25 Briefe und ein Telegramm, davon neun, bzw. zehn Briefe und das Telegramm von Engels, der Grossteil davon 1888-1892 verfasst – darf durchaus der Schluss gezogen werden, dass für Engels die Kontakte mit den Revolutionären und die Diskussion der von Trier und Nic. L. Petersen aufgeworfenen Fragen von grundsätzlicher Bedeutung waren, sowohl im Hinblick auf die Taktik sozialistischer Parteien, wie sie besonders in Dokument 17 zum Ausdruck kommt, als auch wegen der Bemühungen der Revolutionäre um die Beschickung des Marxistenkongresses 1889.

Eine Besonderheit der hier wiedergegebenen Korrespondenz von Trier und Nic. L. Petersen mit Engels ist, dass nur zwei Briefe von Engels (Dokumente 3 und 31) und der bereits erwähnte Briefentwurf (Dokument 17) im Original vorliegen. Bei den anderen überlieferten Teilen der Korrespondenz handelt es sich um Briefe, bzw. um Brieffragmente (Dokumente 10, 21 und 25), die in dänischer Übersetzung in *Arbejderen* abgedruckt wurden. Dies gilt auch für die Grussadresse von Jules Guesdes an die RSAP (Dokument 20), von der angenommen wird, dass sie komplett wiedergegeben wurde.

Eine weitere Besonderheit der Briefe Triers, nicht aber Nic. L. Petersens ist, dass der Erstgenannte sich einer Orthographie bediente, die viele der Ergebnisse späterer dänischer Rechtschreibreformen vorwegnahm. Diese „reformierte" Orthographie der dänischen Sprache, die auch in *Arbejderen* Anwendung fand, „modernisierte" das Erscheinungsbild des Dänischen[2]. Leider war Trier nicht immer konsequent in der Anwendung der reformierten Orthographie und vermengte häufig „neu" und „alt", was gelegentlich zu Deutungsschwierigkeiten führte. In Brief 39 allerdings hielt er sich streng an die Regeln der üblichen dänischen Orthographie.

Abgesehen von den Fällen, in denen auf existierende Übersetzungen zurückgegriffen werden konnte[3], wurden die Briefe in dänischer Sprache vom Herausgeber ins Deutsche übersetzt, wobei sich einige von Triers Briefen als äusserst sperrig erwiesen. Trier schrieb gelegentlich ein erstaunlich saloppes Dänisch, zum Leidwesen weniger der Orthographie als der Syntax. Auch scheint er seine Briefe selten einer Korrektur unterzogen zu haben, sodass faktische Irrtümer unkorrigiert blieben[4]. Triers mitunter intuitiv zu Papier gebrachte, häufig

planen die Editoren der MEGA2 die Veröffentlichung der hier als Dokumente 4-8 und 10-14 wiedergegebenen Briefe in Band III/29.

1 Vergl. Gerd Callesen, Engels' Korrespondenz mit dänischen Sozialisten (1885-1893), in: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, Neue Folge, Hamburg 1994, S. 134-143, hier S. 134 ff. Die Datierung der nachgewiesenen, aber nicht überlieferten Teile der Korrespondenz, ist wie folgt: vor dem 24. Mai 1889; 10. Juni 1889; vor dem 11. Juli 1889; vor dem 11. Juli 1889 (Telegramm); 3. Juni 1892. Die Datierung des Briefes von Engels an Petersen, wenn es ihn dann gegeben hat, wäre: nach August 1893.

2 Vergl. Kapitel 4.4.1.

3 Im Falle von Nr 10 und 21 wurden die Übersetzungen von G. Callesen verwendet, vergl. ders., Engels' Korrespondenz mit dänischen Sozialisten, S. 141 ff.

4 Siehe z.B. Brief 37.

verschachtelte und lange Sätze erschwerten gelegentlich die Deutung inhaltlicher Bezüge. Dies gilt z.B. für Brief 39.

Bis auf die Briefe, die kürzlich in Band III/30 der MEGA[2] veröffentlicht wurden, nämlich 16, 17 und 27, hat der Herausgeber alle Handschriften neu transkribiert, auch dann, wenn frühere Transkriptionen vorlagen. Alle Handschriften wurden so eng am Original transkribiert wie möglich, d.h. Schreib- und andere Fehler wurden nicht korrigiert, sondern dem Original entsprechend wiedergegeben. Abschnitte wurden getreu dem Original durch Einrücken kenntlich gemacht, Seitenumbrüche wurden durch // gekennzeichnet. Zeilenumbrüche wurden nicht angezeigt. Dies gilt allerdings nicht für die Übersetzungen, in denen weder Abschnitte noch Seiten- oder Zeilenumbrüche angezeigt werden, und auch Grussworte und Unterschriften nicht abgesetzt wurden. Ab Dokument 4 sind alle Briefe Triers an Engels in Dänisch, welches Engels eigenen Aussagen zufolge gut zu lesen verstand[1]. Nic. L. Petersen tat es Trier gleich und korrespondierte mit Engels anfänglich auf Deutsch, dann auch auf Dänisch. Die Briefe von Engels sind auf Deutsch. Soweit zu ihrem Verständnis nötig, wurden die 39 Dokumente vom Herausgeber kommentiert. Aus schreibtechnischen Gründen wurde das deutsche „sz" in der Schweizer-Deutschen Schreibweise durchgehend als „ss" wiedergegeben (wie es auch von Bebel, Bernstein, Trier und Nic. L. Petersens bevorzugt wurde). In der Tabelle stehen NLP für Nic. L. Petersen, und NK für Nielsen Kolding.

Nr.	Absender-Empfänger	Sprache und Format	Datierung
1	Trier an Engels	Deutsch, Brief	24.01.1885
2	Trier an Engels	Deutsch, Brief	22.03.1887
3	Engels an Trier	Deutsch, Brief	23.03. 1887
4	Trier an Engels	Brief	08.08.1888
5	Liebknecht an NLP	Deutsch, Brief	05.11.1888
6	Trier an Engels	Brief	13.03.1889
7	Trier an Engels	Brief	26.05.1889
8	Trier an Engels	Brief	29.05.1889
9	Bernstein an NLP	Deutsch, Postkarte	30.05.1889
10	Engels an *Arbejderen*	Brieffragment	vor 24.06.1889
11	Trier an Engels	Brief	28.06./01.07.1889
12	Trier an Engels	Brief	05.07.1889
13	NLP an Engels	Brief	10.07.1889
14	Trier an Engels	Brief	11.07.1889
15	Bebel an NLP oder Trier	Deutsch, Brief	29.08.1889

1 Stender-Petersen, Friedrich Engels' to breve til Louis Pio, S. 78.

Nr.	Absender-Empfänger	Sprache und Format	Datierung
16	Trier an Engels	Brief	08.12.1889
17	Engels an Trier	Deutsch, Briefentwurf	18.12.1889
18	NLP an Herman Trier	Brief	14.01.1890
19	NLP an französische Genossen	Französisch, Brief	08.03.1890
20	Jules Guesde an RSAP	Brief	13.03.1890
21	Engels an *Arbejderen*	Brief	vor 14.04.1890
22	Eleanor Marx-Aveling an NLP	Brief	vor 21.06.1891
23	Bebel an NLP	Brief	04.09.1891
24	Trier an Engels	Brief	18.04.1892
25	NK an (vermutlich) Socialist League	Brief	01.05.1892
26	Engels an NLP	Brieffragment	03.05.1892
27	NLP an Engels	Brief	22. 05.1892
28	Trier an Engels	Brief	02. 06.1892
29	Bebel an NLP	Deutsch, Brief	27. 06.1893
30	NLP an Engels	Brief	03.07.1893
31	Engels an NLP	Deutsch, Brief	31.07.1893
32	NLP an Carl Jeppesen	Brief	22.03.1894
33	Trier an Hans Palbo	Brief	08.04.1900
34	Trier an P. Knudsen	Brief	25.07.1901
35	NLP an P. Knudsen	Brief	29.07.1901
36	Trier an Julius Hansen	Postkarte	24.09.1912
37	Trier an Georg Bolgann	Postkarte	01.01.1913
38	Trier an Georg Bolgann	Brief	16.01.1915
39	Trier an Thorvald Stauning	Brief	30.09.1916

2 Briefe

Dokument 1

Gerson Trier an Friedrich Engels in London
London, 24. Januar 1885 (Brief)

35 Eastcheap E.C.
24.1.85

Herrn Friedrich Engels
122 Regents Park Road
W.C.

Ihre neulich erschiene abhandlung Der Ursprung der Familie, des Privateigenthums und des Staates habe ich mit der grössten interesse gelesen, und da ich gern etwas dazu thun möchte die darin ausgesprochene historische auffassung weiter zu verbreiten, möchte ich Ihnen um erlaubniss bitten die abhandlung ins dänische zu übersetzen.

Mit wahrer hochachtung
Gerson Trier

Nach der Handschrift im IISG, Nachlass Marx-Engels, L 6103. Frühere Veröffentlichungen umfassen einen Faksimile-Abdruck in Land og Folk (Organ der kommunistischen Partei Dänemarks) vom 22.-23. 11.1970 und die Erstveröffentlichung in: G. Callesen, Om revolutionær taktik, S. 113.
Kommentar: Engels „Ursprung der Familie" erschien in der Erstauflage 1884 in Zürich, Gerson Triers Übersetzung erschien 1888 in der Schriftenreihe der dänischen Sozialdemokratie „Socialistisk Bibliotek" als Bd 7 und wurde seitdem mehrmals neuaufgelegt. Siehe dazu auch G. Callesen, Om revolutionær taktik, S. 135, sowie: ders., Über die Verbreitung der Werke von Marx und Engels in Dänemark, S. 348 f.

Dokument 2

Gerson Trier an Friedrich Engels in London
London, 22. März 1885 (Brief)

35 Eastcheap
London E.C.
22. März 1887

Herrn Fr. Engels
London.
Aus verschiedenen gründen ist es mir erst heute möglich eingelegte schon seit langer zeit angefangene übersetzung in Dänisch Ihres Ursprung der Familie, etc, Ihnen so weit fertig vorzulegen, als es nur fehlt Ihre freundliche bemerkungen dazu zu hören
Ich würde Ihnen sehr dankbar sein wenn Sie mir ein paar stunden zu diesem Zweck geben könnten
Ich beabsichtige ende dieser woche eine kurze reise nach Copenhagen. Wäre es möglich meine übersetzung dann mit hinüber zu bringen, würde es sehr angenehm sein Geht das nicht, werde ich mir erlauben nach meiner rückkehr Sie aufzusuchen.

Mit ergebener hochachtung
Gerson Trier

Nach der Handschrift im IISG, Nachlass Marx-Engels, L 6101. Zuerst veröffentlicht in: G. Callesen, Om revolutionær taktik, S. 113 f.

Dokument 3

Friedrich Engels an Gerson Trier in London
(London), 23. März 1887 (Brief)

122 Regents Park Road N. W.
23. März 1887

Lieber Herr Trier
Ihre 3 Hefte Ms. so eben mit Dank erhalten, nur bedaure ich dass es mir nicht möglich sein wird sie bis Ende dieser Woche durchzusehen, ich werde mich aber sobald eine augenblickliche gelinde Augenentzündung es zulässt, daran machen, und wird es mich freuen Sie nach Ihrer Rückkehr von Kopenhagen bei mir zu sehen.

Hochachtungsvoll Ihr ergebener
F. Engels

Nach der Handschrift im ABA, Nachlass Trier. Zuerst veröffentlicht in: Gerd Callesen, Et brev fra Engels til Gerson Trier, in: MFAH 4, 1974, S. 36

Dokument 4

Gerson Trier an Friedrich Engels in London
London 8. August 1888 (Brief)

Gerson Trier
35, Eastcheap. London. E.C
London, 8 Aug. 1888

Kære hr. Engels,
Efter at jeg havde været hos Dem sidst, skrev jeg til „vores" Petersen om, at De vilde skrive direkte til Bebel om V. Petersen. Denne må imidlertid være rejst, inden mit brev kom. Han skriver mig nemlig fra Hamburg, om jeg vil sende Deres introduktion senest den 11te ds. til Antwerpen.

Hvis De derfor ikke har noget der imod, vilde jeg gerne bede Dem skrive et par linjer, jeg kunne sende til V.P., der i midten af måneden vil nå til Tyskland.

Skulde De vide Bebels og også Liebknechts adresser, vilde De gøre mig en tjeneste ved at meddele mig dem.

Undskyld den megen ulejlighed og modtag på forhånd min bedste tak med en venlig hilsen fra

Gerson Trier

Nach dem Original im IISG, Nachlass Marx-Engels, L 6105. Zuerst veröffentlicht in: G. Callesen, Om revolutionær taktik, S. 114.
Übersetzung: Lieber Herr Engels, nachdem ich zuletzt bei Ihnen war, schrieb ich „unserem" Petersen, Sie würden sich direkt an Bebel wenden wegen V. Petersen. Letzterer scheint jedoch abgereist zu sein, bevor mein Brief kam. Er schreibt mir nämlich aus Hamburg, ob ich ihm Ihre Empfehlung spätestens am 11 d. M. nach Antwerpen schicken wolle. Wenn Sie daher nichts dagegen haben, würde ich Sie gerne bitten ein paar Zeilen zu schreiben, die ich an V.P. senden könnte, der Mitte des Monats nach Deutschland kommen will. Sollten Sie Bebels oder auch Liebknechts Adressen haben, würden Sie mir einen Gefallen tun, mir diese mitzuteilen. Entschuldigen Sie die vielen Umstände und empfangen Sie im voraus meinen besten Dank mit einem freundlichen Gruss von Gerson Trier.
Kommentar: „Unser (vores) Petersen" ist natürlich Nic. L. Petersen, „V. Petersen", auch „V.P.", ist Victor Petersen, siehe Kapitel 4.4.1. Im Zusammenhang mit Dokument 4 ist der Brief Victor Petersens an Natalie Liebknecht, München, 24.8.1888, interessant. V. Petersen schrieb: *Wehrte Frau Natalie Liebknecht. Von dem Genossen Dietz in Stuttgart habe ich erfahren, dass Ihr Mann vielleicht*

noch nicht zu Hause wäre. Da ich ihn aber gerne sprechen würde, sind Sie vielleicht so gut mir mittheilen zu wollen, ob er wieder nach Hause zurückgekehrt ist. Ich bin ein dänischer Genosse, mache eine Reise in Deutschland und würde mich sehr dazu freuen Ihr Mann zu treffen. Wenn ich ihn nicht treffen sollte, würden Sie mir vielleicht auch mittheilen, ob Sie wissen, ob Privattelegram des Wahles betreffend von ihm abgesandt wird; ich habe den Auftrag von der Redaktion des „Soc. Demokr." In Copenhagen, wenn etwas auf meiner Reise vorkommen sollte, das dann zu berichten; da ja Ihr Mann Correspondent für unsere Zeitung ist, will ich das // nicht thun, wenn er vielleicht schon dafür gesorgt hat. Ich komme nämlich nach Berlin zu der Zeit und möchte auch gern einige Wahlversammlungen beiwohnen. Der Genosse Dietz hat mir eine Adresse gegeben, sodass Ich schon Gelegenheit dazu haben wird. Sie werden vielleicht Ihr w. Brief poste restante bis spätestens Dienstag aufgeben. Mit soc. Gruss Victor Petersen. Der Brief wird aufbewahrt in RGASPI, fond 200, opis 4, delo 2067. Liebknecht als Korrespondenten des Kopenhagener *Social-Demokraten* zu bezeichnen war nicht übertrieben: 1888 waren ca. 30 Beiträge von seiner Hand im dänischen Parteiorgan zu lesen, insgesamt waren es zwischen 1875-1900 etwa 200, einige davon waren Fortsetzungen, aber nicht alle waren wie die Serie „Breve fra Tyskland" (Briefe aus Deutschland) exklusiv für *Social-Demokraten* geschrieben. Vergl. Hans Dam Frandsen, a.a.O., passim. Worauf sich „Ihre Empfehlung" bezieht ist letztendlich nicht zu klären, da das Wort im Dänischen mehrdeutig ist. Vielleicht wollte V. Petersen von Engels, dem er möglicherweise begegnet war, bei Bebel bekanntgemacht und als vertrauenswürdig erklärt werden..

Dokument 5

Wilhelm Liebknecht an Nicolaj L. Petersen in Kopenhagen
Borsdorf, 5. November 1888 (Brief)

Werther Genosse!
Ihren Brief habe ich erhalten. Persönlich erinnere ich mich allerdings nicht an Sie, was sich theilweise daraus erklärt, dass ich sehr viele Petersen kennen gelernt habe – lauter Dänen oder Nordschleswiger – die ich in meinem Gedächtnis nicht recht von einander zu trennen vermag.

Was nun Ihr Unternehmen betrifft, so wünsche ich demselben alles Gedeihen, und will auch gerne, wenn meine Zeit es mir erlaubt, mitarbeiten. Zu Bestimmtem verpflichten kann ich mich allerdings nicht, da ich mit Arbeitslast überhäuft bin und auch keine Abnahme der Arbeitslast zu erwarten habe – viel eher eine Zunahme.

Und natürlich muss ich meine freundschaftlichen Beziehungen zu der dänischen Partei aufrechterhalten.

Vielleicht sagen Sie mir, was für ein Thema Sie besonders von mir behandelt wünschten.
Mit herzlichem Gruss
Borsdorf 5.11.88
W. Liebknecht

Nach der Handschrift im ABA, Nachlass Nic. L. Petersen. Erstveröffentlichung.
Kommentar: Am Briefkopf steht in der Handschrift von Nic. L. Petersen „(Nicolaj Petersen)". Zu den von Liebknecht genannten Namensvettern von Nic. L. Petersen, deren Bekanntschaft Liebknecht gemacht haben könnte, dürften die im Vorhergehenden genannten Victor Petersen und der Weitling-Gefährte Niels Lorents Petersen gezählt haben. Bekanntlich ist der Name Petersen im dänisch-norddeutschen Raum keine Seltenheit. - Nic. L. Petersens Brief an Liebknecht, der Dokument 5 vorausging, ist nicht erhalten.

Dokument 6

Gerson Trier an Friedrich Engels in London
Kopenhagen, 13. März 1889 (Brief)

16 Ahlefeltsgade
København K
13.3.89

Kære hr Engels,
De har altid vist Dem så venlig imod mig, at jeg er så fri, at bede Dem også nu gøre mig en stor tjeneste. Det tidsskrift, jeg omtalte til Dem i London, at Nikolaj Petersen og jeg vilde udgive, er her stor trang til, og vi håber at få det ud i begyndelsen af næste måned, rimeligvis først som et ugeblad, hvor til senere skulde komme et større månedligt nummer.

Jeg véd hvilke store krav der stilles til Dem, så jeg vil slet ikke gøre mig håb om selv en lille artikel fra Deres pen, men måske De vilde give os et anbefalende ord til A. Bebel, hvem De i så fald bedes sende indlagte linjer.

De vil af samme brev se med få ord, hvorledes stillingen er her i Danmark for tiden. En god korrespondent fra Tyskland vil være af stor betydning: exemplets magt er stor. Vi kan næppe gøre regning på, at Bebel til stadighed vil sende os meddelelser, men måske De eller han vilde opgive os navnet på en meningsfælle i Tyskland, der vilde være villig til at påtage sig et sådant hværv.

Såsnart det epokegørende (?) produkt vi nu forbereder, ser dagens lys, skal jeg tillade mig at sende Dem det.

Jeg håber, disse linjer vil træffe Dem rask og vel tilmode, og sender Dem, med bedste tak for Deres ulejlighed en hjærtlig hilsen.

Gerson Trier

Nach der Handschrift im IISG, Nachlass Marx-Engels, L 6106. Zuerst veröffentlicht in: G. Callesen, Om revolutionær taktik, S. 114 f.
Übersetzung: Lieber Herr Engels, Sie haben sich mir gegenüber immer so freundlich gezeigt, dass ich mir die Freiheit nehme, Sie zu bitten mir auch jetzt einen grossen Dienst zu erweisen. Für die Zeitschrift, von der ich zu Ihnen in London sprach, dass Nikolaj Petersen und ich sie herausgeben wollen, gibt es hier einen grossen Bedarf, und wir hoffen, dass wir sie im nächsten Monat erscheinen lassen können, vernünftigerweise zuerst als Wochenblatt, wozu später dann eine grössere monatliche Nummer kommen sollte. Ich weiss welch grosse Forderungen an Sie gestellt werden, weshalb ich mir selbst auf einen kleinen Artikel aus Ihrer Feder gar keine Hoffnung machen will, aber vielleicht würden Sie uns ein empfehlendes Wort an A. Bebel geben, dem Sie in diesem Falle bitte die beigelegten Zeilen senden wollen. In demselben Brief können Sie in wenigen Worten sehen, wie die Stellung in Dänemark im Augenblick ist. Ein guter Korrespondent aus Deutschland wäre von grosser Bedeutung: die Macht des Beispiels ist gross. Wir können kaum damit rechnen, dass Bebel uns laufend Mitteilungen senden wird, aber vielleicht würden Sie oder er uns den Namen eines Gesinnungsgenossen in Deutschland geben, der gewillt wäre, eine solche Aufgabe auf sich zu nehmen. Sobald das epochemachende (?) Produkt welches wir jetzt vorbereiten, das Licht des Tages sieht, will ich mir erlauben, es Ihnen zu senden. Ich hoffe, diese Zeilen treffen Sie gesund und guten Mutes an, und sende Ihnen, mit dem besten Dank für Ihre Ungelegenheit, einen herzlichen Gruss.
Gerson Trier
Kommentar: Der beigelegte Brief an Bebel ist nicht überliefert. Dokument 7, unten, bezeugt, dass Engels Triers Brief vom 13. März 1889 beantwortete, allerdings ist das Antwortschreiben nicht überliefert. Das Fragezeichen im Brief stammt aus Triers Feder und ist wohl selbstironisch gemeint.

Dokument 7

Gerson Trier an Friedrich Engels in London
Kopenhagen, 26. Mai 1889 (Brief)

16 Ahlefeltsgade, København K
26 Maj 89

Kære hr Engels,
Tak for Deres brev og den gode lejlighed, De der ved har givet mig til at bede Dem undskylde min altfor lange tavshed, som jeg virklig skammer mig ved.

Deres brev krydsede et fra N.L. Petersen til E. Bernstein, af hvem De måske allerede har fået oplysning om Kongresens behandling her.
Imidlertid skal jeg med udsigt til gentagelse give en kort fremstilling af sagen.

For at følge det bekendte in medias res blev det på et partimøde torsdag d. 23 maj vedtaget i henhold til et forslag fra hovedbestyrelsen, at det danske socialdemokrati ikke vilde deltage i nogen af Kongreserne, men vilde forsøge at medvirke til en sammenslutning af begge, og så der til sende delegerede. Hovedbestyrelsens subsidiære forslag, som dog ikke kom til afstemning var, at skulde der sendes delegerede, som sagerne nu stod, skulde det være til den possibilistiske kongres, hvor til man var bunden ved afstem // ningen i London i fjor.

Mødet i torsdag var det første partimøde, hvor på bestyrelsen har bragt sagen frem. Der imod har opposisjonen, hvor for Arbejderen nærmest er organ, ved to tidligere møder og allerede i begyndelsen af marts ved en skriftlig henvendelse søgt at få bestyrelsen til at sætte sagen under diskusjon i partiet. Men, endnu uvist af hvilken grund, har den stadig trukken sagen ud og har også nu kun bekvemmet sig til at tage fat på den under stærkt tryk fra vor side.

Interpeleret med hensyn til de udtalelser om det danske partis stilling, som der sigtes til i indbydelsen til den Marxistiske kongres, erklærede bestyrelsen, at den aldeles ikke havde givet noget tilsagn til nogen af kongreserne, men at fagforeningerne nærmest havde slutet sig til den possibilistiske, da dens indbydelse først kom frem.

Der er altså endnu, trods den tagne partibeslutning, udsigt til, at danske delegerede vil møde i Paris; men de vilde da møde for fagforeningerne, men ikke for den såkaldte „politiske" del af partiet. Og sandsynligheden er da for, at det vil blive den possibilistiske kongres, de vil gå til. Spørsmålet skal // for i fagforeningernes samlede bestyrelser i begyndelsen af næste uge, og jeg skal så meddele Dem resultatet snarest. Det vil måske kunne lykkes at få fagforeningerne, hvis de lader sig repræsentere, til at sende delegerede til begge kongreser, men til den marxistiske alene er vist out of question.

Hvad det officiele partis standpunkt angår, vil artiklen „Revolution" og de artikler, hvor med Arbejderen blev modtaget, som vi har sendt Dem med sidste no. af Arbejderen være oplysende. De vil deraf se, at fristelsen til en spaltning er stor, men jeg deler fuldstændig Deres mening om det betænkelige ved en sådan, og vi har også i Arbejderen søgt at undgå alt hvad der kunde fremkalde en sådan, før det rette øjeblik var kommet, d.v.s. før vi er sikker på, at vore ideer er bleven godkendt af den „levende" del af partiet. Imidlertid arbejder den officiele del kraftig underhånden på at gøre os umulige, og midlet er bagtalelse, hvor til begyndelsen allerede gøres i den anden af de artikler (om „Den Nye Socialist", der var et af de reaksjonæres penge understøttet // blad), hvor med vi blev modtagne. Imidlertid begynder virkningen af vor opposisjon at spores, om endskønt vi endnu ikke har fået de officiele til at bryde alt makkerskab med de „liberale".

I Sverig, navnlig i det sydlige, er bevægelsen mere principfast end her, og reformeriets humbug bedre forstået. I Norge er man der i mod nærmere ved det danske standpunkt, og bevægelsen er der som her kun af navn virkelig „klassebevidst".

Hvad vi trænger til her er, som jeg sidst skrev Dem, et pust fra Europa; det kunde kongresen muligvis have bragt, og derfor er det dobbelt beklageligt for os, at striden mellem de franske ledere afskærer denne tilførsel af europæisk frisk luft ind her. På Arbejderens vegne beder jeg Dem undskylde det vrange i bemærkningerne om Deres forhold til ligaen,som jeg ved lejlighed skal rette.

Jeg beder Dem hilse Bernstein og de andre meningsfæller fra Der Sozialdemokrat, jeg har haft den fornøjelse at træffe hos Dem, og beder Dem selv modtage min bedste hilsen

Gerson Trier

Nach der Handschrift im IISG, Nachlass Marx-Engels, L 6107. Zuerst veröffentlicht in: G. Callesen, Om revolutionær taktik, S. 115 f.

Übersetzung: Lieber Herr Engels, Danke für Ihren Brief und die gute Gelegenheit, die Sie mir damit gegeben haben, Sie um Entschuldigung zu bitten für mein allzu langes Schweigen, für das ich mich wirklich schäme. Ihr Brief kreuzte sich mit einem von N.L. Petersen an E. Bernstein, von dem Sie vielleicht schon Auskunft bekommen haben über die Behandlung des Kongresses hier. Nichtsdestotrotz, und mit der Möglichkeit der Wiederholung, werde ich eine kurze Darstellung der Sache geben. Um zur Sache zu kommen, wurde auf einer Parteiversammlung am Donnerstag dem 23. Mai anlässlich eines Vorschlages des Hauptvorstandes beschlossen, dass die dänische Sozialdemokratie an keinem der Kongresse teilnehmen werde, aber dass sie versuchen werde, am Zusammenschluss beider mitzuarbeiten und dorthin Delegierte zu schicken. Der subsidiäre Vorschlag des Hauptvorstandes, der allerdings nicht zur Abstimmung kam, war, dass, wenn Delegierte beim jetzigen Stand der Dinge geschickt werden sollten, dann sollte dies zum possibilistischen Kongress sein, wozu man verpflichtet sei durch die Abstimmung in London im letzten Jahr. Die Versammlung am Donnerstag war die erste Parteiversammlung, auf der der Vorstand die Sache vorlegte. Demgegenüber hat die Opposition, für die Arbejderen gleichsam das Organ ist, bei zwei früheren Treffen und schon Anfang März durch eine schriftliche Sondierung versucht, den Vorstand dazu bewegen, die Sache in der Partei zur Diskussion zu bringen. Aber, bislang ungewiss aus welchem Grund, hat man die Sache hinausgezögert und sich auch jetzt nur wegen des starken Druckes unsererseits dazu bequemt, sich ihrer anzunehmen. Befragt mit Hinblick auf die Meldungen über die Stellung der dänischen Partei, auf die die Einladung zum marxistischen Kongress abzielt, erklärte der Vorstand, dass er auf keinen Fall eine Zusage zu einem der Kongresse gegeben habe, aber dass die Gewerkschaften sich fast schon dem possibilistischen angeschlossen hätten, da die Einladungen zu diesem zuerst gekommen seien. Trotz des getroffenen Parteibeschlusses gibt es also immer noch die Aussicht, dass dänische Delegierte nach Paris kommen; allerdings werden diese die Gewerkschaften vertreten, aber nicht den sogenannten „politischen" Teil der Partei. Und die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, dass es der possibilistische Kongress sein wird, zu dem sie gehen werden. Die Frage soll Anfang nächster Woche den versammelten Vorständen der Gewerkschaften vorgelegt werden, und ich werde Ihnen das Resultat baldmöglichst mitteilen. Es könnte vielleicht gelingen, die Gewerkschaften, wenn sie sich denn repräsentieren lassen wollen, dazu zu bewegen, einen Delegierten auf beide Kongresse zu schicken, aber zum marxistischen Kongress allein ist sicher out of question. Was den offiziellen Standpunkt angeht, wird der Artikel „Revolution" und die Artikel, mit denen Arbejderen begegnet wurde und die wir Ihnen mit der letzten Nr von Arbejderen geschickt haben, informieren können. Sie können darin sehen, dass die Versuchung einer Spaltung gross ist, aber ich teile vollständig Ihre Meinung über die Bedenklichkeit einer solchen, und wir haben auch in Arbejderen versucht, alles zu vermeiden, was eine solche verursachen könnte, bevor der rechte Augenblick gekommen ist, d.h. bevor wir sicher sind, dass unsere Ideen vom „lebendigen" Teil der Partei gutgeheissen wurden. Inzwischen arbeitet der offizielle Teil im Verborgenen kräftig daran, uns unmöglich zu machen, und das Mittel ist Verleumdung, wozu der Anfang schon im zweiten der Artikel gemacht wird (über „Den nye Socialist", der ein vom Geld der Reaktion unterstütztes Blatt war), mit denen wir begrüsst wurden. Inzwischen beginnt man die Wirkungen unserer Opposition zu spüren, obwohl wir immer noch nicht die Offiziellen dazu gebracht haben, ihre Kameraderie mit den „Liberalen" aufzugeben. In Schweden, besonders im südlichen, ist die Bewegung prinzipienfester als hier und wird der Humbug der Reformerei besser verstanden. In Norwegen hingegen ist man dem dänischen Standpunkt näher, und die Bewegung ist dort wie hier nur dem Namen nach „klassenbewusst". Was wir hier brauchen, ist, wie ich Ihnen zuletzt schrieb, ein frischer Wind aus Europa; den könnte der Kongress möglicherweise gebracht haben, und deshalb ist es doppelt beklagenswert für uns, dass der Streit zwischen den französischen Führern diese Zufuhr europäischer frischer Luft hierher unterbindet. Im Namen von Arbejderen bitte ich Sie, das Verkehrte in der Bemerkung um Ihr Verhältnis zur Liga zu entschuldigen, was ich bei Gelegenheit berichtigen

werde. Ich bitte Sie Bernstein und die anderen Gesinnungsgenossen, die ich das Vergnügen hatte, bei Ihnen zu treffen, zu grüssen, und ich bitte Sie selbst, meinen besten Gruss entgegenzunehmen.
Gerson Trier

Kommentar: Nic. L. Petersens Brief an Bernstein, von dem im obigen Dokument die Rede ist, ist nicht überliefert. Zu dem von Trier angesprochenen Artikel „Revolution" vergl. Kapitel 4.3. In *Arbejderen* vom 20.051889 heisst es anlässlich einer Aufforderung A. C. Meyers zur Einigkeit in der Partei, dass "Spaltung" in der sozialistischen Bewegung keine unbekannte Grösse sei, und oft dazu geführt habe, "die ganze Partei nach vorn zu bringen". *Arbejderen* führte weiter aus, dass es auch früher schon Spaltungen in der sozialistischen Bewegung gegeben gegeben habe, z.B. habe Engels die Abspaltung der Socialist League von der Social-Democatic Federation begrüsst. *Arbejderen* war hier offenbar zu weit vorgeprescht, denn Engels hatte zwar die Gruppe in der Socialist League unterstützt, die sich um Eleanor Marx-Aveling, Edward Aveling und William Morris scharte, um seine Unterstützung allerdings abzubrechen, als die League sich in anarchistische Richtung bewegte und sich auch die Marx-Tocher von ihr abwandte. Dies war jedoch keine generelle Zustimmung zu einer Parteispaltung. Eine Berichtigung seitens Triers konnte allerding nicht gefunden werden. Vergl. Siegfried Bünger, Friedrich Engels und die britische sozialistische Bewegung von 1881-1895, Berlin 1962 (. (=Schriftenreihe des Instituts für Allgemeine Geschichte an der Humboldt-Universität Berlin, Bd 6), S. 128-130, 195 f. und passim.

Dokument 8

Gerson Trier an Friedrich Engels in London
Kopenhagen, 29. Mai 1889 (Brief)

København 29 Maj 89

Kære hr Engels,
Som meddelt i mit brev af 26, fandt der i mandags et møde af fagforenings bestyrelserne sted for at tage stilling til kongresen.
Resultatet blev, som jeg forud antydede, det blev beslutet ikke at lade sig repræsentere, hvis der blev to kongreser. En enkelt fagforening antydede, at man vilde sende en delegeret for denne forenings ved- // kommende; det vilde da blive til possibilisternes kongres, men det vil være et stort spørgsmål, om det bliver til noget.
Det standpunkt „opposisjonen" i partiet her har taget er, at vi skulde sende delegerede til begge kongreser med forlangende om, at kongreserne skulde slutte sig sammen, da det er en utrolig skandale, at arbejderne så mange år efter det snart klassiske tilråb „Arbejdere i alle lande, forener jer!" skal stå splittede, fordi // lederne i et enkelt land gør det.
Jeg forudser, at to kongreser vil blive en kile ind mellem arbejderne i alle lande, så at en splittelse, der bliver internasjonal, vil afløse nasjonale spaltninger, og som akkompanjemang en værre reaksjon end nogensinde.
Jeg håber derfor også på en sammenslutning quand même.

Med hjærtlig hilsen
Deres altid hengivne
Gerson Trier

Nach der Handschrift im IISG, Nachlass Marx-Engels, L 6108. Zuerst veröffentlicht in: G. Callesen, Om revolutionær taktik, S. 116 f.
Übersetzung: Lieber Herr Engels, wie in meinem Brief vom 26. mitgeteilt, fand am Montag eine Versammlung der Gewerkschaftsvorstände statt, um zum Kongress Stellung zu nehmen. Wie ich im Voraus andeutete, war das Resultat, dass beschlossen wurde, dass man sich nicht vertreten lassen würde, wenn es zu zwei Kongressen käme. Eine Einzelgewerkschaft deutete an, man wolle einen Delegierten dieser Gewerkschaft senden; das wäre dann zum Possibilistenkongress, aber ob daraus etwas wird, wird eine grosse Frage sein. Der Standpunkt den die „Opposition" in der Partei

eingenommen hat, ist, dass wir zu beiden Kongressen Delegierte schicken sollten, mit dem Verlangen, dass die Kongresse sich zusammenschliessen sollten, da es ein ungeheurer Skandal ist, dass die Arbeiter, nach dem nunmehr klassischen Ausruf „Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch!" gespalten dastehen, weil die Führer in einem einzelnen Land dies tun. Ich sehe voraus, dass zwei Kongresse zu einem Keil zwischen den Arbeitern in allen Ländern werden, sodass eine Spaltung, die international ist, nationale Spaltungen auslösen wird, und als Begleitmusik eine schlimmere Reaktion als je zuvor. Ich hoffe deshalb auf einen Zusammenschluss quand même. Mit herzlichem Gruss Ihr immer ergebener Gerson Trier.

Dokument 10

Friedrich Engels an die Redaktion von „Arbejderen" in Kopenhagen
Undatiert, geschrieben vor dem 24. Juni 1889
(Brieffragment, wiedergegeben als Artikel mit der Überschrift
„A.C. Meyer kontra Marx og Engels" in Arbejderen vom 24.06.1889)

I „Arbejderen's" Nr 10 skriver hr Meyer, at Marx og Engels bl.a. var „imod, at Eisenacherne søgte forsoning med Lassalleanerne". Fr. Engels skriver desangående, at den påstand, som hr Meyer fremfører, „ikke er sand". Han siger end videre: „Marx og jeg var aldeles ikke imod foreningen af de to tyske arbejderfraksjoner, men vi var ganske vist imod den hast og overilelse, hvor med nogle af Eisenacherne behandlede sagen, og som for en hver pris og øjeblikkelig vilde bringe enigheden tilveje. Havde man fulgt vort råd, vilde enigheden lige så vel være kommen til stede, uden at man havde været nødt til bl. a. at tage en mand som Hasselmann med til at udarbejde det fælles program, den samme Hasselmann, som man kort efter måtte støde ud af partiet. For vore ‚menneskelige småfejl' (og store fejl ligeledes) vil vi gerne bære ansvaret; men kun når vi virkelig har gjort os skyldig i noget."

Das Original des Brieffragmentes ist nicht überliefert. Veröffentlicht in: Lahme, Om splittelse i arbejderbevægelsen, S. 100. In Deutsch wurde das Brieffragment wiedergegeben in G. Callesen, Engels' Korrespondenz mit dänischen Sozialisten, S. 141 f.
Übersetzung: AC. Meyer contra Marx und Engels (Artikelüberschrift). In „Arbejderen" Nr 10 schreibt Herr Meyer, dass Marx und Engels u.a. „dagegen waren, dass die Eisenacher Versöhnung mit den Lassalleanern suchten". Fr. Engels schreibt diesbezüglich, dass die Behauptung, die Herr Meyer anführt, „nicht wahr ist". Weiter sagt er: „Marx und ich waren ganz und gar nicht gegen eine Vereinigung der zwei deutschen Arbeiterfraktionen, aber ganz gewiss waren wir gegen die Hast und Übereilung, mit der die Sache von einigen der Eisenacher, die um jeden Preis und augenblicklich die Einheit zu Stande bringen wollten, behandelt wurde. Wäre man unserem Rat gefolgt, wäre die Einheit genauso zu Stande gekommen, ohne dass man genötigt gewesen wäre, u.a. einen Mann wie Hasselmann zur Ausarbeitung des gemeinsamen Programms hinzuzuziehen, den gleichen Hasselmann, den man kurz danach aus der Partei ausschliessen musste. Für unsere ‚kleinen menschlichen Fehler' (wie auch die grossen Fehler) wollen wir gerne die Verantwortung tragen; aber nur, wenn wir uns wirklich schuldig gemacht haben."
Kommentar: Für die Authenzität des Briefes sprechen formelle - u.a. sind die zitierten Passagen deutlich als Zitate gekennzeichnet, ausserdem werden sie mit „Fr. Engels skriver" („Fr. Engels schreibt") eingeleitet - und inhaltliche Kriterien. Was letztere angeht, stimmen die Diktion und der Inhalt der zitierten Passagen mit anderen Briefen von Engels aus dem gleichen Zeitraum überein, z.B. mit einem Brief an Laura Lafargue vom 19.10.1890, in dem sich Engels ebenfalls zum Problem der zu frühen Vereinigung von Eisenachern und Lassalleanern äusserte, die es nötig gemacht hatte, einen Hasselmann zu übernehmen. Vergl. MEW, Bd 37, S. 484. Darüber hinaus fügt sich das Brieffragment thematisch sehr gut in den Briefwechsel Engels' mit Trier ein, in dem vor allem Probleme von Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung zur Sprache kamen.

Dokument 11

Gerson Trier an Friedrich Engels in London
Kopenhagen den 28. Juni und 1. Juli 1889 (Brief)

16 Ahlefeltsgade d. 28 Juni 89

Kære hr Engels.
Min bedste tak for Deres linjer af 10 ds. De tilskriver det opposisjonens holdning, at partiet her ikke går med Possibilisterne. Om den har haft indflydelse, skal jeg lade være usagt; men vist er det, at de ledende mænd er så uklare over sig selv og sosialismen, at de bilder sig ind, de hører til, efter deres karakter, på den „Marxistiske" side.

Der vil temlig sikkert komme et par danske med til den sidstnævnte kongres selv om partiet ikke lader sig repræsentere. Da det endnu ikke er offisielt, meddeler jeg Dem det kun privatim. For det første agter formerne at sende en delegeret; det bliver nærmest en rent faglig afsending. Dernæst har Deutsche Lesegesellschaft, Svensk Diskusjonsforening og en eller to danske foreninger sluttet sig sammen og vil sende en delegeret.

Sverig har jo nu udnævnt sine delegerede og i Norge er der sat en subskripsjon igang for at blive i stand til at sende en repræsentant. Danmark bliver altså en af de få om ikke den eneste stat, hvor der er et organiseret sosialistisk parti, som ikke lader sig officielt repræsentere. Jeg foreslår, at De beder Bernstein skrive en kort notits herom i det første no. af Sozialdemokrat. Siden jeg sidst skrev har 33 partifæller indgivet et forlangende til hovedbestyrelsen om at sammenkalde en nyt partimøde for på ny at tage spørsmålet om danske delegerede under drøftelse. Efter partiets love skal et møde sammenkaldes på 25 medlemmers skriftlige forlangende. Men hovedbestyrelsen, som synes at betragte sig som en „konstitutionel regering med absolutistisk magt" à la Estrup, har uden videre undladt at indkalde et møde ja har endog ikke sat andragendet på dagsordnen, da der i går aftes afholdtes en parti møde om at fejre en revolusjonsfest.
d. 1 Juli

Man skulde næsten tro, at de herrer i partiledelsen havde en vis frygt for at de stærkere strømninger udenfor Danmark skulde bane sig vej ind her, hvis vi kom med på kongresen.

Der er til i aften Mandag sammenkaldt et møde af underskriverne af andragenderne, men når vi ikke vil fremkalde en spaltning i partiet – hvad vi helst vil overlade til den anden side – er det vanskeligt at tvinge bestyrelsen bort. Imidlertid synes misfornøjelsen med dens ledelse, og særlig dens vedholden ved „alliancen" med de liberale, dag for dag at tage til, og deres holdning til kongressen vil sikkert blive en pind til deres ligkiste.

Der forestår en stærk bevægelse her. I de sidste uger har bygningssnedkerne været genstand for en lock-out. I dag har møbelsnedkermestrene lukket deres svende ud, og man mener, at en af dagene vil murerne og tømrerne følge efter. Betegnende og beklageligt nok har arbejderne hidtil stillet sig som bekæmpere af maskinindustrien af forsvarere af håndværket, men en almindelig lock-out vil tvinge dem en anden vej, lige som rimeligvis spørsmål om en normalarbejdsdag og afskaffelsen af akkordarbejde vil blive bragt ind med blandt andet arbejdernes fordringer. Men om arbejderne er pekuniært stærke nok til at optage kampen, er et andet spørsmål.

Med bedste hilsen fra Petersen og Deres meget hengivne Gerson Trier

Nach der Handschrift im IISG, Nachlass Marx-Engels, L6109. Zuerst veröffentlicht in: G. Callesen, Om revolutionær taktik, S. 117 f.

Übersetzung: Lieber Herr Engels, mein bester Dank für Ihre Zeilen vom 10. d.M. Sie schreiben es der Haltung der Opposition zu, dass die Partei hier nicht mit den Possibilisten geht. Ob sie Einfluss gehabt hat, will ich ungesagt lassen, jedoch ist es sicher, dass die leitenden Männer so unklar über sich selbst und den Sozialismus sind, dass sie sich einbilden, von ihrem Charakter her zur „Marxistischen" Seite zu gehören. Es werden ziemlich sicher ein paar Dänen mit auf den letztgenannten Kongress kommen, obwohl die Partei sich nicht repräsentieren lässt. Da es noch nicht offiziell ist, teile ich Ihnen dieses nur privatim mit. Zum ersten beabsichtigen die Former, einen Delegierten zu schicken; dies wird gleichsam ein rein gewerkschaftlicher Gesandter sein. Weiterhin

haben die Deutsche Lesegesellschaft, der Schwedische Diskussionsverein und ein oder zwei dänische Vereine sich zusammengetan und wollen einen Delegierten senden. Schweden hat jetzt seine Delegierten ernannt, und in Norwegen ist eine Subskription veranlasst worden, um in die Lage zu kommen, einen Repräsentanten zu entsenden. Dänemark wird also einer der wenigen, wenn nicht der einzige Staat sein, wo es eine organisierte sozialistische Partei gibt, die sich nicht offiziell vertreten lässt. Ich schlage vor, Sie bitten Bernstein hierüber eine kurze Notiz in der ersten Nr von Sozialdemokrat zu schreiben. Seitdem ich zuletzt schrieb, haben 33 Parteifreunde beim Parteivorstand einen Antrag eingebracht, eine neue Parteiversammlung einzuberufen, um die Frage dänischer Delegierter erneut zu erörtern. Der Parteisatzung zufolge muss eine Versammlung einberufen werden, wenn ein schriftliches Begehren von 25 Mitgliedern vorliegt. Aber der Parteivorstand, der sich als eine „konstitutionelle Regierung mit absolutistischer Macht" à la Estrup zu betrachten scheint, hat es ohne weiteres unterlassen, eine Versammlung einzuberufen, ja hat den Antrag nicht einmal auf die Tagesordnung gesetzt, als gestern Abend eine Parteiversammlung abgehalten wurde, um ein Revolutionsfest zu feiern. d. 1. Juli Man sollte fast glauben, dass die Herren in der Parteileitung eine gewisse Furcht davor haben, dass sich die stärkeren Strömungen ausserhalb Dänemarks den Weg hierher bahnen, wenn wir mit auf den Kongress kommen. Für heute Abend, Montag ist von den Unterzeichnern des Antrages eine Versammlung einberufen worden, aber wenn wir keine Spaltung in der Partei hervorrufen wollen – was wir am liebsten der anderen Seite überlassen wollen – ist es schwierig, den Vorstand fort zu zwingen. Allerdings scheint das Missvergnügen an seiner Leitung, und besonders an der „Allianz" mit den Liberalen, Tag für Tag zuzunehmen, und ihre Haltung zum Kongress wird sicher zu einem Nagel für ihren Sarg werden. Hier stehen wichtige Ereignisse bevor. In den letzten Wochen waren die Bautischler Gegenstand einer Aussperrung. Heute haben die Möbelschreinermeister ihre Gesellen ausgesperrt, und man meint, dass in den nächsten Tagen die Maurer und Zimmerer nachfolgen. Bezeichnender- und beklagenswerter Weise haben sich die Arbeiter bisher als Bekämpfer der maschinellen Industrie und Verteidiger des Handwerks aufgeführt, aber eine gewöhnliche Aussperrung wird sie in eine andere Richtung zwingen, so wie vernünftigerweise die Frage des Normalarbeitstages und der Abschaffung der Akkordarbeit eingebracht werden wird zusammen mit u.a. den Forderungen der Arbeiter. Aber ob die Arbeiter pekuniär stark genug sind, um den Kampf aufzunehmen, ist eine andere Frage. Mit dem besten Gruss von Petersen und Ihrem sehr ergebenen Gerson Trier
Kommentar: Im dänischen Original steht tatsächlich „**en** nyt partimøde", obwohl das korrekte Genus „et" (n.) ist, der korrekte Satzteil also „**et** nyt partimøde" lauten müsste, einer von Triers zahlreichen Flüchtigkeitsfehlern. Ebenso: „forsvarere **af** håndværket, im Original: „forsvarere **og** håndværket". Hervorhebungen vom Verfasser.

Dokument 12

Gerson Trier an Friedrich Engels in London
Kopenhagen, 5. Juli 1889 (Brief)

16 Ahlefeltsgade
Kbhvn
5 Juli 89

Kære hr Engels,
I fortsættelse af mit brev af i Mandags kan jeg i dag meddele, at der ved det møde af underskriverne af andragendet til hovedbestyrelsen, jeg den gang meddelte skulde finde sted, blev vedtaget en resolusjon, som udtalte en skarp fordømelse af, at hovedbestyrelsen ikke havde taget kongresspørsmålet op igen. Denne resolusjon sendtes hovedbestyrelsen i et brev og har endnu ikke været offenligjort.
Samtidig har de sidst nævnte foreninger agiteret ivrig for at kunne sende en repræsentant til Marxisternes kongres. Der i mod vil formernes delegerede blive sendt til Possibilisternes.
// Imidlertid har tryket af al denne agitasjon været så stærk, at hovedbestyrelsen synes at have opgivet deres gamle standpunkt. Den vil, hvis jeg kan tro en pålidelig kilde, nu nøjes med en forsikring

fra de to kongresers side om, at man som første punkt på dagsordnen vil sætte spørsmålet om kongresernes sammenslutning, og har på spørsmålet herom fået et bejaende svar fra Marxisterne. Der er nu gode udsigter til at Danmark dog bliver repræsenteret, hvad jeg anser for meget glædeligt for bevægelsen her.

Jeg antager, at selv om de danske ikke havde foreslået sammenslutningen som første punkt på dagsordenen, vilde denne sammenslutning dog være blevet foreslået. Det vilde have meget stor interesse for vore meningsfæller indenfor partiet her at få vished herfor inden det parti møde finder sted, hvor på kongresspørsmålet igen forelægges. Dette skal rimeligvis finde sted // på tirsdag. De vilde gøre mig en stor tjeneste, hvis det fra anden side har været besluttet at sætte sammenslutningen som første punkt på dagsordenen eller i alt fald som et af de første punkter, da at sende mig per telegraf et ord f.eks. ordet ja. Min telegram adresse er
Gerson Brotrier Copenhagen
underskrift behøves ikke. Selvfølgelig vil jeg gerne betale telegramet.

Det lader til, at hovedbestyrelsen har besluttet at vi, der tillader os at opponere mod dens taktik at slutte alliance med de liberale og „opretholde middelklassen", skal slås til jorden coûte que coûte, men jeg tror ikke, det vil falde den let, da vi allerede har et stort antal partifæller for vort standpunkt. Jeg skal holde dem à jour med denne bevægelse.

Med bedste hilsen, som altid Deres
Gerson Trier

Nach der Handschrift im IISG, Nachlass Marx-Engels, L 6110. Zuerst veröffentlicht in: G. Callesen, Om revolutionær taktik, S. 118 f.

Übersetzung: Lieber Hr. Engels, in Fortsetzung meines Briefes von Montag kann ich heute mitteilen, dass auf einem Treffen der Unterzeichner des Antrags an den Hauptvorstand, von dem ich Ihnen damals mitteilte, dass es stattfinden würde, eine Resolution verabschiedet wurde, die eine scharfe Verurteilung der Tatsache aussprach, dass der Hauptvorstand die Kongressfrage nicht wieder aufgriffen hatte. Diese Resolution wurde in einem Brief an den Hauptvorstand geschickt und ist bislang nicht veröffentlicht worden. Gleichzeitig haben die zuletzt genannten Vereine eifrig agitiert um einen Vertreter auf den Kongress der Marxisten zu schicken. Im Gegensatz dazu wird der Delegierte der Former zu den Possibilisten geschickt. Inzwischen ist der Druck dieser ganzen Agitation so stark gewesen, dass der Hauptvorstand seinen alten Standpunkt aufgegeben zu haben scheint. Er will sich, wenn ich einer zuverlässigen Quelle glauben kann, nun mit einer Versicherung seitens der zwei Kongresse begnügen, dass man die Frage des Zusammenschlusses beider Kongresse als ersten Punkt auf die Tagesordnung setzen wird, und hat auf die Frage danach eine bejahende Antwort von den Marxisten erhalten. Es gibt jetzt gute Aussichten, dass Dänemark doch vertreten wird, was ich für sehr erfreulich für die hiesige Bewegung halte. Ich nehme an, hätten die Dänen den Zusammenschluss als ersten Punkt der Tagesordnung nicht vorgeschlagen, wäre dieser Zusammenschluss trotzdem vorgeschlagen worden. Es wird von grossem Interesse für unsere Gesinnungsgenossen innerhalb der Partei hier sein, Gewissheit hierüber zu bekommen, bevor die Versammlung stattfindet, auf dem die Kongressfrage erneut vorgelegt wird. Dies kann wahrscheinlich am Dienstag geschehen. Sie würden mir einen grossen Gefallen erweisen, wenn Sie mir per Telegraf ein Wort, z.B. das Wort Ja, senden würden, wenn von anderer Seite her beschlossen worden ist, den Zusammenschluss als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, oder in jedem Falle als einen der ersten Punkte. Meine Telegrammadresse ist Gerson Brotrier Copenhagen, es bedarf keiner Unterschrift. Selbstverständlich will ich gerne das Telegramm bezahlen. Es sieht so aus, als ob der Hauptvorstand beschlossen hat, dass wir, die wir es uns erlauben, gegen seine Taktik des Eingehens einer Allianz mit den Liberalen sowie „die Mittelklasse aufrechtzuerhalten", coûte que coûte, niedergeschlagen werden sollen, aber ich glaube nicht, das es ihnen leichtfallen wird, da schon jetzt eine grosse Anzahl von Parteifreunden auf unserem Standpunkt steht. Ich halte Sie auf dem Laufenden mit Hinblick auf diese Bewegung. Mit bestem Gruss, wie immer Ihr Gerson Trier.

Kommentar: Das Telegramm, für das sich Trier bei Engels in Dokument 14 bedankt, ist nicht überliefert.

Dokument 13

Nicolaj L. Petersen an Friedrich Engels in London
Kopenhagen, 10 Juli 1889 (Brief)

„Arbejderen"s Redaktion
Nansensgade 28 A, 1. sal o.g.
København K
Den 10 Juli 1889

Werther Hr. Engels!
Ich habe mich erlaubt ihnen ein illustrirtes Partei Blatt zuzuschichen hvorin Sie einige smudzige verdäcktigungen gegen Gerson Trier finden werde, das ist die Weise die man uns bekæmpfen, nachdem man eingesehen hat, dass unser agitation frückte tragen wird. Ich möckte es Ihnen anheim stellen ob es nicht am platzen wäre das ein solches hervorgehen blossgestellt würde in der internationale presse, specielt in der Sozialdemokrat.

Ich bezweifle nicht dass Sie Gerson Trier kende als ein edler Mensch und uneigenütziger Genosse, // der ganz sicker nicht getroffen wird durch solche Verlaumdungen, aber es kendezeichnet die Leute die an den spitze stehen hier im Lande, die wahrhaftig keine mitteln Scheüen wird um eine jede Opposition zu vernichten.

Ich habe dieses geschrieben ohne Triers Wissen, und ich rechne darauf dass Sie, wenn sie es für zweckmassig erachte passende Schritte thuen wird.

Mit vorzücklicher Hochachtung
Nicolaj L. Petersen

Nach der Handschrift im IISG, Nachlass Marx-Engels, L 5241. Zuerst veröffentlicht in: G. Callesen, Om revolutionær taktik, S. 120.
Kommentar: Zu den Schmähungen, von denen auch Nic. L. Petersen nicht verschont blieb, vergl. Kapitel 5.1. Soweit ersichtlich, reagierte Engels auf diesen Brief nicht.

Dokument 14

Gerson Trier an Friedrich Engels in London
Kopenhagen, 11. Juli 1889 (Brief)

16 Ahlefeltsg.
11 Juli 89

Kære hr Engels
Bedste tak såvel for telegram som for meget interessante brev.

Jeg kan i dag mælde Dem at „opposisjonen" har vundet en fuldstændig sejr, og at partiet her har udnævnt to delegerede til Marxisternes kongres. Sammen med Nicolaj Petersen, der kommer fra 5 foreninger, får vi altså tre delegerede der. Fagforeningerne holder møde i aften og man venter, at de vil sende to delegerede til Possibilisterne med det mandat at forlange sammenslutning og, hvis denne afslås, så at gå over til den Marx. kongres.

Dette udfald har overrasket endog os selv. Diskusjonen viste, at vi har vundet en langt større kreds af Tilhængere end vi havde kunnet vente efter den korte tid, vi har arbejdet her.

En del af Hovedbestyrelsen foreslog ikke at sende delegerede til nogen kongres; en anden del af hovedbestyrelsen forslog at sende 1 til Marxist. og opfordre Fagforeningerne til at sende 1 til Possibl. Opposisjonen forslog at sende 2 til Marxist. og overlade til Fagforeningerne hvad de vilde gøre. Det vedtoges at sende to til Marxisterne.

Fra officiel sides foresloges P. Knudsen, partiets forretningfører, og maler Jenser, som De også vil huske fra Londoner kongresen, cigararbejder Møller og en mæglende del, A.C. Meyer som hører til

dem af hovedbestyrelsen, som vilde sende 1 delegeret til Marxist. P. Knudsen faldt, Jensen trak sig tilbage. P. Christensen og A.C. Meyer valgtes: tableau!

Posttiden er så langt fremrykket, at jeg kun i al hast kan meddele Dem dette og med endnu en gang at takke Dem for Deres holden os à jour under denne sags udvikling, må jeg slutte for i dag.

En hjærtlig hilsen
Gerson Trier

Nach der Handschrift im IISG, Nachlass Marx-Engels, L 6111. Zuerst veröffentlicht in: G. Callesen, Om revolutionær taktik, S. 120 f.

Übersetzung: Lieber Hr Engels Besten Dank sowohl für das Telegramm als auch für den interessanten Brief. Ich kann Ihnen heute mitteilen, dass die „Opposition" einen vollständigen Sieg errungen hat, und dass die Partei hier zwei Delegierte für den Marxisten-Kongress ernannt hat. Zusammen mit Nicolaj Petersen, der von 5 Vereinen kommt, werden wir also drei Delegierte dort haben. Die Gewerkschaften haben ein Treffen heute Abend, und man erwartet, dass sie zwei Delegierte zu den Possibilisten schicken mit dem Mandat, den Zusammenschluss zu fordern, und, wenn dieses ausgeschlagen wird, zum marx. Kongresse überzugehen. Dieser Ausfall hat sogar uns selbst überrascht. Die Diskussion zeigte, dass wir einen weit grösseren Kreis von Anhägern gefunden haben, als wir nach der kurzen Zeit, die wir hier gearbeitet haben, erwarten konnten. Ein Teil des Hauptvorstandes schlug vor, keine Delegierten auf einen Kongress zu schicken; ein anderer Teil des Hauptvorstandes schlug vor, 1 zu den Marxist. zu schicken und die Gewerkschaften aufzufordern, 1 zu den Possibilisten zu schicken. Die Opposition schlug vor, 2 zu den Marxist. zu schicken und den Gewerkschaften zu überlassen, was sie tun wollten. Es wurde bestimmt, 2 zu den Marxisten zu senden. Von offizieller Seite wurden P. Knudsen, der Geschäftsführer der Partei, und Maler Jensen vorgeschlagen, der wie Sie sich erinnern auf dem Londoner Kongress war. Die Opposition schlug Bildschnitzer Christensen vor, an den Sie sich auch vom Londoner Kongress erinnern werden, Zigarrenmacher Møller und, ein vermittelnder Teil, A.C. Meyer, der zu denen vom Hauptvorstand gehört, die 1 Delegierten zu den Marxist. senden wollten. P. Knudsen fiel, Jensen zog sich zurück. P. Christensen und A.C. Meyer wurden gewählt: tableau! Die Postzeit ist so weit fortgeschritten, dass ich Ihnen dieses nur in aller Eile mitteilen kann, und mit nochmaligem Danke an Sie für Ihr uns ajour-Halten während der Entwicklung dieser Sache muss ich für heute schliessen. Ein herzlicher Gruss Gerson Trier

Dokument 15

August Bebel an Nicolaj L. Petersen oder Gerson Trier in Kopenhagen
Dresden-Plauen, 29. August 1889 (Brief)

29. August 1889
Geehrter Parteigenosse!
Ihr Brief vom 21. August veranlasst mich, Ihnen einige Aufschlüsse über die Taktik der deutschen Sozialdemokratie bei den Wahlen zu geben, da ich sehe, dass darüber bei der dänischen Partei einige Unklarheit herrscht. Es ist falsch, wenn man behauptet, dass die deutschen Sozialisten sich auf Kompromisse mit anderen Parteien eingelassen haben. Die deutsche Sozialdemokratie ist von dem Augenblick an, als sie an den Wahlen teilzunehmen begann, als selbständige Partei aufgetreten, und zwar selbst in denjenigen Wahlkreisen, wo sie nicht die mindeste Aussicht zum Siegen hatte. Die Partei hat immerfort die Wahlen als ein wichtiges Agitationsmittel betrachtet, und es galt deshalb, so viele Stimmen wie möglich zu erhalten, um danach die Stärke und den Zuwachs bemessen zu können. Die Partei hat deshalb beständig mehr Gewicht darauf gelegt, die höchstmögliche Stimmenzahl als eine grosse Anzahl Reichstagssitze zu erlangen, und aus diesem Anlass sich niemals auf einen Kompromiss bei den allgemeinen Wahlen eingelassen. Erst dann veränderte sich die Stellung, wenn in einem Wahlkreise die Hauptwahl nicht zur Entscheidung führte, indem keiner von den Kandidaten die absolute Stimmenmehrheit erhalten hatte und es daher zur Stichwahl kam. In solchen Fällen hat die Partei früher die Taktik angewandt, dass sie, wenn nicht ihr eigener Kandidat zur Stichwahl kam, nunmehr demjenigen von den Kandidaten ihre Stimme gab, der ihr am nächsten

stand und vor der Stichwahl auf gewisse Bedingungen einging. Dies war also kein Kompromiss, sondern ein taktisches Verfahren, das dem eigenen Interesse der Partei diente, ohne zu Gegendiensten zu verbinden. Konnten wir unseren Kandidaten nicht bei der ersten Wahl durchbringen, so zogen wie denjenigen unserer Gegner vor, welcher uns am nächsten stand, uns also am wenigsten schadete. Umgekehrt kam es vor, dass die Mehrzahl der Wähler innerhalb der Parteien, die uns am nächsten standen, auf dieselbe Weise wie wir verfuhren, wenn ihr Kandidat aus dem Spiel gesetzt war und der unsrige mit einem Gegner zur Stichwahl kam. In diesen Fällen haben z.B. die Wähler der Demokratischen und der Fortschrittspartei lieber einen Sozialdemokraten als einen Konservativen gewählt. Es ist auch vorgekommen, dass konservative Wähler aus Hass gegen den liberalen Kandidaten ihre Stimmen unserem Kandidaten gegeben haben. Aber dies alles war nicht das Werk von Kompromissen oder Übereinkünften, sondern eine Folge der Situation.

Der in St. Gallen gefasste Beschluss, der bei Ihnen als eine ganz neue Taktik aufgefasst wurde, sagt bloss, dass wir uns in Zukunft bei Stichwahlen, wo es sich bloss um Kandidaten der Gegenparteien handelt, des Stimmens enthalten sollen, während wir vordem unsere Wähler dazu aufforderten, für den uns am nächsten stehenden Gegner zu stimmen.

Dies ist der ganze Unterschied. Jetzt wie früher treten wir im ganzen Deutschen Reich bei den allgemeinen Wahlen selbständig in jedem Wahlkreise auf, wo wir Anhänger haben und Kandidaten aufstellen.

Ich hoffe, dass diese Erklärung, die Sie nach Belieben verwenden mögen, unsere Stellung in der Wahlfrage klarmachen werde.

Mit sozialdemokratischem Gruss
Ihr August Bebel

Der hier wiedergegebene Text folgt der Erstveröffentlichung in: August Bebel, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd 2, Tl. 1.2: 1878 bis 1890. Bearb. von Ursula Herrmann und Heinrich Gemkow, unter Mitarbeit von Anneliese Beske u.a. (Nachdruck der Ausgabe Berlin 1978), München 1995, S. 331 f.
Kommentar: Dieser Brief ist die polizeiliche Abschrift des Originalbriefes, welcher nicht mehr vorliegt, ebenso wenig wie der Brief Nic. L. Petersens, bzw. Gerson Triers an August Bebel vom 21. August. Der Brief wurde in dänischer Übersetzung in Arbejderen vom 16.09.1889 veröffentlicht. Die dänische Ausgabe enthält Hervorhebungen, die dem Original entsprochen haben dürften.

Dokument 16

Gerson Trier an Friedrich Engels in London
Kopenhagen 8. Dezember 1889 (Brief)

16 Ahlefeltsgade
Dec. 8 1889

Kære hr Engels,
Allerede længe har jeg villet skrive til Dem, men har haft så meget at gøre, at det ikke før er bleven til noget. De har vel desuden af „Arbejderen" set, hvorledes vor „sosialistiske" Hovedbestyrelse her i den senere tid er gået frem. For ret at forstå dette, må man vide, at der forestår valg til rigsdagen i januar måned. Den foretagne eksekusjon bliver endnu tydeligere, når man véd, at ved skæbnens ugunst var ulven kommen ind i fårestien.

De husker nok, at Hovedbestyrelsen sendte en erklæring til Pariserkongressens sekretær i anledning af, at de danske delegerede i Paris havde afholdt sig fra at stemme om den resolusjon, hvor ved de sosialistiske partier opfordredes til ikke at arbejde sammen med borgerlige partier ved valgene. Kun en af hovedbestyrelsen, Signe Andersen, havde nægtet at // underskrive erklæringen, fordi hun fandt at vore delegerede, i betragtning af den alliangse, sosialdemokratiet her har indgået med de liberale, havde handlet korrekt. A. C. Meyer, derimod, der havde været delegeret, underskrev og slog sig selv derved på munden. Samtidig har han dog ment, at en sådan underkendelse af hans optræden i Paris var et mistillidsvotum til ham, ti foruden også at underskrive en protest sammen med de andre danske delegerede, Christensen og Nic. Petersen, nedlagde han sit mandat som

hovedbestyrelses medlem. Så vilde uheldet, at den suppleant, der skulde indtræde i Meyers sted, var F. Møller, en af opposisjonens tilhængere, og at den næste suppleant var min ringhed. F. Møller kunde af mangel på tid ikke modtage hværvet, og så blev jeg da medlem af hovedbestyrelsen.

Da nu valgforberedelserne skulde gå for sig, var det selvfølgelig ubehageligt i bestyrelsen at have to opposisjonsmedlemmer for ikke at tale om, at „Arbejderens" stædige angreb på de // liberale var kompromitterende for hovedbestyrelsen overfor disse dens venner.

Man havde søgt at få os lokket til at modarbejde de af partiet opstillede kandidater, men da vi ikke bed på krogen, var der intet andet for end at sætte os udenfor. Ved at stille os op som modstandere af partiet opnåede man endnu ét. Det er temmelig usandsynligt, at P. Holm vil blive genvalgt. Skulde han falde, vil man have os som syndebukke, skønt den virkelige grund må søges i, at sosialdemokratiet i de senere år ved sin storpolitik har skyld i, at en stor del arbejdere ikke slutter sig til det. Vort venstre er et fuldstændig afmægtigt parti og ved at gå hånd i hånd med det, kommer sosialdemokratiet til at stå lige så afmægtigt.

Det danske sosialdemokratis majoritet og ledelse står på det possibilistiske standpunkt med den store „aber dabei", at vi her helt mangler den almindelige politiske udvikling som i Frankrig tillader arbejderne at // gøre sig gældende på det politiske område. Derfor vil hovedbestyrelsen ikke opgive sine kompromiser med de liberale.

Hvad opposisjonen i det forløbne år har opnået kan sammenfattes i tre punkter 1) den har fremkaldt diskusjon og derved tilstrømning til partiets møder, 2) den har gennemtvunget partiets deltagelse i Pariserkongressen, 3) den har tvungen til opstillelse af flere sosialdemokratiske kandidater til rigsdagen end før. Nu er en del af dens talsmænd sat udenfor, men ved et møde af den af opposisjonen dannede forening „Literær sosialistisk forening" blev det besluttet, at resten af opposisjonen skulde blive indenfor partiet for at „stå i fjendens land" og hindre, at den af opposisjonen fremkaldte gæring skulde opløse sig til intet.

Betegnende for partiledelsen er det, at man så godt som helt har lagt agitasjonen for de sosialdemokratiske rigsdagskandidater på hylden – sagtens for at se, hvor venstre tillader sosialdemokraterne at // opstille kandidater, og at man her i København afholder politiske møder i fælleskab med de liberale og venstre!

Noget af det mest beklagelsesværdige ved ledelsens optræden er den bagvaskelse og aldeles usandfærdige polemik, den han ladet bladet „Socialdemokraten" opvarte med, hvorved dette har tabt al ret til at beklage sig over den borgerlige presses unfair angreb på sosialdemokratiet.
Hele den svenske sosialistiske presse har i mere eller mindre stærke udtryk udtalt sin fordømmelse af hovedbestyrelsens fremgang og uden tvivl vil, når sagen bliver helt ud bekendt, de andre landes sosialistiske presse slutte sig her til.

Med bedste hilsner og i håb om, at disse linjer træffer Dem vel
Deres hengivne Gerson Trier

Nach MEGA² III/30, Dokument 50. Das Original im IISG, Nachlass Marx-Engels, L6112. Zuerst veröffentlicht in: G. Callesen, Om revolutionær taktik, S. 121 ff.

Übersetzung: Lieber Hr Engels, schon lange habe ich Ihnen schreiben wollen, habe aber so viel zu tun gehabt, dass es bislang nichts geworden ist. Sie haben ausserdem in „Arbejderen" sehen können, wie unser „sozialistischer" Hauptvorstand in der letzten Zeit vorgegangen ist. Um dies richtig zu verstehen, muss man wissen, dass für den Januar Wahlen zum Reichstag anstehen. Die vorgenommene Exekution wird noch verständlicher, wenn man weiss, dass durch die Ungunst des Schicksals der Wolf in den Schafstall gekommen war. Vielleicht können Sie sich daran erinnern, dass der Hauptvorstand eine Erklärung an den Sekretär des Pariser Kongresses schickte, anlässlich der Stimmenthaltung der dänischen Delegierten in Paris im Falle der Resolution, in der die sozialistischen Parteien dazu aufgefordert wurden, bei Wahlen nicht mit bürgerlichen Parteien zusammenzuarbeiten. Nur ein Mitglied des Hauptvorstandes, Signe Andersen, hatte sich geweigert, die Erklärung zu unterschreiben, weil sie fand, dass unsere Delegierten, angesichts der Allianz, die die Sozialdemokratie hier mit den Liberalen eingegangen ist, korrekt gehandelt hatten. A.C. Meyer hingegen, der Delegierter gewesen war, unterschrieb und schlug sich damit selbst auf den Mund. Gleichzeitig meinte er jedoch, dass eine derartige Nichtanerkennung seines Auftretens in Paris ein Misstrauensvotum gegen ihn war, denn abgesehen davon, dass er, zusammen mit den anderen

dänischen Delegierten, Christensen und Nic. Petersen, einen Protest unterschrieb, legte er sein Mandat als Hauptvorstandsmitglied nieder. Die Ungunst der Stunde wollte es, dass der Suppleant, der an Meyers Stelle kam, F. Møller war, einer der Anhänger der Opposition, und der nächste Suppleant war meine Wenigkeit. F. Møller konnte aus Mangel an Zeit das Amt nicht annehmen, und so wurde ich Mitglied des Hauptvorstandes. Da nun die Wahlvorbereitungen vonstattengehen sollten, war es natürlich unangenehm, zwei Oppositionsmitglieder im Vorstand zu haben, einmal abgesehen davon, dass die beständigen Angriffe von „Arbejderen" auf die Liberalen für den Hauptvorstand kompromittierend waren angesichts dieser seiner Freunde. Man hatte versucht, uns dazu zu verlocken gegen die von der Partei aufgestellten Kandidaten zu arbeiten, aber als wir nicht anbissen, gab es nichts anderes als uns hinauszuwerfen. Indem man uns als Gegner der Partei darstellte, erreichte man noch eins. Es ist nämlich unwahrscheinlich, dass Holm wiedergewählt wird. Sollte er wegfallen, hat man uns als Sündenböcke, obwohl der wirkliche Grund darin zu suchen ist, dass die Sozialdemokratie in den letzten Jahren durch ihre grosse Politik daran die Schuld trägt, dass ein grosser Teil der Arbeiter sich ihr nicht anschliesst. Unsere Venstre ist eine vollständig machtlose Partei, und dadurch, dass sie mit ihr Hand in Hand geht, wird die Sozialdemokratie ebenso machtlos dastehen. Majorität und Leitung der dänischen Sozialdemokratie stehen auf dem possibilistischen Standpunkt, mit dem grossen „aber dabei", dass uns hier völlig die allgemeine Entwicklung fehlt, die in Frankreich den Arbeitern erlaubt, sich auf dem politischen Gebiet geltend zu machen. Deshalb will der Hauptvorstand seine Kompromisse mit den Liberalen nicht aufgeben. Was die Opposition im vergangenen Jahr erreicht hat, kann in drei Punkten zusammengefasst werden: 1) sie hat Diskussion hervorgerufen und damit Zustrom zu den Treffen der Partei, 2) sie hat die Teilnahme der Partei am Pariser Kongress erzwungen, 3) sie hat die Aufstellung von mehr sozialdemokratischen Kandidaten zum Reichstag erzwungen als zuvor. Jetzt wurde ein Teil ihrer Sprecher ausgeschlossen, aber auf einer Versammlung des von der Opposition gegründeten „Literarisch-Sozialistischen Vereins" wurde beschlossen, dass der Rest der Opposition in der Partei bleiben solle, um „im Lande des Feindes zu stehen" und zu verhindern, dass sich die von der Opposition hervorgerufene Gärung in Nichts auflöst. Es ist bezeichnend für die Parteileitung, dass man so gut wie ganz die Agitation für die die sozialdemokratischen Reichstagkandidaten aufgegeben hat – wahrscheinlich um zu sehen, wo Venstre es zulässt, Sozialdemokraten als Kandidaten aufzustellen, und dass man hier in Kopenhagen politische Versammlungen gemeinschaftlich mit den Liberalen und Venstre abhält. Etwas vom Beklagenswertesten beim Auftreten der Leitung ist die Verleumdung und in hohem Masse verlogene Polemik, mit dem sie das Blatt „Socialdemokraten" hat schreiben lassen, womit dieses alles Recht verloren hat, sich über die unfairen Angriffe der bürgerlichen Presse auf die Sozialdemokratie zu beklagen. Die gesamte schwedische sozialistische Presse hat in mehr oder weniger starken Wendungen ihre Verurteilung des Vorgehens des Hauptvorstandes ausgedrückt, und ohne Zweifel wird sich die sozialistische Presse der anderen Länder dem anschliessen, wenn dieses Vorgehen überall bekannt wird. Mit den besten Grüssen und in der Hoffnung, dass diese Zeilen Sie gesund und wohl antreffen, Ihr ergebener Gerson Trier

Dokument 17

Friedrich Engels an Gerson Trier in Kopenhagen
London, 18. Dezember 1889 (Briefentwurf)

London 18 Dez 89

Lieber Hr Trier
Besten Dank für Ihre interessante Mittheilung vom 8.

Wenn ich Ihnen meine Ansicht sagen soll über die letzte Kopenhagener Haupt & Staatsaktion, deren Opfer Sie geworden, so fange ich mit einem Punkt an wo ich nicht Ihrer Ansicht bin.

Sie verwerfen principiell alles & jedes, selbst momentane Zusammengehn mit andern Parteien. Ich bin revolutionär genug mir auch dies Mittel nicht absolut verbieten zu lassen unter Umständen wo es das vortheilhaftere oder am wenigsten schädliche ist.

Dass das Proletariat seine politische Herrschaft, die einzige Thür in die neue Gesellschaft, nicht erobern kann ohne gewaltsame Revolution, darüber sind wir einig. Damit am Tag der Entscheidung das Proletariat stark genug ist zu siegen, ist es nöthig – & das haben M & ich seit 1847 vertreten – dass es eine besondre Partei bildet, getrennt von allen andern & ihnen entgegengesetzt, eine selbstbewusste Klassenpartei.

Darin liegt aber nicht, dass diese Partei nicht momentan andre Parteien zu ihren Zwecken benutzen kann. Darin liegt ebensowenig dass sie nicht andre Parteien momentan unterstützen kann, in Massregeln die entweder unmittelbar dem Proletariat vortheilhaft oder die Fortschritte im Sinn der ökonomischen Entwicklung oder der politischen Freiheit sind. Wer in Deutschland für Abschaffung der Majorate & andrer Feudalreste, der Büreaukratie, Schutzzölle, des Sozialistengesetzes, der Beschränkung des Versammlungs- & Vereinsrechts wirklich kämpft, den würde ich unterstützen. Wäre unsre deutsche Fortschrittspartei oder wäre Ihre dänische Venstre eine wirkliche radikalbürgerliche Partei, & nicht blosse elende Phrasenhelden die bei der ersten Drohung Bismarks oder Estrups sich verkriechen, so wäre ich keineswegs unbedingt gegen alles & jedes momentane Zusammengehn mit ihnen für bestimmte Zwecke. Wenn unsre Abgeordneten für einen Vorschlag stimmen der von andrer Seite gemacht wird – & das müssen sie ja oft genug – so ist das auch schon ein Zusammengehn. Ich bin aber nur dann dafür, wenn der Vortheil – für uns direkt, oder für die geschichtliche Entwicklung des Landes in der Richtung auf die ökon. & politische Revolution – unbestreitbar & der Mühe werth ist. Und vorausgesetzt dass der proletarische Klassencharakter der Partei dadurch nicht in Frage gestellt wird. Dies ist für mich die absolute Grenze. // Diese Politik finden Sie entwickelt schon 1847 im Komm. Manifest; wir haben sie befolgt 1848, in der Internationale, überall.

Abgesehen von der Frage der Moralität – um diesen Punkt handelt es sich hier nicht, ich lasse ihn also bei Seite – ist mir als Revolutionär jedes Mittel recht, das zum Ziel führt, das gewaltsamste aber auch das scheinbar zahmste.

Eine solche Politik erfordert Einsicht & Charakter, aber welche andre thut das nicht? Sie setzt uns der Gefahr der Korruption aus, sagen die Anarchisten & Freund Morris. Ja wenn die Arbeiterklasse eine Gesellschaft von Dummköpfen, Schwächlingen & ohne Weiteres käuflichen Lumpen ist, dann packen wir am besten gleich ein, dann haben das Proletariat & wir alle auf der politischen Bühne nichts zu schaffen. Das Proletariat wie alle andern Parteien wird klug am ehesten durch die Folgen seiner eignen Fehler, diese Fehler kann ihm Niemand ganz ersparen.

Nach meiner Meinung haben Sie also Unrecht wenn Sie eine zunächst rein taktische Frage zu einer principiellen erheben. Und für mich liegt ursprünglich nur eine taktische Frage hier vor. Aber ein taktischer Fehler kann unter Umständen auch in einem Prinzipienbruch endigen.

Und da haben Sie, soweit ich urtheilen kann, Recht gegen die Taktik der Hovedbestyrelsen. Die dänische Linke spielt seit Jahren eine unwürdige Oppositionskomödie, & wird nicht müde immer aufs neue ihre eigne Ohnmacht vor der Welt zu konstatiren. Die Gelegenheit, den Verfassungsbruch mit der Waffe in der Hand zu züchtigen – wenn sie je da war – hat sie längst vorübergehn lassen, und wie es scheint, sehnt sich ein stets wachsender Theil dieser Linken nach Versöhnung mit Estrup. Mit einer solchen Partei, scheint mir, kann eine wirklich proletarische Partei unmöglich zusammengehn, ohne auf die Dauer ihren eignen Klassencharakter als Arbeiterpartei einzubüßen. Soweit Sie also im Gegensatz gegen diese Politik den Klassencharakter der Bewegung hervorheben // kann ich Ihnen nur beistimmen. Was nun die Verfahrungsweise der Hovedbestyrelsen Ihnen & Ihren Freunden gegenüber betrifft, so ist eine solche summarische Ausschliessung der Opposition von der Partei allerdings vorgekommen in den geheimen Gesellschaften von 1840–51; die geheime Organisation machte sie unvermeidlich. Sie ist ferner vorgekommen, & oft genug, bei den englischen physical force Chartisten unter der Diktatur O'Connors. – Aber die Chartisten waren eine direkt aufs Losschlagen organisirte Partei, wie schon der Name sagt, standen desshalb unter Diktatur, & die Ausschliessung war eine militärische Massregel. Dagegen in Friedenszeiten kenne ich ein ähnliches willkührliches Verfahren nur bei den Lassalleanern der J. B. von Schweitzerschen „strammen Organisation"; von Schweitzer hatte es nöthig wegen seines verdächtigen Umgangs mit der Berliner Polizei, & beschleunigte damit nur die Desorganisation des allg. d. Arbeitervereins. Von den heute bestehenden soz. Arbeiterparteien würde es wohl kaum einer einzigen – nachdem Herr Rosenberg in Amerika sich glücklich selbst beseitigt hat – einfallen, eine in ihrem eignen Schoss erwachsende Opposition nach

dem dänischen Muster zu behandeln. Es gehört zum Leben & Gedeihen einer jeden Partei dass in ihrem Schoss gemässigtere & extremere Richtungen sich entwickeln & selbst bekämpfen, und wer die extremeren kurzer Hand ausschließt, befördert dadurch nur ihr Wachsthum. Die Arbeiterbewegung beruht auf der schärfsten Kritik der bestehenden Gesellschaft, Kritik ist ihr Lebenselement, wie kann sie selbst der Kritik sich entziehen, die Debatte verbieten wollen? Verlangen wir denn von Andern das freie Wort für uns bloss um es in unsren eigenen Reihen wieder abzuschaffen?

Wenn Sie wünschen sollten, diesen Brief ganz zu veröffentlichen, so habe ich nichts dagegen. Aufrichtig Ihr

Nach MEGA² III/30, Dokument 57. Das Original im IISG, Nachlass Marx-Engels, K 1675/K 646. Frühere Veröffentlichungen: Laut G. Callesen, Om revolutionær taktik, S. 139, wurde dieser Briefentwurf zuerst auf Russisch herausgegeben in Karl Marx/Friedrich Engels Sochineniya 1932. Auf Deutsch zuerst in Karl Marx, Friedrich Engels, Ausgewählte Briefe, Marx-Engels-Lenin-Stalin Institut beim Zentralkomitee der SED (Hrsg.), Berlin 1953, S. 496 f., danach in MEW Bd 37, S. 326-328.
Kommentar: Mit der „Linken" war natürlich Venstre gemeint. – Der Briefentwurf enthält etwa 80-85 Textvariationen, ein Zeichen für die Wichtigkeit die Engels ihm beimass. Vergl. ansonsten Kapitel 5.2.4 oben, wo der Frage nachgegangen wird, ob Engels diesen Brief, wie bisher durchweg angenommen, tatsächlich abschickte, oder ob es – aus welchen Gründen auch immer – beim Entwurf blieb.

Dokument 18

Nicolaj L. Petersen an Herman Trier in Kopenhagen
(Kopenhagen,) 14. Januar 1890 (Brief)

Nansensgade 28 A
14.1.1890

Hr Herman Trier!
De har uden tvivl læst Soc Demokraten fra i Søndags, hvori Gerson Trier bliver mistænkelig gjort paa en foragtelig maade, idet han bliver beskyldt for at virke for en for ham „kompromiterende" maade.

Da dette udelukkende er et spørgsmaal om Gerson Triers personlige hæderlighed finder de da ikke at en hver mand offentligt bør protestere derimod, og bør man af politiske Aarsager lade en saadan nedrighed gaa upaatalt hen.

Med særdeles Agtelse
Nicolaj L. Petersen

NB: For at forebygge misforstaaelser tilføjer jeg at dette er skrevet fuldstændig uden G Triers Viden. Han har i Mandags indsendt til Soc Dem en indsigelse som imidlertid ikke er bleven optaget indtil nu.
N L P

Nach der Handschrift in der KB, Ny Kongelig Samling, 2631, 2⁰.I. Erstveröffentlichung.
Übersetzung: Herr Herman Trier! Ohne Zweifel haben Sie Social-Demokraten von Sonntag gelesen, in dem Gerson Trier auf eine verachtenswerte Weise verdächtig gemacht wird, indem er beschuldigt wird, auf eine für ihn „kompromittierende" Weise zu wirken. Weil dieses ausschliesslich eine Frage von Gersons Triers persönlicher Anständigkeit ist, finden Sie dann nicht, dass jeder Mann öffentlich dagegen protestieren muss, und sollte man aus politischen Gründen eine solche Niederträchtigkeit einfach hinnehmen. Hochachtungsvoll Nicolaj L. Petersen. PS: Um Missverständnissen vorzubeugen füge ich hinzu, dass dieses ohne G. Triers Wissen geschrieben wurde. Er hat am Montag einen Protest an Social-Demokraten geschickt, der jedoch bis jetzt nicht aufgenommen wurde.
Kommentar: Der Hinweis auf das dänische Parteiorgan bezog sich auf den Artikel vom 12.1.1891 im Parteiorgan, in dem Gerson Trier vorgeworfen wurde, Offizieren Sprachunterricht zu geben. Siehe

auch Kapitel 6.4. Der Protestbrief wurde auch später nicht im dänischen Parteiorgan wiedergegeben. Reaktionen seitens des Empfängers dieses Briefes sind nicht überliefert.

Dokument 19

Nicolaj L. Petersen an die französischen Parteifreunde (in Paris)
Kopenhagen, 8. März 1890 (Brief)

Arbejderen
Le Travailleur
Revue socialiste
hebdomadaire
Copenhague K., le

8.3.1890
Nansensgade 28 A.

A nos Cammerades Francais. reunis le 18 Marts.
Le Socialist revolutionaires en Danemark salutent en vous les vaillant travailleur Parisiens, qui sous la commune ont bravement facé la reaction bourgeoise, and heroïquement versé leur sang pour la cause humaine, et ainsi donné aux proletaire de toute le monde une brilliant exemple a suivre.

La lumière de la commune, éclairisant le monde entier, a cause le socialisme en Dannemark – comme d'ailleur – de – lever la tête, voila pourquoi nous avec le Socialist revolutionaire de partout fêtons le 18 Mars comme une date de plus grand du proletariat

vive la revolution sociale.
Le parti Soc rev en Dannemark
Nicolaj L Petersen

Nach der Handschrift im IISG, Nachlass Jules Guèsdes, GU 100/1.Erstveröffentlichung.
Kommentar: Der Handschrift nach zu urteilen könnte diese Grussadresse der RSAP in Französisch von der Hand Nic. L. Petersens stammen. In der dritten Zeile steht tatsächlich das englische „and". Die Antwort von Jules Guesdes folgte eine Woche später, siehe Dokument 20. - Bei der Deutung der Handschrift halfen Ulla Langkau-Alex und Götz Langkau.

Dokument 20

Jules Guesdes an „die dänischen revolutionären Sozialisten" in Kopenhagen
Paris, 13. März 1890 (Brief)

Arbejderpartiet.
Nasjonalrådet.
Paris, d. 13. Marts 90

Det franske arbejderpartis Nasjonalråd sender hilsen til de danske revolusjonære sosialister, forsamlede til minde om den 18. Marts 1871.

Det var for proletariatets frigørelse i alle lande, at Kommunens forkæmpere kæmpede og faldt; lige som det er for arbejdets internasjonale frigørelse, at det gæve tyske sosialdemokrati nylig har sejret på valgkampens slagmark.

Tak! brødre i Danmark, fordi I i jeres hjærter har bevaret et levende minde om vore døde fra for 19 år siden. Deres blod har været en frugtbar sæd. I dag tælles de klassebevidste arbejdere i den gamle og ny verden, som er besluttet på den store gengældelse og rede til at sætte sig i besiddelse af den offentlige magt for at udeje (ekspropriere) kapitalistklassen og tilegne (appropriere) sig arbejdsmidlerne, i miljonvis.

Endnu nogle kraftanstrængelser, og den sosiale revolusjon, som kun kan være internasjonal, vil have frigjort menneskeheden.

Længe leve de danske revolusjonære sosialister!

Længe leve verdens proletariat!

På Nasjonalrådets vegne
Jules Guesdes, Sekretær

Nach Arbejderen vom 24. März 1890.
Übersetzung: Der Nationalrat der französischen Arbeiterpartei sendet einen Gruss an die dänischen revolutionären Sozialisten, die sich im Gedenken an den 18. März 1871 versammelt haben. Es war für die Befreiung des Proletariats in allen Ländern, dass die Vorkämpfer der Kommune kämpften und fielen; ebenso wie es für die internationale Befreiung der Arbeit ist, dass die kecke deutsche Sozialdemokratie kürzlich auf dem Schlachtfeld des Wahlkampfes gesiegt hat. Danke! Brüder in Dänemark, dass Ihr in Euren Herzen ein lebendiges Gedenken an unsere Toten von vor 19 Jahren bewahrt habt. Ihr Blut war ein fruchtbarer Samen. Am heutigen Tage zählen die klassenbewussten Arbeiter in der alten und der neuen Welt, die zur grossen Vergeltung entschlossen und bereit sind, sich in den Besitz der öffentlichen Macht mit dem Ziel, die Kapitalistenklasse zu enteignen (expropriieren) und sich die Arbeitsmittel anzueignen (appropriieren), Millionen. Noch einige Kraftanstrengungen, und die soziale Revolution, die nur international sein kann, wird die Menschheit befreit haben. Mögen die dänischen revolutionären Sozialisten lange leben! Lange lebe das Weltproletariat! Im Auftrage des Nationalrates Jules Guesdes, Sekretär.
Kommentar: Der Brief ist eine Übersetzung aus dem Französischen, das Original ist nicht überliefert. Seine Verlesung war der Höhepunkt der ersten Kommune-Gedenkfeier der RSAP. Vergl. Kapitel 7.3.

Dokument 21

Friedrich Engels an die Redaktion von Arbejderen in Kopenhagen
zwischen 4. und 14. April 1890 (Brief)

Jeg sender Dem „Time" for 9. April med en Artikel af mig – slutningen følger i Majnumret – og advarer Dem og derværende venner mod det forfalskede aftryk i det tyske sprog i „Die Neue Zeit" (April). Artiklen vil blive rigtig aftrykt i Majhæftet af „Die neue Zeit", for så vidt som tyske forhold tillader det.

Deres
Fr. E.

Nach Arbejderen vom 10. Juli 1892. Das Original ist nicht überliefert. In deutscher Übersetzung wurde der Brief von G. Callesen veröffentlicht in: Engels' Korrespondenz mit dänischen Sozialdemokraten, S. 142, veröffentlicht, jetzt auch in MEGA^2, Bd III/30, Dokument 136.
Übersetzung: Ich schicke Ihnen hiermit „Time" vom 9. April mit einem Artikel von mir – der Schluss folgt in der Mai-Nummer – und warne Sie und die dortigen Freunde vor dem verfälschten Abdruck auf Deutsch in „Die neue Zeit". Der Artikel wird richtig im Mai-Heft von „Die neue Zeit" abgedruckt, soweit es die deutschen Verhältnisse erlauben. Ihr F. E.
Kommentar: Der Artikel ist Engels' „The foreign policy of Russian tsardom". Die dänische Übersetzung erschien in *Arbejderen*, 14. April bis 11. August 1890. Die deutsche Ausgabe erschien unter dem Titel: Die auswärtige Politik des russischen Zarenthums, I-III, in: Die Neue Zeit, 8. Jahrg., 1890, Heft 5. Mai. Teile I und II als revidierter Abdruck aus Heft 4, April, S. 145-154. Teil II, S. 193-203. Laut Gerd Callesen dürfte dieser Brief vollständig, also kein Fragment sein. Engels protestierte weil der Artikel gekürzt worden war, siehe MEGA^2, Bd III/30, Dokumente 126, 127, 131, 134 und 138. Zur Datierung siehe ebd., S. 974 im Apparatband.

Dokument 22

Eleanor Marx-Aveling (an Nic. L. Petersen in Kopenhagen)
Undatiert (vor dem 21.06.1891) (Brief, wiedergegeben mit der Einleitung: „Det internationale Arbejdersekretariat har modtaget følgende Meddelselse fra London:")

Vi retter hermed en Appel til de danske Arbejdere fra 750 af vores Medlemmer – Murstensarbejdere – som nu har strejket i over 8 Uger.

Arbejdernes Fordringer er:

1. At Arbejdskøberne skal opfylde deres Løfter om at betale en vis Løn, saasnart Prisen paa Mursten steg. Prisen er stegen paa Mursten; men Arbejdernes Løn er lavere, end den har været nogensinde i løbet af de sidste ti Aar. Mursten er højere i Prisen, end de har været i de sidste femten Aar.

2. At Mestrene ikke skal have Lov til at afskedige Arbejderne uden Opsigelse, naar disse maa give en Uges Varsel. Fremfor alt forlanger Arbejderne, at de Penge, som bliver tilbageholdt af deres Løn – 2 d (15 Ø.) for hver 1,000 Sten – skal tilbagebetales Arbejderne, naar disse forlader Arbejdspladsen, enten det saa er af egen Drift eller de bliver afskedigede. Endvidere forlanger Arbejderne, at i Tilfælde af Sygdom eller Død skal de Penge, som er tilbageholdt af Arbejdernes Fortjeneste, udbetales til deres Hustru eller Børnene.

Som det nu er, lader Arbejdsherrerne under visse Omstændigheder den Løn, som Arbejderne har fortjent, gaa i deres egen Lomme.

Den mindste Hjælp udefra vilde just nu være dobbelt velkommen, ikke blot fordi den vilde hjælpe os i denne Arbejderkamp, men fordi den vilde være en udmærket Demonstration for Arbejdernes Solidaritet, og et godt Vaaben mod hine, som nu forsøger at skabe en Stemning mod Udlændingene.

Det mindste Bidrag vil derfor blive modtaget med Taknemlighed, og vi lover i Foreningens Navn, at vi ikke skal glemme dem, der minder os i Nødens Time.

For Bestyrelsen
Eleanor Marx Aveling
Bidrag kan sendes til Mr. W. Thorne, 144 Barking Rd., E. London.

Nach Arbejderen, 21.06.1890. Das Original ist nicht überliefert.
Übersetzung: Das internationale Arbeitersekretariat hat aus London folgende Mitteilung erhalten: Im Namen von 750 unserer Mitglieder – Ziegeleiarbeiter – welche nun in mehr als 8 Wochen gestreikt haben, appellieren wir hiermit an die dänischen Arbeiter. Die Forderungen der Arbeiter sind: 1. Dass die Arbeitgeber ihr Versprechen erfüllen, einen bestimmten Lohn zu bezahlen, sobald der Preis von Ziegelsteinen steigt. Der Preis für Ziegelsteine ist gestiegen, aber der Lohn der Arbeiter ist niedriger, als er jemals im Laufe der letzten zehn Jahre gewesen ist. Ziegelsteine sind teurer, als sie in den letzten fünfzehn Jahren gewesen sind. 2. Dass den Unternehmern nicht erlaubt sein soll, Arbeiter ohne Kündigung zu entlassen, wenn diese eine Woche Kündigungsfrist haben. Insbesondere verlangen die Arbeiter, dass das Geld, welches von ihrem Lohn zurückgehalten wird – zwei Penny (15 Øre) für je 1,000 Ziegelsteine – ihnen ausgezahlt wird, wenn sie den Arbeitsplatz verlassen, sei es aus freien Stücken, oder wenn sie entlassen werden. Darüber hinaus verlangen die Arbeiter, dass das Geld, welches von ihrem Verdienst zurückgehalten wird, im Falle von Krankheit oder Tod, ihren Ehefrauen oder Kindern ausbezahlt wird. So wie es jetzt ist, lassen die Arbeitgeber unter gewissen Umständen den Lohn, den die Arbeiter verdient haben, in ihre eigene Tasche gehen. Die kleinste Hilfe von aussen ist gerade im Augenblick doppelt willkommen, nicht nur, weil sie uns in diesem Arbeitskampf helfen würde, sondern weil sie eine ausgezeichnete Demonstration der Solidarität der Arbeiter wäre, und eine gute Waffe gegen jene, die jetzt versuchen, eine Stimmung gegen die Ausländer hervorzurufen. Der kleinste Beitrag wird daher mit Dank angenommen werden, und wir versprechen im Namen des Vereins, dass wir die nicht vergessen werden, die in der Stunde der Not an uns denken. Im Namen des Vorstandes Eleanor Marx Aveling. Beiträge können gesendet werden an Mr. W. Thorne, 141 Barking Rd., E. London.
Kommentar: Der Text in Arbejderen ist eine etwas holprige Übersetzung des deutschen oder englischen Originals. Mit dem im Brief genannten „Verein" kann nur das Internationale

Arbeitersekretariat gemeint sein, dessen Sekretär für die RSAP Nic. L. Petersen war und der deswegen als Empfänger genannt wird. Siehe dazu Kapitel 8.1 und Exkurs 1. Der Streik der Ziegelarbeiter und die Arbeits- und Lohnverhältnisse, gegen den er sich richtete, sind näher beschrieben von Thorne in seinen Memoiren, S. 121 f. und S.144 f. Was mit der ausländerfeindlichen Stimmung gemeint ist liess sich nicht entschlüsseln. Eleanor Marx-Aveling war so etwas wie die intellektuelle Ziehmutter des bildungsfernen Thorne, vergl. Rachel Holmes, Eleanor Marx. A Life, London, Delhi, New York, Sydney 2014, S. 313, 315, 320 ff. und passim.

Dokument 23

August Bebel an Nicolaj L. Petersen in Kopenhagen
Berlin, 4. September 1891 (Brief)

Berlin. W., Gross-Görschenstrasse 22a,
den 4.9.91

Werther Genosse.
Es unterliegt keinem Zweifel dass der Congress die Maifeier auf den 1 Mai verlegte. Von einer Demonstration am Sonntag weiss der Congressbeschluss nichts.

Wie ich selbst mich öffentlich darüber ausgesprochen, ersehen Sie aus der neuesten N. der „Neuen Zeit", welche einen Artikel von mir über den Brüsseler Kongress enthält. Sie können ja auf diesen Bezug nehmen.

Eine persönliche Bezugnahme auf mich in anderer Form wünsche ich nicht, da ich streng daran festhalten möchte mich in die Differenzen der Genossen in den einzelnen Ländern nicht zu mischen

Mit Gruss und Handschlag
Ihr A. Bebel

Nach der Handschrift im ABA, Nachlass Nicolaj L. Petersen. Erstveröffentlichung.
Kommentar: Nicolaj L. Petersens Brief an Bebel, der diesem Brief vorausgegangen sein muss, ist nicht überliefert. Bebel bezieht sich auf seinen Artikel: Der Internationale Arbeiterkongress zu Brüssel, in: Die Neue Zeit, Nr 49, ix. Jahrgang, 2. Band, 1890-91, S. 713-717, wo er auf S. 714 schreibt: „Die Verhandlungen des Brüsseler Kongresses haben in besonderem Masse dazu beigetragen, das Eis, das noch die Brust der alten Gewerkvereinsführer theilweise umpanzert hielt, zum Schmelzen zu bringen. Sehen wir von dem Beschlusse über die Demonstration am 1. Mai ab, zu der alle Engländer ohne Ausnahme aus nationaler Besonderheit, die der ganze Kongress zu würdigen verstand, eine besondere Stellung einnahmen, so haben sie in allen übrigen Fragen ohne Ausnahme fest zu den übrigen Delegierten gestanden und wesentlich zu jener Einmütigkeit der Beschlüsse beigetragen, die den bisherigen Kongress besonders auszeichnete."

Dokument 24

Gerson Trier an Friedrich Engels in London
Paris, 18. April 1892 (Brief)

3 Rue de Mathurius
Paris 18 April 1892

Kære Frederich Engels
De bliver vist meget overrasket ved efter så lang tids tavshed at få brev fra mig. Når jeg så længe ikke har ladet høre fra mig, er det ikke, fordi jeg ikke i al den tid har tænkt på Dem ofte. Tværtimod jeg tænker tidt og med samme ublandede glæde på de behagelige timer, jeg har tilbragt hos Dem, og med lige så stor taknemlighed på hvad jeg skylder Dem og Deres arbejde for sosialismen. Men blandt mine mange andre mangler findes også en stor mangel på disposition til at skrive breve, når jeg ikke har et stærkt pres på mig; og således er det da gåt til, jeg, skønt jeg ofte bebrejdede mig min blindhed

ikke at tildrage mig al den nytte og nydelse, jeg kunne have, ved at få brev fra dem, dog i så lang tid har ladet Dem uden noget livstegn fra mig.

Jeg må end og så indrømme, at det er et slags tryk, der idag giver mig pennen i hånden, om end ikke et ydre. Anledningen er nærmest den dom, der er overgået min ven Nicolaj Petersen De husker nok, hvor ivrig en sosialist N.P. var, hvorledes han aldrig blev træt af at diskutere arbejderspørsmålet. Men han indskrænkede sig ikke til teoretiske betragtninger. For at agitere for sagen, for at gøre sosialismen og dens følger klare for arbejderne har han sat alt andet til side. Med en – i denne bevægelse vel ikke enestående, men derfor ikke mindre – beundringsværdig uegennytte har han sat al tid og kraft ind på dette ene: at udbrede sosialismen, og han har for denne sags skyld bogstavelig sultet og lidt nød. Han er en begejstret tilhænger af Marx samfundsopfattelse og, som De husker, var det hans fordring om, at det danske sosialdemokrati i sin politiske optræden skulle stille sig på klassekampens standpunkt, der gjorde, at han blev smidt ud af partiet hjemme. Arbejderen var organet for denne opfattelse af sosialismen, og det er i anledning af nogle artikler i dette blad, hvori N.P. erklærer en omvæltning af det bestående samfund for uundgålig; og opfordrer arbejderne til at forberede sig vel på at kunne modtage en anden samfundsform, det er i den anledning, at N.P. i December blev fængslet og nu er bleven dømt til en aldeles meningsløs hård straf: et års forbedringshusarbejde Hvad man har villet ramme i N.P. er sikkert den ihærdige agitator for sosialismen. Artiklerne i Arbejderen indeholdt ikke andet end hvad der er sagt og skreven 100 gange før, men det lille parti, der stod omkring N.P. (de såkaldte revolutionære sosialister), har gjort vore ledende det mere klart hvad der lå i sosialismen end måske hele det store sosialdemokrati i København, der er et radikalt-liberalt-politisk småborgerparti. Det er sikkert ikke for de anklagede artiklers skyld men for N.P.'s deltagelse i 1ste Maj bevægelsen og i agitationen for de arbejdsløse, at han er bleven dømt.

At han er bleven dømt, er jo imidlertid ikke så mærkeligt. Langt mere mærkeligt er det offisielle sosialdemokratis stilling til sagen. Da N.P. blev fængslet, havde de borgerlige blade oftere artikler om sagen, „Social-Demokraten" indskrænkede sig til et par linjers notice som den anvender, når en fuld mand er blevet kørt over på gaden, og nu, da efter 4 måneders forløb dommen er falden, skriver den en artikel som den, jeg sender Dem. Det ville være en gavnlig ting, om de udtalte Deres mening om denne artikel og tillod Deres udtalelser at blive offentliggjordt. Det offisielle organ i København optræder med en intolerance og „vi-alene-vide-tro" der er en katolsk pave værdig. Hvad der selvfølgelig vilde være en stor glæde for N.P., der ikke véd, at jeg har skreven til Dem, vilde være, om De sendte ham et par ord enten gennem mig eller til København, adresse Victor Petersen, 12 Nybrograde, København; ved den første fremgangsmåde vilde jeg også få den glæde at se Deres kendte håndskrift igen.

Hvad bevægelsen i Danmark angår står den på det samme ovenomtalte små-borgerstandpunkt, som da jeg sidst fortalte Dem om den. Enkeltheder håber jeg mundlig at kunne meddele Dem hvis det, som jeg tænker på, bliver mig muligt at tage til London et par dage i begyndelsen af Maj. Jeg har været her i Paris i vinter på bryllupsrejse med min unge kone, med hvem jeg holdt bryllup i November. Jeg sender Dem med bookpost Social-Demokraten, og med dette brev mange hjærtlige hilsner.

Gerson Trier

Nach der Handschrift im IISG, Nachlass Marx-Engels, L 6113. Zuerst veröffentlich in: G. Callesen, Om revolutionær taktik, S. 126 ff.

Übersetzung: Lieber Frederich (sic) Engels Sie werden sicher überrascht sein, nach so langer Zeit Schweigen einen Brief von mir zu bekommen. Wenn ich so lange nichts von mir habe hören lassen, ist es nicht so, dass ich in all' dieser Zeit nicht oft an Sie gedacht habe. Im Gegenteil denke ich oft und mit der gleichen ungetrübten Freude an die angenehmen Stunden, die ich bei Ihnen verbracht habe, und mit genauso grosser Dankbarkeit an das, was ich Ihnen und Ihrer Arbeit für den Sozialismus schulde. Aber abgesehen von meinen vielen anderen Mängeln gibt es auch den grossen Mangel der Disponiertheit zum Briefeschreiben, wenn ich nicht einen starken Druck dazu auf mir habe, und so ist es gekommen, dass ich, obwohl ich mir in meiner Blindheit, mir nicht all' den Nutzen und Genuss anzueignen, den ich durch einen Brief von Ihnen haben könnte, mir oft vorwerfe, Sie dennoch so lange ohne ein Lebenszeichen von mir gelassen habe. Auch jetzt muss ich zugeben, dass es eine Art Druck ist, der mir heute die Feder in die Hand gibt, allerdings kein äusserer. Der

Anlass ist am ehesten das Urteil, das meinem Freund Nicolaj Petersen zuteil wurde. Sie erinnern sich sicher, wie eifrig ein Sozialist N.P. war, wie er nie müde wurde, die Arbeiterfrage zu diskutieren. Aber er begrenzte sich nicht auf theoretische Betrachtungen. Um für die Sache zu agitieren, um den Sozialismus und seine Folgen für die Arbeiter klarzustellen, hat er alles andere zur Seite gesetzt. Mit einer – in dieser Bewegung nicht einmaligen, aber deshalb nicht weniger – bewunderungswerten Uneigennützigkeit hat er all' seine Zeit und Kraft für dieses eine eingesetzt: den Sozialismus zu verbreiten, und für diese Sache hat er buchstäblich gehungert und Not gelitten. Er ist ein begeisterter Anhänger von Marx' Gesellschaftsverständnis, und, wie Sie sich erinnern, war es seine Forderung danach, dass die dänische Sozialdemokratie in ihrem politischen Verhalten sich auf den Standpunkt des Klassenkampfes stellte, die bewirkte, dass er daheim aus der Partei geworfen wurde. Arbejderen war das Organ für diese Auffassung des Sozialismus, und es ist anlässlich einiger Artikel in diesem Blatt, worin N.P. einen Umsturz der bestehenden Gesellschaft für unvermeidlich erklärt, und die Arbeiter dazu auffordert, sich auf die Ankunft einer anderen Gesellschaftsform wohl vorzubereiten, es ist aus diesem Anlass, dass N.P. im Dezember sistiert wurde und nun zu einer ausgesprochen sinnlos harten Strafe verurteilt wurde: ein Jahr Verbesserungsanstaltsarbeit. Was man mit N.P. treffen wollte, ist sicher der unermüdliche Agitator für den Sozialismus. Die Artikel in Arbejderen enthalten nichts anderes, als was schon 100mal gesagt und geschrieben wurde, aber die kleine Partei, die um N.P. stand (die sogenannten revolutionären Sozialisten), hat es unseren Leitern mehr klargemacht, was im Sozialismus lag, als vielleicht die gesamte grosse Sozialdemokratie in Kopenhagen, die eine radikal-liberal-politische Kleinbürgerpartei ist. Es ist sicher nicht wegen der angeklagten Artikel, sondern wegen N. P.'s Teilnahme an der 1sten Mai-Bewegung und wegen seiner Agitation für die Arbeitslosen, dass er verurteilt wurde. Dass er verurteilt wurde, ist ja nun nicht so merkwürdig. Viel merkwürdiger ist die Stellung der offiziellen Sozialdemokratie zu der Sache. Als N.P. sistiert wurde, brachten die bürgerlichen Blätter öfters Artikel über die Sache, „Social-Demokraten" beschränkte sich auf eine wenige Zeilen Notiz, wie sie zu lesen ist, wenn ein betrunkener Mann auf der Strasse überfahren worden ist, und nun, da das Urteil nach 4monatigem Verlauf gefallen ist, schreibt es einen Artikel wie den, den ich Ihnen schicke. Es wäre günstig, wenn Sie Ihre Meinung über diesen Artikel äussern würden und es zuliessen, dass diese Äusserungen veröffentlicht würden. Das offizielle Organ in Kopenhagen tritt auf mit einer Intoleranz und einem „wir-allein-wissen-Glauben", der eines katholischen Papstes würdig ist. Was selbstverständlich eine grosse Freude für N.P. wäre, der nicht weiss, dass ich Ihnen geschrieben habe, wenn Sie ihm ein paar Worte entweder durch mich oder an Kopenhagen, Adresse Victor Petersen, 12 Nybrogade, Kopenhagen, zukommen lassen würden; bei der ersten Vorgehensweise hätte auch ich das Vergnügen, Ihre bekannte Handschrift wiederzusehen. Was die Bewegung in Dänemark angeht, steht sie auf dem gleichen obengenannten Kleinbürgerstandpunkt, wie als ich Ihnen zuletzt davon erzählte. Einzelheiten hoffe ich, möglicherweise Ihnen mündlich mitteilen zu können, wenn es mir, wie ich jetzt denke, möglich wird für ein paar Tage Anfang Mai nach London zu fahren. Ich war hier in Paris im Winter auf Hochzeitsreise mit meiner jungen Frau, mit der ich im November Hochzeit hielt. Ich sende ihnen mit Kreuzband den Social-Demokraten, und mit diesem Brief viele herzliche Grüsse. Gerson Trier
Kommentar: Es ist nicht bekannt welche Ausgabe des dänischen Parteiblattes Triers Engels nach London schickte. Ein Kommentar von Engels ist nicht überliefert.

Dokument 25

(Fritz Julius) Nielsen Kolding an englische Sozialisten (in London)
Kopenhagen, den 1. Mai 1892 (Brief)

Socialister! Kammerater!
Det revolutionære socialistiske Arbejderparti i Danmark sender Jer Hilsen og Lykønskning i Anledning af Jeres Demonstration i Dag. Tak for Jert Arbejde for Proletariatets Frigørelse! Videre frem ad denne Vej – vi maa frem, vi skal frem. Lige som hos Jer er hos os alles Tanker i Dag fæstede paa Proletariatets første Nutidskriv, 8 Timer Arbejdsdagen, og i Erkendelsen af, at dette er en international Opgave for Arbejderne, sender vi Broderhilsen til Jer og de øvrige Landes Socialister.

Vi – Arbejderne, maa ved egen Kraft gennemtvinge en 8 Timers Arbejdsdag. Og vi vil opnaa at kunne gøre det, men det er ikke Maalet – kun et Middel til Opnaaelsen af vort Maal: Omstyrtelsen af det kapitalistiske Samfund!
Leve den sociale Revolution!

Paa Centralkomitéens Vegne
Nielsen Kolding

Nach Arbejderen vom 01. Mai 1892. Das Original ist nicht überliefert.
Übersetzung: Sozialisten! Kameraden! Die revolutionäre sozialistische Arbeiterpartei in Dänemark sendet Euch Gruss und Glückwunsch anlässlich Eurer heutigen Demonstration. Danke für Eure Arbeit für die Befreiung des Proletariats! Weiter vorwärts auf diesem Weg – wir sollen und müssen vorwärts. Wie bei Euch sind heute bei uns alle Gedanken auf die erste Jetztzeitforderung gerichtet, den 8 Stunden Arbeitstag, und in der Erkenntnis, dass dies eine internationale Aufgabe ist für die Arbeiter, schicken wir unseren Brudergruss an Euch und die Sozialisten der übrigen Länder. Wir – die Arbeiter, müssen aus eigener Kraft einen 8 Stunden Arbeitstag herbeizwingen. Und wir werden es schaffen dies durchzuführen, aber dies ist nicht das Ziel – nur ein Mittel zum Erreichen unseres Ziels: Der Umsturz der kapitalistischen Gesellschaft! Es lebe die soziale Revolution!
Im Auftrage des Zentralkomitees Nielsen Kolding
Kommentar: Der Brief ist Teil eines Artikels mit der Überschrift „Demonstrationen i Hyde Park". In ihm wird berichtet, dass „die englischen Sozialisten Einladungen an die Arbeiterparteien aller Länder", auch an die RSAP, geschickt hätten, an der für Sonntag den 1. Mai 1892 geplanten Demonstration im Hyde Park teilzunehmen. „Unsere Partei", so Nielsen Kolding, d.h. die RSAP, hätte der Einladung leider nicht folgen können, daher der Brief. Wer die angesprochenen „englischen Sozialisten" waren geht aus dem Artikel nicht hervor, denkbar ist die „Socialist". Vergl. auch Dokument 26, wo Engels Nic. L. Petersen von der Demonstration berichtet.

Dokument 26

Friedrich Engels an Nikolaj L. Petersen in Kopenhagen
London, 3. Mai 1892 (Brieffragment)

Kære hr. Petersen,
Jeg erfarer, at det er muligt også i fængsel at lade Dem høre lidt fra én, og jeg ville så ikke undlade at tilkendegive Dem min oprigtige deltagelse ved Deres domfældelse og fængsling. Det går nu i Danmark som i andre lande: hvor andre bliver frifundne, bliver en socialist domfældt, og hvor andre får en måneds fængsel, får en socialist et eller flere år og forbedringshusarbejde oven i købet. Dette er et bevis for, at man nærer større og større frygt for os, men det er derfor ikke mindre uheldigt for dem, der bliver reaktionens ofre. Jeg takker Dem også mange gange for tilsendelsen af Arbejderen. Da jeg kun rent undtagelsesvis ser „Social-Demokraten", har Deres blad været min eneste kilde om danske forhold, og dette har gjort den endnu mere velkommen for mig. Majfesten er løbet godt af. Jeg ville ønske, at De havde kunnet se de 600.000 mennesker, der i forgaars var i Hyde Park. Med hvert år bliver den store majrevue mere imponerende og beviser, at den tid rykker nærmere, hvor vi vil være stærke nok til at lade det komme an på en afgørende kamp. Nu farvel. Jeg håber, at det ikke går Dem værre, end det plejer at gå tyske meningsfæller i lignende tilfælde, så kan man jo nok holde det ud. Så slet som i England og Amerika, og så godt som i Paris Sainte Pélagie vil det vel næppe være. I hvert fald håber vi alle, at De vil komme ud af fængslet og vil være med nok så rask til næste 1ste Maj. Med hjærtelig hilsen fra fru Kautsky og mig selv

Deres uforandret
F. Engels

Nach Arbejderen vom 10. Juli 1892. Veröffentlicht in G. Callesen, Om revolutionær taktik, S. 128. Das Original des Briefes/Brieffragments ist nicht überliefert.
Übersetzung: Lieber Herr Petersen. Ich erfahre, dass es möglich ist, Ihnen auch ins Gefängnis zu schreiben. Und ich will es nicht unterlassen, Ihnen meine aufrichtige Teilnahme an Ihrer Verurteilung

und Inhaftierung auszudrücken. Es geht jetzt in Dänemark wie in anderen Ländern: wo andere freigesprochen werden, wird ein Sozialist verurteilt, und wo andere einen Monat Gefängnis bekommen, erhält ein Sozialist ein oder mehrere Jahre und obendrein Zwangsarbeit. Dies ist ein Beweis dafür, dass man uns mehr und mehr fürchtet, aber deshalb ist es ja nicht weniger fatal für diejenigen, die der Reaktion zum Opfer fallen. Ich danke Ihnen auch vielmals für die Übersendung des „Arbejderen". Da ich nur ausnahmsweise den „Social-Demokraten" sehe, ist Ihr Blatt meine einzige Quelle über dänische Verhältnisse gewesen, und dies hat es mir noch willkommener gemacht. Die Maifeier ist gut verlaufen. Ich wünschte, dass Sie die 600.000 Menschen, die vorgestern im Hyde Park waren, hätten sehen können. Mit jedem Jahr wird die grosse Mai-Revue imponierender und beweist, dass die Zeit näher rückt, wo wir stark genug sein werden, um es zum entscheidenden Kampf kommen zu lassen. Nun auf Wiedersehen. Ich hoffe, dass es Ihnen nicht schlechter gehen wird, als es gewöhnlich deutschen Meinungsgenossen in ähnlichen Fällen geht, und dann kann man es ja aushalten. So schlimm wie in England und Amerika und so gut wie in Paris im Saint Pélagie wird es wohl kaum sein. Jedenfalls hoffen wir alle, dass Sie ungeschwächt aus dem Gefängnis kommen werden und gesund am nächsten Ersten Mai dabei sein werden. Mit herzlichem Gruss von Frau Kautsky und mir selber Unverändert Ihr F. Engels
Kommentar: Dass dieses Dokument tatsächlich nur ein Fragment ist, ergibt sich aus der redaktionellen Vorbemerkung in *Arbejderen*. Die Datierung ergibt sich aus dem Inhalt des Briefes – die Mai-Demonstration fand am Sonntag dem 01.05.1892 statt.

Dokument 27

Nicolaj L. Petersen an Friedrich Engels in London
Kopenhagen, den 22.Mai 1892 (Brief)

Københavns Arresthus
Den 22.5.1892

Ærede Hr Engels!
Deres venlige Brev og Deltagelse var mig en kærkommen Overraskelse, og jeg iler med at sende Dem min hjærteligste Tak derfor. Da jeg her i Fængslet ikke har Tilladelse til at have Skrivematerialer, saa maa jeg bede Dem undskylde at jeg skriver med Blyant. Opholdet her er ganske taaleligt, men i Forbedringshuset er det betydelig strængere, og forbunden med Tvangsarbejde i Enkeltceller fra Klokken 4½ Morgen til 8 om Aftenen, men Straffetiden forkortes derfor ogsaa med 1/3 af Tiden, saa at 1 Aar bliver til 8 Maaneder.

Jeg har appeleret min Sag for Højesteret, og kan vente Afgørelse i Løbet af to Uger. Min Defensor siger imidlertid, at der ikke kan være Tale om Frifindelse. Thi de danske Love adskiller sig væsentlig fra de engelske og franske. Han meddelte mig nemlig, at hvis jeg, for Exp. skrev et Brev til en eller anden Bekendt i Udlandet for at faa at vide hvorledes man i et kommende Tilfælde kunde gaa frem for at faa de bestaaende Statsforhold forandret, da vilde dette være en Lovovertrædelse og dømt som det første Skridt paa omstyrtning af Statsforfatningen. De vil heraf se at der er ingen Grund er til at dele Louis Pios Anskuelser om vore demokratiske forhold.

Doktor Georg Brandes, som de uden Tvivl kender, holdt for nogen tid siden et Foredrag hvori han erklærede, at næstefter Tyrkiet og Rusland var Danmark det mest ufrie Land i Europa. At det officielle Socialdemokratie holder Alliangse med Venstre er naturligvis en Følge af de smaaborgerlige Forhold her i Landet, hvad der jo ogsaa er Skyld i de her gjældende smaaborgerlige Theorier. Førerne har aldrig været i Udlandet, kan ingen fremmede Sprog, og selvom de af ikke Socialdemokrater faar enkelte Artikler oversat fra udenlandske Blade, saa kan de derved ikke følge med Tendenserne hos Socialdemokraterne andre Lande. De samme Forhold foraarsager at vore Anstrængelser ikke gaar heldig som kunne ønskes, endskønt flere af vore Ideer er bleven accepteret af Masserne som staar under Socialdemokratiet, og at der fra vore Folk fremkommer Tanker og Forslag som De ikke kan underskrive troer jeg meget gerne, thi jeg kan selv ikke underskrive alt, men vi mangler Penge, og vore Folk er ikke vant til at agitere. Jeg som har haft det meste Arbejde og som derfor er bekendt som

en rød hund i Byen kan neppe finde tilstrækkelig Fortjeneste, og har mangen Dag bogstaveligt talt ikke haft das trokkene Brot.

Alliangsen her er imidlertid ikke så ganske simpel. Ikke nok med at Socialdemokrater og Liberale danner en Caucus, og deler de forskellige Kredse imellem sig, ikke nok med at tale om Socialismen, men følgende Eksempel vil illustrere dens Karakter. Ved Landsthingsvalgene 1890, (Valgene foregaar der indirekte) vilde de Liberale opstille Advokat Oktavius Hansen, en Mand som ved en forretning havde været Hovedmanden // for at fratage Arbejderne de Penge som vare i deres Understøttelses Kasse, og som derfor var Grund til at antage, at Arbejderne ikke ønskede Valgt; man nævnede derfor ikke Kandidatens Navn førend Vælgerfolket havde stemt paa Valgmænd, og altsaa uden at vide for hvem de havde virket.

Hvad de constitutionelle Stridigheder angår, da tillægger jeg dem ikke videre Betydning; saalænge Klasseforholdene ikke er tilstrækkelig tilspidsede, og saalænge som en Del af Bourgeoisiet ikke ser en absolut Modstander i Arbejderklassen, saalænge kan de tillade sig indbyrdes Skænderier; med Forholdenes Udvikling taber det sig. Og allerede nu har den halve Del af Oppositionen sluttet sig til Estrup, de kaldes derfor „Overløbere", så at Estrup nu har Majoriteten saavel i Folkething som i Landsthing, altsaa, da derved at Regeringens Handlinger godkendes af begge Thing, Handlingerne faar Lovlighedens Stempel, kann de konstitutionelle Stridigheder betragtes som endt.

Saa snart som jeg bliver fri skal jeg meddele Dem nogle Fakta om Landboforholdene, hvoraf De vil kunde se hvorvidt der er Grund til at tale om en hurtig udvikling i Danmark, og som jeg haaber vil interessere Dem.

Den 8de Juni er det ½ Aar siden jeg kom i Fængsel. I Begyndelsen var det ligesom en Lettelse for mig, da jeg i det mindste ikke var mere nedtrykt af Bekymringen om hvor jeg skulde få noget at spise; men da jeg i det forløbne halve Aar ikke endnu har faaet bedre tanker // om det borgerlige Samfund, så er der ikke meget Haab om at jeg vil blive forbedret i de kommende 8 Maaneder.
Idet jeg beder Dem at hilse Fru Kautsky tegner jeg med særdeles Agtelse

Deres
Nic L Petersen

PS Det er ogsaa ret betegnende for vore Socialdemokrater, at de trods mange Paamindelser ikke vil fremlægge Lovforslag om Arbejderbeskyttelse i Folkethinget (Pariser Resolutionen).

Der er bleven indbragt et Forslag i Landstinget hvor det naturligvis ikke engang blev diskuteret, og som kun indeholdt Fordringen om 8 Timerdagen for en del Arbejdsgrene, men uden nogen Foranstaltninger til dets Gennemførelse.

Nach der Handschrift im IISG, Nachlass Marx-Engels, L 5242. Zuerst veröffentlicht in: G. Callesen, Om revolutionær taktik, S. 128 ff.

Übersetzung: Geehrter Herr Engels, Ihr freundlicher Brief und Ihre Teilnahme waren mir eine willkommene Überraschung, und ich beeile mich, Ihnen meinen herzlichsten Dank dafür zu senden. Da ich hier im Gefängnis nicht die Erlaubnis habe, Schreibmaterialien zu besitzen, so muss ich Sie um Entschuldigung bitten, dass ich mit Bleistift schreibe. Der Aufenthalt hier ist auszuhalten, aber in der Verbesserungsanstalt ist es bedeutend strenger und verbunden mit Zwangsarbeit in Einzelzellen von 4½ morgens bis 8 am Abend, aber die Strafzeit wird daher auch mit 1/3 der Zeit abgekürzt, sodass ein Jahr zu 8 Monaten wird. Ich habe meinen Fall beim Höchsten Gericht appelliert und kann die Entscheidung im Laufe von zwei Wochen erwarten. Mein Verteidiger sagt jedoch, dass von Freispruch keine Rede sein kann. Denn die dänischen Gesetze unterscheiden sich wesentlich von den englischen und französischen. Er teilte mir nämlich mit, dass ich, wenn ich z. B. einen Brief an den einen oder anderen Bekannten im Ausland schreiben würde, um zu erfahren, wie man in einem zukünftigen Fall vorgehen müsse, um die bestehenden Staatsverhältnisse verändert zu bekommen, da wäre dies eine Gesetzesübertretung und würde als erster Schritt zum Umsturz der Staatverfassung beurteilt. Sie können hieraus ersehen, dass es keinen Grund gibt, Louis Pios Anschauungen über unsere demokratischen Verhältnisse zu teilen. Doktor Georg Brandes, den Sie ohne Zweifel kennen, hielt vor einiger Zeit einen Vortrag und erklärte, dass abgesehen von der Türkei und Russland Dänemark das unfreieste Land in Europa wäre. Dass die offizielle Sozialdemokratie die Allianz mit Venstre einhält, ist natürlich eine Folge der kleinbürgerlichen Verhältnisse hierzulande,

was ja auch Schuld ist an den hier geltenden kleinbürgerlichen Theorien. Die Führer waren nie im Ausland, können keine fremden Sprachen, und obwohl sie von Nicht-Sozialdemokraten einzelne Artikel aus ausländischen Blättern übersetzt bekommen, können sie dadurch nicht den Tendenzen bei den Sozialdemokraten in anderen Ländern folgen. Die gleichen Verhältnisse verursachen, dass unsere Anstrengungen nicht so glücklich verlaufen sind wie gewünscht werden könnte, obwohl einige unserer Ideen von den Massen akzeptiert wurden, die unter dem Einfluss der Sozialdemokratie stehen, und dass von unseren Leuten Gedanken und Vorschläge kommen, die Sie nicht unterschreiben können, glaube ich sehr gerne, denn auch ich selbst kann nicht alles unterschreiben, aber es fehlt uns an Geld, und unsere Leute sind es nicht gewohnt zu agitieren. Ich, der die meiste Arbeit gehabt hat und deshalb bekannt ist in der Stadt wie ein roter Hund, kann kaum ausreichend Verdienst finden, und habe an manchen Tags nicht das trockene Brot gehabt. Die Allianz ist einstweilen nicht ganz so einfach. Nicht genug damit, dass die Sozialdemokraten und die Liberalen einen Caucus bilden und die verschiedenen Kreise unter sich aufteilen, nicht genug damit vom Sozialismus zu reden, aber folgendes Beispiel wird dessen Charakter illustrieren. Bei den Wahlen zum Landsting 1890 (wobei die Wahlen indirekt verlaufen) wollten die Liberalen Rechtsanwalt Oktavius Hansen aufstellen, einen Mann, der bei einem Geschäft der Hauptdrahtzieher dabei war, Arbeitern das Geld, das in ihrer Beistandskasse war, abzunehmen, und von dem deshalb anzunehmen war, dass die Arbeiter ihn nicht gewählt wünschten; deshalb nannte man den Namen des Kandidaten nicht, bevor das Wählervolk für Wahlmänner gestimmt hatte und also ohne zu wissen, für wen diese gearbeitet hatten. Was die konstitutionellen Streitigkeiten angeht, messe ich ihnen keine weitere Bedeutung bei; so lange die Klassenverhältnisse nicht genug zugespitzt sind, und so lange ein Teil der Bourgeoisie keinen absoluten Gegner in der Arbeiterklasse sieht, so lange können sie sich Zänkereien untereinander leisten; dies nimmt ab mit der Entwicklung der Verhältnisse. Und schon jetzt hat der halbe Teil der Opposition sich Estrup angeschlossen, sie werden deshalb „Überläufer" genannt, sodass Estrup nun die Mehrheit sowohl im Folketing als auch im Landsting hat, also, dadurch, dass die Handlungen der Regierung von beiden Kammern gutgeheissen werden, bekommen die Handlungen den Stempel der Gesetzmässigkeit, können die konstitutionellen Streitigkeiten als beendet betrachtet werden. Sobald ich freikomme, werde ich Ihnen einige Fakten über die Landwirtschaftsverhältnisse in Dänemark mitteilen, aus denen sie ersehen können, wieweit es einen Grund dafür gibt, von einer schnellen Entwicklung in Dänemark zu sprechen, und von denen ich hoffe, dass sie Sie interessieren. Am 8. Juni ist es ½ Jahr her, dass ich ins Gefängnis kam. Am Anfang war es wie eine Art von Erleichterung für mich, weil ich wenigstens nicht mehr niedergeschlagen war aus Bekümmerung darüber, wo ich etwas zu essen bekommen würde; aber da ich im vergangenen halben Jahr noch immer keine besseren Gedanken über die bürgerliche Gesellschaft bekommen habe, gibt es nicht viel Hoffnung, dass ich in den kommenden 8 Monaten gebessert werde. Mit der Bitte an Sie, Frau Kautsky zu grüssen bin ich mit besonderer Achtung Ihr Nic L Petersen. PS Es ist auch recht bezeichnend für unsere Sozialdemokraten, dass sie, trotz häufig daran erinnert worden zu sein, den Gesetzesvorschlag über den Arbeiterschutz im Folketing (Pariser Resolution) nicht vorlegen wollen. Im Landsting wurde ein Vorschlag eingebracht, der natürlich nicht einmal diskutiert wurde und der nur die Forderung nach dem 8 Stundentag für einen Teil von Arbeitszweigen enthielt, aber ohne Veranstaltungen für seine Durchführung.
Kommentar: Der Brief wurde im Untersuchungsgefängnis geschrieben (dänisch „Arresthus"). Es wird nicht klar was Nic. L. Petersen mit seiner Bemerkung über Louis Pios Anschauungen „über unsere demokratischen Verhältnisse" meint. – Die „Affäre Oktavius Hansen" war wahrlich kein Ruhmesblatt für die Wahltaktik der dänischen Sozialdemokratie: obwohl der einflussreiche Rechtsanwalt, liberale Politiker und Aktionär einer Papierfabrik versucht hatte, den Arbeitern einen ihnen zustehenden Geldbonus abzuschwindeln, wurde er als einer der Kandidaten der „vereinigten Opposition", d.h. auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten, 1890 ins Landsting gewählt. Vergl. die Darstellung in Der Sozialdemokrat, 08.02.1890. – Nic. L. Petersen schilderte Engels nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis seine Interpretation der wichtigsten Entwicklungstendenzen der dänischen Landwirtschaft, siehe Dokument 30.

Dokument 28

Gerson Trier an Friedrich Engels in London
Kopenhagen 31. Juni 1892 (recte: 2. Juni) (Brief)

København, Højbroplads 10
31 Juni 1892

Kære Fredrich Engels
Først min bedste tak for Deres så kærkomne brev, dernæst et ord om, hvorfor min Tak kommer så sent. Jeg havde, som jeg sidst skrev, bestemt at tage til London fra Paris, og et af hovedmotiverne dertil var at besøge Dem og genopfriske de behagelige og lærerige timer, jeg har tilbragt i no. 122 R.P.R. Jeg stod også for flere uger siden rejsefærdig, min afrejse var bestemt og dagen til at tage afsted var kommen. Et par timer før togets afgang blev jeg syg, måtte gå til sengs, og lå nu 8 dage. Jeg blev endnu nogle dage i Paris for at samle kræfter hvilket lykkedes mig fuldt ud, men da min pungs kræfter stod i omvendt forhold til tiltagelsen af min sundheds kræfter, måtte jeg opgive London og tage tilbage til København.

Jeg besøgte, så hurtig det lod sig gøre, Nic. Petersen, hvis sag skal dømmes endelig i morgen af Højesteret; jeg skal straks meddele Dem resultatet. Jeg fandt N.P. selv ved godt mod. Han er efter eget og andres sigende bleven forholdsvist hensynsfuldt behandlet; hans frejdige optræden og ligefremme vedkendelse af sine meninger uden kryben i skjul under juristiske spidsfindigheder har gjort et godt indtryk, siges der. Han har kunnet læse og give sig af med træskæring i fængslet og samtidig været fritagen for de nervøse ophidselser livet ude har udsat ham for så at i det hele er han ikke bleven stærk forulæmpet ved sit fængselsophold; men, vel at mærke, dette har ikke været et straffefængsel, kun et varetægtsfængsel, og det er for det førstnævnte, jeg er lidt bange hvad vor vens sundhed angår. Som De vil se af indlagte brev, bliver der næppe tale om frifindelse, og vi må være glade om straffen „formildes" til vand og brød, der tage meget ringere tid.

Indlagte citater af „Arbejderen", som N. P. sender Dem, har De måske før læst. De vil give Dem et smukt billede af den sosialistiske eller rettere sosialdemokratiske agitation her i landet. Om årsagerne hertil kan jeg være enig med Dem og N.P., men jeg vil føje til, at personlige forhold hos lederne også bærer en stor del af skylden. Hvor naturlige de småborgerlige forhold er i et lille land som vort, er arbejderpartiet både stort og stærkt nok til at stå på egne ben, hvis det ikke var førerne først og fremmest om at gøre at få sig selv valgt som kandidater til rigsdag og byråd. Heller ikke jeg kan underskrive alt hvad „Arbejderen" i det sidste årstid har skrevet. Forresten ser det ud til, at bladet må gå ind af mangel på tilslutning. Det har altid været vanskeligt at holde det oppe, men med den sløjhed, som nu er indtrådt, vil det vel i det mindste foreløbigt, blive umuligt. Jeg tror, at denne sløjhed er international, en følge af den stansning i bevægelsen, der er fremkaldt ved arbejdsbrugernes organisation, og som om kortere eller længere tid, når arbejdsgivernes organisation er bleven fulgt af en endnu stærkere organisation af arbejderne, vil blive afløst af en stærkere fremskriden af arbejderbevægelsen og sosialismen end nogensinde før! måske havstillet før orkanen.

I håb om, at jeg om ikke for lang tid må blive i stand til at gøre en Londontur og gense Dem rask og livlig som altid sender jeg Dem min bedste hilsener

Gerson Trier

Nach der Handschrift im IISG, Nachlass Marx-Engels. Zuerst veröffentlicht in: G. Callesen, Om revolutionær taktik, S. 130 f.
Übersetzung: Lieber Fredrich (sic) Engels, zuerst meinen besten Dank für ihren so willkommenen Brief, danach ein Wort darüber, warum mein Dank so spät kommt. Ich hatte, wie ich zuletzt schrieb, mich dazu entschlossen von Paris nach London zu kommen, und eines der Hauptmotive dafür war, Sie zu besuchen und die behaglichen und lehrreichen Stunden, die ich in Nr 122 R.(egents) P.(ark)R.(oad) verbracht habe, wiederaufzufrischen. Vor einigen Wochen war ich reisefertig, meine Abreise war bestimmt, und der Tag abzureisen war gekommen. Ein paar Stunden bevor der Zug abging, wurde ich krank, musste mich ins Bett begeben und lag nun 8 Tage. Ich blieb noch ein paar Tage in Paris um Kräfte zu sammeln, was mir auch vollauf gelungen ist, aber da die Kräfte meiner

Brieftasche in umgekehrtem Verhältnis zur Zunahme der Kräfte meiner Gesundheit standen, musste ich London aufgeben und nach Kopenhagen zurückkehren. Ich besuchte, so schnell es sich machen liess, Nic. Petersen, dessen Fall morgen endgültig vom Höchsten Gericht beurteilt werden soll; ich werde Ihnen das Resultat sofort mitteilen. Ich fand N.P. selbst guten Mutes. Er wird nach eigenen und den Aussagen anderer verhältnismässig anständig behandelt; es heisst, dass sein beherztes Auftreten und sein gradliniges Bekennen seiner Meinungen, ohne sich unter juristischen Spitzfindigkeiten zu verstecken, einen guten Eindruck gemacht hat. Im Gefängnis hat er lesen können und sich mit Holzschnitzen beschäftigt, und gleichzeitig ist er frei gewesen von den nervösen Erregungen mit denen das Lebens draussen ihn konfrontiert hat, insgesamt ist er nicht sehr von seinem Gefängnisaufenthalt beeinträchtigt worden; aber, wohlgemerkt, dies war kein Strafgefängnis, nur Untersuchungshaft, und es ist wegen des oben genannten, dass ich ein wenig Angst habe, was die Gesundheit unseres Freundes angeht. Wie sie aus dem beigelegten Brief ersehen werden, wird von einer Freilassung kaum die Rede sein werden, und wir müssen froh sein, wenn die Strafe auf Wasser und Brot, was viel weniger Zeit braucht, „abgemildert" wird. Die beigelegten Zitate aus „Arbejderen", die N.P. Ihnen schickt, haben Sie vielleicht schon früher gelesen. Sie werden Ihnen ein schönes Bild der sozialistischen oder besser sozialdemokratischen Agitation hierzulande geben. Über die Ursachen hierfür kann ich mit Ihnen und N.P. einig sein, aber ich will hinzufügen, dass persönliche Verhältnisse bei den Leitern auch einen grossen Teil der Schuld tragen. Wie natürlich die kleinbürgerlichen Verhältnisse in einem kleinem Land wie dem unseren auch sind, ist die Arbeiterpartei sowohl gross als auch stark genug, um auf eigenen Beinen zu stehen, ginge es den Führern nicht zuallererst darum, selbst als Kandidaten in den Reichstag und die kommunalen Parlamente gewählt zu werden. Auch ich kann nicht alles unterschreiben was „Arbejderen" das letzte Jahr hindurch geschrieben hat. Übrigens sieht es so aus, als ob das Blatt mangels Nachfrage eingehen muss. Es ist immer schwierig gewesen es aufrechtzuhalten, aber mit der Trägheit die jetzt eingetreten ist, wird es wohl zumindest vorläufig unmöglich sein. Ich glaube, dass diese Trägheit international ist, eine Folge des Stillstandes der Bewegung, die durch die Organisation der Verbraucher der Arbeit hervorgerufen worden ist, und die über kürzere oder längere Zeit, wenn auf die Organisation der Arbeitgeber eine noch stärkere Organisation der Arbeiter gefolgt ist, von einem stärkeren Fortschreiten der Arbeiterbewegung und des Sozialismus als je zuvor abgelöst werden wird! Vielleicht die Meeresstille vor dem Orkan. In der Hoffnung, dass ich in nicht allzu langer Zeit in der Lage sein werde, eine Londonreise zu machen und Sie gesund und lebhaft wiederzusehen, sende ich Ihnen wie immer meine besten Grüsse Gerson Trier

Kommentar: Tatsächlich hat Trier den 31. Juni als Datum des Briefes angegeben. Die korrekte Datierung ergibt sich aus dem Inhalt des Briefes, d.h. dem Datum von Nicolaj L. Petersens Urteil. Eine Mitteilung Triers an Engels über die Verurteilung Nic. L. Petersens ist nicht überliefert, und auch Triers Wunsch nach einem Wiedersehen mit Engels erfüllte sich nicht. Aus dem Inhalt des Briefes ergibt sich, dass Trier diesem Brief Dokument 27 beilegte.

Dokument 29

August Bebel an Nicolaj L. Petersen in Kopenhagen
Berlin 27. Juni 1893 (Brief)

Berlin W., den 27.6.1893
Grossgörschen-Strasse 22a.

Werther Genosse.
Verzeihen Sie dass ich Ihren Brief vom 8. vor. Mts erst heute beantworte, aber Sie können sich vorstellen, dass der Wahlkampf, den wir mittlerweile durchzufechten hatten, alle Kräfte in Anspruch nahm.

Nun ist der Wahlkampf zwar beendet aber die Session des Reichstags steht bevor und so gilt es auf neue Arbeit sich vorzubereiten.

Wie es scheint haben Sie Ihre Gefängniszeit in erträglicher Weise überstanden und das ist gut. Was Sie mir über die Vorgänge in Dänemark schreiben war mir interessant, wir hören nur wenig von dort, da ich die dortige Presse nicht zu Gesicht bekomme.

Den Compromisseifer begreife ich, in Ihrem Lande sind die ökonomischen Verhältnisse noch viel zu wenig entwickelt als dass eine streng social-demokratische Partei von grösserer Bedeutung möglich wäre. Im Eifer Bedeutung zu erlangen geht man dann im Nachgehen zu weit. Ihr Bauernthum ist so wenig für den Socialismus zu gewinnen wie das unsere und mit dem Kleinbürgerthum ist dasselbe der Fall. Darüber darf man sich nicht täuschen.

Ich bitte von diesen Zeilen keinen Gebrauch zu machen, da ich nicht den Anschein erwecken möchte, als wollte ich mich in die dortigen Parteidifferenzen einmischen. Vielleicht sehen wir uns in Zürich.

Mit social-demokratischem Gruss und Handschlag
Ihr A. Bebel

Nach der Handschrift im ABA, Nachlass Nicolaj L. Petersen. Erstveröffentlichung.
Kommentar: Die Wahlen zum Reichstag vom 15. Juni 1893 endeten mit einem Stimmenanteil von 23,2% für die SPD (1.786.738 Stimmen) und, nach den Hauptwahlen 24, nach den Stichwahlen 44 =11.4% der Mandate. Siehe Fricke, Die deutsche Arbeiterbewegung, 1869 bis 1914, Tabelle 76 auf S. 526.

Dokument 30

Nicolaj L. Petersen an Friedrich Engels in London
Kopenhagen, den 3. Juli 1893 (Brief)

København
Den 3 Juli 93

Ærede Herr Engels!
I Deres sidste brev til Hr Gerson Trier udtaler de Dem om de smaalige økonomiske Forhold i Danmark, som en Forklaring af eller Aarsag til vore herværende Socialdemokraters smaaborgerlige Standpunkt og Fremgangsmaade; Nu vil jeg selvfølgelig ikke stille Danmark i række med de videre fremskredne Lande men jeg troer dog at De ser lidt ukorrekt på Danmark nuværende udviklingstrin, og jeg benytter derfor Lejligheden til ifølge mit Løfte fra Fængslet at meddele Dem lidt om vore økonomisk Standpunkt

Danmark Befolkning var 1890 2,185 det er en aarlig tilvækst af 0,99%. Deraf har København 313,387. Tages de omliggende Arbejderbyer med, beløber det sig til 370,000, 3 Byer har over 30,000 og 6 Byer over 20,000

Forholdet mellem de af Befolkningen som lever af Agerbrug og dem som lever af Byvirksomhed var

	1840	1860	1880	1890
Agerbrug	79,7%	77,6	70,9	61,4
Byerne	20,3%	22,4	29,1	38,6
=	4 – 1	3½ – 1	21/3 – 1	1½ – 1

Dette er efter den sidste Folketælling, som imidlertid ikke tager Hensyn til de på Landet værende Industrielle Etablissementer. En, i Anledning af Chicago Udstillingen udkommen officiel Beretning udtaler at kun halvdelen af Landets Befolkning ernærer sig ved Landbruget.

Hvad selve Landbruget angaar, saa ophører det mere og mere, at være den for Landet „naturligste" Næringsvej. Landet har for længe siden ophørt at være Kornudførende. Af Kornvare indføres aarlig – bortset fra Mais – mere end der udføres, 2 – 300 Mill Pund.

Af Produktionsbetingelser for Landbruget indføres betydelige Mængder fra Udlandet, og i stedse stigende Maalestok.

Af Gødning således i 1891 ca. 66.000000 Mill Pund. Indførselen af Foderstoffer, fra Tydskland stiger aarlig med ca 2.000000 Pund.

Landbrugets Udførsel er væsentlig Kjød Smør og Æg, men det trues af en stærk Konkurence fra Irland, Frankrig, Sverig og Rusland. Bliver nu Danmark slaaet af Marken i denne Konkurrence hvad skal vore Landmænd da udføre?

At Landbruget arbejder under trykkende Forhold er forstaaelig, især da her jo er Tale om de mange små Bønder; men kan det være rigtig at søge at opretholde denne Klasse, der hænger ved deres Ejendom, og dog er så fattige, at de ikke kan give deres Arbejdere hverken god Løn eller god Kost. Efter Statistikken (privat)

er Lønnen	hos Bønder	på store Godser
med Kost hos Arbejdsherren	224 Kr	238 Kr
paa egen Kost	370 -	400

Hos Bønderne er der dertil mindre Frihed.

Jeg beder Dem godhedsfuldt at besvare mig dette Spørgsmaal; vilde det være upraktisk Politik, – eller skal man nøjes med theoretisk at paavise samme, – at forlange saadanne Love i den danske Statsret afskaffede, som ere en Hindring for Jordens Sammenhoben i Privat Stordrift, og som saaledes bidrager til at opretholde en fattig og elendig og Konservativ Klasse af Arbejdsherrer som kun kan give deres Arbejdere Sulteføde?

Vort Blad „Arbejderen" er som de som maaske ved gaaet ind under min fængsling. Nogle Personer, som kun citerede „der Socialist" fra Berlin redigerede det, og har derved spredt Abonnenterne og skadet vor Sag. Imidlertid agter jeg saa snart jeg på nogen Måde kan skaffe mig nogle Penge, at udgive det på ny, og de vil da selvfølgelig faa det tilsendt.

Idet jeg haaber at mit Brev ikke har kjedet Dem, takker jeg Dem for Deres deltagende Brev under min fængsling, og forbliver deres

Taknemlige
Nic L Petersen
48 Frederiksborggade 48
De bedes hilse Fru Kautsky fra mig

NLP

Nach der Handschrift im IISG, Nachlass Marx-Engels 5243. Zuerst veröffentlicht in G. Callesen, Om revolutionær taktik, S. 131 ff.

Übersetzung: Verehrter Herr Engels! In Ihrem letzten Brief an Herrn Gerson Trier erwähnen Sie die kleinlichen ökonomischen Verhältnisse in Dänemark als eine Erklärung oder Ursache für den kleinbürgerlichen Standpunkt und die Vorgehensweise der hiesigen Sozialdemokraten; nun will ich selbstverständlich Dänemark nicht in eine Reihe stellen mit den weiter fortgeschrittenen Ländern, aber ich glaube doch, dass Sie ein wenig unkorrekt auf die augenblickliche Entwicklungsstufe Dänemarks schauen, und ich benutze deshalb die Gelegenheit, meinem Versprechen aus dem Gefängnis entsprechend Ihnen ein wenig über unseren ökonomischen Standpunkt mitzuteilen. Dänemarks Bevölkerung betrug 1890 2,185 das ist ein jährlicher Zuwachs von 0,99%. Davon fallen 313,387 auf Kopenhagen. Nimmt man die umliegenden Arbeiterorte mit, beträgt er 370,000, 3 Städte haben über 30,000 und 6 Städte über 20,000. Das Verhältnis zwischen denjenigen in der Bevölkerung, die von Landwirtschaft leben, und denjenigen die von städtischer Tätigkeit leben, war

	1840	1860	1880	1890
Ackerbau	79,7%	77,6	70,9	61,4
Städte	20,3%	22,4	29,1	38,6
=	4 – 1	3½ – 1	21/3 – 1	1½ – 1

Dies ist nach der letzten Volkszählung, die jedoch keine Rücksicht auf die auf dem Lande existierenden industriellen Anstalten Betriebe nimmt. Ein aus Anlass der Chicagoer Ausstellung herausgegebener Bericht besagt, dass nur die Hälfte der Bevölkerung des Landes sich von der

Landwirtschaft ernährt. Was die Landwirtschaft selbst angeht, so hört diese mehr und mehr auf, der für das Land „natürlichste" Erwerbszweig zu sein. Das Land hat lange aufgehört, kornausführend zu sein. An Kornwaren werden jährlich – abgesehen von Mais – 2-300 Mill Pfund eingeführt. An Produktionsbedingungen für die Landwirtschaft werden jährlich bedeutende Mengen aus dem Ausland eingeführt, und dies in steigendem Masse. An Düngern somit 1891 ca. 66.000.000 Mill Pfund. Die Einfuhr von Futterstoffen aus Deutschland steigt jährlich mit ca. 2.000.000 Pfund. Die Ausfuhr der Landwirtschaft ist wesentlich Fleisch, Butter und Eier, was jedoch von einer starken Konkurrenz aus Irland, Frankreich, Schweden und Russland bedroht wird. Wird Dänemark nun aus dem Rennen geworfen in dieser Konkurrenz, was sollen unsere Bauern dann ausführen? Dass die Landwirtschaft unter bedrückenden Verhältnissen arbeitet ist verständlich, insbesondere da hier ja die Rede von vielen kleinen Bauern ist; aber kann es richtig sein zu versuchen, diese Klasse, die an ihrem Eigentum hängt und doch so arm ist, dass sie ihren Arbeitern weder guten Lohn noch gute Kost geben kann, aufrechtzuerhalten? Nach einer Statistik (privat)

ist der Lohn	bei Bauern	auf grossen Gütern
mit Kost beim Arbeitsherren	224 Kr	238 Kr
bei eigener Kost	370 -	400

Es kommt hinzu, dass es bei den Bauern weniger Freiheit gibt. Ich bitte Sie gütigst, mir diese Frage zu beantworten; wäre es unpraktische Politik, – oder soll man sich damit begnügen, dieses theoretisch aufzuzeigen, – Gesetze im dänischen Staatsrecht abzuschaffen, welche ein Hindernis sind für die Anhäufung von Grund und Boden in privaten Grossbetrieben, und die deshalb dazu beitragen, eine arme und elende und konservative Klasse von Arbeitsherren zu erhalten, die ihren Arbeitern nur Hungerkost geben kann? Unser Blatt „Arbejderen" ist, wie Sie vielleicht wissen, während meines Gefängnisaufenthaltes eingegangen. Einige Personen, die nur „der Sozialist" aus Berlin zitierten, redigierten es und haben dabei die Abonnenten vergrault und unserer Sache geschadet. Allerdings plane ich sobald ich auf irgendeine Weise etwas Geld beschaffen kann, es neu herauszugeben, und Sie werden es natürlich zugeschickt bekommen. In der Hoffnung, dass mein Brief Sie nicht gelangweilt hat, danke ich Ihnen für Ihren teilnahmsvollen Briefwechsel während meines Gefängnisaufenthaltes und verbleibe Ihr dankbarer Nic L Petersen 48 Frederiksborggade 48 Grüssen Sie bitte Frau Kautsky von mir NLP

Kommentar: Ein Brief von Engels an Trier, in dem der erstgenannte sich über die „kleinlichen ökonomischen Verhältnisse in Dänemark … als Ursache … des kleinbürgerlichen Standpunktes" der Partei auslässt, ist nicht überliefert. Da Bebel in seinem Brief vom 27. Juni (Dokument 29) ähnlich argumentiert, könnte es sein, dass Nicolaj L. Petersen hier etwas durcheinander brachte und sich auf den Brief Bebels bezog. – Die Chicagoer „Weltausstellungen" fand vom 1. Mai bis 1. Okrober 1893 statt; sie zelebrierte den 400sten Jahrestag von Columbus „Entdeckung" Amerikas.

Dokument 31

Friedrich Engels an Nicolaj L. Petersen in Kopenhagen
London, 31. Juli 1893 (Brief)

122 Regents Park Road N.W.
London 31. Juli 93

Lieber Herr Petersen
Ich bin verhindert Ihnen auf Ihren Brief vom 3. ds ausführlich zu antworten da ich morgen nach dem Kontinent verreisen muss. Nach meiner Rückkehr werde ich versuchen auf die von Ihnen angeregten Fragen einzugehen, danke Ihnen inzwischen für das mir mitgetheilte sehr interessante statistische Material.

Mit besten Grüssen
Ihr F. Engels

Nach der Handschrift in KB, Ny Kgl. Samling, 4951, 4^0. Zuerst veröffentlicht in: G. Callesen, Engels' Korrespondenz mit dänischen Sozialisten, S. 143.
Kommentar: Diese kurze Mitteilung ist Engels' vorläufige Antwort auf Nic. L. Petersens Brief vom 3. Juli 1893 (Dokument 27 oben). Eine endgültige Antwort ist zwar nicht überliefert, doch kann, wenn man sich vergegenwärtigt, wie gewissenhaft Engels seine „Briefschulden" erledigte, davon ausgegangen werden, dass eine solche existiert hat. Abgesehen davon bezeichnet diese kurze Mitteilung von Engels an Nic. L. Petersen den Schlusspunkt der überlieferten Korrespondenz von Engels mit den Revolutionären.

Dokument 32

Nicolaj L. Petersen an Carl Jeppesen in Kristiania (Oslo)
Kopenhagen, 22. März.1894 (Brief)

København, 22.3.94

Kære Ven!
Jeg har i den danske Socialdemokrat læst en Beretning om Socialismens Historie i Norge af den meget ærede Bourgeois Hr Overretssagfører Mejer; jeg holder nu meget af Historie, og jeg slugte ov. derfor med Begærlighed. Det interessered mig især at læse Dommen over de Personer som virkelig har virket, som har spillet en rolle i Bevægelsen, som, saa at sige, har udført det grove Arbejde; og den meget ærede Bourgeois Hr Mejer skriver blandt andet om C Jeppesen at han ganske vist, er en meget sympatisk Mand, som jo ogsaa har gjort en del godt Arbejde // 2 men det var kun godt dengang da man ikke fordrede ret meget og man læses mellem Linierne at nu duer C Jeppesen ikke til noget videre. Følelsesmensket Dr Nissen som har haft „Følelser" for saa meget andet, er betydelig højere paa Straa Chr. Knudsen ligesaa. –

Jeg tror næppe at man noget Steds har været heldigere i Bekæmpelsen af Socialismen end her i Danmark, thi her har Bourgeoisiet bragt det færdigt at forhindre Agitation for Socialismen derved at de har draget Spidsener in i den borgerlige politiske Rummel.

– Nu forekommer det mig at man er godt på Vej til det samme i Norge. //

3 Det er vel en historisk Kendsgerning at man kan komme til Sandheden gennem en Række af Usandheder; men hvorfor kan Proletariatet ikke lære af Historien, skal et hvert Lands Arbejderklasse være tvungen til at begå akkurat de samme Fejl og gennemgaar samme Erfaringer som andre allerede har gennemgaaet?

… Dog hvis Socialismen ikke er tomt Hjernespind og den af den forklarede økonomiske Udvikling ikke er Løgn fra Ende til anden, saa maa der engang – jo snart komme et Tidspunkt hvor Arbejderne faar Øje for at deres Interesser ikke kan varetages af Bourgeoisiet men at Proletariatet er, og maa være en absolut revolutionær Klasse, og at alle andre lige over for dette, med Hensyn til Ejendomsforholdene // 4 ere reaktionære.

Naar det Tidspunkt komme kan der maaske igjen blive brug for Arbejdere som C. J.

Historien viser os adskillige Exempler paa (Frankrig) at den Besiddende Klasse søger at – og optager de socialistiske Partier i sig, men den revolutionære Klasse kan den ikke optage i Sig, denne vil vedblive at existere til de nuværende Samfund er kastet overende – –

Der er Saaledes endnu bestændig Lejlighed til en Virksomhed for den Sociale Revolution, en Virksomhed som først Eftertiden vil vise at skatte.

Venlig hilsen
Nic. L. Petersen

Nach der Handschrift in Arbeiderbevegelsens Arkiv og Bibliotek, Oslo, Nachlass Carl Jeppesen. Erstveröffentlichung.
Übersetzung: Lieber Freund! Im dänischen Socialdemokrat habe ich vom sehr geehrten Bourgeois Herrn Rechtsanwalt am höchsten Gericht Mejer einen Bericht über die Geschichte des Sozialismus in Norwegen gelesen; nun halte ich viel von Geschichte, und ich habe obiges daher mit Begierde gelesen. Es interessierte mich vor allem das Urteil über die Personen zu lesen, die etwas bewirkt

haben, die in der Bewegung eine Rolle gespielt haben, die, sozusagen, die grobe Arbeit getan haben; und der sehr geehrte Bourgeois Herr Mejer schreibt unter anderem über C. Jeppesen, dass dieser ganz gewiss ein sehr sympathischer Mann ist, der ja auch einen Teil guter Arbeit geleistet hat, aber das war nur damals gut, als man nicht recht viel forderte, und man liest zwischen den Zeilen, dass C. Jeppesen nun zu nichts weiterem mehr taugt. Der Gefühlsmensch Dr. Nissen, der für so vieles andere „Gefühle" gehabt hatte, rangiert bedeutend höher, Chr. Knudsen ebenso. Ich glaube kaum, dass man irgendwo mehr Glück in der Bekämpfung des Sozialismus gehabt hat als hier in Dänemark, denn hier hat die Bourgeoisie es fertiggebracht, die Agitation für den Sozialismus dadurch zu verhindern, dass sie die Spitzen in den bürgerlichen politischen Rummel minteinbezogen hat. Jetzt kommt es mir vor, als ob man in Norwegen auf dem gleichen Wege unterwegs sei. Es ist wohl eine historische Tatsache, dass man zur Wahrheit durch eine Reihe von Unwahrheiten gelangen kann, aber warum kann das Proletariat nicht aus der Geschichte lernen, soll die Arbeiterklasse eines jeden Landes gezwungen sein, genau die gleichen Fehler zu begehen und die gleichen Erfahrungen zu durchlaufen, die andere schon durchlaufen haben? Aber wenn der Sozialismus kein leeres Hirngespinst ist und die von ihm erklärte ökonomische Entwicklung vom Anfang bis zum Ende keine Lüge ist, dann muss irgendeinmal – ja bald ein Zeitpunkt kommen, wo den Arbeitern die Augen aufgehen werden, dass ihre Interessen nicht von der Bourgeoisie wahrgenommen werden können, sondern dass das Proletariat die revolutionäre Klasse ist und sein muss, und dass alle anderen ihr gegenüber, mit Hinblick auf die Eigentumsverhältnisse, reaktionär sind. Wenn der Zeitpunkt kommt, kann vielleicht wieder Bedarf sein an Arbeitern wie C.J. Die Geschichte zeigt uns etliche Beispiele davon (Frankreich), dass die besitzende Klasse versucht, die sozialistischen Parteien in sich aufzunehmen und aufnimmt, aber die revolutionäre Klasse kann sie nicht in sich aufnehmen, die wird weiterhin existieren, bis dass die jetzige Gesellschaft umgestürzt ist. So gibt es bestimmt noch genug Gelegenheit für ein Wirken für die soziale Revolution, ein Wirken das erst die Nachwelt zu schätzen wissen wird. Mit freundlichem Gruss Nic. L. Petersen

Kommentar: Nic L. Petersens bezog sich in diesem Brief auf den Artikel „Socialisme i Norge" („Sozialismus in Norwegen") im dänischen Parteiorgan vom 8. und 10.3 1894. Carl Jeppesen (C.J.), der Adressat des Briefes, wuchs in Kopenhagen auf und arbeitete als Zigarrensortierer und Bürstenbinder in Kristiania (Oslo), wo er die norwegische Arbeiterbewegung mitbegründete. Weitere Gründerfiguren der Arbeiterbewegung in Norwegen waren auch die im Brief genannten Christian Holtermann Knudsen, Schriftsetzer von Beruf, sowie der Jurist Ludvig Meyer, im Brief als „Bourgeois" verspottet, und der Arzt Christian Nissen, ein überzeugter Anhänger der norwegischen Abstinenzbewegung und möglicherweise deswegen von Nic. L. Petersen der Gefühlsduseligkeit beschuldigt. Vergl. E. Lorenz, a.a.O., S. 61 ff.

Dokument 33

Gerson Trier an Hans Palbo Larsen in Kopenhagen
(Kopenhagen,) 5. November 1900 (Brief)

Ærede Meningsfælle!
Idet jeg takker for Deres venlige opfordring om at møde i Karl Marx, kan jeg ikke stille meget hyppige besøg i udsigt. Lørdag aften er ikke for mig en heldig aften til at gå til møde på. Når forholdene tillader det, vil jeg meget gerne møde og deltage i diskussionen. Jeg antager ikke at det, at jeg ikke, siden den berømmelige eksklusion, er medlem af „partiet" er til hinder for at være Deres gæst. Hvad siger deres love om den sag?

Venlig hilsen
Gerson Trier

Nach der Handschrift im ABA, Nachlass Hans Palbo. Erstveröffentlichung.

Übersetzung: Geehrter Gesinnungsgenosse! Indem ich Ihnen für Ihre freundliche Aufforderung zum Treffen in Karl Marx danke, kann ich Ihnen keine häufigen Besuche in Aussicht stellen. Der Samstagabend ist für mich kein günstiger Abend, um zu einem Treffen zu gehen. Wenn die Verhältnisse es erlauben, will ich gerne kommen und mich an der Diskussion beteiligen. Ich nehme

an, dass die Tatsache, dass ich seit der berühmten Exklusion kein Parteimitglied bin, kein Hindernis dafür ist, Ihr Gast zu sein. Was sagen Ihre Satzungen dazu? Mit freundlichem Gruss Gerson Trier
Kommentar: Der Adressat (1872-1953) war in seinen jungen Jahren eine führende Kraft im Diskussionsclub Karl Marx. Der ungelernte Arbeiter, Kopenhagener Kommunalpolitiker (1921-53) und sozialdemokratische Wahlkreisvorsitzende war bekannt für seine umfassende
Kenntnis der sozialistischen Theorien, er galt als „grosser Theoretiker, der alles über den Marxismus wusste". Zeit seines politischen Lebens war er aktiv im Karl-Marx-Klub. Siehe *Social-Demokraten*, 15.10.1932 und den Nekrolog ebd., 18.3.1953.

Dokument 34

Gerson Trier an P. Knudsen in Kopenhagen
Kopenhagen, 25. Juli 1901 (Brief)

Köbenhavn d. 25/7 1901.
Hr. forretningsförer P. Knudsen
Socialdemokratisk Forbund
Römersgade 22.
Deres skrivelse af 24. Ds. har jeg rigtig modtaget og bemærket dens indhold.
Ärbödigst
Gerson Trier
Nach dem maschinenschriftlichen Original im Nachlass P. Knudsen. Erstveröffentlichung.
***Übersetzung:** Herrn Geschäftsführer P. Knudsen, Sozialdemokratischer Bund Römersgade 22.*
Ihr Schreiben vom 24. des Monats habe ich korrekt erhalten und mir den Inhalt notiert.
Hochachtungsvoll Gerson Trier

Dokument 35

Nic. L. Petersen an P. Knudsen in Kopenhagen,
Kopenhagen, 29. Juli 1901 (Postkarte)

Herr P Knudsen, her
Da jeg först i dag er hjemkommen fra Bornholm, har jeg ikke tidligere kunnet kvitere for Modtagelsen af Deres ærede Skrivelse af 24de dennes, hvilket jeg derfor ved nærværende tillader mig.
Kjøbenhavn den 29/7.01
Ærb
Nic. L. Petersen

Nach der Handschrift im Nachlass P. Knudsen. Erstveröffentlichung.
Übersetzung: Herrn P. Knudsen, hier
Da ich erst heute von Bornholm heimgekehrt bin, habe ich nicht früher für den Erhalt Ihres geehrten Schreibens vom 24sten d. M. quittieren können, was ich mir hiermit erlaube. Hochachtungsvoll Nic. L. Petersen

Dokument 36

Gerson Trier an Julius Hansen in Kopenhagen
24.9.1910 (Datum des Poststempels, Postkarte)

Hr. Julius Hansen
Vesterbrog. 145 B^{II}
Jeg skal gerne holde et foredrag i Novbr. om Arbejderbevægelsen i England, men Mandag og Fredag læser jeg i Arbejderskolen om aftenen og kan derfor ikke disse dage. Det bedste var om De

en 14 dage før den uge De bestiller foredraget, kom op og talte med mig mellem 4 og 5 eller en anden tid, som vi kunde bestemme ved telefon.

M.s.h. Gerson Trier

Nach der Handschrift im ABA, Nachlass Julius Hansen. Erstveröffentlichung.
Übersetzung: Ich will gerne im Nov. einen Vortrag über die Arbeiterbewegung in England halten, aber am Montag und Freitag halte ich abends Vorlesung in der Arbeiterschule und kann deshalb an diesen Tagen nicht. Das Beste wäre, wenn Sie 14 Tage vor der Woche, für die Sie den Vortrag bestellen zu mir heraufkommen und mit mir reden würden, zwischen 4 und 5 oder zu einer anderen Zeit, die wir über Telefon bestimmen könnten. M.(it) s.(sozialistischem) G.(russ) Gerson Trier
Kommentar: Der zum Zeitpunkt der Korrespondenz mit Trier gerade 18-jährige Julius Hansen war aktiv in der sozialdemokratischen Jugendbewegung. In späteren Jahren tat er sich als Kommunalpolitiker hervor.

Dokument 37

Gerson Trier an Georg Bolgann in Kopenhagen
(Kopenhagen,) 1. Januar 1913 (Postkarte)

Nbrog. 18A
1 Jan. 1913

Kære Bolgann!
Mange tak for Deres nytårshilsen og Skrivelse som interesserede mig meget. Bedste ønsker om et rigtig godt Nytår for Dem og Deres. Det vilde sikkert være heldigt om brugsbevægelsen kunne blive en virkelig betydende faktor i arbejderbevægelse, men den må så først frigøre sig for borgerligt makkerskab. „Ingen Alliance" gælder også der. Venligst Deres hengivne GT.

Nach der Handschrift im ABA, Nachlass Georg Bolgann. Erstveröffentlichung.
Übersetzung: Lieber Bolgann! Vielen Dank für Ihren Neujahrsgruss und das Schreiben, das mich sehr interessierte. Die besten Wünsche für ein gutes Neujahr Ihnen und den Ihren. Es wäre sicher günstig wenn die Konsumgenossenschaftsbewegung ein wirklich bedeutender Faktor in der Arbeiterbewegung werden könnte, aber dann muss sie sich zuerst frei machen von bürgerlicher Kameradschaft. „Keine Allianz" gilt auch dort. Freundlichst Ihr hingebungsvoller GT.
Kommentar: Der gelernte Schlosser Georg Bolgann war ein Pionier der dänischen Kooperativbewegung und u.a. langjähriger Sekretär der Konsumgenossenschaften in Kopenhagen. Was das von Trier genannte „Schreiben" beinhaltete, lässt sich nicht mehr ergründen. Mit „bürgerlicher Kameradschaft" bezog Bolgann sich auf den starken bäuerlichen und „Venstre"-Einfluss auf die Kooperativbewegung insbesondere im ländlichen Raum. Zu Bolgann vergl. Kooperationen, Jahrg. 1950, S. 168 f. Zur dänischen Kooperativbewegung siehe die ausführliche Darstellung von Henning Grelle, Det kooperative alternativ, a.a.O.und Keld Dalsgaard Larsen: Arbejderkooperationens historie 1871-1923, in: Arbejderhistorie Nr 22, 1984, S. 25 – 40.

Dokument 38

Gerson Trier an Georg Bolgann in Kopenhagen
(Kopenhagen,) 16. Januar 1915 (Brief)

Nørrebrog. 18A. 16/1/15

Kære Bolgann!
Mange Tak for Deres gode ønsker og Deres brev af 31 Dec., som jeg blev meget glad for at modtage og har læst med stor interesse. Jeg kan godt forstå at De føler tilfredshed ved at have udrettet noget til gavn for arbejderne gn. Deres brugsforening, selvom jeg nærer noget mindre

begejstring for disse foreninger end De gør. – Sagen er at i England, hvor bevægelsen er så langt fremme og så gammel, har den ikke gjort arbejderne til socialister eller interesseret i samfundspørsmålet, måske snarere det modsatte, og ikke heller er dér brugsforeninger som produktionsforeninger de bedste „arbejds- // givere". Her kommer let, som De selv siger, profitmageri frem, og hele forretningsinteressen frembringer let småborgerlighed og snæversyn; man lever for dagen og vejen og giver principperne en god dag. Men på den anden side kan jo brugsforeningerne, hvis de virkelig ledes som økonomiske kampforeninger, blive et godt rygstød i trange tider for arbejderne og støtte dem i deres økonomiske kamp. Men alt kommer her an på hvorledes de ledes, d.v.s. den ånd der kommer til at gennemsyre deres virksomhed. Når jeg ser hen til hele „ånden" i det danske socialdemokrati troer jeg ikke man må vente for meget, og navnlig vil det, efter min mening, knibe med den socialistiske ånd i brugsforeningerne, // så længe de er sammenknyttet med den borger- og bondebårne Fællesforening, som jo kun arbejdere ud fra ren og skær forretningsynspunkt. Men vi håber at hvad der nu foregår er at barnet vokser op og at det, når det har trådt sine børnesko, vil vide at frigøre sig og stå på sine egne ben, for lige så meget som på det politiske område er jeg modstander af alliancer, hvis da bevægelsen skal være en del af arbejdernes frigørelseskamp. Skal den blot være en vej til i øjeblikket at give arbejdslønnen højere værdi ved, gennem procenter, at gøre varerne billigere så kan man jo godt holde sammen med Fællesforeningen, men så må man // heller ikke give bevægelsen ud for andet end en ren praktisk forretningssag.

Med „Socialisten" går det desværre stadig sløjt. Den har nok i sidste kvartal fået godt halvhundred flere abonnenter, og den begynder at få lidt fodfæste udenfor København, men det går meget langsomt, og jeg er bange for at mens græsset gror, dør horsemor. Men foreløbig kører vi videre i det kommende halvår. Jeg har, i henhold til Deres venlig tilbud i fjor, sendt Dem en kvittering på 5 kr, for 1915, og takker Dem på forhånd for Deres støtte.

Vil De hilse Deres hustru fra mig. Dem begge sender jeg de bedste ønsker om et godt år. Forhåbentlig bliver 1915 ikke blot et fredsår før sin udgang, men et vendepunkt i social henseende.
Venligste hilsner, Deres hengivne Gerson Trier

Nach der Handschrift im ABA, Nachlass Bolgann. Erstveröffentlichung.
Übersetzung: Lieber Bolgann! Vielen Dank für Ihre guten Wünsche und Ihren Brief vom 31 Dez., den zu erhalten ich mich sehr gefreut habe und den ich mit grossem Interesse gelesen habe. Ich kann gut verstehen, dass Sie Zufriedenheit fühlen, durch Ihren Konsumverein etwas für die Arbeiter ausgerichtet zu haben, obwohl ich für diese Vereine etwas weniger Begeisterung nähre als Sie es tun. – Die Sache ist die, dass in England, wo die Bewegung soweit fortgeschritten und so alt ist, sie die Arbeiter nicht zu Sozialisten oder an der Gesellschaftsfrage interessiert gemacht hat, vielleicht das Gegenteil, und ausserdem sind die Konsumvereine wie die Produktionsvereine dort nicht die besten „Arbeitgeber". Hier kommt leicht, wie Sie selbst sagen, die Profitmacherei zum Vorschein, und das ganze Geschäftsinteresse erzeugt leicht Kleinbürgerlichkeit und Engstirnigkeit; man lebt von einem Tag zum anderen und wünscht den Prinzipien einen guten Tag. Aber auf der anderen Seite können die Konsumvereine wohl, wenn sie wirklich als ökonomische Kampfvereine geleitet werden, für die Arbeiter eine gute Stütze in knappen Zeiten abgeben und sie in ihrem ökonomischen Kampf stützen. Aber alles kommt hier darauf an, wie sie geleitet werden, d.h. auf den Geist, welcher ihre Geschäfte durchdringt. Wenn ich mir den „Geist" in der dänischen Sozialdemokratie anschaue, glaube ich nicht, dass man viel erwarten kann, und insbesondere wird es meiner Meinung nach am sozialistischen Geist in den Konsumvereinen fehlen, solange diese mit dem von Bürgern und Bauern getragenen Gemeinsamen Einkaufsverein verknüpft sind, der ja nur nach reinen Geschäftsprinzipien arbeitet. Aber wir hoffen, dass das, was jetzt passiert, ist, dass das Kind heranwächst und dass es wenn es seine Kinderschuhe ausgetreten hat, sich zu befreien und auf eigenen Beinen zu stehen weiss, denn ebenso stark wie auf dem politischen Gebiet bin ich Gegner von Allianzen, wenn die Bewegung denn ein Teil des Befreiungskampfes der Arbeiter sein soll. Soll sie nur ein Mittel sein um dem Arbeitslohn einen höheren Wert zu geben, durch Prozente die Waren billiger zu machen, so kann man ja gut im Gemeinsamen Einkaufsverein zusammenbleiben, aber dann darf man die Bewegung auch als nichts Anderes ausgeben als eine rein praktische Geschäftsangelegenheit. Mit „Socialisten" („Der Sozialist") geht es leider weiterhin

bescheiden. Im letzten Quartal hat er ein gutes halbes Hundert Abonnenten mehr bekommen, und er hat auch begonnen etwas Boden ausserhalb Kopenhagens zu gewinnen, aber es geht langsam voran, und ich habe Angst davor, dass *was lang währt, nicht unbedingt gut sein muss.* Aber vorläufig machen wir weiter im kommenden halben Jahr. Ich habe Ihnen, veranlasst durch Ihr freundliches Angebot im letzten Jahr, eine Quittung über 5 Kr für 1915 geschickt, und danke Ihnen im Voraus für Ihre Unterstützung. Bitte grüssen Sie Ihre Frau von mir. Ihnen beiden sende ich die besten Wünsche für ein gutes Jahr. Hoffentlich wird 1915 vor seinem Ende nicht nur ein Jahr des Friedens, sondern ein Wendepunkt in sozialer Hinsicht. Die freundlichsten Grüsse, Ihr hingebungsvoller Gerson Trier.

Kommentar: Trier schrieb tatsächlich „1815" statt „1915". Der kursive Satzteil ist der Versuch einer deutschen Übersetzung des dänischen Sprichwortes „mens græsset gror dør horsemor", wörtlich: „Während das Gras wächst stirbt die (trächtige) Stute", d.h. das Gegenteil von „was lange währt wird endlich gut". Der angesprochene „Gemeinsame Einkaufsverein" diente allen dänischen Konsumvereinen, auch den Venstre nahestehenden, als Einkaufsgenossenschaft. – Um *Socialisten* stand es nicht so schlimm wie Trier befürchtete, ganz im Gegenteil: die Zeitschrift existierte unter diesem Namen als Monatszeitschrift der sozialdemokratischen Partei bis 1946.

Dokument 39

Gerson Trier an Thorvald Stauning in Kopenhagen
(Kopenhagen,) 30. September 1916 (Brief)

Hr. Forretningsfører Th. Stauning!

Da Kongressen ved sin Afstemning I Gaar Aftes har ført det danske Socialdemokrati ind paa nye Veje, hvor jeg ikke kan følge det, nedlægger jeg herved mit Mandat som medlem af Hovedbestyrelsen.

Denne min Udtræden er ikke nogen pludselig Indskydelse. Lige siden Socialdemokratiets Ledelse brød Partiets Program ved at vedtage Militærbevillinger, dets Kongresbeslutning angaaende Socialdemokratiets Forhold til Kongemagten, dets socialistiske Grundsætninger ved at ombytte Klassekampen med „Borgfreden", har jeg følt, at man bevægede sig henimod en Bane, der tiltrodss for Bibeholdelsen af alle socialistiske Talemaader, maatte blive skæbnesvanger for Socialdemokratiet, som socialistisk Arbejderparti. Men tiltrods for alle Sidespring fra den retlinede Vej, haabede jeg paa, at der skulde opstaa en Opposition indenfor Partiet, navnlig fra de unge Arbejderes Side, der kunde tvinge Ledelsen i det rette spor igen og bort fra den Moderation og den borgerlige Opportunisme, der bredte sig videre og videre i Partiet.

Efter Aarhuskongressens Godkendelse af alle Brud og Overtrædelser, kneb der for mig at følge med mere, men jeg indbildte mig, at denne Godkendelse maaske kunde forstaas mere som et Udtryk for Partidisciplin end som en Anerkendelse af Partiets borgerlige Retning – og jeg blev. Kongressen i Aftes har vist mig, at det ogsaa kun var en Indbildning, og at den er det højeste Udtryk for Partiets Anskuelser.

Det overvældende Flertal, 90 pCt., hvormed den har vedtaget Socialdemokratiets Indtrædelse i den borgerlige Regering og dermed har kuldkastet Odense-Resolutionen, viser mig, at hvis jeg, der som ung vendte den borgerlige Samfundsopfattelse og Politik Ryggen og stillede mig paa Socialismens Grund, ikke i min ældre Alder uden min gode Vilje skal komme til at staa midt et et nyt borgerligt Parti, maa jeg træde ud af Socialdemokratiet.

Lykkeligvis kan man, af ringe Evne, arbejde for Socialismens Virkeliggørelse og Udbredelsen af dens Teorier i Arbejderklassens udenfor det politiske Parti, hvis ledende Mænd som oftest, naar de skal være rigtig „praktiske" i deres borgerlige Sindelag og Mangel paa Forstaaelse, kun har Spot tilovers for „Teorierne". Og jeg behøver næppe at tilføje overfor mine Meningsfæller indenfor Partiet, at paa det Punkt betyder min Udtrædelse ingen Forandring.

København, i. Oktober 1916
Gerson Trier

Nach der Handschrift im ABA, Nachlass Gerson Trier. Zuerst veröffentlich in Socialisten, 14. Jahrg., Nr 4, danach in: C. H. Petersen, a.a.O., S. 93 f.

Übersetzung: Kopenhagen, den 30. September 1916**.** Herr Geschäftsführer Stauning! Da der Kongress bei seiner Abstimmung gestern Abend die dänische Sozialdemokratie auf neue Wege geführt hat, wo ich ihr nicht folgen kann, lege ich hiermit mein Mandat als Mitglied des Hauptvorstandes nieder. Dieser mein Austritt ist kein plötzlicher Einfall. Seitdem die Leitung der Sozialdemokratie das Parteiprogramm verletzte, indem sie Militärvorlagen bewilligte, seit der Missachtung des Kongressbeschlusses zum Verhältnis der Sozialdemokratie zur Königsmacht, seit der Kränkung der sozialistischen Grundsätze durch Aufgabe des Klassenkampfes zugunsten des „Burgfriedens" habe ich gefühlt, dass man sich auf eine Bahn hin bewegte, die, trotz der Beibehaltung aller sozialistischen Redensarten, für die Sozialdemokratie als sozialistische Arbeiterpartei schicksalhaft werden musste. Aber trotz aller Seitensprünge vom geradlinigen Weg hoffte ich, dass in der Partei eine Opposition entstehen würde, namentlich seitens der jungen Arbeiter, welche die Leitung wieder auf die rechte Spur zwingen konnte, weg von der Moderation und dem bürgerlichen Opportunismus, der sich weiter und weiter in der Partei verbreitete. Nach der Zustimmung des Parteitages von Århus zu allen Verletzungen und Verstössen fiel es mir schwer, weiterhin Verständnis aufzubringen, aber ich bildete mir ein, dass die Zustimmung vielleicht eher als Ausdruck der Parteidisziplin denn als Anerkennung der bürgerlichen Richtung der Partei zu verstehen ist – und ich blieb. Der Parteitag gestern Abend hat mir gezeigt, dass auch dies nur eine Einbildung war, und dass er der höchste Ausdruck der Anschauungen der Partei ist. Dass der Parteitag den Eintritt der Sozialdemokratie in die bürgerliche Regierung mit überwältigender Mehrheit, 90%, akzeptiert und damit die Resolution des Parteitages von Odense verworfen hat, zeigt mir, dass ich, der ich als junger Mensch der bürgerlichen Gesellschaftsauffassung und Politik den Rücken kehrte, um mich auf den Boden des Sozialismus zu stellen, will ich nicht in meinem Alter gutwillig mitten in einer neuen bürgerlichen Partei stehen, aus der Sozialdemokratie austreten muss.

Glücklicherweise kann man, auch mit begrenzten Fähigkeiten, für die Verwirklichung des Sozialismus und die Verbreitung seiner Theorien in der Arbeiterklasse auch ausserhalb der politischen Partei arbeiten, deren leitenden Männer zumeist wenn sie in ihrer bürgerlichen Gesinnung und in ihrem Verständnismangel richtig „praktisch" sein wollen, nur Spott für die „Theorien" übrig haben Und ich brauche kaum meinen Meinungsgenossen in der Partei gegenüber hinzu zufügen, dass mein Austreten in diesem Punkt keine Veränderung bedeutet. Kopenhagen, i. Oktober 1916. Gerson Trier.

Kommentar: Der Originaltext ist offenbar sehr schnell zu Papier gebracht worden, denn die inhaltlichen Bezüge der einzelnen Satzteile dieses Briefes zueinander sind - wie eingangs von Teil 3 bemerkt nicht untypisch für Trier - mitunter unklar und bedürfen der Deutung des Lesers, bzw. Übersetzers.

Teil 4: Quellen- und Literaturverzeichnis

1 Archivalien

1.1 Arbejderbevægelsens Bibliotek og Arkiv (ABA), Kopenhagen

Archiv des dänischen Gewerkschaftbundes (LOs Arkiv)

Archiv der dänischen Sozialdemokratie (Socialdemokratiets Arkiv), hierin:
Forhandlingsprotokol for Socialdemokratisk Forbund, Bd 1 (1889-94)

Forhandlingsprotokol for Østerbro Socialdemokratiske Diskussionsforening, stiftet den 21. August 1885, Bd 1 (1887-91)

Forhandlingsprotokol for Bestyrelsen for de Samvirkende Fagforeningers Fællesvirksomhed, 25.10.1886-23.10.1893

Socialdemokratisk Vælgerforening Frederiksberg, 1. Kreds: Forhandlingsprotokol for Schønbergkvarteret af 1889-93, Bd 1

Den typografiske Trykkerforenings Bestyrelsens forhandlinger (1882-1896)

Den typografiske Trykkerforening. Forhandlingsprotokol (Generalforsamlinger 1876-1896)

Nachlässe Jens Jensen, P. Knudsen, Georg Bolgann, Gerson Trier, Nicolaj Lorents Petersen, Julius Hansen

Referat Protokol for Diskussionsklubben Karl Marx, Karl-Marx-Klubbens Arkiv

Protokollbuch des deutschen sozialdemokratischen Arbeiter Vereins „Vorwärts" (zu Kopenhagen)

1.2 Arbeiderbevegelsens Bibliotek og Arkiv (ABA), Oslo

Nachlass Chr. Holtermann Knudsen

1.3 Arbetarrörelsens Arkiv og Bibliotek, Stockholm (ARA)

Nachlass Hjalmar Branting

1.4 Archiv der Sozialdemokratischen Partei, Svendborg/Dänemark

Forhandlingsprotokol for den Socialdemokratiske Forening for Svendborg og Omegn, Bd 2

1.5 Rigsarkiv, Kopenhagen (RA)

Nachlass Comos Bræstrup

Udskrift af Kjøbenhavns Criminal- og Politirets Criminalkammers Protokol, Højesteret: Domsager 1892, 3/6, Sag Nr 204. Kriminal- og politiretten i København, Pådømte sager, J., Februar, Marts, April 1892

1.6 Det Kongelige Bibliotek, Kopenhagen

Ny Kongelig Samling 2631, 20.I

1.7 International Institute of Social History, Amsterdam (IISG)

Nachlässe Guesdes, Motteler, Vollmar, Rudolph Rocker

1.8 Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz

I. HA Rep. 77 Innenministerium, Tit. 864

Acta betr. sozialistische Partei und Presse in Dänemark

1.9 Landesarchiv Berlin

Acta betreffend die politischen Zustände in Dänemark, Bd 1

1.10 Russian State Archive of Socio-Political History (RGASPI)

Opis 4, delo 2067

2 Periodika

Arbeiter-Zeitung, 1890-91

Arbejderen, 1889-1893

Le *Cri* du Peuple, 1885

Le *Proletariat*. Organe officiel de la Fédération des Travailleurs Socialistes de France, 1889

Den *Radikale*, 1877

Ravnen, 1889

Skomagersvendenes Fagblad. Organ for Skomagersvendenes Forbund i Danmark, 1. und 2. Jahrgang (1890 und 91)

Fagblad for *Smede* og Maskinarbejdere. Udgivet af Dansk Smede- og Maskinarbejder-Forbund, 1889-1890

Herolden, 1881

Social-Demokraten, 1878-1910

Der *Sozialdemokrat*, 1881-1890

Der *Sozialist*. Organ der unabhängigen Sozialisten, 2. und 3. Jahrg. (1892-93)

Tobaksarbejderforbundets Fagblad, Jahrg. 1906

Trækfuglen. Organ for Foreningen for berejste Haandværkere i Kjøbenhavn og de skandinaviske Foreninger i Udlandet, 1889-92

Vorwärts, Berliner Volksblatt. Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,1891

3 Protokolle und Referate

3.1 Dänemark

Den socialdemokratiske Kongres i København, den 12te, 13de og 14de Juli 1888, o. O. u. J.

Protokol for den socialdemokratiske Partikongres i København den 19de, 20de, 21de og 22de Juni 1890, Aarhus 1890

Protokol for den socialdemokratiske Partikongres i Aarhus den 6te, 7de og 8de Juni 1894, Århus 1894

Protokol for den 9. socialdemokratiske Partikongres I København den 18, 19., 20. og 21. Juli 1901, Aarhus o. J.

Protokol for den 10. Socialdemokratiske Partikongres i Aarhus den 7de, 8de og 9de Maj 1903, Aarhus o. J.

Protokol for den 11. socialdem. Partikongres i København den 12., 13. Og 14. April 1906, Aarhus o. J.

Protokol for den 12. socialdem. Partikonrges i Odense den 17., 18., 19. og 20. Septbr. 1908, Arhus o. J.

Protokol for 13. og 14. socialdemokratiske Partikongresser i København 1910 og 1913, Aarhus o. J.

Protokol for den socialdemokratiske Partikongres i Aarhus den 23-, 24- og 25. September 1915, Aarhus o. J.

Socialdemokratiets 16. Kongres, o. O. u. J.

3.2 Skandinavien

Skandinaviske Arbejderkongresser, Beslutninger og Resolutioner, Kristiania 1906

Protokol over forhandlingerne ved den 3. almindelige skandinaviske arbejderkongres afholdt 14., 15., 16. og 17. august 1890 i Kristiania, 1890

Protokoll ofver förhandlingarne vid fjärde allmänna skand. Arbetarkongressen i Malmö den 18, 19 og 20 August 1892, Malmö 1892

3.3 England

Report of the International Trade Unions Congress. Held in St. Andrews Hall, Newman Street, London, on November 6, 7, 8, 9 and 10, 1888, London 1889

3.4 Deutschland

Verhandlungen des Parteikongresses der deutschen Sozialdemokratie in St. Gallen. Abgehalten vom 2. bis 6. Oktober 1887, Hottingen-Zürich 1888

3.5 Internationale

Protokoll des Internationalen Arbeiter-Kongresses zu Paris. Abgehalten vom 14. bis 20. Juli 1889. Deutsche Übersetzung von Wilhelm Liebknecht, Nürnberg 1890

Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Arbeiter-Kongresses zu Brüssel, (16.- 22. August 1891), Berlin 1892

Congrès international ouvrier socialiste tenu à Bruxelles du 16 au 23 août 1891. Rapport, Bruxelles 1891

Internationaler Sozialisten-Kongress zu Paris 23. bis 27. September 1900, Berlin 1900

3.6 Berichte an Kongresse

Rapport sur le mouvement socialiste en Danemark, présenté par le parti socialist révolutionnaire, in: Congres International Ouvrier Socialiste Bruxelles 1891, Histoire de la IIe International, t. 8, Geneve 1977, S. 451-455

Peter Knudsen, The economical condition of the labourers in Denmark, o. O. u. J.

Die Sozialdemokratie in Dänemark. Bericht an den Internationalen sozialistischen Arbeitercongress in Zürich 1893, Copenhagen 1893

Die Sozialdemokratie in Dänemark. Bericht an den Internationalen sozialistischen Arbeiter- und Trades-Unions-Congress in London 1896, Copenhagen 1896

4 Briefe und Memoiren[1]

Eduard *Bernstein,* Erinnerungen eines Sozialisten. Erster Teil: Aus den Jahren meines Exils (Völker zu Hause), Berlin 1918

Werner *Blumenberg* (Hrsg.), August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels, Amsterdam, London, The Hague, Paris 1965 (= Quellen und Untersuchungen zur Geschichte der

1 Einige Briefe von und an Marx und Engels auch in Nr 6, Materialsammlungen.

Deutschen und Österreichischen Arbeiterbewegung, hrsg. vom Interntionaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Bd 5)

Emile *Botigelli* (Hrsg.), Friedrich Engels, Paul et Laura Lafargue. Correspondance. Textes recueillis, annotés et presentés par ..., Bde 1-3, Paris 1956-59

Gerd *Callesen* (Hrsg.), Om revolutionær taktik. Korrespondancen mellem Friedrich Engels, og Gerson Trier og Nicolaj Petersen, 1885-1893, in: Årbog for Arbejderbevægelsens Historie 3 (1973), S. 109-142

Ders., Et brev fra Engels til Gerson Trier, in: Meddelelser om Forskning i Arbejderbevægelsens Historie 4 (1975), S. 36

Ders., Et brev fra Friedrich Engels til Nicolaj L. Petersen, ebd., 11 (1978), S. 60 f.

Dieter *Fricke,* Rudolf Knacke (Hrsg.), Dokumente aus geheimen Archiven. Übersichten der Berliner politischen Polizei über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und anarchistischen Bewegung 1878-1913, Bd 1: 1878-1889, Weimar 1983 (=Veröffentlichungen des Staatsarchives Potsdam, Bd 17)

Ursula *Herrmann* und Heinrich Gemkow (Hrsg.), August *Bebel*, Ausgewählte Reden und Schriften. Bd 2, Tl. 1.2: 1878 bis 1890. Bearb. Von ..., unter Mitarbeit von Anneliese Beske u.a. (Nachdruck der Ausgabe Berlin 1978), München 1995

A.F. *Lamm*, Erindringer og Tanker, Kopenhagen 1928

Götz *Langkau* (Hrsg.), Wilhelm Liebknecht. Briefwechsel mit deutschen Sozialdemokraten. Band II (1878-1884), Frankfurt, New York 1988

Marx-Engels-Lenin-Stalin Institut beim Zentralkomitee der SED (Hrsg.), Karl *Marx*, Friedrich *Engels*, Ausgewählte Briefe, Marx-Engels-Lenin-Stalin Institut beim Zentralkomitee der SED (Hrsg.), Berlin 1953, MEW, Bde 36, 37 und 38

Børg*e Schmidt* (Hrsg.), 80 Louis Pio Breve og en Pio Bibliografi, Kopenhagen 1950

Till *Schulz-Brandenburg* (Hrsg.), Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Karl Kautsky (1891-1895), Frankfurt/New York o. J., S. 274. (=Quellen und Studien zur Sozialgeschichte, Bd 23)

Therkel *Stræde* (Hrsg.), P. Knudsens vrede. Et brev til W.N. Grimlund om „de revolutionæres" eksklusion 1889, in: Arbejderhistorie 26 (1988), S. 72-77

Ole *Stender*-Petersen, Friedrich Engels' to breve til Louis Pio, 1872, in: G. Callesen, S. Bille Larsen und N. O. Højstrup Jensen (Hrsg.), Marx i Danmark, Historiske bidrag, S. 77-92

Will *Thorne*, My Life's Battles, London o.J.

5 Broschüren, Fest- und Flugschriften und Almanache

Almanach de la question sociale et du centennaire de la république pour 1892, Revue annuelle du socialisme international. Deuxième edition, Paris 1892

Georg *Bruun* und L.P. Hansen, Arbejdernes Læseselskab. Dets Historie og Minder 1879-1929, Kopenhagen o. J. (1929)

Ernst *Christiansen* und Johs. Erwing, Striden i Socialdemokratiet, o. O. 1919

Axel *Danielssons* sidste ord før hans fængsling. Oversat af X, o.O. u.D. (Kopenhagen 1888 oder 1889)

P. *Hvidtfeldt*, Tyve Aars Organisationsarbejde i Kolding. 1883-1902, Kolding 1902

C. *Klüver* und E. Otendal, Billedskærer og Dekorationsbilledhugger Foreningen af 1893. 1893-1918, o. O. u. J. (Kopenhagen 1918)

J.A. *Hansen*, Festskrift i Anledning af Dansk Smede og Maskinarbejder Forbunds 25 Aars Jubilæum 1888-20. August 1913, Kopenhagen 1913

(V. *Holm:*) Til Vælgerne i Københavns 5. Kreds, Januar 1887, Socialdemokratiets Arkiv, ABA

(*Hørdum:*) Til Vælgerne i Københavns 9. Kreds, Januar 1887, Statsbibliotek, Århus

Nic. L. *Petersen*, Pariserkommunen. Dens Aarsag og Følger, Kopenhagen 1891

Ders. Socialistiske Teorier, I: Den materialistiske historieopfattelse, Kopenhagen 1907

Socialistisk Flyveblad. Udgivet af Klubben „Arbejderen", Nr 1, Januar 1897

Statuten der deutschen Lesegesellschaft zu Kopenhagen (1885)

Emil *Wiinblad*, Vælgerne i 12te Kreds, Kopenhagen, April 1894, Socialdemokratiets Arkiv, ABA

Ders., Det socialdemokratiske Program. En Fremstilling af Socialdemokratiets Principper, Kopenhagen 1888 (recte: 1890-91) (=Socialistiske Skrifter, Bd 7-8)

6 Materialsammlungen

Willy *Albrecht* (Hrsg.), Georg von Vollmar, Reden und Schriften, Berlin, Bonn-Bad Godesberg

Gerd *Callesen* und Hans-Norbert Lahme (Hrsg.), Den danske arbejderbevægelses programmatiske dokumenter og love (1871-1913), Odense 1978

P. Knudsen, Socialismen, in: Socialistiske Pjecer, Kopenhagen 1885 (=Socialistisk Bibliotek, Bd 1), in: Uffe Østergaard (Hrsg.) Den materialistiske Historieopfattelse i Danmark før 1945. En antologi med eksempler, Bd.1, o. O. 1973

Jette Lundbo *Levy, Morten Thing* (Hrsg.), Dansk socialistisk teori 1850-1900. En antologi, Kopenhagen 1973, (=Politisk revy-serien Nr 6)

Institut für *Marxismus*-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.), Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, Bde 2, 4, 16, 17, 19, 21, 22, 23, 24, 36, 37, 38, Berlin 1974, 1972, 1973 1974, 1973, 1974 und 1974

Carl Heinrich *Petersen*, Danske Revolutionære. Ideer, Bevægelser og Personligheder, Bde 1-2, o.O. (Kopenhagen), 3. Aufl. 1974

Lise *Togeby* (Hrsg.), Var de så røde? Tekster og dokumenter til belysning af socialdemokratiets gennembrudsår, Kopenhagen 1968

7 Andere zeitgenössische Darstellungen

Brockhaus Konversations-Lexikon, 14. Auflage, Leipzig, Berlin und Wien 1890, Bde 10 und 12

C.E. *Jensen* und F.J. Borgbjerg, Socialdemokratiets Århundrede. Fremstillinger af Arbejderbevægelsens Historie fra Revolutionen i 1789 til vore dage, Bde 1-2, 1904

Emil *Helms*, Die socialdemokratische und gewerkschaftliche Bewegung in Dänemark, Leipzig 1907

Prosper-Olivier *Lissagaray*, Histoire de la Commune 1871, Brüssel 1876

Derrs., Geschichte der Commune von 1871. Autorisierte deutsche Ausgabe nach dem vom Verfasser vervollständigten französischen Original, Braunschweig 1877

Ders., History of he Commune 1871. Translated from the French of Lissagaray by Eleanor Marx Aveling, London 1886

8 Darstellungen

Wolfgang *Abendroth*, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt/M. 1968

Udo *Achten*, Matthias Reichelt. Reinhard Schulz, Mein Vaterland ist international. Internationale Illustrierte Geschichte des 1. Mai 1886 bis heute, Oberhausen 1986

Caspar *Andersen*, For arbejderen, universitetet und videnskaben. Gerson Trier og Kristian Erslev 1898-1918, in: Slagmark. Tisskrift for idéhistorie, Nr 50 (2007), S. 66-80

Bert *Andréas*, Le Manifeste Communiste des Marx et Engels. Histoire et Bibliographie, Mailand 1963

Marc *Angenot*, Topographie du Socialisme Francais 1889-1890, Nouvelle édition corrigée, Montreal 2006 (=Discours sociale, Internetausgabe)

August *Bebel*, Der Internationale Arbeiterkongress zu Brüssel, in: Die Neue Zeit, Nr 49, ix. Jahrgang, 2. Band, 1890-91, S. 713-717

Oluf *Bertold* und Alsing Andersen, En Bygning vi rejser, Bde 1-3, Kopenhagen 1954

Mark *Bevir*, The Making of British Socialism, Princeton 2011

Kjeld *Bjerke*, Niels Ussing, Studier over Danmarks Nationalprodukt 1870-1950, Kopenhagen 1958

Georg *Bolgann* 70 år, in: Kooperationen, Jahrg. 1950, S. 168 f.

Beatrix W. *Bouvier*, Französische Revolution und deutsche Arbeiterbewegung. Die Rezeption des revolutionären Frankreich in der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung von den 1830 Jahren bis 1905, Bonn 1982, S. 251-259

Siegfried *Bünger*, Friedrich Engels und die britische sozialistische Bewegung von 1881-1895, Berling 1962 (=Schriftenreihe des Instituts für Allgemeine Geschichte an der Humboldt-Universität Berlin, Bd 6)

Claus *Bryld*, Den demokratiske socialismes gennembrudsår. Studier i udformningen af arbejderbevægelsens politiske ideologi i Danmark 1884-1916 på den nationale og internationale baggrund, 1992

Markus *Bürgi*, Die Anfänge der Zweiten Internationale. Positionen und Auseinandersetzungen 1889-1893, Frankfurt/New York 1996

Ders., Friedrich Engels und die Zweite Internationale, in: MEGA-Studien, 1996/2

Gerd *Callesen*, Socialistisk Bibliotek og Socialistiske Skrifter, in: Meddelelser om Forskning i Arbejderbevægelsens Historie 3 (1974), S. 39-43

Ders., Die Beziehungen zwischen der deutschen und der dänischen Arbeiterbewegung 1871-1900, in: Vor hundert Jahren: Dänemark und Deutschland 1864-1900. Gegner und Nachbarn, Kopenhagen, Aarhus, Kiel, Berlin 1981-2, S. 74-83

Ders., Über die Verbreitung der Werke von Marx und Engels in Dänemark, in: Marx-Engels Jahrbuch 10 (1987), S. 339-378

Ders., Engels' Korrespondenz mit dänischen Sozialisten, in: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, Neue Folge 1994, S. 134-143

Louise Fluger *Callesen*, Karl Marx – Friedrich Engels, Tekster på dansk 1848-1996. En bibliografi over artikler, breve, bøger, Kopenhagen 1997 (=ABA's bibliografiske serie 10)

Kim *Christensen*, Revolutionære Socialister i Randers, in: Arbejderhistorie 32 (=Meddelelser om Forskning i Arbejderbevægelsens Historie, April 1983), S. 24-40

Diskussionsklubben „Karl Marx" (Hrsg.), Diskussionsklubben „Karl Marx". Et Tilbageblik i Anledning af Klubbens femogtyveaarige Virksomhed, Kopenhagen 1911

Vagn *Dybdahl*, De nye klasser 1870-1913, Kopenhagen 1965 (=Politikens Danmarkshistorie, Bd 13)

Ute *Emmerich*, Kampfgefährte von Friedrich Engels, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 21. Jahrg. (1979), S. 120-125

Volker *Emmerich*, Die internationalen Sozialistenkongresse in Genf (1877) und Chur (1881) und die deutsche Sozialdemokratie, in: Jahrbuch für Geschichte, Band 22 (1981) (=Studien zur Entwicklung der Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts), S. 111-138

Jens *Engberg*, Harald Brix, revolutionen og reformen, o. O., 1975

Ders., Socialdemokratiet i Århus 1882-83. Begyndelse, rekrutteringsgrundlaget, program og avis, in: Årbog for Arbejderbevægelsens Historie 4 (1974), S. 5-53

Vilhelm *Falbe-Hansen*, Stavnsbaandsløsningen og Landboreformerne. Set fra Nationaløkonomiens Standpunkt, 1. Teil: Tiden fra 1733-1807, Kopenhagen 1889

Föreningen socialistisk debatt (Hrsg.), Från Palm til Palme. Den svenska socialdemokratins program 1882-1960, Stockholm 1972

Søren *Federspiel*, Pio, Jensen og Marx. Internationalismens muligheder og praksis, in. G. Callesen u.a., Marx i Danmark, a.a.O., S. 55-75

Ders., Jensen er valgt. Jens Jensen – en biogafi, Kopenhagen 2018

Hans Jürgen *Frederici*, Jutta Seidel, Der Wiederhall der Pariser Kommune in der deutschen Arbeiterbewegung, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 3. Jahrg. 1961, S. 280-298

Dieter *Fricke*, Bismarcks Prätorianer. Die Berliner politische Polizei im Kampf gegen die deutsche Arbeiterbewegung (1871-1898), Berlin 1962

Ders., Kleine Geschichte des Ersten Mai. Die Maifeier in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, Berlin 1980

Ders., Die deutsche Arbeiterbewegung 1869-1869 bis 1914. Ein Handbuch über ihre Organisation und Tätigkeit im Klassenkampf, Berlin 1976

Georg *Fülbert*h, Marxismus, Köln 2015², (Basiswissen Politik, Geschichte, Ökonomie)

Friedrich *Giovanoli*, Die Maifeierbewegung. Ihre wirtschaftlichen und soziologischen Ursprünge und Wirkungen, Karlsruhe 1925

Henning *Grelle*, Det kooperative alternativ. Arbejderkooperationen i Danmark 1852-2012, Kopenhagen 2012

Ders., Thorvald Stauning. Demokrati eller kaos. En biografi, o.O. (Kopenhagen) 2008

Oskar *Hansen*, Da de revolutionære dækkede sig bag kvindeskørter. En Parti-Krise for 60 År siden, in: Verdens Gang 1950, S. 344-348

Svend Aage *Hansen*, Early Industrialisation in Denmark, Kopenhagen 1970

Ders., Økonomisk Vækst i Danmark, Bd 1: 1721-1914, Kopenhagen 1972

Georges *Haupt*, Die Kommune als Symbol und als Beispiel, in: Hans Pelger (Hrsg.), Studien zu Jakobinismus und Sozialismus, Berlin, Bonn-Bad Godesberg 1974 (=Internationale Bibliothek, Bd 75), S. 189-217

Ders., Programm und Wirklichkeit. Die internationale Sozialdemokratie vor 1914. Mit einem Vorwort von Ernest Labrousse, Neuwied und Berlin 1970

E. O. A. *Hedegaard*, Det militære gendarmerikorps 1885-1894, in: Krigshistorisk Tidsskrift, Jahrgang 1967, S. 5-49

Flemming *Hemmersam* und Morten Thing, 1. Maj 1890. Et dokumentarium, SFAHs skriftserie Nr 22, Kopenhagen 1990

A. H. *Hollmann*, Die Bevölkerungsbewegungen in Dänemark und ihr Zusammenhang mit der Entwicklung der dänischen Landwirtschaft, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd 30 (1905)

Rachel *Holmes*, Eleanor Marx. A Life, London, Delhi, New York, Sydney 2014

Reinhard *Höhn*, Die vaterlandslosen Gesellen. Der Sozialismus im Licht der Geheimberichte der preussischen Polizei 1878-1914, Bd.1 (1878-1890), Köln, Opladen 1964

Kristian *Hvidt*, Flugten til Amerika eller drivkræfter i masseudvandringen fra Danmark 1868-1014, Århus 1971, S. 216 (=Skrifter udgivet af Jysk Selskab for Historie, Nr 26)

J. *Jensen* und C. M. Olsen, Oversigt over Fagforeningsbevægelsen in Danmark i Tiden fra 1871 til 1900, Kopenhagen 1901

Knud *Knudsen*, Dansk fagbevægelses historie frem til 1950. Fra arbejdets perspektiv, Kopenhagen 2011

Søren *Kolstrup*, 8-timers dagen. Kravets formulering og dets gennemførelse i Danmark, in: Erhvershistorisk Årbog XXIII (1972), S. 7-59

Kim *Kristensen*, Revolutionäre Socialister i Randers, in: Arbejderhistorie 32 (1989), S. 24-41

Hans-Norbert *Lahme*, Der deutsche social-demokratische Arbeiterverein in Kopenhagen und die dänische Arbeiterbewegung, in: International Review of Social History XXI (1976), S. 240-255

Ders., De danske Lassalle-oversættelser, in: Meddelelser om Forskning i Arbejderbevægelsens Historie 9 (1977), S. 24-31

Ders., Dänemark in: Frank Wende (Hrsg.), Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa, Stuttgart 1981, 45-66

Ders., (Hrsg.), P. Knudsen – Bidrag til hans politiske biografi. Analyser og dokumenter. Med bidrag af Per Boje, Gerd Callesen og Hans-Norbert Lahme, Odense 1982

Ders., Sozialdemokratie und Landarbeiter in Dänemark (1871-1900). Eine Studie zur Entwicklung von Theorie und Praxis in der frühen dänischen Sozialdemokratie. Gleichzeitig ein Beitrag zur Diskussion der Agrarfrage in der in der europäischen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, Odense 1982

Ders., Om splittelse i arbejderbevægelsen. En diskussion mellem A.C. Meyer, ‚Arbejderen' og Friedrich Engels, med et fragment af et ukendt Engels-brev, in: Gerd Callesen, Steen Bille Larsen und Niels Ole Højstrup Jensen (Hrsg.), Marx i Danmark. Historiske bidrag, Kopenhagen 1983 (=SFAH's skriftserie 14)

Ders., Das Monument – Niels Lorents Petersen. Eine Skizze seines Lebens in der Arbeiterbewegung, in: International Review of Social History 19 (1984), S. 173-214

Ders., Rezension von: Karl Marx/Friedrich Engels, Gesamtausgabe (MEGA^2), Internationale Marx-Engels-Stiftung (Hrsg.), Dritte Abteilung: Briefwechsel, Band 30: Friedrich Engels, Briefwechsel Oktober 1889 bis November 1890 (Briefe von und an Friedrich Engels, S. v–xxiii, 1–640) und Apparat (S. 645–1512). Bearbeitet von Gerd Callesen und Svetlana

Gavril'cenko. Unter Mitarbeit von Regina Roth und Renate Merkel-Melis, Berlin 2013, in: Sozial.Geschichte Online 15 (2015), S. 115-130, S. 125f. (www.stiftung-sozialgeschichte.de)

Ders., Zur Vorgeschichte der dänischen IAA-Sektion, in: IRSH IX (1974), S. 54-72.

Julia *Lahme*, Julia Lahme, Damen i midten. Mode, kvinder & danmarkshistorie set gennem et stormagasins vinduer, Kopenhagen 2018

Steen Bille *Larsen*, Danske Marx-Engels udgivelser 1945-1980, in: G. Callesen u.a. (Hrsg.), Marx i Danmark, a.a.O., S. 147-165

Keld Dalsgaard *Larsen*: Arbejderkooperationens historie 1871-1923, in: Arbejderhistorie Nr 22, 1984, S. 25 – 40

Prosper-Olivier *Lissagaray*, Histoire de la Commune 1871, Brüssel 1876

Ders., Geschichte der Commune von 1871. Autorisierte deutsche Ausgabe nach dem vom Verfasser vervollständigten französischen Original, Braunschweig 1877

Ders., History of the Commune 1871. Translated from the French of Lissagaray by Eleanor Marx Aveling, London 1886

Kristian Hvidt, Venstre og Forsvarssagen 1870-1901, Kopenhagen 1960

Einhart *Lorenz*, Arbejderbevegelsens historie. En innføring. Norsk sosialisme i internasjonalt perspektiv, Bde 1-2, Bd 1: 1789-1930, Bd 2: 1930-1973, Oslo 1974

Jean *Maitron* (Hrsg.), Dictionnaire Biographique du Mouvement Ouvrier Francais, 3. Band: 1871-1914. De la Commune à la Grande Guerre, Paris o. J.

Willy *Markvad*, Den socialdemokratiske presse fra Socialisten til til Aktuelt, Bde 1-3, o.O. u. J. (Kopenhagen, 1975)

Jacob *Marstrand*, Herman Trier. En Levnedskildring. Fuldendt of udg. af Even Marstrand, Kopenhagen 1936

Dirk *Müller*, Idealismus und Revolution. Zur Opposition der Jungen gegen den Parteivorstand 1890–1894, Berlin 1975 (=Beihefte zur internationalen wissenschaftlichen Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd 3)

Axel *Nielsen*, Dänische Wirtschaftsgeschichte, Jena 1933

Aaron *Noland,* The founding of the French Socialist Party, New York 1970

Helge Scheuer *Nielsen*, Ferdinand Møller og Gerson Trier. Socialdemokratiets krise i 1889, o. O. (Kopenhagen) 2007

Georg *Nørregaard*, Organisationsforsøg blandt Landarbejderne, in: Bidrag til Arbejderklassens og Arbejderspørgsmaalets Historie i Danmark fra 1864 til 1900, red. von Povl Engelstoft und Erling Olsen, Danmarks økonomiske historie siden 1750, Kopenhagen 1967 (=Studier fra Københavns Universitets Økonomiske Institut, Bd 3)

Andrea *Panaccione*, The Memory of May Day. An Iconographic History of the Origins and Implanting of a Workers' Holiday, o. O. 1989

Rasmus Juhl *Pedersen*, Danske Marx-oversættelser, in: Arbejderhistorie 35, 1990, S. 51-58

Erik Strange *Petersen*, Fra ‚Internationale' til ‚Socialdemokratisk Forbund'. Det danske socialdemokratis udvikling 1871-1878, in: Meddelelser om Forskning i Arbejderbevægelsens Historie 9, 1978, S. 4-23

Ders., Socialdemokratiets gennembrudsvalg 1884, in: Arbejderbevægelsens Bibliotek og Arkivs årsskrift 1884, S. 8-16

Ole Stender-*Petersen*, De danske Marx- og Engels-oversættelser og den danske Marx-forståelse 1848-1895, in: G. Callesen, S. Bille Larsen und N. O. Højstrup Jensen (Hrsg.), Marx i Danmark, Historiske Bidrag, a.a.O., S. 115-146

Bjørn Tell *Persson*, „Alle have adgang". Folkeuniversitetsvirksomheden i København gennem 100 år, Kopenhagen 1998

Jutta *Seidel*, Deutsche Sozialdemokratie und Parti Ouvrier 1876-1899. Politische Beziehungen und theoretische Zusammenarbeit, Berlin 1982

Dies. u.a. (Hrsg.), Internationale Stellung und internationale Beziehungen der deutschen Sozialdemokratie 1871-1895/6, Berlin 1982

Wolfgang *Seitter*, Geschichte der Erwachsenenbildung. Eine Einführung, 3. Aufl., Bielefeld 2007 (Internetausgabe)

Sten *Sjöberg*, Frederik Sterky. LO:s förste ordförande, Stockholm 1973

Roald *Skovmand*, Lys over Landet. Træk af Arbejderoplysningens Historie i Danmark, Kopenhagen 1949

Werner *Sombart*, Der moderne Kapitalismus. Historisch-systematische Darstellung des gesamteuropäischen Wirtschaftslebens von seinen Anfängen bis zur Gegenwart, Bde 1-3, 2. Teil, München-Leipzig 1928

Martha *Steglich*, Bürgermeister Jens Jensen über Marx und Engels, in: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung 19, 1985, S.20 ff

Hans-Josef *Steinberg*, Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem 1. Weltkrieg, Hannover 1967 (=Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung)

Boris *Tartakowski*, Die Grundfragen des Marxismus in den Programmen der sozialistischen Parteien der siebziger bis neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts, in: Revolutionäres Parteiprogramm – Revolutionäre Arbeitereinheit. Studien zum Kampf um die Vereinigung des Marxismus mit der Arbeiterbewegung, Berlin 1975

Carl *Thomsen*, Lenin's visit to Denmark, Kopenhagen, o.O. (Kopenhagen) 1970

Gerson *Trier*, Folkeuniversiteter, in: Dansk Tidsskrift1 (1898), S. 556-567

Eugen *Varga*, Die sozialdemokratischen Parteien. Ihre Rolle in der internationalen Arbeiterbewegung der Gegenwart, Hamburg 1926

Jørgen *Witte*, Landarbejdernes Kår 1850-1900, in: Bol og By. Meddelelser fra Landbohistorisk Selskab, 2. Reihe, 1 (1977): Det agrare Danmark og det industrielle gennembrud, S. 113-139

Per-Oluf *Zenström*, Lucifer. En bok om Axel A. Danielsson, Stockholm 1967

9 Unveröffentlichte Universitätsarbeiten

Ute *Emmerich,* Die Entwicklung der dänischen sozialistischen Bewegung sowie die wechselseitigen Beziehungen zwischen ihr und der deutschen Sozialdemokratie im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, Ms., Leipzig 1977

Hans Dam *Frandsen*, Fortegnelse over indlæg fra udenlandske socialister og udenlandske socialistiske blade i „Socialisten" og „Social-Demokraten" 1871-1913, Kopenhagen 1976

Preben L. *Jensen*, Kampen mellem den revolutionære og den reformsøgende socialisme i Danmark 1887-93, Ms., Kopenhagen 1975

Lene *Jeppesen*, Gerson Trier (1851-1918). En politisk biografi, Ms., Århus 1981

Poul *Køppen*, Det danske Socialdemokrati 1884-90, herunder Venstreoppositionen, Ms. Århus 1967

10 Websites

Netzportal Friedrich Ebert Stiftung

www.arbejdermuseet.dk

www.denstore.danske.dk

www.dgb.de

www.kvinfo.dk

www.leksikon.org

Wikipedia, the free encyclopedia

Wikipedia, den frie encyklopædi

11 Schriftliche Auskünfte an den Verfasser

Archiv des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg

Stadtarchiv Celle